Abendbl 23. IV. 1916

13 A

Zweck und Ziele des deutschen Kriegsernährungsamtes.

Ausreichende Ernährung bis Kriegsende gesichert.

Berlin, 22. Mai.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die ausreichende Ernährung unserer Bevölkerung ist völlig gesichert und wird so lange der Krieg auch dauern möge, durch keine noch so rücksichtslosen Sperrmaßnahmen der feindlichen Staaten in Frage gestellt werden. Die Notwendigkeit aber, unseren Verbrauch bei wesentlich verminderter Einfuhr aus der schwachen Ernte des Jahres 1915 zu decken, führte bekanntlich im einzelnen zu teilweise recht fühlbaren Knappheitserscheinungen. Seit Monaten ist die Reichsleitung im Verein mit den bundesstaatlichen Regierungen und den Organen der Selbstverwaltung bemüht, die auf den verschiedensten Gebieten entstehenden Schwierigkeiten zu bekämpfen und die fortlaufende, ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mehr und mehr zeigte sich indes, daß das System unserer bundesstaatlichen Behördenorganisation einem vollen Gelingen der Bemühungen hindernd im Wege steht. Beim Erlaß der die Versorgung grundsätzlich regelnden Verordnungen, bei der Errichtung der mit Teilen der Ernährungsverwaltung betrauten, besonderen Organisationen, noch mehr aber bei der Ueberwachung der Durchführung allgemeiner Vorschriften war bisher eine größere Zahl von amtlichen Stellen beteiligt, die keiner neutralen Oberleitung unterstanden und deren Zusammenwirken deshalb von gegenseitigen Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugeständnissen bedingt war. Dies tat der notwendigen Einheitlichkeit und Schnelligkeit Abbruch.

Der Bundesrat ermächtigte in seiner Sitzung vom 22. Mai den Reichskanzler, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt, zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über Futtermittel und die zur Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung und damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung, die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Zur Sicherung der Durchführung können Zuwiderhandlungen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bedroht werden. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Die Verordnungen des Bundesrats bleiben unberührt, in dringenden Fällen können aber — unter unverzüglicher Vorlage an den Bundesrat — abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Im Kriegsernährungsamte werden bewährte Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessentengruppen der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels, der Heeresverwaltung und der Verbraucher mitarbeiten, die Beschlußfassung wird aber ausschließlich dem Vorsitzenden zustehen. In einem Beirat werden Vertreter der Bundesregierungen, der behördlichen Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften Sitz und Stimme haben. Die Anordnungen der militärischen Befehlshaber werden den Maßnahmen der zentralen Ernährungsbehörde angepaßt. Der aus der Mitte des Reichstages berufene Beirat für Volksernährung bleibt neben der neugeschaffenen Einrichtung bestehen. Bei dieser neuen, straff organisierten Regelung wird es möglich sein, die im Reiche greifbaren Nahrungsvorräte vollständig zu erfassen und ihre Verwertung und Verteilung ohne jede Verzögerung in der zweckmäßigsten Weise durchzuführen. Einschränkungen, Anpassung des Bedarfes, Verständnis für die Notwendigkeiten und Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage werden selbstverständlich auch weiter vonnöten sein. Die Organisation kann nur gewährleisten, daß innerhalb der Grenzen des Möglichen das Aeußerste für die Befriedigung der Ansprüche des Bedarfes geschieht.

Die Vorarbeiten zur Einrichtung der neuen Behörde sind im vollen Gange. Der Zeitpunkt, an dem sie ihre Tätigkeit aufnimmt, wird durch den „Reichsanzeiger" bekanntgegeben werden. Der Kaiser, der den Fragen der Volksernährung ein ganz besonderes Interesse entgegenbringt, ließ sich über die neue Organisation vom Reichskanzler wiederholt ausführlichen Vortrag halten und genehmigte, daß zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes der Oberpräsident Ostpreußens, Batocki, berufen wird. Die Zusammensetzung des Vorstandes steht vor ihrem Abschlusse und wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Neue Freie Presse
23./V. 1916.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs beim Ministerpräsidenten.

Wien, 22. Mai.

Eine Abordnung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs, bestehend aus dem Obmann der Geschäftsleitung Reichsratsabgeordneten Kraft, Oberkurator Steiner und Reichsratsabgeordneten Bürgermeister Dr. Dinghofer begab sich zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um im Sinne des Beschlusses der letzten Ausschußsitzung diesem die Wünsche und Beschwerden der deutschen Städte Oesterreichs, insbesondere in Volksernährungsangelegenheiten, vorzutragen. Reichsratsabgeordneter Kraft hob zunächst hervor, daß nur durch ein entsprechendes Einvernehmen mit Ungarn eine genügende Fleisch- und Fettversorgung gesichert werden könne. Er besprach eingehend die in letzter Zeit gemachten Wahrnehmungen, [illegible] und die zunehmenden Schwierigkeiten der Versorgung der Städte, namentlich in bezug auf Bier, Milch und Fett und brachte die im Städteausschuß empfohlenen Mittel der Abhilfe dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Oberkurator Steiner und Bürgermeister Dr. Dinghofer ergänzten den Bericht durch bemerkenswerte aus dem praktischen Leben geschöpfte Mitteilungen und hoben als allseits durchgedrungene Meinung der Städtevertreter hervor, daß nur durch eine nach Art der in Deutschland geplanten aus Fachmännern und Interessenten bestehenden Zentral-Approvisionierungsstelle eine entsprechende Regelung der Verteilung der Konsumartikel erzielt werden könne. Hiebei wurde abermals dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß den Vertretern der Städte ein entsprechender Platz in dem Beirat dieser Stelle eingeräumt werde.

Ministerpräsident Graf Stürgkh ging in längerer Ausführung auf jeden der angeführten Punkte ein und erörterte die in Aussicht genommenen Maßnahmen der Regierung, insbesondere auch hinsichtlich des Valorisationskassees, der Eier- und der Fleisch- und Fettversorgung. Die Vorsprache währte etwa eine Stunde.

Die Zeit 23. IV. 1916

Die Wiener Kriegsausspeisung.

Ihre Organisation und Durchführung.

In Deutschland wird jetzt die Frage der Massenausspeisungen, die in einzelnen Städten bereits veranstaltet werden, eifrig diskutiert. Aus diesem Anlaß ist es nicht ohne Interesse, die umfangreichen Massenspeisungen, die seit Kriegsbeginn in Wien durchgeführt wurden, einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Im Gegensatz zu den Ausspeiseaktionen im Deutschen Reich, die entgeltlich zum Teil mit Fahrküchen stattfinden, wurde die Wiener Ausspeisung als unentgeltliche Wohltätigkeitsaktion für die bedürftige Bevölkerung ins Werk gesetzt. Die Bedürftigen sollen mindestens vier Wochen in Wien ihren Wohnsitz haben und erhalten ihre Speiseanweisungen von den Bezirkskomitees auf Grund des Meldezettels und der nötigen Erhebungen für eine bestimmte Ausspeisestelle ihres Bezirkes, und zwar für den Mittagstisch aller Tage eines Monats im voraus.

Die Organisation dieser Kriegsausspeisung hat sich bisher vorzüglich bewährt. Die Zahl der Portionen, die jetzt täglich verabreicht werden, ist auf 53.957 gestiegen und verteilt sich auf 113 Ausspeisestellen, die sich in sämtlichen 21 Bezirken Wiens befinden. Die Lokale werden entweder von Vereinen, die sich schon in Friedenszeiten mit Schulkinderausspeisungen befaßt haben, sowie von Komitees und Privaten beigestellt, oder sie wurden in Gasthäusern, Volksküchen und dergleichen errichtet und unter die Ueberwachung von Speisekommissionen gestellt, die aus den Damen der Frauen-Hilfsaktion gebildet werden. Die ganze Aktion wird von der Ausspeisezentralstelle im Rathaus, der Obermagistratsrat Dr. Dont vorsteht, geleitet.

Die Lebensmittel, die zur Ausspeisung notwendig sind, werden von der Gemeinde waggonweise von den Produzenten oder Großhändlern eingekauft und im Fürsorge-Zentraldepot im 10. Bezirk, Herzgasse Nr. 4, eingelagert. Dort werden sie von den Speisestellen angesprochen und diesen durch das städtische Fuhrwerk zugestellt. Die Kosten der Einrichtung der Küchen sollen in der Regel von den Speisekommissionen aufgebracht werden, die Kosten des Rohmaterials (Lebensmittel) deckt die Zentralstelle aus den zur Verfügung stehenden, auf dem Wege von Sammlungen und Spenden erzielten Geldmitteln. In den Gasthäusern und Vereinsspeisestellen wird die Portion von der Zentrale mit 25 Heller bezahlt. Als Portion gilt eine Suppe und Gemüse samt Brot.

Diese großzügige Ausspeiseaktion wäre wohl unmöglich, wenn sich nicht eine große Zahl von Wiener Damen der Hilfsaktion zur Verfügung gestellt hätte. Gegenwärtig beträgt sie 427 gegen 540 im Vorjahr. Davon sind 150 Damen mit Recherchen beschäftigt, während die übrigen bei den verschiedenen Aktionen der Frauenhilfe — außer der Ausspeisung erfordert bekanntlich auch die Nähstubenaktion und der Säuglingsschutz eine bedeutende Zahl von Hilfskräften — tätig sind. Die Damen überwachen auch in den Ausspeiseküchen die Zubereitung der Speisen und die Portionsverteilung, die von den Köchinnen vorgenommen wird.

Statt der Anweisungen für die Ausspeisestellen werden an Bedürftige, insbesondere an kinderreiche Familien oder an stillende Mütter und Kranke, auch Lebensmittel, wie zum Beispiel Trockenmilch, Reisgrieß, Maisgrieß u. dgl., verteilt.

Die Ausspeiseaktion der Gemeinde wird, wie erwähnt, von zahlreichen Vereinen gefördert, so zum Beispiel vom Kriegshort für arbeitslose Mädchen (1. Bezirk), von Suppen- und Teeanstalten, vom Verein zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischem Ritus (2. Bezirk), vom Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder (in verschiedenen Schulen), vom Elternverein „Pestalozzi", vom Knabenheim „Salesianum", vom Verein „Bereitschaft", Arbeiterverein „Kinderfreunde", Ersten Wiener Konsumverein, Verein „Waldschule", Ottakringer Lehrerhilfskomitee und anderen Vereinen.

Arbeit und Schwierigkeiten verbunden ist, denn es gibt wenig Pferde im Lande und die Requisition von Fuhrwerk ist schwer, obwohl wir für alles den Bauern anständig bezahlen. Unsere schwere Arbeit hat jedoch auch auf diesem Gebiet schöne Erfolge erzielt.

Ich glaube, daß ich es nicht erst sagen muß, daß die besetzte russische Erde selbst die Ausgaben ihrer Verwaltung deckt. Unser Hauptprinzip ist, daß alles, was auf dieser Erde wächst, der ganzen Bevölkerung der Monarchie gehöre, und daß Private für ihre eigenen Taschen hier keine Geschäfte machen können. Getreide, Kartoffeln, Kohle, Holz, Futter, alles geht von hier an die Adresse der verteilenden Behörden. Spekulieren kann man hier nicht."

Tägliche Rundschau

23./V. 1916

4 23

Das Kriegsernährungsamt.

v. Batocki Präsident des neuen Reichsamts.

Berlin, 22. Mai. Nach einer amtlichen Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hat der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das „Kriegsernährungsamt" zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batocki berufen.

*

Die Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" lautet wörtlich:

Die ausreichende Ernährung unserer Bevölkerung ist völlig gesichert und wird, solange der Krieg auch dauern möge, durch keine noch so rücksichtslosen Sperrmaßnahmen der feindlichen Staaten in Frage gestellt. Die Notwendigkeit aber, unseren Verbrauch bei wesentlich verminderter Einfuhr aus der schwachen Ernte des Jahres 1915 zu decken, hat bekanntlich im einzelnen zu teilweise recht fühlbaren Knappheitserscheinungen geführt. Seit Monaten ist die Reichsleitung im Verein mit den bundesstaatlichen Regierungen und den Organen der Selbstverwaltung bemüht, die auf den verschiedensten Gebieten entstehenden Schwierigkeiten zu bekämpfen und die fortlaufende ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mehr und mehr hat sich indes gezeigt, daß das System unserer bundesstaatlichen Behördenorganisation dem vollen Gelingen jener Bemühungen hindernd im Wege steht. Beim Erlaß der die Versorgung grundsätzlich regelnden Verordnungen, bei der Errichtung der mit Teilen der Ernährungsverwaltung betrauten, besonderen Organisationen, noch mehr aber bei der Ueberwachung der Durchführung allgemeiner Vorschriften war bisher eine größere Zahl von amtlichen Stellen beteiligt, die keiner zentralen Oberleitung unterstanden und deren Zusammenwirken deshalb von gegenseitigen Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugeständnissen bedingt war.

Dies tat der notwendigen Einheitlichkeit und Schnelligkeit Abbruch.

Der Bundesrat hat deshalb in seiner Sitzung vom 22. Mai den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das „Kriegsernährungsamt" zu errichten.

Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein; zur Sicherung der Durchführung können Zuwiderhandlungen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bedroht werden. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Die Verordnungen des Bundesrats bleiben unberührt; in dringenden Fällen können aber — unter unverzüglicher Vorlage an den Bundesrat — abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Im Kriegsernährungsamt werden

bewährte Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessentengruppen

der Landwirtschaft, des Gewerbes und Handels, der Heeresverwaltung und der Verbraucher mitarbeiten; die Beschlußfassung wird aber ausschließlich dem Vorsitzenden zustehen. In einem Beirat werden Vertreter der Bundesregierungen, der behördlichen Kriegsstellen und der Kriegsgesellschaften Sitz und Stimme haben. Die Anordnungen der militärischen Befehlshaber werden den Maßnahmen der zentralen Ernährungsbehörde angepaßt. Der aus der Mitte des Reichstags berufene Beirat für Volksernährung bleibt neben der neugeschaffenen Einrichtung bestehen.

Bei dieser neuen, straff organisierten Regelung wird es möglich sein, die im Reiche greifbaren Nahrungsvorräte vollständig zu erfassen und ihre Verwertung und Verteilung ohne jede Verzögerung in der zweckmäßigsten Weise durchzuführen. Einschränkungen, Anpassung des Bedarfs, Verständnis für die Notwendigkeiten und Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage werden selbstverständlich auch weiter vonnöten sein.

Die Organisation kann nur gewährleisten, daß innerhalb der Grenzen des Möglichen das Aeußerste für die Befriedigung der Ansprüche des Bedarfs geschieht.

Die Vorarbeiten zur Einrichtung der neuen Behörde sind im vollen Gange; der Zeitpunkt, an dem sie ihre Tätigkeit aufnimmt, wird durch den „Reichsanzeiger" bekanntgegeben.

Seine Majestät der Kaiser, der den Fragen der Volksernährung ganz besonderes Interesse entgegenbringt, hat sich über die neue Organisation vom Reichskanzler wiederholt ausführlichen Vortrag halten lassen und Allerhöchst genehmigt, daß zum Präsidenten des Kriegsernährungsamts der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batocki berufen wird.

Die Zusammensetzung des Vorstandes steht vor ihrem Abschluß und wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Kölnische Zeitung
23./V.1916

Das Kriegsernährungsamt.

∾ **Berlin**, 23. Mai. (Telegr.) Dem Kriegsernährungsamt überträgt der Reichskanzler die ihm verliehene Befugnis der unbeschränkten Verfügung über alles, was zur Ernährung dient. Die Schaffung einer eigenen Behörde kennzeichnet die Bedeutung der Aufgabe, die in der Regelung von Verbrauch, Verteilung und Vertrieb der Nahrungsmittel und der Erteilung der mit Gesetzeskraft bindenden Anweisungen an Publikum und Landesbehörden besteht. Vollmachten von einem Umfang wie sie kaum je einer Behörde verliehen wurden. Der Präsident des neuen Amtes wird in Verbindung mit einem aus beamteten und privaten Fachleuten aus dem Reich zusammengesetzten Vorstand und einem Beirat aus den Reichs- und Staatsbehörden, Bundesregierungen und Kriegsorganisationen, sowie einer Anzahl anderer Sachverständiger, die aber alle lediglich beratende und begutachtende Befugnisse haben, seine Verfügungen treffen. Werden auch die bisherigen Bundesratsverordnungen nicht berührt, so kann der Präsident doch auch gegen die bestehenden Verordnungen Vorschriften erlassen, die erst dann dem Bundesrat vorzulegen sind, der ihre Änderung verlangen kann. Damit ist der vielerörterte Schritt zur Wirklichkeit geworden und das ganze deutsche Volk wird nunmehr in der Erwartung einig sein, daß dieser im wesentlichen aus einem Mann bestehenden Behörde gelingen werde, was dem bisherigen schwerfälligern Behördenapparat nur zum Teil gelungen ist: diejenigen Mängel in Versorgung, Verteilung und Vertrieb zu beseitigen, die nicht in unabwendbaren Umständen ihre Ursache haben.

WTB **Berlin**, 23. Mai. (Telegr.) Amtlich. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Die ausreichende Ernährung unserer Bevölkerung ist völlig gesichert und wird, solange der Krieg auch dauern möge, durch keine noch so rücksichtslose Sperrmaßnahme der feindlichen Staaten in Frage gestellt. Die Notwendigkeit aber, unsern Verbrauch bei wesentlich verminderter Einfuhr aus der schwachen Ernte des Jahres 1915 zu decken, hat bekanntlich im einzelnen zu teilweise recht fühlbaren Knappheitserscheinungen geführt. Seit Monaten ist die Reichsleitung im Verein mit den bundesstaatlichen Regierungen und den Organen der Selbstverwaltung bemüht, die auf den verschiedensten Gebieten entstehenden Schwierigkeiten zu bekämpfen und die fortlaufende ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mehr und mehr hat sich indes gezeigt, daß das System unserer bundesstaatlichen Behördenorganisation dem vollen Gelingen jener Bemühungen hindernd im Wege steht. Beim Erlaß der die Versorgung grundsätzlich regelnden Verordnungen, bei den mit Teilen der Ernährungsverwaltung betrauten, besondern Organisationen, noch mehr aber bei der Überwachung der Durchführung allgemeiner Vorschriften war bisher eine größere Zahl von amtlichen Stellen beteiligt, die keiner zentralen Oberleitung unterstanden und deren Zusammenwirken deshalb von gegenseitigen Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugeständnissen bedingt war. Dies tat der notwendigen Einheitlichkeit und Schnelligkeit Abbruch. Der Bundesrat hat deshalb in seiner Sitzung vom 22. Mai den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das „Kriegsernährungsamt", zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung) die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein.

‡ **Berlin**, 23. Mai. (Telegr.) Wie das Berliner Tageblatt erfährt, hat sich die Unterhaltung beim Empfang der Reichstags- und Landtagsabgeordneten durch den Kaiser fast ausschließlich um die Ernährungsfragen und die neuen Maßnahmen gedreht. Der Kaiser soll die bestimmte Erwartung ausgesprochen haben, daß es nun gelingen werde, den Mißständen — denn um einen wirklichen oder gar bedrohlichen Notstand könne es sich nicht handeln — ein schnelles Ende zu machen.

Die Diktatur.

Angesichts der nicht befriedigenden Entwicklung, die die Lebensmittelversorgung im Reiche genommen, hat man sich zur Einsetzung einer neuen Behörde entschlossen, die in Öffentlichkeit, noch ehe näheres über ihren Wirkungskreis und ihre Befugnisse bekannt, als „Lebensmittel-Diktatur" begrüßt wird. Man tut damit einen Schritt zurück ins römische Staatsrecht, und es ist nicht ohne Interesse, die Erinnerung an jene Einrichtung, die vielen noch von der Schulbank her im Gedächtnis haftet, aufzufrischen und ihre Befugnisse festzustellen, um zu sehen, ob und inwiefern die neue Reichsbehörde ihrem Vorbild im alten Rom nahekommt.

In Rom wurde nach Vertreibung der Könige und Einsetzung zweier jährlich wechselnder Konsuln, wenn es nötig schien, die Machtmittel des Staats in einer Hand zu vereinigen, ein Diktator ernannt. Es geschah dies, wenn ein äußerer Feind die Stadt bedrohte, oder innere Unruhen das Staatsgefüge bedenklich erschütterten, (in grevioribus bellis, aut in civili motu difficiliore), daneben freilich auch zur Lösung schwieriger Aufgaben, oder zur Vornahme gewisser religiöser Gebräuche. Die Ernennung des Diktators stand den Konsuln zu, und sie erfolgte, den beiden vorstehend erwähnten Aufgaben entsprechend, entweder um einen gefährlichen Krieg zu erfolgreichem Abschluß zu bringen, oder um eine innere Empörung niederzuschlagen (rei gerundae causa oder seditionis sedandae causa). Der Diktator verfügte unbeschränkt über alle Machtmittel des Staats, vor allem über das Heer, doch verdient Beachtung, daß er in erster Linie als magister populi das Fußvolk kommandierte und sofort nach seiner Ernennung einen Kommandeur der Reiterei (magister equitum) ernennen mußte. Der Diktator sollte so lange im Amte bleiben, bis die schwerste Gefahr für den Staat beseitigt war, meist jedoch nicht länger als sechs Monate. Rechenschaft brauchte er nach seinem Rücktritt nicht abzulegen, doch konnte er von den Volkstribünen angeklagt werden, falls er über Gebühr lange im Amte blieb. Die ganze Einrichtung trug also den Stempel des Staatsnotrechts an der Stirn, und sie hat sich in kritischen Zeiten nach innen und außen bewährt.

Am bekanntesten ist die Ernennung des Quintus Fabius Maximus zum Diktator nach der Schlacht am Trasumenischen See; auch nach der fürchterlichen Niederlage bei Cannä mußte ein Diktator das gesunkene Selbstvertrauen des Volkes wieder aufaufrichten. In spätern Zeiten, als Italien nicht mehr von äußern Feinden bedroht wurde, geriet die Einrichtung in Vergessenheit, doch stellte Sulla sie vorübergehend wieder her. Nach dem Tode Cäsars wurde sie endgültig abgeschafft.

Frankfurter Zeitung
23./V. 1916

723

Die Reichsexekutive für die Nahrungsmittelversorgung.

Das gleichzeitig mit der Neubesetzung wichtiger Reichsämter neu ins Leben gerufene Kriegsernährungsamt ist dazu bestimmt, einen Mangel in der Organisation unserer Kriegsernährung zu beseitigen, der — je länger der Krieg dauert, sich umso stärker fühlbar gemacht und den Ruf nach Abhilfe immer lauter hat werden lassen. Während das Deutsche Reich trotz aller Sonderrechte, die im Heerwesen einzelnen Bundesstaaten in Friedenszeiten gelassen sind, doch im Kriege nur eine einheitliche Leitung und eine straff zentralisierte Zusammenfassung aller militärischn Kräfte aufweist, während das Reich seine Finanzen, und erst recht seine Kriegsfinanzen, trotz mancher technischen und materiellen Mängel, die mit Rücksicht auf die Finanzbedürfnisse der Einzelstaaten dem Reichsfinanzwesen immer noch anhaften, doch nach einheitlichen Gesichtspunkten von zentraler Stelle aus ordnet, fehlte für das dritte, nicht minder wichtige Glied in der Reihe der notwendigen Sicherungsmaßnahmen, die Gewährleistung ausreichender Ernährung der Bevölkerung, bisher die einheitliche Durchführung der hierfür erforderlichen Maßnahmen.

Der Grund für diesen, im Verlauf des Krieges immer stärker erkannten Mangel liegt in erster Reihe im Wesen des bundesstaatlichen Charakters des Reiches begründet, der es bedingt, daß zwar auch auf Gebieten, wie dem der Nahrungsmittelversorgung zentrale Gesetze und Verordnungen geschaffen werden können, daß aber ihre Durchführung im einzelnen den Landeszentralbehörden überlassen werden muß. Gesetze und Verordnungen können aber nur den allgemeinen Rahmen für die Regelung der in Frage kommenden Materien bilden, ihre Auslegung im einzelnen, sowie das Maß von Energie, das auf ihre Durchführung von den bundesstaatlichen Behörden aufgewendet wird, kann sehr verschieden sein und ist es in der Tat auch in diesem Kriege bisher gewesen. Die Folgen davon zeigen sich einmal in dem kaum mehr entwirrbaren Chaos von einzelstaatlichen Verordnungen und Verfügungen, das noch dadurch gesteigert wird, daß auch innerhalb der Landesgrenzen der Prozeß der Auslegung ergangener Vorschriften sich noch fortsetzt und zu immer weiteren Sondervorschriften immer kleinerer Verwaltungskörper bis herab zu den Erlassen der Dorfgewaltigen führt. Partikulare Ausfuhrverbote, Preisregelungen und Verteilungsbestimmungen und damit eine Zerlegung des einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes in eine ganze Reihe von Wirtschaftszentren, die unabhängig von einander handeln und damit nicht nur Verwirrung schaffen, sondern, was für die Praxis das weit Schlimmere ist, eine empfindliche Ungleichmäßigkeit der Lebensmittelverteilung und der Aufwendungen des Einzelnen für die notwendige Nahrungsmittelbeschaffung, sind die Folge davon gewesen. Nun aber soll das neue Amt abhelfen und an Stelle der Zerklüftung mit ihren schweren Schädigungen der Volkswohlfahrt dem Gedanken der Einheit des Reiches auch auf diesem so wichtigen Gebiete wieder Geltung verschaffen.

Die Organisation des Kriegsernährungsamtes legt auf diese Einheit den stärksten Nachdruck, und darum legt sie in die Hand seines Präsidenten eine Machtfülle, wie sie bisher ein einzelner Beamter noch nicht besessen hat. Dabei ist aber, in verständiger Rücksicht auf die theoretisch und sachlich gebotene Notwendigkeit weitgehender Berücksichtigung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, dafür Sorge getragen, daß die Verhältnisse in den Einzelstaaten die erforderliche Beachtung finden können, nicht in dem Sinne etwa, daß eine gewisse Vorzugsbehandlung des einen oder anderen dieser Staaten Platz greife — das würde dem Sinn und Geist der ganzen Einrichtung widersprechen und ihren Zweck von vornherein illusorisch machen —, sondern lediglich insoweit, als es notwendig ist, nicht unnötig neue Härten und Ungerechtigkeiten zu schaffen. Der verfassungsrechtlichen Stellung der Einzelstaaten wird insofern auch unter der neuen Einrichtung Rechnung getragen werden, als der Vollzug der von dem Kriegsernährungsamt erlassenen Anordnungen ihnen zusteht. In besonders dringenden Fällen jedoch können auch über den Kopf der Zentralregierungen hinweg die einzelstaatlichen Verwaltungsbehörden direkte Weisungen erhalten, zu deren Durchführung und Beachtung sie dann gerade so gehalten sind, als wenn sie von ihrer vorgesetzten Landesbehörde ergangen wären. Der dem Präsidenten beigegebene Vorstand soll nach den bisherigen Verlautbarungen lediglich beratende Stimme haben, die Entscheidungen selber aber bleiben dem Präsidenten vorbehalten; der weiterhin vorgesehene Beirat stellt ein Gremium von Sachverständigen aus allen Landesteilen dar, dem u. a. auch Vertreter der bisher auf diesem Gebiete schon tätig gewesenen Organisationen angehören sollen.

Besonderes Interesse beansprucht neben der verwaltungsrechtlichen Stellung des Präsidenten des neuen Amtes auch die Abgrenzung seiner legislatorischen Befugnisse. In der kurzen amtlichen Verlautbarung über die Einrichtung des Amtes heißt es, daß der Präsident nicht nur das Verfügungsrecht über die im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe für die Lebensmittelversorgung usw. erhält, sondern daß dieses Verfügungsrecht auch die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung, damit erforderlichenfalles auch die Enteignung, die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr, sowie der Preise einschließt. Hier greifen die Befugnisse auf das Gebiet der besonderen Tätigkeit über, die dem Bundesrat durch den Paragraph 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 vom Reichstag übertragen worden ist, und wodurch der Bundesrat ermächtigt wurde, „während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen notwendig erweisen". Diese, durch den Vorbehalt späterer Vorlage an den Reichstag übrigens beschränkte Delegation, wird jetzt innerhalb gewisser Grenzen auf den Leiter des Kriegsernährungsamtes übertragen. Der Bundesrat bleibt zwar weiterhin zum Erlaß von Verordnungen auch auf dem hier in Frage kommenden Gebiete befugt, wie auch die bereits erlassenen ihre Geltung behalten; aber ebenso wie auf dem Gebiete der praktischen Durchführung ergangener Anordnungen im Bereiche des einzelstaatlichen Gebietes, wird dem Präsidenten auch in Bezug auf den Erlaß von Vorschriften in besonders dringenden Fällen volle Selbständigkeit gegeben. Er hat also in solchen Fällen nicht nur das Recht unbeschränkter Exekutive, sondern auch freier Legislative, nur mit der gleichen Beschränkung gegenüber dem Bundesrat, der dieser hinwiederum für von ihm selbst erlassene Anordnungen dem Reichstag gegenüber unterliegt.

Wie sich dieses Nebeneinanderbestehen von Rechten in der Praxis durchführen wird, muß sich erst zeigen. Der Grundgedanke, der der ganzen Neuregelung innewohnt, würde erwarten lassen, daß auch das Schwergewicht der weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen bei dem Leiter des neuen Amtes zu liegen habe. Wohl unter diesem Gesichtspunkt nahezu unumschränkter, jedenfalls aber ungemein weitgreifender Vollmachten, hat man schon zum voraus vielfach von einer Lebensmitteldiktatur und dem Lebensmitteldiktator gesprochen.

Es wäre indessen verfehlt, von dem Amt und seinem Leiter zu erwarten, daß nun wie mit einem Zauberschlag auf einmal alle Schwierigkeiten überwunden seien und eine Zeit ungehinderten Daraufloswirtschaftenkönnens gekommen sei. Wer so dächte, würde Zweck und Sinn der Maßnahme durchaus verkennen. Der Mann, in dessen Hände das schwere und verantwortungsvolle Amt einer besseren Ordnung unserer Ernährung gelegt ist, kann und wird hoffentlich durch energisches Durchgreifen dafür sorgen, daß eine bessere und verständigere, vor allen Dingen auch gleichmäßigere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel durch das ganze Reich hin erfolgt, daß die Preise weder durch künstliche Zurückhaltung beim Erzeuger, noch durch wucherischen Zwischenhandel über das unerläßlich notwendige Maß hinaus verteuert werden, und daß in den Grenzen des Möglichen auch auf die Produktion der erforderlichen Lebensmittel eingewirkt werde. Die Hauptsache bleibt aber, daß jeder Einzelne sich selbst verantwortlich fühle, und als eine Art Diktator sich selbst gegenüber, der fortdauernd zu strengster Pflichterfüllung mahne in der Art wie er wirtschaftet. Denn wir haben zwar Lebensmittel in völlig ausreichender Menge, das mögen sich diejenigen unserer Feinde, die immer noch mit der Aushungerung Deutschlands rechnen, gesagt sein lassen, aber mit diesen Lebensmitteln müssen wir auch künftig haushalten. Ein Ueberfluß besteht wohl nirgends oder doch nur an ganz wenigen Stellen; aber da die Verteilung bisher eine vielfach sehr ungleiche war, mußten, je weniger fühlbar der Druck des Sicheinrichtenmüssens an manchen Stellen empfunden wurde, die bei der Verteilung in Menge und Preis benachteiligten Bevölkerungsteile diesen Druck um so stärker fühlen. Das soll künftig aufhören; hoffentlich gelingt es recht bald!

Frankfurter Zeitung
23./V. 1916

Die Ausfuhrverbote.

N Berlin, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Die Ausfuhrverbote, die in verschiedenen Kreisen der Monarchie zugunsten der eigenen landwirtschaftlichen Produkte vielfach ergangen sind, finden ihre rechtliche Grundlage in den Bestimmungen des Preisprüfungsstellengesetzes. Von ihnen ist namentlich vielfach mit Bezug auf Eier Gebrauch gemacht worden, weil die Preise durch fremde Aufkäufer in die Höhe getrieben wurden. Der Minister des Innern steht auf dem Standpunkte, daß solche Ausfuhrverbote generell nicht zu rechtfertigen sind; er hat deshalb telegraphisch um Bericht über die Gründe gebeten, aus denen sie ergangen sind, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er ihre Aufhebung veranlassen wird.

Die Wildfrage soll so geregelt werden, daß zunächst der eigene Bedarf jedes einzelnen Kreises befriedigt wird. Der Ueberschuß wird einer Zentrale zugewiesen.

Vossische Zeitung
24.IV.1916

Kriegsernährung.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Die Wünsche der Landwirtschaft nach Regen sind in den letzten Tagen erfüllt worden und die Aussichten für unsere Ernte bleiben daher andauernd gute. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß auf manchem, schon früher vernachlässigt gewesenen leichten Boden jetzt die Knappheit an Kunstdünger sich in kleinen Aehren zur Geltung bringt. Im allgemeinen zeichnen sich unsere Roggenfelder durch gutes Stroh und lange Aehren aus, und wenn später der Ansatz der Körner und deren Ausbildung den jetzigen günstigen Verhältnisen entspricht, und sämtliche übrigen Feldfrüchte sich entsprechend dem gegenwärtigen vielversprechenden Stande weiter entwickeln, so wird das Erntejahr 1916/17 zu einem der besten gehören. Von dem Erntejahr 1915/16 hat man das leider nicht sagen können. Besonders den Mißerfolgen des vorjährigen Sommergetreides, der vorigen geringen Stroh- und Heuernte wie den schwachen Ergebnissen aller Arten Futterartikel haben wir die Verhältnisse zuzuschreiben, wie sie sich für unsere Fleisch- und Fettversorgung allmählich in wenig erfreulicher Weise herausgebildet haben.

Die Schaffung des neuen Kriegsernährungsamtes soll, soweit es geht, Besserung schaffen. Die bis zu einem gewissen Grade diktatorische Gewalt seines Leiters, Herrn von Batocki, gibt demselben die Verfügungsgewalt über alle Lebens- und Futtermittel im Reiche behufs gleichmäßiger Verteilung und damit die Macht, die eigentlichen Ursachen der bisherigen ungenügenden Versorgung der großen Städte wenigstens teilweise zu beseitigen. Denn nicht immer und nicht in allen mangelnden pflanzlichen und tierischen Produkten war es ein wirkliches Fehlen von Material, mit dem man zu rechnen hatte, sondern eine ungleichmäßige Verteilung der Ware auf Stadt und Land und auf die einzelnen Kreise und Bundesstaaten, die durch Ausfuhrverbote und andere Maßregeln die Freizügigkeit der Lebensmittel im Deutschen Reiche unterbrachen. Wird es auch dem neuen Machthaber auf dem Ernährungsgebiete nicht möglich sein, die gegenwärtige Knappheit ganz zu beseitigen, so gelingt es ihm doch hoffentlich, die gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel in einer Weise durchzusetzen, daß die Städter nicht minder bedacht werden als die ländlichen Bewohner, und daß nicht in einzelnen Gebieten Ueberfluß gewisser Nahrungsmittel, in anderen Mangel daran herrscht. Die gegenwärtige Fülle an Grünfutter und die guten Weiden lassen hoffen, daß die Erzeugung an Milch und deren Produkte sich bald hebt, und da wir Brot genügend haben und sogar, wie verlautet, eine Aufbesserung der Brotration für Schwerarbeitende in Aussicht steht, da auch Kartoffeln bis zur Hilfe durch Frühkartoffeln ausreichen, so handelt es sich nicht um eigentliche Ernährungssorgen für das Volk, sondern nur um die Knappheit von Fett und Fleisch, mit der wir bis zu einem gewissen Grade auch weiter während des Krieges wohl werden rechnen müssen, die aber bei einer rationellen Verteilung leichter als bisher zu ertragen sein wird.

Das neue Kriegsernährungsamt wird seine Fürsorge auch auf die gleichmäßige Verteilung der Futterstoffe auf alle Verbraucher erstrecken, denn gerade nach dieser Richtung haben die Verkehrssperren und Ausfuhrverbote von Bundesstaaten und Kreisen bisher die größten Schwierigkeiten erzeugt. Soweit hierbei der Handel überhaupt noch in Betracht kommt, wird er sich wohl darauf gefaßt machen müssen, daß Bestände bei ihm jederzeit abgefordert werden können, was natürlich dazu führen wird, daß sich eigentliche Handelsvorräte überhaupt nicht mehr während des Krieges bilden, und daß der kaufmännische Betrieb mehr in agenturweise Uebermittlung von Produkten vom Hersteller an den Verbraucher sich wandelt. Erfreulich ist, daß das neue Amt auch intime Fühlung mit der Heeresverwaltungen hält und Anordnungen militärischer Befehlshaber den Maßnahmen der zentralen Ernährungsbehörde sich anpassen werden und nicht dieselben durchkreuzen können.

Abzuwarten bleibt, wie weit das neue Zentralamt auch auf die Organisation der einzelnen bisherigen Reichsstellen, die für Brot- und Futterartikel wie für sonstige Nährmittel bestehen, Einfluß üben wird. Bezüglich der schnellen Verteilung der Vorräte blieb von dieser Seite bisher immer sehr viel zu wünschen übrig, noch mehr aber wurden die an sich sehr hohen Spesen aller dieser Aemter und besonders die starken, teilweise ganz außerordentlichen Verkaufsaufschläge von den Verbrauchern bemängelt. Zweifellos läßt sich nach dieser Richtung vieles bessern, wenn es auch nicht dahin kommen wird, daß die Kriegsämter mit demselben geringen Nutzen arbeiten, den der freie Handel im Frieden zu nehmen pflegt.

Was die im freien Verkehr zum Umsatz gelangenden Futtermittel- und Futtermittel-Ersatzstoffe betrifft, die den Tierhaltern eine willkommene Aushilfe seither geboten haben, so zeigen sich gegenwärtig Bestrebungen, die dahin gehen, daß diese nur mit Beibringung einer Analyse seitens einer amtlich anerkannten Untersuchungsstelle umgesetzt werden dürfen. Tatsächlich ist dies schon bisher bei einem großen Teil der bezüglichen Mischfutter der Fall gewesen oder es hat nach dem Verkauf eine Analyse stattgefunden, die für den Verkäufer noch verbindlich war. Es wird sich kaum viel dagegen sagen lassen, wenn das betreffende Attest schon beim Verkauf beigebracht wird.

Welche Bedeutung übrigens bisher noch der Handel in allen möglichen Futter- und Nahrungsstoffen zur Aushilfe für diejenigen Verbraucher hatte, für deren Bedarf die schematische, zeitweise stockende Verteilung nicht immer ausreichend war, davon wissen besonders die gewerblichen Viehhalter Norddeutschlands ein Lied zu singen. Aber auch bezüglich der Lebensmittel hat es vielen Ausgleich geschaffen, daß man noch in manchen Läden zwar teure, aber verkehrsfreie, meist ausländische Ware anschaffen konnte. Denn während für gewisse Waren, wie besonders Hülsenfrüchte, Graupen, Grütze usw. die Arbeiter- bzw. die ärmere Bevölkerung in den Städten Karten erhielt, auf die sie allwöchentlich ihre Ration mitnehmen konnte, war für den Mittelstand meist nicht in gleicher Weise vorgesorgt, weil eben nicht genügend bei den Kommunalbehörden zur Verteilung vorhanden war, und es war immer eine gewisse Aushilfe, hier oder da noch handelsfreie Ware erhalten zu können. Nicht immer war dabei die Bezeichnung eines Wucherpreises für den dabei zu zahlenden hohen Preis gerechtfertigt, da die Ware oft unter den schwierigsten Verhältnissen und mit großem Risiko angeschafft war. Erst in den letzten Tagen hat auch die Spirituszentrale ein ähnliches Beispiel gegeben, indem sie der ärmeren Bevölkerung Brennspiritus zu billigem Preise (55 Pf. für das Liter) zur Verfügung stellte, und der übrigen Bevölkerung zu einem fast dreifachen Preise (1,50 M.) Gelegenheit gab, im Bedarfsfalle sich auch den gleichen Brennspiritus zu verschaffen.

Die Zeit
24. IV. 1916

Kriegszentralismus.

Die Diktatur für das Ernährungswesen ist in Deutschland zur Tatsache geworden. Der Bundesrat ermächtigte den Reichskanzler, eine neue, ihm unterstellte Behörde zu errichten: das Kriegsernährungsamt, dessen Präsident das unbeschränkte Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Nahrungs- und Futtermittel erhält. Die Machtvollkommenheiten dieser neuen Behörde erstrecken sich über Ein-, Aus- und Durchfuhr, Preisfestsetzung, Enteignung, Verkehrs- und Verbrauchsregelung. Das ist die vollständige Diktatur, und der Reichskanzler, der sie ausübt oder durch das ihm unterstellte Ernährungsamt ausüben läßt, hat damit eine Macht in Händen, wie sie noch niemals ein Würdenträger des Deutschen Reiches besessen hat. Die Neuerung ist eine beispiellose, sie ist es nicht nur durch den Umfang der dem Ernährungsdiktator eingeräumten Befugnisse, sie ist es vor allem deshalb, weil sie tief umgestaltend an das Wesen der deutschen Reichsverfassung greift. Natürlich handelt es sich nur um eine zeitweilige Maßregel, um einen Ausnahmszustand auf Kriegsdauer. Aber vor diesem Kriege wäre es niemanden in Deutschland und insbesondere keinem Bürger der kleineren deutschen Bundesstaaten eingegangen, daß der liebevoll gehegte deutsche Partikularismus auch nur zeitweilig einem so radikalen Zentralismus Platz machen könnte. Gerade dieser Partikularismus aber, die Eigenart der bundesstaatlichen Behördenorganisation, hat sich als Haupthindernis einer gleichmäßigen und befriedigenden Nahrungsmittelversorgung der gesamten deutschen Bevölkerung erwiesen. Deshalb war es notwendig, in dieser Frage von allen verfassungsmäßigen Bedenken abzusehen und für das Ernährungswesen eine Zentralgewalt zu schaffen, wie sie in den deutschen Konstitutionsurkunden nicht vorgesehen und eben nur durch die außerordentlichen Kriegsverhältnisse zu rechtfertigen ist.

Um die Bedeutung der Sache zu würdigen, muß man sich vor Augen halten, daß die bundesstaatlichen Einrichtungen Deutschlands den Reichskanzler in Verwaltungsangelegenheiten eigentlich zu einem stummen Mann machen. Er hat da gar nichts zu sagen, und so groß seine Stellung als Führer der Reichspolitik ist, so bescheiden ist seine Rolle als Verwaltungsmann. Von ausländischen Betrachtern bleibt das häufig unverstanden, weil man den Reichskanzler, der zugleich preußischer Ministerpräsident ist, auch auf die Fragen der inneren Politik und Verwaltung stärksten Einfluß üben sieht. Aber diesen Einfluß übt er nur kraft seines preußischen Amtes, nicht kraft seines Reichsamtes, und die Vereinigung beider Aemter in einer Person ist, wenn auch herkömmlich, doch nur eine sozusagen zufällige und nicht konstitutionell vorgeschriebene Sache. Herr v. Bethmann Hollweg verfügt als preußischer Minister über ein ganzes Beamtenheer, als Reichskanzler dagegen nur über einen verhältnismäßig kleinen bureaukratischen Apparat. Denn von Reichs wegen gibt es in Deutschland nicht viel zu verwalten. Das besorgt jeder Bundesstaat für sich — Preußen für sich, aber auch Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden usw. für sich, und jeder dieser Staaten wacht eifersüchtig darüber, daß seine Verwaltungsunabhängigkeit nicht angetastet werde. Das ist durch das halbe Jahrhundert des Bestehens des neuen Deutschen Reiches so gewesen und geblieben, und hätten etwa die Begründer des Reiches zentralistischer verfahren wollen, so wäre die Reichsgründung daran gescheitert. Um so erstaunlicher ist es, daß nun plötzlich in Deutschland eine Verwaltungszentrale mit so diktatorischen Vollmachten ins Leben treten kann. Was das zu bedeuten hat, könnte man sich als österreichisch-ungarische Analogie nur so vorstellen, daß etwa bei uns in Wien ein Ernährungsamt geschaffen würde, das nicht nur über die österreichischen, sondern auch über die ungarischen Landwirtschaftserzeugnisse unbeschränkt zu verfügen hätte, und das zum Beispiel einem Komitatsgewaltigen in Temesvar befehlen könnte, sofort hundert Kisten Eier nach Linz zu senden. Nur nach solcher Analogie kann man sich das tief einschneidende Wesen dieser konstitutionellen Neuerung in Deutschland klarmachen, dieses Kriegsernährungsamtes, dessen Errichtung beweist, zu welcher Wichtigkeit und Dringlichkeit die Volksernährungsfragen in Deutschland gediehen sind, aber auch, mit welchem Ernst und mit welcher Entschlossenheit man dort daran geht, für das anbrechende dritte Kriegsjahr Ordnung und Sicherheit zu schaffen.

Fremdenblatt
24./V. 1916

Verpflegsfragen.

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

Diese Kommission befaßte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit der Gebarung und dem Geschäftsergebnisse der Oesterreichischen Viehverwertungsgesellschaft, in welcher Hinsicht genaue Erhebungen gepflogen werden sollen.

In bezug auf die Milchversorgung wurde auf die Notwendigkeit der besseren Verbrauchsregelung der Milch hingewiesen und folgende Forderungen aufgestellt: Abschaffung, bezw. möglichste Beschränkung der Flaschenmilch, Festsetzung von Höchstpreisen für Molkereiprodukte, welche im Einklang mit den Milchpreisen stehen, Beschränkung der Erzeugung von Fettkäse und überhaupt der industriellen Verarbeitung von Milch, Konservierung der Milch mit Wasserstoff-Superoxyd mangels Eises, Einführung einer generellen Milchkarte und einer speziellen Milchkarte für Kranke auf Grund eines polizeiärztlichen Zeugnisses, Schaffung einer Zentrale für Milch und Molkereiprodukte, strenge Ueberwachung der aus dem Auslande eingeführten Sorten von Trocken- und Kondensmilch.

Dann wurde neuerlich die Zucker-Zusatzkarte während der Obsteinsiedezeit und eine wenigstens beschränkte Zulassung des Saccharinverbrauches für gewerbliche Zwecke (Likör-, Kanditen-, Gefrornes-Erzeugung u. a.) gefordert.

Für den Oesterreichischen Konsumententag, der voraussichtlich am 22. Juni in Wien stattfinden wird, wurde folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Tätigkeitsbericht der Kriegskommission für Konsumenteninteressen (Berichterstatter: Regierungsrat Georg Fritz); 2. Volksernährung im Kriege (Berichterstatter: Frau Fanny Freund-Markus und Direktor Matthias Eldersch); 3. Handelspolitisches Programm der Verbraucher (Berichterstatter: Frau Emmy Freundlich und Prof. Dr. Rudolf Kobatsch); 4. Heranziehung der Konsumenten-Vertretungen durch die Behörden bei Regelung und Behandlung aller ernährungs- und handelspolitischen Fragen (Berichterstatter: Frau Gräfin Gerda Walterskirchen, Frau Helene Granitsch und Sekretär J. Zehetbauer).

Tägliche Rundschau
24. IV. 1916

Deutschlands Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Das laufende Erntejahr geht allgemach seinem Ende entgegen, und die Zeit naht heran, wo wir unsere Scheunen mit den neuen Produkten unseres Heimatbodens füllen, wo wir auf neuer Ertragsgrundlage an die Bewirtschaftung, Verwertung und Verteilung unserer Nährvorräte schreiten. Auf neuer und — wir dürfen es zuversichtlich erhoffen — nicht unbeträchtlich verbreiterter Grundlage. Die Berichte über den Saatenstand lauten nach wie vor außerordentlich günstig und lassen erwarten, daß der Mißernte von 1915 in diesem Jahre ein reicherer Bodenertrag folgt.

Diese Verhältnisse werden in der „Nordd. Allg. Ztg." eingehend beleuchtet. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die schwere Mißernte des Jahres 1915 nicht in schlechter Bestellung, sondern lediglich in dem ungewöhnlich ungünstigen Frühjahrs- und Sommerwetter ihre Ursache hatte. Aber trotz alledem haben wir durchgehalten. Das ist zweifellos der schlüssigste, unwiderleglichste Beweis dafür, daß jede Hoffnung, uns durch die Erschöpfung unserer Nahrungsmittel zu besiegen, eitel und vergeblich ist. Wenn wir in einem Jahre nicht auszuhungern waren, in dem wir an den vier Hauptgetreidearten allein einen Produktionsausfall von neun Millionen Tonnen gegenüber dem letzten normalen Friedensjahr erlitten, dann sind wir niemals auszuhungern.

Wie stehen wir jetzt? Die straffe Regelung unserer Getreide- und Mehlversorgung sichert uns unseren rationierten Verbrauch bis zum Ende des Erntejahres, sichert uns darüber hinaus eine Reserve, die den Uebergang ins neue Erntejahr auch bei unverhofften Ernteschwierigkeiten gewährleistet. Auch unsere Kartoffelversorgung ist bis zur neuen Ernte gewährleistet. Die Aufnahme vom 26. April liegt für das Reich noch nicht vor. Für Preußen hat sie einen Gesamtbestand von 92 723 804 Zentnern ergeben gegen nur 55 429 942 Zentner am 15. Mai 1915. Von den Ende April ermittelten Vorräten geht allerdings noch ein ziemlich erheblicher Saatgutbedarf ab. An Kartoffeltrockenprodukten wurden am 26. April im ganzen Reiche Vorräte von 1 329 428 Zentnern ermittelt — eine Menge, die etwa dreimal so groß ist, als vor der Aufnahme angenommen wurde, und die für die vorgeschriebene Verwendung und Verarbeitung ohne weiteres ausreicht.

Die stärksten Wirkungen hat die vorjährige Mißernte auf unsere Viehbestände geübt. Zwar zeigen die Einfuhrziffern der Zentraleinkaufsgesellschaft für Getreide, Futtermittel und Saaten eine ständige Aufwärtsbewegung. Während sie in den letzten Monaten 1915 noch weit unter 100 000 Tonnen monatlich betrugen, stellten sie sich im April 1916 auf mehr als das Doppelte dieser Menge. Insgesamt ist aber durch die Einfuhr der Minderertrag der Heimaterzeugung nur zu einem geringen Bruchteile ausgeglichen worden — von den Ausfällen an der Friedenseinfuhr ganz zu schweigen. Der ganze Winter stand deshalb im Zeichen drückender Futtermittelknappheit, und es erfolgte die Anpassung unseres Viehbestandes an die vorhandene Futtermittelbasis. Nach der Viehzwischenzählung vom 15. April betrug die Zahl der Schweine (im ganzen Reiche) 13 303 500 Stück — gegen 16 569 990 ein Jahr vorher, 19 239 483 am 1. Oktober und 17 292 892 am 1. Dezember 1915. Der Bestand ist also gegen den 1. Dezember um 23,1 % zurückgegangen. Am stärksten ist die Verminderung bei den ½ bis 1 Jahr alten und über 1 Jahr alten Tieren. Dagegen haben die unter 8 Wochen alten Ferkel — also das Aufzuchtmaterial für eine etwas spätere Periode — um 31,6 % zugenommen (1. Dezember: 2 812 206, 15. April: 3 700 460 Stück). Das bedeutet, daß in den nächsten Monaten die schlachtreifen Schweine sehr knapp sein werden.

Weniger angegriffen ist unser Rindviehbestand. Insgesamt wurden an Rindvieh im Deutschen Reiche am 15. April 1916 19 873 189 Stück gezählt. Aber auch hier bedingt eine starke Verminderung der schlachtreifen Klassen eine erhebliche Einschränkung der Schlachtungen im Sommer, wenn wir nicht durch Schlachten von Milchkühen die Milch- und Buttererzeugung, durch Schlachten von unreifem Jungvieh die Fleischversorgung für den nächsten Winter gefährden wollen.

Wir müssen also in der nächsten Zeit mit stark eingeschränkten Mengen tierischer Nährprodukte vorliebnehmen, haben aber die Grundlage des Wiederaufbaues unseres vor dem Kriege so reichen Viehstapels so gut wie unversehrt bewahrt. Die sommerliche Jahreszeit erleichtert einen weitgehenden Verzicht auf Fleischnahrung. Für die reichliche Beschaffung der als Ersatz des Fleisches dienenden und geeigneten Gemüsenahrung wird die Reichsstelle für Gemüse und Obst zu sorgen haben. Hält die neue Ernte auch nur annähernd, was sie verspricht, dann stehen wir in wenigen Monaten auf fühlbar weiterer und freierer Nährbasis.

Tägliche Rundschau
24.IV.1916

Die Beratung der Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags begann heute die Beratung der Ernährungsfragen. Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsitzende den neuernannten Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, der in seiner Erwiderung die Hoffnung auf ein gedeihliches, fruchtbares Zusammenarbeiten aussprach. Der Staatssekretär kündigte an, daß die neue Verordnung des Bundesrats über das Kriegsernährungsamt mit den Ausführungsbestimmungen in Bälde herauskommen werde. Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein teilte mit, daß diese Verordnung sich bereits im Druck befinde, und machte Mitteilungen über das neue Kriegsernährungsamt. Der Präsident dieser Behörde erhalte volles Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und Futtermittel. Ihm seien sieben bis neun beratende Mitglieder beigegeben, er entscheide aber in voller Selbständigkeit. Es handle sich also nicht um kollegiale, sondern um präsidiale Entscheidungen nach voraufgegangener kollegialer Beratung. In grundsätzlichen Fragen solle ein Beirat etwa monatlich gehört werden. Als erste Aufgabe des neuen Amtes komme die Prüfung beziehungsweise Aufhebung der Absperrmaßregeln gegen die Lebensmittelausfuhr aus einzelnen Bezirken in Betracht.

In der folgenden Geschäftsordnungserörterung wurde vorgeschlagen, die Beratung der Organisationsfrage einstweilen zurückzustellen und zunächst die Frage zu erörtern, was zur Sicherstellung der Volksernährung für die nächsten beiden Monate und was mit der neuen Ernte zu geschehen habe. Staatssekretär Dr. Helfferich erachtete diesen Vorschlag für zweckmäßig, zumal die neue Organisation eine gewisse Ueberleitung brauche, bis sie wirksam werden könne.

Berichterstatter Graf Westarp führte aus, aus den vorliegenden Ziffern der Bestandsaufnahmen gehe hervor, daß wir für die nächsten Monate mit Nahrungsmitteln versorgt seien, wenn sparsam gewirtschaftet werde. Die herrschende Knappheit sei materiell und nicht so sehr eine Folge unrichtiger Organisation oder Verteilung. Ueber diese Dinge müsse offen und ohne Scheu vor aller Welt gesprochen werden. Zu erwägen sei, ob der schwerarbeitenden Bevölkerung erhöhte Brotrationen im bisherigen Umfange zugewiesen werden könnten. Ein Urteil über die kommende Ernte sei verfrüht, die Güte der Ernte sei erst nach ihrer Einbringung zu übersehen.

Staatssekretär Dr. Helfferich stimmte dem Berichterstatter darin zu, daß über unsere Ernährungsverhältnisse und die bestehenden Schwierigkeiten ganz offen gesprochen und keine Geheimniskrämerei getrieben werden solle. Das bewahre vor falschen Schlußfolgerungen und Hoffnungen.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis machte nähere Angaben über die Getreidevorräte. Die Nachprüfung der Brotgetreidebestände habe ergeben, daß nicht nur die für die Ueberführung in das neue Erntejahr erforderlichen 400 000 To. gesichert, sondern darüber hinaus noch 102 000 To. gesichert seien. Deshalb seien 100 000 To. = 1 Million Doppelzentner den besonders bedürftigen Bevölkerungskreisen zusätzlich zur Verfügung gestellt worden. Die Reichsgetreidestelle müsse das Brotgetreide fest in der Hand behalten; denn es sei ein teures Gut, das bis zum 15. September zu reichen habe. Der Unterstaatssekretär sprach den Kommunalverbänden und den Produzenten Dank aus dafür, daß sie bereitwillig das Angeforderte geliefert haben.

Frankfurter Zeitung 24.IV.1916

Unsere Lebensmittelvorräte.

N Berlin, 23. Mai. (Priv.-Tel.)

Mit dem Inkrafttreten der neuen Lebensmittel-Organisation werden natürlich nicht plötzlich alle Schwierigkeiten unserer Ernährung aufhören, und es wäre auch falsch, zu glauben, daß wir von jetzt ab wieder sorglos drauflos leben könnten wie im Frieden. Denn auch der neue Leiter des Kriegsernährungsamtes, so umfassend und so unbegrenzt seine Vollmachten auch sind, ist an die vorhandenen Vorräte gebunden, und diese Vorräte sind, wie wir gestern schon festgestellt haben, knapp. Das belegt heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer wirtschaftspolitischen Rundschau durch die Beibringung einer Reihe interessanter Zahlen (vgl. Zweites Morgenbl.). Sie stellt in den Vordergrund, daß alle einlaufenden Berichte über den Saatenstand außerordentlich günstig lauten und erwarten lassen, daß der Mißernte von 1915 in diesem Jahre ein reicherer Bodenertrag folgen werde. Dann gibt sie eine zahlenmäßige Uebersicht über unsere vorjährige Ernte:

Wir haben nach der amtlichen Statistik im Jahre 1915 im Deutschen Reiche 9 152 402 Tonnen Roggen und 3 855 841 Tonnen Weizen geerntet, insgesamt also 13 008 243 Tonnen von beiden Hauptbrotgetreidearten. Im letzten Friedensjahre 1913 betrug die Weizenernte 4 655 956, die Roggenernte 12 222 394 Tonnen. Die Ernteſumme für Weizen und Roggen also 16 878 350 Tonnen. 1912 wurden rund 16 Millionen Tonnen Weizen und Roggen erzeugt, und zwischen diesen beiden Ernten, vor denen also die eine um drei, die andere um fast vier Millionen Tonnen größer war als die von 1915, wurde 1913 nach Um- und Abrechnung des Mehlexports doch nicht viel weniger als eine Million Tonnen Brotgetreide mehr ein- als ausgeführt. Schon die erste Kriegsernte von 1914 war recht mäßig, aber sie überragte die jüngste doch um mehr als 1½ Million Tonnen. Eine Roggenernte von so geringem Umfange wie die von 1915 haben wir seit mehr als einem Dutzend Jahren nicht mehr gehabt. Stärker noch als beim Brot. war der Ausfall beim Futtergetreide. Der Hafertrag stellte sich auf 5 986 034 Tonnen, gegen rund 9 Millionen Tonnen 1914, beinahe 10 Millionen Tonnen 1913. An Sommergerste wurden 2 483 752 Tonnen geerntet, um rund 1.2 Millionen Tonnen weniger als 1913. Zieht man Weizen, Roggen, Gerste, und Hafer zusammen, so beläuft sich der Mindererertrag unserer Körnerernte von 1915 gegenüber 1913 auf rund neun Millionen Tonnen. Auch sonst waren unsere Futtermittelerträge nichts weniger als reichlich. Die Kleeernte war (mit 7 731 822 Tonnen) die zweitschlechteste des letzten Jahrzehnts (nur die des Dürrejahres 1911 blieb noch hinter ihr zurück). Der Wiesenertrag war der drittschlechteste des letzten Dezenniums; er war mit rund 24 Millionen Tonnen um 5 Millionen Tonnen kleiner als 1914 und 1913. Diese schwere Mißernte hat ihre Ursache nicht etwa in schlechter Bestellung. Der Grund des Mißerfolges war das ganz ungewöhnlich ungünstige Wetter im Frühjahr und Sommer, und trotz alledem, trotz dieser äußersten Ungunst der Natur haben wir, wie es in der „Norddeutschen Allg. Ztg." heißt, durchgehalten, haben wir zwar nicht jede Entbehrung, wohl aber jede Gefährdung unserer nationalen Existenz vermieden, und das ist zweifellos der schlüssigste, unwiderleglichste Beweis dafür, daß jede Hoffnung, uns durch die Erschöpfung unserer Nahrungsmittel zu besiegen, eitel und vergeblich ist. Wenn wir in einem Jahre nicht auszuhungern waren, in dem wir an den vier Hauptgetreidearten allein einen Produktionsausfall von neun Millionen Tonnen gegenüber dem letzten normalen Friedensjahr erlitten, dann sind wir niemals auszuhungern. Das ist der frohe und zuversichtliche Schluß, der sich uns schlagend und unwiderstehlich aus den an sich so unerfreulichen Ziffern der Erntestatistik von 1915 aufdrängt.

Bei der straffen Verbrauchsregelung besteht kein Zweifel, daß wir mit den Brotgetreidevorräten nicht nur ausreichen, sondern auch eine starke Reserve ins neue Erntejahr mit hinübernehmen. Auch unsere Kartoffelversorgung ist auf der gegenwärtigen Beschaffungs-, Verteilungs- und Rationierungsgrundlage bis zur neuen Ernte durchaus gewährleistet. Die Aufnahme vom 26. April liegt für das Reich noch nicht vor. Für Preußen hat sie einen Gesamtbestand von 92 723 804 Zentner ergeben gegen nur 55 429 942 Zentner am 14. Mai 1915. Von den Ende April ermittelten Vorräten geht allerdings noch ein ziemlich erheblicher Saatgutbedarf ab. Auf darf nicht übersehen werden, daß die Inanspruchnahme der Kartoffel wegen der Knappheit der übrigen Futtermittel groß ist, und sparsamer Verbrauch daher notwendig erscheint. Wird andererseits berücksichtigt, daß das Ergebnis der Aufnahme aus technischen Gründen zweifellos hinter dem wirklichen Bestande zurückbleibt, und daß mit einer Frühkartoffelernte von mindestens 8¾ Millionen Zentner für Preußen und mindestens 11¾ Millionen Zentnern für das Reich zu rechnen ist, so kann man das Resultat der Bestandsaufnahme nur als Bestätigung völliger und zweifelsfreier Sicherung unserer Kartoffelbedarfsdeckung deuten. An Kartoffeltrockenprodukten wurden am 26. April im ganzen Reiche Vorräte von 1329428 Zentnern ermittelt – eine Menge, die etwa dreimal so groß ist als vor der Aufnahme angenommen wurde, und die für die vorgeschriebene Verwendung und Verarbeitung ohne weiteres ausreicht.

Die stärksten Wirkungen hat die vorjährige Mißernte, verbunden mit der Abschnürung der in Friedenszeiten regelmäßigen, außerordentlich großen Futtermitteleinfuhr, naturgemäß und unvermeidlich auf unsere Viehbestände geübt. Zwar ist selbstverständlich alles geschehen, um die Einfuhr an Bodenerzeugnissen zur menschlichen und tierischen Ernährung zu heben; die mit Rumänien abgeschlossenen Verträge sind ja aus früheren Mitteilungen der Presse bekannt. Die Schwierigkeiten (vor allem transporttechnischer Art), die sich rascher Abwicklung der Einfuhren in größerem Umfange entgegenstellten, sind nach Möglichkeit beseitigt worden. Die Einfuhrziffern der Zentraleinkaufsgesellschaft für Getreide, Futtermittel und Saaten zeigen deshalb eine ständige, erfreuliche Aufwärtsbewegung; während sie in den letzten Monaten 1915 noch weit unter 100 000 Tonnen monatlich betrugen, stellten sie sich beispielsweise im April, 1916 auf mehr als das Doppelte dieser Menge. Insgesamt ist aber durch die Einfuhr natürlich der Mindervertrag der Heimaterzeugung nur zu einem geringen Bruchteile ausgeglichen worden — von den Ausfällen an der Friedenseinfuhr ganz zu schweigen. Der ganze Winter stand deshalb im Zeichen drückender Futtermittelknappheit, und es trat ganz von selbst ein, was so häufig programmatisch gefordert wird: die Anpassung unseres Viehbestandes an die vorhandene Futtermittelbasis.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Viehzwischenzählung vom 15. April betrug die Zahl der Schweine an diesem Tage (im ganzen Reiche) 13 303 500 Stück — gegen 16 569 990 ein Jahr vorher, 19 239 483 am 1. Oktober und 17 292 892 am 1. Dezember 1915. Der Bestand ist also gegen den 1. Dezember um 23,1 v. H. zurückgegangen (wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß die Wintermonate die Hauptschlachtzeit sind, die Abnahme an sich mithin durchaus normal ist). Am stärksten ist die Verminderung naturgemäß bei den ½ bis 1 Jahr alten und über 1 Jahr alten Tieren (gegenüber dem 1. Dezember 46.7 und 39.7 v. H.). Etwas weniger, aber immerhin erheblich (um 21.3 v. H.) ist die Zahl der 8 Wochen bis ½ Jahr alten Schweine verringert, dagegen haben die unter 8 Wochen alten Ferkel — also das Aufzuchtmaterial für eine etwas spätere Periode — um 31.6 v. H. zugenommen (1. Dezember: 2 812 206, 15. April 3 700 460 Stück). Das bedeutet, daß in den nächsten Monaten die schlachtreifen Schweine sehr knapp sein werden, und daß die Schweineschlachtungen auf das äußerste eingeschränkt werden müssen, wenn nicht durch Wegschlachten unreifer, junger Tiere die Hoffnung auf eine bessere Fleisch- und Fettversorgung im nächsten Winter vereitelt werden soll.

Weniger angegriffen, wenn auch in seiner Zusammensetzung zu Ungunsten der unmittelbaren gegenwärtigen Versorgung verschoben, ist unser Rindviehbestand. Insgesamt wurden an Rindvieh im Deutschen Reiche am 15. April 1916 19 873 189 Stück gezählt. Das ist nur um etwas über eine Million weniger als am 1. Oktober 1915, und um noch nicht zwei Millionen weniger als am 1. Dezember 1914 — zu einer Zeit also, wo in der Futtermittelversorgung noch beinahe normale Verhältnisse herrschten. Gegen den 1. Dezember 1915 betrug der Rückgang am 15. April nur 2,1 v. H. Das bezieht sich freilich nur auf die Gesamtzahl. Im einzelnen haben seit 1. Dezember die drei Monate bis noch nicht zwei Jahre alten Jungtiere um 6,9, die Bullen, Stiere und Ochsen um 8,7, die Kühe um 4 v. H. abgenommen; die Zahl der unter drei Monate alten Kälber dagegen ist — ähnlich wie die der Ferkel — um 41,1 v. H. gestiegen. Die Zahl der Milchkühe ist um noch nicht 800 000 kleiner als im Dezember 1914. Auch hier also eine starke Verminderung der schlachtreifen Klassen, die eine erhebliche Einschränkung der Schlachtungen im Sommer bedingt, wenn wir nicht durch Schlachten von Milchkühen, die Milch- und Buttererzeugung durch Schlachten von unreifem Jungvieh die Fleischversorgung für den nächsten Winter gefährden wollen.

Wir müssen also — das ist die klare und eindeutige Schlußfolgerung aus dieser Statistik — in der nächsten Zeit mit stark einschränkenden Maßnahmen [illegible]

Vossische Zeitung
24./V. 1916

Sicherung der Volksernährung.

Die Bekanntmachung des Bundesrats über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung liegt nunmehr im Wortlaut vor.

Danach wird der Reichskanzler ermächtigt, die im Reiche vorhandenen Lebensmittel, sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung erforderlich sind, für die Ernährung des Volkes in Anspruch zu nehmen. Er kann die Ein-, Durch- und Ausfuhr solcher Gegenstände regeln, und in gleicher Weise über Futtermittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Viehversorgung erforderlich sind, verfügen. Der Reichskanzler ist ferner befugt, den Verkehr mit den genannten Gegenständen und ihren Verbrauch zu regeln und vor allem Bestimmungen über die Preise zu treffen. In dringenden Fällen kann er den Landesbehörden unmittelbar Anweisungen geben. Die vom Bundesrat zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen bleiben zwar unberührt, doch kann der Reichskanzler in dringenden Fällen abweichende Bestimmungen treffen. Diese sind dann dem Bundesrat unverzüglich vorzulegen.

Die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung wie die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes betreffend, liegen ebenfalls jetzt vor. Unter dem Namen Kriegsernährungsamt wird in Berlin eine Behörde errichtet, die der Aufsicht des Reichskanzlers untersteht. Auf diese Behörde werden die dem Reichskanzler zustehenden Befugnisse zur Sicherung der Volksernährung übertragen. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 7 bis 9 Mitgliedern. Der Vorsitzende führt die Amtsbezeichnung Präsident, er leitet die Geschäfte, vertritt die Behörde nach außen und ist für die ihr übertragenen Befugnisse verantwortlich. In wichtigen Fragen entscheidet der Präsident nach Beratung mit dem Vorstand. Dem Amte wird ferner ein Beirat beigegeben, der aus Vertretern der obersten Reichsbehörden, der Landesregierungen, der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften und einer Anzahl anderer Sachverständiger besteht. Dieser Beirat wird in grundsätzlichen Fragen gehört. Er muß sich zu regelmäßigen Beratungen über die Lage der Volksernährung versammeln. Die Mitglieder des Beirats werden vom Reichskanzler berufen und versehen ihr Amt ehrenamtlich.

Vossische Zeitung
24./V. 1916

Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages begann heute die Beratung der Ernährungsfragen.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsitzende den neu ernannten Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, der in seiner Erwiderung die Hoffnung auf ein gedeihliches, fruchtbares Zusammenarbeiten aussprach. Der Staatssekretär kündigte an, daß die neue Verordnung des Bundesrats über das Kriegsernährungsamt mit den Ausführungsbestimmungen in Bälde herauskommen werde.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein teilte mit, daß diese Verordnung sich bereits im Druck befinde, und machte Mitteilungen über das neue Kriegsernährungsamt. Der Präsident dieser Behörde erhalte volles Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und Futtermittel. Ihm seien 7 bis 9 beratende Mitglieder beigegeben, er entscheide aber in voller Selbständigkeit. Es handle sich also nicht um kollegiale, sondern um präsidiale Entscheidungen nach vorausgegangener kollegialer Beratung. In grundsätzlichen Fragen solle ein Beirat etwa monatlich gehört werden. Als erste Aufgabe des neuen Amtes komme die Prüfung beziehungsweise Aufhebung der Absperrmaßregeln gegen die Lebensmittelausfuhr aus einzelnen Bezirken in Betracht.

In der folgenden Geschäftsordnungserörterung wurde vorgeschlagen, die Beratung der Organisationsfrage einstweilen zurückzustellen und zunächst die Frage zu erörtern, was zur Sicherstellung der Volksernährung für die nächsten beiden Monate und was mit der neuen Ernte zu geschehen habe. — Staatssekretär Dr. Helfferich erachtete diesen Vorschlag für zweckmäßig, zumal die neue Organisation eine gewisse Ueberleitung brauche, bis sie wirksam werden könne.

Berichterstatter Graf Westarp führte aus, aus den vorliegenden Ziffern der Bestandsaufnahmen gehe hervor, daß wir für die nächsten Monate mit Nahrungsmitteln versorgt seien, wenn sparsam gewirtschaftet werde. Die herrschende Knappheit sei materiell und nicht so sehr eine Folge unrichtiger Organisation oder Verteilung. Ueber diese Dinge müsse offen und ohne Scheu vor aller Welt gesprochen werden. Zu erwägen sei, ob der schwer arbeitenden Bevölkerung erhöhte Brotrationen im bisherigen Umfange zugewiesen werden könnten. Ein Urteil über die kommende Ernte sei verfrüht, die Güte der Ernte sei erst nach ihrer Einbringung zu übersehen.

Staatssekretär Dr. Helfferich stimmte dem Berichterstatter darin zu, daß über unsere Ernährungsverhältnisse und die bestehenden Schwierigkeiten ganz offen gesprochen und keine Geheimniskrämerei getrieben werden solle. Das bewahre vor falschen Schlußfolgerungen und Hoffnungen.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis machte nähere

Angaben über die Getreidevorräte.

Die Nachprüfung der Brotgetreidebestände habe ergeben, daß nicht nur die für die Ueberführung in das neue Erntejahr erforderlichen 400 000 Tonnen gesichert seien, sondern darüber hinaus noch 102 000 Tonnen gesichert seien. Deshalb seien 100 000 Tonnen — 1 Million Doppelzentner — den besonders bedürftigen Bevölkerungskreisen zusätzlich zur Verfügung gestellt worden. Die Reichsgetreidestelle müsse das Brotgetreide fest in der Hand behalten; denn es sei ein teures Gut, das bis zum 15. September zu reichen habe. Der Unterstaatssekretär sprach den Kommunalverbänden und den Produzenten Dank aus dafür, daß sie bereitwillig das Angeforderte geliefert haben.

Redner der Nationalliberalen und des Zentrums wünschten, daß Waldarbeitern, Berg-, Hütten- und Walzwerk-Arbeitern die erhöhte Brotportion belassen beziehungsweise gegeben werde. — Unterstaatssekretär Dr. Michaelis stellte dies in Aussicht und fügte hinzu, es werde auch möglich sein, den Landarbeitern für die Erntezeit die erhöhte Ration zuzuweisen.

Ein volksparteilicher Redner betonte, daß viel Mißstimmung vermieden worden wäre, wenn man nicht von vornherein die Fiktion aufrechterhalten hätte, die deutsche Landwirtschaft könne ausreichend das deutsche Volk ernähren. Die Ueberschüsse sollten nicht zu sehr verzettelt werden. Im Beirat seien die Preiserhöhungen nicht gebilligt worden, der Redner fragt, ob sie irgendwelchen Einfluß auf die schnellere Ablieferung gehabt hätten. Das aus dem Auslande hereinkommende Mehl sollte man der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen, dann würde keine Verwirrung eintreten. Unterstaatssekretär Michaelis erwiderte, daß die Preiserhöhung eine Verdoppelung der täglichen Lieferung für die Zeit vom 15. Januar bis 15. April herbeigeführt habe. Ein Sozialdemokrat begrüßt die bessere Versorgung der Schwerarbeitenden, wünscht bessere Verteilung der Graupen- und Griesbestände und zwar von der Zentrale aus, nicht durch die Gemeinden allein. Es sollte versucht werden, die Kartoffelbestände für die weitere Brotstreckung freizumachen. Die Preiserhöhung habe nicht allein die schnellere Ablieferung bewirkt. Der Redner fragt, wie sie auf die Haferablieferung eingewirkt habe. Anzeigen über Lebensmittel sollten nicht unterdrückt werden, sondern man sollte die hierdurch zutagetretenden Bestände beschlagnahmen.

Ein konservativer Abgeordneter polemisiert gegen die volksparteiliche Bemerkung über die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Wenn man meine, daß die Landwirtschaft das Volk noch nicht ausreichend versorgen könne, so sollte man sie in die Lage bringen, noch mehr zu produzieren.

Die Zeit Abendbl. 25. IV. 1916

Die interministerielle Approvisionierungskommission.

Zusammentritt am kommenden Montag.

Wie wir erfahren, tritt die zur Beschleunigung der Erledigung der aktuellen Approvisionierungsfragen von der Regierung gebildete interministerielle Kommission unter dem Vorsitz des Sektionschefs Oskar R. v. Keller am Montag den 29. d. im Ministerium des Innern zur ersten Sitzung zusammen. Wöchentlich sind zwei Sitzungen dieser permanenten Kommission in Aussicht genommen, doch werden, sollte es der Bedarf erheischen, auch mehr Sitzungen stattfinden. Die Erledigung der Arbeiten wird auf Grund eines neuaufgestellten Statuts vor sich gehen. Da es in der Absicht der Regierung liegt, die Tagesfragen der Volksernährung mit möglichster Beschleunigung zu erledigen, wird der Instanzenzug und Kompetenzenweg durch das Zusammenwirken der aus den Referenten (Sektionschefs) der einzelnen Ministerien gebildeten interministeriellen Kommission möglichst vermieden, in vielen Belangen überhaupt ausgeschaltet werden.

Wenn heute auch noch kein festumrissener Arbeits- und Durchführungsplan für die Arbeiten der neuen Approvisionierungszentralstelle vorliegt, so kann doch angenommen werden, daß sie im wesentlichen dieselben Zwecke verfolgen und anstreben wird, wie das mit allen Vorrechten der Exekution und Beschlagnahmegewalt ausgestattete Volksernährungsamt im Deutschen Reiche. Unterstützt wird diese Kommission durch die Heranziehung eines Approvisionierungsfachbeirates, der ebenfalls bereits in Bildung begriffen ist und sich demnächst konstituieren dürfte. Die Berufungen maßgebender Approvisionierungsfachmänner in diesen Beirat dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

Zunächst wird die interministerielle Approvisionierungskommission ihr Augenmerk den brennendsten Volksernährungsfragen zuwenden. Hier handelt es sich vor allem um den schwierigen Fragenkomplex der Vieh-, Fleisch- und Fettfrage, um die weitere Regelung der Eierzufuhr, überhaupt um die Erörterung und sofortige Inangriffnahme aller jener Maßnahmen, die zur Sicherung der Volksernährung dringende Erledigung erheischen.

Mit der die Sicherung und Verteilung der neuen Ernte regelnden Kriegsgetreideverkehrsanstalt sowie mit der Futtermittelzentrale wird seitens der Kommission ein fortlaufender Konnex hergestellt werden.

Die Oeffentlichkeit sieht der Wirksamkeit dieser neuen Zentralstelle zur Sicherung der Volksernährung mit Spannung entgegen. Die Zusammensetzung dieser Kommission sowie die bisherige erfolgreiche Wirksamkeit ihrer Vorsitzenden auf dem weitverzweigten und schwierigen Gebiet der Approvisionierung würden erwarten lassen, daß Sachkenntnis und Arbeitseifer, gepaart mit der nötigen Energie, die jetzigen nicht immer klaglosen Verhältnisse auf dem Gebiet der Approvisionierung alsbald beseitigen werden.

Tägliche Rundschau

25./V. 1916

Die Volksernährungsfragen.

In der Sitzung des Reichstagshauptausschusses machte, wie schon berichtet, der Präsident der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Dr. Michaelis, über unsere Brotgetreidevorräte die Mitteilung, daß unsere Reserve von 400 000 To. sich bedeutend erhöht habe. Es habe sich herausgestellt, daß diese Reserve durch Minderbedarf der Heeresleitung um 80 000 To. gestiegen sei; dazu kommen 97 000 To. aus Rumänien, d. s. 177 000 T. Dagegen dürften die zur Streckung des Brotgetreides erforderlichen Kartoffeln knapp sein.

Aus dem weiteren Verlauf der Beratung ist noch folgendes zu berichten:

Redner der Nationalliberalen und des Zentrums wünschten, daß Waldarbeitern, Berg-, Hütten- und Walzwerk-Arbeitern die erhöhte Brotportion belassen beziehungsweise gegeben werde.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis stellte dies in Aussicht und fügte hinzu, es werde auch möglich sein, den Landarbeitern für die Erntezeit die erhöhte Ration zuzuweisen.

Redner der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie wünschten ebenfalls volle Offenheit in der Erörterung der Ernährungsfragen, der sozialdemokratische Redner schon aus dem Grunde, um die Phantasien des Auslandes, als könnten wir ausgehungert werden, zu zerstören. Es müsse dahin gestrebt werden, die Nahrungsmittel rechtzeitig an die Verbrauchsstellen zu bringen.

Ein volksparteilicher Redner betonte, daß viel Mißstimmung vermieden worden wäre, wenn man nicht von vornherein die Fiktion aufrecht erhalten hätte, die deutsche Landwirtschaft könne ausreichend das deutsche Volk ernähren. Die Ueberschüsse sollten nicht zu sehr verzettelt werden. Im Beirat seien die Preiserhöhungen nicht gebilligt worden, der Redner fragt, ob sie irgendwelchen Einfluß auf die schnellere Ablieferung gehabt hätten. Das aus dem Auslande hereinkommende Mehl sollte man der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen, dann würde keine Verwirrung eintreten. Der Präsident der Reichsgetreidestelle erwiderte, daß die Preiserhöhung eine Verdoppelung der täglichen Lieferung für die Zeit vom 15. Januar bis 15. April herbeigeführt habe.

Ein konservativer Redner betonte, der Krieg habe gezeigt, daß die deutsche Landwirtschaft mehr als man angenommen habe, die Ernährung des Volkes übernehmen könne. Die Erschwerung der Viehhaltung beruhe zum Teil auf dem ungenügenden Zollschutz auf heimische Futtermittel. Wenn man meine, die Landwirtschaft könne das Volk noch nicht ausreichend versorgen, so sollte man sie in Stand setzen, noch mehr zu erzeugen. Ein Zentrumsredner begrüßte die tröstlichen Ausführungen des Unterstaatssekretärs in Bezug auf die Getreidebestände und wünschte, daß die eingeführten Hülsenfrüchte auch den gemeinnützigen Einrichtungen des Südens zugute kämen. Der in manchen Städten herrschende Ueberfluß an Kartoffeln sollte zur Brotstreckung verwandt werden. Eine gewisse Nachzahlung für die Haferlieferer sei schon deshalb notwendig, um das gestörte Vertrauen landwirtschaftlicher Kreise wieder zu stärken.

Ein volksparteilicher Redner führte aus, die Preiserhöhung habe nicht allein die schnellere Ablieferung bewirkt, und fragt, wie sie auf die Haferlieferung eingewirkt habe. Er halte es für richtiger, den später abliefernden Landwirten einen geringeren Preis zu zahlen, damit die spekulative Zurückhaltung unterbunden werde. Für eine Nachzahlung an die, die früher lieferten, könne die Volkspartei sich nicht aussprechen der Folgerungen wegen. Im kommenden Jahre müsse das Brotgetreide in vollem Umfange der menschlichen Ernährung vorbehalten werden. Der mangelnde Zoll für Futtermittel dürfe nicht als Grund für die ungenügende Fleischversorgung angeführt werden. Wären mehr Futtermittel angebaut worden, so wäre der Getreidebestand erst recht nicht ausreichend. Anzeigen über Lebensmittel sollten nicht unterdrückt werden, sondern man solle die dadurch zutage tretenden Bestände beschlagnahmen.

Staatssekretär Dr. Helfferich riet von einer Zolldebatte ab, stellte aber fest, daß in der verflossenen Periode mit dem Zollschutz die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft an Getreide in erheblicher Weise gestiegen ist.

Ein sozialdemokratischer Redner wandte sich gegen die Bewilligung von Reports, die lediglich die spekulative Zurückhaltung förderten. Der Aufschlag der Kommunalverbände auf Mehl zur Erzielung von Ueberschüssen sei zu beseitigen. Auch die Bäcker forderten vielfach in unzulässiger Weise hohe Preise für Brot. Unterstaatssekretär Dr. Michaelis erwiderte, das Mehl komme mit gewissen Verschiebungen an die Kommunen; wie der Brotpreis sich gestalte, sei deren Sache. Die Unterschiede im Brotpreis seien bedauerlich, könnten aber von der Reichsgetreidestelle nicht ausgeglichen werden. Vielleicht gelinge dies der neuen Stelle.

Ein nationalliberaler Redner brachte Klagen aus dem Süden vor, wo kleinere Landwirte, die Hafer rechtzeitig abgeliefert hätten, sich geschädigt fühlten, weil den Spätlieferern höhere Preise gezahlt wurden. Er wünschte weiter nähere Auskunft über die Lieferungen aus Rumänien.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte Klage über die Zurückhaltung von Kartoffeln auf dem Lande. Die Streckung des Mehles mit Kartoffelmehl sei nötiger, als die Aufzucht von Schweinen. Ein erhöhter Futtermittelzoll würde zu ungunsten der Landwirtschaft und zum Nachteil der Getreideproduktion ausschlagen.

Ein Konservativer verwies auf die sehr stark gestiegene Getreideproduktion, 21,4 Mill. To., und äußerte sich erneut zur Futtermittelfrage.

*

Frankfurter Zeitung
25./V. 1916

Das Kriegsernährungsamt.

N Berlin, 24. Mai. (Priv.-Tel.) Im „Reichsgesetzblatt" werden heute die beiden Verordnungen über die Volksernährung und über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes mitgeteilt, die wir bei ihrer Wichtigkeit im Wortlaut wiedergeben:

Bekanntmachung über Kriegsmaßnahmen für Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt die im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung erforderlich sind, für die Ernährung des Volkes in Anspruch zu nehmen. Er kann die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr sachverständig regeln.

Er kann in gleicher Weise über Futtermittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Viehversorgung erforderlich sind, zur Ernährung von Nutztieren, verfügen.

§ 2. Der Reichskanzler kann die zur Durchführung des § 1 erforderlichen Bestimmungen treffen, er kann den Verkehr mit den daselbst bezeichneten Gegenständen und ihren Verbrauch regeln, auch Bestimmungen über die Preise treffen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft und daß neben der Strafe die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

Der Reichskanzler kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen

§ 3. Die vom Bundesrat zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen bleiben unberührt. Der Reichskanzler kann in dringenden Fällen abweichende Bestimmungen treffen. Diese sind dem Bundesrat unverzüglich vorzulegen.

§ 4. Der Reichskanzler kann die Befugnisse, die ihm nach dieser Verordnung oder anderen zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen zustehen, ganz oder teilweise durch eine seiner Aufsicht unterstehende Behörde ausüben. Er bestimmt das Nähere über Einrichtung, Geschäftskreis und Geschäftsgang dieser Behörden.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, 22. Mai 1916.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Bundesrates über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 wird folgendes bestimmt:

§ 1. Unter dem Namen Kriegsernährungsamt wird eine Behörde mit dem Sitz in Berlin errichtet. Sie untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

Dem Kriegsernährungsamt wird die Besorgung der dem Reichskanzler in §§ 1 bis 3 der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916, sowie derjenigen Befugnisse übertragen, die dem Reichskanzler nach anderen zur Sicherung der Volksernährung errichteten Verordnungen zustehen, soweit sie nicht ausdrücklich vorbehalten werden.

Der Tag, an dem die Behörde in Wirksamkeit tritt, wird im „Reichsanzeiger" bekannt gemacht.

§ 2. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 7 bis 9 Mitgliedern.

Der Vorsitzende führt die Amtsbezeichnung Präsident des Kriegsernährungsamtes. Er leitet die Geschäfte, vertritt die Behörde nach außen und ist für die Ausübung der dem Kriegsernährungsamt übertragenen Befugnisse verantwortlich. In wichtigen Fragen entscheidet er nach Beratung mit dem Vorstand.

Rechtsverordnungen sind im „Reichsgesetzblatt" bekannt zu geben.

§ 3. Dem Kriegsernährungsamt werden zur Bearbeitung der laufenden Geschäfte die erforderlichen Arbeitskräfte zugeteilt.

§ 4. Dem Kriegsernährungsamt wird ein Beirat beigegeben. Er besteht aus Vertretern der obersten Reichsbehörden, der Landesregierungen, der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften, sowie aus einer Anzahl anderer Sachverständigen.

Den Vorsitz führt der Präsident des Kriegsernährungsamtes. Der Beirat ist in grundsätzlichen Fragen zu hören. Er ist zu regelmäßigen Beratungen über die Lage der Volksernährung zu versammeln. Die Geschäftsordnung erläßt der Reichskanzler auf Vorschlag des Vorsitzenden.

§ 5. Den Vorsitzenden, die Mitglieder des Vorstandes, sowie die dem Kriegsernährungsamt als Kriegsräte zugeteilten Personen beruft der Reichskanzler. Die übrigen Beamten und Hilfskräfte beruft der Vorsitzende.

Die Mitglieder des Beirates werden vom Reichskanzler berufen. Sie versehen ihr Amt als Ehrenamt.

§ 6. Soweit die in § 5 genannten Personen nicht in einem zur Amtsverschwiegenheit verpflichtenden Reichs- oder Staatsdienstverhältnis stehen, sind sie zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und insbesondere zur Amtsverschwiegenheit zu verpflichten.

Berlin, 22. Mai 1916.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

Frankfurter Zeitung
25./V. 1916

= **Lebensmittelkarten für Gasthäuser und Anstalten.** Nach der Verordnung des Magistrats vom 19. Mai ist beabsichtigt, für Gasthäuser und Anstalten Bezugsscheine für die in den Lebensmittelkarten aufgeführten Waren auszustellen, soweit für einzelne dieser Waren nicht schon jetzt solche Scheine bestehen. Bis zur Einführung dieser Bezugsscheine erhalten die genannten Betriebe eine Ausweiskarte, die sie berechtigt, die betreffenden Waren ohne die Lebensmittelkarten einzukaufen. Die Ausweiskarten werden von Samstag den 27. Mai ab bei der Brotverteilungsstelle, Abteilung für Wirte, Bethmannstraße 56, auf mündlichen Antrag ausgehändigt. Die genannten Betriebe haben ferner bis zur Einführung der Bezugsscheine einen Verbrauchsnachweis für die in der Ausweiskarte aufgeführten Waren nach vorgeschriebenem Vordruck zu führen und in diesem Nachweis regelmäßig alle bezogenen Waren sofort einzutragen. Der Nachweis ist am Ende des Monats abzuschließen und innerhalb der ersten drei Werktage des neuen Monats bei der genannten Brotverteilungsstelle, Abteilung für Wirte, einzureichen. Vordrucke zu dem Verbrauchsnachweis können von Donnerstag den 25. Mai ab von Brönners Druckerei, Niddastraße 81, zum Preis von 10 Pfennig für den Bogen bezogen werden.

Vossische Zeitung
25./V. 1916

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

In der weiteren Verhandlung erklärt ein konservativer Redner, das Vorhandensein der verhältnismäßig großen Reserven sollte uns nicht unvorsichtig machen. Für volle Offenheit seien gleich allen Parteien auch die Konservativen. Die mangelhafte Verteilung sei die Folge von Fehlern in der Organisation.

Ein bayerischer Zentrumsabgeordneter wünscht Erhöhung der Rationen für Erntearbeiter. In einzelnen Städten bestehe ein Ueberfluß an Kartoffeln. Diese sollten zur Streckung des Brotes verwendet werden.

Ein volksparteilicher Abgeordneter wünscht nähere Auskunft darüber, wie die Regierung sich die Erfahrungen bei der Preiserhöhung nutzbar machen wolle. Er fragt, ob es nicht praktischer wäre, statt Erhöhung Verminderung eintreten zu lassen. Es dürfe nicht wieder eine Verfütterung von Brotgetreide eintreten, dafür müsse gesorgt werden. Nachzahlung der erhöhten Haferpreise würde auch eine Nachzahlung bei den erhöhten Kartoffelpreisen nötig machen. Ohne auf wirtschaftspolitische Erörterungen eingehen zu wollen, müsse der Redner die konservativen Ausführungen zurückweisen, daß etwa die Erhöhung der Produktion auf die Zollerhöhung zurückzuführen sei. Das sei durchaus unzutreffend, wie die von amtlicher Seite dem Reichstag zugegangenen Zusammenstellungen bewiesen.

Ein sozialdemokratischer Redner führt die Verfütterung großer Mengen Brotgetreides auf die große Spannung zwischen Brotgetreide- und Futtergetreidepreis zurück. Die Reports haben nur eine Zurückhaltung des Getreides bewirkt. Eine nicht zu hohe Dreschprämie würde zweckmäßig sein. Eine Schwankung des Brotpreises zwischen 13 und 26 Pfennigen sei durchaus unzulässig.

Ein Nationalliberaler fragt, ob die Ablieferung in Süddeutschland rascher vonstatten gegangen sei als in Norddeutschland, und was wir in nächster Zeit an Einfuhr zu erwarten hätten. Während der Zollgesetzgebung seien wir unabhängig geworden in bezug auf Brotgetreide. Zurückweisen müsse der Redner die konservative Auffassung, daß eine Erhöhung des Futtergerstenzolls uns auch unabhängiger machte in bezug auf die Futtermittel.

Ein Sozialdemokrat betont, es seien mehr Kartoffeln da, als statistisch erfaßt sind; sie würden also zurückgehalten. Die konservativen Ausführungen, daß ein höherer Gerstenzoll uns mehr inländische Futtermittel bringen würde, sei irreführend, vielmehr würde eine solche Maßnahme den Viehstand in den landwirtschaftlichen Großbetrieben noch mehr drücken, sie würden noch ausschließlicher Körnerbau treiben und die Futtermittelpreise zum Schaden der Klein- und Mittelbetriebe in die Höhe treiben. Futtermittelimport bedeute Düngerimport und steigere somit die Gesamtproduktion, wie das Beispiel Dänemarks beweise.

Staatssekretär Dr. Helfferich hält es für erwünscht, daß die Landwirtschaft sich auch in der Richtung des Exports entwickle.

Ein konservativer Redner weist auf den in der „Nordd. Allgem. Ztg." veröffentlichten Ernteausfall von 1913, 1914 und 1915 hin. Die Landwirtschaft habe sich bemüht, auf derselben Fläche erheblich mer Futtermittel zu produzieren.

Der Ausschuß vertagt sich auf Donnerstag früh: Organisationsfragen.

Vossische Zeitung
26./V. 1916

Fleisch- und Kartoffelfragen.

Aus dem Reichstagsausschuß.

Der Reichshaushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Ernährungsfragen fort. Ein volksparteilicher Redner führte aus, daß nach der Bekanntmachung vom 15. April die Verfütterung von Kartoffeln erlaubt oder verboten werden könne. Jetzt sollten die Verfütterung verboten und alle verfügbaren Bestände der menschlichen Ernährung zugeführt werden, eventuell durch Verarbeitung zu Flocken oder Mehl. — Ein konservativer Abgeordneter erwiderte, daß sich nicht alle Kartoffeln zur menschlichen Ernährung eigneten. Der Redner macht längere Ausführungen, um die Berechtigung der Preisdifferenzen zu begründen. Die Hefebrenner hätten die Hefepreise in die Höhe gesetzt, weil der Spiritus die Kosten nicht deckte; wenn sie jetzt Preiserhöhung für Spiritus verlangten, so müßte der Hefepreis herabgesetzt werden. — Ein Sozialdemokrat klagte über die ungleichmäßige Versorgung mit Kartoffeln. In München z. B. sollen die Einwohner sich für sechs Wochen im voraus versorgen. Die Gemeinden wurden aufgefordert, bis 1. Mai endgültig ihren Bedarf anzumelden, bis jetzt wissen sie aber nicht, wieviel sie bekommen werden. Die überraschende Erhöhung der Kartoffelpreise hätte Verwirrung gebracht. Es seien Kartoffeln zurückgehalten worden. Die betreffenden Kreise hatten Ahnungen, die sich wohl dadurch erklären, daß die Sachverständigen, die die Regierung beraten, zugleich Interessenten seien. Ebenso liege es beim Spiritus. Bei der kommenden Neuregelung der Spiritusbrennerei, dem Uebergang zum Monopol, würden sich dieselben Mißstände zeigen.

Unterstaatssekretär v. Stein betonte, es seien ausreichende Kartoffeln vorhanden, aber kein Ueberfluß. — Ein anderer Regierungsvertreter führte aus, im Winter habe die Sorge bestanden, daß für die Brennereien nicht genügend Kartoffeln wegen zu starker Verfütterung vorhanden sein würden. Aus diesem Grunde erfolgte die Preiserhöhung, die den gewünschten Erfolg gehabt habe. Wir würden nicht nur den Heeresbedarf, sondern auch den der Fabriken, Apotheken, Lazarette usw. decken können und auch für Beleuchtungszwecke werde ein erhebliches Quantum vorhanden sein. Ob Kartoffelbranntwein freigegeben werden könne, stehe nicht fest. Die vorhandenen Kornbranntweinvorräte reichten zur Versorgung des Heeres aus. Ein Verfütterungsverbot für Kartoffeln sei bereits erlassen.

Ein volksparteilicher Redner erklärte, es sei nicht Sache der Spirituszentrale, die Hefepreise herabzusetzen, auch nicht, den Sprit der Außenseiter niedriger zu bezahlen. Ebenso sei es unerwünscht, daß die Spirituszentrale während des Krieges ihr Monopol ausnütze, um den Außenseitern die Existenzmöglichkeit nach dem Kriege zu nehmen. — Der Vertreter der Deutschen Fraktion führte aus, der selbst erzeugte Spiritus müsse den Betriebsinhabern zum Motorbetrieb freigegeben werden. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß selbstverständlich ein fester Plan für die Spiritusverwertung und -Verteilung aufgestellt werden müsse. Die landwirtschaftlichen Motoren sollten statt mit Spiritus mit Benzol geheizt werden.

Ein Konservativer wies darauf hin, daß im Juni und Juli der Schwund der Kartoffeln am größten sei. Der sozialdemokratische Wunsch nach möglichst ahnungslosen Sachverständigen, das heißt solchen, die möglichst wenig von der Sache verstehen, sei unzweckmäßig. Denjenigen Wirtschaften, die nichts anderes zum Füttern haben als Kartoffeln, müsse man solche lassen. Der Spiritus müsse dort verwendet werden, wo er am nötigsten sei, zuerst für das Heer und dann für die landwirtschaftlichen Motoren. Ein nationalliberaler Abgeordneter wünschte Aufhebung der Höchstpreise für Frühkartoffeln in der allerersten Zeit, was eine Entlastung des Kartoffelmarktes für die Minderbemittelten bedeuten würde. Ein Sozialdemokrat verlangt eine Aenderung des Spiritusgesetzes, um die Rückstände der Zellstoffabriken nutzbar zu machen. — Ein Regierungsvertreter betont, daß Melasse möglichst nicht zur Spiritusbrennerei verwendet werden solle. Die Herstellung von Spiritus aus den Rückständen der Strohkraftfutterfabriken, aus Holz, weiter von Zucker aus Holz werde zum Herbst möglich sein.

Ein volksparteilicher Abgeordneter wendet sich gegen die Methode, der Spirituszentrale das Recht zu geben, die Produktionskosten der einzelnen Betriebe nachzuprüfen und danach Preise zu zahlen. Man sollte lieber die Hefepreise herabsetzen. Ein Konservativer polemisiert dagegen und fordert Schutz der landwirtschaftlichen Brennereien, um die Kultur der leichten Böden aufrechtzuerhalten. Ein Sozialdemokrat begrüßt es, daß die Regierung endlich daran gehe, auch andere Stoffe als Kartoffeln zur Spiritusfabrikation zu verwerten; hoffentlich werde sie sich durch den Widerspruch der Spirituszentrale und der Kartoffelbauer in diesem Streben nicht stören lassen.

Die Erörterung wandte sich darauf der Viehhaltung zu. Der Berichterstatter teilte mit, daß der Rindviehbestand um 2,1 v. H. seit dem 1. Dezember 1915 zurückgegangen und daß der Rückgang am größten beim Nutzvieh sei. Der Kälberbestand sei um 41 v. H. gewachsen. Bei den Schweinen ist ein Rückgang um 22 v. H., bei den Ferkeln ein Zuwachs zu verzeichnen. Zunächst bedeutet das eine Besserung der Versorgung mit Schweinefleisch nach Verlauf von dreiviertel Jahren; beim Rindvieh werde diese Besserung noch länger dauern. Für die nächste Zukunft ist daher möglichste Einschränkung des Verbrauchs geboten. Beim Heere haben Einschränkungen stattgefunden; dagegen bei den Gefangenen nicht in dem Maße wie bei der Zivilbevölkerung. Jetzt sollten die Vorräte an Dauerware und Konserven verbraucht werden. Das Hausschlachtungsverbot werde angegriffen; man dürfe nicht vergessen, daß der kleine Mann für das ganze Jahr einschlachte.

Ein Konservativer wünscht, daß das Verbot ersetzt werde durch Ueberwachung der Hausschlachtungen. Höchstpreise für Ferkel seien nicht zweckmäßig. Die Reichsfleischkarte werde, wie er fürchtet, den erwarteten Erfolg nicht haben. Ein Nationalliberaler meinte, daß der Vergleich der Bestände vom 1. Dezember 1915 und 15. April 1916 hinke, man müßte den 15. April 1915 zum Vergleich heranziehen. Wir stünden um etwa 3 Millionen ungünstiger da als vor Jahresfrist.

Arbeiterzeitung
26./V.1916

Fett, Eier, Milch. Die gestrige Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates befaßte sich mit der Fettfrage, billigte die vom Bürgermeister getroffenen Maßnahmen einmütig und genehmigte die Vorschläge des Magistratssekretärs Dr. Roßkopf. Die Gemeinde wird ihr zugängliches Fett allenfalls auch mit Verlust absetzen. Skaret fragte an, ob die Gewähr dafür geboten sei, daß das von der Gemeinde in Konsum gebrachte Fett zunächst in die Hände der Bedürftigen gelange. Marktdirektor Bauer versicherte, daß die Marktamtsorgane streng darüber wachen, daß die Großschlächterei das Fett in Mengen zu einem halben, höchstens einem Kilogramm an die unter der Fettnot am meisten leidenden Bevölkerungsschichten abgebe. Er betonte hiebei, daß die Beschaffenheit des Fettes gut und einwandfrei sei. Der Bürgermeister berichtete sodann über die Denkschrift, die er im Sinne des Beschlusses der Obmännerkonferenz vom 9. Mai dem Ministerpräsidenten, dem Armeeoberkommando und dem Minister des Aeußern über die Eierversorgung Wiens übrreicht habe. Außerdem sei auch an das Armeeoberkommando wegen Freigabe des Eierhandels in Russisch-Polen und Förderung aller jener Händler, die dort Eier für die Versorgung Wiens aufzukaufen beabsichtigen, sowie wegen der glatten Durchführung der Eiersendungen nach Wien eine Eingabe gerichtet worden. Die Eierpreise würden von nun an durch ein Comité, bestehend aus Vertretern des Marktamtes und des Eiergroß- und Kleinhandels, allwöchentlich festgesetzt werden. Dieses Comité werde ungerechtfertigte Steigerungen der Eierpreise hintanhalten. An das Ministerium des Innern wird beschlossen die Anfrage zu richten, wie groß der durch den von der „Miles" eingehobenen Konservierungszuschlag angesammelte Fonds sei und welchem Zweck er nunmehr zugewendet werden solle.

Der Bürgermeister berichtete sodann über die geforderte Beistellung von Kühlwaggons für den Milchtransport und stellt fest, daß innerhalb dreier Wochen nicht weniger als 170.000 Liter Milch mittelst Bahn sauer in Wien einlangten.

Die Obmännerkonferenz beschloß, auch an das Armeeoberkommando das dringende Ersuchen zu richten, eine entsprechende Anzahl von Kühlwaggons für die Milchbeförderung zur Verfügung zu stellen.

Neue Freie Presse 26.V.1916

Das Reichsamt für Lebensmittelversorgung.

Von Georg Gothein.
Mitglied des Reichstages.

Berlin, 25. Mai.

Die Absperrungspolitik, welche unsere Feinde gegen uns führen, hat das Deutsche Reich, je länger der Krieg dauert, vor um so schwerere Aufgaben gestellt. Konnte man bei einer Kriegsdauer von einem halben Jahre hoffen, mit den vorhandenen Vorräten und den in den besetzten feindlichen Gebieten eroberten halbwegs auszukommen, so war dies, nachdem der Krieg bald zwei Jahre dauert und nach einer ausgesprochenen Mißernte 1915 um so schwieriger. Weiterblickende haben daher bereits im Herbst 1914 die Notwendigkeit erkannt, alle wichtigeren Nahrungs- und Futtermittel in die Verwaltung des Reiches zu nehmen, ebenso die Einfuhr aus dem Ausland zu organisieren und für eine gerechte Verteilung der Vorräte im Inland Sorge zu tragen.

Das Deutsche Reich sah sich hier vor eine Aufgabe gestellt, wie sie nie vorher einem Lande zugemutet war. So sorgfältig unsere Mobilmachung für den Kriegsfall vorbereitet war, so unvorbereitet stand man der Mobilmachung des Wirtschaftslebens, insbesondere der der Volksernährung für einen langandauernden Krieg mit Sperrung der Seezufuhr gegenüber. Und nur zögernd, tastend, unvollständig entschloß man sich zu den einzelnen Maßnahmen, die keineswegs immer glückliche waren.

Man wird nicht verkennen dürfen, daß es kaum ein Staatswesen gibt, dessen staatsrechtliche Konstruktion ihm die Lösung dieser Aufgaben so erschwert, wie gerade Deutschland. Denn es ist ein Bundesstaat mit weitgehender Selbständigkeit der einzelnen Gliedstaaten, die meist eifersüchtig darüber wachen, daß in die ihnen verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte nicht eingegriffen wird. Dazu kommt, daß das Reich über keine eigenen Exekutivorgane in Zivilangelegenheiten verfügt, daß selbst die Reichssteuern und Zölle von den Beamten der Einzelstaaten erhoben werden. Jeder Weg zu den Exekutivorganen führt über deren Regierung.

Wohl hatte eine kleine Zahl von am 4. August vormittags im Reichsamt des Innern sich eingefundenen Abgeordneten den verbündeten Regierungen in dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 das Recht zum Erlaß wirtschaftlicher Verordnungen aufgedrängt, die solange Gültigkeit haben, bis sie vom Reichskanzler selbst aufgehoben werden und die jederzeit auf Verlangen des Reichstages aufgehoben werden müssen. Von diesem Recht hat der Bundesrat reichlich Gebrauch gemacht. Die Fülle der Verordnungen ist schier unübersehbar geworden und kaum jemand weiß mehr, welche eigentlich gilt, welche und inwieweit sie durch spätere Verordnungen beseitigt oder abgeändert worden ist. Aber zum Erlaß jeder dieser Verordnungen muß erst der Bundesrat sich in seinen Ausschüssen, dann in seinem Plenum vorberaten, gehen oft mehrwöchige Verhandlungen mit den Ministerien der Einzelstaaten voran. Jede ist schließlich ein Kompromiß und infolge der inneren Reibungen arbeitet die an sich schon schwerfällige Maschine so langsam, daß die einzelnen Verordnungen oft so spät erscheinen, daß schwere Störungen in der Ernährung nicht mehr vermieden werden können. Dabei hat man geglaubt, den Einzelstaaten die Ordnung ihrer Ernährungsverhältnisse großen Teils ganz selbständig überlassen zu können; diese haben wieder ihren nachgeordneten Behörden vielfach derart freie Hand gelassen, daß jeder kleine Kreis Ausfuhrverbote nach dem Nachbarkreise oder anderswohin erläßt, die zur Folge haben, daß in dem einen Kreise Ueberfluß an Vieh, Fleisch, Butter, Eiern besteht, während an anderer Stelle der größte Mangel daran herrscht.

Als zweites erschwerendes Moment kommt hinzu, daß Heeres- und Marineverwaltung ihre Einkäufe völlig unabhängig von den Zivilverwaltungsbehörden, selbst von der Reichsgetreidestelle, machen, daß sie nicht einmal an die von dieser festgesetzten Höchstpreise gebunden sind, daß sie deren ganzen Verteilungsplan nicht selten schwer stören; daß sich darüber plötzlich Mangel da herausstellt, wo man vorher reichlich versorgt zu sein glaubte. Fehlt der Zivilbehörde doch selbst eine Uebersicht darüber, welche Vorräte in der Hand der Militärverwaltung sind, weiß man kaum, was sie von der neuen Ernte für sich beanspruchen wird.

Daß es so länger nicht gehen könne, daß die Ordnung all dieser Fragen in eine Hand gelegt werden müsse, wurde mehr und mehr die allgemeine Ueberzeugung. Der Schrei nach dem Diktator erscholl immer lauter und lauter, und der Bundesrat hat sich dieser Einsicht denn auch nicht länger verschlossen. Er ist bereit, sich eines Teiles seiner Befugnisse zu entäußern, einen Mann an die Spitze der Lebens- und Futtermittelversorgung zu berufen, der die Einheitlichkeit der Organisation in sich verkörpert. Freilich das Wort „Diktator" ist bei den ihm übertragenen Befugnissen auch nicht das rechte. Denn das Recht zum Erlaß allgemeiner Verordnungen auf diesem Gebiete behält sich der Bundesrat vor, doch dürfte er im wesentlichen diese Befugnisse dem Reichskanzler übertragen. Der kommende Mann soll auch seine Anordnungen in der Regel durch die einzelstaatlichen Regierungen an die letzten ausführenden Behörden ergehen lassen; aber er soll allerdings auch das Recht haben, direkt mit diesen zu verkehren, ihnen selbständig ihre Anweisungen zukommen zu lassen. Kein Ernährungsamt, keine kollegiale Behörde, wird geschaffen, sondern ein Mann, der selbständig dekretiert, ein Ernährungskanzler, der freilich der Beauftragte, der Vertreter des Reichskanzlers in diesen Fragen ist. Ihm wird ein Beirat zur Seite gestellt, der aber nicht Beschlüsse zu fassen hat, sondern der ihn berät, in dem die wichtigeren Einzelstaaten durch Delegierte vertreten sind, und in den ferner besonders geeignete sachverständige Männer durch den Reichskanzler berufen werden. Das Zusammenarbeiten mit der Militärverwaltung wird nicht nur durch die Entsendung eines höheren Militärs in diesen Beirat gewahrt, als welchen man den General Gröner, den Chef unseres Militäreisenbahnwesens nennt, einen Mann, der in dieser Stellung sich als Organisationsgenie bewiesen hat. Ganz besonders aber wird das Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Heeres- und Zivilverwaltung in den Ernährungsfragen dadurch gewährleistet werden, daß die Entscheidungen des Diktators von maßgebendem Einfluß auf die der Generalkommandos sein sollen, indem letztere durch Kabinettsorder angewiesen werden, sich jene Entscheidungen zur Richtschnur zu nehmen. Auch soll damit die Möglichkeit gegeben werden, daß sich Heeres- und Zivilverwaltung gegenseitig in der Ernährung aushelfen.

Wenn das Wort Goethes „Höchstes Glück der Erdenkinder sei doch die Persönlichkeit" schon im gewöhnlichen Leben gilt, so doppelt dann, wenn in so schwerer Zeit ein für den Erfolg des Krieges so überaus wichtiges, für das Durchhalten auch zu Hause so entscheidendes Amt in die Hände eines Mannes gelegt wird. Erst der Erfolg wird zeigen, ob es gelungen ist, den richtigen Mann an die richtige Stelle zu bringen, den Mann, der praktische Erfahrung, umfassende Kenntnisse, hervorragendes Organisationstalent mit gewaltiger Energie verbindet. Man nennt den Oberpräsidenten v. Batocki als den Träger dieser Gewalt. Er ist bisher zu wenig hervorgetreten, um ein Urteil darüber abgeben zu können, ob er alle diese seltenen Fähigkeiten in sich vereinigt. Besitzt er sie, so wird er auch mit den Schwierigkeiten fertig werden, die darin beruhen, daß das Recht zum Erlaß der wirtschaftlichen Verordnungen auf dem Ernährungsgebiet zunächst formell beim Bundesrat verbleibt.

Der neue Mann tritt sein neues Amt an unter der Aussicht einer glänzenden heranreifenden Ernte bei uns, bei unseren Verbündeten, wie im besetzten Feindesland. Das erleichtert ihm seine Arbeit, das ermächtigt uns, mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft zu blicken, das schafft uns die Gewißheit, daß wir auch in den Ernährungsfragen das Schwerste hinter uns haben.

Neue Freie Presse 26. IV. 1916

Beratung der Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates über Approvisionierungsfragen.

Wien, 25. Mai.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters fand gestern eine Sitzung der Obmännerkonferenz statt, in der verschiedene dringende Approvisionierungsfragen zur Erörterung gelangten.

Fett.

Die Obmännerkonferenz befaßte sich zunächst mit der Fettfrage, billigte die von seiten des Bürgermeisters hinsichtlich der Versorgung Wiens mit Fettstoffen getroffenen Maßnahmen einmütig und nahm die Vorschläge des Magistratssekretärs Dr. Roßkopf, welche die weitere Vorsorge der Gemeinde Wien bezüglich der Fettbeschaffung für die nächste Zeit beinhalten, genehmigend zur Kenntnis. Eine Anfrage des Gemeinderates Skaret, ob die Gewähr dafür geboten sei, daß das von der Gemeinde Wien in den Konsum gebrachte Fett zunächst in die Hände der Bedürftigen gelange, beantwortete Marktamtsdirektor Bauer dahin, daß die Marktamtsorgane strenge darüber wachen, daß die Großschlächterei das Fett in Mengen zu einem halben, höchstens einem Kilogramm an die unter der Fettnot am meisten leidenden Bevölkerungsschichten abgebe. Der Marktamtsdirektor betonte hiebei, daß die Beschaffenheit des von der Gemeinde Wien zum Verkaufe gelangenden Fettes gut und einwandfrei sei.

Eier.

Der Bürgermeister berichtete sodann, daß er im Sinne des Beschlusses der Obmännerkonferenz vom 9. d. eine Denkschrift dem Ministerpräsidenten, dem Armeeoberkommando und dem Minister des Aeußern überreicht habe, in welcher die bestehenden Schwierigkeiten in der Eierversorgung Wiens ausführlich dargelegt wurden. Er habe auch auf Grund des Ergebnisses der Beratungen mit den legitimen Eierhändlern Wiens eine Eingabe an den Ministerpräsidenten gerichtet, in der verschiedene Forderungen bezüglich Verbesserung der Eierversorgung Wiens gestellt wurden. Außerdem sei auch an das Armeeoberkommando wegen Freigabe des Eierhandels in Russisch-Polen und Förderung aller jener Händler, die dort Eier für die Versorgung Wiens aufzukaufen beabsichtigen, sowie wegen der glatten Durchführung der Eiersendungen nach Wien eine Eingabe gerichtet worden. Der Bürgermeister gibt bekannt, daß mit Rücksicht auf die Freigabe des Eierhandels nunmehr die Eierpreise durch ein Komitee, bestehend aus Vertretern des Marktamtes und des Eiergroß- und Kleinhandels, allwöchentlich festgesetzt werden. Aufgabe dieses Komitees werde es auch sein, ungerechtfertigte Steigerungen der Eierpreise hintanzuhalten.

Gemeinderat Dr. Hein regte an, mit Rücksicht darauf, daß die galizischen Eier infolge des langen Transportes nach Wien die Konservierung auf dem hiesigen Platze nicht vertragen, die Eier an Ort und Stelle einzukalken und zur gegebenen Zeit nach Wien zu bringen.

Auf Antrag des Gemeinderates Steiner wird beschlossen, an das Ministerium des Innern die Anfrage zu richten, wie groß der durch den von der Miles eingehobenen Konservierungszuschlag angesammelte Fonds sei und welchem Zweck derselbe nunmehr zugewendet werden solle.

Milch.

Der Bürgermeister berichtete sodann über die von der Gemeinde Wien wiederholt geforderte Beistellung von Kühlwaggons für den Milchtransport und stellt an der Hand der vom Marktamte vorgelegten Ausweise fest, daß innerhalb dreier Wochen nicht weniger als 170.000 Liter Milch mittels Bahn sauer in Wien einlangten. Die Obmännerkonferenz beschließt nunmehr, auch an das Armeeoberkommando das dringende Ersuchen zu richten, daß eine entsprechende Anzahl von Kühlwaggons für die Milchbeförderung seitens der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt werde.

Die Obmännerkonferenz stimmte weiter dem Vorschlage zu, daß gleich wie zu Weihnachten und zu Ostern auch jetzt wieder vor den Pfingstfeiertagen im Wege der Frauenarbeitskomitees in den einzelnen Bezirken Lebensmittel (Teigwaren, Kondensmilch und gebrannter Kaffee) an die arme Bevölkerung unentgeltlich abgegeben werden.

Eine Anregung des Gemeinderates Leitner über die Erhöhung der Verpflegsgebühr für magistratische Kostkinder wurde dem Magistrate zur Berichterstattung zugewiesen.

Neues Wiener Tagblatt
26. IV. 1916

Beratung der Obmännerkonferenz.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand vorgestern eine Sitzung der Obmännerkonferenz statt, in welcher verschiedene dringende Approvisionierungsfragen zur Erörterung gelangten. Die Obmännerkonferenz befaßte sich zunächst mit der Fettfrage, billigte die von seiten des Bürgermeisters hinsichtlich der Versorgung Wiens mit Fettstoffen getroffenen Maßnahmen einmütig und nahm die Vorschläge des Magistratssekretärs Dr. Roßkopf, welche die weitere Vorsorge der Gemeinde Wien bezüglich der Fettbeschaffung für die nächste Zeit beinhalten, genehmigend zur Kenntnis. Eine Anfrage des Gemeinderates Skaret, ob die Gewähr dafür geboten sei, daß das von der Gemeinde Wien in den Konsum gebrachte Fett zunächst in die Hände der Bedürftigen gelange, beantwortete Marktamtsdirektor Bauer dahin, daß die Marktamtsorgane strenge darüber wachen, daß die Großschlächterei das Fett in Mengen zu einem halben, höchstens zu einem Kilogramm, an die unter der Fettnot am meisten leidenden Bevölkerungsschichten abgebe. Der Marktamtsdirektor betonte hiebei, daß die Beschaffenheit des von der Gemeinde Wien zum Verkauf gelangenden Fettes gut und einwandfrei sei.

Der Bürgermeister berichtete sodann, daß er im Sinne des Beschlusses der Obmännerkonferenz vom 9. d. eine Denkschrift dem Ministerpräsidenten, dem Armeeoberkommando und dem Minister des Aeußern überreicht habe, in welcher die bestehenden Schwierigkeiten in der Eierversorgung Wiens ausführlich dargelegt wurden. Er habe auch auf Grund des Ergebnisses der Beratungen mit den legitimen Eierhändlern Wiens eine Eingabe an den Ministerpräsidenten gerichtet, in der verschiedene Forderungen bezüglich Verbesserung der Eierversorgung Wiens gestellt wurden. Außerdem sei auch an das Armeeoberkommando wegen Freigabe des Eierhandels in Russisch-Polen und Förderung aller jener Händler, die dort Eier für die Versorgung Wiens aufzukaufen beabsichtigen, sowie wegen der glatten Durchführung der Eiersendungen nach Wien eine Eingabe gerichtet worden. Der Bürgermeister gibt bekannt, daß mit Rücksicht auf die Freigabe des Eierhandels nunmehr die Eierpreise durch ein Komitee, bestehend aus Vertretern des Marktamtes und des Eier-Groß- und -Kleinhandels allwöchentlich festgesetzt werden. Aufgabe dieses Komitees werde es auch sein, ungerechtfertigte Steigerungen der Eierpreise hintanzuhalten.

Gemeinderat Dr. Hein regte an, mit Rücksicht darauf, daß die galizischen Eier infolge des langen Transports nach Wien die Konservierung auf dem hiesigen Platz nicht vertragen, die Eier an Ort und Stelle einzukalken und zur gegebenen Zeit nach Wien zu bringen.

Auf Antrag des Gemeinderates Steiner wird beschlossen, an das Ministerium des Innern die Anfrage zu richten, wie groß der durch den von der „Miles" eingehobenen Konservierungszuschlag angesammelte Fonds sei und welchem Zweck derselbe nunmehr zugewendet werden solle.

Der Bürgermeister berichtete sodann über die von der Gemeinde Wien wiederholt geforderte Beistellung von Kühlwaggons für den Milchtransport und stellt an der Hand der vom Marktamte vorgelegten Ausweise fest, daß innerhalb dreier Wochen nicht weniger als 170,000 Liter Milch mittels Bahn sauer in Wien einlangten.

Die Obmännerkonferenz beschließt nunmehr, auch an das Armeeoberkommando das dringende Ersuchen zu richten, daß eine entsprechende Anzahl von Kühlwaggons für die Milchbeförderung seitens der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt werde.

Die Obmännerkonferenz stimmte weiter dem Vorschlag zu, daß gleich wie zu Weihnachten und zu Ostern auch jetzt wieder vor den Pfingstfeiertagen im Wege der Frauenarbeitskomitees in den einzelnen Bezirken Lebensmittel (Teigwaren, Kondensmilch und gebrannter Kaffee) an die arme Bevölkerung unentgeltlich abgegeben werden.

Eine Anregung des Gemeinderates Leitner über die Erhöhung der Verpflegsgebühr für magistratische Kostkinder wurde dem Magistrat zur Berichterstattung zugewiesen.

Deutschlands Lebensmittelvorräte.

zz Berlin, 25. Mai. (Priv.-Tel.)

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt:

Zu Beginn des Krieges haben wir uns aus mancherlei Rücksichten gescheut, einzugestehen, daß manches bei uns knapp werden würde. Jetzt müssen wir teilweise die Folgen dieser Vorsichtigkeit tragen. Es ist aber nicht wahr, wenn gesagt wird, daß die bestehenden Mängel in der Ernährung Mängel der Verteilung wären, sondern unsere Vorräte sind naturgemäß in der Tat beschränkt. Trotzdem aber können wir alle Schwierigkeiten überwinden. Was das Brot anlangt, so kommen wir mit unseren Vorräten aus. Wir werden den Uebergang zu den Vorräten der neuen Ernte finden. Schon jetzt können für die schwerarbeitende Bevölkerung aus unseren Reservevorräten Zulagen an Brot gegeben werden. Mit den Kartoffeln steht es besser, als es zuerst den Anschein hatte. Es hat jedoch vor nicht allzu langer Zeit Wochen gegeben, wo die verantwortlichen Stellen mit Sorge den kommenden Zeiten entgegensahen. Jetzt aber sind wir über den Berg. Es steht fest, daß wir mit unseren Vorräten reichen werden, womöglich aber müssen wir die Frühernte stärker heranziehen, als bisher beabsichtigt ist. Doch das ist eine Frage, die erst entschieden werden kann, wenn wir unsere Kartoffelernte genau überblicken können.

Weniger gut steht es mit Fleisch und Fett, wenn auch die Viehzählung im April ein günstigeres Ergebnis gebracht hat, als man gefürchtet hatte. Es ist bekannt, daß wir vor dem Kriege 25 Millionen Schweine, jetzt aber nur noch 13 Millionen haben. Wenn die Futterernte gut ausfällt, worauf alle Aussicht ist, werden wir auch hier durchkommen. Im Rindviehbestand sind nicht so große Lücken, wie man gefürchtet hatte. Nur das Schlachtvieh ist sehr gering. Es wäre aber ein großer Fehler, wenn wir unsere Bestände an Jung- und Milchvieh antasteten, nur um unserem Magen das nötige Fleisch zu beschaffen. Wenn wir auch schon den Milchviehbestand etwas haben verringern müssen, so dürfen wir jetzt unter keinen Umständen mehr auf diesem Wege weitergehen. Die Fleischration wird daher in den nächsten Monaten geringer sein. Weil wir zu unserer Ernährung Fett unbedingt brauchen, so dürfen unsere Milchviehbestände nicht mehr stärker herangezogen werden. Lücken, die entstehen, können zum Teil durch Einfuhr aufgefüllt werden.

Frankfurter Zeitung
26.IV.1916

Das Reichsernährungsamt.

Von parlamentarischer Seite schreibt man uns:

Der Präsident des neuen Reichsernährungsamtes, Herr von Batocki, verwahrt sich gegen die Bezeichnung „Diktator", mit der er beehrt wurde, ehe noch die Eigenart seines Amtes feststand. Er hat mit seiner Verwahrung recht. Denn die Stellung dieses Präsidenten ist keineswegs eine diktatorische, sie wird vielmehr neben der nötigen Sachkunde ebenso viel Takt und Geschick erfordern. Den Parlamentarier wird es natürlich in erster Linie interessieren, wie das neue Amt abgegrenzt und in den vorhandenen Behördenkörper eingeordnet ist. In der Tat ist das auch die Seite der Neuerung, die einmal dem späteren Geschichtsschreiber besonders auffallen muß, weil in ihr wenigstens der Keim einer organischen Fortbildung des Reiches zu erkennen ist. Man muß sich dabei bewußt sein, wie verhängnisvoll für frühere Reichsbildungen der Mangel einer zentralen Verwaltung geworden ist, wie auch jenseits der deutschen Grenze sich noch alle Schwierigkeiten zeigen, die das Fehlen einer starken Zusammenfassung der Verwaltungsaufgaben an einem Punkt hervorruft — eine Besonderheit, die in der Nachbar-Monarchie eben auch historisch gegeben ist.

Bei Kriegsausbruch verzichtete der Reichstag in richtiger Erkenntnis der kommenden Zeit auf einen wichtigen Teil seines Gesetzgebungsrechtes, er behielt sich nur die Kontrolle der Kriegsverordnungen des Bundesrates vor. Der Bundesrat folgte seinem Beispiel nicht, er amtete weiter wie in Friedenszeiten. Als sich nun die Notwendigkeit einer weitgehenden wirtschaftlichen Regelung, besonders zu Gunsten der Nahrungsmittelversorgung, ergab, fiel diese Aufgabe natürlich dem Reichsamt des Innern und damit dem jetzt zurückgetretenen Staatssekretär Dr. Delbrück zu. Aber — und das muß stark betont werden — Dr. Delbrück regelte nicht selbständig, er war an die Zustimmung des Bundesrates gebunden. Was in der Oeffentlichkeit so bitter beklagt wurde, das regelmäßig verspätete und oft ungenügende Eingreifen, darf man nicht dem Staatssekretär zur Last schreiben. es war die Folge des Aufbaues unseres bundesstaatlichen Reiches. Jeder Vorschlag Delbrücks ging zunächst an die Bundesstaaten, wurde dort „ressortmäßig" bearbeitet und kam dann um- und mißgestaltet an den Bundesrat zurück.

Der Reichstag war nicht völlig unschuldig hieran. Er übersah im August 1914 die Situation noch nicht vollständig. Sonst hätte er vermutlich nicht zu Gunsten des Bundesrates, sondern des Reichskanzlers auf sein Recht verzichtet, um eine volle Einheitlichkeit zu erzielen. Damals wäre es voraussichtlich gegangen. Und es wäre, was auch theoretisch dagegen eingewendet werden kann, praktisch ein glücklicher Griff gewesen.

Die Erfahrungen des Krieges haben nun doch noch eine Aenderung erzwungen, die eben deshalb an die Grundmauern des Reiches reicht. Die ernste Zeit erfordert eine Fortbildung des bundesstaatlichen Charakters, um gewisse Schwierigkeiten und Reibungsmöglichkeiten auszuschalten, um eine Einheitlichkeit für das gesamte Reichsgebiet herzustellen. Damit wird eine Forderung erfüllt, die mit zunehmender Dringlichkeit erhoben wurde. Aber — wenn es auch so scheinen mochte: eine radikale Aenderung bedeutet das Ernährungsamt trotz seines Charakters als reine Kriegsmaßregel nicht. Denn auch diesmal hat es der Bundesrat nicht über sich vermocht, wie der Reichstag sein Gesetzgebungsrecht einzuschränken; er behält die Verordnungsgewalt weiter. Allerdings mit einer Einschränkung: in dringenden Fällen kann der Präsident des Reichsernährungsamtes seinerseits verordnen mit der Maßgabe, daß seine Verordnung unverweilt dem Bundesrat zur nachträglichen Zustimmung zu unterbreiten ist; der Bundesrat kann danach die Anordnungen des Präsidenten jeweils wieder außer Kraft setzen. Oder anders ausgedrückt: der Präsident ist hierin keineswegs selbständig und noch weniger „der" Diktator, er untersteht vielmehr den Verordnungen des Bundesrates. Er wird deshalb wenig Neigung empfinden, durch selbständiges Vorgehen Konflikte zu schaffen, er wird vielmehr auch bei etwaigen Notverordnungen sich vorher die Zustimmung der für ihn maßgebenden Stellen sichern. Allerdings hatte sich der Reichstag das gleiche Recht der nachträglichen Zustimmung dem Bundesrate gegenüber vorbehalten, aber es ist doch sachlich anders; denn der Reichstag tritt viele Monate nicht zusammen, der Bundesrat tagt sozusagen immer, er kann also a tempo eingreifen. Er steht unausgesetzt hinter dem „Diktator".

In der Verwaltung liegt es vielleicht nicht ganz so prekär für diesen, aber immerhin auch nicht ganz einfach. Er kann in besonders dringlichen Fällen — also ausnahmsweise — die Landeszentralbehörden mit Weisungen versehen, das ist prinzipiell ein ungeheurer Fortschritt, ob er aber praktisch das hält, was man sich von ihm verspricht, kann erst die Erfahrung zeigen. Es gehört guter Wille auf allen Seiten dazu und eine Auslegung des Begriffes „dringlich", die lediglich das allgemeine Interesse im Auge hat.

Das neue Amt erfordert demnach sehr viel zielbewußten Willen und eine äußerst geschickte Hand. Der beste Verbündete des Präsidenten wird die unbedingte Notwendigkeit sein, die ihm zugewiesene Aufgabe zu lösen. Versteht er dieses „muß", so wird er die Schwierigkeiten bewältigen.

Frankfurter Zeitung
26. IV. 1916

Kindererнährung und Krieg.

Von Sanitätsrat Dr. Hananer (Frankfurt).

Der Vorschlag, den Dr. v. Mangoldt in der „Frankfurter Zeitung" gemacht hat: die Stadtkinder möglichst aufs Land zu verbringen, damit sie dort an der relativ reichlicheren Ernährung partizipierten, ist durchaus beherzigenswert und kann auch vom ärztlichen Standpunkt aus nur befürwortet werden. Es müßte überhaupt mehr differenziert werden zwischen der Ernährung der Erwachsenen und der heranwachsenden Jugend. Während es sich bei ersteren in der Ernährung nur darum handelt, das Material für die im Körper vor sich gehenden Verbrennungen zu beschaffen und für den Ersatz des Verbrauchten zu sorgen, muß im Kindes- und Jugendalter die Nahrung zugleich die Baustoffe für den Körper liefern. Beim ausgewachsenen Organismus wirkt Nahrungseinschränkung daher viel weniger schädlich. als im Jugendalter. Der Erwachsene kann sich einschränken, er hat auch gewöhnlich Fettreserven, die er aufbrauchen kann; tatsächlich essen wir seit dem Kriege alle nicht mehr so viel wie früher, die Luxuskonsumptur hat aufgehört und wir fühlen uns wohl dabei. Anders beim Kinde; es kann sich beim besten Willen nicht unter ein gewisses Maß in seiner Ernährung einschränken, ohne in der Entwicklung zu leiden und Gesundheitsschädigungen davon zu tragen.

In verschiedenen Orten hat man in den Schulen durch Vergleiche der Gewichte und Körpermaße der Schüler mit den Zeiten vor dem Krieg festzustellen gesucht, ob die Kinder durch den Krieg in ihrer Entwicklung gelitten haben, und wenn auch im großen und ganzen bis jetzt kein Rückgang zu bemerken ist, so sind doch auch Beobachtungen verzeichnet, die nachdenklich stimmen müssen. Auch ich habe in den Schulen, namentlich in den ärmeren Stadtvierteln und besonders bei den zur Entlassung kommenden Schülern auffallend viel Fälle von Blutarmut und allgemeiner Schwäche gesehen. Wir sollten also doch, mehr als es bisher geschehen ist, die Ernährung der Kinder in den Vordergrund stellen und zunächst fragen, ob die Erwachsenen sich nicht noch mehr als es jetzt der Fall ist, zugunsten der Kinder einschränken können. So möchte ich zunächst für Herabsetzung der Zahl der Mahlzeiten eintreten. Das zweite Frühstück ist z. B. für Erwachsene vollständig überflüssig, wenn die Zeit zwischen erstem Frühstück und Mittagessen wie üblich nicht länger als 5—6 Stunden beträgt; das gleiche gilt für die Vespermahlzeit, man kann auch diese ersparen, wenn man die Abendmahlzeit etwa eine Stunde früher ansetzt. Die Gefahr, daß durch Ueberfütterung der Kinder gesündigt wird, wie das in den wohlhabenden Kreisen früher üblich war, ist allerdings jetzt geringer, doch dürfte es bei der jetzigen Milchknappheit nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß gerade künstlich genährte Säuglinge mit Milch oft überfüttert werden, eine Herabsetzung der Nahrungsmenge namentlich während der heißen Jahreszeit hier also dringend geboten ist. Im übrigen müssen sich die öffentlichen Instanzen energisch und unausgesetzt der Kinderspeisung annehmen. In Berlin ist der vernünftige Beschluß gefaßt worden, die Schulspeisung nicht wie üblich mit dem Ende des Wintersemesters einzustellen, sondern auch über den Sommer fortzusetzen. Der Beschluß muß überall Nachahmung finden. Des weiteren ist eine Ausdehnung der Kinder- und Schulspeisung auf alle Kinder notwendig, die sich dazu melden, während bis jetzt aus Mangel an Mitteln nur die allerbedürftigsten, in erster Linie die Kriegerkinder berücksichtigt werden konnten. Zur Bereitstellung der Mittel hierfür müßten vor allem die Träger der Arbeiterversicherung eintreten: die Versicherungsanstalten und die Krankenkassen. Könnten diese, die berufensten Organe der Volksgesundheit, deren Vermögen sich auf Milliarden und Millionen beläuft, dieses besser verwenden als zum Schutze und zur Kräftigung unserer Jugend, zumal da das Gesetz sie hierzu ausdrücklich ermächtigt, und außerdem das, was sie jetzt ausgeben, in der Ersparung von Krankengeld und Invalidenrenten ihnen wieder zugute kommt? Daß hungrige Kinder aber auch nicht lernen können, ist eine altbekannte Tatsache; wenn wir daher für die bedürftigen Schulkinder sorgen, so fördern wir neben der Volksgesundheit auch die Volksbildung, also die beiden wichtigsten Quellen des Wohlstandes und der nationalen Wohlfahrt auch nach siegreich beendigtem Kriege.

Arbeiterzeitung
27./V. 1916

Ersparnisse oder Gewinne der Gemeinden bei der Volksernährung.

Ueber Ersparnisse im kommunalen Lebensmittelgeschäft schreibt die „Kommunale Praxis" in ihrer Nummer 19:

Bei der umfassenden und sich steigernden Betätigung der Gemeinden in der Nahrungsmittelzuführung entstehen hie und da Erübrigungen, die jedoch nicht die Regel sind und auch nicht sein sollen, weil es genügt, wenn die Gemeinde auf ihre Kosten kommt, und nicht schadet, wenn Zuschüsse geleistet werden müssen. Es ist schon richtiger, die wohlhabenden Gemeindeangehörigen etwas mehr zu den allgemeinen Leistungen heranzuziehen, als wegen der „Gefahr", daß Zubußen aus allgemeinen Mitteln entstehen könnten, die unbemittelten Kreise teure Preise für das, was sie unbedingt zum Leben nötig haben, zahlen zu lassen. Wenn irgendwann, dann ist eben jetzt der praktische Gemeinsinn verpflichtet, es nicht bei bloßen Worten bewenden zu lassen.

Was die Gemeinde im Lebensmittelgeschäft allenfalls erübrigt, muß natürlich den unbemittelten Familien zugeführt werden, darüber ist man sich wohl auch allenthalben klar. Besser ist es, einen „Verdienst" überhaupt zu vermeiden und die ganze Betätigung so einzurichten, daß die irgendwie möglichen Vorteile von vornherein den minderbemittelten Kreisen zugeführt werden. Die Stadt Soest hatte vor einiger Zeit aus dem Verkauf von Speck und Schmalz einen Gewinn von fast 3000 Mark zur Verfügung, der dann zur Verabreichung von Vollmilch an blutarme Kinder verwendet wurde. Diese Wohltat hätte aber auch dann nicht unterbleiben dürfen, wenn ein Gewinn aus Fettverkauf nicht erzielt worden wäre. Im Landkreis Hamm sind die „Ersparnisse" aus der Selbstbewirtschaftung mit Getreide und Brot dazu verwendet worden, große Mengen Reis anzukaufen und sie unbemittelten Familien umsonst zu überweisen. Wozu ein Blatt die Bemerkung macht: „Wir halten das Verfahren für sozial bedenklich und ungerecht. Es sollen nicht mit Bewußtsein den nicht gerade bettelarmen Leuten die Lebensbedürfnisse verteuert werden, um damit die Armenkosten zu decken . . ."

Diese Art der Kritik ist verfehlt, weil sie ganz unberechtigterweise die Unterstützung unbemittelter Familien mit der hergebrachten Armenpflege verwechselt. Aber es steckt doch ein berechtigter Kern darin. Zufällig entstandene Gewinne in der Weise zu verwerten, wie es hier geschehen ist, müßte selbstverständlich sein. Ebenso selbstverständlich sollte es aber sein, die Lebensmittelzuführung nicht etwa von vornherein zu einem Geschäft mit Verdienst zu machen. Das würde dahin führen, daß man den unbemittelten Familien mit der einen Hand unter der Maske einer Wohltat gibt, was man ihnen mit der anderen vorher abgenommen hat. Am deutlichsten zeigt sich das bei der Brotzuführung. Der billigste Brotpreis ist gerade billig genug, läßt man aber einen Preis zu, der eine Erübrigung gestattet, so kommt das der Erhebung einer indirekten Steuer in denkbar unglücklichster Form gleich, und es wäre absolut keine Entschuldigung, zu sagen, daß der Ertrag ja zur Unterstützung Hilfsbedürftiger verwendet werde. Im Lebensmittelvertrieb müssen die Gemeinden nach „selbstlosen" Grundsätzen handeln.

Man halte gegen diese Grundsätze das Vorgehen vieler österreichischer Gemeinden, die eigens höhere Mehlpreise eingeführt haben, um ihre Finanzen zu verbessern.

Vossische Zeitung
27. IV. 1916

Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen äußert ein volksparteilicher Abgeordneter, der dem Kaufmannsberuf angehört, seine Meinung, daß alle Nahrungsmittel, auch die aus dem Ausland, schon längst hätten beschlagnahmt werden sollen, um Preistreibereien zu verhindern. Die Z. E. G. und die Heeresverwaltung hätten einander gegenseitig die Preise getrieben. Für Wild und Fische mit Ausnahme von Seefischen sollten allgemein Höchstpreise festgesetzt werden. Durch Beschlagnahme am Landungsort unter Anrechnung angemessener Preise könnte eine Preistreiberei mit Seefischen verhindert werden. Der glänzende Stand der Weide lasse eine erhebliche Zunahme an Schlachtgewicht erwarten. Man solle eine staatliche Zuchtzentrale für Schweine mit Prämiensystem errichten. — Ein Regierungsvertreter erklärt, daß für die Gegenwart die Aussichten für die Schweinezucht schlecht, für die Zukunft besser sind. Die Zahl der Zuchtsauen ist günstig, die jüngeren haben um 38 Prozent zugenommen. Ferkelhöchstpreise würden ungünstig wirken. Ein generelles Hausschlachtungsverbot sei nicht erlassen. In diesen Tagen werde das bestehende Verbot aufgehoben, aber die Hausschlachtungen genehmigungspflichtig gemacht werden. Dem übermäßigen Abschlachten der Kälber werde entgegengetreten werden. Die Mästungsverträge würden nach Maßgabe der vorhandenen Futtermittel fortgesetzt, ebenso werde die Erhaltung der Zuchtsauen sichergestellt. Die Militärbehörde habe ihre Ansprüche betreffend Schlachtung von Rindern bereits ermäßigt. An Provisionen für die Händler werden für Rinder 3 bis 3½ Prozent gewährt, bei Kälbern 6 bis 7 Prozent, bei Schweinen 4 bis 5 Prozent, für die Sammelstellen kommen 1 bis 2 Prozent hinzu.

Ein Sozialdemokrat führte aus, daß über das Funktionieren der Viehhandelsverbände, das für die Fleischversorgung von größter Wichtigkeit sei, schwere Klagen vorlägen. Die Provisionen für die Vermittler seien vielfach zu hoch, besonders bei dem Weidevieh steigen sie bis 16 v. H. Notwendig sei eine sehr strenge Kontrolle. Auf einem Viehmarkt sei es vorgekommen, daß ein Viehhändlerkonsortium sämtliche Ferkel aufkaufte und die Preise trieb. Besser wäre es gewesen, den ganzen Viehhandel den Verbänden zu überweisen. Aufreizend und erbitternd wirke es, daß man aus Spekulationsgründen Fleisch verderben lasse. Der sogenannte Kettenhandel spiele hierbei eine große Rolle. Dieselben Klagen seien über die Schmalz- und Fettversorgung vorzubringen. Hier müsse eingegriffen werden. Die Konserven sollte man beschlagnahmen. — Ein Zentrumsabgeordneter verlangt für den Fall der Einführung von Höchstpreisen für Süßwasserfische auch Höchstpreise für Seefische und tadelt

die mangelhafte Bewirtschaftung des Fleisches.

Schon bei Kriegsbeginn hätte man die Viehbestände unter allgemeine Bewirtschaftung stellen müssen, dann hätten wir heute nicht so große Schwierigkeiten. In Bayern sei der Rückgang an Vieh erheblich größer als in anderen Teilen des Reiches. Nur an Schafen sei der Zuwachs größer. Es müßte also zunächst Bayern entsprechend geschont werden. Die Kriegsgefangenen sollten ausreichend versorgt werden, aber nicht besser als unsere eigenen Arbeiter. Ein Schlachtverbot für Kälber werde nicht viel nützen. Ferkelhöchstpreise dürften nicht zu niedrig sein. Das vom Großgrundbesitz gegebene Beispiel der viehlosen Wirtschaften habe böse gewirkt.

Ein Vertreter der Z. E. G. betont, es müsse der Grundsatz durchgeführt werden, daß nur ein Käufer auftrete, da sonst die Preise getrieben und doch keine größeren Mengen hereingebracht werden. Die Heringspreise seien allgemein gestiegen; in Norwegen sei eine Menge Heringe in festen Händen. — Der Redner der Deutschen Fraktion wünschte Verschärfung der Ueberwachung der Speisewirtschaften hinsichtlich der Innehaltung der fleischlosen Tage. Das an der Ostfront reichlich vorhandene Wild sollte für die Heeresernährung nutzbar gemacht werden. Ferkelhöchstpreise seien jetzt nicht empfehlenswert. Die Absperrung der einzelnen Bezirke gegeneinander habe zu manchen Mißständen geführt. Die grobe Fahrlässigkeit und Nachlässigkeit bei Behandlung der Viehtransporte, wobei auch Intendanturbeamte und Arbeiter nicht von aller Schuld freizusprechen seien, sollten sehr schwer geahndet werden.

General von Oven teilt mit, daß gegen Fahrlässigkeit und Roheit bei Viehtransporten auf das schärfste eingeschritten werde. — Ein Regierungsvertreter führt aus, es seien bereits Anordnungen ergangen, die Heranziehung von Zug-, Zucht- und Milchvieh, hochtragenden und milchgebenden Kühen und von Magervieh zu vermeiden. Der Verkehr mit Zuchtvieh sei unbehindert, sofern eine Sicherheit gegeben ist, daß es sich nicht in Schlachtvieh verwandelt. — Ein Zentrumsabgeordneter erklärt, was zur Besserung der Versorgung in den zwei nächsten Monaten geschehen könne, sei beschränkt. Ganze Eisenbahnzüge von hochtragenden Kühen seien geschlachtet und in den Konservenfabriken verarbeitet worden. Der Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten müsse abgekürzt werden. Die Aufkäufer verdienten auch in Bayern reichlich.

Ein Grundfehler der Organisation

sei es gewesen, daß man die vorhandenen Organisationen beiseite geschoben hat, anstatt sie auszubauen. Der offizielle Vertreter der Z. E. G. werde vielfach auf Schwierigkeiten stoßen, die ein Kaufmann ohne den offiziellen Stempel nicht finde. Staatssekretär Helfferich erklärt, daß für die Z. E. G. Konzentration durchaus notwendig sei, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden solle. Das sei durch die Erfahrungen erwiesen. Durch gelegentliche Angebote von dritter Seite dürfte man sich nicht irre machen lassen. Solche Angebote bedeuten nichts anderes als den Versuch der Preistreiberei. — Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die gewünschten Uebersichten und Nachweise über die Bestände bis jetzt noch nicht fertiggestellt werden konnten. Die vorhandenen Konserven sollen zur Aufbesserung der Ernährung dienen. Die Bestandserhebung über die Konserven wird etwa am 5. Juni abgeschlossen sein, die Konserven sollen gegen vorhandene Fleischmengen aufgerechnet werden. Die Verdienste der Aufkäufer sind mit 3 v. H. nicht übergroß. — Ein Sozialdemokrat erklärt es für nicht rationell, bei knappem Futter zu viel Vieh zu halten. In der Organisation des Viehhandels stecke ein großer Fehler, und zwar weil die Verbindung zwischen Produzent und Händler ohne Aufsicht sei und ohne daß die Gemeinden und die Konsumenten vertreten seien. Die Viehpreise seien gegenüber dem Kornpreise zu hoch. Jeder Wirrwarr werde aufhören, sobald die Preise für Korn, Futter und Vieh in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Die Stellung der Hausschlachtungen unter Genehmigungspflicht sei eine zweischneidige Waffe und könne zur Willkür führen. Man müßte

die allgemeine Fleischkarte

einführen. Der Redner fragt, wie das Kriegsministerium an Wertheim Waggons von Fett liefern könne. Die Ueberspannung des Grundsatzes, den Einkauf in einer Hand zu behalten, führe zu Mißständen. Schon im Interesse ihres guten Rufes sollte die Landbevölkerung darauf dringen, daß auch bei ihr die Bestände aufgenommen werden.

Ein nationalliberaler Abgeordneter bezeichnete gleichfalls die Verdienste der Zwischenhändler und Aufkäufer als viel zu hoch. Viehlose Wirtschaften sollten angehalten werden, das unbenötigte Futter abzugeben. Auch das Fleisch sonst gesunder Pferde, die einer äußeren Verletzung wegen getötet werden müssen, sollte man zur Ernährung verwenden. — Der Staatssekretär erklärt, es handle sich darum, den richtigen Weg zu finden, um möglichst viel hereinzubringen. Die Valutafrage habe nicht dazu geführt, auch nur in einem einzigen Falle die Einfuhr zu hindern oder zu verzögern. — Ein Regierungsvertreter führt aus, daß die Schuld der mangelnden Fleischlieferung für die Großstädte nicht bei den Viehhandelsverbänden liege. Die Neuumlage pro 15. Juni bezw. 1. Juli ist um 50 v. H. gekürzt, die aber durch Verbandsschweine gedeckt werden können. Die Belieferung Berlins habe sich in der letzten Woche gebessert. Vorher war genügend schlachtbares Vieh nicht vorhanden, wenn man nicht milchgebende Kühe schlachten wollte, was wiederum eine mangelhafte Milchversorgung herbeigeführt hätte. Vom 1. Juni ab werde eine Besserung eintreten. Die früheren Schlachtungen geben ein Bild des Bedarfs und wurden als Unterlage der Verteilung bis in die Gemeinden benutzt. Jetzt werden den Regierungsbezirken oder Provinzen die Mengen zugewiesen, die sie dann nach dem Bedarf der einzelnen Bezirke weiterverteilen. Außerdem verteilt die Zentralstelle auf Groß-Berlin, die Regierungsbezirke Oppeln, Arnsberg usw. eine kleinere Menge zur Aufbesserung für die Schwerarbeiter. Innerhalb der Gemeinden haben diese für die Verteilung zu sorgen.

Weiterberatung Sonnabend vormittag, vorher Feststellung des Berichts über die Kriegsgewinnsteuer.

Pester Lloyd
27./V. 1916

(Die Volksapprovisionierungskommission.) Heute nachmittag hielt die Volksapprovisionierungskommission (Zehnerkommission) unter dem Präsidium des Bürgermeisters Dr. Stefan Bárczy eine Sitzung. Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy erstattete Bericht über einzelne Zweige der städtischen Approvisionierungsaktion und begründete die in Aussicht genommene Einführung der Fettkarte. Die Situation, die sich in der Versorgung mit Fett herausgebildet hat — erklärte er —, sei entschieden ungünstig. Sie ergab sich, wie vorauszusehen war, daraus, daß wohl für die Produkte, die aus dem Borstenvieh hergestellt werden, Maximalpreise erstellt wurden, aber für die lebenden Tiere nicht, so daß die Fettschweine nicht nach Budapest und nach den Provinzstädten verkauft werden. Bei uns beträgt der Auftrieb wohl 3000—4000 Stück, aber die Tiere sind nicht ausgemästet und geben geringen Fettertrag. Und auch dieser noch kommt überdies nicht dem lokalen Konsum zugute, sondern wird eingelagert und anderweitig lohnender verwertet. Referent meldet dann, daß eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach den kleinen Selchern die nötige Zahl von Schweinen (70 Prozent des Auftriebes) überlassen werden wird, wogegen die Selcher sich verpflichten, einen Teil des erzielten Fettes dem großen Publikum gegen Fettkarten abzugeben. Ferner wird die Stadt von jenen Selchern, die nicht eine ihrer Schlachtung entsprechende Anzahl von Fettkupons abliefern, das nicht verkaufte Fett zu einem angemessenen Preis übernehmen und in ihren eigenen Verschleißlokalen dem großen Publikum verkaufen. Die Durchführung dieses Planes hat jedoch zur Voraussetzung, daß der Minister des Innern für das lebende Borstenvieh Maximalpreise einführt. Zur Deckung des Fettbedarfes müssen wöchentlich 4400 Schweine gestochen werden. Referent bittet den in der Sitzbng anwesenden Sektionsrat Julius Kißely, die in dieser Angelegenheit an den Minister des Innern zu richtende Eingabe außertourlich der Erledigung zuzuführen. Schließlich meldete der referierende Magistratsrat, daß die Stadt 13.000 Schweine in Mastung habe. In der hierauf folgenden Debatte sprachen Franz Springer, Emerich Németh, Dr. Samuel Glücksthal, Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, Franz Székely und Sektionsrat Julius Kißely, der auf die Schwierigkeiten der Maximierung der Preise für lebende Schweine hinwies und das Versprechen gab, im Interesse der Sache das Seinige tun zu wollen, damit die Frage der Maximierung der Lebendpreise raschestens erledigt werde. — Magistratsrat Folkusházy meldete dann noch, daß die Hauptstadt 370 Waggon Mehl besitze und weitere Getreidesendungen aus der Provinz erwarte. Was die Milchfrage betreffe, habe sich die Lage ansehnlich gebessert; es kommen jetzt mehr als 200.000 Liter Milch täglich nach der Hauptstadt. Dieses Quantum werde sich in nächster Zeit noch weiter erhöhen. Damit war die Sitzung zu Ende und es folgte eine vertrauliche Konferenz.

Reichspost
27./V. 1916

Die Wünsche der deutschen Städte Oesterreichs bezüglich der Volksernährung.

In der letzten Sitzung des großen Ausschusses des Bundes der deutschen Städte unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde beschlossen, an die Regierung folgende Ersuchen zu stellen: mit aller Tatkraft ein Einvernehmen mit Ungarn anzustreben, durch welches allein eine bessere Fleisch- und Fettversorgung gesichert werden kann; das Monopol der „Miles“ hinsichtlich des Eierhandels aufzuheben (was auch bereits geschehen ist); den im Besitz der Regierung befindlichen Valorisationskaffee zu erschwinglichen Preisen und unter gerechter Verteilung in den Konsum zu leiten, bezw. falls die Vorratsaufnahmen tatsächlich den Beweis erbracht haben, daß mit der Verteilung des Valorisationskaffees noch zugewartet werden kann, dafür zu sorgen, daß die Bedürfnisse des Konsums aus den vorhandenen Vorräten in gleichmäßiger und ausreichender Weise befriedigt werden; dem oft ausgesprochenen, in einem dringenden Bedürfnisse begründeten Wunsche Rechnung zu tragen, daß bei der Regierung eine Zentralstelle für alle Approvisionierungsangelegenheiten geschaffen werde. Diese Zentrale ist sofort ins Leben zu rufen, damit sie die Bewirtschaftung der neuen Ernte rechtzeitig in die Hand nehmen könne; dieser Zentralstelle einen Beirat anzugliedern, in welchem Vertreter der Länder, Bezirke und Gemeinden sowie der Industrie, des Handels und der Konsumenten Sitz und Stimme haben und in dem auch dem Bund der deutschen Städte Oesterreichs eine entsprechende Vertretung einzuräumen ist; die Regierung wird ferner aufgefordert, als einen Teil der Kriegskosten ungesäumt die Geldmittel zur Verfügung zu stellen, welche zu einer sachgemäß und klaglos organisierten, durch die Stadtverwaltungen im übertragenen Wirkungskreise mit zu besorgenden Approvisionierung erforderlich sind; endlich wird die Regierung aufgefordert, dafür einzutreten, daß das Waffenbündnis der Mittelmächte so rasch als möglich durch eine Gemeinschaft auf dem Gebiete der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln ergänzt werde. Eine Abordnung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs, bestehend aus dem Obmann der Geschäftsleitung Abg. Kraft, Oberkurator Steiner und RAbg. Bürgermeister Dr. Dinghofer, brachte dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh die Wünsche der deutschen Städte zur Kenntnis.

Die Zeit 27. IV. 1916

Graf Tisza über die Versorgung Ungarns.

„Das Schrecklichste bereits hinter uns."

Z Budapest, 27. Mai. (Priv.-Tel.)

Ministerpräsident Graf Tisza hat auf das telegraphische Ansuchen der Budapester Selchergewerbekorporation um Maximierung des Preises für lebendes Vieh mit einer längeren Zuschrift geantwortet, in der er diese Maximierung der Preise in Aussicht stellt und die Hauptursache der jetzigen Verhältnisse auf den Futtermangel zurückführt.

In der Antwort heißt es unter anderem: „Wir sind mit ganzer Kraft daran und befassen uns ernstlich mit der Maximierung der Preise. Nicht als ob wir viel davon erwarten würden, sondern um dem Publikum die Beruhigung zu geben, daß alles mögliche geschieht, um die Sicherung der Vorbedingungen zu der Maximierung der Preise zu erlangen, da sonst daraus kein Nutzen entstehen würde, sondern das Uebel noch vermehrt würde.

Wir sind jetzt eine belagerte Festung, und stehen der beispiellosen Erscheinung gegenüber, daß unsere Feinde 150,000.000 Männer, Weiber, Kinder und Greise aushungern wollen. Diese ruchlose Absicht wird zuschanden werden. Das Schrecklichste ist bereits hinter uns, im Laufe der Jahre werden wir eine immer reichere Ernte haben. Leiden können unsere Feinde uns wohl verursachen, aber die Verpflegung können sie uns nicht unmöglich machen.

Ich bitte Sie, zu glauben, daß die Regierung alles aufbieten wird, um die Misere zu mildern, und daß sie mit blutendem Herzen sieht, welche Schäden dem konsumierenden Publikum und den Gewerbezweigen zugefügt wurden. Die Regierung wendet sich mit vollem Vertrauen an den Patriotismus der ganzen ungarischen Nation, die männliche Geisteskraft gezeigt hat und noch weiter Leiden ertragen wird, in dem Bewußtsein, daß sie dazu beiträgt, daß die Größe und die Zukunft der ungarischen Nation befestigt wird, so wie die an der Front kämpfenden Soldaten es mit ihrem persönlichen Mut beweisen. Tisza."

Arbeiterzeitung
27.IV.1916

Die Proporzgemeinde im Kriege.

In einer Versammlung des Wahlvereines „Freiheit" in Wiener-Neustadt erstattete kürzlich der Vizebürgermeister der Stadt Genosse Ofenböck den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter vor und im Kriege. Er verwies zunächst darauf, daß bei der Schaffung des Proporzes vor drei Jahren dieser als das Unglück für die Stadt bezeichnet wurde, und legte dar, wie in Wirklichkeit die Proporzvertretung die Entwicklung der Gemeinde erst ermöglicht hat. Auf die Leistungen der Proporzgemeinde im Kriege übergehend, führte er aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter schon bei ihrem Eintritt ins Rathaus die Errichtung einer Vieh- und Fleischkasse beantragten. Der Antrag wurde aber von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt, ebenso haben die Sozialdemokraten die Errichtung einer städtischen Meierei und Molkerei verlangt, als der Ankauf von Kühen noch zu erschwinglichen Preisen möglich war, sie haben Anträge auf Anschaffung von Vorräten an Weizen, Korn, Kartoffeln und Kohlen gestellt. Alle diese Anträge wurden als phantastisch abgelehnt. Erst als man sah, daß die Lebensmittelversorgung auf die alte Weise nicht möglich sei, war die bürgerliche Mehrheit durch den Schaden der Bevölkerung klüger geworden und wurde den sozialdemokratischen Vorschlägen zugänglicher.

Nach einer oberflächlichen Zusammenstellung wurden vom städtischen Lebensmittelamt von März 1915 bis Ende April 1916 Lebens- und Bedarfsgegenstände im Gesamtwerte von rund 3,893.000 Kronen angeschafft und zum größten Teil bereits abgesetzt. Dazu kommen noch 150 Stück lebende Schweine, die zu Zuchtzwecken im Schlachthof untergebracht sind. Dann Futtermittel im beiläufigen Werte von 460.000 Kronen. Da bei einer Revision festgestellt wurde, daß nur geringe Fettvorräte vorhanden seien, wurden sofort, um den Fettbedarf sicherzustellen, 40 Stück Fettschweine angekauft, die im städtischen Markthof verkauft wurden. Eine besondere Sorge macht die Beschaffung der Milch. Die Milchzufuhren sicherzustellen hat sich unser Genosse Stadtrat Palka zu seiner besonderen Aufgabe gemacht, wie überhaupt im Approvisionierungsausschuß die Genossen Palka und Schubaschitz eine außerordentliche Wirksamkeit entfaltet haben.

Der Stadtrat (Approvisionierungsausschuß) hat von der Bezirkshauptmannschaft Wiener-Neustadt alle Milch des Bezirkes, die nicht im Orte verzehrt wird oder nach Wien geht, für Wiener-Neustadt angefordert; nachdem die entsprechende Organisation geschaffen war, wurden bereits in elf Gemeinden bei den Bürgermeistern Uebernahmsstellen eingerichtet und es wurde auch schon teilweise mit der Lieferung von Milch begonnen. Es sind bisher 200 bis 240 Liter täglich, die beim städtischen Verkaufsstand gegen Anweisungen verkauft werden; bis 1. Juni dürften es 800 Liter werden. Diese Milch soll rayonsweise bei einzelnen Milchhändlern verkauft werden. Zur Sicherstellung der Kartoffeln für den nächsten Herbst hat sich der Wirtschaftsverband bei zwei großen Besitzungen 300 Joch Kartoffeln sichergestellt, von denen 100 Waggons auf Wiener-Neustadt entfallen werden. Bis zur neuen Ernte stehen der Gemeinde an Kartoffeln zur Verfügung: 15 bis 20 Waggons galizischer, 20 Waggons holländischer und 100 Waggons dänischer Kartoffeln. An Kohlen für den Hausbedarf sind von 1914 bis 1915 90 Waggons beschafft und an die Bevölkerung abgegeben worden. Für den kommenden Winter sind 40 Waggons bereits gekauft, 20 weitere in Bestellung gegeben. Soweit also ist für die ärgste Not gesorgt. Die Sozialdemokraten haben weiter im Stadtrat die Einführung einer Volksausspeisung angeregt und auch die Zustimmung aller Parteien gefunden; die Durchführung wurde dem Ausschuß zur Ausspeisung Arbeitsloser zugewiesen. Sobald die Vorbereitungen beendigt sind, wird in der Suppenanstalt begonnen und eventuell an anderen Stellen fortgesetzt.

Frankfurter Zeitung
27. V. 1916

Der Leiter des Reichsernährungsamts.

N Berlin, 26. Mai. (Priv.-Tel.) Der Leiter des neuen Kriegsernährungsamtes, Herr von Batocki, hat sich gestern im Reichshaushaltsausschuß den Mitgliedern des Reichstages vorgestellt, nicht mit einer Programmrede, sondern mit dem von ihm selbst ausgesprochenen Zweck, zunächst nicht der Gebende zu sein, sondern, um sich überall, wo sich ihm Gelegenheit bietet, über die Aufgaben zu informieren, zu deren Lösung er berufen worden ist. Aber seine Ausführungen, die im wesentlichen von kluger Vorsicht getragen waren, ließen doch bereits einige Richtlinien erkennen, nach denen er zu handeln gedenkt, und es ist erfreulich, daß er namentlich gegen die Zersplitterung des deutschen Wirtschaftskörpers auftreten will. Die zahllosen Ausfuhrverbote, die nicht nur von einzelnen Bundesstaaten, sondern bis hinunter zu einzelnen Kreisen erlassen worden sind, will er, soweit nicht Landlieferungsverpflichtungen vorliegen, aufheben. Daneben hat er sich zur Aufgabe gemacht, in den Wust der vorhandenen Verordnungen etwas mehr Einheitlichkeit und Uebersichtlichkeit zu bringen, damit die unteren Verwaltungsorgane auch etwas mit ihnen anzufangen wissen. Die Statistik beabsichtigt er auf eine bessere Grundlage zu stellen, namentlich unsere Ernteststatistik. Der spekulativen Warenzurückhaltung und dem Kettenhandel will er zu Leibe gehen. Der Schwierigkeiten seines Amtes ist sich Herr v. Batocki durchaus bewußt. Er weiß, daß er die Verhältnisse bis zur neuen Ernte nicht grundstürzend wird ändern können. Denn allen Vollmachten, die er besitzt, wird Halt geboten werden durch das begrenzte Maß der vorhandenen Vorräte, über das ja das deutsche Volk durch die Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mit aller Offenheit unterrichtet worden ist. Sympathisch berührt es, daß in einer Unterredung mit einer Reihe von Pressevertretern, die gestern stattfand, Herr v. Batocki sich als ein Mann vorstellte, der für unser kompliziertes Wirtschaftsleben viel Verständnis hat, der sich durchaus klar ist, daß man ein 60 Millionenvolk bei der Ernährung nicht kommandieren kann wie ein Regiment Soldaten. Nicht mit rauher Hand soll in die bestehenden Verhältnisse durch das neue Kriegsernährungsamt eingegriffen werden, sondern an das Vorhandene, Eingewurzelte soll nur die bessernde Hand angelegt werden. Ohne Illusionen, aber doch mit dem festen Willen, soviel in seiner Kraft und in seiner Macht steht, manche unnötigen Mängel beseitigen, will Herr v. Batocki an sein neues Amt herangehen.

Der Vorstand, der ihm beigegeben ist, setzt sich aus sieben Personen zusammen, auf deren Auswahl Herr v. Batocki selbst entscheidenden Einfluß ausgeübt hat. Der „Deutsche Kurier" nennt die Namen dieser Vorstandsmitglieder. Darnach wird sich das Kriegsernährungsamt außer dem Präsidenten v. Batocki zusammensetzen aus dem General Gröner, dem Chef unseres deutschen Feldeisenbahnwesens, dem Unterstaatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium v. Falkenhausen dem bayerischen Ministerialrat v. Braun, dem Leiter der Hamburger Konsumgenossenschaft Müller, dem christlichen Gewerkschaftssekretär Steigerwald, dem Stettiner Großkaufmann Kommerzienrat Manasse, dem sächsischen Oberbürgermeister Dahns aus Plauen und dem Generaldirektor der Gute Hoffnungshütte Dr. Remsch. Man sieht, daß Herr v. Batocki bei der Auswahl seiner Mitarbeiter nicht einseitig gewesen ist, sondern daß wirklich, wie es die Absicht des Reichskanzlers bei der Schaffung des Kriegsernährungsamtes war, alle Berufsschichten und alle Stände berücksicht werden sind: die Landwirtschaft, die Industrie, der Handel und die große Zahl der Konsumenten.

Allmählich sollen die jetzt im Reichsamt des Innern angegliederten Arbeitsgebiete der Ernährungsfragen in dieses Kriegsernährungsamt übergehen, und auch die vorhandenen Kriegsorganisationen sollen ihre Spitze in diesem Kriegsernährungsamt finden, wenn man ihnen auch soviel wie möglich Bewegungsfreiheit und ihren Leitern die selbständige Verantwortlichkeit lassen wird.

Die Mitglieder des Vorstandes.

(Letzte Meldung.)

Berlin, 26. Mai. (W. B. Amtlich.) Der Reichskanzler berief zum Präsidenten im neugeschaffenen Kriegsernährungsamte den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Herrn von Batocki. Außer Herrn von Batocki wurden in den Vorstand des Kriegsernährungsamts der Chef des Feldeisenbahnwesens, Generalmajor Gröner, der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Freiherr v. Falkenhausen, sowie der Ministerialrat im königlich bayerischen Ministerium des Innern, Edler v. Braun, berufen, ferner der Oberbürgermeister von Plauen im Vogtland, Dr. Dahns, der Kommerzienrat Dr. ing. Remsch in Oberhausen, der Generalsekretär Stegerwald in Köln, der Kommerzienrat und Generalkonsul Manasse in Stettin und endlich Herr August Müller in Hamburg. Diesen Herren, die den Vorstand bilden, wird im Kriegsernährungsamt eine Reihe von Referenten für die Arbeiten der laufenden Geschäfte sowie ein Beirat beigeordnet werden, wie dies in der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung des neuen Amtes vorgesehen ist. Die neuernannten Vorstandsmitglieder hielten eine vorläufige Besprechung ab.

Das Kriegsernährungsamt wird seine Geschäfte am kommenden Montag aufnehmen.

Neue Freie Presse
27./V. 1916

Errichtung einer Landesapprovisionierungsanstalt für Böhmen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 26. Mai.

Die Prager Statthalterei hat auf Grund von ihr unterbreiteten Vorschlägen den drei Firmen F. S. Soyka, Schneider in Kaaden, und Gebrüder Brode in Aussig die Lebensmittelversorgung Böhmens überlassen. Das Unternehmen wird die Firma „Landesapprovisionierungsanstalt für Böhmen" führen, und die Böhmische Unionbank hat ihr ein nahmhaftes Kapital zur Verfügung gestellt.

Fremdenblatt
27./V. 1916

Die Verpflegsfragen.

Volks- und Mittelstandsküchen.

Im Deutschen Reich, wo die Magenfrage naturgemäß genau so ernste Beachtung findet wie bei uns, schreiten einige Städteverwaltungen energisch zu Versuchen, die dem Uebel teilweise abzuhelfen geeignet erscheinen. Eine aussichtsreiche Reform dieser Art ist in der an Berlin dicht grenzenden Stadt Schöneberg im Werden. Sie bezweckt eine erhebliche Ausdehnung der bisher im Auftrage der Stadt von dem Schöneberger Verein für Volksküchen eingerichteten öffentlichen und gemeinnützigen Speisegelegenheiten. Der Magistrat der Stadt Schöneberg trat dem Beschlusse bei und macht nun den Stadtverordneten verschiedene Vorschläge. Sie gipfeln in der Einführung der öffentlichen Speisung durch ein System dezentralisierter, über die ganze Stadt verbreiteter Volksküchen. In Hamburg ist dieses System schon weit ausgebaut; von 75 Küchen werden täglich 120.000 Personen ausgespeist, außerdem 35.000 Schulkinder. Die Einrichtung hat sich gut bewährt. Der Magistrat von Schöneberg schlägt deshalb den Stadtverordneten die Einrichtung weiterer Volks- und Mittelstandsküchen vor. Mit dieser Aufgabe soll der Volksküchenverein betraut werden. Die Volksküchen kochen wie bisher die ganze Portion zum Preise von 35 Pfennig, die kleinere Portion zu 25 Pfennig. Die entstehenden Zuschüsse verpflichtet sich die Stadt zu tragen. In den Mittelstandsküchen soll ein Essen mit besserer Aufmachung gegeben werden, dessen Selbstkosten durch den Verkaufspreis von etwa 60 Pfennig gedeckt werden sollen. Die Stadt trägt die Kosten der ersten Einrichtung für beide Arten — Volks- und Mittelstandsküche — vorschußweise. Die Stadt überläßt ferner dem Verein einen eisernen Betriebsfonds zur Beschaffung von Vorräten in der Höhe von 150.000 Mark. Der laufende Betrieb der Volksküchen und Mittelstandsküchen erfolgt mit Wirkung vom 1. Juni d. J. ganz auf städtische Rechnung. Zur Deckung der Einrichtungskosten und sonstigen Zuschüsse bewilligt die Stadt einen Kredit von 100.000 Mark. Die Stadt richtet dem Verein ein Bureau ein. Im Bedarfsfalle stellt die Stadt dem Verein die Küche und Wirtschaftsräume des neuen Rathauskellers ohne Miete zur Verfügung. Die Stadt übernimmt die Kontrolle der Rechnungen und den Zahlungsverkehr für den Verein.

Mit dieser Vorlage betritt eine der größeren Stadtgemeinden von Großberlin zum erstenmale in umfassender Weise das Gebiet der praktischen Ernährungspolitik. Das Beispiel, das die Stadt Schöneberg mit dieser auf breitester Grundlage aufgebauten Lösung der Ernährungsfrage gibt, verdient Nachahmung. In Wien haben wir auch einen seit Jahrzehnten segensreich wirkenden Volksküchenverein, aber sein Gebiet ist eng begrenzt und eine Ausgestaltung bei den unzulänglichen Betriebsmitteln unmöglich.

Von der bestehenden öffentlichen Ausspeisung sind aber — da sie ja unentgeltlich ist — Personen, die ihre Bedürftigkeit nicht nachzuweisen vermögen, ausgeschlossen. Die Vorbedingungen für Einrichtung von weiteren Volks- und Neuerrichtung eigener Mittelstandsküchen sind gewiß in Wien vorhanden, und man könnte diesen Weg umso eher beschreiten, als andere Mittel nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben.

Reichspost Abendbl
27./V. 1916

Die Lebensmittelversorgung.

Die Verbrauchskarte — in Triest.

Zur Anregung, die Gesamtheit der verfügbaren Lebensmittel gleichmäßig auf die Bevölkerung im Wege einer allgemeinen Verbrauchskarte aufzuteilen („Reichspost" und „Christlichs. A.-Z.") wird uns aus Triest geschrieben:

Die in der Nachmittagsausgabe der „Reichspost" vom 19. d. besprochene Verbrauchskarte wurde für Triest beiläufig verwirklicht und bewährt sich seit bald einem Jahr vortrefflich. Nach der Kriegserklärung Italiens wurde hier bekanntlich unter der Aegide der Statthalterei eine Approvisionierungskommission ins Leben gerufen. Diese griff den Gedanken einer allgemeinen Verbrauchskarte, wenn auch nicht für alle, so doch für die unentbehrlichsten Lebensmittel auf, obwohl es auch hier an „Fachmännern" nicht fehlte, welche die Sache für eine bare „Unmöglichkeit" und als ganz „undurchführbar" erklärten. Das Gleiche erklärten natürlich auch gewisse Interessenten der Unordnung. Aber die Kommission ließ sich nicht irremachen und führte den Plan im September v. J., also noch vor der im Oktober erfolgten Einführung der Brotkarte in Triest, mutig durch. Die Bevölkerung ward den Segen der Einführung bald inne. Zur Vorbeugung und Bekämpfung ungerechtfertigter Preissteigerungen bewirkt die Kommission unter Ausschaltung des ausbeuterischen Zwischenhandels den Einkauf der hauptsächlichsten Lebensmittel im Großen und läßt diese in ihren 16 Verkaufsstellen — bezüglich einer Reihe von Artikeln in allen sich darum bewerbenden und zur Einhaltung des im voraus bestimmten Einheitsverkaufspreises verpflichtenden Lebensmittelkleinhandlungen — gegen Vorweisung der von der Kommission ausgestellten „Lebensmittelkarte" zum Einkaufspreise mit einem ganz geringen Regie-

---

zuschlag verkaufen. Jede dieser Lebensmittelkarten trägt eine den Familienstand bezeichnende Ziffer (Erwachsene mit 1, Kinder unter 6 Jahren mit ½ gerechnet) und berechtigt, bei der zugewiesenen (auf der Karte ersichtlichen) Verkaufsstelle zum Bezuge der entsprechenden Mengeneinheiten der gewählten Ware. Die — sich fast immer gleichbleibenden — Preise, die Gattung der zum Verkaufe gelangenden Artikel (Kaffee, Reis, Mehl [weiß und Polenta], Hülsenfrüchte, Gerste, Erdäpfel Oel, Eier, Speck usw.) und die jedem Einkäufer gewährleistete Menge (es werden hie und da auch größere Mengeneinheiten abgegeben) derselben werden jede Woche durch die Presse veröffentlicht. Durch diesen Modus und die geschickte Verteilung der Verkaufslokale wird auch das stundenlange „Anstellen" und Gedränge vermieden. Von den eigentlichen (16) Verkaufsstellen der Approvisionierungskommission wurden seit ihrer Errichtung (28. August 1915) bis jetzt rund 3½ Millionen Kronen vereinnahmt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die für die Triester Approvisionierung schwer in die Wagschale fallende Seezufuhr seit einem Jahre fast ganz aufgehört hat, die Transportmöglichkeiten zu Land oft behindert und Lebensmittelwucherer unermüdlich an der Arbeit waren und leider noch sind, durch ihr Treiben den äußern Feinden mittelbar Vorschub zu leisten.

Wenn die Bevölkerung Triests gegenwärtig auch nur der durchschnittlichen Volkszahl eines Wiener Gemeindebezirkes entspricht, so kann nach den hier in einem Jahre gemachten Erfahrungen ruhig behauptet werden, daß die angeregte Einführung der Verbrauchskarte in Wien kaum viel mehr als eine einfache Multiplikationsaufgabe darstellt, bei deren Lösung lediglich geringfügige, sich aus lokalen Verhältnissen ergebende Aenderungen und Verbesserungen in Betracht kommen können.

Die mißlungene Aushungerung.

Von Prof. Dr. Wygodzinski (Bonn).

Trotz der „mathematischen Gewißheit des Sieges", von der die Franzosen zu ihrem eigenen Trotz zu reden pflegen, haben die Engländer, von vornherein auf einen Waffensieg über die Zentralmächte augenscheinlich Verzicht geleistet. Wenn sie jetzt auch, gezwungen durch die Blutopfer ihrer Verbündeten, die allgemeine Dienstpflicht zögernd eingeführt haben, so ist bei den zahlreichen Widerständen aus Industrie- und Arbeiterfragen vorauszusehen, daß ihre Durchführung nur in durchaus unzureichendem Maße erfolgen wird. Um so stärker betont England nun seinen Willen zur „Aushungerung" der Zentralmächte, auf die es von vornherein seine einzige Hoffnung setzte. Es bedarf keines Wortes über die „moralische" Seite dieses Planes der Vorkämpfer der Moral und Kultur und ebensowenig über die Mittel, die dazu angewendet werden, worunter jetzt Drohung und Erpressung gegenüber den kleineren neutralen Staaten die Hauptrolle spielen. Sehr viel wichtiger ist es, festzustellen, ob der teuflische Plan, die Mittelmächte durch Verhungernlassen der Frauen und Kinder auf die Knie zu zwingen, Erfolg gehabt hat. Mancherlei Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt in Deutschland in der letzten Zeit haben bei unseren Gegnern diese Hoffnung bestärkt; es mag deshalb von Interesse sein, über die gegenwärtige Lage in Deutschland kurz zu berichten.

Allgemein ist bekannt, daß eine weise Schutzzollpolitik in Deutschland — im Gegensatz zu England — in Voraussicht der kommenden Ereignisse die landwirtschaftliche Produktion gegenüber der Ueberflutung durch die Erzeugnisse der Raubbauwirtschaft überseeischer junger Länder erhalten und gestärkt hat. Die deutsche Landwirtschaft hat den ihr gewährten Schutz nicht im Sinne eines Monopols quietistisch ausgenützt, sondern hinter den Grenzdeichen des Zolles die heimische Produktion zur höchsten Blüte gebracht. Im letzten Vierteljahrhundert hat sich in Deutschland die Anbaufläche für die Getreidearten um 700.000 Hektar vermehrt, der Ertrag ist im Durchschnitt aller Getreidearten per Hektar von 13,4 auf 19,6 Doppelzentner, also um die Hälfte gewachsen. Ganz ähnlich verhält es sich mit Kartoffeln (deren Ertrag sich in der angegebenen Zeit ungefähr verdoppelt hat), Wiesenheu, Zuckerrüben usw. Ebenso ist schließlich die Viehhaltung gestiegen; das Rindvieh ist der Kopfzahl nach in diesem Vierteljahrhundert um ein Drittel gewachsen, die Schweine haben jetzt mehr als die doppelte Stückzahl aufzuweisen. Dabei ist bei den letzteren die schnellere Schlachtreife, bei beiden zusammen das beträchtlich höhere Durchschnittsgewicht von mindestens gleicher Bedeutung. Deutschland konnte so seine Produktion, weit über die fast aller anderen Länder hinaus, so stark steigern, daß es nicht nur auf den Kopf seiner Bevölkerung weit mehr produzierte als in früheren Zeiten, sondern sogar einzelne wichtige Produkte, wie Zucker und Roggen, zu exportieren in der Lage war. Allerdings konnte mit den nun einmal gegebenen Kräften nicht in allen Zweigen gleichmäßig gearbeitet werden; und so sah sich denn Deutschland gezwungen, auch Nahrungsmittel, bezw. Material zu ihrer Erzeugung zu importieren. Dieser Import, soweit er nicht die hier nicht zu berücksichtigenden industriellen Rohstoffe (Spinnstoffe usw.) betraf, war teils Austauschimport (Weizen gegen Roggen), teils Nahrungsmittelimport (namentlich Eier, Butter, Käse, Fette), teils und hauptsächlich Import von Futtermitteln. Dazu kam ein nicht unbeträchtlicher Import von Düngemitteln (Chilisalpeter) und von „Arbeitskraft". So war die Lage der deutschen Landwirtschaft, als der Krieg ausbrach.

Wenige Wochen schon nach dem Kriege setzte die vielbewunderte und im Feindesland mannigfach nachgeahmte organisatorische Tätigkeit des Reiches und der Einzelstaaten gegenüber dem Problem der Nahrungsknappheit ein. Es handelte sich dabei um drei verschiedene Teilprobleme: das der Aufrechterhaltung oder Ausdehnung der Produktion, das der Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel und das der Konsumtionsregelung; alle drei für den Enderfolg gleich wichtig, mit einander in engstem Zusammenhang stehend. Das letzte, die Konsumtionsregelung, wurde zuerst aufgegriffen, und zwar bezüglich des wichtigsten aller Nahrungsmittel, des Brotgetreides. Die bekannten Maßnahmen bezüglich „Streckung" des Getreides, schärferen Ausmahlens, Kartoffelzusatzes, Festsetzung von Kopfrationen führten dazu, daß diese Hauptfrage restlos gelöst wurde. Trotz der beispiellos schlechten Ernte des Jahres 1915 haben wir vollkommen gereicht; wir treten in das neue Erntejahr mit einem Ueberschuß hinein. Die Saaten stehen überall ausgezeichnet, der Kulturboden ist (durch Umwandlung von Moor- und Oedland mit Hilfe der Kriegsgefangenen, durch intensive Ausnützung bisher brachliegender städtischer oder stadtnaher Parzellen) vermehrt, der Arbeitermangel durch die Verwendung von Kriegsgefangenen ausgeglichen, die Stickstoffknappheit wird allmählich durch die steigende Produktion von Stickstoff im Inland nach dem Haberschen und anderen Verfahren behoben.

Größere Schwierigkeiten als auf dem Gebiete der Getreideversorgung ergaben sich auf dem der Kartoffelverteilung. Die mannigfache Beanspruchung der Kartoffel, namentlich auch die umfangreichere Verwendung als Viehfutter, führten im vorigen Jahre mancherorts zu einer empfindlichen Knappheit, die allerdings nicht im Mangel von Material, sondern in der ungleichen Verteilung der Produktion und den Transportschwierigkeiten lag. Nach Ueberwindung von mancherlei Schwierigkeiten, zusammenhängend auch mit der leichten Verderblichkeit der Kartoffel, ist nunmehr die Versorgung aller Teile der Bevölkerung mit diesem wichtigen Lebensmittel sichergestellt.

Der Regelung nahe ist die Zuckerfrage. Nachdem man im ersten Kriegsjahre, durch unseren Zuckerüberschuß in allzu große Sicherheit gewiegt, die Produktion einschränkte und eine allzu vielseitige Verwendung des Zuckers zuließ, hat man diesen Fehler im zweiten Jahre eingesehen und verbessert. Durch Rationierung der vorhandenen Zuckerbestände und gleichzeitige Maßnahmen zur Ausdehnung der Rübenproduktion ist man auch hier über den schwierigen Punkt hinweggelangt und kann nunmehr auf eine sinngemäße Bereitstellung unserer neuen Zuckerernte rechnen.

Fremdenblatt 28/V. 1916

die mißlungene Aushungerung.

Der schwierigste Punkt überhaupt, in dem alle Probleme zusammenlaufen, ist entschieden die Fleisch- und Fettversorgung. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir in den letzten Jahrzehnten zwar so gut wie gar kein Vieh und Fleisch, wohl aber Fette und namentlich Futtermittel einführten. Diese Politik der Einführung von Futtermitteln an Stelle von Vieh oder Fleisch hat sich vortrefflich bewährt; wir waren imstande, uns damit ein „Viehkapital" heranzuziehen, das wir nun in der Zeit der Not ruhig angreifen konnten. Man hat hier zunächst dem Viehhandel und dem Einzelkonsumenten freie Hand gelassen, schon weil man zunächst erst mit der Regelung der wichtigeren Brot- und Kartoffelfrage zu tun hatte; der „freie Verkehr" hat, im Zusammenhang mit manchen Regierungsmaßregeln, allerdings zu zwei großen Fehlern geführt. Der erste war der „Schweinemord" vom Frühjahr 1915; die übermäßige Abschlachtung der Borstentiere im Interesse der Erhaltung der Kartoffelbestände für den unmittelbaren menschlichen Verzehr. Dieser Fehler ist durch eine planmäßige, von der Regierung mit großen Mitteln unterstützte Schweinemästungspolitik während des letzten Winters wieder ausgeglichen worden. Bei der starken Generationskraft und Raschwüchsigkeit des Schweines war dieser Irrtum allerdings verhältnismäßig leicht wieder gut zu machen. Schwieriger lag es bezüglich des zweiten „laisser-faire" unserer Ernährungspolitik, auf dem Gebiete der Rindviehzucht. Man ließ es zu, daß die Konservenfabriken im Winter den Landwirten das Rindvieh zu enormen Preisen aus dem Stall holten; daraus ergab sich dann eine recht fühlbare Butter- und endlich Fleischknappheit. Obgleich der Fleischkonsum immer noch so hoch war wie zur Zeit des Krieges 1870/71, gab es doch innerhalb der noch nicht erzogenen städtischen Konsumentenkreise Angstkäufe und Angstpreise, die im Ausland die Hoffnung erweckten, nun endlich sei die Aushungerung da. Das energische Eingreifen der Regierung hat auch diese Hoffnung zuschanden werden lassen. Zuerst wurde, um Milch frei zu behalten, der Butterverbrauch rationiert; die Rationierung des Fleischverbrauches folgte. Das ist ohne Schwierigkeiten durchzuführen, seit mit dem Frühjahr Gemüse und bald Obst als Ergänzung des Brot- und Kartoffelkonsums genügend zur Verfügung stehen. Das Vieh aber wird mit dem Grünfutter des beginnenden Sommers wieder aufgemästet und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die Fleischkrise bald überwunden ist. Die Folgen dieser weisen Politik machen sich schon geltend in einer sichtbaren Vermehrung der Milch- und Butterproduktion. Uebrigens ist parallel damit die Ausschaltung einiger übler Zwischenhändlergewohnheiten gegangen, die durch gewissenlose Zurückhaltung zu einer Verschärfung der Knappheit ohne sachlichen Grund führten.

Diese kurze Skizze konnte nur einige Hauptpunkte des deutschen Ernährungskampfes andeuten; vor allem konnte nicht geschildert werden, in welch opfervoller und verständnisreicher Weise Millionen von Haushaltungen sich den veränderten Bedingungen angepaßt haben. Das hohe Lied der Hausfrau im Kriege ist ja ohnehin auf aller Lippen. Es ist gezeigt worden, wie Deutschland aus eigener Kraft diesen Erfolg gewann. Die bundesbrüderliche Hilfe Oesterreich-Ungarns, die Durchbrechung des „eisernen Ringes" durch den deutsch-rumänischen Warenaustausch-Vertrag bieten darüber hinaus die sichere Gewähr des endgiltigen Sieges auch im „Hungerkrieg".

Fremdenblatt
28/V. 1916

Etwas für die Hausfrau.

Ersatz-Oele. — Verschiedene Salate. — Fridattenspeisen.

Man wird in dieser schweren Zeit erfinderisch und die Ersatzspeisemittel, die man sich zulegt, sind in den meisten Fällen nicht nur momentan ein ausgezeichneter Ersatz, sondern werden auch in späteren Zeiten nicht wieder zurückgestellt und vergessen werden. Herr Regierungsrat Adolf Heß teilt uns mit, daß an der Bildungsanstalt für Koch- und Haushaltungsschullehrerinnen in Wien bereits seit längerer Zeit nachfolgende, einfach herzustellende Ersatzmittel für Salatöl, die sich in Deutschland bestens bewährt haben, Verwendung finden, u. zw.:

Eibischtee-Absud. Eine kleine Menge Eibischtee (erhältlich in jeder Apotheke oder Drogenhandlung) übergießt man bei der Herstellung des Frühstücks mit heißem Wasser und läßt ihn bis zu Mittag stehen. Mittags wird er kurze Zeit aufgekocht und abgesiehen, nach Geschmack und Belieben etwas eingedickt. Der erkaltete Absud wird mit Essig, Salz, Pfeffer, so wie man sonst Oel verwendet, vermischt und der Salat damit angemacht. Der Geschmack desselben erinnert ein wenig an Estragon- oder Kapernessig.

Karragheen-Absud. 1 Deka Karagheen (gleichfalls in Apotheken oder Drogenhandlungen erhältlich) wird in einem Liter Wasser zum Sieden gebracht, hernach abgekühlt und die gallertartige Masse zur Reinigung und Trennung der ungelösten Bestandteile durch ein Sieb geseiht und hernach mit fünf Gramm Speiseöl aromatisiert.

Beide Oelersätze sind kühl aufzubewahren. Es ist vorteilhaft, sie nicht in großen Mengen herzustellen, um sie vor dem Verderben zu bewahren. Der erstangeführte Oelersatz ist hauptsächlich in Frankfurt a. M. und der zweite in der Provinz Oberhessen seit Kriegsbeginn in Gebrauch und von den dortigen staatlichen Untersuchungsämtern empfohlen worden.

Ausgiebiger Spargel als Salat oder Gemüse. Man kocht den Spargel wie gewöhnlich, schneidet ihn in fingerlange Stücke. Nun gibt man in eine Kasserrolle ein Stückchen Butter, etwas Mehl dazu und rührt es bis zu einem Beschamel, gießt es mit dem Spargelwasser auf und rührt es so lange, bis es überkühlt ist. Dazu kommen noch zwei Eidotter, ebenfalls glatt verrühren, etwas Essig oder Zitrone, Salz und nach Geschmack etwas Muskat, Dicke der Sauce wie eine dünnere Mayonnaise. Nun kommen die Stücke Spargel in eine Schüssel, die Sauce darauf und entweder warm servieren oder mit der Schüssel als Salat kalt stellen. Beide Arten sind sehr gut und für dünnen Spargel sehr profitlich.

S. R.

Sellerieslat ohne Oel. Die geschälten und in Scheiben geschnittenen Sellerie werden mit einem halben Teelöffel Zucker, Wasser und dem nötigen Essig weich gekocht, mit einem Schaumlöffel herausgenommen, die Brühe kurz eingekocht, über die Scheiben gegossen und der Salat, der sehr leicht verdaulich ist, mit etwas feinem Pfeffer bestreut.

Fridattennudeln mit Schokolade. Man macht einen gewöhnlichen Fridattenteig von einem halben Liter Milch, 1 bis 2 Eiern, Salz, Mehl nach Bedarf, ungefähr einen halben Liter. Zuerst das Mehl, dann die Eier, zuletzt die Milch hinein, bis es ein dünnflüssiger Teig ist. Daraus bäckt man dünne Fridatten. Inzwisch, während sie etwas erkalten, reibt man etwas Schokolade und vermischt sie mit Zucker und Rosinen. Nun stellt man die Mehlspeisschüssel auf heißen Dunst, schneidet die Fridatten in Nudeln, gibt eine Lage davon auf die Schüssel, dann etwas Schokolade, wieder Nudeln, und so fort. Dann deckt man sie mit einem tiefen Teller zu; wenn die Schokolade warm wird, schmilzt sie und Nudeln und Schokolade werden weich und saftig.

Fridatten mit Bücklingen. In einen leichten Fridattenteig gibt man einen zerpflückten, von Haut und Gräten gereinigten Bückling oder anderen Räucherfisch, macht daraus nicht gar dicke Fridatten und richtet sie mit Salat an. Oder man gibt die Bücklingsstücke in heißes Fett, schlägt Eier darüber wie bei Hamandeggs, läßt sie stocken, streut etwas gehackten Schnittlauch darüber und serviert sie mit der Pfanne, da sie sonst zerfallen.

28./V. 1916

Beratung des Reichstagsausschusses.

Im Verlauf der weiteren Verhandlungen gibt der Vertreter der Z. E. G. nähere Auskunft über das Käsegeschäft im Ausland. Hier seien noch Uebergangsschwierigkeiten zu überwinden. Mit der Inlandsproduktion habe die Z. E. G. nichts zu tun. Ein konservativer Redner betont, daß die Darlegungen des Vertreters der Z. E. G. überzeugend wirken, auch was die persönliche Seite anlange. Die Angriffe auf einzelne Persönlichkeiten seien nicht haltbar. Man habe versäumt, Raps und Rübsen, besonders auf kleineren Parzellen, anzubauen. Das müsse bei der Herbstbestellung beachtet werden. Die ganzen Ernährungsfragen würden sich in Zukunft besser stellen. Dem Antrag, 25 Prozent der Magermilch auf Käse zu verarbeiten, könne er nicht zustimmen. Beim Postversand müsse kontrolliert werden. Eine Gesamtrationierung für Milch und Fett sei nicht möglich. — Ein sozialdemokratischer Redner ist mit der Z. E. G. zufrieden, sie müßte aber mehr Aufklärung geben. Der Redner verteidigt die Stadt Berlin gegen die erhobenen Angriffe. Die Fehler seien bei der Zentralstelle bzw. durch Bundesratsverfügungen gemacht worden. Alle Butter müsse beschlagnahmt werden. Eine allgemeine Rationierung sei notwendig. Die Butterpreise seien reichlich hoch.

Ein höherer Milchpreis in Berlin

wäre gerade jetzt unberechtigt. Ein Zwang zur Verarbeitung von Magermilch auf Magerkäse sei angebracht. Butter wandere in die Seifenfabrik, weil sie hier teuer bezahlt werde. Bei der Seife müßte der Fettgehalt deklariert werden.

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß Butter nicht für Seifenfabrikation verwendet werde. Die radikale Regelung der Butterfrage stehe bevor. Das Milchtrocknungsverfahren werde begünstigt. Der Redner verteidigt das Verhalten der Zentralstellen bei der Butterversorgung in Berlin. Die Milchpreiserhöhung in Berlin erfolge auf Grund eines Schiedsgerichtsgutachtens über die Produktionskosten. Schließlich bemerkt der Redner noch auf eine Bemängelung, der Geschäftsstil der Z. E. G. sei kaufmännisch.

Ein anderer Sozialdemokrat beschwert sich lebhaft über die mangelhafte Organisation in Groß-Berlin. Auch bei der Ausgabe von Bezugskarten seien große Mißstände vorhanden. Es müsse auch beim Käse eine Organisation des Absatzes eingeführt werden. Die Oelsaaten dürften nicht als Grünfutter verwendet werden. Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß das auch nicht geschehe. — Ein Vertreter der Deutschen Fraktion bespricht die Mängel der Organisation in Berlin und den Anbau der Oelfrüchte. Die Ablieferung des Flachses müsse organisiert werden. Wie Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, ist für die Verwertung des Flachses Vorsorge getroffen.

Der Ausschuß geht über zur Besprechung der

Futtermittel

(Kraftfutter, Häcksel, Heu). Der Berichterstatter teilt mit, daß die Nutzbarmachung des Laubes organisiert werde. — Präsident Kautz betont, daß die Futtermittel durch die schlechte Ernte ungünstig beeinflußt wurden. Man habe versucht, nach Möglichkeit Ersatzmittel zu beschaffen. Der Kriegsausschuß für die Beschaffung von Ersatzfuttermitteln sei geschaffen worden. Es sind zehn Fabriken für Nährhefe mit einer Gesamtproduktion von jährlich 73 400 Tonnen gebaut, diese Höhe sei aber noch nicht erreicht, sondern erst etwa die Hälfte. Die Nährhefe eigne sich auch für die menschliche Ernährung. Das Strohmehl sei mit gewissen Zusätzen sehr wertvoll. Heidekrautfutter ist mit Zusätzen ein gutes Schweinefutter. Tierkörpermehl werde aus Kadavern unter Mitwirkung der Heeresverwaltung erzeugt. Auch im Frieden sei eine bessere Verwertung der Kadaver und Schlachthofabfälle möglich. Aus Miesmuscheln werde ein wertvolles Futter erzeugt. Pflanzliche Stoffe könnten auch in höherem Umfang zur Futtergewinnung herangezogen werden, z. B. das Holz. Es sei zu erhoffen, daß wir uns auch im Frieden von ausländischen Futtermitteln unabhängig machen können. Ein nationalliberaler Redner begrüßt diese beruhigende Darstellung und wünscht Propaganda in ihrem Sinne. Die Zuchtstämme müßten erhalten werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich betont, daß die jetzt hergestellten geringen Mengen ohne Propaganda leicht abgesetzt werden. — Die Deutsche Fraktion wünscht Beigabe von Gehaltsgarantie, auch bei der Nährhefe. Ein Regierungsvertreter sagt Berücksichtigung zu. — Ein Sozialdemokrat erklärt, die Nährhefe verlange zuviel Rohmaterial und sei daher für den Frieden kaum rationell. — Ein Zentrumsredner wünscht eine bessere Verteilung der Futtermittel unter Berücksichtigung des Rindviehs. Die neuen Fabriken sollten auch nach dem Süden kommen. — Ein fortschrittlicher Abgeordneter spricht dem Kriegsausschuß für Ersatzfuttermittel seine Anerkennung aus. Im Kriege dürfe die Preisfrage keine Rolle spielen. Für die Friedenszeit aber sei es entscheidend, ob künstliche Futtermittel rationell, d. h. zu angemessenem Preis herzustellen seien, was bei Nährhefe ausgeschlossen erscheine. Der Redner bittet um Auskunft, wie sich die Friedenspreise stellen würden, und verlangt, daß bei den Lieferungsverträgen unbedingt ausreichende Mengen gegeben werden müssen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erwidert, daß sich die Rentabilität der Herstellung künstlicher Futtermittel für die Friedenszeit noch nicht übersehen lasse; sie hänge von verschiedenen Umständen, den Rohstoffpreisen usw., ab. Immerhin hoffe er, daß manche Einrichtungen auch für die Friedenszeit von Bedeutung sein würden.

Nachdem noch ein konservativer Redner gewünscht hatte, daß die Küchenabfälle besser verwertet werden sollen, vertagt sich der Ausschuß auf Montag vormittag: Organisationsfragen (in Anwesenheit des Präsidenten des Kriegsernährungsamts v. Batocki).

Österr. Volkszeitung
28./V. 1916

Die Lebensmittelversorgung.

Einsetzung eines Approvisionierungsbeirates.

Amtlich wird verlautbart:

Die Notwendigkeit eines innigeren Kontakts mit der Bevölkerung und das Bestreben, über die Wünsche der verschiedenen Interessentenkreise auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung fortlaufend informiert zu sein, hat den Minister des Innern veranlaßt, einen „Approvisionierungsbeirat" ins Leben zu rufen, welcher der „interministeriellen Approvisionierungskommission" zur Seite gestellt werden soll.

Diese neue Beratungsstelle setzt sich aus jenen Mitgliedern des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zusammen, welche von diesem als Komitee zur Vorbereitung der in der nächsten Verbrauchsperiode zu treffenden Maßnahmen gewählt worden waren, und wurde vom Minister des Innern der von diesem Komitee gewählte Obmann Landtagsabgeordneter, Präsident der Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft in Troppau Doktor Johann Graf Larisch-Moennich auch zum Präsidenten dieses neuen Beirates ernannt.

Die Mitgliedschaft dieses Beirates ist ein Ehrenamt.

Der Approvisionierungsbeirat hat über die vom Minister des Innern zur Beratung gestellten Fragen des allgemeinen Ernährungsdienstes Gutachten abzugeben und kann auch selbständig in solchen Fragen Vorschläge erstatten.

Der Beirat tritt mindestens einmal im Monat zusammen, kann jedoch über Weisung des Ministers des Innern überdies zu außerordentlichen Sitzungen eingeladen werden.

Vossische Zeitung
29./V. 1916

Die Organisation der Lebensmittelversorgung.

Aus den Verhandlungen des Reichstags-Ausschusses.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute die Organisation der Lebensmittelversorgung (Reichszentralstelle, Kriegsernährungsamt, Beirat, Preisprüfungsstellen).

Berichterstatter Abg. Graf Westarp erinnerte zunächst an die früheren Beschlüsse des Reichstags, der mehrfach, so im August und Dezember 1915, eine Zentralstelle für die Volksernährung verlangt habe. Der Reichskanzler als die staatsrechtlich zuständige Stelle könne Exekutivbestimmungen und legislative Verordnungen erlassen mit der Einschränkung, daß die Bundesratsverordnungen davon unberührt bleiben. Verfassungsrechtlich von großer Tragweite sei die Uebertragung des Rechtes an den Reichskanzler, erforderlichenfalls den einzelstaatlichen Zentralstellen Anweisungen zu erteilen. Vom konservativen Standpunkte aus, der den bundesstaatlichen Charakter des Reiches verteidigen müsse, sei darüber noch zu reden. In der Praxis trete der Präsident des Kriegsernährungsamtes an die Stelle des Reichskanzlers. Da mit der Selbständigkeit des Kriegsernährungsamtes eine große Verantwortung verbunden sei, bedürfe die ganze Neugründung einer eingehenden Klärung, insbesondere das Verhältnis des Präsidenten zu den einzelstaatlichen Regierungen, zu den verschiedenen Kriegsausschüssen, zu der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums usw. Der Generalwirtschaftsplan für das Erntejahr 1916 und das Produktionsjahr 1917 solle einem Antrage des Zentrums entsprechend dem Reichstage noch vor der dritten Lesung des Etats zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Deshalb empfehle sich eine Erörterung dieser Fragen, wenigstens insoweit die Hauptrichtlinien in Betracht kommen.

Mitberichterstatter Abg. Hoch (Soz.) wünschte Auskunft über das Verhältnis der Preisprüfungsstellen zum Kriegsernährungsamt X und forderte eine zuverlässige Statistik über die Bestände, die ihm unerläßlich schien.

Staatssekretär Dr. Helfferich bat, die staatsrechtliche Seite der Neugründung auszuschalten; die Praxis habe gezeigt, daß ein anderer Weg nicht gangbar sei.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein ersuchte, eine klare Abgrenzung der Fragen, die dem neuen Kriegsernährungsamt überwiesen würden, und derjenigen, deren Erledigung dem Reichsamt des Innern verbleiben müßten, nicht zu verlangen. Die Durchführung zuverlässiger Bestandsaufnahmen sei recht schwierig, zumal die Bestände stetig wechselten. Die Verhandlungen des Beirats seien stets vertraulich, man habe sich fast immer verständigen können.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki erklärte, auf die Rechtsfrage nicht eingehen zu wollen, auch er müsse sich mit den Bestimmungen abfinden, wie sie getroffen seien. Auf die Einfuhr habe er keinen Einfluß; erst von dem Augenblicke an, wo die Ware ins Land komme, trete sie unter seine Verwaltung. Eine zweite Schranke bestehe für ihn in dem

Verhältnis zu den militärischen Kommandostellen.

Während eines Krieges sei es ganz undenkbar, daß die militärischen Organe sich irgendeiner anderen Stelle unterordnen könnten. Weites Entgegenkommen werde er gewiß finden, allein es sei ausgeschlossen, daß alle Wünsche erfüllt werden könnten. Das Verhältnis des Amtes zu den Bundesstaaten sei ja im Sinne einer großen Machtbefugnis für den Präsidenten geordnet, aber es dürfe doch nicht übersehen werden, daß ein Unterbau von Reichsbehörden für die Durchführung der Maßnahmen fehle. Auf die freiwillige Mitarbeit der bundesstaatlichen Behörden und Organe könne nicht verzichtet werden. Wir müßten uns innerhalb des Rahmens der verwaltungsmäßigen und staatsrechtlichen Möglichkeiten halten, darüber hinausgehende Hoffnungen würden völlig zuschanden werden.

Hinsichtlich des Wirtschaftsplanes für das neue Erntejahr verkenne er den Ernst der Zustände und die vorhandenen Schwierigkeiten durchaus nicht. Trotzdem sehe er mit einem gesunden Optimismus in die Zukunft. Die hochbedeutsame Frage der Fettversorgung werde kaum in wenigen Wochen gelöst werden können; gerade hier sei der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungünstig, aber das Mögliche werde geschehen, und es bestehe begründete Hoffnung auf Abhilfe in ganz kurzer Zeit.

Gewiß sei die Statistik sehr wichtig. In seinem früheren Amte in der Ueberschußprovinz Ostpreußen habe er auf diesem Gebiete viel getan und manche Erfahrungen gesammelt. Aber stets sei er erschrocken gewesen über die Ergebnisse der Wirklichkeit gegenüber den Ergebnissen der vorhergegangenen sorgfältigen Schätzungen. Man solle doch nicht vergessen den Mangel einer geordneten Buchführung in dem größten Teil der landwirtschaftlichen Betriebe und weiter, daß in diesen Betrieben alles auf das Wetter ankomme. Die Buttermenge hänge von der Milcherzeugung ab, diese aber wieder vom Wetter. Wenn es heute gründlich regnete, hätte Ostpreußen morgen 30 Prozent Milch mehr. Erfreulicherweise hätte es in den ersten Tagen seiner neuen Amtsführung schon stark geregnet, das sei ein gutes Omen! (Große Heiterkeit.) Alle Maßnahmen, die auf Grund von Ernteschätzungen in einem früheren Stadium getroffen worden seien, hätten sich stets als falsch erwiesen. Gewiß werde er die Schätzungen und Feststellungen ständig zu verbessern suchen, um Trugschlüsse zu vermeiden.

In der Landwirtschaft dürfe der Großbetrieb nicht als typischer Produktionsfaktor angesehen werden; die nicht gut organisierten Klein- und Mittelbetriebe, die doch nur von Fall zu Fall disponieren könnten, stellten 90 v. H. der Gesamterzeugung. Sobald wie möglich werde er die Hauptstädte der Bundesstaaten aufsuchen und Fühlung mit den maßgebenden Stellen nehmen. Er werde seine ganze Kraft einsetzen, um die schwierige Aufgabe zu erfüllen, die ihm gestellt sei und bitte um die Unterstützung des Parlaments.

Ein weiterer Sozialdemokrat führt aus, bis heute hätten die Ernährungsmaßnahmen an Systemlosigkeit gelitten. Mehr als über den Mangel sei das Volk erbittert über den Wucher mit Lebensmitteln und deren mangelhafte Verteilung.

Die Brotverteilung habe sich bewährt,

ihre Grundsätze sollten auf die anderen Lebensmittel angewandt werden. Den Gemeinden seien die Bestände zu überweisen, und diese hätten sie zweckmäßig zu rationieren. Massenspeisungen sollten eingerichtet werden, schon im Interesse der arbeitenden Frauen. Natürlich dürfte die Massenspeisung nicht den Beigeschmack des Almosens haben. Die Zentralstelle sollte nicht nur in dringenden Ausnahmefällen über die bundesstaatlichen Zentralen hinweg entscheiden können.

Präsident von Batocki bezeichnet eine Vergrößerung des Vorstandes für bedenklich. Der parlamentarische Beirat solle gehört werden. Er werde Gelder erbitten, um die Kommunen in den Stand zu setzen, die Massenspeisung durchzuführen. Die Fleischvorratserhebung werde auszudehnen sein auf die Eigenhaushaltungen. Die Rationierung des Brotgetreides sei verhältnismäßig leicht, schwerer schon bei der Butter, noch schwerer beim Fleisch.

Ein Zentrumsredner beklagt mit dem Präsidenten des neuen Amtes die verspätete Errichtung dieses Amtes. Viele Schwierigkeiten hätten durch rechtzeitige Errichtung vermieden werden können. Wenn die Militärbehörden den Anordnungen des Kriegsernährungsamtes nicht Folge leisten müßten, so werde es viele Reibungen geben. Ebenso müsse die Stellung des Kriegsernährungsamtes zum Reichsamt des Innern klargestellt werden. — Unterstaatssekretär v. Stein betont, daß an der Zuständigkeit des Bundesrats durch die Verordnung vom 22. Mai nichts geändert werde; die Befugnisse des Reichsamts des Innern auf dem Gebiete des Ernährungswesens gehen auf das neue Amt über. Dies könne natürlich nur allmählich durchgeführt werden. Die Entwicklung werde zeigen, ob alle diese Befugnisse auf das neue Amt übergehen müssen. Der Kriegsminister werde sich mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ständig in Verbindung halten, um eine Einheitlichkeit sicherzustellen.

Frankfurter Zeitung
29./V. 1916

Die Ernährungsfrage im Reichshaushaltsausschuß.

N Berlin, 27. Mai. (Priv.-Tel.)

In der weiteren Debatte des Reichshaushaltsausschusses trat Unterstaatssekretär v. Stein den Angriffen auf die Z. E. G., soweit sie das persönliche Gebiet betreffen, entgegen. Alle persönlichen Angriffe auf Einzelpersonen seien völlig unbegründet. Gerade das Getreidegeschäft funktioniere sehr gut. Die Heranziehung großer Firmen sei wünschenswert, die Offerten würden geprüft. Einzelne Mißgriffe seien nicht zu vermeiden.

Ein nationalliberaler Redner kritisierte die mangelhafte Organisation in Berlin. Die Beschwerden gegen die Z. E. G. seien vielfach begründet. Es bestehe die Ansicht, daß die Z. E. G. verteuernd wirke.

Unterstaatssekretär v. Stein bemerkte, daß die Verbesserung der Einfuhr aus Rumänien zum guten Teil ein Verdienst der Z. E. G. sei. Er verteidigte die Geschäftsgebarung der Z. E. G. Augenblicksvorteile dürften das Prinzip nicht gefährden.

Ein Vertreter der Z. E. G. ging auf vorgebrachte Einzelbeschwerden ein. Preisverteuerungen im Inlande fänden nicht statt, wo sie vorkämen, erklärten sie sich aus der Zusammenfassung von Inlands- und Auslandswaren. (Die Ausführungen waren zum größten Teil vertraulicher Art.) Der Vertreter der Z. E. G. gibt nähere Auskunft über das Käsegeschäft im Ausland. Hier seien noch Uebergangsschwierigkeiten zu überwinden. Mit der Inlandsproduktion habe die Z. E. G. nichts zu tun. Das Personal der Z. E. G. sei, besonders für den Getreideimport, richtig und gut ausgewählt. Die Sache funktioniere gut.

Ein konservativer Redner betont, daß die Darlegungen des Vertreters der Z. E. G. überzeugend wirken. Auch was die persönliche Seite anlange. Die Angriffe auf einzelne Persönlichkeiten seien nicht haltbar, eine gewisse Einseitigkeit könne ausgeglichen werden. Es sollte mehr Käse in den Konsum kommen. Die ganzen Ernährungsfragen würden sich in Zukunft besser stellen. Dem Antrag, 25 Prozent der Magermilch auf Käse zu verarbeiten, könne er nicht zustimmen. Eine Gesamtrationierung für Milch und Fett sei nicht möglich.

Ein sozialdemokratischer Redner ist mit der Z. E. G. zufrieden, sie müßte aber mehr Aufklärung geben. Der Redner verteidigt die Stadt Berlin gegen die erhobenen Angriffe. Die Fehler seien bei der Zentralstelle bezw. durch Bundesratsverfügungen gemacht worden. Alle Butter müsse beschlagnahmt werden. Eine allgemeine Rationierung sei notwendig. Ein höherer Milchpreis in Berlin wäre gerade jetzt unberechtigt. Ein Zwang zur Verarbeitung von Magermilch auf Magerkäse sei angebracht. Butter wandere in die Seifenfabrik, weil sie hier teuer bezahlt werde. Bei der Seife müßte der Fettgehalt deklariert werden.

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß Butter nicht für Seifenfabrikation verwendet werde. Die radikale Regelung der Butterfrage stehe bevor. Das Milchtrocknungsverfahren werde begünstigt. Die Milchpreiserhöhung in Berlin erfolge auf Grund eines Schiedsgerichtsgutachtens über die Produktionskosten. Ein Vertreter der Deutschen Fraktion bespricht die Mängel der Organisation in Berlin und den Anbau der Oelfrüchte. Die Ablieferung des Flachses müsse organisiert werden. Wie Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, ist für die Verwertung des Flachses Vorsorge getroffen.

Der Ausschuß geht über zur Besprechung der

Futtermittel.

Der Berichterstatter teilt mit, daß die Nutzbarmachung des Laubes organisiert werde. Präsident Kautz betont, daß die Futtermittel durch schlechte Ernte ungünstig beeinflußt wurden. Man habe versucht, nach Möglichkeit Ersatzmittel zu beschaffen. Der Kriegsausschuß für die Beschaffung von Ersatzfuttermitteln sei geschaffen worden. Es sind zehn Fabriken für Nährhefe mit einer Gesamtproduktion von jährlich 78 400 Tonnen gebaut, diese Höhe sei aber noch nicht erreicht, sondern erst etwa die Hälfte. Die Nährhefe eigne sich auch für die menschliche Ernährung. Das Strohmehl sei mit gewissen Zusätzen sehr wertvoll. Heidekrautfutter sei mit Zusätzen ein gutes Schweinefutter. Aus den Knochen werde ein sehr gutes Eiweißfutter hergestellt. Tierkörpermehl werde aus Kadavern unter Mitwirkung der Heeresverwaltung erzeugt. Auch im Frieden sei eine bessere Verwertung der Kadaver und Schlachthofabfälle möglich. Aus Miesmuscheln werde ein wertvolles Futter erzeugt. Pflanzliche Stoffe könnten auch in höherem Umfang zur Futtergewinnung herangezogen werden, z. B. das Holz. Es sei zu hoffen, daß wir uns auch im Frieden von ausländischen Futtermitteln unabhängig machen können.

Ein nationalliberaler Redner begrüßt diese beruhigende Darstellung und wünscht Propaganda in ihrem Sinne.

Staatssekretär Dr. Helfferich betont, daß die jetzt hergestellten geringen Mengen ohne Propaganda leicht abgesetzt werden.

Die Deutsche Fraktion wünscht Beigabe von Gehaltsgarantie, auch bei der Nährhefe. Ein Regierungsvertreter sagt Berücksichtigung zu. Ein Zentrumsredner wünscht eine bessere Verteilung der Futtermittel unter Berücksichtigung des Rindviehs. Die neuen Fabriken sollten auch nach dem Süden kommen.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter spricht dem Kriegsausschuß für Ersatzfuttermittel seine Anerkennung aus. Im Kriege dürfe die Preisfrage keine Rolle spielen. Für die Friedenszeit aber sei es entscheidend, ob die künstlichen Futtermittel rationell, d. h. zu angemessenem Preis herzustellen seien, was bei Nährhefe ausgeschlossen erscheine. Der Redner bittet um Auskunft, wie sich die Friedenspreise stellen würden, und verlangt, daß bei den Lieferungsverträgen unbedingt ausreichende Mengen gegeben werden müssen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erwidert, daß sich die Rentabilität der Herstellung künstlicher Futtermittel für die Friedenszeit noch nicht übersehen lasse; sie hänge von verschiedenen Umständen, den Rohstoffpreisen usw. ab. Immerhin hoffe er, daß manche Einrichtungen auch für die Friedenszeit von Bedeutung sein würden.

Nachdem noch ein konservativer Redner gewünscht hatte, daß die Amortisation der neuen Fabriken auf das Reich übernommen und die Küchenabfälle besser verwertet werden sollen, vertagt sich der Ausschuß auf Montag vormittag: Organisationsfragen (in Anwesenheit des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki).

Tägliche Rundschau 29.IV.1916

Der Haushaltausschuß über das Kriegsernährungsamt.

Batocki redet.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute die Organisation der Lebensmittelversorgung (Reichszentralstelle, Kriegsernährungsamt, Beirat, Preisprüfungsstellen).

Berichterstatter Abg. Graf Westarp erinnerte zunächst an die früheren Beschlüsse des Reichstags, der mehrfach, so im August und Dezember 1915, eine Zentralstelle für die Volksernährung verlangt habe. Der Reichskanzler als die staatsrechtlich zuständige Stelle könne Exekutivbestimmungen und legislative Verordnungen erlassen mit der Einschränkung, daß die Bundesratsverordnungen davon unberührt bleiben. Verfassungsrechtlich von großer Tragweite sei die Uebertragung des Rechtes an den Reichskanzler, erforderlichenfalls den einzelstaatlichen Zentralstellen Anweisungen zu erteilen. Vom konservativen Standpunkte aus, der den bundesstaatlichen Charakter des Reiches verteidigen müsse, sei darüber noch zu reden. In der Praxis trete der Präsident des Kriegsernährungsamtes an die Stelle des Reichskanzlers. Da mit der Selbständigkeit des Kriegsernährungsamtes eine große Verantwortung verbunden sei, bedürfe die ganze Neugründung einer eingehenden Klärung, insbesondere das Verhältnis des Präsidenten zu den einzelstaatlichen Regierungen, zu den verschiedenen Kriegsausschüssen, zu der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums usw. Der Generalwirtschaftsplan für das Erntejahr 1916 und das Produktionsjahr 1917 solle, einem Antrage des Zentrums entsprechend, dem Reichstage noch vor der dritten Lesung des Etats zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Deshalb empfehle sich eine Erörterung dieser Fragen, wenigstens insoweit die Hauptrichtlinien in Betracht kommen.

Mitberichterstatter Abg. Hoch (Soz.) wünschte Auskunft über das Verhältnis der Preisprüfungsstellen zum Kriegsernährungsamt und forderte eine zuverlässige Statistik über die Bestände, die ihm unerläßlich schien.

Staatssekretär Dr. Helfferich hat, die staatsrechtliche Seite der Neugründung auszuschalten; die Praxis habe gezeigt, daß ein anderer Weg nicht gangbar sei. Von den Gründen für die Neuorganisation sei besonders der eine durchschlagend: Zusammenfassung der einzelnen Einrichtungen und rasche einheitliche Durchführung der Maßnahmen sowohl für alle Bundesstaaten als auch für die einzelnen Armeekorpsbezirke.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein ersuchte, eine klare Abgrenzung der Fragen, die dem neuen Kriegsernährungsamt überwiesen würden, und derjenigen, deren Erledigung dem Reichsamt des Innern verbleiben müßten, nicht zu verlangen. Die Durchführung zuverlässiger Bestandsaufnahmen sei recht schwierig, zumal die Bestände stetig wechselten. Die Verhandlungen des Beirats seien stets vertraulich, man habe sich fast immer verständigen können.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki

erklärte, auf die Rechtsfrage nicht eingehen zu wollen, auch er müsse sich mit den Bestimmungen abfinden, wie sie getroffen seien. Auf die Einfuhr habe er keinen Einfluß; erst von dem Augenblicke an, wo die Ware ins Land komme, trete sie unter seine Verwaltung. Eine zweite Schranke bestehe für ihn in dem Verhältnis zu den militärischen Kommandostellen. Während eines Krieges sei es ganz undenkbar, daß die militärischen Organe sich irgendeiner anderen Stelle unterordnen könnten. Weites Entgegenkommen werde er gewiß finden, allein, es sei ausgeschlossen, daß alle Wünsche erfüllt werden könnten. Das Verhältnis des Amtes zu den Bundesstaaten sei ja im Sinne einer großen Machtbefugnis für den Präsidenten geordnet, aber es dürfe doch nicht übersehen werden, daß ein Unterbau von Reichsbehörden für die Durchführung der Maßnahmen fehle. Auf die freiwillige Mitarbeit der bundesstaatlichen Behörden und Organe könne nicht verzichtet werden. Wir müßten uns innerhalb des Rahmens der verwaltungsmäßigen und staatsrechtlichen Möglichkeiten halten, darüber hinausgehende Hoffnungen würden völlig zuschanden werden.

Hinsichtlich des Wirtschaftsplanes für das Erntejahr verkenne er den Ernst der Zustände und die vorhandenen Schwierigkeiten durchaus nicht. Trotzdem sehe er mit einem gesunden Optimismus in die Zukunft. Die hochbedeutsame Frage der Fettversorgung werde kaum in wenigen Wochen gelöst werden können; gerade hier sei der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungünstig, aber das Mögliche werde geschehen, und es bestehe begründete Hoffnung auf Abhilfe in ganz kurzer Zeit.

Gewiß sei die Statistik sehr wichtig. In seinem früheren Amte in der Ueberschußprovinz Ostpreußen habe er auf diesem Gebiete viel getan und manche Erfahrungen gesammelt. Aber stets sei er erschrocken gewesen über die Ergebnisse der Wirklichkeit gegenüber den Ergebnissen der vorhergegangenen sorgfältigen Schätzungen. Man solle doch nicht vergessen den Mangel einer geordneten Buchführung in dem größten Teil der landwirtschaftlichen Betriebe und weiter, daß in diesen Betrieben alles auf das Wetter ankomme. Die Buttermenge hänge von der Milcherzeugung ab, diese aber wieder vom Wetter. Wenn es heute gründlich regnete, hätte Ostpreußen morgen 30 v. H. Milch mehr. Erfreulicherweise hätte es in den ersten Tagen seiner neuen Amtsführung schon stark geregnet, das sei ein gutes Omen! (Große Heiterkeit.) Alle Maßnahmen, die auf Grund von Ernteschätzungen in einem früheren Stadium getroffen worden seien, hätten sich stets als falsch erwiesen. Gewiß werde er die Schätzungen und Feststellungen ständig zu verbessern suchen, um Trugschlüsse zu vermeiden.

In der Landwirtschaft dürfe der Großbetrieb nicht als typischer Produktionsfaktor angesehen werden; die nicht gut organisierten Klein- und Mittelbetriebe, die doch nur von Fall zu Fall disponieren könnten, stellten 90 v. H. der Gesamterzeugung. Nun über die Aufklärung. Mit den breiten Volkskreisen hoffe er Fühlung zu erlangen und aufrechtzuerhalten. Durch Vorträge und mit Hilfe der Presse könne viel geschehen. Ueber die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes solle innerhalb der von den Rücksichten auf den Krieg und das Ausland zu ziehenden Grenze fortlaufend berichtet werden. Die Beziehungen des Amtes zu den verschiedenen Gegenden würden sich hoffentlich günstig gestalten. An Angriffen würde es vielleicht nicht fehlen, aber sie seien nicht zu vermeiden, schadeten auch nichts. Aber das Amt werde sich vor Maßnahmen, die aufreizend wirken könnten, hüten. Nach Pfingsten werde er die bundesstaatlichen Hauptstädte aufsuchen, um mit den maßgebenden Herren Fühlung zu nehmen; davon verspreche er sich viel. Im übrigen bitte er den Reichstag, ihm mit Optimismus, Vertrauen und gutem Willen zu helfen, damit die bereits klarer gewordenen Pläne rasch und glücklich zum Besten des Volkes durchgeführt werden könnten.

Auf einige Bemerkungen eines sozialdemokratischen Ausschußmitgliedes führte Präsident v. Batocki weiter aus, er werde mit dem parlamentarischen Beirat engste Fühlung unterhalten, um die Verständigung aufrechtzuerhalten. Den Beirat des Kriegsernährungsamtes könne man vielleicht etwas erweitern; Sachverständige, auch praktische Landwirte sollten nach Bedürfnis eingeladen und gehört werden. Dasselbe gelte für Frauen. Hier müsse man die geeigneten allerdings aussuchen, jede könne man nicht nehmen. Die Massenspeisung solle gefördert werden. Zu ihrer Finanzierung werde er schon in den nächsten Tagen Geldmittel vom Reichstage anfordern müssen, damit die Gemeinden unterstützt werden können. Die Fleischvorratserhebungen sollten auf die Haushaltungen ausgedehnt werden, ohne daß man kleinlich vorgehe. Ob viel dabei herauskomme, stehe allerdings sehr dahin. Die Rationierung von Kartoffeln, Fleisch, Butter usw. sei sehr viel schwieriger, als z. B. die des Brotgetreides, da sie leichter dem Verderben ausgesetzt seien. Man solle doch von aller Theorie absehen und die Praxis sprechen lassen.

Vossische Zeitung
30./V. 1916

Die Ernährungs-Organisation.

Aus den Verhandlungen des Reichstags-Ausschusses.

Bei der Weiterberatung der Organisation der Lebensmittelversorgung im Hauptausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich, dem Kriegsernährungsamte würden seine Aufgaben und Befugnisse so rasch als möglich und im vollen Umfange übertragen werden, damit es schnell und gut arbeiten könne. Für eine einheitliche Bearbeitung aller Hauptfragen sei gesorgt. Ein Vertreter des Kriegsministeriums führte aus, die Beziehungen des Kriegsministeriums zum neuen Amte seien diktiert von den Bedürfnissen des Heeres, das gewisse feststehenden Mengen Lebensmittel unbedingt benötige. An diesem Quantum werde aber keineswegs starr festgehalten, die Lage der Zivilbevölkerung werde auch vom Kriegsministerium vollauf gewürdigt. Der Präsident des Kriegsernährungsamts habe mit dem Kriegsminister und dem stellvertretenden Kreigsminister verhandelt und eine vollständige Verständigung sei das Ergebnis. Es herrsche auf allen Seiten guter Wille. Richtig sei, daß die Militärbehörde sich im Kriege nicht unterordnen könne, aber eine neue Verfügung an die militärischen Stellen im Lande bestimme, daß in allen Fragen, die das Kriegsernährungsamt berühren, die Entscheidung des Kriegsministers unbedingt maßgebend für alle militärischen Stellen sei. Die Kommandierenden Generäle würden also hier Rücksicht zu nehmen haben.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter weist darauf hin, daß der föderative Charakter des Reiches während des Krieges zu manchen Schwierigkeiten und Verzögerungen geführt habe. In Süddeutschland, z. B. Württemberg sei die Rationierung des Fleisches, der Butter, Eier usw. längst durchgeführt, in Preußen noch nicht. In den nächsten zwei Monaten bis zur Ernte werde nicht mehr viel zu ändern und zu bessern sein. In Bezug auf die Beschaffung der Lebensmittel für das Heer sollte das Kriegsministerium subordiniert sein.

Auch ein konservativer Führer begrüßte die Neuschöpfung. Bei der Zusammensetzung des Beirats müsse aber die Landwirtschaft und der Kleinhandel vertreten sein. Auch die wirtschaftlichen (gelben) Arbeiterorganisationen solle man berücksichtigen. Von dem Lebensmitteldiktator, der Deutschland retten solle, scheine nach dem bisher Gehörten nicht viel übrig zu bleiben.

Präsident v. Batocki erwiderte, er habe zu seinen Mitarbeitern das volle Vertrauen, daß er mit ihnen werde erfolgreich arbeiten können. Es liegt in der Natur der Sache, daß er nicht das ganze Gebiet der Volksernährung auf einmal übernehmen und in befriedigende Bahnen lenken könne; da werde eine Spezialfrage nach der anderen an die Reihe kommen müssen. Was die Landwirtschaft angehe, so sei jedes Mittel zur Erhaltung und Steigerung der Produktionsfreudigkeit anzuwenden. Allerdings müsse das Interesse der Erzeuger in den nächsten zehn Wochen in den Hintergrund treten. Jetzt sei angesichts der Lage im Lande und mit Rücksicht auf die Wirkung nach außen hin eine

besondere Berücksichtigung der Konsumenten

am Platze. Zu den Erzeugern habe er das Vertrauen, daß sie, wenn sie auch zunächst vielleicht verstimmt sein würden, doch hinreichend Pflichtgefühl und nationales Empfinden haben und die Produktion aufrecht erhalten würden. Die Landwirte brauchten nicht zu glauben, daß die Verhältnisse so bleiben würden; vielmehr werde sehr bald auch vom Kriegsernährungsamt alles geschehen, um die Erzeugung zu fördern.

Staatssekretär Dr. Helfferich betonte, die Befugnisse des Kriegsernährungsamts würden zur einheitlichen beschleunigten Durchführung der Volksernährungsverordnungen ausreichen. Ein- und Ausfuhr könne dem Amt nicht übertragen werden, da dabei nicht nur Ernährungsfragen in Betracht kämen; deswegen habe sich der Kanzler diese Fragen selbst vorbehalten.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein fügt hinzu, die Entwicklung der Verhältnisse müsse zeigen, ob dem Amt später noch weitere Befugnisse übertragen werden könnten. Die Förderung der Produktion bleibe in der Hauptsache Aufgabe der einzelstaatlichen Landwirtschaftsministerien. Im preußischen Landwirtschaftsministerium sei jetzt eine „Nachrichtenstelle für landwirtschaftliche Erzeugung" errichtet worden.

Ein Zentrumsredner wies darauf hin, daß das Kriegsernährungsamt hin und wieder in die landwirtschaftlichen Verhältnisse eingreifen müsse. Daher sei die Berufung praktischer Landwirte in den Vorstand notwendig, so würden auch Mißdeutungen eher vermieden. Dies bezwecke der Antrag des Zentrums, je einen Vertreter der norddeutschen und süddeutschen Erzeuger zu kooptieren. Die Mitwirkung der Landeszentralbehörden sei nicht zu entbehren. Den parlamentarischen Ernährungsbeirat (16 Mitglieder aus allen Parteien des Reichstags) solle man dem Kriegsernährungsamt beiordnen.

Präsident v. Batocki erwiderte, er wolle seine Bedenken gegen eine Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder von 9 auf 11 zurückstellen und beim Reichskanzler beantragen, je einen norddeutschen und süddeutschen Landwirtschaftsvertreter zu berufen. Dagegen müsse die in der Verordnung enthaltene Bestimmung, daß der Reichskanzler (Präsident des Kriegsernährungsamts) unmittelbar die Landesbehörden anweisen könne, aufrecht erhalten bleiben. Mit den Landeszentralbehörden werde selbstredend eine Verständigung in wichtigen Fragen gesucht werden, aber allgemein würde dieser Umweg zu umständlich sein.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein sprach sich dahin aus, den parlamentarischen Beirat zweckmäßiger beim Reichsamt des Innern zu belassen.

Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft forderte

Preßfreiheit für die Behandlung der Lebensmittelfragen

und rücksichtslose Durchführung aller Maßnahmen bei der Landwirtschaft.

Ein sozialdemokratischer Redner hielt die Angliederung des als Zwischenorgan des Reichstags geltenden parlamentarischen Beirats an das Ernährungsamt und seine stete Anhörung für unbedingt notwendig. — Ein Zentrumsredner forderte genaue Kontrolle der Kriegsgesellschaften durch das Ernährungsamt. Bei diesen Gesellschaften gebe es in Einzelfällen hohe Gehälter für Direktoren und sonstige hohe Gebührnisse. Wenn auch in den nächsten Monaten das Interesse der Konsumenten im Vordergrunde stehen müsse, so dürfe dabei doch nicht der Produzent ganz vernachlässigt werden, sonst wäre der Endzweck der Verordnungen in Frage gestellt.

Ein anderer sozialdemokratischer Redner wünschte Unterbindung der wucherischen Händlerpreise durch eine gesunde Dezentralisation. Die Gebrauchsartikel dürften nicht dem freien Handel verbleiben, sondern müßten rechtzeitig beschlagnahmt und rationiert werden. Die Höchstpreispolitik habe in dem Moment einzusetzen, wo Preissteigerung sich zeige. Surrogate sollten nur dann auf den Markt gelassen werden, wenn sie vorher untersucht und die Preise dafür geregelt seien.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter trat ebenfalls für Angliederung des parlamentarischen Beirats an das Kriegsernährungsamt ein. Das sei auch aus sachlichen Gründen notwendig. Gerade für die Sommerferien des Reichstags sei diese Angliederung besonders wichtig, da der Beirat dann die Verbindung mit der Regierung aufrecht zu erhalten habe. Der Redner begrüßt es, daß der Präsident und die übrigen Regierungsvertreter ausdrücklich erklärten, eine

Diktatur sei nicht beabsichtigt.

Die Futtermittel müßten dorthingebracht werden, wo sie den größtmöglichen Nutzen bringen. Durch die Art der Gerstenverteilung seien die allergrößten Ungerechtigkeiten für die Kleinbetriebe entstanden. Die Zuweisung von Futtermitteln nach Maßgabe des Viehstandes sei das einzige Mittel, die Produktion zu fördern und die Produktionskosten zu ermäßigen.

Staatssekretär Dr. Helfferich bat nochmals um Belassung des parlamentarischen Beirats beim Reichsamt des Innern. Den Sitzungen des Beirats werde der Präsident des Kriegsernährungsamts beiwohnen, um Aufklärung zu geben und Anregungen entgegenzunehmen.

Ein Zentrumsredner wollte alles vermieden wissen, was dem Präsidenten des Amtes die Initiative unterbinden könne. Deshalb sollten die Landeszentralbehörden das Amt nach Kräften unterstützen. Alles werde auf die praktischen Leistungen und Erfolge des Kriegsernährungsamtes ankommen. Sein Präsident solle nur energisch seine Aufgabe durchführen und das große Vertrauen des deutschen Volkes zu rechtfertigen suchen.

Ein konservativer Redner warnte, in der nächsten Zeit die Produzenten allzu sehr zu vernachlässigen. Im übrigen reichten die Regierungserklärungen vollkommen aus, und deshalb könnten die weitergehenden Anträge abgelehnt werden.

Präsident v. Batocki erwiderte, er habe bei seinen Ausführungen, daß das Interesse der Erzeuger in den nächsten Wochen in den Hintergrund treten müßte, an die Heranschaffung der noch vorhandenen Fleisch-, Kartoffel- und Buttervorräte gedacht.

Ein nationalliberaler Abgeordneter wendet sich gegen eine Zurückdrängung des parlamentarischen Beirats. Zunächst müsse die Versorgung der Konsumenten gesichert werden, ohne die weitere Produktion zu schädigen.

Ein Sozialdemokrat legt dar, daß zur Aufrechterhaltung der Kriegsindustrie eine bessere Verpflegung der Arbeiter nötig sei.

Nachdem noch der konservative Abgeordnete v. Oldenburg-Januschau sich gegen unrichtige Auslegung seiner Rede verteidigt und ein Volksparteiler wiederholt hatte, daß die Aeußerungen v. Oldenburgs die Kartoffelverordnung in den Augen des Publikums herabgesetzt haben, wurde die Weiterberatung nach achtstündiger Beratung vertagt.

Tägliche Rundschau 30./V. 1916

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

In der Fortsetzung der Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung im Hauptausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich, dem Kriegsernährungsamte würden seine Aufgaben und Befugnisse so rasch als möglich und im vollen Umfange übertragen werden, damit es schnell und gut arbeiten könne. Für eine einheitliche Bearbeitung aller Hauptfragen sei gesorgt. Ein Vertreter des Kriegsministeriums führte aus, die Beziehungen des Kriegsministeriums zum neuen Amte seien geleitet von den Bedürfnissen des Heeres, das gewisser feststehender Mengen Lebensmittel unbedingt benötige. An dieser Menge werde aber keineswegs starr festgehalten, die Lage der Zivilbevölkerung werde auch vom Kriegsministerium vollauf gewürdigt. Der Präsident des Kriegsernährungsamts habe mit dem Kriegsminister und dem stellvertretenden Kriegsminister verhandelt, und eine vollständige Verständigung sei das Ergebnis. Schon bisher sei während des Krieges mit dem Reichsamt des Innern stets glatt und vollkommen eine Einigung erzielt worden, auch an Nachgiebigkeit des Kriegsministeriums habe es nicht gefehlt. Es herrsche auf allen Seiten guter Wille. Richtig sei, daß die Militärbehörde sich im Kriege nicht unterordnen könne, aber eine neue Verfügung an die militärischen Stellen im Lande bestimme, daß in allen Fragen, die das Kriegsernährungsamt berühren, die Entscheidung des Kriegsministers unbedingt maßgebend für alle militärischen Stellen sei. Die Kommandierenden Generale würden also hier Rücksicht zu nehmen haben. Kurz, es gebe ein freundschaftliches Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten. Diese Erklärungen fanden im Ausschuß allseitige Billigung.

Auch ein konservativer Führer begrüßte die Neuschöpfung, da es ohne Planmäßigkeit der Erzeugung und der Verteilung nicht gehe. Das Fehlen eines praktischen Landwirts im Vorstande habe Erstaunen hervorgerufen. Bei der Zusammensetzung des Beirats müsse nach dieser Richtung die bessernde Hand angelegt und außer der Landwirtschaft auch der Kleinhandel vertreten werden. Auch die wirtschaftsfriedlichen (gelben) Arbeiterorganisationen solle man berücksichtigen. Von dem Lebensmitteldiktator, der Deutschland retten solle, scheine nach dem bisher Gehörten nicht viel übrig zu bleiben. Eine vernünftige Dezentralisation werde unter allen Umständen beibehalten werden müssen.

Präsident v. Batocki erwiderte, er habe zu seinen Mitarbeitern das volle Vertrauen, daß er mit ihnen werde erfolgreich arbeiten können. Es liegt in der Natur der Sache, daß er nicht das ganze Gebiet der Volksernährung auf einmal übernehmen und in befriedigende Bahnen lenken könne; da werde eine Spezialfrage nach der anderen an die Reihe kommen müssen. Was die Landwirtschaft angehe, so sei jedes Mittel zur Erhaltung und Steigerung der Produktionsfreudigkeit anzuwenden. Allerdings müsse das Interesse der Erzeuger in den nächsten zehn Wochen in den Hintergrund treten. Jetzt sei angesichts der Lage im Lande und mit Rücksicht auf die Wirkung nach außen hin eine

besondere Berücksichtigung der Verbraucher

am Platze. Zu den Erzeugern habe er das Vertrauen, daß sie, wenn sie auch zunächst vielleicht verstimmt sein würden, doch hinreichend Pflichtgefühl und nationales Empfinden haben und die Erzeugung aufrecht erhalten würden. Die Landwirte brauchten nicht zu glauben, daß die Verhältnisse so bleiben würden; vielmehr werde sehr bald auch vom Kriegsernährungsamt alles geschehen, um die Erzeugung zu fördern.

Staatssekretär Dr. Helfferich betonte, die Befugnisse des Kriegsernährungsamts würden zur einheitlichen beschleunigten Durchführung der Volksernährungs-Verordnungen ausreichen. Ein- und Ausfuhr könne dem Amt nicht übertragen werden, da dabei nicht nur Ernährungsfragen in Betracht kämen; deswegen habe sich der Kanzler diese Fragen selbst vorbehalten.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein fügte hinzu, die Entwicklung der Verhältnisse müsse zeigen, ob dem Amt später noch weitere Befugnisse übertragen werden könnten. Die Förderung der Erzeugung bleibe in der Hauptsache Aufgabe der einzelstaatlichen Landwirtschaftsministerien. Im preußischen Landwirtschaftsministerium sei jetzt eine „Nachrichtenstelle für landwirtschaftliche Erzeugung" errichtet worden.

Ein Zentrumsredner wies darauf hin, daß das Kriegsernährungsamt hin und wieder in die landwirtschaftlichen Verhältnisse eingreifen müsse. Daher sei die

Berufung praktischer Landwirte

in den Vorstand notwendig, so würden auch Mißdeutungen eher vermieden. Dies bezwecke der Antrag des Zentrums, je einen Vertreter der norddeutschen und süddeutschen Erzeuger hinzuzuwählen. Die Mitwirkung der Landeszentralbehörden sei nicht zu entbehren. Den parlamentarischen Ernährungsbeirat (16 Mitglieder aus allen Parteien des Reichstags) solle man dem Kriegsernährungsamt beiordnen.

Präsident v. Batocki erwiderte, er wolle seine Bedenken gegen eine Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder von 9 auf 11 zurückstellen und beim Reichskanzler beantragen, je einen norddeutschen und süddeutschen Landwirtschaftsvertreter zu berufen. Dagegen müsse die in der Verordnung enthaltene Bestimmung, daß der Reichskanzler (Präsident des Kriegsernährungsamts) unmittelbar die Landesbehörden anweisen könne, aufrechterhalten bleiben. Mit den Landeszentralbehörden werde selbstredend eine Verständigung in wichtigen Fragen gesucht werden, aber allgemein würde dieser Umweg zu umständlich sein.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein sprach sich dahin aus, den parlamentarischen Beirat zweckmäßiger beim Reichsamt des Innern zu belassen.

Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft forderte Preßfreiheit für die Behandlung der Lebensmittelfragen und rücksichtslose Durchführung aller Maßnahmen bei der Landwirtschaft.

Ein sozialdemokratischer Redner hielt die Angliederung des als Zwischenorgan des Reichstags geltenden parlamentarischen Beirats an das Ernährungsamt und seine stete Anhörung für unbedingt notwendig.

Ein Zentrumsredner forderte genaue Kontrolle der Kriegsgesellschaften durch das Ernährungsamt. Bei diesen Gesellschaften gebe es in Einzelfällen hohe Gehälter für Direktoren und sonstige hohe Gebührnisse. Wenn auch in den nächsten Monaten das Interesse der Konsumenten im Vordergrunde stehen müsse, so dürfe dabei doch nicht der Produzent ganz vernachlässigt werden, sonst wäre der Endzweck der Verordnungen in Frage gestellt.

Ein anderer sozialdemokratischer Redner wünschte Unterbindung der wucherischen Händlerpreise durch eine gesunde Dezentralisation. Die Gebrauchsartikel dürften nicht dem freien Handel verbleiben, sondern müßten rechtzeitig beschlagnahmt und rationiert werden. Die Höchstpreispolitik habe in dem Moment einzusetzen, wo Preissteigerung sich zeige. Surrogate sollten nur dann auf den Markt gelassen werden, wenn sie vorher untersucht und die Preise dafür geregelt seien.

Ein Fortschrittler trat ebenfalls für Angliederung des parlamentarischen Beirats an das Kriegsernährungsamt ein. Das sei auch aus sachlichen Gründen notwendig. Gerade für die Sommerferien des Reichstags sei diese Angliederung besonders wichtig, da der Beirat dann die Verbindung mit der Regierung aufrechtzuerhalten habe.

Staatssekretär Dr. Helfferich

bat nochmals um Belassung des parlamentarischen Beirats beim Reichsamt des Innern. Den Sitzungen des Beirats werde der Präsident des Kriegsernährungsamts beiwohnen, um Aufklärung zu geben und Anregungen entgegenzunehmen.

Ein anderer Zentrumsredner wollte alles vermieden wissen, was dem Präsidenten des Amtes die Initiative unterbinden könne. Deshalb sollten die Landeszentralbehörden das Amt nach Kräften unterstützen. Alles werde auf die praktischen Leistungen und Erfolge des Kriegsernährungsamtes ankommen. Sein Präsident solle nur energisch seine Aufgabe durchführen und das große Vertrauen des deutschen Volkes zu rechtfertigen suchen.

Ein konservativer Redner warnte, in der nächsten Zeit die Produzenten allzusehr zu vernachlässigen. Im übrigen reichten die Regierungserklärungen vollkommen aus, und deshalb könnten die weitergehenden Anträge abgelehnt werden. — Präsident v. Batocki erwiderte, er habe bei seinen Ausführungen, daß das Interesse der Erzeuger in den nächsten Wochen in den Hintergrund treten müsse, an die Heranschaffung der noch vorhandenen Fleisch-, Kartoffel- und Buttervorräte gedacht.

Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Tägliche Rundschau
30./V.1916

Lebensmittelversorgung auf Reisen. Der Bund deutscher Verkehrvereine und der Verband reisender Kaufleute Deutschlands haben bei dem Reichsamt des Innern angeregt, den Lebensmittelversorgungskarten die Freizügigkeit innerhalb des Deutschen Reiches zu verleihen, so daß also die einzelnen Abschnitte nicht allein am Wohnungssitze des Inhabers, sondern auch an jedem andern Aufenthaltsorte zur Empfangnahme der entsprechenden Lebensmittelmengen berechtigen sollen.

Bei eintägigen Fahrten ohne auswärtige Uebernachtung oder bei auch etwas längeren Reisen, wenn die Amtsstunden der Ausgabestellen nicht innegehalten werden können, bzw. bei schnellem Aufenthaltswechsel wird die Verpflegung des Reisenden mangels gültiger Versorgungsmarken stets mit Schwierigkeiten verknüpft sein. Diesem Uebelstande ist in den süddeutschen Bundesstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und den Reichslanden bereits seit einiger Zeit dadurch abgeholfen worden, daß wenigstens die Brotkarte nicht nur an allen Orten des eigenen Landes Gültigkeit erhalten hat, sondern auch von diesen Staaten gegenseitig anerkannt wird. Solange jedoch das Ziel der Vereine, die süddeutschen Verhältnisse auch auf Norddeutschland, namentlich auf Preußen, übertragen zu sehen, nicht erreicht ist, sei zu Beginn der Reisezeit darauf aufmerksam gemacht, daß auf eine ordnungsmäßige Versorgung mit Brot in den Kurorten und Sommerfrischen nur gerechnet werden kann, wenn eine Bescheinigung der bisherigen Markenausgabestelle über die erfolgte Abmeldung vorgelegt wird.

Arbeiterzeitung 30./V. 1916

Vom Kriegsernährungsamt.

Am Freitag hat der Vorstand des neuen Berliner Kriegsernährungsamtes seine erste Sitzung gehalten. Es interessiert uns vor allem seine Zusammensetzung. Aus dem „Diktator" ist ein schlichter „Präsident" geworden, der allerdings jede Sache in letzter Linie allein entscheidet und verantwortet. Neben ihm sitzt vom Landwirtschaftsministerium der Unterstaatssekretär Freiherr v. Falckenhausen. Seltsamerweise stößt man sich in Deutschland gar nicht an der Schwierigkeit, aus dem preußischen Ackerbauministerium einen Mann und seine Kompetenz in das Reichsamt hinüberzunehmen. Aber es kommt noch schöner: Generalmajor Gröner, der Chef des Feldeisenbahnamtes, ein Soldat, sitzt neben und unter den „Zivils", ohne daß die interministeriellen Kompetenzheiligtümer auf Fransen gehen. Für uns ist diese Lösung auch schon deshalb erwähnenswert, weil wir unlängst auf die Zweckmäßigkeit hingewiesen haben, einen Soldaten, den Vertrauensmann des Armeeoberkommandos, mit entsprechenden Machtvollkommenheiten in ein österreichisches Ernährungsamt zu berufen, da ja alles auf das Zusammenstimmen von Zivil- und Militärverpflegung, von Zivil- und Militärtransport ankomme.

Neben diesen drei Funktionären sitzen ein Ministerialrat Braun, der von der bayrischen Regierung entsendet ist, sodann ein Kaufmann großen Stils mit dem in deutschen Reichsämtern ungewohnten Namen Manasse, ein „christlicher" und ein sozialdemokratischer Arbeiterkonsumentenvertreter, nämlich Generalsekretär Stegerwald aus Köln, und vom deutschen Zentralverband der Konsumvereine Dr. August Müller aus Hamburg, ein Städtevertreter Oberbürgermeister Dehne aus Plauen, endlich noch ein Kommerzienrat Dr. Reusch, ein Kohlenmann von der Guten Hoffnungs-Hütte in Oberhausen. Diese neun Herren sind die Verwalter des Amtes, unter ihnen ist nicht ein einziger ein sogenannter „Agrarier". Es wird wohl auch so gehen.

Wie es sich bei der Natur des Reiches selbst versteht, sind verschiedene Provinzen Preußens und verschiedene Bundesstaaten vertreten: Bayern, Württemberg, Sachsen und die Hansastädte durch den — Sozialdemokraten Dr. Müller.

Ueber dessen Berufung schreibt die „Vossische Zeitung": „Die politisch interessanteste Berufung ist wohl unstreitig diejenige des Herrn Dr. August Müller aus Hamburg. Mit Dr. August Müller zieht der erste organisierte Sozialdemokrat in ein hohes Reichsamt. Wenn die Vorstandsmitglieder des Kriegsernährungsamtes, wie wir hören, auch keine direkten Beamtenstellen innehaben und etwa die Stellung, die ein Aufsichtsrat bei Aktiengesellschaften hat, bekleiden sollen, so bedeutet doch die Berufung in diese hohe Reichsstelle einen völligen Bruch mit der bisherigen Ueberlieferung. So ungewöhnlich die Berufung, so ungewöhnlich ist auch die Persönlichkeit und der Entwicklungsgang Müllers. Er stammt aus kleinen Handwerkerkreisen und hatte selbst das Gärtnerhandwerk erlernt, sich aber in jungen Jahren schon selbständig wissenschaftlich fortgebildet. Er hat dann mehrere Jahre in der Schweiz studiert und an der Züricher Universität mit einer Schrift über die Arbeitersekretariate seinen Doktor gemacht. Jahrelang war er dann Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Magdeburg. Seit etwa zehn Jahren ist er im Zentralsekretariat der deutschen Konsumvereine tätig. Er gehört auch dem Vorstand der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, der Zentralstelle für die der sozialdemokratischen Partei nahestehenden Konsumvereine und genossenschaftlichen Organisationen, an. Schon seit Beginn des Krieges hat er sich mit der Frage der Organisation der Lebensmittel beschäftigt. Er sitzt im Kriegsausschuß für deutsche Konsumenteninteressen und gehört auch schon seit längerer Zeit dem Reichsbeirat für Ernährungsfragen an. Schon lange Jahre vor Kriegsausbruch ist er in den Konsumgenossenschaften stets für möglichst völlige Ausschaltung des Zwischenhandels eingetreten und mit auf seine Initiative ist eine direkte geschäftliche Verbindung der deutschen Konsumvereine mit den fast durchwegs in konservativ-agrarischem Sinne geleiteten landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften angebahnt und zum Teil auch schon praktisch durchgeführt worden. Dr. Müller ist ein energischer, kenntnisreicher Mann, der in dem neuen Amte sicherlich Gutes wirken wird."

Diese Berufung eines Mannes, der zu den eifrigsten Vertretern der Konsumvereinsbewegung gehörte und die völlige Ausschaltung des Zwischenhandels, also auch des sogenannt legitimen, betreibt, ist gewiß „politisch interessant", zumal da die Vertreter des legitimen Zwischenhandels nach Art unseres Pabst oder der legitimen Viehverwertung nach Art unseres Baron Stoerck oder der legitimen Milchverwertung nach Art unseres Regierungsrates Professor Häusler ganz fehlen. Sie stehen auch sonst, wie es scheint, auf ganz ausgefallenen Standpunkten, weil sie die Volksernährung zum Unterschied von unserem Bürgermeister Weiskirchner ganz von der Gewerberettung losgelöst haben. Indem sie so mit Hintansetzung „legitimer" Interessenten das Amt rein auf den Ernährungsdienst gestellt und andererseits wieder durch die wildeste Verknüpfung von Militär- und Zivildienst sowie von Kompetenzen verschiedenster Ressorts die überlieferte bürokratische Ordnung durchbrochen haben, scheinen sie einen gewagten Sprung ins Dunkle, ein utopistisches Experiment gemacht zu haben, dessen Enderfolg jedenfalls erst abgewartet werden muß, bevor man an ein Kopieren denken kann.

Kölnische Zeitung
31./V. 1916
65 31

Was nottut!

Die wirtschaftspolitische Wochenschau der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung befaßt sich diesmal, nachdem sie in der letzten Betrachtung ziffernmäßig nachgewiesen hatte, daß jeder Versuch, uns auszuhungern, für jede beliebige Kriegsdauer scheitern muß, mit der Versorgung im neuen Erntejahr, deren Maß außer von der Witterung von mannigfachen Umständen, wie Menge der Einfuhr, den vorhandenen Arbeitskräften, Futter- und Düngemitteln, Zugvieh usw. abhängt, und die von der neuen Zentralorganisation natürlich nicht wesentlich vermehrt werden kann. Trotzdem werde, so fährt die Betrachtung fort, die wohl eine Programmdarlegung des neuen Kriegsernährungsamts darstellt, natürlich im einzelnen für die Förderung der Produktion mancherlei Wirksames geschehen können und geschehen:

Die Aufgabe besteht darin, erwünschte Produktion mit allen Mitteln zu erleichtern. Dazu gehört, daß man in der Beurlaubung und Bereitstellung von Arbeitskräften so weit geht, als sich mit den militärischen Bedürfnissen irgend vereinigen läßt, daß man in möglichst ausgedehnter Weise für Beratung und Unterweisung der daheimgebliebenen landwirtschaftlichen Betriebsleiter und -leiterinnen sorgt, daß man Transportschwierigkeiten aller Art aus dem Wege räumt, daß man die nur in knapper Menge verfügbaren Erzeugungsmittel nicht nur gleichmäßig verteilt, sondern vor allem auch denen zukommen läßt, bei denen die beste Verwertung verbürgt ist. In dieser Hinsicht wird beispielsweise der Gedanke erwogen, durch Bereitstellung von Futtermitteln zu mäßigem, unter den Selbstkosten liegendem Preise (der Unterschied wird aus öffentlichen Zuschüssen zu decken sein) die Beteiligung an der Viehmast auch den finanziell schwächern, kleinen Betrieben in größerm Umfange als bisher zu ermöglichen gegen die Verpflichtung, das Vieh zu festgesetzten Preisen abzuliefern.

Neben der Produktionsförderung steht als zweite Hauptaufgabe die Verteilungs- und Versorgungsregelung. Auch hier muß man vor der theoretischen Anschauung warnen, daß es denkbar sei, die jeweilig vorhandenen Vorräte mit gewissermaßen mathematischer Genauigkeit auf alle Gegenden, alle Märkte, alle Haushaltungen des Deutschen Reiches gleichmäßig zu verteilen. Weder die Menschen noch die Vorräte sind Schachfiguren, die man nach Belieben hin- und herschieben kann. Die Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung ist, zumal in den Klein- und Mittelbetrieben, denen der bei weitem größte Teil des deutschen Bodens gehört, so tief in ihren ganzen Wirtschafts- und Lebensbedingungen und Gewohnheiten verwurzelt, daß der Versuch, ihre Grundlagen anzugreifen, unweigerlich scheitern und dabei zu Ergebnissen führen müßte, deren Schaden für die Gesamtversorgung ungleich größer wäre als der Gewinn an Vorräten, der erzielt werden könnte. Wirksamer Zwang setzt eine Befehls- und Aufsichtsgewalt voraus, die ständig eingreifen kann und tatsächlich eingreift. Glaubt jemand im Ernste, daß es möglich wäre — zumal jetzt im Kriege, wo alle unsere Ausführungsbehörden mit erheblich vermindertem Personal arbeiten —, die Nahrungsmittelerzeugung im ganzen solchem Zwange zu unterwerfen, in den Millionen von Erzeugungsstätten vom Großgut bis zum Stall und Acker des Kätners oder Landarbeiters?

Einiges ist durch kräftigen Zugriff auf die noch in spekulativen Händen und im Handel angehäuften Lebensmittelvorräte zu erreichen (auf dieser Linie liegt ja auch beispielsweise die in der abgelaufenen Woche angeordnete allgemeine Fleischbestandsaufnahme, deren weitere Ausdehnung in Frage steht), einiges auch durch die Niederlegung mancher zwischen einzelnen Reichs- und Landesteilen aufgerichteten Verkehrsschranken. Besonders wichtig ist dann aber die möglichste Beseitigung der Störungen auf der untersten Stufe der Versorgung, also beim Erwerb der Lebensmittel durch die Verbraucher selbst. Die Grundlage bildet natürlich die möglichst reichliche, möglichst ununterbrochene Zuteilung der Vorräte an die Verbrauchszentren. Sie liegt bei den wichtigsten Nahrungsmitteln schon jetzt in den Händen zentraler, durch das ganze Reich hindurch disponierender Stellen. Ihre Tätigkeit, an der grundsätzlich nichts geändert zu werden braucht, wird hinfort der Überwachung des Kriegsernährungsamts unterliegen. Mit der Zuteilung der Gesamtmengen an die Verbrauchszentren ist indes das Problem nicht gelöst. Gerade bei der Unterverteilung an die Verbraucher selbst haben sich sehr oft Mißhelligkeiten und Stockungen ergeben. Sie können durch zweckmäßige Organisationen beseitigt werden. Am vollständigsten sind sie zu beheben, wenn den Verbrauchern, die diese Erleichterung wünschen, der Einkauf der einzelnen Lebensmittel und ihre Beritung ganz abgenommen und die fertigen Mahlzeiten verabreicht werden. Dadurch verschwinden alle Reibungen, die sich auf dem Wege von den örtlichen Verteilungsstellen bis in die Küche des Einzelhaushalts einstellen. Dadurch wird es möglich, die Gestaltung der Mahlzeiten dem gerade vorhandenen Lebensmittelangebot in der rationellsten Weise anzupassen und dieses Angebot vollkommener als sonst für die Versorgung auszunützen. Dadurch kann endlich die Wirkung der Teurung gemildert, kann — was innerhalb des Einzelhaushalts kaum erreichbar ist — kräftige Nahrung zu billigem Preise geboten werden. Das Kriegsernährungsamt wird es den Stadtverwaltungen, namentlich den industriellen Zentren, erleichtern, die Massenspeisung, die in einigen Gemeinden bereits mit großem Erfolge durchgeführt wird, auf möglichst breiter Grundlage zu organisieren.

Aus den bemerkenswerten Darlegungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist auch zu ersehen, daß die Z.-E.-G., die vielangefeindete Gesellschaft, bei der die ganze Einfuhr von Lebensmitteln vereinigt ist und die für die Verteilung der eingeführten Mengen zu sorgen hat, grundsätzlich bestehen bleibt, in ihrer Tätigkeit aber der Aufsicht des neuen Kriegsernährungsamtes unterstellt wird. Diese Aufsicht ist nicht überflüssig, denn bisher hat die Politik und die Geschäftsführung der Gesellschaft manchen Schuldstrich auf ihr Konto gebracht. Auch wer die Bändigung des wilden Aufkäuferwesens durch eine zentrale Einfuhrorganisation für nützlich hält, muß es doch sehr bezweifeln, ob die starre Politik, mit der die Gesellschaft arbeitet und jede selbständige Betätigung des Handels ausschließt, unserer Versorgung nützlich gewesen ist. In langer Reihe sind uns Fälle bekannt geworden, daß große Mengen von Waren jeder Art ausländischer Herkunft deshalb dem inländischen Verkehr nicht zugeführt worden sind, weil die Z.-E.-G. hartnäckig darauf bestand, daß die Ware an sie abgeliefert werden mußte. Abgesehen davon, daß dieser Umweg in allen Fällen eine Verteurung bedeutete, endeten diese Unterhandlungen meistens damit, daß das Geschäft scheiterte, und die Ware in Länder ging, die sie ohne Schwierigkeiten aufnahmen. Glücklicherweise hat die Gesellschaft, wie wir in der Ersten Morgen-Ausgabe mitgeteilt haben, jetzt selbst die erste Bresche in ihre starre Politik gelegt und wenigstens die Einfuhr von Schweizer Käse unter gewissen Bedingungen dem Handel überlassen. Dringender ist diese Betätigungsmöglichkeit auch für die Versorgung mit Eiern, in der gegenwärtig eine recht unangenehme Stockung eingetreten ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln jedem Aufkäufer freizugeben, möchten wir nicht empfehlen; wohl aber müßte mit Einfuhrerlaubnissen an bewährte, vertrauenswürdige und sachkundige Händler weitherzig verfahren werden.

Vossische Zeitung 31./V. 1916

Zucker- und Gemüsefragen.

Aus dem Reichstagsausschuß.

In der fortgesetzten Beratung des Reichshaushaltsausschusses des Reichstages über die Zuckerfrage erklärte ein volksparteilicher Abgeordneter eine Angabe für die Anbaufläche für erwünscht. Auf die Friedensverträge könne man bei der verminderten Stickstoffzufuhr nicht rechnen. Alle Zuckerrüben müßten für die Zuckerverarbeitung gesichert werden, was ein volksparteilicher Antrag verlangt. Der Rückgang der Anbaufläche im Jahre 1915 sei auf die Anregung des preußischen Landwirtschaftsministeriums zurückzuführen. Der Verdienst der Zuckerfabriken könnte eine Minderung ertragen.

Präsident v. Batocki erklärte, daß die Zuckerverfütterung vom 30. Mai ab mit einer Uebergangszeit verboten werden soll. — Ein Sozialdemokrat wies darauf hin, daß mit dem Kunsthonig viel Schwindel getrieben werde. Ein völliges Verbot der Verwendung von Zucker zur Schokoladenerzeugung wäre nicht richtig. Der Zwischenhandelgewinn an Zucker sei zu hoch. — Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß die Z. E. G. als Händlerverdienst 5 Prozent ab Fabrik festgesetzt habe. — Ein konservativer Abgeordneter (Bund der Landwirte) verlangte, daß denjenigen Wirtschaften, die aus Mangel an Saatkartoffeln

Zuckerrüben zum Verfüttern

angebaut haben, erlaubt sein solle, ihre Rüben in der Brennerei zu verwerten. Den Wirtschaften, die kein anderes Futter haben, sollte man den Zucker belassen, um das Vieh durchhalten zu können. Die Anregung des Landwirtschaftsministeriums, den Zuckerrübenbau einzuschränken, sei ein Fehler gewesen, vor dem die Freunde des Redners gewarnt hätten. Im Okkupationsgebiet sollten möglichst viel Zuckerrüben angebaut werden. Ein volksparteilicher Redner erwidert, der Anbau von Rüben statt Kartoffeln dürfte vielleicht erfolgt sein, um der drohenden Beschlagnahme der Kartoffeln zu entgehen. Die Bezugsvereinigung verteuere durch zu hohe Zuschläge den Landwirten die Futtermittel. Diese letztere Angabe wird von einem Nationalliberalen eingehend begründet. — Ein Regierungsvertreter erwidert, die Bezugsvereinigung könne 7 Prozent Zuschlag erheben, davon 3 Prozent als Frachtzuschlag und für Lagerung und 4 Prozent zur Deckung der Verwaltungskosten. Ueberschüsse sollen zur Einfuhr von Futtermitteln verwendet werden. — Ein konservativer Abgeordneter erklärte, daß diese Ueberschüsse zum Teil zur Förderung der Schiffahrt auf der Donau zum Zweck der Einfuhr von Futtermitteln verwendet werden.

Der Ausschuß ging über zur Beratung der

Gemüseversorgung.

Der Berichterstatter trat für Förderung des Verbrauchs an frischem Gemüse ein, da der Mangel an Weißblech die Konservierung erschwere. Vom Spargel wurden im Frieden nur 25 Prozent frisch verbraucht, 75 Prozent konserviert. — Ein Regierungsvertreter legte dar, die Kriegsgemüsebau- und Verwertungs-Gesellschaft sei im Februar gegründet worden, um den Gemüsebau zu fördern und den Ertrag zu verteilen, außerdem wurde die Reichsstelle für Gemüse und Obst errichtet. Sie habe die Produktion anzuregen und den Frischverbrauch zu fördern und zu regeln. In den größeren Städten sollen Vermittelungsstellen eingerichtet werden. Der nicht frisch verbrauchte Teil werde verwertet durch Zuführung an die Konservenfabriken und Trocknungsanlagen. Durch die Errichtung der Kakaoverwertungs-Gesellschaft mit Monopolcharakter sei der Preis von 800 bis auf 300 Mark ermäßigt worden. Es seien nur geringe Vorräte vorhanden, und daher werde eine Verbrauchseinschränkung stattfinden. Für Kaffee und Tee seien Einfuhrmonopole geschaffen worden. Zwei Drittel der Vorräte seien für das Heer und die Marine zurückgestellt. Der Konsum sei erheblich zurückgegangen. Zur Streckung des Kaffees seien Zichorie, Gersten- und Roggenkaffee ausgegeben.

Ein volksparteilicher Abgeordneter verlangt bessere Regelung der Bewirtschaftung des Gemüses als im Vorjahr. Die Reichsgemüsestelle arbeite nicht so, wie es dem Publikum dienlich wäre. An Vorgängen in Liegnitz und Dithmarschen erläutert der Redner, daß schon jetzt wieder Preistreibereien unter Mitwirkung der Sendlinge der Reichsgemüsestelle stattfänden. Wenn auch jetzt noch nicht die Preise festgestellt werden könnten, so müsse doch schon jetzt Vorsorge getroffen werden, daß Höchstpreise kommen. Nur so könne verhindert werden, daß dem Volke das Gemüse unmäßig verteuert werde. Zur Konservierung und Trocknung des Obstes sollten in jeder Gemeinde Anstalten getroffen werden. Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgem. erklärte die Kaffeestreckungs-Anordnungen für nicht zweckmäßig, die Ersatzmittel blieben liegen. Man sollte den Kaffee rationieren, die Groß- und Konsumbäckereien zur Gemüsetrocknung heranziehen. Höchstpreise für Dörrgemüse müßten rechtzeitig eingeführt werden. Der Eierhandel sollte so, wie in Württemberg, für das ganze Reich geregelt werden. Ein Regierungsvertreter betonte, daß die Kaffeeverordnungen nach reiflicher Erwägung ergangen seien. Bei den gemahlenen Mischungen müsse der Prozentsatz des Kaffees angegeben werden. Gemüsehandel und Gemüseverteilung müßten unter scharfer Aufsicht geregelt werden. Wenn Höchstpreise kämen, würden sie sehr viel früher kommen als im Vorjahre.

Es folgte die Beratung über

Wildschäden usw.

Der Berichterstatter verlangte Förderung des Flachsbaues. Für die Landwirtschaft komme die Beschaffung von Bindegarn in Betracht. Ein volksparteilicher Abgeordneter trug lebhafte Klagen aus Holstein, Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien über Wildschäden vor. Im Kreise Löwenberg sei die Zahl der Rehe in Röhrsdorf von 30 auf 200 gestiegen. In manchen Gemeinden Schlesiens sei die Zahl der Rehe auf die des Viehes gestiegen. In Holstein und in den Gegenden der Fideikommisse seien die Zustände geradezu skandalös, in Mecklenburg und Thüringen nicht besser. Durch Abschuß des Wildes sei Fleisch zu erlangen und die Ernte zu schützen. An einzelnen Orten würden 50 v. H. der Ernte vom Wild ruiniert. In Friedenszeiten schon seien solche Zustände kaum erträglich, in Kriegszeiten wirkten sie unglaublich verbitternd.

Präsident v. Batocki will dieser Anregung nachgehen, in Ostpreußen gäbe es fast kein Wild mehr. Ein Nationalliberaler schließt sich den Ausführungen des Volksparteilers an. Bei vielen Stellen finde man immer passiven Widerstand. Die Landwirtschaftskammern, auf die es ankomme, dächten gar nicht daran, einzuschreiten. In letzter Zeit habe man die größeren Landwirte länger beurlaubt als die kleinen, das sollte geändert werden. Präsident v. Batocki erwidert, daß bei den Beurlaubungen nur aus volkswirtschaftlichen Gründen entschieden werden könne. Da habe die Arbeit des größeren Landwirtes mehr Wert als die des kleinen. Aus diesem Grunde könne der Anregung nicht Folge gegeben werden. Der konservative Vertreter des Bundes der Landwirte erklärte, seine Partei könne ihre Zustimmung nicht geben zu den weitgehenden Eingriffen in Privatrechte, wie sie die Anträge über Wildschäden und Freigabe der Wälder für das Vieh enthielten.

Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung. Sämtliche Anträge zur Ernährungsfrage sollen dem parlamentarischen Beirat überwiesen werden und nach seiner Prüfung im Plenum des Reichstages beraten werden.

Neues Pester Journal 67
31./V. 1916

* **Der hauptstädtische Mineralwasserbetrieb.** Der hauptstädtische Munizipalausschuß hat bekanntlich beschlossen, behufs Verwerthung der hauptstädtischen Mineralwässer eine Füllanlage zu errichten. Der Minister des Innern hat die Hauptstadt nun verständigt, daß er diesen Beschluß genehmigt hat, da es klar ist, daß dieser Betrieb auch bei pessimistischer Berechnung rentabel zu werden verspricht und weil die Bevölkerung dabei zu billigem Mineralwasser gelangt. Der Minister hat jedoch die Bedingung gestellt, daß der Betrieb zu einer Zeit errichtet werde, in welcher dies ökonomisch am vortheilhaftesten ist und daß bei den Personal- und sonstigen Kosten die größte Sparsamkeit beobachtet werde. Ueberdies soll die Hauptstadt dafür Sorge tragen, daß auch nach Eröffnung des Betriebes die arme Bevölkerung zu dem Wasser unentgeltlich gelangen könne. Der Magistrat hat die Zuschrift zur Kenntniß genommen.

Vossische Zeitung
31. IV. 1916

Ein Frauenbeirat für das Kriegsernährungsamt.

Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung u. a. mit dem gegenwärtigen Stande der Versorgung auf verschiedenen Lebensmittelgebieten. Insbesondere wurde geprüft, auf welchen Wegen für die nächste Zeit der schwerarbeitenden Bevölkerung besondere Mengen an Nahrungsmitteln zugeführt werden können. Außer den, wie bereits bekanntgegeben, von der Reichsgetreidestelle für diesen Zweck zur Verfügung gestellten zwei Millionen Zentnern Brotgetreide sollen noch verschiedene andere Quellen erschlossen werden. Sie sollen insbesondere solchen Staaten und Industriegemeinden zugute kommen, welche die Massenspeisung in erheblichem Umfange und in zweckmäßiger Weise zur Durchführung bringen. Die Beratungen sollen in der am Sonnabend stattfindenden Besprechung mit Vertretern der Städte und Industriebezirke zum Abschluß gebracht werden, damit möglichst schon vor Pfingsten praktische Fortschritte erreicht werden.

Ferner wurde die Frage der Butter- und Fettversorgung mit Vertretern aller beteiligten Stellen besprochen. Diese Besprechung soll vom Vorstande morgen zu Ende geführt und das Ergebnis in Form bestimmter Vorschläge dem Herrn Reichskanzler unterbreitet werden. Die Tagesordnung für die, wie schon bekannt gegeben, in der nächsten Woche stattfindenden Beratungen mit Vertretern der Verbraucher, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels wurde festgestellt. Besprechungen mit Vertretern des Ernährungsgewerbes (Bäcker, Zuckerbäcker, Fleischer, Gastwirte) sollen alsbald nach Pfingsten stattfinden. Die Organisationen sollen um Vorschläge von Vertretetn ersucht werden.

Der im Reichshaushaltsausschuß angeregten Ergänzung des Vorstandes durch zwei Vertreter der Landwirtschaft wurde zugestimmt. Mit den bei den Ernährungsfragen besonders beteiligten Frauen beabsichtigt das Kriegsernährungsamt ständige Fühlung herzustellen, indem die Ernennung einiger Frauen zu Mitgliedern des Beirats in Aussicht genommen ist, wegen deren Auswahl noch verhandelt wird. Daneben soll für die Fragen, die die Frauen besonders berühren, ein aus Vertreterinnen der verschiedenen Berufe und Organisationen bestehender, nach Bedarf einzuberufender Frauenbeirat für das Kriegsernährungsamt gebildet werden.

Österr. Volkszeitung
31./V. 1916.

Errichtung eines Ernährungsministeriums.

Eine Anregung der Handelspolitischen Kommission.

In der nächsten Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission wird vom Kammersekretär Dr. Ziegler ein Bericht vorgelegt werden, dem wir folgendes entnehmen:

Nach den Berichten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist die Versorgung der Bevölkerung mit Brot bis zur nächsten Ernte gewährleistet und die Verteilung der vorhandenen Bestände wird sich nach den von der Staatsgewalt erlassenen Verteilungsvorschriften voraussichtlich glatt vollziehen. Es müsse jedoch rechtzeitig darüber beraten werden, welche Maßnahmen zu treffen sind, damit auch die künftige Ernte die Versorgung der Bevölkerung Oesterreichs und insbesondere Wiens für ein weiteres Jahr sicherstellt.

Die ganze Lösung des Ernährungsproblems müßte in eine Hand gelegt werden. Gegenwärtig obliegt der ganze Getreideverkehr der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, die dem Ministerium des Innern untersteht, der Verkehr mit Futtermitteln der Futtermittelzentrale, die dem Ackerbauministerium angegliedert ist, und der Verkehr mit anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Oelsaaten, Zucker) zwei Zentralen, die dem Handelsministerium unterstehen, während wieder andere ausschließlich der „Mites" zum Einkauf und Vertrieb zugewiesen sind. Es könne nicht oft genug betont werden, daß alle diese verschiedenen Zweige einem einheitlichen zu diesem Zwecke zu gründenden Ernährungsministerium zuzuweisen wären, das nicht nur die Aufbringung, sondern auch die Verteilung nach einheitlichen und großzügigen Gesichtspunkten durchzuführen hätte. Der Berichterstatter faßt schließlich die gemachten Vorschläge wie folgt zusammen:

Die diesjährige Getreideernte.

Zur Durchführung der Brotversorgung für ein weiteres Jahr ist unbedingt auch die diesjährige Getreideernte zu beschlagnahmen. — Zur Aufbringung und zur Verteilung von Getreide und Mehl sind in weitergehendem Maße als im Vorjahre der Getreidehandel und die genossenschaftlichen Lagerhäuser heranzuziehen, die Anzahl der Kommissionäre daher zu vergrößern. — Jeder Produzent hätte periodisch, mindestens aber unmittelbar nach der Ernte, nach Vollendung des Drusches und nach Vollendung des Anbaues seine Vorräte unter eigener Verantwortung zu fatieren. — Anstatt der im Vorjahre festgesetzten Prämien für beschleunigten Drusch und Getreideabgabe wären Prämien für einen den Durchschnitt übersteigenden Hektarertrag einzuführen. — Um dem Landwirt die Möglichkeit der Selbstversorgung nach der ihm bewilligten Verbrauchsquote bis zur neuen Ernte zu sichern, wäre der Termin für den Rückbehalt je nach der klimatischen Lage und der Erntezeit verschieden festzusetzen. Der bisher festgesetzte 15. August ist für Gegenden mit früher Ernte zu weit, für Gebirgsgegenden zu kurz bemessen.

Der höchste Preis für alle landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere Futtermittel, wäre festzusetzen und in ein bestimmtes Verhältnis zum Getreidepreise zu bringen.

Neuorganisierung der Verbrauchseinteilung.

Statt der Kompetenzverteilung in verschiedenen Zentralstellen und verschiedenen Ministerien wäre das Ernährungsproblem in eine einzige Hand zu legen und dazu zweckmäßig ein Ernährungsministerium zu gründen. — Dem Ernährungsministerium wären in diesen Belangen die politischen Behörden, denen ein kleiner Beirat, etwa bestehend aus einem Landwirt, einem Kaufmann und einem Konsumentenvertreter, zur Seite gestellt wird, zu unterordnen. Als Mittelinstanz sind — wenn man diese nicht überhaupt als überflüssig und zeitraubend fallen läßt, statt der ungleichen Länder Bezirke von gleichmäßigerer Größe, etwa die gegenwärtigen Handelskammerbezirke, einzuführen.

Vor einer länder- oder bezirksweisen Absperrung des Lebensmittelverkehres wird neuerdings ausdrücklich gewarnt.

Wien hätte als Reichshaupt- und Residenzstadt einen selbständigen, von der Zentrale direkt zu bedeckenden Versorgungsbezirk zu bilden.

Für die ganze österreichische Reichshälfte wäre nicht nur eine einheitliche Kopfquote einzuführen, sondern auch alle den Verbrauch regelnden Maßnahmen einheitlich und überall mit gleicher Strenge durchzuführen.

Sparungsvorschriften.

Ohne Optimismus und ohne Beschönigung ist die Bevölkerung über die Wichtigkeit der Verbrauchsregelung aufzuklären. Für diese selbst, insbesondere für die Bestimmung der Kopfquote ist bei der Unsicherheit der Zuschüsse aus Ungarn und aus dem Auslande die österreichische Produktion allen als Grundlage anzunehmen, von den Provenienzen aus Ungarn und aus dem Auslande vorerst eine Reserve anzulegen. Bei der Verbrauchsregelung, Mehlmischung usw. ist der Uebergang von strengen Sparungsvorschriften in einem späteren Zeitpunkt des Jahres, wenn genügend Vorräte gesichert sind, zu mildern, einem umgekehrten Vorgang, der in den beiden letzten Versorgungsjahren zur Anwendung gelangte, vorzuziehen.

Jedenfalls muß die österreichische Regierung alles daransetzen, daß Ungarn in größerem Maße als in den ersten Jahren zur Versorgung Oesterreichs auch mit Edelgetreide herangezogen wird und auch zum Heeresbedarf jenes Maß beisteuert, das sich nach dem Verhältnisse der Produktionsmengen Oesterreichs und Ungarns ergibt.

Die Zeit 31./V. 1916

Gesichtspunkte für die Einfuhr von Nahrungsmitteln im Kriege.

Von Prof. Dr. Paul Eltzbacher,
zurzeit Rektor der Handelshochschule in Berlin.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind für ihre Volksernährung gegenwärtig im wesentlichen auf ihre eigene Erzeugung beschränkt. Immer sorgfältiger halten die Gegner uns alle Zufuhren fern; nur noch in beschränktem Maße können uns auf dem Landwege Nahrungsmittel zufließen; hierher gehören vor allem die Zufuhren aus Rumänien und Bulgarien.

Als unseren Heeren der Durchbruch durch Serbien gelungen war, da berechnete man in Deutschland und Oesterreich mit großer Freude, was für Ueberschüsse an Weizen, Mais und Hülsenfrüchten sich in den Balkanstaaten aufgehäuft hätten. Man vergaß, daß uns die dortigen Nahrungsmittel nichts nützten, solange sie nicht zu uns hergelangten, daß aber für die Beförderung der Seeweg verschlossen war und die Zuführung von der begrenzten Leistungsfähigkeit der Donauschiffahrt und der die Donau begleitenden Eisenbahnen abhing. Nachdem dies einmal erkannt war, mußte man es sich zum Grundsatz machen, auf der Donau und auf den Eisenbahnen nur noch *solche Waren einzuführen, die im Verhältnis zu ihrem Gewicht einen möglichst hohen Nährwert haben.* Ganz in gleicher Weise galt dies für jede andere mögliche Einfuhr, zum Beispiel aus Holland und den skandinavischen Ländern.

Die Physiologen haben festgestellt, daß wir Nahrung zu zwei verschiedenen Zwecken zu uns nehmen: einmal als *Baustoff*, um den jugendlichen Körper aufzubauen und den erwachsenen, unter dem Einfluß der Lebensvorgänge abbröckelnden zu erhalten, sodann als *Brennstoff*, um dem Körper die Bewahrung seiner Wärme und die Leistung der von ihm geforderten Arbeit möglich zu machen. Alle unsere Nahrung besteht nun im wesentlichen aus drei Grundstoffen, jedes Nahrungsmittel setzt sich aus einem oder mehreren von ihnen zusammen: aus Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten. Die drei Grundstoffe sind sämtlich als Brennstoff für unseren Körper brauchbar, als solcher unterscheiden sie sich nur durch ihren größeren oder geringeren Brennwert. Dieser ist bei den Eiweißstoffen und bei den Kohlehydraten ungefähr gleich, dagegen bei den Fetten mehr als doppelt so hoch. Als Baustoff zur Aufrechterhaltung des Körpers sind dagegen nur die Eiweißstoffe brauchbar.

Wollen wir den Nährwert mehrerer Nahrungsmittel miteinander vergleichen, so kommt hiernach zweierlei in Betracht. Wir müssen erstens untersuchen, wie groß der Brennwert jedes der Nahrungsmittel ist. *Rubner* hat uns gelehrt, diesen Brennwert in Brennwerteinheiten, sogenannten Kalorien, auszudrücken. So enthält zum Beispiel ein Kilogramm Schweineschmalz etwa 8800 Kalorien, ein Kilogramm Fettkäse 3600 Kalorien, ein Kilogramm Weizen 2280 Kalorien, ein Kilogramm gesalzene Heringe 1200 Kalorien, ein Kilogramm Wein 600 Kalorien, ein Kilogramm Aepfel 500 Kalorien. Wir müssen ferner feststellen, wieviel Prozent Eiweiß jedes der Nahrungsmittel enthält. Fettkäse enthält im Durchschnitt 25 Prozent Eiweiß, gesalzene Heringe 10 Prozent, Weizen 6 Prozent, Aepfel ⅓ Prozent, Schmalz und Wein enthalten gar kein Eiweiß. Beide Gesichtspunkte können zu dem gleichen Ergebnis führen, zum Beispiel ist Käse sowohl in seinem Kalorien- wie in seinem Eiweißgehalt den Aepfeln überlegen. Sie können aber auch zu entgegengesetzten Ergebnissen führen. Schmalz hat zwar einen weit größeren Kaloriengehalt als gesalzene Heringe, aber diese sind ihm durch ihren Eiweißgehalt überlegen.

Diese Tatsachen müssen wir in einer Zeit, in der wir für die Einfuhr von Nahrungsmitteln mit einem begrenzten Frachtraum zu rechnen haben, der Einfuhr zugrunde legen. Wir müssen Nahrungsmittel von möglichst großem Kalorien- und möglichst großem Eiweißgehalt einzuführen suchen. Schwanken können wir nur, wenn bei einem Nahrungsmittel der Kaloriengehalt, bei einem anderen der Eiweißgehalt größer ist. Alsdann wird für uns maßgebend sein, ob auf Grund unserer inländischen Erzeugung ein größerer Bedarf nach Kalorien oder ein größerer Bedarf nach Eiweiß ist. Im allgemeinen werden wir den sehr kalorienreichen Nahrungsmitteln den Vorzug geben.

Die Behörden, von denen die Einfuhr von Nahrungsmitteln abhängt, müssen also *Tabellen* haben, die für die wichtigsten Nahrungsmittel den ungefähren Kalorien- und Eiweißgehalt angeben. Wenn ihnen ausländische Nahrungsmittel angeboten werden, so müssen sie immer dem Nahrungsmittel mit einem größeren Kalorien- und womöglich auch einem größeren Eiweißgehalt den Vorzug geben. Daraus folgen zahlreiche Einzelforderungen. Zum Beispiel verdienen getrocknete Nahrungsmittel den Vorzug vor frischen, weil sie infolge ihres geringeren Wassergehaltes einen erheblich größeren Gehalt an Kalorien und Eiweiß haben; deshalb sind Stockfisch und Klippfisch sehr geeignete Gegenstände der Einfuhr. Unmittelbar verzehrbare Nahrungsmittel verdienen den Vorzug vor Futtermitteln, denn bei der Umwandlung der Futtermittel in Nahrungsmittel findet ein großer Kalorien- und Eiweißverlust statt; zum Beispiel wird mit fünf Kilogramm Mais nur ein Kilogramm Schweinefleisch erzeugt, dieses steht in seinem Kalorien- und Eiweißwert etwa zwei Kilogramm Weizen gleich; führt man aus Rumänien Weizen ein, so wird also der Frachtraum zweieinhalbmal so gut ausgenützt, als wenn man Mais zur Schweinefütterung einführt.

Man hat diese Tatsachen bisher nicht genug beachtet. Den Beamten, denen die Einfuhr der Lebensmittel oblag, waren wohl die Grundsätze der Physiologie fremd, die Physiologen aber hatten keinen Einfluß auf die Auswahl der einzuführenden Lebensmittel. Die Einfuhr von Stoffen mit geringerem Nährwert mag ja hie und da darauf beruht haben, daß Stoffe mit höherem Nährwert nicht zu erhalten waren. In den meisten Fällen aber wird es einfach auf mangelhafter Erkenntnis beruht haben, wenn man aus den Balkanstaaten Mais zur Schweinefütterung oder aus dem hierin immer noch entgegenkommenden Italien Apfelsinen eingeführt hat.

Die Zeit 31.IV.1916

Planmäßige Wirtschaft.

In Deutschland ist durch die Errichtung des Kriegsernährungsamtes die längst von allen Seiten gewünschte Zentralisierung des gesamten Volksernährungswesens durchgeführt worden. Auch in Oesterreich wurde ein Schritt in der gleichen Richtung getan, und zwar durch die Einsetzung einer von allen Regierungsstellen beschickten Kommission, die in Ernährungsfragen rasch, einheitlich und ohne Kompetenzreibungen zu entscheiden vermag. Die Zentralisation ist auf diesem Gebiet die einzig richtige Verwaltungsmethode, weil nur von einem erhöhten Punkte aus der nötige weite Ueberblick gewonnen und stramme Ordnung gehalten werden kann. Sich kreuzende Interessen und einander entgegenwirkende lokale Einflüsse unschädlich zu machen, Erzeugung und Verbrauch in ein angemessenes Verhältnis zu bringen und die Verteilung für das ganze Reich planmäßig zu regeln, das sind Aufgaben, die nur von einer Zentralstelle mit ausgedehnten Vollmachten bewältigt werden können. Die während der Kriegszeit zu höchster Bedeutung gelangten Ernährungsfragen werden auf diese Weise, soweit die vorhandenen Mittel es gestatten, eine befriedigende Lösung finden. Man darf aber nicht übersehen, daß die Lebensmittelvorräte es nicht allein sind, die im Kriege eine genaue und umsichtige Bewirtschaftung erfordern. Ist auch das Nahrungsbedürfnis das erste und zwingendste aller Bedürfnisse, so stehen doch in zweiter und dritter Reihe auch noch andere Notwendigkeiten, die der Kulturmensch nicht missen kann. Wir brauchen Kleider, Hüte, Schuhe, wir brauchen Heil- und Schutzmittel gegen Krankheiten, wir brauchen Reinigungs- und Konservierungsmittel der mannigfachsten Art. Die Rohstoffe zur Herstellung von Textilwaren und Schuhwerk, von Medizinalien, Seifen, Oelen, Pasten, Laugen usw. sind aber zum großen Teile, da die Zufuhren von außen mangeln, nur in begrenzten Quantitäten vorhanden. Zum andern Teile tritt bei diesen industriellen Artikeln eine Konkurrenz mit dem Ernährungsbedürfnis ein, weil hier insbesondere Fettstoffe benötigt werden, deren das Laboratorium nicht minder bedarf als die Küche.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der dringende Bewerb gewisser Industrien um Fettstoffe und die hohen Preise, die hier dafür bezahlt werden, mit daran schuld sind, daß die Speisefette auf dem Markt so rar und teuer geworden sind. Noch offener für das allgemeine Verständnis liegen die Ursachen der Knappheit an Tier- und Baumwolle zutage. Da ergibt sich ein ganzes Chaos wirtschaftlicher und technischer Probleme, in das aber durchaus Ordnung gebracht werden muß, wenn nicht bald auf diesem, bald auf jenem Bedarfsgebiet ein peinlicher Notstand eintreten soll. Es ist nun klar, daß eine Behandlung dieser Angelegenheiten, die immer erst Notstandssymptome abwartet, um dann erst regelnd einzugreifen, nicht die zweckentsprechende sein kann. Wie es sich im Ernährungswesen herausgestellt hat, daß die Schwierigkeiten der Verteilung nur von einer planmäßig arbeitenden Zentralstelle überwunden werden können, so wird man zu dem nämlichen Schluß auch für die Bewirtschaftung der industriellen Roh- und Hilfsstoffe gelangen. Auf welche Weise hier der beste Ausgleich zwischen konkurrierenden Bedürfnissen der Industrie und der Volksernährung zu finden ist, auf welchem Wege eine ökonomische, allen Verbrauchsmöglichkeiten Rechnung tragende Behandlung der Textil- und Ledervorräte zu sichern wäre, nach welcher Methode in jedem einzelnen Artikel der richtige Verteilungsschlüssel zwischen Armee- und Zivilbedarf eingestellt werden soll — all diese komplizierte Berechnungs- und Verwaltungsarbeit kann nur von einer, das ganze staats- und volkswirtschaftliche Getriebe überblickenden Zentralstelle geleistet werden. Auch hier heißt es also organisatorisch schaffen, die geeigneten Kräfte auswählen und zusammenspannen, und schließlich einen festen Wirtschaftsplan aufstellen, der für den weiteren Verlauf der Kriegszeit zwar nicht alle Zufälle und Irrungen ausschließt, aber deren Schädlichkeit doch auf ein möglichst geringes Maß reduziert.

Die Zeit
1./VI. 1916

Die letzte Illusion.

Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten haben auf allen Kriegsschauplätzen so klare und unzweideutige Erfolge erzielt, daß man sich fragen muß, worauf die Gegner denn eigentlich noch warten und worauf sich jetzt, gegen Ende des zweiten Kriegsjahres, wohl ihre Hoffnung stützen mag, das Kriegsglück vielleicht doch noch korrigieren zu können. In den Berechnungen der Entente scheint, nachdem ihre militärischen Pläne fehlgeschlagen, noch immer der Aushungerungsplan eine große Rolle zu spielen. Uns aushungern zu können, das ist offenbar die letzte Illusion, an die unsere Feinde sich noch klammern. Die Ausführung dieses menschenfreundlichen Planes wird ihnen natürlich im dritten Kriegsjahr so wenig wie im ersten und zweiten gelingen. Je rascher und gründlicher wir aber imstande sind, ihnen das klar zu machen, je früher und je einleuchtender wir ihnen endlich die Ueberzeugung beibringen können, daß unsere Monarchie und Deutschland durch sorgfältige Bewirtschaftung der vorhandenen Vorräte und durch eine musterhafte Verteilungsorganisation alle Schwierigkeiten zu meistern vermögen — desto gewisser ist es, daß sie an dieser letzten Illusion nicht mehr lange festhalten können, und desto eher werden sie sich dann dazu verstehen, die tatsächliche Kriegslage nüchtern zu betrachten und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Mit jedem Schritt also, mit dem wir uns der Vervollkommnung unserer Volksernährungsorganisation im Kriege nähern, kommen wir auch dem Ende des Krieges näher.

Deutschland hat mit der Errichtung des Kriegsernährungsamtes die endgültige Lösung dieser Organisationsfragen gefunden. Alle staatsrechtlichen Bedenken, alle partikularistischen Widerstände, alle Kompetenzreibungen bundesstaatlicher Gewalten sind dabei ausgeschaltet, das ganze große Deutsche Reich bildet in allem, was mit dem Ernährungswesen zusammenhängt, ein einheitliches Verwaltungsgebiet. Das ist eine aus den Bedürfnissen der Kriegszeit hervorgegangene einschneidende Neuerung, die für uns in Oesterreich-Ungarn vorbildliche Bedeutung hat. Bei uns ist die gleichmäßige und planmäßige Behandlung der Ernährungsangelegenheiten durch das Nebeneinanderbestehen zweier Staaten von vollständig getrennter Verwaltung aufs äußerste erschwert. Aber das dualistische Staatsrecht, dessen Grundsätze jedem Oesterreicher wie jedem Ungarn für gleich unantastbar gelten, kann doch nicht ein dauerndes Hindernis sein, den besonderen Verhältnissen und Notwendigkeiten der Kriegszeit durch ad hoc angepaßte Zweckeinrichtungen Rechnung zu tragen. Dieser eine, dieser einzige Schritt nach vorwärts fehlt uns noch, und wir könnten jede organisatorische Sicherung erreichen, die wir brauchen. Alle sonstigen Voraussetzungen liegen ohnedies günstig. Unsere vorjährige Ernte war schlecht, die heurige verspricht vortrefflich zu werden. In den okkupierten feindesländischen Gebieten sind unsere Truppen im Vorjahr über zerstampfte, verwüstete Fluren gezogen. Heuer sind diese ausgedehnten Landstriche wohlbebaut; die Bodenkulturverhältnisse im Bereich der Armee Pflanzer-Baltin werden in einem heute vorliegenden Bericht als glänzend geschildert, und aus anderen Armeebereichen wird gleich Erfreuliches gemeldet. Unsere Speicher werden sich also füllen, und wenn es uns auch noch gelingt, die Verteilungsorganisation auf die erwünschte Höhe zu bringen, dann müßten unsere Feinde blind und toll sein, um nicht endlich zu begreifen, daß wir unbesiegbar sind. Wir müssen nur zu der Gemeinsamkeit der Wehrkraft, die uns mit Ungarn verbindet, für Kriegsdauer auch noch die Gemeinsamkeit der Nährkraft fügen. Wir müssen, wie es in Deutschland geschehen ist, die ganze Monarchie zu einem einheitlichen Gebiet der Kriegswirtschaft in Ernährungsfragen machen. Glückt uns das, dann haben wir mehr als bloß eine Schlacht, dann haben wir einen großen Feldzug gewonnen. Dann haben wir die letzte Illusion zertrümmert, hinter der unsere Feinde sich gegen die Wahrheit verschanzen zu können glaubten. Je näher wir der vollendeten Musterorganisation der Volksernährung kommen, desto näher kommen wir dem Frieden.

Frankfurter Zeitung
2./VI. 1916

Die Ernährung der Schwerindustrie-Arbeiter.

N Berlin, 31. Mai. (Priv.-Tel., zf.) Heute nachmittag fand, wie schon kurz im 2. Mgbl. vom 1. d. Mts. gemeldet, in Berlin zwischen den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und den Regierungsvertretern eine mehrstündige Aussprache über Ernährungsfragen der Schwerindustriearbeiter statt. Von der Reichsregierung nahmen an der Besprechung teil: der Stellvertreter des Reichskanzlers Staatssekretär Dr. Helfferich, der Chef der Reichskanzlei: Staatssekretär Wahnschaffe, der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Frh. von Stein und der Präsident des Kriegsernährungsamtes von Batocki mit dem gesamten Vorstand dieses Amtes.

Die Arbeitervertreter legten eingehend dar, welche Erschwerungen die Berg- und Hüttenwerksarbeiter in ihrer Ernährung erfahren, einmal durch die außerordentlich gestiegenen Lebensmittelpreise, die man ruhig Wucherpreise nennen könne, sodann durch die ganz unzulängliche Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Vor allen Dingen handle es sich um eine bessere und reichlichere Beschaffung von fetthaltiger Nahrung, Fleisch, Wurst, Butter, Speck usw. Sodann müsse den zum großen Teil noch recht schlecht entlohnten Arbeitern durch eine angemessene Lohnerhöhung die Möglichkeit gegeben werden, sich das ihnen zugeteilte Quantum von Nahrungsmitteln zu beschaffen. Dr. Helfferich erklärte, daß er seine ganze Kraft einsetzen werde, um auf dem Gebiete der Nahrungsversorgung, insbesondere für die Schwerindustriearbeiter das zu erreichen, was mit den vorhandenen Mitteln heute zu ermöglichen sei. An der Tatsache, daß Deutschland zwei schlechte Ernten hinter sich hätte, sei ja nicht zu rütteln, und der beste Verteilungsmodus könne keine größere Nahrungsmittelmenge schaffen. Die Preisentwicklung hänge natürlich auch ab von der Menge der vorhandenen Nahrungsmittel. Gegen übermäßige Preissteigerung würden energische Schritte unternommen werden.

Die Hauptverhandlungen wurden mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn von Batocki geführt. Er erklärte, daß er es als seine Aufgabe betrachte, einmal eine gerechte Rationierung der vorhandenen Lebensmittel durchzuführen, der Wucherei mit Lebensmitteln zu steuern und den besonders schwer arbeitenden Leuten größere als die Normalrationen zuführen zu lassen. Für die fetthaltigen Nahrungsmittel könne eine erhebliche Besserung einstweilen nicht in Aussicht gestellt werden, da die Viehbestände nicht ausreichten und der erhebliche Mangel an Futtermitteln durch die schlechten Ernten zu einer Reduzierung der Viehbestände geführt habe, die nun ihre Folgen zeige. Es könne aber in Aussicht gestellt werden, daß in einigen Monaten, wenn bis dahin mit der Fleischnahrung nach Möglichkeit gespart werde, ein weit stärkerer Auftrieb von Schlachtvieh eintreten und dann die allergrößten Schwierigkeiten behoben würden. Mit dem Fortschreiten des Erntejahres könne auf weitere Besserung gerechnet werden. Mit ganzer Sorgfalt will sich Herr von Batocki der Ernährung der Berg- und Hüttenarbeiter annehmen. Er hofft, daß die allergrößten Schwierigkeiten in den großen Industriegebieten noch bis Pfingsten gemildert werden könnten. Er werde im Einvernehmen mit der Z.-E.-G. vorgehen. Es werde für Unterbindung des Schmuggels von Butter und Fett gesorgt werden, durch den der Z.-E.-G. erhebliche Mengen entzogen würden. Die von den Arbeitervertretern scharf kritisierten Bezirksausfuhrverbote, insbesondere aus der Rheinpfalz und Lothringen in das Saargebiet, würden aufgehoben bezw. gemildert werden. Herr von Batocki ersuchte die Arbeitervertreter, sich vorkommendenfalls unmittelbar an das Kriegsernährungsamt zu wenden, sie könnten versichert sein, daß allen Wünschen, soweit nur eben möglich, Rechnung getragen würde. Er sei für alle Mitteilungen und Ratschläge dankbar, die dazu beitragen können, den natürlichen und künstlichen Ernährungsschwierigkeiten zu begegnen.

Vossische Zeitung 3./VI.1916

eitung. 1916 3. Juni

Die Ernährung der Großstädte.

Zur heutigen Beratung im Kriegsernährungsamt.

Die Oberbürgermeister kommen heute in Berlin im Kriegsernährungsamt zusammen, um Wünsche und Bedürfnisse der deutschen Städte darzulegen. Sie haben sie schon öfter ausgesprochen, aber diesmal sollen sie Gehör finden. Die Stadt Berlin und ihre Leiter haben wiederholt gefordert, daß die Kriegsernährung von Stadt und Land klar, tatkräftig und gerecht, und vor allem durchgreifend unter Verzicht auf kleine und kleinliche Behelfe geregelt wird. Sie hat in den Grenzen ihrer Zuständigkeit erleichternde Maßnahmen getroffen, aber nie verschwiegen, daß entscheidende Besserung nur von einer Umschaltung des Systems zu erwarten sei.

In den Verwaltungen der anderen deutschen Städte herrschen, wie uns eine Umfrage bestätigt, die gleichen Anschauungen.

Oberbürgermeister Matting in Breslau

sagte einem Redaktionsmitgliede, das er im Breslauer Rathaus empfing:

„Die Hauptschuld an den Mißständen sehe ich in der Zersplitterung, die ihren Ausdruck neuerdings in den Ausfuhrverboten der einzelnen Landesteile findet. Wir haben uns beholfen, so gut es eben ging, und haben, im Gegensatz zu Berlin, auch erreicht, daß die Ansammlungen, besonders vor den Butterläden, sogleich nach Einführung der Karten verschwanden. Das war nur möglich, weil wir uns gegen das System der Sperrkarten entschieden gewehrt und von Anfang an darauf gedrungen haben, daß das uns zugebilligte Quantum uns unter allen Umständen voll geliefert wurde. Wir haben nur ⅛ Pfund wöchentlich auf den Kopf verteilen können, aber dieses stets ohne Schwierigkeiten zur Stelle gehabt. Unsere Brotversorgung hat sich seit Einführung der Karten glatt vollzogen. Wir haben die Gastwirte jedoch vom Kartenzwang befreit und werden, da sich das bewährt hat, es auch bei der kommenden Fleischkarte, besonders im Interesse der Fremden, ebenso halten. Damit die Haushaltungen dennoch nicht zu kurz kommen, ist dafür Sorge getragen, daß erst, nachdem diese versorgt sind, die Gastwirte befriedigt werden."

Ueber die Ansichten des

Königsberger Magistrates

teilt uns unser Korrespondent mit:

„Man erwartet vom Kriegsernährungsamt und seinem aus Königsberg hervorgegangenen Leiter frühzeitige, möglichst großzügige Organisation der Sicherstellung und gleichmäßigen Verteilung der kommenden Ernte, Bezwingung der Sonderinteressen und Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. In Königsberg hat die Nahrungsmittelknappheit nicht zu schweren Notständen geführt, denn die Stadt liegt in einem Ueberschußgebiet und hat besonders enge Beziehungen zu den heimischen Produzentenkreisen. Die bei Kriegsbeginn für die Ernährung der Festungsbevölkerung bereitgestellten Vorräte sind der Bevölkerung, und besonders den minderbemittelten Kreisen, sehr zugute gekommen."

Oberbürgermeister Reg.-Rat Lautenschläger in Stuttgart

und sein Lebensmittelreferent Gemeinderat Dollinger erklären auf unsere Anfrage folgendes:

„Wenn es um die Nahrungsmittelbeschaffung in Stuttgart besser bestellt ist als in vielen anderen Städten, so ist der Grund einmal in besseren Ernteverhältnissen zu suchen, ferner in einer günstigen Mischung von Industrie und Landwirtschaft, und vor allem darin, daß man in der Versorgungsregelung weiter gegangen ist als im

Vossische Zeitung 3./VII.1916

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus-Ausschuß.

Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Freitag den Antrag Friedberg u. Gen. über Sicherstellung der Ernährung. Berichterstatter waren die Abgg. Hösch-Neukirchen (kons.) und Lippmann-Stettin (Vpt.). Abg. Hösch betrachtete die Fragen im wesentlichen vom Standpunkt des Produzenten aus. Er empfahl Sammlung aller Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen, welche die Volksernährung betreffen, nach Materien geordnet, und größere Stetigkeit in den Maßnahmen und in der Festsetzung von Höchstpreisen. An dem Verbot der Verfütterung hielt er fest. Die Kartoffelversorgung will er nach wie vor durch Umlegung auf die Ueberschußkreise sichern. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst erscheint ihm unzulänglich; er fordert, daß sie besser ausgebaut werde. Die Geschäfte der Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. würden nicht gemeinnützig betrieben. Der über fünf Prozent erzielte sehr hohe Gewinn falle nicht dem Reiche zu, sondern den Gesellschaftern. Das müsse geändert werden. Die Versorgung mit Vieh lasse zu wünschen übrig. In den beiden nächsten Monaten würde schwerlich Fleisch für die Bevölkerung geliefert werden können.

Abg. Lippmann empfahl mit Rücksicht auf den voraussichtlichen Fortfall des Fleisches in den nächsten beiden Monaten Ersatzmaßregeln. Die Brotrationen müßten und könnten erhöht werden, und zwar für alle Minderbegüterten. Auch die Zuckerrationen, die man in letzter Zeit wieder herabgesetzt habe, könnten und müßten nach den vorhandenen Vorräten erhöht werden. Die Berechnung des Bedarfs brauche den Oktober nicht zu berücksichtigen, auch könnten die Rohzuckervorräte der Gemeinden und der Bezugsvereinigung als Verbrauchszucker herausgegeben werden. Bezüglich der Kartoffellieferungen beständen Schwierigkeiten. Die größeren Gemeinden erhielten die ihnen auf Ueberschußkreise angewiesenen Kartoffeln nicht. Hier müsse mit Beschlagnahme vorgegangen werden. Für die nächste Ernte sei ebenfalls die Beschlagnahme der für menschlichen Bedarf erforderlichen Kartoffelmengen zu empfehlen. Die vorhandenen Lebensmittelvorräte dürften nicht ausgeführt werden, und sie müßten durch gehörigen Wildabschuß, Förderung der Kaninchenzucht und der Fischzucht erhöht werden. Die Ausfuhrverbote der Bundesstaaten auf die der preußischen Kreise müßten beseitigt werden. Ersatzstoffe für Lebensmittel dürften nur in den Handel gebracht werden, wenn sie vom Nahrungsmittelamt zugelassen sind. Für den Leiter des Kriegsernährungsamtes empfehle sich die größte Machtfülle insbesondere gegenüber den bundesstaatlichen Behörden. In den Vorstand hätte füglich auch ein Sachverständiger für die Ernährung der Groß-Berliner Bevölkerung gehört.

Nach Erstattung der Berichte stellte sich der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Oberpräsident v. Batocki, dem Staatshaushaltausschuß vor und entwickelte mit einigen Worten, wie er sich die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes in den nächsten Monaten denke. Er bemerkte dabei, er habe schon jetzt die feste Ueberzeugung gewonnen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durchaus gesichert sei, so daß man mit vollem Vertrauen der Zukunft entgegensehen könne. Mißstände seien ja allerdings auf manchen Gebieten vorhanden; sie seien jedoch im wesentlichen nur örtlicher Natur und würden durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden können. Eine Reihe neuer Maßnahmen würde voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen getroffen werden; denn es müßte in dieser für die Volksernährung kritischen Zeit alles getan werden, um die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen, auch wenn man dadurch zeitweilig in die Interessen der Erzeuger weiter würde eingreifen müssen.

Der Landwirtschaftsminister wies darauf hin, daß es jetzt gelte, über die letzten Schwierigkeiten hinwegzukommen, die noch aus der Mißernte des vergangenen Jahres herrührten, namentlich über die gegenwärtige Fleischknappheit, die nach dem unerhörten Futtermangel im Herbst und Winter unvermeidlich gewesen und von allen Wissenden vorausgesehen und vorhergesagt worden sei. Es handle sich nur um eine Uebergangszeit; mit der neuen Ernte, deren Aussichten durchaus günstig seien, werde eine wesentliche Erleichterung eintreten. Bis dahin müsse der Verbrauch, namentlich bei Fleisch, so viel wie irgend möglich, eingeschränkt werden, um in die Viehbestände, die uns im Herbst und Winter mit Fleisch, Fett und Milch versorgen müßten, nicht zu tief einzugreifen. Ueberhaupt müsse man sich bei jeder Maßregel davor hüten, zugunsten augenblicklicher Bedürfnisse durch dauernd störende Eingriffe in die Produktion die Versorgung der Zukunft zu gefährden. In dieser Erwägung habe die Regierung auch die in einzelnen Provinzen erlassenen Hausschlachtungsverbote, die erkennbar von der Schweinehaltung abgeschreckt hätten, aufgehoben und durch die Genehmigungspflicht für Hausschlachtungen ersetzt. Auchdie Ausfuhrverbote einzelner Bezirke seien nach Möglichkeit beseitigt oder gemildert worden.

Unterstaatssekretär Göppert, Präsident der Reichsfleischstelle, gab Auskunft über die für Heer, Lazarette und Zivilbevölkerung erforderlichen Schlachtungen. Die Bergarbeiterbevölkerung werde in nächster Zeit von der Reichsfleischstelle mehr Fleisch erhalten.

Ministerialdirektor Graf Keyserlingk berichtete über die Förderung der Viehproduktion. Es seien sowohl Schweine mit staatlicher Hilfe gemästet, als auch mit staatlicher Hilfe für die Aufzucht von Schweinen gesorgt worden. Hierzu werden gegen 30 Millionen Mark aus Staatsmitteln zugeschossen.

Ein Vertreter des Zentrums empfahl ebenfalls besondere Rücksichtnahme auf die Produzenten. Bei den immobilen Truppen könne Fleisch gespart werden. Aus Belgien könne mehr Vieh herausgeholt werden. Die Ausfuhrverbote der Bundesstaaten müßten unbedingt aufgehoben werden. An der Grenze Bayerns komme es vor, daß in Bayern der Arbeiter 800 Gramm, derselbe Arbeiter bei derselben Arbeitsleistung in Preußen 220 Gramm Fleisch pro Woche erhielte. Der Redner verlangt die Beschlagnahme der Konserven, ebenso die Beschlagnahme der für Menschen nötigen Kartoffeln. Er meint, der preußische Landwirtschaftsminister solle den Leiter des Kriegsernährungsamtes sachverständig beraten.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Tägliche Rundschau

3./VI. 1916

Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses über unsere Ernährung.

Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Freitag den Antrag Friedberg und Genossen über Sicherstellung der Ernährung. Berichterstatter waren die Abgg. Hösch-Neukirchen (kons.) und Lippmann-Stettin (Fortschr. Vp.). Abg. Hirsch empfahl Sammlung aller Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen, welche die Volksernährung betreffen, nach Materien geordnet, und größere Stetigkeit in den Maßnahmen und in der Festsetzung von Höchstpreisen. An dem Verbot der Verfütterung hielt er fest. Die Kartoffelversorgung will er nach wie vor durch Umlegung auf die Ueberschußkreise sichern. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst erscheint ihm unzulänglich, er fordert, daß sie besser ausgebaut werde. Die Geschäfte der Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. würden nicht gemeinnützig betrieben. Der über 5 v. H. erzielte sehr hohe Gewinn falle nicht dem Reiche zu, sondern den Gesellschaftern. Das müsse geändert werden. Die Versorgung mit Vieh lasse zu wünschen übrig. In den beiden nächsten Monaten würde schwerlich Fleisch für die Bevölkerung geliefert werden können. Die Viehhandelsverbände müßten sachverständiger besetzt werden. Das Verbot von Hausschlachtungen sei schleunigst aufzuheben. Die Produktion sei auf jede Weise zu heben, auch seien ihr ausreichend Arbeiter durch Stellung von Kriegsgefangenen zu liefern.

Abg. Lippmann empfahl mit Rücksicht auf den voraussichtlichen Fortfall des Fleisches in den nächsten beiden Monaten Ersatzmaßregeln. Die Brotrationen müßten und könnten erhöht werden, und zwar für alle Minderbegüterten. Auch die Zuckerrationen, die man in letzter Zeit wieder herabgesetzt habe, könnten und müßten nach den vorhandenen Vorräten erhöht werden. Die Berechnung des Bedarfs brauche den Oktober nicht zu berücksichtigen, auch könnten die Rohzuckervorräte der Gemeinden und der Bezugsvereinigung als Verbrauchszucker herausgegeben werden. Bezüglich der Kartoffellieferungen beständen Schwierigkeiten. Die größeren Gemeinden erhielten die ihnen aus Ueberschußkreisen angewiesenen Kartoffeln nicht. Hier müsse mit Beschlagnahme vorgegangen werden.

Für die nächste Ernte

sei ebenfalls die Beschlagnahme der für menschlichen Bedarf erforderlichen Kartoffelmengen zu empfehlen. Die vorhandenen Lebensmittelvorräte dürften nicht ausgeführt werden, und sie müßten durch gehörigen Wildabschuß, Förderung der Kaninchenzucht und der Fischzucht erhöht werden. Ein wichtiges Mittel zur Vermehrung der Vorräte sei auch die Einfuhr. Bei der Wechselwirkung zwischen der Einfuhr und der Behandlung der Produktion des Landes müßten der Import und damit die Z. E. G. ebenfalls der Aufsicht des Kriegsernährungsamtes unterstellt werden. Die Feststellung der vorhandenen Vorräte dürfte vor den Eigenwirtschaften nicht haltmachen, insbesondere nicht bei Feststellung der vorhandenen Fleischwaren. Das Verbot der Hausschlachtungen sei nicht erforderlich, wohl aber Aufsicht und Genehmigungspflicht. Es würde sich fragen, ob man nicht die Kartoffelration bei den geringeren Einkommen erhöhen müsse. Die Ausfuhrverbote der Bundesstaaten auf die der preußischen Kreise müßten beseitigt werden. Bei der Unterverteilung in den Gemeinden müßten in kürzeren Fristen die zu verteilenden Rationen festgesetzt, auch durch Bedarfsanmeldung und Kundenlisten für die bessere Bedienung der Bevölkerung gesorgt werden. Bei den Provinzialorganisationen der Lebensmittelversorgung dürfe der Handel nicht ausgeschaltet werden. Dies sei im Gegensatz zu anderen Provinzen in Pommern geschehen. Die spekulativen Kettengeschäfte im Lebensmittelhandel müßten unter Aufsicht gestellt und möglichst beseitigt werden. Ersatzstoffe für Lebensmittel dürften nur in den Handel gebracht werden, wenn sie vom Nahrungsmittelamt zugelassen sind. Für den Leiter des Kriegsernährungsamtes empfehle sich die größte Machtfülle insbesondere gegenüber den bundesstaatlichen Behörden. In den Vorstand hätte füglich auch ein Sachverständiger für die Ernährung der Groß-Berliner Bevölkerung gehört. Bei der Führung der Geschäfte müßte jede Belästigung und Erschwerung sowohl gegenüber den Produzenten wie den Verbrauchern vermieden werden.

Der

Leiter des Kriegsernährungsamtes v. Batocki

sagte bezüglich der Erhöhung der Zuckerration sofort ein Entgegenkommen zu. Er erklärte ferner, daß in den nächsten Monaten seine besondere Rücksicht den Konsumenten gelten müsse. Daher werde er in jeder Weise für die Vergrößerung der ihnen zugewiesenen Lebensmittelraten besorgt sein. Die Ausfuhrverbote in Preußen werde er beseitigen; ob ihm die Beseitigung der Ausfuhrverbote der Bundesstaaten gelingen würde, wisse er nicht, er werde sich demnächst zu diesem Zweck nach München begeben.

Die Kommission beschloß dann, die Arbeiterfragen bis zur Anwesenheit eines Vertreters des Kriegsministers auszuscheiden.

Der Landwirtschaftsminister

erklärte, daß nur noch die nächsten zwei Monate Schwierigkeiten in der Fleischversorgung bieten würden, dann würde es besser werden. Mittel für die kleinen Leute zur Förderung der Kaninchen- und Ziegenzucht seien bereitgestellt; durch Erlaß vom 27. Mai sei das Hausschlachtverbot aufgehoben und nur die Genehmigung der Kommunalverbände für Hausschlachtungen vorgeschrieben. Es sei richtig, daß in den nächsten beiden Monaten für die Konsumenten besonders gesorgt werden müßte, aber auch die Produzenten müßten geschont werden. Wild könne wohl noch herangeschafft werden, wenn den großen Kommunen gestattet würde, höhere Preise für das Wild anzulegen. Die Fischerei werde möglichst gefördert, die Reichsstelle für Gemüse und Obst solle nur dafür sorgen, daß kein Gemüse verderbe, dieses aber im freien Ankauf ohne Höchstpreise zu erlangen suchen.

Unterstaatssekretär Göppert,

Präsident der Reichsfleischstelle, gab Auskunft über die für Heer, Lazarette und Zivilbevölkerung erforderlichen Schlachtungen. Die Schlachtungen für die Zivilbevölkerung hätten wesentlich herabgesetzt werden müssen. Die Bergarbeiterbevölkerung werde in nächster Zeit von der Reichsfleischstelle mehr Fleisch erhalten. Die Viehhandelsverbände müßten enger mit den Kommunalbehörden zusammenarbeiten.

Ministerialdirektor Graf Keyserlingk berichtete über die Förderung der Viehproduktion. Es seien sowohl Schweine mit staatlicher Hilfe gemästet, als auch mit staatlicher Hilfe für die Aufzucht von Schweinen gesorgt worden. Hierzu wurden gegen 30 Millionen M. aus Staatsmitteln zugeschossen.

Ein Vertreter des Zentrums empfahl ebenfalls besondere Rücksichtnahme auf die Produzenten. Bei den immobilen Truppen könne Fleisch gespart werden. Aus Belgien könne mehr Vieh herausgeholt werden. Die Ausfuhrverbote der Bundesstaaten müßten unbedingt aufgehoben werden. An der Grenze Bayerns komme es vor, daß in Bayern der Arbeiter 800 Gramm, derselbe Arbeiter bei derselben Arbeitsleistung in Preußen 220 Gramm Fleisch pro Woche erhielte. Der Redner verlangt die Beschlagnahme der Konserven, ebenso die Beschlagnahme der für Menschen nötigen Kartoffeln. Er meint, der preußische Landwirtschaftsminister solle den Leiter des Kriegsernährungsamtes sachverständig beraten.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Neue Freie Presse
3./II. 1916

Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister nicht geneigt wäre, an die Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie möge im Interesse der Verbraucher auch die großen Organisationen der Fixbesoldeten und Angestellten durch Vertreter im Arbeitsbeirate der interministeriellen Approvisionierungskommission zu Worte kommen lassen.

Dr. Weiskirchner: Weder die Gemeinde Wien noch der Bürgermeister haben einen Einfluß auf die Zusammensetzung des Beirates. Ich werde die Angelegenheit dem Minister des Innern unterbreiten.

Kölnische Zeitung
4./VI. 1916

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Reichsgetreidestelle und Reichsfleischstelle.

Im Publikum ist man noch immer geneigt, in der Reichsgetreidestelle und der Reichsfleischstelle zwei Zentralstellen gleicher oder doch ähnlicher Art zu sehen. In Wirklichkeit besteht zwischen beiden der grundsätzliche Unterschied, daß die Reichsfleischstelle (R.-F.) nur eine Verwaltungsbehörde ist, welche die Aufbringung und Verteilung des Viehs und Fleisches und den Umfang der Schlachtungen für die einzelnen Bundesstaaten vorschreibt. Die Reichsgetreidestelle (R.-G.) dagegen ist nicht nur Verwaltungsbehörde, sondern besitzt auch eine eigene große Geschäftsabteilung. Sie erwirbt einen großen Teil des deutschen Getreides sowie das vom Ausland eingeführte Getreide und verteilt es, sie ist ein Getreide- und Mehlgeschäft im größten Maßstabe. Beim Fleisch ist eine solche Reichsorganisation nicht möglich, denn seine Produktion beschränkt sich nicht auf eine einmalige jährliche Ernte, auf die man die Hand legen kann, sondern läuft dauernd fort. Das Vieh, das uns das Fleisch liefern soll, muß möglichst bis zur Schlachtung an seinem Standort verbleiben, wo Stallung, Futter und Personal zur Verfügung stehen und wo es allein ordnungsmäßig gepflegt und genutzt werden kann. Eine Ansammlung von Viehvorräten an Zentralstellen ist ganz unmöglich. Höchstens könnte die Bildung von Reservebeständen an gefrorenem Fleisch in Frage kommen, die aber zurzeit ohne tiefen Eingriff in die Milchviehbestände nicht möglich wäre und auch aus mannigfachen andern Gründen vorläufig nicht angängig ist. Einstweilen wird die Fleischversorgung davon abhängig bleiben, daß es den in den einzelnen Bundesstaaten mit der Aufbringung des Viehs betrauten Organisationen gelingt, das Vieh in den von der Reichsfleischstelle vorgeschriebenen Mengen laufend heranzuschaffen.

Vossische Zeitung
4./VI. 1916

Die Versorgung der Städte.

Die Oberbürgermeister im Reichsamt des Innern.

Im großen Bundesratssaal des Reichsamts des Innern hat gestern die von uns mehrfach angekündigte Besprechung der Städtevertreter mit den maßgebenden Persönlichkeiten des neuen Kriegsernährungsamtes stattgefunden. Zu der Versammlung hatten nicht nur die meisten Großstädte, sondern auch zahlreiche kleinere und mittlere Gemeinden ihre Oberbürgermeister und Bürgermeister entsandt. Den Vorsitz führte Herr v. Batocki. Vom Reichsamt des Innern waren Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein sowie verschiedene Referenten für Ernährungsfragen anwesend. Das Ministerium des Innern war durch seinen Ministerialdirektor Freund vertreten. Auch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, die Reichskartoffelstelle und andere Organisationen der Kriegswirtschaft hatten zu der Sitzung Vertreter entsandt. Vertreten war auch der Verband der Städte unter 25 000 Einwohnern und die Vereinigung der größeren Landgemeinden und Landkreise. Die Aussprache bezog sich auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, insbesondere in den nächsten Monaten bis zur neuen Ernte, und auf die Durchführung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung. Ueber die Art, wie die Mißstände zu beseitigen sind, ergab sich Einigkeit: die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Reichsstellen legten dar, daß die Versorgung bis zur neuen Ernte in jeder Hinsicht gesichert sei, und daß die durch geographische und wirtschaftliche Verhältnisse entstandenen örtlichen Versorgungsstockungen, die schon in letzter Zeit geringer geworden seien, noch weiter beseitigt werden würden. Eine eingehende Besprechung entstand bei der Frage der Massenspeisung, deren weiterer Ausbau auf Grund der von den Oberbürgermeistern Dr. Dehne-Plauen und Koch-Kassel erstatteten Referate allseitig empfohlen wurde. Die von dem Kriegsernährungsamt in Aussicht genommenen vorläufigen Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Butter und Speisefett wurde gutgeheißen.

Tägliche Rundschau 4./VI. 1916

Die Beratungen des Kriegsernährungsamts.

Die Versorgung der Städte und Industriebezirke. — Massenspeisungen. — Bessere Versorgung mit Butter.

(W. T. B.) **Berlin**, 3. Juni. Heute nachmittag fand auf Einladung des Kriegsernährungsamts im Reichsamt des Innern eine Besprechung mit Vertretern der Städte und Industriebezirke statt. Neben dem Oberbürgermeister von Berlin und mehreren Vertretern anderer Groß-Berliner Gemeinden und Kreise waren Oberbürgermeister aus den verschiedenen Teilen Deutschlands erschienen. Vertreten war auch der Verband der Städte unter 25 000 Einwohnern und die Vereinigung der größeren Landgemeinden und Landkreise. Die Aussprache bezog sich auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, insbesondere in den nächsten Monaten bis zur neuen Ernte, und auf die Durchführung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung. Ueber die Art, wie die bezüglichen Mißstände zu beseitigen sind, ergab sich Einigkeit. Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Reichsstellen legten dar, daß die Versorgung bis zur neuen Ernte in jeder Hinsicht gesichert sei und daß die durch geographische und wirtschaftliche Verhältnisse entstandenen örtlichen Versorgungsstockungen, die schon in letzter Zeit geringer geworden seien, noch weiter beseitigt werden würden.

Eine eingehende Besprechung entstand bei der Frage der Massenspeisung, deren weiterer Ausbau auf Grund der von den Oberbürgermeistern Dr. Dehne-Plauen und Koch-Kassel erstatteten Referate allseitig empfohlen wurde. Die von dem Kriegsernährungsamt in Aussicht genommenen vorläufigen Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Butter und Speisefett wurden gutgeheißen.

Frankfurter Zeitung
4./VI. 1916

Die Lebensmittelversorgung der Städte.

Berlin, 3. Juni. (W. B. Amtlich.) Heute Nachmittag fand auf Einladung des Kriegsernährungsamts im Reichsamt des Innern eine Besprechung mit Vertretern der Städte und Industriebezirke statt. Neben dem Oberbürgermeister von Berlin und mehreren Vertretern anderer Groß-Berliner Gemeinden und Kreise waren die Oberbürgermeister aus verschiedenen Teilen Deutschlands erschienen. Vertreten war auch der Verband der Städte unter 25 000 Einwohnern und die Vereinigung der größeren Landgemeinden und Landkreise. Die Aussprache bezog sich auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, insbesondere in den nächsten Monaten bis zur neuen Ernte. Ueber die Durchführung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung und die Art, wie die bezüglichen Mißstände zu beseitigen sind, ergab sich Einigkeit. Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Reichsstellen legten dar, daß die Versorgung bis zur neuen Ernte in jeder Hinsicht gesichert sei und daß die durch geographische und wirtschaftliche Verhältnisse entstandenen örtlichen Versorgungsstockungen, die schon in letzter Zeit geringer geworden seien, noch weiter beseitigt werden würden.

Eine eingehende Besprechung entstand bei der Frage der Massenspeisung, deren weiterer Ausbau auf Grund der von den Oberbürgermeistern Dr. Dehne-Plauen und Koch-Kassel erstatteten Referate allseitig empfohlen wurde. Die von dem Kriegsernährungsamt in Aussicht genommenen vorläufigen Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Butter und Speisefett wurden gutgeheißen.

Vossische Zeitung 5./VI.1916

Die Wünsche der Verbraucher.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* **Leipzig**, 4. Juni.

Aus allen Teilen des Reiches waren zur heutigen Jahrestagung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen Vertreter der diesem Ausschuß angeschlossenen Organisationen erschienen. Das neu geschaffene Kriegsernährungsamt hatte den Ministerialrat v. Braun und Dr. August Müller zu Verhandlungen entsandt, der Rat der Städte Dresden und Leipzig war ebenfalls vertreten.

Kurz nach 11 Uhr eröffnete Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt die Verhandlungen, die im Kristallpalast stattfanden, mit einem kurzen Begrüßungswort an die Gäste.

Die Ernährungsaussichten für das dritte Kriegswirtschaftsjahr behandelte darauf der Direktor des Berliner Physiologischen Instituts, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Rubner. Die unmittelbare Beziehung zwischen Verbraucher und Erzeuger ist — so bemerkt er einleitend — namentlich in der Großstadt unmöglich. Leider hat die Verlangsamung des Weges der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesundheitliche Nachteile. Lebensmittel verderben nur zu leicht; die Verbraucher müssen sich daher zusammenschließen, nicht nur im Kriege, sondern auch in Friedenszeiten, um so mehr, als der Nahrungsmittelhandel seine festen Organisationen hat und seine kapitalistischen Interessen verfolgt.

Es folgte eine kurze Betrachtung über das zweite Kriegsjahr, das zur Brotkarte noch die Butter-, die Fleisch- und überraschenderweise auch die Zuckerkarte gebracht hat. Wir haben durchgehalten, und wir werden durchhalten. Wir können heute die Empfindungen des Reiters über den Bodensee haben: wir sind über die Eisfläche hinüber. Besonders bedeutungsvoll für unsere Ernährung ist die Brotkarte oder vielmehr die Brotration. Wir haben durch sie eine Brotmenge erhalten, die ungefähr der Hälfte im Frieden entspricht. Wir müssen daher den Fehlbetrag durch andere Nährstoffe ergänzen. Auf dem Lande wird immer gesagt: Man hat zu wenig Brot, man hilft sich durch Milch und geröstete Kartoffeln.

Der Viehbestand hätte, da er doch nicht durchzuhalten war, schon früher vermindert werden müssen; andere Nährstoffe wären dadurch gespart worden, und der Fleischmangel nur etwas früher gekommen. Mit der verringerten Fleischmenge müssen wir bis Oktober, vielleicht bis November rechnen. Der Ausfall des Fleisches wird in den Großstädten auf den Kopf etwa 150 Gramm täglich betragen. Für diese Menge müßte man 1532 Gramm Spinat, 860 Gramm Rosenkohl oder 1100 Gramm Aepfel essen; das gleiche läßt sich durch 585 Gramm Milch, 4,2 Eier oder 128 Gramm Brot erreichen. Am leichtesten ließe sich der Fettausfall ersetzen. Die Vegetabilien können leicht aushelfen.

Die Brotzuteilung.

Die Hauptsache bleibt die Regulierung des Brotes, das mit Mehl zusammen 42,4 v. H. unseres Nahrungsbedarfes ausmacht, die animalischen Stoffe dagegen (Fleisch, Fett, Butter, Milch) nur 33,0 v. H. Es entfallen auf Fleisch 13, auf Fett 8,2, auf Butter 2,5 v. H.; Kartoffeln machen 12,2 v. H., Zucker 7,9, Gemüse und Obst 8,7, Eier nur 0,8 v. H. unserer Nahrung aus. Selbstverständlich bleiben alle Kontingentierungen hinter der Friedensmenge zurück. Rubner beanstandet die schematische Behandlung der Brotkarte. In Süddeutschland ist man an größere Brotmengen gewöhnt, während man im Norden mehr Fett liebt. Ein Ausgleich ließe sich leicht schaffen. Ein Zwangshemd für ein ganzes Volk würde bald sehr unbequem werden. Es ist auch Rücksicht auf die Kranken zu nehmen, die sich nicht in Krankenhäusern befinden. Rubner kommt dann auf die Butter- und Fleischpolonäsen zu sprechen, die eine ungeheure Kraftvergeudung bedeuten. Bei 100 Gramm Butter gegen 4 Gramm für das Papier abgerechnet man noch den Stoffwechselverbrauch bei vierstündigem Stehen hinzu, so bringt die Frau in Wirklichkeit 44 Gramm nach Haus; wäre sie ruhig sechs Stunden im Bett geblieben, so hätte sie mehr Fett eingespart. (Große Heiterkeit.)

Neben der Ordnung der Verteilung müssen wir auch die Beschaffenheit der Nahrungsmittel berücksichtigen. Nicht alles, was zu mehlartiger Beschaffenheit zerkleinert wird, darf man als Mehlersatz benutzen. Eine Spinatkonserve, die 55 Pfg. kostete, enthielt 25 Gramm getrockneten Spinat. Im zweiten Kriegsjahr haben wir den Gipfel der Preistreiberei erklommen. Während die Getreideernte gering war, haben die Wucherer eine goldene Ernte gehabt.

Die öffentliche Ernährung muß ausgedehnt werden, ohne gleich die Gulaschkanone zu verallgemeinern, denn dagegen wären die Butterpolonäsen das reine Kinderspiel. Durch Hebung der Volksküchen wie der Mittelstandsküchen läßt sich manches Wertvolle erreichen.

Wir haben, so schließt Rubner seine Betrachtungen, die eine Fülle wertvoller Anregungen für die Praktiker enthalten, zwei Jahre ohne Schädigung unseres Gesundheitszustandes durchgehalten und können es auch weiter. Die Soldaten, die wir im zweiten Jahre hinausgeschickt haben, waren nicht schlechter als die im ersten. Wir sind noch nicht verhungert, im Gegenteil, wir kommen jetzt auf den Gleichgewichtszustand. Ueppig steht es freilich nicht bei uns, wir müssen an allen Ecken und Enden sparen. Aber die humanitären Aufgaben brauchen nicht zu leiden. Wo öffentliche Mängel vorhanden sind, müssen sie abgestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Hauptgeschäftsführer Wilhelm-Berlin berichtet über die Tätigkeit des Kriegsausschusses und erörterte dessen Wirtschaftsforderungen für das dritte Kriegsjahr. Für das Durchhalten ist die entschlossenste Verwirklichung einer allgemeinen Nährpflicht der Inhaber der Produktionsmittel und Vorräte für die Volksernährung das entscheidende Gebot. Hoffentlich wird das Kriegsernährungsamt genügende Festigkeit zeigen. Dem Kriegsausschuß gehören jetzt 82 Organisationen mit 7½ Millionen Mitgliedern an, hinter denen 25 bis 30 Millionen Volksgenossen stehen.

Konsumenteninteressen und Preisprüfungsstellen

behandelte Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. Große Mengen Fleisch sind verdorben, weil die Spekulanten sie nicht freigeben wollten, oder weil die Leute, die sich damit befaßten, von der sachgemäßen Behandlung keine Ahnung hatten. Herr v. Batocki hat erklärt, daß man von den Festsetzungen der Höchstpreise nicht mehr abgehen könne, daher gilt es, die Mängel in der Preisfestsetzung zu erfassen. Eine ständige Kontrolle durch die Preisprüfungsstellen ist vonnöten. Ohne Höchstpreise für Gemüse werden wir auch in diesem Jahre trotz guter Ernte nicht auskommen, da die städtischen und privaten Dörranstalten die Preise hinauftreiben. Wenn die Prüfungsstellen die Gründe für ihre Preisfestsetzungen veröffentlichen könnten, würde manches Mißtrauen schwinden. Die Interessen einer einzigen Erwerbsgruppe dürfen bei Preisfestsetzungen nicht allein ausschlaggebend sein. Die Preisprüfungsstellen sollten von ihren Befugnissen weit mehr Gebrauch machen als bisher, namentlich Konserven- und Ersatzfabriken gründlich kontrollieren, gegen den Kettenhandel mit aller Entschiedenheit einschreiten.

Es folgt eine sehr lebhafte Aussprache, die sich bis gegen 8 Uhr abends hinzieht. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem der Kriegsausschuß fordert, daß die öffentlichen Maßnahmen zur gerechten und vernünftigen Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Nord und Süd, Stadt und Land, zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden mit der den Kriegsverhältnissen entsprechenden Entschlossenheit durchgeführt und die Lebensmittelpreise, zumal von der neuen Ernte an, mit der Kaufkraft der Massen in Einklang gebracht werden.

Hamburger Fremdenblatt
6. III. 1916

Lebensmittelversorgung.

Die Kriegsküchen-Einrichtung.

Der Gedanke, Kriegsküchen nach hamburgischem Muster einzurichten, scheint immer weitere Verbreitung zu finden; nach dem Besuch des Kasseler Oberbürgermeisters Koch in unsern Kriegsküchen hat sich das Kriegsernährungsamt mit der Frage beschäftigt, und fast gleichzeitig sind einzelne Städte zu Einrichtungen nach diesem Muster übergegangen. Die Stadtverwaltung von Hannover hat bereits mit der Einrichtung von „Großküchen" in Schulen und andern geeigneten Räumen begonnen; der Magistrat der Stadt Charlottenburg, in der man mit den Gulaschkanonen Fiasko machte, plant jetzt die Einrichtung einiger Zentralküchen, die die über die ganze Stadt verteilten Ausgabestellen mit Speisen zu versorgen haben. Düsseldorf plant eine Vergrößerung seiner schon seit Kriegsbeginn bestehenden Schul- und Kriegsküchen. Der Gedanke: „Ein Volk — ein Tisch" wird immer mehr zur Wirklichkeit; auch denkt man nicht mehr daran, Mittelstandsküchen zu errichten. Zwar ist niemals bei solchen Gründungen daran gedacht worden, eine Scheidung nach Einkommensteuerstufen zu errichten, gleichwohl ist nicht immer der Name „Schall und Rauch"; bei den Aufgaben, die die Speisegemeinschaften zu erfüllen haben, dürfte es nicht überflüssig sein, eine sachlich unrichtige Bezeichnung zu meiden, die zu Mißverständnissen führen kann.

Mit der Durchführung des Gedankens, auf breiter Grundlage eine Organisation zu schaffen, die die Sicherheit gibt, den Tisch für alle zu decken, muß auch in straffer und umfassender Weise dafür gesorgt werden, daß durch die Speisegemeinschaften die gesamte Nahrungsmittelversorgung nicht etwa künstlich erschwert und geschädigt wird. Es wird ohne weiteres damit gerechnet, daß dort, wo Speisegemeinschaften bestehen, für sie zuerst die vorhandenen Lebensmittel zurückgestellt werden. Diese unbestrittene Vorzugsstellung schließt aber die Verpflichtung ein, daß die Gäste der Speisegemeinschaften mit einem Teil ihres Lebensmittelbedarfs vom Markte wirklich verschwinden. Das mag zunächst als selbstverständlich betrachtet werden, ist es aber nicht immer. Sehr leicht lassen sich Fälle denken, in denen durch die Speisegemeinschaften bei reichlicher Inanspruchnahme eine Verschlechterung der allgemeinen Marktverhältnisse dadurch eintreten kann, daß die Teilnehmer trotz Bezugs eines ausreichenden Mittagessens zu billigen Preisen, das auch ein Fleischgericht einschließt, noch als Fleischkäufer selbst oder durch ihre Familienangehörigen auftreten. Was vom Fleisch gilt, trifft auch auf manche andere Lebensmittel zu. Um einen gerechten Ausgleich zu schaffen, ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Ausgabe von Speisemarken Sicherheit zu schaffen, daß für die Nahrungsmittel, die einer Kontingentierung unterliegen oder bedürfen, entsprechende Abzüge von den allgemein zugestandenen Rationen gemacht werden. Erst vereinzelt wird, besonders in Städten, die neben andern Bezugskarten bereits Fleischmarken eingeführt haben, bei dem Kauf von Speisemarken die Rückgabe von Waren-Bezugsscheinen verlangt, wie denn auch in den Gastwirtschaften dieser Orte eine entsprechende Verrechnung vorgeschrieben ist.

Durch die erweiterte Einführung von Speisegemeinschaften gewinnt die Frage der Rückgabe der Bezugsmarken, so wird uns aus Berlin geschrieben, eine außerordentlich wirtschaftliche Bedeutung; ohne Anwendung dieses Verfahrens können Speisegemeinschaften die Verknappung von Lebensmitteln leicht noch verschärfen. Sind zur Regelung und zur Verbilligung der Nahrungsmittelversorgung die Speisegemeinschaften zumeist unentbehrliche Einrichtungen, so bedingen sie anderseits eine Rationierung der wichtigsten Lebensmittel, denn jeder darf nur an einer Stelle Tischgast sein.

Schönebergs Lebensmittelpolitik.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg wurde über die Anfragen an den Magistrat verhandelt, über die wir berichtet haben. Oberbürgermeister Dominicus erklärte sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Stadtverord. L. Meyer (Lib.) begründete kurz die Anfrage, die sich mit den Preisen der städtischen Nudeln beschäftigt. Stadtv. Dr. Zeitlin (Freie Frakt.) begründet die zweite Anfrage: dem Detaillisten steht ein Verdienst von 5 Pf. zu, während der Gewinn des Magistrats etwa 5 bis 7 Pf. beträgt. (Hört, hört!) Die Versorgung mit Lebensmitteln durch die Gemeinde scheint doch nur wünschenswert im Interesse einer gerechten Verteilung; ein Zwischenverdienst jedoch des Magistrats ist auf jeden Fall zu mißbilligen. Redner weist auf die allgemeine Notlage des Kleinhandels hin, der dringender Unterstützung bedürfe. Die Kolonialwarenhändler halten einen Verdienst von 15 v. H. für das mindeste.

Oberbürgermeister Dominicus: Große Beunruhigung haben in der Schöneberger Bevölkerung die Angriffe hervorgerufen, die dem Magistrat eine unzulässige Preispolitik vorwarfen; wer ist nun der Benachteiligte? Der Eindruck bestand, daß sich der Magistrat auf Kosten der Einwohner bereichere, ja, man sprach von staatsanwaltlicher Verfolgung wegen Kriegswuchers. — Das Interesse der Einwohner, der Verbraucher ist von allen diesen Verdiensten unberührt geblieben; die Preise für die Verbraucher sind festgesetzt worden und nicht höher als in Berlin. Eine Beschwerde des Publikums liegt nicht vor; es sind die Kleinhändler, nicht alle, nicht einmal die Mehrheit. 200 Geschäfte sind von uns versorgt worden und bestürmen uns um weitere Lieferungen. Ein einziger Kaufmann war nicht zufrieden mit dieser Preisbemessung und hat dann die Aufregung und Unruhe ins Publikum gebracht. Wir behandeln die Lebensmittelversorgung nicht als gewinnbringendes Geschäft. Bei unserem bisherigen Umsatz von 5½ bis 6 Millionen haben wir 70- bis 80 000 Mark Fehlbetrag gehabt. Wir haben also keinen Zweig des Erwerbslebens zu unseren Gunsten geschädigt. Und wir können nicht Fehlbeträge verantworten, die wir zugunsten eines Gewerbes, des Kleinhandels, ertragen müssen. (Sehr richtig!) Wir haben nach besten Kräften alle Kreise bedacht in Verdienstmöglichkeiten; wir sind nicht dem Teigwarenhändlerverband untergeben, daß wir den Verpflichtungsschein erfüllen müßten. Wir verteilen den Gewinn so, daß alle Beteiligten daran teilhaben. Und wir haben dafür gesorgt, daß die Ware so schnell wie möglich unter das Volk geworfen wird und deshalb die Deputation nicht mehr befragen können. Und wir waren und sind noch die ersten, die die Verteilung dieser Teigwaren durchgeführt haben. Und wir haben die Allgemeinheit berücksichtigt, indem wir die Preise für die Verbraucher festsetzten.

Auf Beschluß des Hauses folgt eine Besprechung der Angelegenheit. Stadtv. Küter (Soz.) greift heftig den Begründer der zweiten Anfrage, Stadtv. Dr. Zeitlin, an und wirft ihm vor, er habe völlig den Verbraucher unberücksichtigt gelassen in seinen Ausführungen. Die Käufer sind die ersten, denen man helfen muß! — Stadtv. Dr. Mumm (Freie Fraktion) fragt den Oberbürgermeister, warum der Magistrat sich an die Höchstpreise beim Verkauf gehalten und sie als Mindestpreise betrachtet hat. Redner ist nicht der Ansicht, daß der Magistrat, um einen Fehlbetrag abzutragen, die Lebensmittel eigenmächtig verteuern darf. Er fragt ferner an, wie überhaupt dieser Fehlbetrag entstanden sei.

Oberbürgermeister Dominicus weist die Angriffe des Vorredners zurück: Warum wäre ein Herabsetzen des Nudelverkaufspreises unmöglich gewesen? Die Kaufleute hätten die städtischen Nudeln zum Höchstpreis verkauft unter dem Vorwande, sie verkauften alte Bestände. Ich bin erstaunt über den Vorwurf, daß wir versuchen, einen Verlust langsam abzutragen. Wäre es nicht pflichtvergessen, wenn wir das nicht versuchten? (Bravo!) Und unsere Lebensmittelpolitik ist durchaus nicht „unzulässig", bis heute, weder vor noch nach dem Bekanntwerden der Angriffe, hat sich eine Behörde oder die Reichsgetreidestelle beschwerdeführend an uns gewandt.

Redner wandte sich gegen neue Angriffe des Stadtv. Dr. Zeitlin: Es handelt sich im ganzen um 20 000 Pfund Nudeln; geben wir zu, drei Pfennig am Pfund verdient zu haben, dann haben wir also 260 Kaufleute um ganze 600 Mark schnöde geprellt! (Heiterkeit.)

Nach zweieinhalbstündiger Verhandlung tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein. Unwesentliche Nachbewilligungen werden schnell erledigt. Ueber die Vorlage des Magistrats, die die Anlage einer Schweinemästerei auf dem städtischen Rieselgute fordert, wird vom Stadtv. Salinger ausführlich berichtet; die Vorlage wird ohne Erörterung angenommen. Auch der Errichtung einer besonderen Kriegsfürsorge für erwerbslose Arbeiter der Textilindustrie wird ohne weiteres zugestimmt.

Tägliche Rundschau
6./VI. 1916

Gegen die Ausfuhrverbote innerhalb des Reichsgebietes.

Berlin, 5. Juni. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine „Verordnung über Ausfuhrverbote" erlassen. Danach haben die Landeszentralbehörden vor dem Erlaß von Verordnungen, die für ihr Bundesgebiet oder einen Teil desselben ein Ausfuhrverbot oder eine Ausfuhrbeschränkung von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs enthalten, oder in ihrer Wirkung einem solchen Ausfuhrverbot oder einer solchen Ausfuhrbeschränkung gleichkommen können, dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebietes Einspruch zu erheben. Beim Erlasse dieser Verordnung bereits bestehende Anordnungen dieser Art sind dem Reichskanzler nachträglich vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Bevor der Reichskanzler ein solches Verlangen stellt, wird er mit der beteiligten Landesregierung sich ins Benehmen setzen und dafür Sorge tragen, daß durch entsprechende Versorgungsregelung und Preisfestsetzung für die beteiligten Wirtschaftsgebiete eine unbillige Schädigung des Ausfuhrgebietes vermieden wird.

Frankfurter Zeitung
7./VI. 1916

Kriegstagung der deutschen Kriegsausschüsse.

= **Leipzig**, 4. Juni. Eine gestern und heute hier abgehaltene Vertreterversammlung der deutschen Kriegsausschüsse, die aus allen Teilen des Reiches besucht war, nahm nach Vorträgen der Herren Geh. Medizinalrat Dr. Rubner und Reichstagsabgeordneter Rob. Schmidt folgende Entschließung an:

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, der in seiner Organisation jetzt 7½ Millionen Anhänger, also mit ihren Angehörigen zusammen 25—30 Millionen Mitglieder deutscher Verbraucher, insbesondere aus den minderbemittelten Massen umfaßt, fordert auf Grund der Beratungen seiner zweiten Kriegstagung am 4. Juni 1916, daß die öffentlichen Maßnahmen zur gerechten und vernünftigen Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Nord und Süd, Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, Arbeitenden und Nichtarbeitenden gemäß den Richtlinien seines Wirtschaftsplanes mit der den Kriegsverhältnissen entsprechenden Entschlossenheit durchgeführt und die Lebensbedarfspreise, zumal von der neuen Ernte an, mit den Gestehungskosten in Einklang gebracht werden. Die Erfüllung dieser Forderungen, die für die Aufrechterhaltung der inneren Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes von entscheidender Bedeutung ist, erwartet der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen von den zuständigen Stellen, voran dem Kriegsernährungsamte in einmütigem Zusammenwirken mit den Bundesstaatlichen Regierungen, den Kriegsgesellschaften und Gemeindeverwaltungen, um so dringlicher, als er mit dem Herrn Präsidenten von Batocki der Ueberzeugung ist, daß unsere Vorräte bei willensstarker, planmäßiger Bewirtschaftung durchaus zureichen, um die Aushungerungsabsichten der Feinde zu Schaden zu machen. Der Kriegsausschuß selber wird mit seinen 82 angeschlossenen Arbeiter-, Angestellten- nd Beamten-Verbänden nach wie vor alle Kräfte und Mittel zum sieghaften Durchhalten einsetzen.

Kölnische Zeitung
7. VI. 1916

Vermischtes.

L **Die Kriegsernährung vom Standpunkt des Arztes.** Nach den zahlreichen Betrachtungen, die in der letzten Zeit vom volkswirtschaftlichen und vom organisatorischen Standpunkt über das Problem unserer durch den Krieg beeinflußten Nahrungsmittelversorgung veröffentlicht wurden, ist es von hohem Interesse, festzustellen, inwieweit die Art der bisherigen Kriegsernährung auf den durchschnittlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung von Einfluß war. Wertvollen Aufschluß hierüber gibt eine übersichtliche Betrachtung des Charlottenburger Stadtrates A. Gottstein, in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, die das Ergebnis der in Groß-Berlin gemachten Beobachtungen darstellt. Nach diesen Untersuchungen ist der Gesundheitszustand und Ernährungszustand der Bevölkerung von Groß-Berlin bis zum heutigen Tage als durchschnittlich befriedigend zu bezeichnen. Zwar hat sich die Zusammensetzung der Nahrung geändert, und wenn man nur die verringerten Mengen der hervorragendsten Nahrungsmittel wie Brot, Butter, Kartoffeln, Mehl, Zucker, Fleisch und Milch nach ihrem Kaloriengehalt untersucht, so ergeben sich Werte, die für wachsende oder körperlich tätige Menschen verhältnismäßig niedrig sind; doch um gerecht zu sein, muß man die Ergänzung durch andere Nahrungsmittel wie Gemüse, Käse, Obst, Eier und Räucherwaren in die Gesamtberechnung miteinbeziehen, wodurch keine wesentliche Verringerung der Kalorienmenge zu verzeichnen ist. Es mag Tatsache sein, daß bei der Mehrzahl der Bevölkerung eine kleine Gewichtsabnahme erfolgte; doch abgesehen davon, daß zahlreiche Ärzte diese Erscheinung als keineswegs unerwünscht bezeichnen, weisen unter den reifern Männern aller Stände in Groß-Berlin noch immer 30 bis 40 Prozent einen überdurchschnittlichen Ernährungszustand auf. Was die Krankenhäuser angeht, so wird betont, daß bis in die jüngste Zeit keine Zunahme von konstitutionellen Erkrankungen oder von Ernährungsstörungen zu verzeichnen war. Sehr günstig gestalten sich die Jahresberichte der Schulärzte, die übereinstimmend bezeugen, daß sowohl der allgemeine Gesundheitszustand wie besonders der Ernährungszustand der Schuljugend keinen Anlaß zu Klagen oder Besorgnissen gibt. Wie falsch es wäre, zu behaupten, daß eine allgemeine Unterernährung zu beobachten sei, erhellt aus der folgenden, sehr bezeichnenden Tatsache: Bei staatlicher Regelung der Kartoffelversorgung wurden die zugelassenen Mengen auf den Kopf der Berliner Bevölkerung geringer bemessen, als dies in den meisten andern Städten der Fall war. Und erst nach einer kurzen Übergangszeit trat ein besserer Zustand ein, der reichlichere Mengen von Kartoffeln auf bequeme Weise zur Verfügung stellte. Hätte nun das Fehlen wirklich wichtiger Nährstoffe zu einem Ausgleich durch erhöhten Kartoffelgenuß gedrängt, so wären in der Übergangszeit sicherlich Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung zu erwarten gewesen. Doch diese Klagen sind ausgeblieben, und überdies ergeben die Feststellungen der letzten Monate, daß der Kartoffelverbrauch sich in erheblichem Maße unter der ohnedies schon niedrig gehaltenen Zuteilung hielt. Hiermit ist am klarsten bewiesen, daß vom medizinischen Standpunkte eine Not an unentbehrlichen Nahrungsmitteln nicht besteht, da sonst dieser Mindestverbrauch unmöglich hätte eintreten können.

Vossische Zeitung
7./11. 1916

Die neue Speisekarte.

Aus der Kriegschronik der Gastwirte.

Mit dem heutigen Tage erfährt das Wahlrecht der Gasthausbesucher, soweit es sich auf die Zusammenstellung einer reichhaltigen und vielgliedrigen Speisenfolge bezog, eine weitere Einschränkung. Wie gemeldet, darf die Speisenkarte nur je zwei Gerichte zur Wahl aufweisen. Das verbannte und nun zurückkehrende „Menu" darf höchstens eine Suppe, ein Fisch- oder Zwischengericht, ferner Fleisch und Beilage, und schließlich entweder Kompott oder Salat, oder eine Süßspeise oder Käse, also nicht mehr als vier Gänge, umfassen. Die Speisenkarte schrumpft damit innerlich und äußerlich erheblich zusammen, was bei der Papierknappheit nur zu begrüßen ist. Die Schreibkellner, die schriftkundigen Speisekartographen haben, obgleich sie jetzt auch Gewichtsangaben eintragen müssen, nicht entfernt mehr so viel zu tun als in den Zeiten, da man bis zur Ankunft der bestellten Herrlichkeiten die Karte als anregende, wenigstens appetitanregende Lektüre genoß und eine Semmel aus dem Brotkorb langsam knabberte und zerbröckelte.

Der Brotkorb . . . Er war der erste, der die neue Lage im Gastwirtsgewerbe am eigenen Laibe erfahren mußte. Mit ihr begann die Kette von Umwälzungen, deren neuestes, aber wohl nicht letztes Glied die Zweispeisenkarte ist. Die Liste der für Gastwirte erlassenen Verordnungen stellt heute schon ein kleines Sammelwerk dar. Dem Verschwinden des Brotkorbes folgten Bestimmungen, die Brot nur auf Wunsch, gegen Bezahlung und schließlich nur gegen Brotkarte abzugeben erlaubten. Die verkürzte Polizeistunde und das Tanzverbot, die Unterdrückung der Nachmittagskabaretts und die Anmeldepflicht für Versammlungen kamen. An Soldaten durfte Schnaps überhaupt nicht, an Zivilisten nur bis 9 Uhr abends ausgegeben werden. Die Schlagsahne ging in die Verbannung, das Menu wurde abgeschafft, Kartoffeln sollten gespart, gekochte Fleischgerichte vor den gebratenen bevorzugt werden. Schließlich stellten sich die fleisch-, fett- und schweinelosen Tage ein, Montag die Fleischkarten und heute — die neue Speisenkarte.

Von der Pflicht des Umlernens, die der Krieg der Gesamtheit brachte, ist den Gastwirten auch sachlich ein besonders reiches Maß auferlegt worden. Sie arbeiten unter äußerst schwierigen Verhältnissen: Bier ist sehr knapp, Fleisch, Eier, Kartoffeln, besonders Kaffee, Tee, Zucker, Milch, Butter schwer zu beschaffen. Die Wirte konnten dennoch und trotz wachsenden Wettbewerbs der öffentlichen Speisungen den Tisch für weite Volkskreise gedeckt halten. Um das „Durchhalten" in der Heimat haben sie sich damit ein Verdienst erworben, das nicht unterschätzt werden darf. m.

Die Zeit
7./11.1916

Deutschlands drittes Kriegswirtschaftsjahr.

Der Vortrag des Geheimrates Prof. Rubner.

Auf der Jahrestagung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, die am Sonntag, wie berichtet, in Leipzig stattfand, hielt Geheimrat Prof. Rubner, der Direktor des Physiologischen Instituts in Berlin, einen vielbeachteten Vortrag über die Ernährungsaussichten Deutschlands für das dritte Kriegsjahr. Wir haben über diesen Vortrag bereits kurz berichtet, geben ihn aber mit Rücksicht auf die Bedeutung des Vortragenden und des von ihm behandelten Themas im nachfolgenden ausführlich wieder. Geheimrat Prof. Dr. Rubner führte aus:

Notwendig ist jetzt angesichts der Fleischknappheit eine völlige Sicherstellung der für die menschliche Nahrung nötigen Vegetabilien, ebenso die Regelung des Verkehrs von Milch und Milchprodukten. Auch die Kartoffelfrage muß eine andere Regelung erhalten. Bis Oktober, November wird aus Kriegsnotwendigkeit mit der geringeren Fleischration zu rechnen sein. Daher muß ein Teil der Magermilch der städtischen Ernährung zugeführt werden. Der Fleischausfall dürfte in den Großstädten durchschnittlich 150 Gramm täglich betragen. Demgegenüber hat man Vorschläge gemacht, von denen viele in den Tag hinein gesprochen sind. Spinat bedeutet unter den Gemüsen ein sehr nahrhaftes Essen; aber um den Fleischausfall zu ersetzen, brauchten wir 1532 Gramm Spinat (7 volle Teller), bei Rosenkohl wären es 860 Gramm (4 Teller voll). Die 150 Gramm Fleischausfall können wir aber auch ersetzen durch 128 Gramm Brot oder 82 Gramm Käse, oder 4 Eier, oder 585 Gramm Milch, bei Obst aber müßten wir schon 1100 Gramm Aepfel essen. Der Fettausfall könnte am leichtesten ertragen werden. Hier handelt es sich vielfach um Gewohnheiten. Man würde vielleicht aus entsprechenden Vegetabilien Ersatz bilden können.

Das wichtigste bleibt die Regulierung des Brotes. Brot und Mehl machen 42·4 Prozent unseres ganzen Nahrungsbedarfes aus, die animalischen Stoffe (Fleisch, Fett, Butter, Eier, Milch) 33·9 Prozent, davon nur 13 Prozent Fleisch, 8·2 Prozent Fett. Der Vortragende hält eine schematische Behandlung der Brotkarte für falsch. Im Süden des Reiches, wo man gewöhnt ist, mehr Brot und Mehl zu verzehren, hat die Einschnürung weit mehr Eindruck gemacht, umgekehrt ist der Norden durch den Fettmangel mehr getroffen. In den Städten ist der Fleischbedarf größer als auf dem Lande. Es ließen sich mancherlei Verbesserungen einführen, wenn man die verschiedenartigen Bedürfnisse mehr berücksichtigte. Viele würden an Stelle von Fleisch lieber mehr Milch verzehren, andere vielleicht weniger Brot und mehr Fett wünschen. Deshalb sei es bedenklich, alles zu rationieren.

Ungeheuerer Kraftverbrauch wird bei den Butter- und Fleischpolonäsen verschwendet. Bei einer Ration von 100 Gramm Butter kann man rechnen bis 4 Gramm Abzug für Papier, so daß die Frau nach vierstündigem Stehen nur noch 44 Gramm Butter nach Hause trägt. Dann hätte sie richtiger getan, sechs Stunden im Bett zu bleiben, und sie hätte weit mehr Fett eingespart. (Heiterkeit.) Die Qualität der Nahrung ist eine Frage, die auch in der Friedenszeit von den Konsumentenvereinigungen scharf ins Auge gefaßt werden muß, namentlich hinsichtlich der Beaufsichtigung der von der Großindustrie auf den Markt geworfenen Surrogate. Hygieniker und Physiologen stehen hinter dem Verbraucher. Zu den schamlosesten Uebervorteilungen gehört, was dem Publikum an Gemüsekonserven geboten wird. Kein Mensch weiß, was in der Büchse drin ist.

Im zweiten Kriegsjahr sind wir mit der Preistreiberei auf die Höhe gekommen. Während die Getreideernte gering war, ist die der Wucherer um so größer. Viele Milliarden hat uns die wucherische Ausbeutung auferlegt. Der Abbau der Preise wäre eine der wichtigsten Aufgaben.

Sehr scharf wendet sich Rubner gegen den Vorschlag, alles mit Gulaschkanonen zu machen. Mit Volksküchen und Mittelstandsküchen könne man genügend erreichen. Nach seiner Kenntnis der Gesundheitsverhältnisse glaubt Redner versichern zu können, daß wir bei guter Organisierung des Verbrauches ohne Schädigung der Gesundheit durchhalten können. Wir haben zwei Jahre durchgehalten. Die Soldaten, die im zweiten Jahr hinausgeschickt wurden, waren nicht schwächer als die im ersten Jahre. Wir brauchen nur die Augen offenzuhalten und sollten bedenken, wie unendlich viel wir gegenüber unseren Feinden erreicht haben, die uns schon zum 15. Juni 1915 den Hungertod prophezeiten. Wir sind noch nicht verhungert, im Gegenteil, wir kommen jetzt auf den Gleichgewichtszustand! Ueppig ist es bei uns freilich nicht bestellt; wir müssen uns einrichten und sparen; wo Mängel vorhanden sind, müssen sie abgestellt werden. Aber dann werden wir ohne Schädigung des Volkes durch den Krieg kommen, so lange er dauern mag.

Arbeiterzeitung 7./11. 1916

I

95

Preistreibereien in Wien vor hundert Jahren.

Seit fast zehn Jahren haben die Agrarier so gute Zeiten, wie lange vorher keine zu finden waren. Sie danken es den Schutzzöllen auf landwirtschaftliche Produkte, daß diese seit einer Reihe von Jahren im Preise so sehr hinaufgetrieben wurden, daß die gewaltige Teuerung schon in den letzten Friedenszeiten unerträglich schien. Nun erleben wir aber eine Teuerung, die alle Preiserhöhungen der Friedensjahre weit in den Schatten stellt. Man hätte solche Preise früher für unmöglich gehalten und wird sich im Frieden wohl lange wundern, daß es in solchen teuren Zeiten den Volksmassen möglich war, mit dem geringen Einkommen hauszuhalten. Daß Preistreibereien nichts Neues und Zeiten wirtschaftlicher Not nicht allzuselten sind, erzählen uns viele alte Chroniken. Aber auch Schriften aus neuerer Zeit berichten davon. Um 1780 herum begann der Wiener Geschichtschreiber Pezzl Beschreibungen der damaligen Zeitzustände in einem kleinen Werke erscheinen zu lassen, das den Titel „Skizze von Wien" hatte. Darin entwarf er in einzelnen Abschnitten Bilder des Lebens und Treibens der Wiener, ihrer Sorgen und Freuden, ihrer Eigenarten und Unarten. Seine Schilderungen fanden schon im alten Wien so vielen Anklang, daß diese Werke noch mehrere Jahrzehnte danach in veränderter Auflage erschienen. Das bewog Pezzl um 1805, eine „Neue Skizze von Wien" herauszugeben, die gleichfalls eine Menge Einzeldarstellungen des Wiener Lebens und der Zustände im Stadtbild enthielt. Dieses sehr seltene Buch bringt eine Schilderung der „unerhörten Teuerung" von 1804, die sich liest, als wäre sie in unseren Tagen geschrieben, mit Ausnahme mancher Lebensmittelpreise, die man heute gern herbeiwünschen möchte. So sagt unser Chronist, daß Wien ehedem den Ruf hatte, daß man hier wohlfeiler lebe als in jeder anderen europäischen Hauptstadt. Dieser Satz sei noch dann wahr geblieben, als 1788 und 1789 und dann wieder 1798 und 1799 viele Lebensbedürfnisse merklich in ihrem Werte stiegen. Seit dem Herbste 1801 sind aber die Preise aller Gegenstände, die zu den Notwendigkeiten des Lebens gehören, auf eine solche Stufe der Ueberteuerung hinaufgeschraubt worden, daß man sie für Wien mit Recht unerhört nennen kann. „Im Vergleich mit der guten alten Zeit ist's jetzt beinahe," sagte damals Pezzl, „als ob wir in einer belagerten Stadt lebten." Die Ursachen dieses Zustandes der Dinge sind vielfältig; teils wahr, teils scheinbar, teils zufällig, teils erkünstelt. Wahrscheinlich trugen dazu die unruhigen Jahre bei, die auch Oesterreich mit Krieg bedrohten. Schon in den letzten Monaten von 1801 fing die Plage plötzlich an, dann wurde sie immer ärger.

Ein dürrer, heißer Sommer, der lange ohne Regen blieb, Bäche und Brunnen austrocknete, verschärfte 1802 die wirtschaftliche Not, die Feldfrüchte waren vertrocknet, die Wiesen dürr, so daß es für das Vieh zu wenig Futter gab, weshalb viele Landleute Vieh schlachten mußten. 1803 verfiel der Sommer ins Gegenteil. Seine Nässe und die frühe Herbstkälte beeinträchtigten den Fruchtertrag. Er war immerhin noch erträglich. Doch waren die Verkäufer, wie Pezzl sagt, „nun schon an höhere Preise gewöhnt; es mischte sich auch sichtlich Wucher in die Sache und statt daß die gehofften Preisnachlässe erfolgten, geschahen neue Steigerungen. Bei den Verkäufern bewährte sich die alte Regel: je teurer sie in einem Jahre verkaufen, um so viel teurer wollen sie in den folgenden verkaufen. Heutzutage ist es eine unumstößliche Regel: Wer bloß kauft, ist unwiederbringlich gedrückt, wer aber auch verkauft, der erhöht in eben dem Verhältnis seine Waren wie der Landmann seine Produkte und ist somit geborgen."

Pezzl fehlte es an der tieferen Einsicht in soziale Dinge, er wußte auch nicht recht den Zusammenhang vieles Geschehens zu ergründen. Ihm war es ja nicht darum zu tun, seine Zeit zu studieren und zu untersuchen, sondern nur davon zu erzählen und an dem und jenem zu tadeln, wenn es seinen Zeitgenossen Vergnügen machte. Aber er findet doch hie und da ein Körnchen Wahrheit und manches treffende Wort. Was er erzählt, gleicht einem Spiegelbild unserer Tage.

Woher kommt die Teuerung? fragt er sich. Er findet dafür zwei ziemlich klare Ursachen: „Die eine ist, weil die Landleute durch den langwierigen Krieg und andere Umstände so wohlhabend geworden sind, daß sie gegenwärtig einen Teil jener Erzeugnisse, die sie ehedem fleißig zu Markte trugen, selbst in Freuden verzehren, als da sind Geflügel, Eier, Käse, Schweine, Obst ꝛc., und auch mit dem Getreide und dem Wein keineswegs zum Verkauf eilen, sondern sachte abwarten, bis die Preise davon auf einer ihnen beliebigen Höhe stehen. Die zweite ist, weil jene

Arbeiterzeitung
Z. 11. 1916

96 II

Preistreibereien in Wien vor hundert Jahren.

beträchtliche Zahl von Kapitalisten, die sich während des Krieges mit dem einträglichen Agiotieren, mit segensvollen Lieferungen abgaben, jetzt ihre schweren Geldmassen mitunter zum Vorkauf von Lebensmitteln verwenden. So weiß man, daß ein Herr X von Zeit zu Zeit alle Weine einer Strecke von sechs Quadratmeilen zusammenkauft, sie in seine Keller führt und damit wartet, bis der dadurch entstandene Mangel den Preis hübsch in die Höhe treibt. So haben wir schon erfahren, daß ein Herr Y in einer beträchtlichen Strecke von Ungarn und Kroatien alle Eierzusammenkaufen ließ. Solchen Menschenfreunden haben wir es vermutlich zu verdanken, daß vor nicht langer Zeit ein Ei 7 und 10 Kreuzer und eine Woche lang gar 17 Kreuzer kostete."

Heute hören wir die gleichen Klagen und machen dieselben Beobachtungen, leider in verstärktem Maße. Auch in unseren Tagen sind es wieder eine Menge Beutegieriger, die sich auf alles Verwertbare stürzen, um es zu ihrem Nutzen dem Volke zu verteuern. Wer jetzt durch unmittelbare Kriegslieferungen oder als Strohmann Geld verdient, ist damit nicht zufrieden. Sein Nutzen wird neuerlich in wichtigen Bedarfsgegenständen festgelegt, um daraus wieder Profit zu prägen.

Wie sehr die Teuerung vor mehr als hundert Jahren alles beeinflußte, erzählt uns Pezzl an mehreren Beispielen. So haben die Wohltätigkeitsstiftungen kaum mehr bestehen können, weil ihre Einnahmen zu knapp wurden: im Krankenhause mußten wegen der Teuerung die Tagesverpflegsgebühren von 30 auf 40 Kreuzer und von 1 Gulden auf 1 Gulden 30 Kreuzer erhöht werden. Die geistlichen Kandidaten hatten die doppelte Verpflegsgebühr ins Kloster mitzubringen, die Theater erhöhten ihre Preise. Nur die kleineren Leute mußten sich mit ihrem früheren Einkommen begnügen wie heute.

Und doch schienen es damals noch ideale Zeiten zu sein, wenn man hört, wie niedrig die wichtigsten Lebensmittel im Preise standen. Allerdings waren damals auch die Löhne kleiner, die Kaufkraft des Geldes weit größer als in unseren letzten Friedensjahren. Von 1787 bis 1804, also innerhalb von siebzehn Jahren, stieg das Kilogramm Rindfleisch von 12 auf 24 Kreuzer, Kalbfleisch von 14 auf 30 Kreuzer, Schweinefleisch von 14 auf 40 Kreuzer. Ein Kilogramm Kaffee von 40 auf 424 Kreuzer, Zucker von 80 auf 260 bis 400 Kreuzer, Butter von 34 auf 96, Schmalz von 40 auf 68, Seife von 24 auf 54, Wachskerzen von 206 auf 296 Kreuzer. Ein Paar Hühner von 20 auf 48, eine Ente von 25 auf 106, ein Fasan von 100 auf 300, ein Liter Wein von 6 bis 28 auf 18 bis 100 Kreuzer. In dieser Zeit ging der Arbeitslohn eines Taglöhners von 48 Kreuzer auf einen Gulden hinauf. Pezzl behauptet dies und sagt, dies sei der Lohn für eine sechsstündige Arbeitszeit gewesen. Nach seiner Behauptung wären damals die meisten Arbeitslöhne, auch die der Handwerksburschen, der Professionisten und der Fabrikanten in die Höhe gegangen. Wie weit dies zutraf, läßt sich heute nicht leicht feststellen. Aber es scheint, daß auch diese Steigerung der Löhne, die notgedrungen eintreten mußte, wollten die Leute die Lebensmittel erschwingen können, nicht so weit reichte, um den gesteigerten Preisen zu entsprechen. Ein Mann, der in der Stille für sich lebte, fand seine Wohnung von 60 Gulden im Jahre auf 128 Gulden erhöht, Holz und Licht waren in dieser Zeit von 24 auf 40 Gulden gestiegen, Winterkleider von 40 auf 60 Gulden, Sommerkleider von 30 auf 40 Gulden, der Waschlohn von 10 auf 30 Gulden, das Essen von 180 auf 500 Gulden.

Das waren allerdings die Bedürfnisse eines Mannes aus dem Mittelstand. Die Arbeiter konnten sich auch solche Ausgaben nicht leisten. Wenige Jahre vor Beginn dieser Teuerung bezahlte man in einem einfachen Wiener Gasthaus für eine Rindfleischsuppe mit Nudeln 2 bis 3 Kreuzer, für Rindfleisch mit Kren 6 bis 7 Kreuzer, für Pöckelzunge mit Spinat 5 bis 6 Kreuzer, für Mehlspeise 7 bis 9 Kreuzer, für Kalbsbraten 7 Kreuzer, für ein Viertel gebackenes Huhn 24 Kreuzer; für diese Zeit sehr viel. Damals erforderte eine Wohnung im vierten Stock in der Innern Stadt, bestehend aus zwei großen Zimmern, einem Kabinett und einer Küche, im Jahre 170 Gulden, der Mittagstisch 30 Kreuzer; die Ausgaben für einen Mann im Tag etwa einen Gulden. Damit konnte er gut drauskommen, wenn er keine Familie hatte. In den folgenden Teuerungsjahren kamen die Wirtshauspreise auf das Doppelte, so daß ein Mittagmahl fast ein Viertel bis ein Drittel des Taglohns verschlang.

Ein Kilogramm Rindfleisch kostete den Arbeiter etwa ein Viertel des Taglohnes, ein Kilogramm Schweinefleisch oder Schmalz fast die Hälfte. Heute müßte der Arbeiter einen Taglohn und noch mehr opfern, wenn er es vermöchte, ein Kilogramm Fleisch oder Schmalz zu kaufen. Die Wohnung verschlang damals etwa ein Viertel bis ein Drittel des Einkommens eines Arbeiters, heute muß er zumeist noch ein wenig mehr als diesen Anteil für das Wohnen hergeben. Und er wohnt hier leider noch immer teuer und schlecht. Zucker und Kaffee waren vor hundert Jahren Luxusartikel, die aus fernen Ländern auf langwierigen Transporten kamen und dadurch riesig verteuert wurden, als die Teuerung auf ganz Europa übergriff, das durch die unsichere Lage und die wiederholten Kriege zum Teil verwüstet worden war. Preistreibereien und Teuerung sind leider mit allen langdauernden Kriegen verknüpft gewesen. Die Teuerung unserer Tage, die anscheinend noch nicht die Höhewelle überschritten hat, zeigt uns, daß sie in vielem ärger ist als selbst die, die vor einem Jahrhundert in Wien als unerhört angesehen wurde. Damals sprach man schon von der guten alten Zeit. Wie froh wäre man, wenn man jetzt davon noch ein Stück erhaschen könnte. G. W.

Hamburger Fremdenblatt

978

8/VI. 1916

Batocki im Reichstag.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 7. Juni.

Der Reichstag hat seine Absicht, die Beratungen am Mittwoch zu beenden, nicht durchführen können. Wir bedauern das nicht; denn die große Frage der Ernährung unseres Volkes überragt alles andere, was der Reichstag behandelt hat, an Wichtigkeit und Bedeutung so sehr, daß man sie nicht zwischen Tür und Angel erledigen soll, auch wenn die eigentliche sachliche Arbeit in der Kommission bereits getan ist. Denn unser Volk muß wissen, wie die Dinge stehen, und das Ausland soll das nicht minder wissen. Gerade durch rückhaltlose Offenheit wird dem Ausland die letzte Hoffnung, uns auszuhungern, genommen werden, unser eigenes Volk aber zugleich aufs neue begreifen, warum, wie weit und mit welchem Enderfolg es sich Entbehrungen aufzuerlegen hat. So hat denn die Kommission beschlossen, mit der Geheimniskrämerei aufzuräumen und unsere Ernährungslage ganz offen darzulegen.

Auf zwei Dinge hat sie ihre Arbeit erstreckt: darauf, ob die Reste der alten Ernte für die Schlußwochen des alten Erntejahres reichen, und darauf, wie die begangenen Fehler auf dem Gebiet der Preisbildung wie der Verteilung in der Aufstellung eines neuen Generalwirtschaftsplanes für das kommende Jahr vermieden werden können. In letzterer Beziehung stehen die Arbeiten natürlich noch am Anfang. Das andere aber ist nun ganz zweifellos erwiesen, daß wir, wenn auch in Knappheit und Entbehrung, ausreichen, und daher der Aushungerungsplan Englands definitiv gescheitert ist für das Jahr 1915 bis 1916, und das heißt zugleich für alle Folgezeit. Denn auch in dieser Beziehung hat Erfahrung uns klug gemacht, und nicht schwächer, sondern stärker, vor allem dank der guten Aussichten, die die neue Ernte bietet. Die Offenheit, mit der wir diese Dinge jetzt besprechen, wird daher vor allem den Segen in sich tragen, daß das Ausland, wie Graf Westarp sagte, ein klares Bild bekommt, wie weit der Mangel auf unsere Entschlußkraft einwirkt, nämlich gar nicht. Daneben aber wird sie unserem Volke den Willen zum Durchhalten stählen durch die klare Erkenntnis, daß jeder Einzelne Opfer bringen muß, aber daß sie auch nicht vergeblich gebracht werden.

Der kritische Augenblick des Wirtschaftskrieges ist also überwunden. Trotzdem stehen wir erst am Anfang der neuen Organisation, und die Zahl der Forderungen, die vorgebracht werden müssen, ist Legion. Um so weniger aber darf Zeit und seelische Kraft verschwendet werden durch fruchtlose Kritik in verhetzender Form an den begangenen Fehlern, wie der Sozialdemokrat Hoffmann sie übte, obwohl er sachlich in manchen Punkten recht hat. Die Kritik muß fruchtbar sein, und das ist sie nur, wenn sie sachlich bleibt. Bei aller Erbitterung über das Vorhandensein wucherischer Tendenzen dürfen wir nicht ganze Stände und Berufe entschuldigen noch auch den verbündeten Regierungen in Bausch und Bogen alle Schuld zuschieben, auch wenn viel gesündigt worden ist auf allen Seiten. Herr Hoffmann schloß mit dem Bekenntnis, daß wir vor Aushungerung geschützt sind. Uns auch vor Ausbeutung durch gewissenlose eigene Volksgenossen zu schützen und eine rechte Verteilung sicherzustellen, das eben wird die Arbeit sein. Aber durch Schimpfen wird sie nicht gefördert.

Auch der schleswig-holsteinische Fortschrittler Hoff hat in längerer vorzüglicher Rede scharfe Kritik geübt und an die Spitze seiner Forderungen gestellt, daß durch die hohen Preise der letzten Monate nicht ein weiteres Jahr Arbeiterschaft, Beamtenschaft und der gesamte Mittelstand ausgesogen werden dürfen. Auch hat er mit Recht gegeißelt, daß in Preußen manche Behörden, bis zum Landwirtschaftsminister hinauf, sich in unbegreiflicher Hartleibigkeit gesträubt haben, geradezu zwingende Gebote der Stunde zu erkennen und zu befolgen. Aber schon da beispielsweise beginnt die sachliche Verschiedenheit der Ueberzeugungen, wenn es gilt, festzustellen, wie weit unser Viehstand in der jetzigen Uebergangszeit weiter geschwächt werden darf. Jedenfalls aber wird nur solche sachliche Auseinandersetzung dem Allgemeinwohl dienen.

Das ist es auch, was Herr von Batocki vom Reichstage erbittet. Das und vor allem die Einwirkung auf unser Volk, die Größe der Schwierigkeit zu erkennen und an ihrer Ueberwindung mitzuarbeiten. Herr von Batocki hat gewissermaßen den Reichstag im Sturm erobert, vor allem durch die zwanglose, rückhaltlos offene und natürliche, dabei aber niemals übertriebene Art, wie er sachlich die Punkte anfaßt, die zunächst am dringendsten sind. Sein ganzes erstmaliges Auftreten heute im Plenum des Reichstages war gewissermaßen ein Ausschnitt aus seiner rastlosen Tätigkeit. Er kam, wollte sprechen, wartete, mußte wieder fort, weil sein Tag mit 24 Stunden nicht ausreicht, kam aber dann wieder aus wichtiger Sitzung, da er abends nach München zu reisen hatte und anderen Tages nicht mehr anwesend sein konnte. Und dann gab er in wenigen klaren, knappen Worten einen Rechenschaftsbericht über das, was er in den letzten vierzehn Tagen getan hat. Die noch zu haltenden Reichstagsreden hat er versprochen, in den Nachtstunden nachzulesen.

In launiger Weise erzählte Herr Batocki, wie er in dem neuen Amt zunächst nur einen neugekauften Schreibtisch, einen Stuhl und ein Tintenfaß vorfand und sich bereits die Schreibmaschinendamen aus Königsberg kommen lassen mußte, weil jetzt in dem Artikel angeblich in Berlin nichts zu haben war. Das neue Amt hat dann begonnen, sich an Personal zu vervollständigen, und eine Reihe von durchgreifenden Beschlüssen, die sich auf die Zuckerverteilung, auf die Butterversorgung, auf das Verfütterungsverbot für Kartoffeln, auf die Bestandsaufnahme in Haushaltungen und auf die Einschränkung des unlauteren Lebensmittelhandels beziehen, sind bereits die Frucht der ersten Arbeitszeit gewesen. Man hat Herrn von Batocki gesagt, in seinem Amt komme es tatsächlich mehr auf die Fixigkeit des Handelns als auf die Richtigkeit an. Natürlich nur cum grano salis zu verstehen.

Aber etwas Richtiges ist daran, und es kann nur sympathisch berühren, wenn der neue Reichsernährungschef selbst bekennt, daß er nicht immer weiß, ob eine schnell zu treffende Maßregel auch richtig war, und daß er ohne einen gewissen Wagemut nicht auskommt. Er eben hat ja den aus Bedenklichkeiten zusammengesetzten, vielverzweigten, unorganisch zusammenarbeitenden Behörden gefehlt, in deren Hand bisher die Ernährungsfrage lag. Trotzdem will Batocki selbstverständlich nach Möglichkeit nur Anordnungen treffen, die auch dann gleich für die ganze Dauer des Krieges bestehen bleiben, damit Vertrauen, Einheitlichkeit und Sicherheit in der Durchführung sich einbürgert und vor allem auch die lokalen Behörden imstande sind, das angeordnete im Kopf zu behalten, was bei der bisherigen unübersehbaren Fülle von Verordnungen schlechterdings nicht möglich war. Besonders günstigen Eindruck hat auf den Reichstag auch die Erklärung gemacht, daß vom grünen Tisch aus die Aufgabe des neuen Ernährungsamtes nicht gelöst werden kann, sondern daß sein Chef persönlich alle Teile des Landes zu bereisen beabsichtige, um aus eigenem Augenschein das Notwendige zu erkennen, wie denn auch seine jetzige Reise nach München und anderen süddeutschen Staaten der Abhilfe dringlichster Notstände dient.

Der Reichstag hat die kurzen Erklärungen Batockis mit einem kräftigen Bravo beantwortet, wie es der Empfindung runden, glatten Einverständnisses zu entspringen pflegt. Batocki kann sicher sein, daß die Abgeordneten seinem Wunsch entsprechend jeder an seinem Teile und in seinem Kreise dazu beitragen werden, im Volke das Bewußtsein zu stärken, daß wir alle Mann mit im Kriege stehen als Kämpfer und unentbehrliche Mithelfer bei der Erringung eines Sieges, der uns, wenn wir nur alle wollen, nicht mehr genommen werden kann. Hoffen wir, daß auch umgekehrt die Erwartung, die Batockis erste Amtstage im Reichstag erweckt haben, in Erfüllung gehe. Sie beziehen sich nicht auf Unmögliches, sondern darauf, daß Kraft, Sicherheit und Einheitlichkeit künftig in unserer Kriegswirtschaft allein das Wort führen.

Hamburger Fremdenblatt
8/VI. 1916

Erste Generalversammlung des Verbandes Deutscher Hausfrauen.

Hamburg, 8. Juni.

Ein freundliches Bild bot heute der große Saal des Curiohauses mit dem geschmackvoll verzierten Podium, auf dem der Vorstand vom Bund Hamburgischer Hausfrauen schon morgens 9½ Uhr versammelt war. Bald strömte eine zahlreiche Zuhörerschaft herbei, unter der sich viele Vertreter von auswärts befanden. Die Erste Vorsitzende des Verbandes, Frau Martha Voß-Zietz, richtete Worte herzlicher Begrüßung an die Anwesenden und sprach ihre Befriedigung aus, daß die Landwirtschaftskammer Hannover, der Verein für Konsumenteninteressen von Hamburg-Altona vertreten sind, und daß Wien eine offizielle Vertreterin in Frau Sasse entsandt hat. Im Namen des Bundes Hamburgischen Hausfrauen begrüßte sodann die Vorsitzende, Frau R. Goldschmidt, die Versammlung und wies darauf hin, daß für die erste Tagung der 70 Vereine mit ihren 45 000 Mitgliedern Hamburg mit seinem großen Wirtschaftsleben der geeignete Ort sein dürfte.

Im Mittelpunkte der Morgenversammlung stand sodann der Vortrag von Herrn Professor Wygodzinski (Bonn) über

„Steigerung der heimischen Produktion durch die Hausfrauen".

Einleitend bemerkte er humorvoll, daß der Hausfrau heute solche unerwartet große Aufgaben zufallen, daß in Zukunft vielleicht eine Frauenvertretung auch innerhalb des Generalstabs zu erwarten stehe. Diese Aufgaben umfassen u. a. auch den Güterumlauf, die innere Kolonisation, zu der sich die Idee der Gartenstadt erweitern muß, und vieles andere mehr. Die Wirkungs-Sphären der Hausfrau verwandeln sich durch die Ereignisse des Krieges in Kristallisationspunkte für Neuorientierung der Konsumtion und Produktion. Zu all den Einzelaufgaben muß die Frau erst erzogen werden, damit wir fortan von einer deutschen Volkswirtschaft sprechen können. Im wesentlichen legte der Vortragende seinen eingehenden Darlegungen nachstehende

Leitsätze

zugrunde.

Die Hausfrau ist die Leiterin der Konsumtion, die den größten Teil der nationalen Produktion in Anspruch nimmt. Sie hat dadurch direkt und indirekt den größten Einfluß auf die Produktion und deren event. Steigerung.

Die erste Form dieser Einflußausübung ist die der Konsumtionsleitung selbst. In Betracht kommt dabei

1. die richtige Disposition über die vorhandenen Mittel in wirtschaftlicher Beziehung, die Sorge für zweckmäßige Verteilung,
2. die volle technische Ausnutzung des Materials, z. B. richtige Zusammensetzung der Speisen, Ausnutzung der Brennkraft der Heizmaterialien usw.,
3. die volle Ausnutzung der im Haushalt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zwecks Ersparung sonstiger Kräfte für die Nutzbarmachung zu produktiven Zwecken.

Die zweite Form ist direkte Einwirkung auf die Produktion für die Zwecke des Haushalts, dies kommt zur Erscheinung durch

1. bessere Warenkenntnis und entsprechende Forderungen,
2. Auswahl solcher Waren, die unsere einheimische Produktion überhaupt oder besser als andere herzustellen in der Lage ist,
3. Bereitstellung der im Haushalt als Abfall übrigbleibenden Stoffe als Unterlage neuer Produktion.

Die dritte Form endlich wäre die eigene Produktion und zwar:

1. Produktion in städtischen Verhältnissen (Hausgarten),
2. Produktion in Vor- oder Gartenstädten, unter Berücksichtigung der Frage der Anpassung der Siedelung an diese Produktionsmöglichkeit.

Zum Schluß wäre die Frage zu prüfen, inwieweit diese Ziele durch die Organisationen der Hausfrauen zu fördern wären.

Mit großem Beifall nahm die Versammlung die Anregung des Redners auf und stimmte dann dem Vorschlag der Vorsitzenden freudig zu, ein Huldigungstelegramm an die Landesmutter, unsere Deutsche Kaiserin, zu senden. by.

Vossische Zeitung
8. VI. 1916

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung am Donnerstag, 8. Juni, vorm. 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. **Helfferich.**

Die

Besprechung der Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. **Böhme** (ntlb.): Manches von dem, was Abg. Hoffmann über den Kriegswucher und die zu milde Bestrafung der Verstöße gegen die Bundesratsverordnungen gesagt hat, trifft in der Tat etwas, was in den weitesten Kreisen Aergernis und Entrüstung erregt. (Sehr richtig! links.) Gegen den Kriegswucher, diese Pestbeule am Körper unserer Volkswirtschaft, hätte auch der Staatssekretär schärfere Worte finden sollen. (Sehr wahr! links.) Neben der schlechten Ernte haben doch auch Mängel der Organisation zu den Uebelständen in der Nahrungsmittelversorgung beigetragen. Staatssekretär Delbrück war wohl durch seine Krankheit gehindert, den Widerständen, die von Preußen gegen eine durchgreifende Regelung der Ernährung ausgingen, energisch genug entgegenzutreten. Wir hoffen, daß der Präsident des Kriegsernährungsamts schädlichen Einflüssen dieser Art mit größerer Entschiedenheit begegnen wird. Tatsächlich war in Süddeutschland die Regelung früher und besser erfolgt als in Norddeutschland. Der preußische Landwirtschaftsminister hat mit seiner unzutreffenden Versicherung, wir hätten genügend Fleisch, manche falschen Berechnungen mit ihren üblen Folgen verschuldet. Der parlamentarische Ernährungsbeirat darf auch nach der Einrichtung des Kriegsernährungsamts nicht ausgeschaltet werden. Für die vorher gemachten Fehler darf der Beirat nicht verantwortlich gemacht werden. Die meisten Maßnahmen sind gegen den Willen dieses Beirats getroffen worden. Das wird hoffentlich anders werden. Sehr bedauerlich ist es, daß ein so berufener Vertreter des Kleinbauerntums wie der uns parteipolitisch fernstehende Dr. Heim nicht in den Vorstand des Kriegsernährungsamts berufen worden ist. (Sehr wahr!) Bei den Maßnahmen zur Beseitigung des Fleischmangels darf man nicht Halt machen vor den großen viehlosen Wirtschaften, zu denen auch zahlreiche preußische Domänen gehören. Vor Ablauf eines Jahres werden wir freilich auch bei der besten Regelung nicht mit einer wesentlichen Vergrößerung der Fleischrationen rechnen können. Man muß sich vor Maßnahmen hüten, die der Produktion großen Schaden zufügen. Deshalb sind zu radikale Eingriffe und Beschlagnahmen gefährlich. Besser wäre es, den Bauern Futtermittel zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, eine gewisse Zahl Schweine später abzugeben. Die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern haben manchen Maßnahmen zugestimmt, die sich später als verhängnisvoll erwiesen haben.

Die Ausdehnung der Beschlagnahme auf die Haushaltungen ist sehr bedenklich. Die Aufkäufergewinne sind ein wunder Punkt. Die Versorgung mit Brotgetreide hat sich wesentlich verbessert. Mit vollem Recht hat Abg. Hoff gestern den schleunigen Abschuß von Wild gefordert. Wenn nicht genügend Schützen vorhanden sein sollten, dann braucht man nur die vielen garnisondienstfähigen Förster aus den Jägerbataillonen abzukommandieren. Rechtzeitig muß die für die Volksernährung notwendige Kartoffelmenge festgestellt und auf die einzelnen Betriebe nach Maßgabe der Viehzahl umgelegt werden. Unseren Anregungen in der Kommission möge die Regierung Rechnung tragen. (Beifall b. d. Ntlb.)

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.): Gegen die Ausführungen des Abg. Hoffmann muß ich die schärfste Verwahrung einlegen. Tatsächlich ist es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen, daß man wie bei uns durch eine Einteilung es erreicht, daß arm und reich gleich bedacht werden. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) In Berlin ist es doch so: die Reichen haben keine Butter, die Armen haben sie. (Beifall rechts. — Unruhe b. d. Soz.) Ich bedaure nur, daß der Reichskanzler gestern nicht hier war; er hätte sicher seine helle Freude an seinen Freunden gehabt. (Sehr gut! rechts. — Gr. Unruhe b. d. Soz. — Vizepräsident Dove bittt um Ruhe.) Nach den anerkennenden Worten des Reichskanzlers sagte sich Herr Hoffmann nach dem bekannten Faust-Zitat: „Ich bin des trocknen Tons nun satt, — Will wieder recht den Teufel spielen!“ (Sehr gut! rechts.) Wie soll man sachlich über solche Beschuldigungen verhandeln?

Ausbeutung ist nicht deutsche Art.

(Zurufe b. d. Soz.: „Kapitalistische Art!) Jene auch von uns verdammte kapitalistische Art ist (Zuruf b. d. Soz.: „International!“) Jawohl, das ist ganz meine Meinung! (Beifall rechts), aber nicht deutsch! Wenn die Meiereigenossenschaften und andere Gesellschaften ihre großen Ueberschüsse dem Reich zur Förderung der Landwirtschaft und Viehzucht überweisen, dann ist das doch keine Ausbeutung. Abg. Hoffmann wird durch solche Reden sein Ansehen in der Pfalz nicht erhöhen, das hat der Staatssekretär treffend und sachlich dargelegt. (Unruhe b. d. Sozialdemokr.) Der von England verkündete völkerrechtswidrige Aushungerungskrieg konnte sein Ziel nicht erreichen. Das ist aber in erster Linie das Verdienst der deutschen Landwirtschaft. Wie konnte demgegenüber von der Linken behauptet werden, die deutsche Landwirtschaft habe versagt. (Lebhafter Widerspruch links.) Abg. Wendorf hat das in der Kommission gesagt. (Abg. **Fegter** (Vpt.): das ist nicht wahr!) Sie, Herr Fegter, waren ja nicht dabei! (Abg. **Fegter:** Doch war ich dabei! — Vizepräsident **Dove:** Herr Abg. Fegter, ich rufe Sie wegen der fortgesetzten Unterbrechungen zur Ordnung!) Die Sozialdemokraten sprechen immer von der Teuerung, aber nicht von der ungeheueren Produktionsverteuerung durch die übermäßigen Lohnforderungen ganz junger Burschen. (Sehr wahr! rechts.) Die wahre Ausbeutung wird durch den Kettenhandel getrieben. Wenn eine Fleischkonservenbüchse, die in Berlin 65 Pfennig kostet, in Dresden für 2,70 M. verkauft wird (Hört! Hört! rechts), so erkennt man die Ursachen der Teuerung. Ein Verbot der bekannten Inserate der Lebensmittelhändler wäre nicht zweckmäßig, diese Inserate sollten als Wegweiser für scharfe behördliche Eingriffe benutzt werden. Das Kriegsernährungsamt kann unmöglich mit einem Schlage die Funktionen aller bundesstaatlichen Landwirtschaftsministerien übernehmen. (Sehr richtig! rechts.) Das neue Amt darf nicht an den Erfahrungen der bestehenden Organisationen vorbeigehen. Die beste Verteilungsmöglichkeit der Nahrungsmittel bietet ein organisierter Kleinhandel. Mit den heute bestehenden Einrichtungen für die Fleisch- und Kartoffelversorgung kommen wir schon zu Rande. Am schlimmsten würden übereilte Maßnahmen wirken. Hier ist die Richtigkeit besser als die Fixigkeit! (Beifall rechts.) Das wichtigste Erfordernis jeder Nahrungsmittelversorgung ist die Produktionsförderung. Dieser Grundsatz wird auch in bezug auf die Landwirtschaft von dem Sozialdemokraten Kaliski vertreten. (Hört Hört! rechts.) Man darf nicht den guten Willen des Bauern zur Produktion durch ungeeignete Maßnahmen stören. Verhängnisvoll ist der Mangel an Futtermitteln. Es ist, wie wir seit Jahren betont haben, die Folge des Fehlers unserer Wirtschaftspolitik, die den Anbau von Futtermitteln ohne den notwendigen Zollschutz ließ. (Sehr wahr! rechts.) Die gestern auch vom Abg. Hoff vertretene Forderung eines Ausgleichs der Viehbestände mit den vorhandenen Futtermitteln ist theoretisch wunderschön, aber praktisch ganz undurchführbar. (Sehr richtig! rechts.) Bei der Futtermittelversorgung ist eine Dezentralisation notwendig. Ehe man zu Beschlagnahmen übergeht, soll man immer berücksichtigen, daß in der Landwirtschaft die Naturalien einen Teil des Lohnes bilden. (Sehr richtig! rechts.) Zwei Jahre lang hat man leider die gemachten Erfahrungen in den Wind geschlogen, besonders bei Festsetzung der Höchstpreise. (Lebh. Zustimmung rechts.) Hätte man im Frühjahr nicht endlich die Kartoffelhöchstpreise erhöht, wir ständen heute einer Katastrophe gegenüber. (Sehr richtig! rechts.) Auch wir sind der Meinung, daß da, wo das

Wild in schädlichem Ueberfluß

vorhanden ist, der Abschuß angeordnet wird. Man darf aber nicht im Uebereifer auch in Gegenden mit schwachem Wildbestand so vorgehen. Die Strafen für bloße Schätzungsfehler der Landwirte bei der Getreideaufnahme sind häufig viel zu hoch. Es ist erfreulich, daß jetzt auch schon neutrale Staaten einsehen, wie notwendig für die ganze Welt ein energischer Kampf Deutschlands gegen Englands völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg ist. Dieser Kampf kann nur durch einen rücksichtslosen U-Boots-Krieg geführt werden, der England an seinem Lebensnerv trifft. (Lebh. Beifall rechts.) Wir können dem teuflischen Vorgehen Englands gegen unser ganzes Volk nicht mit verschränkten Armen zusehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Aushungerungsplan ist durch die Zähigkeit unseres Volkes, die Leistungen der Landwirtschaft vereitelt worden, aber den Sieg können wir nicht erringen, wenn wir unsere Waffen in die Kammer legen. (Sehr richtig! rechts.) Wer eine scharfe Anwendung dieser Waffen wünscht, der handelt aus Vaterlandsliebe, nicht aber aus schnöder Gewinnsucht. (Lebh. Zustimmung.) Trotzdem hat sich das „Berliner Tageblatt“ nicht entblödet, eine derartige Behauptung aufzustellen. (Unruhe.) Wie der Kanzler sich gegen anonyme Angriffe verteidigt hat, so verteidigen wir uns gegen solche hinterlistigen Angriffe. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wir wollen durch unsere Forderung keine zwecklose Verlängerung des Krieges, sondern im Gegenteil seine Abkürzung durch die schleunige rücksichtslose Vereitelung des englischen Aushungerungsplanes. (Stürmischer Beifall rechts.)

*

Nachdem der Abgeordnete Rupp von der deutschen Fraktion ein schärferes Vorgehen gegen Kettenhandel und Kriegswucher verlangt hatte, nahm bei Schluß des Blattes Abgeordneter Wurm als Redner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft das Wort.

Frankfurter Zeitung 8/VI. 1916

II

102

Deutscher Reichstag

aufgabe, Ostpreußen wieder in Ordnung zu bringen, widmen konnte. Aber meine jetzige Aufgabe ist die wichtigste. Es ist schwer für mich, den Wirtschaftsplan zu prüfen und gutzuheißen, wenn die Zeit so knapp ist. Ich muß aber auch noch nach manchen anderen Städten und Orten fahren, um mir ein richtiges Bild zu machen. Ich habe auch mit allen Schichten Beziehungen hergestellt, und ich muß mich nun an Ort und Stelle überzeugen, denn vom grünen Tisch aus läßt sich die Sache nicht durchführen. (Lebhafte Zustimmung.) Meine Zeit wird also weiter stark besetzt sein, da ich unbedingt nach schwierigen Orten selbst fahren muß. Also ich bitte mich zu entschuldigen. Kritik an der Vergangenheit zu üben, wäre von meinem Standpunkt aus überflüssig und geschmacklos. Ich will Ihnen nur sagen, was ich während der 14 Tage getan habe. Zunächst fand ich einen Schreibtisch vor, dann ließ ich mir mein Schreibfräulein aus Königsberg nachkommen. (Große Heiterkeit.) Auf diesen Grundlagen habe ich mir dann meine Mitarbeiter zusammengestellt. Durch das Entgegenkommen des Reiches und des Staates habe ich jetzt meine Mitarbeiter, die in den Dingen Bescheid wissen. Die Zusammensetzung des Vorstandes gibt mir die Gelegenheit, mich über die Wünsche und Auffassungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten genau und dauernd zu unterrichten. An praktischen Arbeiten ist durchgeführt: Die Zuckerverteilung ist ins Werk gesetzt und eine große Menge des zur Fütterung bestimmten Zuckers der menschlichen Versorgung zugeführt worden. Die Oberpräsidenten wissen Bescheid, daß sie über mehr Zucker verfügen können, und sie können ihn namentlich für Einmachzwecke verwenden. Eine Maßnahme sieht eine stärkere Beschlagnahme der Molkereibutter vor. Die Kühe müssen vor der Schlachtung auf ihre Milchergiebigkeit untersucht werden. Die Lieferung der Milch soll auch nicht stocken. Jeden neuen Eingriff muß man von Anfang an zurückweisen. Ferner ist das Verfütterungsverbot heute beschlossen und schon vom Reichskanzler vollzogen worden. Die Kartoffeln dürfen nur soweit an die Schweine verfüttert werden, als sie zum menschlichen Genuß ungeeignet sind. Die Kartoffelnot ist so groß, daß ich mich dazu entschlossen habe. Dadurch wird die Schweinemast und die Fettversorgung erschwert werden, aber das war das kleinere Uebel, und die größere Gefahr wegen des Kartoffelkonsums muß gebannt werden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob der Beschluß richtig ist. Es kommt aber, wie mir gestern ein Konsumentenvertreter gesagt hat, viel mehr auf die Schnelligkeit als auf die Richtigkeit an. (Große Heiterkeit.) Weiter ist vorbereitet worden eine allgemeine Bestandsaufnahme für Waren in den Haushaltungen. Sie ist aber noch nicht abgeschlossen. Es ist auch praktisch sehr schwierig. Eine Verordnung steht bevor zur Einschränkung des unlauteren Handels in sachlicher Hinsicht und dann durch Einschränkung in der Handelsfreiheit. Für Händler, die das Gewerbe früher nicht betrieben haben, ist eine Genehmigungspflicht notwendig. Mit Strafvorschriften ist nichts getan. Es müssen Ungeeignete von vornherein ausgeschaltet werden. Aber da bieten sich große Schwierigkeiten. Ich habe gelernt, wie unangenehm es ist, wenn durch die Schnelligkeit die Richtigkeit verabsäumt wird. (Große Heiterkeit.) Ich kann aber nicht versprechen, daß alle geäußerten Wünsche schon in den allernächsten Tagen zur Durchführung gelangen. Unser Bestreben muß sein, daß das, was gemacht wird, bis zum Ende des Krieges besteht und nicht wieder geändert wird. Durch Witterungseinflüsse und andere Umstände kann es notwendig sein, an sich richtige Maßnahmen zu ändern. Das soll aber auf ein Minimum beschränkt werden, damit die Tätigkeit der lokalen Behörden nicht allzu sehr beeinträchtigt wird. Es ist besonders schmerzlich, daß ich meine neue Tätigkeit mit neuen Verordnungen beginnen muß. Das bestehende Recht soll möglichst auch kodifiziert werden. Es ist nicht mehr möglich, auch nicht für mich, auch nicht für das Publikum, sich in den Verordnungen durchzufinden. Es freut mich, daß Sie sie alle beherrschen. (Große Heiterkeit.) Diese Absichten habe ich für die nächste Zukunft. Ich habe kein Recht auf Vertrauen zu meiner Leitung. Geben Sie es mir nur insoweit, als Sie glauben, ich werde das Beste tun. Wenn wir in der schweren Mißernte des Vorjahres durchkamen, dann werden wir jetzt mit der sicher besseren Ernte glatt und gut durchkommen. Die schweren acht Wochen, die wir vor uns haben, gilt es zu überwinden, und da bitte ich um Ihre Unterstützung. Dämmen Sie manche falsche Hoffnung nach Möglichkeit zurück und helfen Sie dazu, daß später die Bevölkerung und die Behörden mit gegenseitigem Vertrauen die Sache betreiben. Anordnen läßt sich sehr leicht, ausführen sehr viel schwerer. Die Arbeiten der Behörden leiden auch unter dem Krieg. Soweit Sie es irgend mit Ihrer Ueberzeugung verantworten können, wirken Sie auf das Vertrauen in der Bevölkerung hin. Teilen Sie vorläufig einmal meinen Optimismus und seien Sie nicht zu böse, wenn zunächst nicht alles so recht klappt, wie Sie und ich es wünschen. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Kölnische Zeitung
8/VI. 1916

Neue Kriegsmaßnahmen in Frankfurt a. M.

++ **Frankfurt a. M.**, 7. Juni. Neben Köln und Hamburg hat die Presse der Verbandsmächte besonders oft die Stadt Frankfurt benutzt, um sie mit albernen Märchen über Unruhen, Hungersnot, Aufstand und dergleichen in Verbindung zu bringen. So erst am 27. Mai wieder der Matin, während englische Blätter aus den Worten des Oberbürgermeisters und eines sozialdemokratischen Stadtverordneten ganz trübe Schilderungen der Lage in Deutschland entnehmen zu müssen glaubten. In Wahrheit sind hier wie anderswo gewisse Schwierigkeiten vorhanden gewesen und teilweise noch vorhanden, die man ganz öffentlich erörterte, um durch Umgestaltungen und durch Aufklärung der Bevölkerung zu bessern Verhältnissen zu kommen. In der Tat ist man dank den Anregungen aus der Stadtverordnetenversammlung, wobei es sich namentlich um den nationalliberalen Antrag gegen das Hamstern und auf eine Rationierung und Zuteilung der wichtigsten Lebensmittel handelte, nun auf dem Wege, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Man ist ihnen durch die Errichtung eines städtischen Nahrungsmittelamtes entgegengetreten, das gestern in Kraft trat und dem je acht Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung angehören. Daneben muß die Preisprüfungsstelle fortbestehen. Das Gewerbeamt (früher Gewerbe- und Verkehrsamt), von dem die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofs und alle Lebensmittelangelegenheiten abgetrennt sind, hat aber dennoch ebenfalls als die Amtsstelle für das Gewerbe- und Innungswesen mit der Lebensmittelverteilung zu tun, so daß sein Vorsitzender mit den Vorsitzenden des Lebensmittelamtes und der Preisprüfungsstelle, sowie vier Beamten unter der Leitung des Oberbürgermeisters oder seines Stellvertreters zu regelmäßigen Besprechungen zusammentreten soll. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Erhöhung der Teurungszulagen für die städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter, die monatlich 70 000 ℳ zu den bisherigen Zulagen im gleichen Betrag erfordern. — Der Magistrat hat noch angeordnet, daß in diesem Jahr alle Beamten und Arbeiter den vollen Erholungsurlaub erhalten, nachdem sie größtenteils 1914 gar keinen und 1915 nur einen beschränkten Urlaub erhalten hatten, während die Amtstätigkeit wesentliche Mehrarbeit erforderte.

9./VI. 1916

Das Kriegsernährungsamt über die Pfingstausflüge.

Das Kriegsernährungsamt weist auf folgendes hin:

„Die Pfingsttage werden bei günstiger Witterung in diesem Jahre einen besonders großen Ausflugsverkehr bringen. Den Ausflüglern ist die Pfingsterholung und den Gastwirten die Einnahme in dieser schweren Zeit wohl zu gönnen. Erstere müssen aber ernstlich darauf hingewiesen werden, daß bei den bestehenden Grundsätzen für die Verteilung der Lebensmittel auf die Versorgung größerer Ausflüglermengen aus den am Orte vorhandenen Lebensmitteln nicht zu rechnen ist. Den Kurorten werden zwar zur Versorgung von Kurbedürftigen die nötigen Lebensmittel besonders zugewiesen werden, auf den Massenausflugsverkehr kann diese Maßregel aber, ohne die ansässige Bevölkerung, insbesondere die schwer arbeitenden Personen, zu schädigen, unmöglich ausgedehnt werden.

Jeder Ausflügler wird deshalb gut tun, sich die Nahrungsmittel aus dem Heimatsorte mitzubringen. Die Gastwirte werden sich darauf einrichten müssen, gegen Ablieferung der entsprechenden Mengen die Speisen herzustellen und zu liefern. Die Regelung der Bezahlung wird bei beiderseitigem guten Willen keine Schwierigkeiten bieten. Der altbewährte Brauch „Familien können Kaffee kochen“ muß in jetziger Zeit auch auf andere Lebensmittel sinngemäß ausgedehnt werden.“

Der Vorschlag des Kriegsernährungsamtes läuft also darauf hinaus, daß die Pfingstausflügler das „Rohmaterial“ für ihre Verpflegung selbst mitbringen, das dann die Gastwirte gegen Entgelt zubereiten sollen, eine Rückkehr zu patriarchalischen Zuständen. Ob der Vorschlag aber durchführbar ist? Besser wird es sein, wenn man sich mit genügend kalter Kost versorgt, und auch die zu beschaffen dürfte für die meisten eine schwierige Sache sein.

Frankfurter Zeitung
9./VI. 1916

Die Pfingstausflüge.

Berlin, 7. Juni. (W. B. Amtlich.) Das Kriegsernährungsamt weist auf folgendes hin:

Die Pfingsttage werden bei günstiger Witterung in diesem Jahre einen besonders großen Ausflugsverkehr bringen. Den Ausflüglern ist die Pfingsterholung und den Gastwirten die Einnahmen in dieser schweren Zeit wohl zu gönnen. Erstere müssen aber ernstlich darauf hingewiesen werden, daß bei den bestehenden Grundsätzen für die Verteilung der Lebensmittel auf die Versorgung größerer Ausflüglermengen aus den am Orte vorhandenen Lebensmitteln nicht zu rechnen ist. Den Kurorten werden zwar zur Versorgung von Kurbedürftigen die nötigen Lebensmittel besonders zugewiesen werden, auf den Massenausflugsverkehr kann diese Maßregel aber, ohne die ansässige Bevölkerung, insbesondere die schwer arbeitenden Personen zu schädigen, unmöglich ausgedehnt werden.

Jeder Ausflügler wird deshalb gut tun, sich die Nahrungsmittel aus dem Heimatsorte mitzubringen. Die Gastwirte werden sich darauf einrichten müssen, gegen Ablieferung der entsprechenden Mengen die Speisen herzustellen und zu liefern. Die Regelung der Bezahlung wird bei beiderseitigem gutem Willen keine Schwierigkeiten bieten. Der altbewährte Brauch „Familien dürfen ihren Kaffe kochen", muß in jetziger Zeit auch auf andere Lebensmittel sinngemäß ausgedehnt werden.

Frankfurter Zeitung
9/6. 1916

Die Nahrungsmittel-Bestandsaufnahme.

N Berlin, 8. Juni. (Priv.-Tel.) Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat, wie berichtet, im Reichstage mitgeteilt, daß eine Bestandsaufnahme von Nahrungsmitteln in Privathaushaltungen vorbereitet werde. Wie die Blätter melden, soll sie sich auf Kaffee, Kakao, Zucker, Konserven usw. beziehen, und ihr Erfolg soll dadurch gesichert werden, daß die Haushaltungsvorstände ihre Versicherung eidesstattlich abgeben müssen. Auch sollen Stichproben stattfinden.

9./VI. 1916

Herrn v. Batockis Programm.

München, 8. Juni. (Priv.-Tel.) Während seines heutigen Aufenthaltes in München empfing der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki einen Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten", dem er folgende Richtlinien gab:

Der Zweck meiner Reise nach München sind zum Teil Verhandlungen mit den zuständigen amtlichen Stellen Bayerns über die Frage der Ausfuhrbeschränkungen. Die Aufhebung der Ausfuhrverbote soll nicht einseitig und radikal geschehen; was erstrebt wird, ist eine Milderung unter Schonung der Interessen der Einzelstaaten; die Verhandlungen hierüber sind bereits im Gange. — Der Wirtschaftsplan für die neue Ernte soll in den nächsten 14 Tagen nach Pfingsten durchberaten werden, am 28. Juni wird der Reichstagsausschuß zusammentreten und seine Wünsche dazu äußern. Die Frage der Preisgestaltung soll in dem Wirtschaftsplan noch nicht endgültig entschieden werden, da sie für landwirtschaftliche Produkte vom Ausfall der Ernte abhängt. Man muß für die Produkte so viel bezahlen, daß der Erzeuger dabei nichts verliert und so viel einnimmt, daß er die Wirtschaft sachgemäß aufrecht erhalten kann. — Wir werden immerhin auf eine gute Mittelernte hoffen können. Wenn das Ernteergebnis vorliegt, wird es sich vielleicht ermöglichen lassen, die einzelnen Ausfuhrverbote weiter einzuschränken. Gegenwärtig ist die Menge schlachtreifen Viehs zumal in Norddeutschland außerordentlich gering. Um über die nächste Zeit möglichst gut hinwegzukommen, muß zunächst ein Ausgleich getroffen werden.

Gegenwärtig werden in den preußischen Gebieten, in denen die Fleischkarte bereits im Gebrauch ist, Erhebungen gepflogen, wie sie sich bewährt hat. Die eventuelle Einführung der Fleischkarte in Preußen wird jedenfalls vor dem Herbst eintreten, ein abschließendes Urteil läßt sich noch nicht bilden.

Bei den Massenspeisungen darf kein Zwang ausgeübt werden; die Speisen sollen nicht unter dem Herstellungspreise abgegeben werden, damit der Massenspeisung nicht der Charakter des Almosens verliehen wird.

Welche Kartoffelpreise wir in Zukunft haben werden, hängt hauptsächlich von der grundlegenden Erwägung ab, daß die Kartoffeln annähernd so teuer sein müssen, wie ihr Futterwert. Der Höchstpreis von 20 Mark für den Doppelzentner Frühkartoffeln ab Erzeuger muß, weil er fest versprochen ist, beibehalten werden — es soll aber darauf hingewirkt werden, daß aus dem Höchstpreise kein Normalpreis wird.

Die aus dem Ausland eingeführten Futtermittel sind bisher viel zu teuer. Jedenfalls muß erstrebt werden, die wild schwankenden Preise für Futtermittel in gewissen Grenzen zu halten.

Das Kriegsernährungsamt.

Berlin, 8. Juni. (W. B.) Das Kriegsernährungsamt brachte am Montag und Dienstag die orientierenden Verhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen zum Abschluß.

Mit den Vertretern der Industrie wurde neben der Förderung der Schweineschlachtungen schnelle Fürsorge für die Schwerarbeiter durch Massenspeisung beraten, ferner mit den Vertretern des Großhandels, dessen Verhältnis zur Einfuhrtätigkeit der Zentraleinkaufs-Gesellschaft, mit denen des Kleinhandels, dessen Heranziehung zur Nahrungsmittelverteilung durch die Kommunalverbände, und seine Mitwirkung bei den Preisprüfungsstellen und Maßnahmen gegen den Handel durch unlautere Elemente, vor allem den Kettenhandel. Ein scharfes Eingreifen zur Ausmerzung unlauterer Händler wurde dabei von den Handelsvertretern gefordert. Mit den Vertretern der Landwirtschaft, kleineren und größeren Landwirten aus verschiedenen Teilen des Reiches, sind die Fragen wegen Milch- und Butterlieferung, Schlachtviehbeschaffung, Hausschlachtungen, Kartoffelversorgung, Ernteerhebungen und eines verstärkten Anbaues der Oelfrüchte erörtert worden. Den Schluß bildete am Dienstag nachmittag eine eingehende Beratung mit den Vertretern der Konsumvereine und sonstiger Konsumenten-Organisationen über Fleisch- und Fettversorgung und über das Verhältnis der genannten Organisationen zu den Gemeinden und der Zentraleinkaufs-Gesellschaft, sowie über sonstige, das Konsumenteninteresse besonders berührende Fragen. Die Vorstandsmitglieder, Ministerialdirektor v. Braun und Dr. Müller hatten vorher über ihre Teilnahme an der Konsumententagung am letzten Sonntag berichtet. Sobald es die Zeit erlaubt, sollen noch Besprechungen mit den Vertretern anderer Kreise, insbesondere denen des Nahrungsmittelgewerbes, folgen.

Auf Grund eines durch die Besprechungen gewonnenen Ueberblicks hat der Vorstand eine Reihe von Maßregeln beschlossen oder dem Abschluß nahe gebracht. So neben der schon früher erwähnten Neuregelung der Butterversorgung eine Verordnung wegen eines sofortigen Verbots der Verfütterung zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln und wegen der zur Vermehrung für den menschlichen Verbrauch und zum Einmachen zur Verfügung gestellten Zuckermengen, ferner Zuweisung besonderer Brot- und Fettmengen an die unter Tage und vor Feuer arbeitenden Personen. — Im wesentlichen abgeschlossen sind die Beratungen über eingreifende Maßnahmen gegen den unlauteren Handel. Weitere Arbeiten, die schon in Angriff genommen sind, werden in den neuen Vorstandssitzungen, die in der Woche nach Pfingsten stattfinden sollen, zum Abschluß gebracht werden.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes begibt sich heute zu Verhandlungen auf einen Tag nach München. Die anderen Hauptstädte der größeren Bundesstaaten sollen, sobald es die Geschäftslage zuläßt, gleichfalls besucht werden. Nach Pfingsten will der Vorstand eine Bereisung der rheinisch-westfälischen Reviere vornehmen, während die anderen, besonders wichtigen gewerblichen Mittelpunkte durch einzelne Vorstandsmitglieder aufgesucht werden sollen.

Kölnische Zeitung
9./IX.1916

Köln und die Z.-E.-G.

Die Kölner Stadtverordneten-Versammlung befaßte sich gestern eingehend mit der Frage der Ernährung der Einwohnerschaft. Sie hat sich damit auf den Boden der Presse gestellt, die in der letzten Zeit wiederholt von der Pflicht der städtischen Körperschaften gesprochen hatte, für eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel bei den Berliner Zentralinstanzen einzutreten, und energisch dagegen zu protestieren, daß Köln in bezug auf die Versorgung mit einzelnen Lebensmitteln schlechter gestellt werde als andere Städte des Reiches. Die Klagen über ungerechte Behandlung Kölns wurden vom Vorsitzenden, Beigeordneten Adenauer, im Namen der städtischen Verwaltung wie von Rednern beider Fraktionen begründet. Der Vorsitzende führte u. a. folgendes aus:

Unsere Bevölkerung ist in der letzten Zeit, und zwar mit Recht, sehr erregt über die unverhältnismäßig hohen Gemüsepreise auf dem Kölner Markt. Diese Preise sind allerdings gegenüber den Friedenszeiten und dem Frühjahr 1915, als wir schon Kriegsverhältnisse hatten, in ganz ungewöhnlicher Weise gestiegen. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß wir im Frühjahr 1915 Höchstpreise hatten, während diese aus mir nicht bekannten Gründen in diesem Frühjahr aufgehoben worden sind. Das ist nach meinem Empfinden eine der Unbegreiflichkeiten, deren wir nachgerade eine große Zahl zu verzeichnen haben. Wenn die Stadt Köln von dem ihr zustehenden Recht, Höchstpreise für Gemüse im Kleinhandel festzusetzen, Gebrauch machen würde, so würde sofort die ganze Zufuhr unterbunden werden und das Gemüse dorthin gebracht werden, wo keine Höchstpreise bestehen. Das Gouvernement hat auf unser Ersuchen alles getan, was nach Lage der Sache möglich war, um in seinem Bezirk Höchstpreise herbeizuführen. Solange aber nicht für das ganze Reich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, für den Großhandel Höchstpreise festzusetzen, sind wir den Verhältnissen gegenüber machtlos. Das einzige, was wir tun können und tun werden, ist, daß wir, die Landräte von Köln-Land und von Bonn-Land, die Oberbürgermeister von Bonn und von Köln, uns über bestimmte Richtpreise für den Großhandel in bestimmten Gemüsesorten geeinigt haben und gegen Verkäufer und Käufer, die diese Richtlinien im Großhandel überschreiten, auf Grund der Bundesratsverordnung betreffend übermäßige Preisforderungen vorgehen werden. Hoffentlich finden wir dabei die notwendige Unterstützung bei den Gerichten. Dann werden wir auch im Kleinhandel die Höchstpreise herunterdrücken können. Eine weitere Unbegreiflichkeit ist die Festsetzung eines Höchstpreises für Frühkartoffeln von 10 ℳ für den Zentner bis zum 15. August. Das ist geradezu unerhört; es bedeutet für die kaufende Bevölkerung eine unerhörte Belastung und für die Produzenten einen unerhörten Gewinn.

Bei der Butterverteilung

fühlt sich unsere Bevölkerung mit Recht zurückgesetzt, da sie bei weitem nicht soviel erhält, wie andere Städte. Es herrscht auch hier eine durchaus ungerechtfertigte Ungleichmäßigkeit zwischen Osten und Westen, und man kann die Erbitterung unserer Bevölkerung in vollstem Maße verstehen. Der Redner verlangt, daß der Öffentlichkeit, in erster Linie aber der städtischen Verwaltung, der Schlüssel bekanntgegeben werde, nach dem die Verteilung der Lebensmittel von der Z.-E.-G. erfolge. Dasselbe treffe namentlich auch für Eier zu, bei deren Verteilung Köln ebenfalls schlechter gestellt sei als andere Städte. Beigeordneter Adenauer schloß wie folgt: Hier im Westen hat man das Empfinden, daß wir im Reich nicht gleichmäßig behandelt werden (Sehr richtig), daß wir andern Landesteilen gegenüber nicht gleichgestellt sind. Das was wir mündlich und schriftlich veranlaßt haben, wollen wir öffentlich kundgeben, damit die Bevölkerung weiß, worauf die Schwierigkeiten in der Hauptsache zurückzuführen sind und wen die Schuld trifft.

Stadtv. Vollig verlangte zur Beseitigung der Mißstände im Gemüsehandel reichsgesetzliche Höchstpreise für die Produzenten wie für den Handel. Das Gebot der Stunde sei, mit allem Nachdruck bei den zuständigen Stellen zu verlangen, daß die unerquicklichen Verhältnisse im Gemüsehandel ihr Ende erreichten.

Stadtv. Eliel schloß sich den Vorrednern an und übte scharfe Kritik an der Versorgung Kölns mit Butter und Eiern. Ein Mangel an Butter und Eiern sei nicht vorhanden, was von sehr sachverständiger Seite unumwunden zugegeben werde. Es werde aber, wie auch schon der Vorsitzende gesagt habe, bestimmt versichert, daß der Westen des Reiches in bezug auf die Verteilung einzelner Lebensmittel schlecht behandelt werde. Man müsse sich die Frage vorlegen, warum der Überschuß an Butter in Holland nicht von der Z.-E.-G. nach Deutschland gebracht werden könne. Wenn die Z.-E.-G. nicht in der Lage sei, die Verhältnisse zu bessern, so möge sie sich für bankerott erklären und die Versorgung des Vaterlandes andern Leuten überlassen.

Stadtv. Schreiber schloß sich den Ausführungen des Stadtv. Eliel an, von denen er sagte, daß sie die einmütige Billigung aller Anwesenden fänden. Die Stadtverordneten hätten das Recht, Aufklärung darüber zu verlangen, ob es wahr sei, was man über die Zusammensetzung der Z.-E.-G. in bezug auf die verschiedenen Persönlichkeiten, über den Geschäftsbetrieb usw. sage. Man müsse die Tatsache feststellen, daß wohl kaum irgendeine Organisation gegenwärtig im Deutschen Reiche, die dazu berufen sei, an erster Stelle für die Ernährung des Volkes zu sorgen, eine solche Unsumme von Vorwürfen schwerster Art auf sich gesammelt habe wie die Z.-E.-G. Diese Klagen seien geradezu zu einem öffentlichen Skandal geworden; die Pflicht der städtischen Körperschaften sei, dafür zu sorgen, daß diese Gesellschaft, wenn sie ihren Aufgaben nicht gewachsen sei, so schnell wie möglich von der Bildfläche verschwinde.

Stadtv. Kirschbaum brachte zum Ausdruck, daß die Z.-E.-G. nach seiner Ansicht den Westen des Reiches nicht so behandle, wie ihm das zukomme; er habe bei seiner Anwesenheit in Berlin selbst die Meinung erhalten, daß eine Animosität gegen den Westen und namentlich gegen Köln und ebenso eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Westen vorherrsche; man scheine in Berlin der Ansicht zu sein, daß man hier im Fette schwimme. Es müsse unter allen Umständen Gelegenheit geschaffen werden, daß diejenigen Waren, die uns das Ausland gern abgebe, zu halbwegs mäßigen Preisen in das Inland gebracht werden. Der legitime Handel habe sich auch im Kriege bewährt; wenn man ihm vertraue, werde man auch die Wege finden, um den jetzigen Mißständen zu steuern.

Stadtv. Bau schlug vor, das Verlangen von Höchstpreisen auch auf Obst auszudehnen, weil gerade Obst zu dieser Zeit ein Nahrungsmittel für weite Volkskreise darstelle.

Folgender Antrag beider Fraktionen wurde sodann einstimmig angenommen:

> Die Stadtverordneten-Versammlung bitten den Herrn Oberbürgermeister, schnellstens eine Statistik über die Preise der verschiedenen Gemüsesorten in den Jahren 1913, 1914, 1915 und 1916 aufzustellen, und auf Grund dieser Statistik und, falls nötig, auch für Obst, Höchstpreise an zuständiger Stelle zu beantragen.
>
> Ferner den Herrn Reichskanzler und das Reichsamt des Innern telegraphisch zu ersuchen, für eine größere Zuweisung von Butter und Eiern durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft entsprechend den Verhältnissen der Stadt Köln Sorge tragen zu wollen.

Der Ausdehnung der Speisegemeinschaft auf breiterer Grundlage, wie wir das in der gestrigen Zweiten Morgen-Ausgabe schon des nähern dargetan haben, wurde ebenfalls zugestimmt.

Tägliche Rundschau
10./VI. 1916

Die Tätigkeit des Reichsernährungsamtes.

Das „Wolffsche Büro" verbreitet folgenden Bericht:

Das Kriegsernährungsamt hat am Montag und Dienstag die belehrenden Verhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen zum Abschluß gebracht.

Mit Vertretern der Industrie wurde neben der Förderung der Schweineschlachtungen, die schnelle Fürsorge für Schwerarbeiter durch Sonderzuweisungen von Nahrungsmitteln und die Förderung der Massenspeisung beraten, mit den Vertretern des Großhandels, dessen Verhältnis zur Einfuhrtätigkeit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, mit denen des Kleinhandels, dessen Heranziehung zur Nahrungsmittelverteilung durch die Kommunalverbände, seine Mitwirkung bei den Preisprüfungsstellen und die Maßnahmen gegen den Handel durch unlautere Elemente, vor allem den Kettenhandel. Scharfes Eingreifen zur Ausmerzung unlauterer Händler wurde dabei von den Handelsvertretern gefordert.

Mit Vertretern der Landwirtschaft, kleineren und größeren Landwirten aus den verschiedenen Teilen des Reiches, wurden Fragen der Milch- und Butterlieferung, der Schlachtviehbeschaffung, der Hausschlachtungen, der Kartoffelbesorgung, der Ernteerhebungen und des verstärkten Anbaues von Oelfrüchten erörtert.

Den Schluß bildete am Dienstag nachmittag eine eingehende Beratung mit Vertretern der Konsumvereine und sonstiger Konsumentenorganisationen über Fleisch- und Fettversorgung und das Verhältnis der genannten Organisationen zu den Gemeinden und der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, sowie über sonstige, das Konsumenteninteresse besonders berührende Fragen. Die Vorstandsmitglieder Ministerialdirektor von Braun und Dr. Müller hatten vorher über ihre Teilnahme an der Konsumententagung am letzten Sonntag berichtet.

Sobald die Zeit es erlaubt, sollen noch Besprechungen mit den Vertretern anderer Kreise, insbesondere denen des Nahrungsmittelgewerbes folgen.

Auf Grund des durch die Besprechungen gewonnenen Ueberblicks hat der Vorstand eine Reihe von Maßregeln beschlossen oder ihrem Abschluß nahegebracht, so neben der schon früher erwähnten Neuregelung der Butterversorgung eine Verordnung wegen sofortigen Verbotes der Verfütterung zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln, eine Vermehrung der für den menschlichen Verbrauch und das Einmachen zur Verfügung gestellten Zuckermengen, die Zuweisung besonderer Brot- und Fettmengen an die unter Tage und vor dem Feuer arbeitenden Personen.

Im wesentlichen abgeschlossen sind die Beratungen über eingreifende Maßnahmen gegen den unlauteren Handel. Weitere Arbeiten, die schon in Angriff genommen sind, werden in neuen Vorstandssitzungen, die in der Woche nach Pfingsten stattfinden, zum Abschluß gebracht werden.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes begibt sich heute zu Verhandlungen auf einen Tag nach München. Die anderen Hauptstädte der größeren Bundesstaaten sollen, sobald es die Geschäftslage zuläßt, gleichfalls besucht werden. Nach Pfingsten will der Vorstand eine Bereisung der rheinisch-westfälischen Reviere vornehmen, während die anderen besonders wichtigen gewerblichen Mittelpunkte durch einzelne Vorstandsmitglieder aufgesucht werden sollen.

Tägliche Rundschau
10./VII.1916

* **Mißstände in der Lebensmittelversorgung des Mittelstandes** veranlaßten eine Abordnung des Berliner Deutschkonservativen Wahlvereins dieser Tage bei Oberbürgermeister Wermuth anzusprechen. Dabei wurde auch auf die Tatsache hingewiesen, daß bei dem jetzigen Verkaufssystem viele Frauen zu kurz kommen, nämlich solche, die sich nicht stundenlang den Unbilden der Witterung und vor allem auch nicht den oft recht üblen Reden bei den Ansammlungen vor den Lebensmittelgeschäften aussetzen wollen. Auch um eine bessere und häufigere amtliche Aufklärung über die Ursachen der Knappheit, der Teuerung und Bezugsschwierigkeiten wurde gebeten. Die geltenden amtlich festgesetzten Preissätze sollten in übersichtlichen Zusammenstellungen dauernd öffentlich bekannt gemacht sein, etwa durch Anschlag an den Säulen usw. Endlich wurde gebeten, auch für Lebensmittel ohne Höchstpreise Tagespreise zu bestimmen, namentlich für Fische und Gemüse, da sich im Handel hierin eine böse Preistreiberei zeige. Die Abordnung, die unter Führung Prof. Dr. Hentig mit Oberbürgermeister Wermuth verhandelte, erhielt das Versprechen einer wohlwollenden Berücksichtigung ihrer Beschwerden.

Vossische Zeitung
10. IV. 1916

Batockis Verhandlungen in München.

Das Ergebnis der Besprechungen.

Wie aus München gemeldet wird, schreibt die halbamtliche bayerische „Korrespondenz Hoffmann“: Entsprechend dem Wunsche des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki, sich über die Verhältnisse der Volksernährung Bayerns durch persönliche Aussprache zu unterrichten, fand am Donnerstag nachmittag in seiner Anwesenheit unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Freiherrn v. Soden mit den Vertretern der übrigen beteiligten Staatsministerien, der stellvertretenden Generalkommandos, der Städte, der Landwirtschaft, des Handels, der Konsumenten und der Presse eine mehrstündige Besprechung sämtlicher einschlägigen Punkte statt, die geeignet sind, die verschiedenen Besorgnisse, die sich an die Errichtung des Kriegsernährungsamtes bezüglich der Versorgung Bayerns knüpften, zu zerstreuen.

Vor allem wird nicht daran gedacht, die Ausfuhrbeschränkungen, die durch Sonderregelung bezüglich einzelner Lebensmittel in Bayern geboten sind und die von dem Präsidenten v. Batocki im ganzen als richtig anerkannt wurden, zu beseitigen. Vorerst gelte es nur, die aus ihrer Einhaltung in den Grenzbezirken entstandenen Härten zu mildern. Jedenfalls wäre es durchaus unzweckmäßig, die bestehenden Ausfuhrbeschränkungen aufzuheben, bevor nicht eine entsprechende allgemeine Preisregulierung durchgeführt sei. Eine zwingende Notwendigkeit sei es, daß die Kontingente der Schlachtungen für die einzelnen Bundesstaaten für die nächsten Monate möglichst verringert werden. Der Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr sei die erste Aufgabe und die Preisregulierung, besonders der Futtermittel, spiele dabei die wichtigste Rolle. Staatsminister Freiherr v. Soden gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß nach den Ausführungen des Präsidenten v. Batocki die Zeitungsnachricht unrichtig ist, daß sein Besuch der Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen gelte. Der Staatsminister benutzte diese Feststellung, um dem Präsidenten v. Batocki ans Herz zu legen, die bayerischen Sondereinrichtungen für die Volksernährung, soweit immer möglich, zu erhalten. Bayern sei dagegen bereit, die entbehrlichen Lebensmittel den notleidenden Gebieten zuzuwenden. Insbesondere werde es versuchen, für baldige Bereitstellung von Kartoffeln zu sorgen.

Präsident v. Batocki brachte die Ansicht zum Ausdruck, daß ein Hineinregieren in die Aufgaben der bundesstaatlichen Behörden, soweit irgend möglich, mit Rücksicht auf die bundesstaatliche Selbständigkeit vermieden werden müsse. Zur gedeihlichen Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes sei dieses auf die freiwillige Mitarbeit aller Bundesregierungen angewiesen.

Amtlich wird mitgeteilt: In einer in Berlin abgehaltenen Sitzung nahm der Aufsichtsrat der Zentral-Einkaufsgesellschaft, dem Vertreter der Regierung, der Städte, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie angehören, den Bericht des Vorstandes über das erste Geschäftsjahr entgegen und genehmigte einstimmig die Bilanz. Dividenden oder Tantiemen wurden nicht verteilt. Nach eingehender Erörterung der mehrfach in der Oeffentlichkeit über die Geschäftsführung laut gewordenen Klagen wurde dem Vorstande das Vertrauen und die Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen. Besonders wurde festgestellt und anerkannt, daß die Geschäftsleitung verstanden habe, beim Verkauf von Waren im Einstandswerte von 1¼ Milliarden Mark einerseits die Gesellschaft vor Verlusten zu bewahren und andererseits, dem Grundsatze der Zentral-Einkaufsgenossenschaft als einer gemeinnützigen Organisation entsprechend, ohne nennenswerten Gewinn abzuschließen. Nach diesem Grundsatze sollen die Geschäfte der Gesellschaft weiter verwaltet werden.

Vossische Zeitung 10./VI. 1916

Batockis erste Verfügungen.

Hebung der Buttererzeugung. Verfütterungsverbot der Kartoffeln.

Präsident Batocki vom Kriegsernährungsamt hat jüngst im Reichstag, wie wir mitteilten, Maßnahmen auf dem Gebiete der Fettversorgung und über Verfütterung von Kartoffeln angekündigt. Die entsprechenden Verordnungen des Reichskanzlers liegen nunmehr vor.

Danach ist bei der Aufbringung des Fleischbedarfs Vorsorge zu treffen, daß Kühe, die zur Milcherzeugung besonders geeignet sind, nicht geschlachtet werden. Besitzer von Milchkühen, die im Mai 1916 Milch an eine Molkerei geliefert haben, werden auch, wenn eine vertragliche Verpflichtung zum Weiterliefern nicht besteht, gezwungen, die Milch künftig an die bisherigen Abnehmer zu liefern. Sie haben monatlich mindestens so viel Milch zu liefern, als dem Verhältnis der im Mai gelieferten Milch zu der gesamten, von ihnen im Mai erzeugten Milch entspricht. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Besitzer von Kühen, die bisher ihre Milch nicht an Molkereien geliefert haben, zur Lieferung an eine Molkerei zwingen. Erforderlichenfalls bestimmt die Behörde die Molkerei, an die zu liefern ist, setzt den Preis und die Lieferungsbedingungen fest und entscheidet über Streitigkeiten. Bei Milchknappheit können Molkereien zur Lieferung von Voll- oder Magermilch an bestimmte Gemeinden angehalten werden.

Die Verpflichtung der Molkereien zur Ueberlassung von Butter an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft wird dahin erweitert, daß bis zu 50 v. H. der im Vormonat hergestellten Buttermenge zu überlassen sind. Vom 1. Juli ab wird die Lieferung bis auf Molkereien ausgedehnt, bei denen im Jahre 1914 rund 50 000—500 000 Liter Milch oder eine entsprechende Menge Rahm eingeliefert worden sind. Molkereien dürfen vom 1. Juli ab Butter mit der Post oder Eisenbahn außer an Behörden sowie an Kaufleute zum Weiterverkauf nur gegen vorherige Einsendung eines Bezugsscheines verschicken. Jeder, der von dem genannten Zeitpunkt ab Butter mit der Post oder Eisenbahn versendet, ist verpflichtet, auf der Verpackung seinen Namen und Wohnort und die Sendung als Buttersendung unter Angabe des Gewichts zu kennzeichnen. Molkereien sind verpflichtet, über den Bezug und die Verarbeitung von Milch und Rahm sowie über die Abgabe von Butter, Butterhändler über Bezug und Absatz von Butter Buch zu führen. Gemeinden mit über 5000 Einwohnern müssen bis zum 1. Juli den Verkehr mit Speisefetten in ihrem Bezirk und Verbrauch regeln. Hierbei kann das Kriegsernährungsamt oder die von ihm bezeichnete Stelle Grundsätze aufstellen. Als Speisefett gelten Butter, Butterschmalz, Margarine, Speisefette, Schweineschmalz und Speiseöle. Gemeinden mit über 5000 Einwohnern können anordnen, daß die Vollmilch, die bei ihnen ankommt, entrahmt und verbuttert wird.

Sodann wird das Verfüttern von Kartoffeln verboten. Ausnahmen dürfen nur bewilligt werden für Kartoffeln, die sich zur menschlichen Ernährung nicht eignen. Viehbesitzer dürfen bis zum 15. August 1916 an ihr Vieh insgesamt nicht mehr Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei verfüttern, als auf ihren Viehstand bis zu diesem Tage nach folgenden Sätzen entfällt: an Pferde höchstens 2½ Pfund, an Zugkühe höchstens 1¼ Pfund, an Zugochsen höchstens 1¾ Pfund, an Schweine höchstens ½ Pfund täglich. Die Kommunalverbände können das Verfüttern dieser Erzeugnisse weiter beschränken oder ganz verbieten. Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl dürfen überhaupt nicht verfüttert werden. Auf Zuwiderhandlungen stehen strenge Strafen, und wenn der Verstoß vorsätzlich erfolgt, ist der Mindestbetrag der Geldstrafe gleich dem zwanzigfachen Werte der verbotswidrig verfütterten Mengen.

Kölnische Zeitung
11./VI. 1916

Die Sommergäste in Bayern.

WTB **München**, 10. Juni. (Telegr.) In einer Besprechung im Ministerium des Innern mit den Vertretern der größeren bayrischen Städte über die Fragen der Volksernährung wurde auch die Frage der Lebensmittelversorgung der Fremden besprochen, die sich voraussichtlich in diesem Sommer in gesteigerter Zahl in Bayern aufhalten werden. Auf allen Seiten wurde dabei der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß ihre Versorgung in Bayern nur dann gelingen werde, wenn es möglich sein sollte, von den Zentralstellen in Berlin oder der Heimatstaaten dieser Sommerfrischler Lebensmittel zu diesem Zwecke zugewiesen zu erhalten.

Tägliche Rundschau
11/VI. 1916

Die Lebensmittelversorgung.

Die Fleischmenge für die laufende Woche ist abermals etwas vermehrt worden. Nach einer gestern erlassenen Verordnung des Magistrats beträgt, entsprechend dem letztwöchentlichen Viehauftrieb, die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Wochenmenge an frischem Fleisch oder frischem Fett für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 360 Gramm.

*

Ferner sieht sich der Magistrat zu folgendem Hinweis veranlaßt: Es hat sich herausgestellt, daß vielfach das Verlangen gestellt wird, bestimmte Fleischsorten zu erhalten. Davon kann bei der gegenwärtigen Fleischknappheit gar keine Rede sein. Es besteht, wie hier ausdrücklich festgestellt sei, keinerlei Anspruch auf eine bestimmte Fleischsorte, insbesondere auch nicht auf Schweinefleisch. Es ist vielmehr Pflicht des Fleischers, der von jeder Fleischsorte einen entsprechenden Teil empfängt, das Fleisch angemessen auf das kaufende Publikum zu verteilen, so daß bei gleichzeitigem Einkauf auf mehrere Fleischkarten der Käufer, wenn irgend möglich, auf Wunsch Schweinefleisch nur neben Rind-, Hammel- oder Kalbfleisch erhält.

*

Der „Aerzte-Ausschuß Groß-Berlin" wendet sich in einer Beschwerde dagegen, daß für Kranke und Gebrechliche nicht genügend Vorsorge getroffen sei. Es wird darin besonders bedauert, daß ohne Zuziehung ärztlicher Praktiker vielfach Anordnungen getroffen werden, die mit den berechtigten Interessen der Kranken unvereinbar sind und nur von ärztlichen Praktikern richtig beurteilt werden können. Der Aerzte-Ausschuß von Groß-Berlin will daher auf Grund von berechtigten Klagen und auf Grund eines Beschlusses des Geschäftsausschusses der Berliner ärztlichen Standesvereine sich bemühen, die Regelung der Lebensmittelversorgung vom ärztlichen Standpunkt aus in die Wege zu leiten. Zur selben Frage wird gleichzeitig von anderer Seite mitgeteilt, daß, zur Abstellung der Schwierigkeiten, welche sich bei der Butterversorgung für Kranke ergeben haben, für den Stadtbezirk Groß-Berlins folgendes bestimmt worden ist: Es werden nur die auf vereinbartem Vordruck ausgestellten ärztlichen Atteste berücksichtigt. Beschwerden und dergleichen werden nicht wieder-

dem Vertrauensarzt, der sich zu dem ersten Antrage geäußert hat, sondern dem Medizinalamt der Stadt Berlin zur endgültigen Begutachtung überwiesen. Solange die Kopfportion ein Viertelpfund für die Woche nicht erreicht, könnnen bis zu drei Zusatzkarten (bisher nur zwei) bewilligt werden.

*

Zur Vereinfachung des Lebensmittelbezuges hat Berlin-Wilmersdorf mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die Einführung eines neuen Systems beschlossen. Vom 20. Juni ab werden in etwa 400 Wilmersdorfer Lebensmittelgeschäften große Plakate zum Aushang im Schaufenster verteilt werden. Auf ihnen ist die Benachrichtigung für die Hausfrauen enthalten, welche Lebensmittel, welche Mengen davon und zu welchem Preise sie in den betreffenden Geschäften abgegeben werden. Die Hausfrauen erhalten für jeden Kopf der Familie ein kleines Buch, das übereinstimmend mit Farbe und Buchstaben der Plakatschilder 24 Gutscheine enthält. Diese Gutscheine berechtigen zur Entnahme der auf den aushängenden Buchstaben entfallenden Lebensmittelmenge. In Verbindung mit dieser außerordentlich zweckmäßigen Lösung der Bezugsregelung werden noch besondere Karten mit Nummern für andere Bedarfsartikel ausgegeben, die in jeder Familie nur in geringerer Menge verbraucht werden, wie z. B. Gewürze, Oel usw. Von diesen Karten erhält nur jeder Haushaltungsvorstand ein Stück.

Ernährung der Sommerfrischler in Bayern. Aus München wird gemeldet: In einer Besprechung im Ministerium des Innern mit den Vertretern der größeren bayerischen Städte über die Fragen der Volksernährung wurde auch die Frage der Lebensmittelversorgung der Fremden besprochen, die sich voraussichtlich in diesem Sommer in gesteigerter Zahl in Bayern aufhalten werden. Allseits wurde dabei der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß ihre Versorgung in Bayern nur dann gelingen werde, wenn es möglich sein sollte, von den Zentralstellen in Berlin oder der Heimatstaaten dieser Sommerfrischler Lebensmittel zu diesem Zwecke zugewiesen zu erhalten.

Die Nahrungsmittelfragen im Deutschen Reiche.

Von **Dr. Müller-Meiningen,**
Mitglied des deutschen Reichstages.

So haben wir denn endlich einen „Nahrungsmitteldiktator"! Eine falsche und unheilvolle Bezeichnung; denn auch gewisse partikularistische Empfindlichkeiten in den Einzelstaaten verdienen in dieser schweren Zeit Achtung und Schutz vor unnötiger Herausforderung.

Der Plan einer völligen Zentralisierung der Nahrungsmittelverteilung in ganz Deutschland stammt von demsoeben in den Ruhestand getretenen Herrn v. Delbrück, dem verdienten, jetzt leider kranken Mann, dem ziemlicher Undank vorerst beschieden war. Die spätere, gewissenhaftere Geschichtsschreibung wird feststellen, daß Delbrück, eine fast unersetzliche Arbeitskraft, einzig und allein das Opfer eines staatlichen Systems war, dessen Versagen in solchen Zeiten geradezu eine Selbstverständlichkeit sein mußte. Unser föderatives System des deutschen Bundesstaates oder Staatenbundes — ich lasse die berühmte Frage offen — mußte auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung und -Verteilung ein unabsehbares Tohuwabohu zeitigen. Was nützten die schönsten Erlässe des Reichsamtes des Innern, einer Behörde ohne jegliche Exekution? Jeder Landwirtschaftsminister, jeder Oberpräsident, ja oft der Regierungspräsident hatte mehr zu sagen als diese höchste Reichsstelle. Die Landeszentralbehörden allein waren imstande, den Unterbehörden, die die praktische Ausführung haben, erfolgreiche Anweisungen zu geben. Und das oft nur in der Theorie: praktisch versagten sie sehr häufig ebenfalls. Die Landräte, Bezirksamtmänner usw. fragten den Teufel nach den Anordnungen der Zentralstellen, um die großen Bevölkerungszentren, die großen Industriestädte mit genügenden Nahrungsmitteln zu versorgen. Und das ist doch das Problem! Nur dort fehlt es wirklich! Dazu noch die ungeheuren Schwierigkeiten der militärischen Versorgung — oft in gefährlichster Konkurrenz mit der Versorgung der Zivilbevölkerung. Jeder kommandierende General ein Gewalthaber für sich, unabhängig und allmächtig, kurzum, die Bureaukratie in all ihren Teilen, unterstützt durch die staatsrechtliche Struktur des Reiches, die Vielheit der Kompetenzen, ihre Unklarheit, ihre — scheinbare oder wirkliche — Pflichtenkollision. Das alles mußte bei diesen riesigen Aufgaben, auf die man wie auf den ganzen Krieg wirtschaftlich nicht vorbereitet war, versagen.

Der Vergleich mit Oesterreich-Ungarn liegt nahe genug.

Aber trotz der großen Schwierigkeiten machen wir die Sache, da wir sie machen müssen. Die Zukunft des Reiches, des Volkes steht auf dem Spiele, und da gibts keine Schwierigkeiten, die nicht überwunden würden. Die Erfahrungen jenseits der Grenze werden sich in den Hauptfragen nicht sehr weit von den unsrigen bewegen!

Hier soll jetzt der „Diktator" eingreifen. Freilich mit der „Diktatur" sieht es bereits windig aus. Eine große Vorstandschaft neben ihm, ein noch viel größerer Beirat, daneben ein parlamentarischer Beirat. Ich muß gestehen, mir wird's etwas angst um den neuen Zopf, den alten haben wir abgeschnitten; hoffentlich hängen wir nicht einen neuen an. Aber nach zwei Seiten hin verspricht die neue Einrichtung wenigstens wesentliche Fortschritte: Einmal, daß der neue Herr die Zentralbehörden der einzelnen Staaten direkt anweisen kann, und andererseits, daß die militärischen Schwierigkeiten stark eingeengt, wenn auch wohl nicht ganz beseitigt sind. Kriegsministerium und Kriegsernährungsamt sollen kollegial miteinander arbeiten; die einzelnen Generalkommanden sind dem Kriegsministerium in diesen Fragen unterstellt. Man sieht an allem, daß das Funktionieren der neuen Maschine einzig und allein von dem Takt, der Energie, der Umsicht des einen Mannes abhängt, der je nach den Erfolgen seiner Tätigkeit als Erlöser aus dem bisherigen Durcheinander, der bisherigen Anarchie oder als bemitleidenswerter Prügelknabe für die Sünden des immer noch nicht völlig überwundenen Systems dastehen wird.

Die Hauptsache ist die Gewißheit, daß wir wirtschaftlich stark sind, daß der Aushungerungsplan Englands kläglich scheitert. Daran zweifelt bei uns heute kein Mensch mehr. Die Vorräte sind vorhanden. Auch ohne Rumänien, das uns von seinen aufgestapelten Massenvorräten jetzt genügend abgibt. Sie sind vor allem auf dem platten Lande da. Die ungeheuren Preisunterschiede in allen Produkten, vor allem in Fleisch, zeigen, daß es sich nur um Mängel der Verteilung handelt. Wir stehen vor einer glänzenden — wills Gott — einer Vollernte. Sie schreit nach der Abstellung der bisherigen Verteilungsmängel, nach energischer rascher Handlung des Verantwortlichen. Ein Volk, das solche Riesenopfer gebracht hat, das solche Ruhmestaten der Organisation sich entwickeln sah, wird auch mit den bösen Folgen des hergebrachten Amtszopfes fertig werden. Die Schwierigkeit, ihn zu überwinden, zeigt freilich die Stärke und Intensität dieses alten deutschen Nationalitätsübels. Auch hier vermeide ich, Vergleiche mit den Verhältnissen in anderen, befreundeten Staaten weiterzuspinnen. Das Aushalten, Durchhalten, Zusammenhalten auch in der gegenwärtigen und künftigen gegenseitigen Nahrungsmittelversorgung muß für die verbündeten Völker zum Dogma werden.

Heute freuen wir uns von ganzer Seele, daß der Triumph unserer österreichischen und ungarischen Brüder in Südtirol und Norditalien seine würdige Ergänzung findet in dem ersten großen Seesieg unserer ausgezeichneten Blaujacken über den britischen Aushungerer! Vivant sequentes!

Neues Pester Journal 120

11./VI. 1916

Städtische Neuigkeiten.

Budapest, 10. Juni.

* **Der vorjährige Umsatz des Lebensmittelbetriebs.** Die hauptstädtische Approvisionirungssektion veröffentlicht jetzt ihren Bericht über den Umsatz an Lebensmitteln, welche direkt an das Publikum verkauft wurden. Dem Ausweise zufolge wurden verkauft: 1.053,406 Kilogramm Fett, Speck und Schmer, 764,757 Kilogramm Rind- und Schweinefleisch, 1.153,475 Kilogramm Wurstwaaren, 302,316 Kilogramm Schaf- und Lammfleisch, 174,362 Kilogramm Geflügel, 715,931 Kilogramm Butter, 229,062 Kilogramm Käse, 133,345 Kilogramm kondensirte Milch, 17.599,028 Stück Eier, 82,801 Kilogramm Wild und 1.753,880 Kilogramm Brot. Außer diesen Waaren, die ausschließlich dem konsumirenden Publikum überlassen wurden, hat der Betrieb noch 13 hauptstädtische und 43 Kriegsspitäler, ferner die Armenhäuser und sonstige hauptstädtische Anstalten, die circa 45,000 Personen fassen, mit Lebensmitteln versorgt. Diese Lebensmittel betrugen während des ganzen Jahres 6.317,501 Kilogramm. Insgesammt hat der Betrieb 13.557,800 Kilogramm Lebensmittel im Gesammtwerthe von 33.507,000 K. umgesetzt. Im Jahre 1914 wurden 7.514,200 Kilogramm im Gesammtwerthe von 9.057,600 K. umgesetzt.

Die Verpflegsfragen.

Kriegsküchen und öffentliche Volksspeisung.

Die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Lebensmitteln für den privaten Haushalt weisen der praktischen Ernährungspolitik neue Bahnen. Bisher hatte sich diese wie anderwärts in der Hauptsache darauf beschränkt, der Knappheit auf den Märkten durch Abgabe aus städtischen Vorräten abzuhelfen, um besonders den minderbemittelten Schichten die Lebensführung zu erleichtern. So gut gemeint dieses Verfahren auch ist, für die gegenwärtigen Verhältnisse genügt es keineswegs. Vor allem bietet es der bedürftigen Bevölkerung eben nur die Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger Bedarfsartikel zu den geltenden hohen Preisen, ohne den herrschenden Notstand wirksam zu beheben. Will man nicht schlechtweg die Lebensmittelversorgung für die gesamte Bevölkerung von Gemeinde wegen durchführen und die gleichmäßige Verteilung an die Einwohner durch Lebensmittelverteilungsstellen organisieren, so müssen neue Wege eingeschlagen werden.

Einen solchen neuen Weg stellt eine öffentliche Volksspeisung großen Stils dar, die kürzlich an dieser Stelle angeregt und neuestens durch ein Komitee unter der Patronanz der Baronin Gabriele Bleyleben propagiert wird. Diese Aktion ist zweifellos sehr dankenswert. In welcher Art und mit welchen Mitteln sie ins Werk gesetzt werden soll, ist nicht bekannt. Vorläufig beschränkt sie sich auf eine allgemeine unverbindliche Rundfrage an die Haushaltungsvorstände, die damit zur Aeußerung aufgefordert werden, ob sie für sich und ihre Familienangehörigen aus eigens zu errichtenden Kriegsküchen regelmäßig Speisen für ein geringes Entgelt beziehen wollen. Aus der Zahl der einlangenden Anmeldungen hofft das Komitee ziemlich verläßlich und leicht festzustellen, in welchem Umfange die Errichtung von solchen Kriegsküchen in Wien tatsächlich ein Bedürfnis und in welchen Bezirken und Bezirksteilen ihre Errichtung am dringendsten notwendig ist. Der Weg, der hier eingeschlagen werden soll, ist ein Umweg. Bedürfnis nach billigen Speisegelegenheiten besteht, die minderbemittelten Volkskreise nehmen jede Fürsorgemaßregel, die ihnen die Beschaffung guter und nahrhafter Speisen zu billigen Preisen ermöglicht, mit Freuden auf. Der Kern der Frage liegt aber in der Schaffung von solchen Speisegelegenheiten ohne umständliche Vorbereitung. Ist erst die Institution zur Tatsache geworden, dann wird ihr Umfang und Ausbau sich durch die Praxis unschwer bestimmen lassen. Die Vorbereitungen für Volksspeisestellen und Errichtung eigener Mittelstandsküchen sind in Wien gewiß vorhanden. Hier besteht ein seit Jahrzehnten segensreich wirkender Volksküchenverein, sein Tätigkeitsgebiet ist wohl begrenzt, doch bilden seine Erfahrungen in der Massenausspeisung, zumal in den beiden Kriegsjahren, einen wertvollen Behelf bei der Neuorganisation ähnlicher Einrichtungen. Diese müßte von der Gemeinde selbst in die Hand genommen und unter Mitwirkung privater Fürsorge sowie erprobter Fachleute durchgeführt werden.

Die Gemeinde Wien soll Trägerin der Volksausspeisung sein. Sie allein ist in der Lage, die ganze Organisation großzügig einzuleiten und durch Zuführung städtischer Mittel auf eine breitere Grundlage zu stellen. Damit wären viele Nachteile der bisherigen Ernährungspolitik vermieden. Es wäre nicht mehr nötig, daß, wer von der städtischen Fürsorge Nutzen ziehen will, seine Bedürftigkeit nachweise, denn die neuen Volks- oder Kriegsküchen stehen natürlich jedermann offen. Man kann dort sein Mittagessen einnehmen oder es sich nach Hause holen lassen, so daß auch das Familienleben gewahrt bleiben würde. Der Minderbemittelte könnte dort täglich eine ausreichende Mahlzeit finden, und zwar zu einem Preise, für den selbst die gewandteste und sparsamste Hausfrau heutzutage kein Essen auf den Tisch zu stellen imstande wäre. Welcher Segen durch die Einführung von Massenspeisungen größten Stils dem Volkswohl erwächst, beweisen die überaus günstigen Ergebnisse in großen Städten Deutschlands. Groß-Berlin verfügt bereits über eine Reihe gut geleiteter Volks- und Mittelstandsküchen und neue sind im Entstehen. Die Stadtverwaltung geht noch einen Schritt weiter. Sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse der tausende Beamten männlichen und weiblichen Geschlechts, die durch ihre Arbeitszeit bisher daran gehindert wurden, von den Vorteilen der öffentlichen Speisungen Gebrauch zu machen. Für diese Berufskategorien werden in den Mittelstandsküchen eigene Speisestunden ab 3 Uhr nachmittags eingeführt. Im Deutschen Reiche ist also für die Angehörigen des Mittelstandes, Beamte, kleine Kaufleute, Gewerbetreibende, vor allem vorgesorgt. Von Gemeinde wegen werden Hauslisten für die Massenspeisungen versendet, um dem Magistrat ein ungefähres Bild über den voraussichtlichen Umfang der Speisungen zu verschaffen, denn auch dem nicht Eingetragenen bleibt die Beteiligung gewahrt. Bei uns sind kaum noch Spuren einer Aktion zu merken.

Der Großkommune Wien eröffnet sich da ein weites Feld gemeinnütziger Betätigung. Finanzielle Bedenken können und dürfen nicht den Ausschlag geben. Die Gemeinde hat es ja in der Hand, nach Maßgabe ihrer Mittel vorzugehen, ihr Einfluß vermag leichter bestehende Hemmungen zu überwinden, als eine rein private Organisation. Der rührigen Mithilfe sachkundiger Persönlichkeiten wäre sie sicher.

In dieser Form verbürgt die Einführung einer Naturalspeisung Erfolg, wenn der Grundsatz aufrecht erhalten wird, daß die Volksspeisung allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugängig sein und nicht den Charakter einer Unterstützung — wie es bei der Inauguration durch eine Wohltätigkeitsinstitution den Anschein erwecken könnte — tragen soll. Diese harte gewaltige Zeit hat sozusagen nicht Raum für zögerndes Erwägen. Da gilt ein mutiges, festes Anfassen, die Sache entschieden vorwärts tragen, immer nur das große Ziel im Auge behalten: Für die öffentliche Wohlfahrt.

Tägliche Rundschau
13./VI. 1916

Zwei Eier und fünf Pfund Kartoffeln die Woche!

Der Magistrat Berlin hat der Bevölkerung der Reichshauptstadt ein wenig erfreuliches Pfingstgeschenk bescheren müssen. Er veröffentlicht unter dem 12. Juni eine Verordnung des Inhalts, daß in Berliner Verkaufsstellen von heute an rohe Hühnereier nur gegen Vorlegung einer Berliner Fleischkarte (nicht Tagesfleischkarte) unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden können, und zwar dürfen auf eine Fleischkarte nur zwei Eier in einer Kalenderwoche abgegeben werden. Das Mittelstück der Fleischkarte ist vom Verkäufer zu durchlochen. In der mit dem 12. Juni beginnenden Kalenderwoche dürfen auf eine bereits einmal durchlochte Karte Hühnereier nicht mehr abgegeben werden. Auf eine zweimal durchlochte Karte darf überhaupt keine Abgabe von Hühnereiern mehr erfolgen. Der Berliner Fleischkarte stehen die Charlottenburger und Wilmersdorfer Fleischkarte und die Schöneberger Lebensmittelkarte gleich. Bei Ueberschreitung der Verordnung machen sich Verkäufer und Käufer strafbar. Wenn der Magistrat die Zahl der Eier, die auf eine Fleischkarte in der Woche entnommen werden dürfen, auf zwei beschränkt hat, so geschah dies, weil die Einfuhr aus dem Auslande eine Verteilung größerer Mengen vorläufig nicht zuläßt und es vor allem vermieden werden soll, daß einzelne zum Schaden der übrigen mehr Eier erhalten als ihnen nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte zustehen. Mit der getroffenen Anordnung glaubt der Magistrat aber auch zu erreichen, daß Ansammlungen vor Eierläden, die sich in letzter Woche hier und da gezeigt haben, aufhören. Es wird mit allen Kräften dahin gestrebt werden, daß die Zufuhren namtlich aus dem Inland verstärkt werden.

*

Da im Hinblick auf die Pfingstfeiertage vorübergehend mit einer verminderten Zufuhr von Kartoffeln gerechnet werden muß, haben sich die Groß-Berliner Gemeinden in einer Sitzung, die Sonnabend abend unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke im Berliner Rathause stattfand, entschlossen, um die Kartoffelkarte mit der tatsächlich zur Verfügung stehenden Menge an Kartoffeln in Uebereinstimmung zu bringen, die auf den nächstfälligen Kartoffelabschnitt 8 der geltenden Kartoffelkarte entfallende Menge auf fünf Pfund zu ermäßigen. Als Ersatz für diese Minderung der Kartoffelration haben die zuständigen Reichsstellen den beteiligten Gemeinden und Kreisen Mehl zur Gebäckausgabe überwiesen. Es werden daher in der Woche nach Pfingsten und in der darauf folgenden Woche je 350 Gramm Brot auf das Mittelstück der betreffenden Brotkarte, also der Brotkarte der 69. und 70. Woche, als Sonderabgabe abgegeben werden. Um überdies jeder Beunruhigung der Bevölkerung und namentlich jedem Andrang vor den Kartoffelläden zu begegnen, haben sich die beteiligten Gemeinden und Kreise ferner entschlossen, von Montag, dem 19. Juni, ab weitere 700 Gramm Brot dem zur Verfügung zu stellen, der wider Erwarten auch auf den Abschnitt 8 seiner Kartoffelkarte seine fünf Pfund Kartoffeln nicht sollte erhalten können.

*

Bei der Regelung der Sonderzuweisung von Brot als Ersatz für die verringerte Kartoffelration ist angeordnet worden, daß für die Abgabe und Entnahme der Sondergabe das Brotkartenmittelstück der 69. und 70. Woche seitens des Käufers an den Verkäufer auszuhändigen ist. Da das Brotkartenmittelstück der 70. Woche auch zum Empfang von Seife berechtigt, wird der Bevölkerung geraten, sich rechtzeitig vor der Geltungsdauer der Brotkarte mit Seife für die 70. Woche zu versehen. Bekanntlich berechtigt die für den 25. eines jeden Monats gültige Brotkarte für den Bezug von Seife während der ganzen Dauer des betreffenden Monats.

Österr. Volkszeitung
14./VI. 1916

(**Die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft.**) Zu einer in Berlin abgehaltenen Sitzung nahm der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, dem Vertreter der Regierung, der Städte, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie angehören, den Bericht des Vorstandes über das erste Geschäftsjahr entgegen und genehmigte einstimmig die Bilanz. Dividenden oder Tantiemen wurden nicht verteilt. Es wurde anerkannt, daß die Geschäftsleitung verstanden habe, beim Verkauf von Waren im Einstandswerte von 1¼ Milliarden Mark einerseits die Gesellschaft vor Verlusten zu bewahren und andererseits dem Grundsatze als einer gemeinnützigen Organisation entsprechend ohne nennenswerten Gewinn abzuschließen. Nach diesem Grundsatz sollen die Geschäfte der Gesellschaft weiter verwaltet werden.

Vossische Zeitung
14. Juli 1916

Die Tagung der Gewerkvereine.

Nachdem die von den Rednern der Vormittagsverhandlungen vorgeschlagenen Entschließungen noch einstimmig angenommen worden waren, sprach in der gestrigen Nachmittagssitzung Gleichauf-Berlin über die Stellungnahme zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Seine Ausführungen über Arbeitsrecht gipfelten in folgender, von ihm beantragter Entschließung:

„Neben allen anderen Bevölkerungsschichten hat auch die deutsche Arbeiterschaft in der Kriegszeit ihre Vaterlandstreue in vollstem Maße erwiesen. Die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen haben wesentlich zu den Erfolgen des Heeres und zum wirkungsvollen Durchhalten im Innern des Reiches beigetragen und sich auch an der allgemeinen Opferwilligkeit nach besten Kräften beteiligt. Aber nicht nur aus diesen Gründen, sondern insbesondere auch weil die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft eine Forderung der Gerechtigkeit und eine unbedingte Notwendigkeit ist, wiederholt der Verbandstag die mehrfach von den deutschen Gewerkvereinen aufgestellte Forderung auf Schaffung eines Reichsarbeitsrechts in Verbindung mit genügenden Rechtsgarantien für die Staatsarbeiter, denen für den Verzicht auf das Streikrecht andere Möglichkeiten zur Geltendmachung ihrer Wünsche und Beschwerden gegeben werden müssen." Nach kurzer Erörterung wurde diese Entschließung angenommen.

Dann beschäftigte sich der Verbandstag auch mit der Ernährungsfrage. Hierzu befürwortete Gleichauf-Berlin eine längere Erklärung folgenden Inhalts: Der Verbandstag erkennt rückhaltlos an, daß durch die lange Dauer des Krieges und die englischen Absperrungsmaßnahmen eine Knappheit an Lebensmitteln eingetreten ist, die alle Glieder der deutschen Bevölkerung zwingt, sich Einschränkungen verschiedener Art aufzuerlegen und die Verwendung der vorhandenen Lebensmittel sparsam und haushälterisch zu gestalten. Das ist notwendig, um ein Durchhalten auch im Innern des Deutschen Reiches zu ermöglichen. Da aber nach den Versicherungen von Regierungsvertretern ein wirklicher Mangel an Lebensmitteln nicht besteht, aber nachgewiesen ist, daß bisher eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmitteln an alle Volksteile und alle Landesteile nicht in genügender Weise erfolgt ist, richtet der Verbandstag an das Kriegsernährungsamt das dringende Ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel durch Aufhebung der Grenzsperren verschiedener Bundesstaaten und Kreise, durch Beschlagnahme größerer Vorräte an einer oder mehreren Stellen, durch zweckentsprechende Zuführung dieser Vorräte an die Verbraucher ermöglicht wird; 2. dem Lebensmittelwucher in jeder Form und an jeder Stelle mit aller Entschiedenheit zuleibe gegangen wird und daß die Bestrafung des Lebensmittelwuchers in der Weise erfolgt, daß sie vor einer Wiederholung schützt; 3. die Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur unter Wahrung der Produzenten-Interessen, sondern insbesondere unter Berücksichtigung einer ausreichenden Ernährungsmöglichkeit der Verbraucher erfolgt; 4. einer ungewöhnlichen Verteuerung aller nicht unter Höchstpreisen stehenden Artikel durch den sogenannten Kettenhandel begegnet wird, und 5. eine wirksame Förderung der Produktion von Lebensmitteln ermöglicht wird."

Oberbürgermeister Dr. Dehne-Plauen, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, bemerkte, daß er mit der vom Vorredner eingebrachten Entschließung vollkommen übereinstimme. Es sei aber ungemein schwer, eine Bevölkerung von mehr als 60 Millionen mit ungenügenden Lebensmitteln zu ernähren. Trotzdem könne er glücklicherweise versichern, daß wohl eine Knappheit, nicht aber Mangel an Nahrungsmitteln bestehe. Die Hoffnungen auf die Wirksamkeit des Kriegsernährungsamtes dürften nicht zu hoch gespannt werden. Jedenfalls werde das Amt alles tun, um dem Notstande zu steuern. Es sei aber erforderlich, daß nicht nur die Interessen der Verbraucher, sondern auch die der Produzenten gewahrt würden. Bei der Festsetzung von Höchstpreisen könne man nicht unbeachtet lassen, daß die Produktionskosten, auch in der Landwirtschaft, gestiegen seien. Mit der Brotkarte habe man gute Erfolge erzielt; es empfehle sich daher, dieses Verfahren auf die übrigen Lebensmittel auszudehnen. Wenn außerdem eine gleichmäßige Verteilung stattfinde, so werde es zweifellos gelingen, wenn auch nicht alle, so doch die größten Mißstände zu beseitigen. Unsere Feinde haben längst eingesehen, daß sie uns militärisch nicht bezwingen können, und sie werden es auch nicht fertig bekommen, uns durch Hunger zu bezwingen. (Lebhafter Beifall.)

Nach längerer Erörterung wurde die Gleichaufsche Entschließung zur Lebensmittelfrage einstimmig angenommen, worauf die Verhandlung auf heute vertagt wurde.

Tägliche Rundschau
14.11.1916

* **Zur Nahrungsmittelversorgung von Diabetikern und anderen Kranken** schreibt nunmehr der „Städtische Pressedienst" des Charlottenburger Magistrats:

Der Aerzte-Ausschuß von Groß-Berlin hat in einer durch die Presse veröffentlichten Entschließung die Behauptung aufgestellt, daß für die Lebensmittelversorgung der Kranken und Gebrechlichen durch die Gemeinden fast nach keiner Richtung genügend Vorsorge getroffen ist.

Diese Behauptung ist durchaus unzutreffend. Seit seit Anfang des Jahres 1915 die Brotversorgung geregelt ist, haben die Groß-Berliner Gemeinden Vorsorge getroffen, daß die Kranken, die besonders zubereitetes Brot nötig haben, z. B. reines Weizenbrot, solch Brot erhalten. Ebenso ist bei der Milchversorgung der Kranken von vornherein weitgehendste Rücksicht genommen worden. Bevor aus Aerztekreisen eine solche Anregung erging, haben ferner die Groß-Berliner Gemeinden die Zuteilung besonderer Zusatz-Butterkarten an Kranke geregelt. Bei der Regelung der Fleischversorgung war auf die Zuteilung einer erhöhten Fleischration an Kranke durch die staatliche Regelung nicht Rücksicht genommen. Die sachverständigen Dezernenten der Groß-Berliner Gemeinden haben sofort nach Einführung der Fleischkarten eingehende Beratungen über eine ausgiebige Fleischversorgung der Kranken, die auf einen erhöhten Fleischgenuß angewiesen sind, beraten und diese beschlossen. Die Beschlüsse sind dem Groß-Berliner Aerzte-Ausschuß auch zur Kenntnis gebracht. Auch nach dieser Richtung ist genügend Vorsorge getroffen.

Die Prüfung der ärztlichen Zeugnisse für Mehrbewilligungen erfordert eine außerordentlich große Arbeit, nicht zum wenigsten deshalb, weil ein großer Teil der Aerzte sich an die ihnen zur Kenntnis gebrachten Bestimmungen überhaupt nicht hält. Anträge auf Sonderzuteilung von Milch sind nur in sehr wenigen Fällen abgelehnt, in größerer Zahl allerdings die Anträge auf Zuweisung einer größeren Butterration, weil bisweilen diese Forderungen ganz außerordentlich hoch und nicht ausreichend begründet sind. Zuweilen ergehen Forderungen ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Lage; so verlangte noch jüngst ein Diabetiker allen Ernstes für sich ein Schock Eier wöchentlich. Die Klagen der Aerzte sind zum größten Teil auf Nichtbeachtung der ergangenen, nun einmal nicht zu entbehrenden Vorschriften zurückzuführen, die gemeinsam mit dem Groß-Berliner Aerzteausschuß vereinbart worden sind. Daß das Recht der Zuteilung von Sahne der Polizei vorbehalten ist, beruht auf polizeilichen Vorschriften und ist auch den Aerzten bekannt gegeben.

Frankfurter Zeitung
15./VI.1916

= **Städtische Verordnungen über Lebensmittelversorgung.** Im Kommissionsverlag der Buchhandlung F. B. Auffarth ist soeben ein Buch erschienen, das Vielen willkommen sein wird: ein Führer für Händler und Verbraucher, der durch das Labyrinth der Verordnungen der städtischen Behörden zu Frankfurt a. M. über die Lebensmittelversorgung geleiten soll. Das Buch ist im Auftrag des städtischen Lebensmittelamts von Karl Kirchner zusammengestellt. In einem Vorwort von Bügermeister Dr. Luppe heißt es u. a.: „Von jedem Bürger muß verlangt werden, daß er seine freien Stunden benutzt, um sich, seine Angehörigen und seine Angestellten mit den behördlichen Anordnungen vertraut zu machen und den Geist der Einordnung in die große Organisation des Vaterlandes zu pflegen und zu verbreiten. Das Heft beschränkt sich auf eine Wiedergabe für die gesamte Organisation grundlegenden oder zum Verständnis der örtlichen Bestimmungen erforderlichen Bundesratsverordnungen, enthält aber im übrigen alle von den städtischen Behörden für den Stadtbezirk Frankfurt am Main zum Zwecke der menschlichen Ernährung erlassenen Verordnungen, Bekanntmachungen, Preisfestsetzungen usw. (mit Ausnahme derjenigen über Bestandsaufnahmen). Bei den örtlichen Bestimmungen sind zunächst die allgemeinen Anordnungen abgedruckt und sodann die für die einzelnen Lebensmittelgattungen besondecs ergangenen nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung geordnet; sie sind laufend numeriert. Ein Verzeichnis der Adressen der beteiligten Amtsstellen und ein Sachregister beschließen die Sammlung.“ Die Ausgabe A dieser Sammlung enthält alle bis zum 3. Juni in Frankfurt ergangenen Anordnungen, auch die bereits außer Kraft gesetzten, und ist hauptsächlich für den Gebrauch aller beteiligten Behörden bestimmt. Die gekürzte Ausgabe B ist für die Gewerbetreibenden und das Publikum bestimmt und enthält lediglich die zurzeit gültigen Bestimmungen. Von Zeit zu Zeit werden Nachträge erscheinen, um die Sammlung auf dem laufenden zu halten.

Reichspost Abendbl. 15./VI. 1916

* **Die Teuerung in Holland.** Aus dem Haag, 15. d., meldet der Draht: Heute begaben sich mehrere hundert Frauen zum Minister des Innern und zum Bürgermeister, um Adressen wegen der enormen Lebensmittelteuerung zu überreichen. Der Minister teilte mit, daß die Regierung Maßregeln ergriffen habe, um der Bevölkerung billige Lebensmittel zur Verfügung stellen zu können. Um den Mangel an Kartoffeln, der durch zu große Ausfuhr entstand, abzuhelfen, habe die Regierung die noch vorhandenen Kartoffelvorräte mit Beschlag belegt und die Grenzen für die neue Kartoffelernte geschlossen.

Vossische Zeitung
16./VI.1916

Fortdauer der Wirtschaftsplan-Konferenz. Die Verhandlungen über die endgültige Fertigstellung des neuen Wirtschaftsplans, über die wir gestern abend bereits berichteten, zogen sich bis zum Abend hin. Sie werden heute im Reichstagsgebäude fortgesetzt werden. Wie wir hören, herrscht bereits über die wichtigsten Grundlagen Einigkeit. Der Plan umfaßt in der Hauptsache eine Regelung des Verbrauchs und des Verkehrs in Brotgetreide, Gerste, Futtermittel, zuckerhaltige Futtermittel, Zucker und Kartoffeln. Es ist anzunehmen, daß die Besprechungen zum mindesten auch noch den heutigen Tag über fortdauern werden.

Arbeiterzeitung 17/VI. 1916

Approvisionierungsbeirat. Donnerstag fand in Anwesenheit des Ministers des Innern im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages die erste Tagung des neugeschaffenen Approvisionierungsbeirates statt, zu welcher außer den Mitgliedern dieses Beirates die Vertreter der in der Interministeriellen Approvisionierungskommission vertretenen Ministerien sowie Vertreter der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, der Futtermittelzentrale, der Oel- und Fettzentrale, der Zuckerzentrale und der Kriegs-Kaffeezentrale erschienen waren. Die Sitzung wurde von dem Präsidenten Grafen Larisch geleitet. Der Minister des Innern betonte in seiner Begrüßungsrede die Notwendigkeit einer weitgehenden Zentralisierung aller Angelegenheiten des Ernährungsdienstes und einer innigen Fühlungnahme mit den breitesten Schichten der Bevölkerung. Die Tagungen des Beirates werden für die Regierung eine Quelle sachkundiger Anregungen bilden und ihr Gelegenheit geben, die Erwägungen darzulegen, die bei der Erlassung ihrer Maßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung ausschlaggebend waren. Der Beirat setzte einen ständigen Arbeitsausschuß und drei Fachcomités ein. Die nächste Sitzung des Plenums findet am 20. Juni statt.

Neues Wiener Tagblatt
17./VI. 1916

Die Approvisionierung im Kriege.

Approvisionierungsbeirat.

Vorgestern fand in Anwesenheit des Ministers des Innern im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landtages die erste Tagung des neugeschaffenen Approvisionierungsbeirates statt, zu welcher außer den Mitgliedern dieses Beirates, die Vertreter der in der interministeriellen Approvisionierungskommission vertretenen Ministerien sowie Vertreter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, der Futtermittelzentrale, der Oel- und Fettzentrale, der Zuckerzentrale und der Kriegskaffeezentrale erschienen waren.

Die Sitzung wurde durch den Präsidenten des Approvisionierungsbeirates Dr. Johann Grafen Larisch von Moennich eröffnet, welcher nach Begrüßung der Anwesenden der Regierung den Dank dafür aussprach, daß der bei der letzten Tagung des Ausschusses zur Vorberatung der für die neue Ernte zu ergreifenden Maßnahmen beschlossenen Resolution, es mögen alle mit der Approvisionierung zusammenhängenden Fragen nach Möglichkeit in einer zentralen Stelle behandelt werden, durch Errichtung der interministeriellen Approvisionierungskommission und durch Schaffung des Approvisionierungsbeirates Rechnung getragen worden ist. Der Redner entwickelte sodann das Programm für die Tätigkeit des Beirates und bezeichnete es als notwendig, daß bei allen in Betracht kommenden Agenden und Fragen ein höherer, allgemeinerer Gesichtspunkt maßgebend sei; in den gegenwärtigen so schweren Zeiten dürfe keine gesonderte Produzenten- und Konsumentenpolitik Platz greifen, es müsse vielmehr durch gegenseitiges opferwilliges Entgegenkommen der notwendige Ausgleich gesucht und gefunden werden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam der Präsident des Beirates auf die einzelnen Aufgaben zu sprechen, welche im Interesse einer klaglosen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und andern unentbehrlichen Bedarfsgegenständen gelöst werden müssen und dem Beirat ein weites Feld für seine verantwortungsvolle Tätigkeit bieten. Der Redner knüpfte daran die Bitte an die Vertreter der Regierung, es mögen alle auf die Volksernährung bezugnehmenden Verordnungen vor ihrer Erlassung im Beirate zur Beratung gestellt werden, und schloß mit einem Appell an die Beiratsmitglieder, alle ihre Kräfte und Erfahrungen in den Dienst der guten Sache zu stellen und, geleitet von dem Grundsatze, daß es die Erfüllung einer patriotischen Pflicht bedeutet, die im Felde ruhmreich kämpfenden Krieger mit allem Notwendigen zu versehen und deren in der Heimat gebliebene Angehörige vor Not und Sorgen zu schützen, die Arbeit in Angriff zu nehmen.

Nunmehr ergriff der Minister des Innern das Wort, begrüßte den Beirat namens der Regierung und sprach allen Mitgliedern, vor allem dem Präsidenten, den Dank dafür aus, daß sie dem an sie ergangenen Rufe gefolgt sind und die schwierige Aufgabe auf sich genommen haben, die Regierung bei einer ihrer wichtigsten und verantwortungsvollsten Obliegenheiten, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, zu unterstützen. Er betonte weiter die Notwendigkeit einer weitgehenden Zentralisierung aller Angelegenheiten des Ernährungsdienstes und einer innigen Fühlungnahme mit den breitesten Schichten der Bevölkerung. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit wurde die interministerielle Approvisionierungskommission ins Leben gerufen, deren Mitglieder er dem Beirate vorstelle. Bei ihrer Tätigkeit, welche vor allem Maßnahmen zum Gegenstand hat, die auf eine Hebung der inländischen Produktion, auf eine Förderung des Imports, auf eine gerechte und sparsame Verteilung der verfügbaren Vorräte und auf eine Einflußnahme auf die Preisbildung abzielen, werde die Kommission durch den Beirat die wirksamste Unterstützung erfahren. Die Tagungen des Beirates werden für die Regierung eine Quelle sachkundiger Anregungen bilden und ihr Gelegenheit geben, die Erwägungen darzulegen, welche bei der Erlassung ihrer Maßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung ausschlaggebend waren. Bauend auf die Erfahrung und auf den selbstlosen, von patriotischem Geiste geleiteten Eifer der Beiratsmitglieder erhoffe der Redner ein ersprießliches Zusammenwirken des Beirates und der interministeriellen Approvisionierungskommission.

Uebergehend zur Tagesordnung schritt der Beirat nunmehr an die Bestellung der Vizepräsidenten. Gewählt wurden der Minister a. D. Dr. Gustav Schreiner sowie der Minister a. D. Dr. Josef Forscht und über Antrag des Beiratsmitgliedes Zuleger ein dritter Vizepräsident in der Person des Vizebürgermeisters der Stadt Wien Franz Hoß.

Nunmehr gelangte der Vorstand des Departements für Approvisionierungsangelegenheiten im Ministerium des Innern Hofrat Freiherr v. Fries zum Worte, welcher in längerer Rede die zur Versorgung der Bevölkerung mit den einzelnen Nahrungsmitteln getroffenen Maßnahmen, die Organisation, den Zweck und die Erfolge der zur Durchführung des Verkehrs mit einzelnen Lebensmitteln geschaffenen Zentralen, die Importmöglichkeiten und -aussichten für Waren ausländischer Provenienz und den Stand der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen besprach.

An diese Rede knüpfte sich eine längere Debatte, welche nach einer kurzen Unterbrechung am Nachmittag des Sitzungstages fortgesetzt wurde. In dieser Debatte, an welcher sich die Beiratsmitglieder Doktor Freißler, Dr. Hotowetz, Dr. Jantsch, Doktor Renner, Geheimer Rat Dr. Schreiner, Doktor Steinwender, Stöckler, Dr. Tausche, Zösmayr und Zuleger sowie die Vertreter der Futtermittelzentrale und der Oel- und Fettzentrale beteiligten, wurden allgemeine auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gemachte Wahrnehmungen zur Sprache gebracht. Hiebei wurde dem Wunsche nach möglichster Zentralisierung der Behandlung aller Approvisionierungsfragen Ausdruck gegeben. Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution wurde einstimmig zum Beschluß erhoben und der Präsident des Approvisionierungsbeirates beauftragt, diese Resolution dem Ministerpräsidenten persönlich zu überreichen.

Nachdem sodann der Beirat einen ständigen Arbeitsausschuß und drei Fachkomitees gewählt hatte, schloß der Präsident die Beratung mit der Mitteilung, daß die nächste Sitzung des Plenums am 20. d. stattfinden werde.

Fremdenblatt
17./VI. 1916

Die Verpflegsfragen.

Approvisionierungsbeirat.

Gestern fand in Anwesenheit des Ministers des Innern im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landtages die erste Tagung des neugeschaffenen Approvisionierungsbeirates statt. Die Sitzung wurde durch den Präsidenten des Approvisionierungsbeirates Dr. Johann Grafen Larisch von Moennich eröffnet, welcher nach Begrüßung der Anwesenden der Regierung den Dank dafür aussprach, daß der bei der letzten Tagung des Ausschusses zur Vorberatung der für die neue Ernte zu ergreifenden Maßnahmen beschlossenen Resolution, es mögen alle mit der Approvisionierung zusammenhängenden Fragen nach Möglichkeit in einer zentralen Stelle behandelt werden, durch Errichtung der Interministeriellen Approvisionierungskommission und durch Schaffung des Approvisionierungsbeirates Rechnung getragen worden ist.

Nunmehr ergriff der Minister des Innern das Wort, begrüßte den Beirat namens der Regierung und sprach allen Mitgliedern, vor allem dem Präsidenten, den Dank dafür aus, daß sie dem an sie ergangenen Rufe gefolgt sind und die schwierige Aufgabe auf sich genommen haben, die Regierung bei einer ihrer wichtigsten und verantwortungsvollsten Obliegenheiten, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, zu unterstützen. Er betonte weiter die Notwendigkeit einer weitgehenden Zentralisierung aller Angelegenheiten des Ernährungsdienstes und einer innigen Fühlungnahme mit den breitesten Schichten der Bevölkerung. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit wurde die Interministerielle Approvisionierungskommission ins Leben gerufen, deren Mitglieder er dem Beirate vorstelle. Bei ihrer Tätigkeit, welche vor allem Maßnahmen zum Gegenstande hat, die auf eine Hebung der inländischen Produktion, auf eine Förderung des Imports, auf eine gerechte und sparsame Verteilung der verfügbaren Vorräte und auf eine Einflußnahme auf die Preisbildung abzielen, werde die Kommission durch den Beirat die wirksamste Unterstützung erfahren. Bauend auf die Erfahrung und auf den selbstlosen, von patriotischem Geiste geleiteten Eifer der Beiratsmitglieder, erhoffe der Redner ein ersprießliches Zusammenwirken des Beirates und der interministeriellen Approvisionierungskommission.

Uebergehend zur Tagesordnung, schritt der Beirat nunmehr an die Bestellung der Vizepräsidenten. Gewählt wurden der Minister a. D. Dr. Gustav Schreiner sowie der Minister a. D. Dr. Josef Forscht und über Antrag des Beiratsmitgliedes Präsidenten Zuleger ein dritter Vizepräsident in der Person des Vizebürgermeisters der Stadt Wien Franz Hoß.

Hofrat Freiherr v. Fries besprach in längerer Rede die zur Versorgung der Bevölkerung mit den einzelnen Nahrungsmitteln getroffenen Maßnahmen, die Organisation, den Zweck und die Erfolge der zur Durchführung des Verkehrs mit einzelnen Lebensmitteln geschaffenen Zentralen, die Importmöglichkeiten und -aussichten für Waren ausländischer Provenienz und den Stand der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen.

Nachdem sodann der Beirat einen ständigen Arbeitsausschuß und drei Fachkomitees gewählt hatte, schloß der Präsident die Beratung mit der Mitteilung, daß die nächste Sitzung des Plenums am 20. d. M. stattfinden werde.

Die Lebensmittelversorgung.

Erste Tagung des Approvisionierungsbeirates.

Gestern fand in Anwesenheit des Ministers des Innern im Sitzungssaale des Landtages die erste Tagung des neugeschaffenen Approvisionierungsbeirates statt, zu der auch die Vertreter der in der Interministeriellen Approvisionierungskommission vertretenen Ministerien sowie Vertreter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, der Futtermittelzentrale, der Oel- und Fettzentrale, der Zuckerzentrale und der Kriegskaffeezentrale erschienen.

Die Sitzung wurde durch den Präsidenten Doktor Johann Grafen Larisch v. Moennich eröffnet, der das Programm des Beirates entwickelte. Redner bezeichnete es als notwendig, daß bei allen in Betracht kommenden Agenden und Fragen ein höherer, allgemeinerer Gesichtspunkt maßgebend sei; in den gegenwärtigen so schweren Zeiten dürfe keine gesonderte Produzenten- und Konsumentenpolitik Platz greifen. An die Vertreter der Regierung richtete er die Bitte, es mögen alle auf die Volksernährung bezugnehmenden Verordnungen vor ihrer Erlassung im Beirate zur Beratung gestellt werden.

Nunmehr ergriff der Minister des Innern Prinz Hohenlohe das Wort. Er betonte die Notwendigkeit einer weitgehenden Zentralisierung aller Angelegenheiten des Ernährungsdienstes und einer innigen Fühlungnahme mit den breitesten Schichten der Bevölkerung. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit wurde die Interministerielle Approvisionierungskommission ins Leben gerufen, deren Mitglieder er dem Beirate vorstelle. Bei ihrer Tätigkeit, die vor allem Maßnahmen zum Gegenstande hat, die auf eine Hebung der inländischen Produktion, auf eine Förderung des Imports, auf ein gerechte und sparsame Verteilung der verfügbaren Vorräte und auf eine Einflußnahme auf die Preisbildung abzielen, werde die Komission durch den Beirat die wirksamste Unterstützung erfahren. Die Tagungen des Beirates werden für die Regierung eine Quelle sachkundiger Anregungen bilden und ihr Gelegenheit geben, die Erwägungen darzulegen, die bei der Erlassung ihrer Maßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung ausschlaggebend waren.

Zur Tagesordnung übergehend, wurden der Minister a. D. Dr. Gustav Schreiner sowie der Minister a. D. Dr. Josef Forscht und Vizebürgermeister Franz Hoß zu Vizepräsidenten des Beirates gewählt.

Der Vorstand des Departements für Approvisionierungsangelegenheiten im Ministerium des Innern Hofrat Freiherr v. Fries nahm dann das Wort zu einer längeren Rede, in der er die zur Versorgung der Bevölkerung mit den einzelnen Nahrungsmitteln getroffenen Maßnahmen, die Organisation, den Zweck und die Erfolge der zur Durchführung des Verkehrs mit einzelnen Lebensmitteln geschaffenen Zentralen, die Importmöglichkeiten und -aussichten für Waren ausländischer Provenienz und den Stand der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen besprach.

An die Rede knüpfte sich eine längere Debatte, an der sich die Beiratsmitglieder Dr. Freißler, Doktor Hotowetz, Dr. Jantsch, Dr. Renner, Geheimer Rat Dr. Schreiner, Dr. Steinwender, Stöckler, Doktor Tausche, Zösmayr und Zuleger sowie die Vertreter der Futtermittelzentrale und der Oel- und Fettzentrale beteiligten. Es wurden hiebei allgemeine, auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gemachte Wahrnehmungen zur Sprache gebracht und dem Wunsche nach möglichster Zentralisierung der Behandlung aller Approvisionierungsfragen Ausdruck gegeben. Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben und der Präsident des Approvisionierungsbeirates beauftragt, sie dem Ministerpräsidenten zu überreichen.

Die nächste Sitzung des Plenums findet am 20. d. statt.

Die Zeit 18/IV. 1916

Die Kriegsküche der Haustiere.

Nahrungssorgen auf allen Seiten. Hat der Mensch vor heute seine Tagesspeisenkarte zur Not erledigt, dann kommt die Fürsorge für seine Hausgenossen aus der Tierwelt daran. Futtermittel, die im Frieden für Hunde, Katzen und Vögel spielend bereitgestellt werden konnten, sind heute schwer zu bekommen und kosten sehr viel Geld. Allerdings ist seit Kriegsbeginn die Zahl der hungrigen Tiermagen, für die der Privatmann zu sorgen hat, erheblich niedriger geworden. Alle nur halbwegs für den Kriegsdienst brauchbaren Hunde sind „eingerückt", und eine große Zahl von Hundebesitzern hat schmerzbewegt oder in schnödem Undank dem vierbeinigen Freund die Tür gewiesen, als im Januar dieses Jahres die neue Hundesteuer fällig wurde. Gerade zu dieser Zeit wurde von den Organen des Wiener Tierschutzvereins eine größere Menge herrenloser Hunde aufgegriffen, die von ihrem Herrn deshalb auf die Straße gestoßen wurden, weil sie die neue Steuer nicht zahlen konnten oder wollten. Allerdings haben viele dieser Tiere durch Vermittlung des Tierschutzvereins einen neuen Herrn gefunden, viele aber mußten vernichtet werden, so daß die Zahl der Hunde in Wien bedeutend zurückgegangen ist.

Dagegen haben sich die Katzen auf ihrem früheren Stand erhalten. Diese Tiere sind weit eher in ihren Ansprüchen zu befriedigen als Hunde, unterliegen keiner Steuer und sorgen leider vielfach auch selbst für ihre Nahrung, indem sie in den Wiener Gärten die frühen Morgenstunden zur Singvögeljagd benützen.

Wie auch immer aber die Zahl der Stadt-Haustiere in Wien sich gegenwärtig stellen mag, sie ist groß genug, um ein besonderes Kapitel der Nahrungsfürsorge zu bilden.

Das Hundefutter nimmt in diesem den größten Raum ein. Früher waren es die Abfälle vom „ungeputzten Lungenbraten", das talgige Fett vom Rindfleisch, Wurst- und Käseabfälle, das gekochte „Grünzeug" aus der Suppe, aus denen viel Umstände das Mittagessen für den Hund hergestellt wurde. Für die großen Leonberger oder Neufundländer wurden überdies aus dunklen Mehlsorten Knödel gekocht und weiche Knochenarten dem Futter beigemengt. Der Tierschutzverein fütterte seine Pfleglinge sogar konsequent mit Rindsinnereien, wie Leber, Kuttelfleck und Milz; dabei bildete Bruchreis einen ständigen Zusatz der Futtermischung. Heute ist das alles ganz anders. Es gibt wohl keine Hausfrau, die nicht alle Fleischabfälle für das „Faschierte" verwenden würde. Wurst- und Käseabfälle kommen jetzt nicht gerade in erheblichen Mengen im Haushalt des Mittelstandes vor. Dunkle Mehle sind schwer zu bekommen, und Bruchreis essen die Menschen heute selbst. Ueberhaupt ist jetzt fast alles Hundefutter von früher zur Menschennahrung avanciert. Auch die Innereien, Milz, Leber, Nieren, werden mit einer gewürzten Tunke als Bruckfleisch genossen. Einzig die Kuttelflecke, die im Preise von 48 Heller auf eine Krone gestiegen sind, werden heute noch ab und zu für den Hund verwendet. Offenbar hat die mühsame Zubereitungsart dieser Speise zu diesem Prinzip geführt, denn Kuttelflecke müssen in mehrfach gewechseltem Wasser und sehr lange gekocht werden, sollen sie den üblen Geruch verlieren.

Auch in der Ernährung der Hunde hat der Krieg somit typische Erscheinungen gezeitigt. Hundebesitzer, die über die nötigen Mittel verfügen, behelfen sich noch mit allerhand „billigen" Fleischsorten. Sie setzen ihren Lieblingen gekochte Schöpsenköpfe oder Ochsenschwänze vor, entziehen aber dadurch leider mancher armen Familie ein Stück wertvoller Nahrung, denn der Fleischer fürchtet, die vornehme Kundschaft, von der auch teuere Fleischsorten gekauft werden, zu verlieren, wenn er ihr nicht den gewünschten Schöpsenkopf überläßt. Andere Leute wieder füttern ihre Hunde mit Speiseabfällen aus den Wirtshäusern, müssen aber hier recht hohe Preise, oft bis zu 40 Heller für eine „Portion" bezahlen. Die meisten tun freilich wie der Wiener Tierschutzverein und bleiben bei den Kuttelflecken, die, mit Kartoffeln oder Maismehl gemischt, ein nahrhaftes, wenn auch für verwöhnte Hundegaumen minderes Futter ergeben. Zwar gibt es jetzt noch Hundekuchen. Aber deren Zusammensetzung repräsentiert jetzt einen weit geringeren Nährwert als früher. Vor allem mangelt es hier an den nötigen Fettstoffen, so daß auch gegen die Friedenszeit eine erheblich geringere Menge dieser Kuchen erzeugt werden kann. Doch dürften den Hundesportleuten, die mit der Hundekuchenernährung bestimmte Zuchtzwecke verfolgen, zur Not gedient sein. **Für die Kriegshunde kommt gegenwärtig neben den genannten Futtermitteln noch das von der Tierfutterfabrik in Simmering hergestellte „Blutfutter" für Schweine in Betracht, das aus Rohzucker, Rinderblut, Kleie und Salz besteht.**

Katzen sind der Art ihres Kriegsfutters nach den Hunden fast gleichgestellt. Nur insofern besteht ein Unterschied, als der Vorliebe der Katzen für Milch — wenigstens im Tierschutzverein — mit aufgelöster Trockenmilch genügt wird.

Vogelfutter ist zwar zu haben, aber auch nur in bestimmten Geschäften. Hanfsamen ist beispielsweise von 40 Heller auf K. 2.40 gestiegen, der Rübsamen für Harzer Kanarienvögel von 80 Heller auf K. 3.20. Die ölhaltigen Samenarten, wie Raps, sind kaum erhältlich; daher müssen sich die gefiederten Käfiginsassen mit weniger nahrhaftem Körnerfutter begnügen, wie Glanz- und Leinsamen; die Sonnenblumenkörner für Papageien sind in ausreichenden Mengen vorhanden.

Alles in allem genommen, stößt die Ernährung der Tiere gegenwärtig auf bedeutende Schwierigkeiten, die mit denen des allgemeinen Lebensmittelmarktes Schritt halten. Schon jetzt können sich Hund und Katze zuweilen nur an dem genügsamen „Herrl" zu Mittag sattsehen; was sie sonst bekommen, füllt ihren Magen nur zur Hälfte oder mundet ihnen sicher schlecht.

Neue Freie Presse
18/VI. 1916

Konferenz der Konsumentenorganisationen (Konsumententag).

Wien, 17. Juni.

Am 22. d., halb 10 Uhr vormittags, findet im Festsaale des Niederösterreichischen Gewerbevereines die zweite Delegiertenkonferenz der Konsumentenorganisationen mit folgender Tagesordnung statt: Tätigkeitsbericht der Kriegskommission für Konsumenteninteressen (Berichterstatter Regierungsrat Georg Fritz); Die Volksernährung im Kriege (Berichterstatter Frau Fanni Freund-Marcus und Sekretär Kaff); Handelspolitisches Programm der Verbraucher (Berichterstatter Frau Emmy Freundlich und Generalsekretär Professor Dr. Rudolf Kobatsch); Heranziehung der Konsumentenvertretungen durch die Behörden bei Regelung und Behandlung aller ernährungs- und handelspolitischen Fragen (Berichterstatter Gräfin Gerta Walterskirchen, Frau Helene Granitsch und J. Zehetbauer, Sekretär des Reichswirtschaftsbundes der Festangestellten). Bisher haben sich schon zahlreiche konsumgenossenschaftliche und andere Konsumentenorganisationen, und zwar aus allen Teilen des Reiches, angemeldet.

— (Die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft [Z. E. G.].) Neulich wurde an dieser Stelle berichtet, daß der Aufsichtsrat der Z. E. G. dem Vorstand das volle Vertrauen votiert und für seine erfolgreiche Tätigkeit Anerkennung ausgesprochen hat. Insbesondere wurde die Tatsache hervorgehoben, daß es der Gesellschaft gelungen sei, bei einem Umsatz von 1¼ Millionen Kronen ohne Schaden herauszukommen, allerdings auch keinen Gewinn zu erzielen. Auf diesen letzteren Umstand wurde im amtlichen Bericht besonderes Gewicht gelegt, offenbar um den scharfen kritischen Stimmen über die Geschäftstätigkeit der Z. E. G., die sich in der letzten Zeit sehr gehäuft haben, die Spitze zu nehmen. Aber auch nach dieser offiziellen Vertrauenskundgebung ist die Kritik nicht verstummt. Im Gegenteil bringen insbesondere die bedeutendsten Blätter des westdeutschen Industriegebietes fortgesetzt neues, die Geschäftstätigkeit der Z. E. G. sehr scharf beleuchtendes ungünstiges Material und fordern übereinstimmend die Auflösung der Gesellschaft und Wiedereinführung des freien Handels bei scharfer Kontrolle und Festsetzung von Höchstpreisen. Die Z. E. G. hat bekanntlich das ausschließliche Recht der Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland und der Erteilung von Einfuhrbewilligungen an öffentliche Körperschaften und Private. Der Gesellschaft wird in den erwähnten Blättern unter Anführung von Einzelfällen vorgeworfen, dieses Recht wiederholt mißbraucht zu haben, und zwar aus gewinnsüchtigen Motiven der Einzelpersonen ihres Vorstandes. Aus der großen Fülle der vorgebrachten, besonders krassen Einzelfälle heben wir folgende wenige heraus: Die Köln. Volksztg. veröffentlicht einen Berliner Brief an den Bürgermeister von Köln, in dem unter anderem erzählt wird: Vor etwa sechs Wochen habe ich dem Zentralverband des Roten Kreuzes im Auftrag einer erstklassigen Rustschuker Firma 15 Waggons beste frische bulgarische Eier — später mehr — angeboten, die franko Berlin, unter Garantie einer ersten bulgarischen Bank, noch nicht 10 Pfennig gekostet hätten, während das Rote Kreuz sie zu derselben Zeit doppelt so teuer in Dänemark eingekauft hat. Diese Eier konnte das Rote Kreuz durch Vermittlung des bulgarischen Roten Kreuzes erhalten, während die Z. E. G. die Einfuhr nach Deutschland gestatten sollte. Die Z. E. G. verweigerte dem Roten Kreuz aber die Einfuhrerlaubnis mit der Begründung, das Rote Kreuz solle sich nur rührig, wenn es etwas brauche, an die Z. E. G. wenden, trotzdem sie diese Eier gar nicht liefern konnte. Jeder vernünftige Mensch muß sich fragen, welche Gründe die Z. E. G. leiten, zu verhindern, daß sich das Rote Kreuz Eier für seine Verwundeten und Kranken zur Hälfte des Preises, wie es sonst kauft, beschafft. Man hat hier nur zwei Deutungen dafür gefunden, nämlich, daß entweder die Person, die an der Spitze des Eierverkaufes steht, sich dadurch, daß andere die Eier bedeutend billiger, wie sie selbst, einführen können, ihren Ruhm nicht schmälern lassen will — für solche Scherze ist denn doch die Zeit zu ernst —, oder daß eine Person aus eigenem pekuniären Interesse nicht zulassen will, daß die Einkäufe durch eine andere Hand, als die ihre, gehen. Vorläufig kann ich letzteres nicht für möglich halten. Man braucht sich aber gar nicht zu wundern, wenn es hier auch in den ersten Gesellschaftskreisen genug Leute gibt, die behaupten, daß die ehrenamtlich besetzten Posten viel einträglicher seien als die höchstbezahlten. — Es sind dem Roten Kreuz 88.000 Zentner bestes, doppelt raffiniertes bulgarisches Schmalz, das Pfund franko Berlin zu 2 Mark 25 Pfennige, von erstklassiger Firma angeboten worden. Die Z. E. G. verweigert aber die Einfuhr trotz des Fettmangels und begründet das mit der Valutaverschlechterung. Dies ist aber insofern nicht stichhaltig, da für Rumänien ein fester Umrechnungskurs — 120 Lei für 100 Mark — für alle Käufe besteht und der bulgarische mit 78 zu 80 unter Pari steht. — Die Rh. W. Ztg. erzählt folgenden interessanten Fall unter Beibringung von Originalbelegen: Die Z. E. G. ließ durch einen Bevollmächtigten bei der bekannten Konservenfabrik Knorr Reis beschlagnahmen. Während der Amtshandlung riet der Bevollmächtigte der Z. E. G. der Firma, sich an eine Hamburger Reismaklerfirma, zu der er in engen verwandtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen steht, zu wenden, um beschlagnahmfreien Reis zu erlangen. Die Probe auf das Exempel gelang wirklich. Auf telegraphische Anfrage bot die Hamburger Firma ein großes Quantum Reis an, allerdings zu einem um 50 Mark für den Meterzentner höheren Preis als jener war, den die Z. E. G. für den beschlagnahmten Reis zahlte. — Besonders zahlreiche Anklagen wurden gegen die Z. E. G. in den Vertretungen verschiedener Gemeinden und Kommunalverbände erhoben, die dahin gehen, daß die Z. E. G. Einfuhrbewilligungen nicht erteilt, selbst aber jene Gemeinde und Verbände schlecht versorgt, die Höchstpreise festsetzen, bei denen der Z. E. G. kein großer Nutzen verbleibt. — Auf alle Vorwürfe erwidert die Z. E. G., daß lediglich die Rücksicht auf die Valuta ihr Vorgehen bestimmt. Doch wird dieses Argument von anderer Seite als unzutreffend erklärt.

Neue Freie Presse
20./IV. 1916

Beratungen der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz über Approvisionierungsfragen.

In der am 16. d. abgehaltenen Konferenz der gemeinderätlichen Parteiobmänner berichtete Magistratsrat Dr. Ehrenberg über das städtische Kartoffelgeschäft seit dem Herbst vorigen Jahres. Der Gemeinde Wien standen teils aus eigenen Fechsungen, teils aus Lieferungen im ganzen rund 6255 Bahnwagen Kartoffel zur Verfügung, von welchen bis zum 10. Juni d. J. rund 5642 Bahnwagen dem Konsum zugeführt wurden. Eine Gegenüberstellung der Anlieferungen und der gesamten Abgaben weist unter Berücksichtigung der vorhandenen Lagerbestände einen Schwund von nicht ganz neun Prozent auf, ein gewiß sehr günstiges Ergebnis, wenn die nicht immer einwandfreie Beschaffenheit der Ware und die Schwierigkeiten des Transports und der Einlagerung berücksichtigt werden. Dem Berichterstatter wird für seine bei der Durchführung des Kartoffelgeschäftes beobachtete Umsicht und Sorgfalt der Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Die Obmännerkonferenz billigte die vom Bürgermeister in die Wege geleitete Versorgung des Wiener Marktes mit Frühkartoffeln aus Südungarn, die unter Mitwirkung des legitimen Handels bewerkstelligt werden soll, einhellig, und nahm die getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Zufuhr von Gemüse und Obst aus dem Küstenlande mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis.

Die vom Bürgermeister wegen Sicherung der Einfuhr von argentinischem Fleisch nach Friedensschluß bisher unternommenen Schritte, die den gewünschten Erfolg allerdings nicht aufweisen, werden gutgeheißen und das bezügliche Verhandlungsmaterial dem Sitzungsprotokolle einverleibt.

Deutsche Sparsamkeit.

Eindrücke von der Münchner Wirtschaftskonferenz.

Für alle österreichischen Teilnehmer an der, an sachlicher Arbeit und interessanten politischen Ausblicken so reichen mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz, die in den ersten Junitagen in München stattgefunden hat, hatte die überaus freundschaftliche Art, mit der die Reichsdeutschen ihre Verbündeten empfangen haben, etwas ungemein Herzerquickendes. In aufrichtiger Dankbarkeit werden wir auch in späteren Friedenszeiten jener Stunden gedenken, da uns die deutsche Gastlichkeit inmitten der drohenden und tobenden Kriegswirrnisse eine stille Insel für die Entwicklung ernster, geistiger Arbeit und treuer freundschaftlicher Gefühle geboten hat.

Wie bei jedem Aufenthalt in Deutschland mußten wir Oesterreicher auch diesmal wieder mit Bewunderung erkennen, mit welch unvergleichlicher Präzision der auf kriegswirtschaftliche Notwendigkeiten eingestellte Organisationsapparat draußen im Reiche funktioniert. Die Deutschen leiden unter einer größeren Knappheit der Lebensmittelvorräte als wir in Oesterreich. Ein geistreicher Wirtschaftspolitiker hat festgestellt, daß, während Oesterreich nur jeden 21. Tag auf die Lebensmittelversorgung aus dem Auslande (in normalen Zeiten) angewiesen war, Deutschland infolge seiner viel dichteren Bevölkerung vor die Notwendigkeit gestellt ist, jeden 6. Tag sich vom Auslande versorgen zu lassen. Natürlich kommt diese Tatsache anläßlich der durch den Krieg verursachten Absperrung in besonders krasser Weise zur Geltung. Deutschland muß also, hauptsächlich was die Städte anbelangt, ein strenges Haushalten mit den Vorräten durchführen, sollen nicht katastrophale Zustände eintreten.

Wir bemerken die weise Sparsamkeit, die alle Kreise umfaßt, schon beim ersten Eintritt in unser Hotel, wo uns neben der Tagesbrotkarte auch gleich die knapp zubemessene Fleischkarte eingehändigt wird.

Die reichsdeutschen Maßnahmen unterscheiden sich von den Verordnungen unseres Landes vor allem dadurch, daß sie auch die reichen Leute in die Zwangsmaßregeln mit einbeziehen, allgemein gültige, nicht umgehbare Vorschriften aufstellen und enge Enthaltsamkeitsgrenzen für jedermann ziehen. Bei uns sehen wir infolge der vielfach unbegrenzten Teuerungsmöglichkeit hauptsächlich die unteren und mittelständischen Schichten von der wirtschaftlichen Kriegsnot erfaßt, währenddem die reichen Leute, die jeden Preis für Lebensmitel zahlen können und wollen, heute genau so luxuriös leben, wie im Frieden. In Deutschland ist zum Beispiel an den drei butterlosen Tagen der Woche auch gegen teures Geld und schönste Worte in keinem Restaurant oder Verkaufsladen ein Stückchen Butter zum Frühstück oder zu einer anderen Mahlzeit zu erlangen. Mit größter Strenge werden die drei fleischlosen und fettlosen Tage der Woche eingehalten. Es gibt keinen Vorkauf für die reichen Leute am Abend vor dem fleischlosen Tag, wie er bei uns blüht, es gibt auch keine Verwertung von Innerei oder Geflügel, sondern es ist tatsächlich an diesen Tagen allen Ständen jegliche Fleischenthaltung geboten. An den Tagen, da Fleischkost gestattet ist, ist dieselbe für alle, auch für die Fremden, an die Fleischkarte gebunden, die per Tag und Kopf den Genuß von 120 Gramm Fleisch gestattet. (12 Dekagramm in rohem Zustand gewogen!) Also eine Fleischportion und noch dazu eine recht kleine! Außertourliche Schinkenbrote oder Abendfleischmahlzeiten sind somit ausgeschlossen. Der Knappheit der Zuckervorräte wird Rechnung getragen, indem in den Cafés und Restaurants zu einer Tasse Tee oder Kaffee nur mehr ein Stück Zucker serviert wird und Milch ist überhaupt in frischem Zustand in den Kaffeehäusern kaum vorzufinden. Es herrscht der Gebrauch von Kondensmilch oder Trockenmilch vor. Sehr reichlich ist dafür das Anbot in Obst und Gemüse und durchaus befriedigend die Gewährung der sehr bekömmlichen fünf Kriegssemmeln per Tag und Kopf. Als Ersatz für andere Nahrungsmittel finden wir natürlich in Bayern das gute kräftige Bier. Allerdings auch mit der Einschränkung, daß zwischen 2 und 7 Uhr abends in den Restaurants kein Bier ausgeschenkt werden darf.

Wodurch sich die Approvisionierungsverhältnisse vorteilhaft von unseren Zuständen unterscheiden, das ist die Bindung der Preise. Es herrscht überall Knappheit, aber es gibt keine exorbitant hohen Phantasiepreise für Lebensmittel wie bei uns, und es ist durch die strengen Kartenvorschriften auch tatsächlich eine Enthaltsamkeitsgrenze für die wohlhabenden Schichten gezogen, was auf die Stimmung der Bevölkerung außerordentlich günstig wirkt; denn nichts ist aufreizender, als wenn in solcher Zeit der allgemeinen Not und Entbehrung, des Hungers der Mütter und Kinder des Volkes einige Wenige — erfolgreiche Nutznießer der Kriegskonjunktur — in schamloser Weise ihrem Luxus auch auf dem Gebiete des Vielessens weiter fröhnen können!

Wann wird endlich bei uns die Fleischkarte erscheinen, die nicht so sehr als Bezugsberechtigung für jeden einzelnen, als als Enthaltsamkeitsregel für die Vielesser verlangt werden muß — schon im Hinblick auf die notwendige Erhaltung unserer heimischen Viehbestände? Wann wird die Milchkarte dem Unfug ein Ende machen, daß zur selben Zeit, wo kinderreiche Familien mit einem Minimalquantum dieses wichtigsten Volksnahrungsmittels sich fortfretten müssen, reiche Katzen- und Hundeliebhaber noch ihren Tieren unverhältnismäßig große Mengen von Milch zur Verfütterung vorsetzen dürfen? Die Milchkarte, die die zulässige Menge des täglichen Milchverbrauches von der Kopfzahl der Familien abhängig machen würde, statt von dem durch Ueberzahlung oder Geschenke so leicht zu erwerbenden Wohlwollen der einzelnen Verschleißerinnen? „Wir schwimmen in Erdäpfeln," heißt es überall dort, wo vorsorgliche Verwaltungen seinerzeit allzu große Schlüsse auf diesem Approvisionierungsgebiet gemacht haben. In Deutschland ist man längst dabei, die Haltbarmachung dieses Nahrungsmittels durch zahlose Trocknungsanlagen herbeizuführen, und auch den Wiener Hausfrauen wäre bei dem Mangel an Semmelbröseln und Edelmehlen sehr gedient, wenn all die Erdäpfelmengen, die derzeit als Gemüse vom Verbrauch nicht aufgesaugt werden können, in anderer Form, in Form von Erdäpfelflocken, Erdäpfelgrieß und Erdäpfelmehl der mittelständischen und proletarischen Küche zugänglich gemacht werden würden.

Wiir ziehen aus unseren Betrachtungen den Schluß, daß Deutschland im großen und ganzen schlechter daran ist mit seinen Approvisionierungsmöglichkeiten als wir, daß dort aber eine viel schärfere Organisation des Verteilungsapparats geschaffen ist. Möge der Erfahrungsaustausch der Wirtschaftspolitiker, der in so schöner Gemeinsamkeit anläßlich der mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz in München stattgefunden hat, dazu beitragen, daß die kriegswirtschaftlichen Errungenschaften, sofern sie im Nachbarreich erprobt und gut befunden worden sind, nunmehr auch der österreichischen Bevölkerung im notwendigen Ausmaße zugute kommen werden.

Helene Granitsch.

Österr. Volkszeitung 29. VI. 1916

— (Die Deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft, Z.-E.-G.) Die Kritik der Geschäftsgebarung der Z.-E.-G., von der wir im Sonntagblatt einige Proben veröffentlicht haben, zieht in der deutschen Presse immer weitere Kreise. Waren es bisher hauptsächlich oppositionelle Provinzblätter, die reichliches Material zur Beleuchtung der Geschäftsgebarung der Z.-E.-G. zusammengetragen haben, so haben sich in den letzten Tagen sogar offiziöse Blätter, wie die Köln. Ztg., und Berliner Blätter, wie das B. T., den Kritikern der Z.-E.-G. angeschlossen. Die Ausführungen der beiden letztgenannten großen und einflußreichen Zeitungen sind um so wirkungsvoller, als sie im großen und ganzen sehr maßvoll gehalten sind, manches zu erklären und zu entschuldigen trachten und sich jedes Angriffes auf einzelne Personen enthalten. So schreibt beispielsweise das rheinische Blatt unter anderem: Manche Maßnahmen der Z.-E.-G. sind uns bekannt geworden, bei denen sich nichts mehr zur Entschuldigung vorbringen läßt, wenn man nicht Kurzsichtigkeit und Starrsinn als Entschuldigungsgründe gelten lassen will. Der unumstößliche Beweis läßt sich führen, daß die Politik der Z.-E.-G. es fertig bringt, daß große Mengen Lebensmittel aus Deutschland ferngehalten werden und in neutrale oder gar feindliche Länder gehen. Dafür einige Beispiele: Der Inhaber einer der größten Hammelschlächtereien in Düsseldorf hat seit Kriegsbeginn aus Holland wöchentlich durchschnittlich drei Waggons erstklassige, fette Jährlinge und Hammel bezogen, bis ihm dies in den letzten Wochen von der Z.-E.-G. unter Drohung mit großen Verlusten förmlich untersagt wurde. Seitdem geht dieses erstklassige Vieh, wie man sich überzeugt hat, in die besetzten Gebiete (Brüssel, Lille u.a.); auch viele englische Agenten sind in letzter Zeit Käufer dafür. Einen noch deutlicheren Beweis, daß die völlige Ausschaltung des Handels durch die Z.-E.-G. eine Schädigung des deutschen Verbrauches bedeutet, findet man in folgendem Schreiben einer großen schweizerischen Käseausfuhrgesellschaft an einen rheinischen Abnehmer: Nachdem alle Bemühungen, mit der deutschen Kundschaft direkt zu verkehren, für uns erfolglos blieben, haben wir das uns zum Export zur Verfügung stehende Quantum nach anderen Richtungen verwendet. Wir bedauern deshalb, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir augenblicklich nicht in der Lage sind, etwas Ware abgeben zu können. — Im weiteren Verlauf der Ausführungen wird die Preispolitik der Z.-E.-G. als äußerst kleinlich bezeichnet und an der Hand zahlreicher Beispiele gezeigt, daß wegen sehr geringer Preisdifferenzen bedeutende Quantitäten notweniger Nahrungsmittel, wie Eier, Käse, Heringe usw. von Deutschland ferngehalten und geradezu ins feindliche Ausland abgedrängt werden. Die K. Z. tritt schließlich für die Beibehaltung des Einfuhrmonopols ein und macht den Vorschlag, besonders vertrauenswürdigen Fachhändlern die Möglichkeit der Einfuhrtätigkeit zu geben. Was sie herbeischaffen, unterliegt einer Anzeigepflicht, damit der Z.-E.-G. der Ueberlick über die ganze Einfuhr erhalten bleibt. Von den eingeführten Mengen sollen die Händler die Hälfte ohne Gewinn an die Gemeindeverwaltungen abgeben, die diese Waren wieder an die Minderbemittelten vertreiben. Die andere Hälfte wird von den Händlern dem freien Verkehr zugeführt, wobei wiederum besonderes Augenmerk auf die Preisbildung zu lenken ist. Die Notwendigkeit, die Einfuhr an Lebensmitteln zu steigern, läßt sich gerade in diesen Wochen nicht mehr leugnen. Dazu aber ist eine Reform der Zentral-Einkaufsgesellschaft erste Vorbedingung. Sie ist notwendig, dringend notwendig. — Wie bereits erwähnt, hat auch das B. T. die Geschäftstätigkeit der Z.-E.-G. im Rahmen eines Artikels über die Freiheit des Handels zum Gegenstand einer Kritik gemacht. Nach einer scharfen Stellungnahme gegen die rücksichtslose Durchführung des Importmonopols wird unter anderem bemerkt: Die Annahme, daß die Z.-E.-G. große Gewinne zugunsten des Reiches einheimse und somit der Bevölkerung eine indirekte Reichssteuer auferlege, ist durch die Erklärungen der Z.-E.-G., daß sie bei einem Umsatz von vielen hundert Millionen Mark nur einen Ueberschuß in der Höhe von 200.000 Mark erzielt habe, bis zu einem gewissen Grade hinfällig geworden. Nicht widerlegt ist damit aber, sondern im Gegenteil sehr wahrscheinlich geworden, daß die Z.-E.-G. eine viel zu kostspielige Organisation hat, besonders auch beim Einkauf. Ist dies aber der Fall, so steht sich die Bevölkerung dabei noch schlechter als bei der indirekten Steuer, denn diese würde schließlich der Gesamtheit wieder zugute kommen, während die hohen Organisationskosten allenfalls den Angestellten der Z.-E.-G. Vorteile bringen, deren bevorzugte Versorgung mit Lebensmitteln auch erst durch das Eingreifen der Presse verhindert werden mußte. Wir glauben, daß es eine ebenso lohnende wie dringliche Aufgabe für den neuen Staatssekretär des Reichsamtes des Innern ist, die Verhältnisse bei der Z.-E.-G. und ihre Organisation einer genauen Nachprüfung zu unterziehen und zu erwägen, ob nicht der Importhandel, soweit er Wertvolles leisten kann, im Rahmen der Zweckmäßigkeit freizugeben ist.

Ernährung und Leistungsfähigkeit.

Geheimrat Rubner über die Volksernährung im Kriege.

Der Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Berlin, Geheimrat Prof. Max Rubner, der in letzter Zeit, wie unseren Lesern bekannt ist, zu dem Problem der Volksernährung im Kriege in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen Stellung genommen hat, läßt soeben im Verlag „Naturwissenschaften" in Leipzig eine Schrift unter dem Titel „Deutschlands Volksernährung im Kriege" erscheinen, in der er nicht bloß die amtlichen Maßregeln einer sachgemäßen Kritik unterzieht, sondern auch die bedeutungsvollen Zusammenhänge zwischen seelischer Stimmung, geistiger und körperlicher Leistung einerseits und der ordnungsgemäßen Ernährung andererseits hervorhebt und auf die Schäden verweist, die die Gesundheit und Leistungsfähigkeit eines Volkes bei ungenügender oder unzweckmäßiger Ernährung erleiden kann.

„Es ist ein Glück," schreibt Rubner, „daß die Naturgesetze nirgendwo nur eine Ernährungsweise verlangen, wie andere Lebewesen kann auch der Mensch verschieden ernährt werden. Es gibt an sich kein Grundgesetz, das eine absolut bestimmte tägliche Brot-, Milch-, Fleischmenge erfordert; es ist aber ebenso sicher, daß eine Bevölkerung das Abweichen von dem durchschnittlichen Verhältnis sehr hart empfinden muß, weil die ganze Kochweise sich ändert, auch jene individuelle Art des Essens, die man aus Gesundheitsrücksichten sich angewöhnt hat, und viele von diesen Gewohnheiten bedeuten mehr als gleichgültige Zufälligkeiten. Es ist auch weiter nicht gleichgültig, ob etwa die animalischen Nahrungsmittel ganz wegfallen. Vom Standpunkt der Volksernährungslehre kann man die eine oder andere Form der Ernährung als besser oder schlechter bezeichnen, da wir heute aber nicht alles haben, wie wir es brauchen, richtet man sich eben etwas anders ein. Mehr als produziert wird, können wir von einem Artikel nicht verlangen, es ist der Weisheit letzter Sinn, diese Mengen gleichheitlich zu verteilen. Es ist aber andererseits schon nicht mehr fraglich, daß die Produktion der Nahrungsmittel, wenn die Bedürfnisse des Menschen beachtet würden, auch anders hätte geleitet werden können. Jedenfalls muß die Verwaltung mit Rücksicht auf die geringsten Störungen der Psyche des Volkes auf eine weitgehende Annäherung an die ‚üblichen' Verhältnisse bedacht sein.

Was wir aber vom biologischen Standpunkt zu beanstanden haben, weil es den Grundgesetzen der Natur widerspricht, ist die Kürzung einer Nahrungsmittelmenge ohne angemessene Fürsorge für Ersatz. Daraus folgt, daß man von wissenschaftlicher Seite die fortgesetzten Kürzungen einzelner Nahrungsmittel unter den bisher durchschnittlichen Verbrauch schon aus diesen Quantitätsgründen nicht billigen konnte, weil solche Maßnahmen nur gerechtfertigt waren, wenn man Unterlagen für die anderweitige Ernährungsmöglichkeit besaß; letzteres war sicher nicht der Fall. Es gibt eine bestimmte Grenze, wo es Pflicht wird, die Interessen der menschlichen Ernährung der tierischen Ernährung, die bisher mehr berücksichtigt wurde, überzuordnen und zu fordern, daß den Menschen die Summe der Nahrung bleibt, die zum Leben notwendig ist."

Geheimrat Rubner bespricht in diesem Zusammenhang auch das Problem des Mindestbedarfes der Bevölkerung an Nahrung, tritt dem in Verwaltungskreisen vielfach herrschenden grundfalschen Vorurteil entgegen, die wissenschaftliche Betrachtung der Volksernährung strebe utopistischen Zielen einer allgemeinen Luxusernährung zu, und macht auf die Gefahren einer vollkommenen Rationierung aller Nahrungsmittel — mehr als die Hälfte der Nahrung stehe in Deutschland bereits unter Kontrolle — aufmerksam. Es hätte immense Vorteile gebracht, wenn die Kenntnis der einfachsten Ernährungsgesetze und -Tatsachen allgemeiner Besitz der Bevölkerung gewesen wäre. Die einheitliche Regelung eines Nahrungsmittels für ein ganzes Reich habe große Nachteile, was sich schon bei der Brotkarte gezeigt habe. Der Einheitskonsum sei mit den Gewohnheiten, an denen die Leute zähe hängen, und mit den Bedürfnissen des einzelnen nicht in Einklang zu bringen. Es müsse jeder Individualität vorbehalten bleiben, wenigstens eine beschränkte freie Wahl zu haben, nicht nur im Sinne der zu sichernden Geschmacksrichtung und Rücksichtnahme auf die Gesundheit, sondern auch hinsichtlich der Beschaffung von „Zulagen" zum Ausgleich der sehr ungleichen und wechselnden Nahrungsbedürfnisse. „Man stellt sich," schreibt Rubner, „selbst für Gefängnisse die Nahrungsversorgung wohl zu schematisch vor. Auch dort gibt es keine einheitliche Ernährung, sondern stets noch die Möglichkeit der Zulagen, um der Individualität den nötigen Ausgleich zu verschaffen. Die Verhältnisse einer Zivilbevölkerung mit den verschiedenen Berufen, Altersklassen, Gesunden, chronischen Kranken, läßt sich mit der Ernährung beim Militär, die sonst vorschweben mag, nicht in Parallele stellen. Da handelt es sich um Gesunde, um Männer, die im Lebensalter nur um ein paar Jahrzehnte differieren und in ihrer körperlichen Leistung gleichartig sind. Die ungeordneten Zustände der letzten Monate und Verordnungen, die auf chronisch Kranke und Schwächliche keinen Bezug nehmen, lassen sich auf die Dauer nicht halten. Eine Nation braucht zur Erhaltung auch Leute von schwacher Gesundheit, weil die Intelligenz und geistige Kraft, die hinter der Front noch nötig ist, keineswegs immer mit einem gesunden und kräftigen Körper verbunden zu sein braucht. Die heutige Kontingentierung erlaubt höchstens einen Ausgleich zwischen den Mitgliedern einer Familie; auch da bestehen aber wegen der nicht glücklichen Verteilung der Nahrungsmittel nach den verschiedenen Altern und zwischen weiblichen und männlichen Personen schon jetzt bei der Brotkarte und anderen nicht nur Härten, sondern recht fühlbare Benachteiligungen.

Diese letzteren treten noch mehr in die Erscheinung bei der Austeilung verschiedener großer Rationen auf einzelne Berufe. Es sind da Normierungen (Zusatzkarten) gemacht, die den wirklichen ungleichen Bedürfnissen an Nahrung auch nicht im entferntesten gerecht werden. Und der Masse nach müssen sie — das tritt mit jeder Kontingentierung eines neuen Nahrungsmittels stärker hervor — unbedingt gerecht werden, weil sonst ‚Arbeitsverluste' geistiger wie körperlicher Art eintreten. Die Natur hilft sich selbst. Das erste, was bei unzureichender Nahrung auftritt, ist Selbstschutz durch verminderte Leistung.

Der Arbeitende sucht bei Nahrungsmangel der Abnützung seines Körpers aus dem Wege zu gehen. Die Ernährung und die Stimmung hängen aufs engste zusammen. Die gehobene Stimmung kann kurze Zeit über die Ernährungsmängel hinweghelfen, der Soldat kann auch in frischer Kampflust und dem Vertrauen auf den Sieg über die mangelnde Nahrungszufuhr hinwegkommen. Eine Bevölkerung, die ohne Aussicht auf eine Aenderung der Ernährungsbedingungen an Nahrung leidet, zeigt bald die psychische Wirkung, leichte Erregbarkeit und Unzufriedenheit, depressorische Zustände und Unlust zu Leistungen auf geistigem und körperlichem Gebiet. Ein großer Teil der Welt wird eben vom Magen aus regiert."

Hamburger Fremdenblatt
21./11. 1916

Lebensmittelversorgung.

Die Ernährungsfrage.

Durch Flugblatt ist gestern an die hamburgische Bevölkerung ein von den Vorständen der Sozialdemokratischen Partei von Hamburg, Altona und Umgegend, dem Gewerkschaftskartell, der „Produktion“ und der „Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856“ unterzeichneter Aufsatz über die „Lebensmittelversorgung“ verteilt worden, der die Forderungen für das neue Wirtschaftsjahr aufstellt, nachdem die Höchstpreispolitik, „die Kommunalwirtschaft und freien Handelsverkehr miteinander verkuppelte“, Fiasko gemacht hat. Die genannten Organisationen fassen ihre Wünsche in folgenden Sätzen zusammen:

1. Beschlagnahme der Getreide-Ernte in einer Höhe, die eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Mehlration für die gesamte Bevölkerung ermöglicht.

2. Festlegung der Kartoffelernte in einer Höhe, daß bis zur nächstjährigen Ernte für den Kopf der Bevölkerung eine Wochenration von zehn Pfund sichergestellt wird.

3. Verteilung allen Fleisches (Wild, Geflügel), aller Arten Fette, der Milch und sämtlicher anderer Lebensmittel unter Ausschaltung der freien Handelskonkurrenz durch Vermittlung der Gemeinden zu von ihnen festgesetzten erträglichen Preisen. Sicherung der Milchversorgung der großen Städte.

4. Verbot des vorzeitigen Aufkaufs der Gemüse- und Obsternte durch die privaten Konservenfabrikation.

5. Erweiterung der Volksküchen für Massenernährung.

6. Gerechte Verteilung und Festsetzung von erschwinglichen Höchstpreisen für alle Massenverbrauchsartikel, wie Obst, Gemüse, Fußzeug und sonstige Bekleidungsgegenstände und Feuerungsmaterial.

Die Zeit Abendbl 21./VI. 1916

Ernährung und Politik.

Ein nationalliberaler Mahnruf.

Δ Leipzig, 21. Juni. (Priv.-Tel.)

Gestützt auf die Tatsache, daß nicht nur die einzelnen Bundesstaaten, sondern innerhalb Sachsens sogar die einzelnen Kreise sich in bezug auf Nahrungsmittelausfuhr gegeneinander und vor allem gegen die Städte absperren, hat, den Leipziger N. N. zufolge, der Leipziger nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Löbner an das Reichskriegsernährungsamt in Berlin ein Telegramm gerichtet, das mit folgenden Worten schloß: „Reißen Sie die unberechtigten Schranken rasch nieder oder der Schade am Deutschtum wächst weiter. Sie können und müssen Wandel schaffen!"

Gleichzeitig hat Dr. Löbner eine Eingabe an die sächsische Regierung gerichtet, die die Kalamität der Stadt Leipzig zum Gegenstand hat. Es heißt in dem Schriftstück nach Darstellung der Verhältnisse unter anderem: „Mangelnde Zufuhr erhöht die Preise der überhaupt zu erlangenden Lebensmittel im Uebermaß. Die Zufuhr wird behindert durch die Lebensmittelausfuhrverbote Bayerns sowie durch die von preußischen und thüringischen Kreisen. Die Zufuhr wird aber leider auch behindert durch Lebensmittelausfuhrverbote sächsischer Bezirke gegeneinander. Die königlich sächsische Regierung wolle dafür besorgt sein, daß das Abschließen der einzelnen sächsischen Bezirke gegeneinander im Lebensmittelverkehr raschestens ein Ende nimmt, damit nicht im eigenen engeren Vaterland geschieht, was mit Recht von uns den Kreis- oder Staatsverwaltungen der Bundesstaaten zum Vorwurf gemacht wird: 2. daß die königlich sächsische Regierung auch ihrerseits — gegebenenfalls erneut — beim Reichskriegsernährungsamt die Forderung schleunigster Aufhebung von Lebensmittelausfuhrverboten aus den Bundesstaaten nach sächsischen Bedarfsbezirken stellt. Es ist," so heißt es weiter in der Eingabe, „keine Zeit zu verlieren. Rasch und energisch muß vorgegangen werden, wenn nicht weiterer schwerer Schade an der Volksstimmung erwachsen soll, der sich fühlbar machen muß auch bei denen draußen, die freudig ihr Leben einsetzen für uns daheim. Nicht die Einschränkung der Lebenshaltung und nicht Schwierigkeiten der Ernährung an sich, auch nicht Entbehrungen können die Freudigkeit und Opferwilligkeit des Volkes ertöten: Verantwortlich für das Sinken der Volksstimmung, ja für die sich mehrenden schlimmeren Erscheinun-

Frankfurter Zeitung
21./VI. 1916

Die „Aushungerung" Deutschlands.

dt Bern, 20. Juni. (Priv.-Tel., zf.) Ein der Entente freundlich gesinnter Korrespondent untersucht im „Berner Tagblatt" die Frage, ob Deutschland Gefahr laufe, ausgehungert zu werden, und kommt zu dem Schlusse, daß an den drei wichtigsten Nahrungsmitteln, Brot, Kartoffeln und Zucker ein ernstlicher Mangel nicht eintreten werde. Erst die nächsten Monate würden übrigens lehren, was die Niederwerfung Serbiens für die deutschen Verbraucher zu bedeuten gehabt hat. Aber auch ohne diese Nebenhilfe, so schreibt der Korrespondent, ist die Gefahr tatsächlich abgewendet, und es läßt sich auch für dieses Jahr mit Sicherheit voraussehen, daß die Entscheidung des Kampfes nicht auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern durch Waffengewalt fallen wird.

Tägliche Rundschau
21./VI. 1916

Anträge zur Lebensmittelversorgung in München.

Gegen „Ueberflutung" der bayerischen Sommerfrischen.

München, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Nachspiel zu den Krawallen in München gab es heute im Magistrat München, wo von der sozialdemokratischen Fraktion nicht weniger als neun und von den beiden liberalen Fraktionen nicht weniger als acht Lebensmittelanträge gestellt wurden.

Die Sozialdemokraten verlangten u. a. Ausbau der öffentlichen Speiseanstalten, Nebenstellen der Freibank, bessere Milch und Fettversorgung, ferner auch Mittel, daß Bayern nicht durch nichtbayerische Sommerfrischler überflutet und so die Lebensmittelversorgung in Frage gestellt wird. Jedenfalls müsse durch die betreffenden Bundesstaaten oder durch das Reich der durch die Sommerfrischler entstandene Ausfall durch Zuweisungen ersetzt werden. Der Antrag 9 der Sozialdemokraten befaßt sich mit dem Geschäftsverkehr zwischen der Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin, der bayerischen Lebensmittelversorgungsstelle und dem Kommunalverband München. Aehnliche Anträge stellten auch die liberalen Fraktionen, die ebenfalls die Verhältnisse zwischen der Zentraleinkaufsgesellschaft und der bayerischen Versorgungsstelle kritisch beleuchteten. In der Aussprache betonte zuerst der Bürgermeister Dr. Merk, daß die Forderung nach Selbständigmachung Münchens vom Minister des Innern als berechtigt anerkannt worden sei und in Aussicht stehe, daß München auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung wieder die früheren Zustände bekommt. Was die Zentraleinkaufsgesellschaft anbelangt, so sei da ein sehr ernstes Wort am Platze. Der sozialdemokratische Magistratsrat Schmid betonte, die Ursache, daß nach München von Berlin aus nichts überwiesen werde, sei wohl die, daß heute noch kein Vertrag zwischen der Zentraleinkaufsgesellschaft und der bayerischen Versorgungsstelle bestehe. Die Hauptschuld an den vorgekommenen Ereignissen trage die bayerische Regierung mit ihrer verfehlten Organisation der Lebensmittelversorgung.

Nach eingehendster Aussprache wurden die sämtlichen Anträge dem Lebensmittelausschuß zur Behandlung überwiesen.

Tägliche Rundschau
21./VI. 1916

* **Unübertragbarkeit der Lebensmittelkarten.** Der Grundgedanke der bestimmten Zuteilung von Lebensmitteln des Massenverbrauchs war der, jedem einzelnen den Anteil zukommen zu lassen, den er für seinen Lebensmittelunterhalt nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte bedarf. In dem durch die Lebensmittelkarte verkörperten Bezugsrecht ist die Gewähr für die gleichmäßige Zuteilung dieser Lebensmittelmengen gegeben. Wenn diese Karten auch unübertragbar sind, so liegt in dieser Unübertragbarkeit noch keine Gewähr dafür, daß durch irgendwelche Machenschaften der Grundgedanke der Verteilung der Bezugsrechte durchkreuzt wird, denn es ist nicht in jedem Falle möglich, den Gebrauch der Lebensmittelkarte auf seine Einwandfreiheit zu beaufsichtigen. Es ist eine Frage der Gewissenhaftigkeit des Besitzers von Lebensmittelkarten, ob er die Karte einwandfrei verwendet, d. h. zum direkten Bezug der ihm zugewiesenen Mengen für sich selbst, oder ob er das nicht tut. Zwei Formen bedenklichen Verkehrs mit Lebensmittelkarten scheinen sich stellenweise herauszuentwickeln Die eine Form, die übrigens durch Gerichtsverhandlungen häufiger an die Oeffentlichkeit gekommen ist, ist *der Handel mit Lebensmittelkarten*, ob auf rechtmäßigem oder unrechtmäßigem Wege erworben. Wo solche unerlaubte Uebertragung von Lebensmittelkarten stattfindet — sie ist übrigens eine verhüllte Form des Preiswuchers oder des unerlaubten Preisübergebotes —, da sollten die Behörden gegen sie vorgehen. Die andere Form der unerlaubten Uebertragung von Karten ist die *des Eintausches oder der unentgeltlichen Abgabe oder Abnahme*, letztere manchmal unter Ausnutzung schlechter wirtschaftlicher Lage des ersten Besitzers, der sie nicht zu verwenden vermag. Das Verfahren ist insbesondere dann sehr verwerflich, wenn es untergebenen Personen gegenüber angewendet wird. Es muß die Gewissenhaftigkeit aller angerufen werden, solche Uebertragungen von Bezugsrechten nicht zu verlangen, aber auch nicht zu gewähren. Es ist im höchsten Maße unsozial — so schreibt der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" dazu —, wenn einzelne Bemittelte auf diese Weise zu Lasten der Minderbemittelten an der Pflicht der Einschränkung, die uns allen auferlegt ist, vorbeizukommen suchen.

Vossische Zeitung
21./VI. 1916

Kein Ersatz für verlorene Lebensmittelkarten. Mit der Ausdehnung der Verbrauchsregelung auf immer weitere Lebensmittel mehren sich — wie das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin schreibt — die Fälle, in denen Karten verloren oder abhanden gekommen sind. Es versteht sich von selbst, daß verlorene Karten nicht ersetzt werden können, denn die Verteilungsstellen haben damit zu rechnen, daß diese Karten von anderen Personen zur Einlösung benutzt werden. Die Bevölkerung wird daher gut tun, die Lebensmittelkarten sehr sorgfältig aufzubewahren, so sorgfältig, wie man dies bei Papiergeld und Banknoten zu tun pflegt.

Vossische Zeitung
21./11. 1916

Präsident v. Batocki in Düsseldorf.

Im Königlichen Regierungsgebäude in Düsseldorf fand gestern, wie uns unser Mitarbeiter drahtet, unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes Herrn v. Batocki eine Besprechung mit den Vertretern der Städte und Gemeinden des Regierungsbezirks Düsseldorf statt. Herr v. Batocki führte aus, daß die Lage bis zur neuen Ernte zwar recht schwierig sei, daß wir aber zweifellos durchkommen werden. Die Getreide- und Brotversorgung sei so gesichert, daß noch Zulagen gegeben werden könnten. In nächster Zeit werde sich die Lage bessern, weil dann die Frühkartoffelernte da sei. Wo die Kartoffeln nicht ausreichten, werden Hülsenfrüchte, Reis, Graupen usw. abgegeben, namentlich an die schwer arbeitende Bevölkerung. Für die Gemüseversorgung seien gleichfalls Maßnahmen getroffen, ebenso sei eine bessere Butterverteilung ins Auge gefaßt. Die Schwierigkeiten der Milchversorgung würden sich lösen lassen. Ob die Ausfuhrverbote verschiedener Landesteile und Kreise sich ganz aufheben lassen, erscheine zweifelhaft. Die Eierfrage werde sehr schwer zu lösen sein.

Voraussichtlich werde ein Einheitsmehl geschaffen werden. Im allgemeinen gelte für das neue Wirtschaftsjahr: Ausnutzung der bisherigen Kriegserfahrungen, schärfere Erfassung der Vorräte, schärfere Sicherstellung der Vorräte und möglichst gleichmäßige Verteilung. Man werde nicht gleich mit größeren Rationen vorgehen, um Rückschläge zu vermeiden. Eine ganze Reihe von Arbeiten sei noch in Vorbereitung, darunter auch eine neue straffere Organisation der Kriegsgesellschaften zueinander. Die Frage der Fleischversorgung unterliege neuen Erwägungen.

Kölnische Zeitung

21./VI. 1916

Beibehaltung der Höchstpreise?

Zu der vielumstrittenen Frage, wie die Höchstpreise wirken, erhalten wir folgende Zuschrift:

Erfahrungsgemäß schwinden mit der Festsetzung von Höchstpreisen Waren regelmäßig vom Markt. Dem Zwischenhändler fehlt es an Gewinnmöglichkeit, und dem Erzeuger bietet Selbstverbrauch meist größern Anreiz als gedrückter Verdienst. Die gleichen Gründe hindern gesteigerte Zufuhr aus dem Auslande. Eine Beseitigung dieses Mißstandes durch Beschlagnahme bietet wenig Aussicht auf Besserung. Trotz der sozialen Erziehung des deutschen Volkes durch Wehrpflicht und Selbstverwaltung, durch Schulzwang und Versicherungsgesetzgebung bietet sich doch keine Möglichkeit, das theoretische Ideal des Zukunftsstaates zu verwirklichen. Ganz abgesehen davon, daß damit jede praktische Betätigung der Einzelpersönlichkeit unterdrückt würde, wären Umgehungen der Beschlagnahmebestimmungen an der Tagesordnung. Ebensowenig durchschlagenden Erfolg kann man sich von der Beseitigung der Höchstpreise versprechen. Die Teurung der notwendigsten Lebensmittel wäre die selbstverständliche Folge, und zwar in solchem Umfang, daß selbst weiteste Fürsorge des Staates und der Gemeinden oder der Arbeitgeber nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten würde. Vielleicht kann man sich aber von der Zulassung eines Dispenses von Höchstpreisen durch eine staatliche Stelle — vielleicht die Ortspolizeibehörde — eine gewisse Erleichterung des jetzigen Zustandes verschaffen. Wenn jemand nachweist, daß er sich unter Umständen, sei es aus dem Inlande, sei es aus dem Auslande, zwar Waren beschaffen könnte, sich aber bei den Höchstpreisen für sein Unternehmen keinen ausreichenden Nutzen verspräche, so soll er höhere Preise, die die staatliche Stelle im einzelnen festsetzt, nehmen dürfen. Umgekehrt müßte allerdings dieselbe Behörde befugt sein, die Preise im Hinblick auf Kriegswucher dort nachzuprüfen, wo, wie z. B. bei Geflügel, keine Höchstpreise festgesetzt sind. Die Gefahren einer allzu großen Verteurung sind hier kaum groß. Beruht die Notwendigkeit einer Bewilligung höherer Preise auf sogenanntem Kettenhandel oder besonders selbstsüchtiger Zurückhaltung von Waren, so kann durch Veröffentlichung der Namen oder auch — in schweren Fällen — Bestrafung der Kriegswucherer viel erreicht werden. Im übrigen bietet die Ausstellung von Verbrauchskarten — auch in Wirtschaften nach Berliner Muster — noch manche Möglichkeiten zur Regelung des Verhältnisses von Angebot zu Nachfrage. Endlich kann durch geschickte Verteilung an die einzelnen Bezirke viel geschehen, ähnlich wie der Bergbaufiskus dies gegenüber dem Kohlensyndikat tut.

Kölnische Zeitung 21./VI. 1916

Herr v. Batocki im Industriegebiet.

TU **Düsseldorf**, 20. Juni. (Telegr.) In einer Reihe von Einzelberatungen mit Vertretern der Städte, der Landkreise, der Wirtschaftlichen Körperschaften, der Arbeitnehmer und der Verbraucher stand heute der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Batocki, Rede und Antwort. Am Abend hielt er auch vor einer zahlreichen Versammlung von Vertretern der rheinisch-westfälischen Presse aller Parteischattierungen einen Vortrag über die Lage in der Versorgung mit Lebensmitteln, über die notwendigen Maßnahmen und über die Gestaltung der Versorgung im letzten Wirtschaftsjahr. Unter anderm sagte Herr v. Batocki:

In der Praxis geht nicht alles so, wie man es sich in der Theorie denkt, weil man in allem, was man tut, auf die Mitwirkung der Orts-, Kreis-, Provinz- und Bundesstaatsbehörden angewiesen ist. Es geht nicht, einen Apparat, der bis zum Amtsvorsteher heruntergeht, von der Zentrale aus wie ein Klavier spielen zu wollen. Man muß die Ausführung den Stellen übertragen, wohin sie gehört. Wenn man da mit Kürassierstiefeln dazwischentreten wollte, könnte man vieles kaputt schlagen. So sind die Grenzen, welche der Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes gestellt sind, sehr eingeschränkt. Es kann aber vieles fördern. Unsere Presseäußerungen werden im Ausland genau überwacht. Bei Äußerungen in der Öffentlichkeit muß sich jeder überlegen, wie sie auf den kämpfenden Truppenteil wirken und ob sie die Stoßkraft verringern können. Nun ist die Lebensmittelfrage zur Erörterung freigegeben worden. Das ist von meinem Standpunkt aus sehr erfreulich, denn man kann nur aus der Kritik und aus den Ansichten der verschiedenen Bevölkerungskreise lernen. Ich würde es als ein Unglück betrachten, wenn diese Diskussion ausgeschaltet würde. Ein Zentil muß die öffentliche Meinung haben. Die Ernährungsfragen sollen der öffentlichen Kritik freigelassen werden. Darauf muß ich allergrößten Wert legen. Aber bei der Kritik muß auch größte Vorsicht geübt werden. Über die an der Z.-E.-G. geübte Kritik wird der Vorsitzende des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft, Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein, nachher zu Ihnen sprechen. Ich selbst kann Ihnen nur dazu sagen, daß die Verteilung im Inland bis jetzt nicht Sache der Z.-E.-G. gewesen ist. Ich werde in den nächsten Wochen die Verteilung übernehmen. Alle Angriffe wegen der Verteilung sind an eine falsche Adresse gerichtet, wenn sie sich gegen die Z.-E.-G. richten. Es ist veranlaßt worden, daß Mitglieder des Kriegsernährungsamtes sich über den Geschäftsgang der Z.-E.-G. unterrichten. Die Tätigkeit der Z.-E.-G. liegt so, daß das Ausland wenig darüber erfahren darf. Da ist es das Schlimmste, was den Herren in der Z.-E.-G. passieren kann, wenn sie scharf angegriffen werden und dann nichts über die Dinge sagen dürfen, weil die Feinde nichts davon erfahren sollen.

In der Arbeit des Kriegsernährungsamtes ist zu unterscheiden die Tätigkeit in den nächsten Wochen und die Tätigkeit für die neue Wirtschaftsperiode. Für die nächsten Wochen ist die Lage schwierig. Die Versorgung mit Brot ist zum Glück dank der gesunden Politik der Reichsgetreidestelle so gesichert, daß Zulagen an die Schwerarbeiter und als Ausgleich für Kartoffeln, die nicht zeitig zur Stelle sein können, gegeben werden. Bis die neue Ernte kommt, haben wir also in der Brotversorgung keine Sorge. Die Kartoffelfrage steht nicht so günstig. Für den Westen kommt besonders in Betracht, daß Holland durch die wahrscheinlich mit englischem Gelde hervorgerufenen Unruhen in Holland seine Grenzen sperrt. Wann diese Grenze wieder geöffnet wird, kann man nicht wissen. Wir haben alles getan, um mehr Kartoffeln freizumachen. In etwa 14 Tagen wird alles wieder besser in dieser Sache werden. Die Frühkartoffelfrage darf man nicht zu optimistisch auffassen. Hülsenfrüchte, Graupen, Grieß und Speck ist in großen Mengen in die Industriebezirke des Westens und des Ostens für die schwerarbeitende Bevölkerung verteilt worden. Soweit es nur geht, wird den schwerarbeitenden Schichten der Bevölkerung geholfen. Die Butter soll besser verteilt werden. Es soll auch versucht werden, mehr Buttermilch zu liefern. Butter, Margarine und alle andern Fette sollen von einer Stelle aus verwaltet und gleichmäßig verteilt werden, damit wir im nächsten Winter nicht unter demselben Mangel wie im verflossenen Winter leiden. Die Ausfuhrbeschränkung ganz zu beseitigen ist sehr schwer. Das steht mit der Zwangslieferung im Zusammenhang.

Was das nächste Wirtschaftsjahr betrifft, so können wir mit einer bessern Ernte rechnen, wenn der Himmel ein Einsehen hat. Wenn wir eine nur einigermaßen normale Ernte haben — es braucht noch lange nicht eine sehr gute Ernte zu sein — so müssen wir besser dastehen als im Vorjahr. Selbstverständlich ist es notwendig, daß die gute Ernte auch richtig verteilt wird. Da werden die Erfahrungen der zwei letzten Jahre helfen. Es soll versucht werden, die Kartoffelversorgung in scharfer Weise so zu regeln, daß das ganze Eindecken mit Kartoffeln schon im Herbst erfolgt. Dadurch kann es vielleicht weniger Futterkartoffeln geben, und wenn es dann weniger Schweinefleisch geben sollte, so müssen wir das in Kauf nehmen. Die Kartoffelversorgung ist die Hauptsache. Die Getreideversorgung wird bleiben, wie sie ist. Es soll ein Einheitsmehl geschaffen werden. Das sind ungefähr die allgemeinen Gedanken für die nächstjährige Versorgung: Verwendung der zweijährigen Erfahrungen, eine schärfere Erfassung der Vorräte, eine schärfere Sicherstellung der Vorräte und möglichst gleichmäßige Verteilung. Dabei muß man auch mit Wasser kochen. Da wir über drei Viertel unserer Landwirtschaft in kleinen Betrieben haben, ist es unmöglich, jedem Landwirt das allerletzte unter scharfer Kontrolle fortzunehmen. In den nächsten Tagen wird eine sehr eingehende Verfügung gegen den Kettenhandel, soweit er Kriegshandel ist, unter Befreiung offener Ladengeschäfte erlassen. Man kann auch nützen, wenn man in solchen Zeiten der erregten kritischen Meinung ein Objekt gibt, das ungefährlich ist. Ich bin durchaus nicht empfindlich. Wenn einmal die Stimmung des Volkes es erforderte, würde ich mich auch dazu hergeben, selbst der schärfsten Kritik unterworfen zu werden, selbst wenn es eine Kritik wäre, wie sie gegen im öffentlichen Leben stehende Männer jetzt unternommen worden ist und die manchmal über das Maß hinausgeht. Man muß eine solche Sache mit Optimismus betrachten. Ich habe mit meinem Vorstand, der sich schon gut eingearbeitet hat, den besten Willen, das, was unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen möglich ist, zu erreichen. Doch bitte ich um Wohlwollen für unsere Arbeit und darum, daß Sie sich die Schwierigkeiten klarmachen und mit Vertrauen uns begegnen. Wenn man mit gesundem Mißtrauen beobachtet wird, so ist das berechtigt, wenn aber mit falschem und ungesundem Mißtrauen, so kann das die Erfüllung der Aufgabe erschweren.

In einer längern Aussprache wurde die Frage aufgeworfen, was in München für das Saarrevier erreicht worden sei. Herr v. Batocki erwiderte, daß gerade jetzt hier in Düsseldorf Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Behörden, die hierher gebeten worden seien, gepflogen würden. Bis jetzt seien schon Kartoffeln und Butter in das Saarrevier geschickt worden. Nach einer andern Frage über die Kartoffelversorgung erläuterte Herr v. Batocki kurz seine Erklärung über die nächstjährige Kartoffelversorgung. Im nächsten Jahr soll die Kartoffelversorgung so gehandhabt werden, daß die Städte im Westen im Herbst die Kartoffeln für den Transport aus dem Osten nach dem Westen erwerben und dann im folgenden Frühjahr aus den näherliegenden Kreisen die Kartoffeln, die während des Winters in der Miete zu liegen haben. Zum Beispiel: eine Stadt im Westen, die 500 000 Zentner Kartoffeln braucht, würde im Herbst etwa 300 000 Zentner aus den östlichen Provinzen erwerben und dann im Frühjahr 200 000 Zentner aus den näherliegenden Kreisen von den aufgenommenen Beständen. Auf die Frage, ob es nicht möglich sei, für zwei Monate den Fleischkonsum ganz zu untersagen mit Ausnahme des Fleisches für Schwerarbeitende und Kranke, um die Fleischbestände zu sichern und die Viehknappheit zu beseitigen, entgegnete Herr v. Batocki, daß diese Maßregel sehr erwogen werde, aber jetzt nicht durchzuführen sei, weil die Fette noch zu schlecht rationiert würden. Wenn wir in einigen Wochen eine bessere Fettverteilung hätten, dann könne man daran denken, an eine solche Fleischbeschränkung zu gehen. Auf eine Anregung, eine Information, wie sie heute gegeben worden sei, gerade in den Ernährungsfragen in den nächsten Wochen zu wiederholen, ging Herr v. Batocki bereitwilligst ein. Er lege auf ein Zusammenarbeiten mit der Presse den größten Wert. Er selbst habe angefangen, kleine Artikel zu schreiben unter seinem Namen, um einen Kontakt zwischen seinem Amt und der Bevölkerung herzustellen. Nach einer kurzen Erörterung der Massenverpflegung erklärte Herr v. Batocki, daß in den nächsten Tagen aus den Beständen größere Mengen den Oberpräsidenten in Rheinland und Westfalen überwiesen werden sollen, um die Massenspeisung zu fördern. Dabei sei zu empfehlen, daß Karten abgenommen würden und daß der Charakter eines Almosens vermieden werde.

Auf Herrn v. Batocki folgte Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Z.-E.-G. gab er in vertraulicher Verhandlung ein Bild von der Gründung, der Organisation und der Tätigkeit der Z.-E.-G. und ging auf die gegen diese Gesellschaft gerichteten Angriffe ein. Die Ausführungen des Unterstaatssekretärs und die in der folgenden Aussprache gegebenen Aufklärungen haben manchen Irrtum berichtigt.

Kölnische Zeitung
21./VI. 1916

Herr v. Batocki im Industriegebiet.

◇ **Oberhausen**, 19. Juni. (Telegr.) Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, v. Batocki, traf heute früh in Bochum ein. Von dort aus unternahm er im Kraftwagen eine Reise durch das Industriegebiet. Er stattete der neuen Zeche Gewerkschaft Jacobi in Osterfeld, die der Gutehoffnungshütte in Oberhausen gehört, einen Besuch ab und empfing auch einen Arbeiterausschuß. Dieser trug dem Präsidenten die Ernährungsschwierigkeiten, die in hiesiger Gegend auftreten, vor und bat um Berücksichtigung der schwer arbeitenden Bevölkerung bei der Lebensmittelzuteilung. Herr v. Batocki erwiderte, daß ihm besonders daran gelegen sei, der schwer arbeitenden Industriebevölkerung Erleichterungen zu verschaffen. Bei seinen Bemühungen sei er nach verschiedener Richtung auf Schwierigkeiten gestoßen, zumal auch Holland jetzt wieder die Grenzen geschlossen habe. Trotz seinen Anstrengungen ließe sich nicht alles sofort schaffen und er bitte, sich vorläufig in Geduld zu fassen. Vor allem würde er dafür sorgen, daß die Industriearbeiter ausreichende Mengen Hülsenfrüchte und auch Fett nach Möglichkeit erhielten. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, der Schwierigkeiten, die ihm erwachsen seien, baldigst Herr zu werden. Herr v. Batocki unternahm hierauf eine Einfahrt in die Zeche und besichtigte dann eingehend das Wohlfahrtshaus zu Stemmersberg bei Osterfeld. Auch die Zeche Osterfeld wurde besucht, und die Ein- und Ausfahrt der Bergleute angesehen. Die Geschoßfabrik zu Sterkrade, die Eisenhütte zu Oberhausen und das Walzwerk Neu-Oberhausen wurden noch besucht, worauf Herr v. Batocki abends nach Düsseldorf fuhr.

Die Lebensmittelversorgung Münchens

Mangelhafte Zustände.

* Wien, 20. Juni.

Die Münchener Neuesten Nachrichten schreiben über die Lebensmittelverhältnisse Münchens, die zu den im Abendblatt geschilderten Vorfällen am Samstag und Sonntag führten:

Wir alle wissen, daß unsere Lebensmittel knapp, aber ausreichend sind; wir begreifen, daß gewisse Nahrungsmittel, die wir nur aus dem Ausland einführen können, zum Teil ausgegangen sind, zum Teil noch ausgehen werden. Wir haben alle Beschränkungen, auch die empfindlichsten, hingenommen in dem Bewußtsein, daß es selbstverständlich Pflicht und Schuldigkeit ist, auch daheim sein Teil an der schweren Not des Krieges zu tragen, und wir sind gewillt, auch weitere Unannehmlichkeiten und Einschränkungen, die uns noch auferlegt werden sollten, zu ertragen; wir sind einig in dem unerschütterlichen Gelöbnis: Durchhalten! Je rücksichtsloser der brutale Feind den Aushungerungskrieg führt, desto trutziger wollen wir ihm Widerpart halten!

Aber was wir nicht ertragen wollen, das ist das Gebaren bestimmter verantwortlicher Stellen, die es in beneidenswerter Ruhe allmählich fertiggebracht haben, daß die ungeregelte Zufuhr, die ungleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, die sich widersprechenden, verwirrenden bureaukratischen Verordnungen die Versorgung der größeren Städte Bayerns, vor allem Münchens, zu stören beginnen. So besteht die Gefahr, daß im In- und Ausland durch all die Schwierigkeiten, die man geradezu künstlich geschaffen hat, ein ganz falscher Eindruck erweckt wird von der Möglichkeit und unserem Willen, mit dem Vorhandenen auszureichen. Das Problem der Lebensmittelversorgung ist immer mehr zu einem Problem der Versorgung der großen Städte geworden. Darum handelt es sich jetzt vor allem, die großen Massen mit den notwendigsten Lebensmitteln zu auch den Minderbemittelten erschwinglichen Preisen zu versorgen.

Gegen diese Notwendigkeit haben alle anderen Interessen zurückzutreten.

Die eigentlichen Schwierigkeiten begannen fast genau zu der Zeit, da die Lebensmittelversorgungsgesellschaft der Stadt München im großen ausgeschaltet wurde und die staatlichen Lebensmittelstellen ihre Tätigkeit begannen. Diese Stellen haben inzwischen ihre Eignung, die Lebensmittelversorgung der größeren Städte, zumal Münchens, zu ordnen, in keiner Richtung erwiesen. Man braucht ja nur daran zu erinnern, zu welchen Zuständen es in München und Nürnberg in der Eier- und Fleischversorgung gekommen ist. Und das ist ja das Traurige und Verbitternde, daß man weiß, das Notwendige ist da; es fehlt nur an der Organisation der Zufuhr und Verteilung. Man entschließe sich doch endlich einmal zu einer umfassenden, gründlichen, jede falsche Angabe ausschließenden Bestandsaufnahme in Stadt und Land, wie man sie an maßgebender Stelle einmal vorhatte und dann merkwürdigerweise nicht vornahm. Und man sorge dafür, daß Vorschriften, die geeignet sind, Versorgung und Verteilung zu sichern, bis zum letzten Punkt von allen beachtet werden, in der Großstadt wie im kleinsten Weiler.

Alles Notwendige ist da, auch an Geduld hat es uns Großstädtern, die wir von maßgebender Stelle nie besonders verwöhnt wurden, nicht gefehlt. Wir hatten Geduld und schwiegen, so lange Schweigen Pflicht war. Jetzt aber ist es Pflicht, zu reden, laut und unzweideutig zu reden. Wir erinnern an gegebene Versprechen und ersuchen das bayrische Staatsministerium des Innern, das allein und in vollem Maß verantwortlich ist, im engen Einvernehmen mit den Stadtverwaltungen, unter Anhörung der Presse und aller unterrichteten Kreise, nicht aus einseitiger Information heraus, mit Beiziehung des reellen Handels, mit aller Energie und ohne Rücksicht auf einflußreiche Interessentengruppen die Lebensmittelversorgung der größeren Städte, besonders der Hauptstadt München, auf der rechten Grundlage zu sichern. Das ist unter den obwaltenden Verhältnissen möglich, notwendig, selbstverständlich.

Der Polizeipräsident über die Aufläufe.

Polizeipräsident v. Grundherr äußerte sich einem Mitarbeiter der M. N. N. gegenüber über die Aufläufe vom Samstag folgendermaßen:

„Während der Nachmittags- und ersten Abendstunden trugen die Ansammlungen einen durchaus richtigen Charakter und gaben der Schutzmannschaft keinen Einlaß zum Einschreiten. Etwa um 7 Uhr abends habe ich unter dem Eingang zum Rathause die Menge aufgefordert, in die Schulhäuser ihrer Stadtbezirke zu gehen, um dort Zusatzbrotkarten in Empfang zu nehmen. Zur Befriedigung dringendster Bedürfnisse und zur Beruhigung der Frauen habe ich auch selbst eine größere Anzahl solcher Anweisungen an Ort und Stelle ausgefertigt und ausfertigen lassen. Weiterhin habe ich dann abwechselnd Gruppen von etwa hundert Personen in den Rathaushof hereingelassen, um dort beruhigend einzuwirken und die Leute zum Nachhausegehen zu bewegen.

Die große Mehrzahl der Leute zeigte sich auch gütlichem Zureden zugänglich, aber mehr und mehr mischten sich Elemente unter die Massen, denen es ihrem Benehmen und ihren Aeußerungen nach mehr um Radau zu tun war. Als eine dieser Gruppen den Rathaushof durch das Tor an der Gruftstraße verließ, kam ein Feldwebel des Weges, der in norddeutscher Mundart die Leute beruhigen wollte und ermahnte, sich den Zeitverhältnissen entsprechend ebenso wie die Soldaten im Schützengraben auch einmal mit Kartoffeln zu begnügen. Der Feldwebel stellte später dem Polizeipräsidenten gegenüber im Gegensatz zu anderweitigen Gerüchten mit aller Entschiedenheit in Abrede, irgendwelche aufreizenden Redensarten geäußert zu haben. Der Feldwebel wurde sofort angegriffen und konnte sich nur mit Mühe in einen nahegelegenen Blumenladen retten, dessen Türfenster sofort eingeworfen wurde. Der Feldwebel wurde dann in Begleitung und unter dem persönlichen Schutz des Polizeipräsidenten einstweilen in die Polizeidirektion gebracht.

Vor dem Eingang zur Polizeidirektion an der Löwengrube ereigneten sich dann weitere wüste Skandalszenen, die zur Verhaftung der ärgsten Schreier führten. Während dieser Zeit hatte sich die Stimmung auf dem Marienplatz beruhigt. Nach 8 Uhr abends jedoch begannen die Ansammlungen auf dem Marienplatz aufs neue und nahmen einen bedrohlichen Charakter an, als sich Müßiggänger (darunter bedauerlicherweise auch viele Soldaten) und Radauliebhaber, besonders jugendlichen Alters, in wachsender Zahl zusammenscharten. Als dann einem Gerücht zufolge aus dem oberen Stockwerk eines Hauses am Marienplatz Wasser heruntergeschüttet wurde (auch Brot soll heruntergeworfen worden sein), begann der Janhagel mit bereitgehaltenen Steinen die Fenster im Café Rathaus und in zahlreichen anderen Gebäuden einzuwerfen. Nun wurde von der Schutzmannschaft mit Unterstützung des Militärs der Marienplatz geräumt; die Massen wurden in die einmündenden Straßen zurückgedrängt und die ärgsten Schreier verhaftet.

Zur Verhütung solcher bedauerlichen Auftritte, die jeder Eingeweihte seit mehreren Tagen voraussehen konnte, ist notwendig eine Dezentralisation des Fleischverkaufes in der Freibank und des Eierverkaufes auf dem Viktualienmarkt, um das stunden- und nächtelange Anstellen der Massen unnötig zu machen, sowie eine bessere Regelung der Lebensmittelversorgung. Es ist erfreulich, daß jetzt endlich die Verhandlungen des Kommunalverbandes München mit der bayrischen Lebensmittelstelle zu einem günstigen Ergebnis insofern geführt haben, als jetzt eine bessere und geregeltere Versorgung der Stadt München auch mit Teigwaren und anderen Lebensmitteln Platz greifen soll."

Frankfurter Zeitung
21./VI. 1916

Verbandstag deutscher Feinkostkaufleute.

f **Danzig**, 19. Juni. Auf dem Verbandstag des Verbandes deutscher Kaufleute der Delikatessenbranche sprach sich der Vorsitzende Karl Weigt-Berlin über die vielen Verordnungen aus, mit denen das Lebensmittelgewerbe seit Kriegsausbruch überschüttet worden sei, und forderte gerechtere Anwendung der einzelnen Gesetze. In einer nach einem Vortrag des Verbandssyndikus F. Schnejder-Berlin gefaßten Entschließung wurde bedauert, daß die Interessen des deutschen Kleinhandels bei den verschiedenen Maßnahmen nicht die erforderliche Berücksichtigung gefunden hätten. Ferner wurde bedauert, daß der deutsche Kleinhandel sehr oft für Erscheinungen und Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht werde, an denen er nicht schuld sei, während die Schuldigen frei ausgingen. Gefordert wurde Berücksichtigung des Kleinhandels bei behördlichen Lieferungen, Unterstützung aller kaufmännischen Bestrebungen, Schaffung eines besonderen Reichshandelsamtes mit besonderer Abteilung für den Kleinhandel, Einrichtung von Kleinhandelsausschüssen bei allen Handelskammern, Zusammenschluß der Kleinhandelsausschüsse zu einem deutschen Kleinhandelstag, schließlich von den Behörden die Vermeidung jeder Bevorzugung von Konsumvereinen und Anerkennung und Förderung all der Bestrebungen, die bei aller Wahrung berechtigter Verbraucherinteressen auf die Erhaltung und Kräftigung selbständiger Kleinhandelsexistenzen abzielen. Eine weitere Entschließung betont die Notwendigkeit, denjenigen Kaufleuten mit öffentlichen Mitteln zu einer Wiederaufrichtung ihres Geschäfts behilflich zu sein, deren Geschäfte infolge des Krieges eingingen, und denen zur Wiedereröffnung die Mittel fehlen. Die selbständige Kaufmannschaft werde gern bereit sein, durch besondere Umlage dem Reiche diejenigen Risikodeckungen zu gewährleisten, auf die es bei der Unterstützung selbständiger Unternehmer Anspruch erheben werde.

Frankfurter Zeitung
21./VI. 1916

Frankfurter Angelegenheiten.

Die Neuregelung des Fleisch- und Eierverkaufs.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hat sich in der Zeit von Mittwoch den 21. bis einschließlich Montag den 26. Juni jeder Haushaltungsvorstand oder dessen Stellvertreter bei einer amtlich zugelassenen Verkaufsstelle für Fleisch bezw. Eier in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die Verkaufsstellen sind durch Aushang eines Plakats mit der Nummer der betreffenden Stelle kenntlich gemacht. Damit jeder Verbraucher weiß, wie er sich zu verhalten hat, sei hiermit nochmals kurz das Verfahren der Anmeldung und Eintragung erklärt:

Die Bezugskarten für Fleisch und Eier, die ausnahmsweise bereits Mittwoch vormittag von 9 Uhr ab ausgegeben werden, sind auf der zuständigen Brotkommission abzuholen.

Mit dieser Bezugskarte begebe man sich zu je einem beliebig gewählten Rinder- und Schweinemetzger, oder zu einem Metzger, der alle Fleischsorten führt, sowie zu einer Verkaufsstelle für Eier und lasse sich dort in die Kundenliste eintragen. Die Verkaufsstelle trägt ihre Firma und ihre Nummer, sowie die laufende Nummer der Kundenliste in die Bezugskarte ein, und hat dieselbe dann dem Kunden zurückzugeben. Die Verkaufsstellen müssen jeden Verbraucher, der sich bei ihnen meldet, annehmen, solange die festgesetzte Höchstzahl von 800 Kunden nicht erreicht ist. Sollte ein Haushaltungsvorstand bei einer für ihn geeigneten Stelle nicht mehr eingetragen werden können, hat er sich wegen Fleisch bei der städtischen Fleischverkaufsstelle, Deutschherrnkai 36/42, für Eier bei dem Lebensmittelamt, Eier- und Butterabteilung, Mainkai 53, zu melden.

Wer aus religiösen Gründen kein Schweinefleisch beziehen will, hat sich nur bei einem rituellen Rindsmetzger eintragen zu lassen. Bei der Zuteilung des Fleisches an die rituellen Metzger wird hierfür in geeigneter Weise ein Ausgleich stattfinden.

Die Kundenlisten bei den sogenannten städtischen Schweinemetzgern werden mit dem Tag hinfällig, an dem der Verkauf nach der neuen Verordnung beginnt. Wer also jetzt bei einem städtischen Schweinemetzger in die Kundenliste eingetragen ist, hat sich neu auf Grund der neuen Fleisch- und Eierbezugskarte bei einem beliebigen Metzger eintragen zu lassen.

Frankfurter Zeitung
21./VI. 1916

Das Programm des Herrn v. Batocki

d **Düsseldorf**, 20. Juni. (Priv.-Tel.) Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki hatte heute Besprechungen mit den Provinzial- und Kommunalbehörden, ferner mit Vertretern des Handels und der Industrie, mit Konsumgenossenschaften und mit Vertretern der Presse Rheinlands und Westfalens. Diesen letzteren machte er ausführliche Mitteilungen über die Einrichtung seines Amtes und über seine Aufgaben und Ziele. Er betonte, daß die Oeffentlichkeit in ihren Erwartungen nicht zu weit gehen solle. In der Praxis gehe nicht alles so, wie man es sich in der Theorie denke. Das neue Amt bleibe auf die Mitwirkung der Gemeinden und der Provinzial- und bundesstaatlichen Behörden angewiesen. Aus seinen weiteren Mitteilungen ist hervorzuheben, daß die Verteilungstätigkeit der Z. E. G. vollständig auf das Kriegsernährungsamt übertragen werden soll, während die Z. E. G. für die Einfuhrfrage verantwortlich bleibt. Die Brotversorgung sei vollkommen gesichert. Die Knappheit an Kartoffeln werde durch die Zusatzlieferung von Mehl ausgeglichen und den Industriebezirken im Westen und Osten werden andere Nährstoffe wie Reis, Graupen, Margarine, Speck usw. als Ersatz zugeführt werden. Die Verwaltung von Butter und Fett soll von einer Stelle aus geschehen, damit die Zuteilung im ganzen Reiche gleichmäßiger gestellt wird. Was die Ausfuhrverbote in verschiedenen Bezirken anbelange, so ließen sich diese nicht alle beseitigen. Die Gemeinden, welche Zwangslieferungen zu leisten haben, müßten notwendigerweise auch Ausfuhrverbote erlassen können. Seine Tätigkeit sei gerichtet auf die Ausnutzung der Kriegserfahrungen, die schärfere Erfassung der Vorräte und die Sicherstellung der Vorräte, um gegen Rückschläge gesichert zu sein. Ferner sei er bestrebt, die vielen Kriegsgesellschaften in straffe Organisation zu einander zu bringen. Gegen den Kettenhandel würde schwere Strafbestimmungen erlassen werden. Er sprach die Hoffnung aus, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten glücklich überwunden würden. Dank der Kriegserfahrungen würde die Lage im neuen Erntejahr ganz bedeutend besser sein. Die Versammlung nahm die Mitteilungen mit Beifall entgegen. Verschiedene Pressevertreter sprachen den Wunsch aus, daß derartige Besprechungen in bestimmten Zeiträumen wiederholt werden möchten.

Anschließend machte der Unterstaatssekretär v. Stein Mitteilungen über die Wirksamkeit der Z. E. G., gegen die in letzter Zeit heftige Angriffe in der rheinisch-westfälischen Presse gerichtet worden seien. Die gegebenen Aufklärungen dürften wesentlich dazu beitragen, daß die Mißstimmung gegen die Gesellschaft gemildert wird. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft auch die Z. E. G. gelegentliche aufklärende Mitteilungen über die Tätigkeit machen solle.

Kölnische Zeitung 23./V.1916

Die neuen Männer in der Reichsleitung.

WTB **Berlin**, 22. Mai. (Telegr.) Amtlich. Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums und Staatssekretär des Innern Dr. **Delbrück** die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler erteilt und ihn von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers entbunden, den Staatsminister und Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. **Helfferich zum Staatssekretär des Innern** ernannt und mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt, den Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Wirklichen Geheimen Rat **Grafen v. Rödern**, vom 1. Juni 1916 an **zum Staatssekretär des Reichsschatzamts** ernannt und bestimmt, daß bis zum 1. Juni 1916 die Geschäfte des Reichsschatzamts durch den Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich weiterzuführen sind. Seine Majestät der König haben ferner den Staatsminister Dr. **v. Breitenbach zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums** ernannt.

WTB **Berlin**, 22. Mai. (Telegr.) Amtlich. Der Bundesrat hat den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das „**Kriegsernährungsamt**", zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das **Verfügungsrecht über alle im deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel**, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung, damit **erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung**, die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. **Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes** ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, **v. Batocki**, berufen.

In der verflossenen Woche ist unendlich viel in der Presse über das Erbe des bisherigen Staatssekretärs Dr. Delbrück gemutmaßt worden. Unaufhörlich tauchten neue Namen auf, um alsbald wieder zu verschwinden. Wir haben uns an diesem Rätselspiel nicht beteiligt; fest stand nur das eine, daß der Rücktritt Dr. Delbrücks auch die erhofften und erwarteten Änderungen in der Organisation unserer Wirtschaftsleitung mit sich bringen würde. Wir wissen: einer der Hauptgründe dafür, daß unsere Versorgung mit Lebensmitteln oder vielmehr ihre Verteilung zu wünschen übrig läßt, lag darin, daß dem Staatssekretär des Innern zu seinen vielen Arbeiten auch diese Riesenaufgabe aufgepackt wurde. Wir wissen ferner: mochten im Reichsamt die besten Verordnungen zustande kommen, eine Gewähr dafür, daß sie auch durchgeführt wurden, bestand nicht. Seit langem wurde deshalb gefordert: Trennung der Ernährungsfragen, deren Regelung einen wichtigen Teil der Kriegsführung ausmacht, von den mancherlei wirtschafts-, sozial- und handelspolitischen Aufgaben des Reichsamts, Erweiterung der Macht des neuen Staatssekretärs nach der Richtung, daß auch die Durchführung des Gewollten gewährleistet wird. Zwei Kriegsjahre hat man darüber hingehen lassen, ehe man sich zur Erfüllung dieser Forderungen entschloß. Spät hat man sich zu diesen notwendigen Schritten entschlossen, aber nicht zu spät.

Delbrücks Nachfolger müßte ein Mann werden, zu dessen Frische und Beherztheit, wie wir uns vor einigen Tagen ausdrückten, das Volk unbedingtes Vertrauen hat. Diesen Mann glaubt man in dem bisherigen Schatzsekretär Dr. **Helfferich** gefunden zu haben. Nicht mit Unrecht. Wenn trotz der langen Dauer des Krieges und trotz der Riesenkosten, die er verursachte, uns die Beschaffung der Mittel bisher geglückt ist und auch für die Zukunft keine Sorge macht, so hat der bisherige Staatssekretär im Reichsschatzamt daran das größte Verdienst. Was man im Reichsamt des Innern vermißte, das fand man im Finanzamt: von den ersten Tagen an gab's einen klaren Plan. Davon ist man nicht abgegangen, und dabei sind wir gut gefahren. Wenn unsere Kriegsanleihen so unerhörte Erfolge darstellten, dann war das nicht zum wenigsten ein Ausdruck des Vertrauens, das das ganze Volk diesem Schatzsekretär entgegenbrachte. Er ist in diesem Kriege mehr gewesen als ein tüchtiger Fachminister; er war der eigentliche Sprecher. Mehr als einmal haben seine Worte im Reichstag befreiend und erhebend gewirkt. Daß man sich einen solchen Mann, der über ein großes Können und über das beste Wollen verfügt, auch an die wichtige Stelle des „innern Reichskanzlers", an die Spitze des Reichsamts des Innern wünschte, ist leicht v[illegible] Leichter[illegible] lich. Eine andere Frage ist, ob das Reichsschatzamt diesen [illegible] entbehren kann. Diese Frage wird sich zweifellos auch die Stelle, die über die Berufung der Staatssekretäre allein zu befinden hat, gestellt haben, und wenn sie zu der Erkenntnis gekommen ist, daß Helfferichs Kraft jetzt in der innerpolitischen Zentrale noch notwendiger gebraucht wird als im Schatzamte, dann kann man auch die Gründe ahnen.

Das Reichsschatzamt ist gerade jetzt mit den Steuervorlagen befaßt, über deren Schicksal noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Der kritische Punkt in diesen Erörterungen war bis zuletzt die Abgrenzung des Steuergebiets zwischen Reich und Einzelstaaten und die Möglichkeit einer Reichsbesitzsteuer neben der eigentlichen Kriegssteuer. Dr. Helfferich hat die letzten Tage seiner Tätigkeit im Schatzamt geschickt dazu benutzt, auch diese Frage ihrer Lösung näher zu bringen, so daß der Nachfolger nicht gleich vor unüberwindbaren Hindernissen steht. Im übrigen tritt der neue Schatzsekretär eine einwandfreie Erbschaft an; und das ist wohl auch der Grund, warum man den bewährten Staatsmann Helfferich jetzt mit einer neuen Aufgabe betraut. Unsere Finanzmaschine läuft reibungslos; sie bedarf zwar einer sorgfältigen Wartung, aber keines schöpferischen Geistes mehr. Die besten Geister des Volkes müssen aber jetzt aufgeboten werden, um die andern Probleme der innern Kriegsführung zu lösen, die Steigerung der Produktion, die gerechte Verteilung der Lebensmittel, den Kampf gegen die Verteurung usw.

Davon aber, daß der neue Staatssekretär diese Arbeit leisten soll, sagt die amtliche Mitteilung nichts; im Gegenteil. Dr. Helfferich soll zwar als Delbrücks Nachfolger an die Spitze des Reichsamts des Innern kommen, aber die Aufgaben, die die dringendsten sind und von deren glücklicher Erledigung am meisten abhängt, werden vom Reichsamt abgeteilt und einer besondern Stelle überwiesen. Diese Teilung des Amtes war dringend notwendig und entspricht dem allgemeinen Wunsch. Aber man wird sich im Volk doch ei[illegible] fragen, warum man Helfferich aus dem Schatzamt wegnahm u[illegible] g[illegible] ihn an die Spitze eines Reichsamts setzte, dessen wichtigster Te[illegible] d[illegible] seiner Zuständigkeit entzogen wurde. Auch in seiner neuen Gestalt ist das Reichsamt des Innern von nicht leicht zu unterschätzender Bedeutung. Man darf sogar sagen, daß nach dem Kriege, wenn wir uns wieder in den Friedenszustand hineinfinden müssen, wenn die wirtschaftlichen Fäden mit dem neutralen Ausland und auch mit unsern Feinden wieder angeknüpft werden sollen, wenn das Problem der handelspolitischen Annäherung der Zentralmächte irgendwie gelöst werden muß, wenn unserm aus dem Felde kommenden Mittelstand wieder zur Arbeit und Kapital verholfen werden muß, wenn die Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft, zu den Gewerkschaften, neu geknüpft werden, daß dann der Leiter des Reichsamts des Innern, der ja auch Stellvertreter des Reichskanzlers ist, für die Gestaltung und das Aussehen unserer innern Politik von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Wenn es deshalb auch falsch ist, die Rolle zu unterschätzen, die dem bisherigen Schatzsekretär mit seinem neuen Amt übertragen worden ist, so wendet sich die allgemeine Aufmerksamkeit doch zunächst dem Manne zu, der als Wirtschaftsdiktator so lange verlangt und jetzt auch aufgestellt worden ist. Das Amt sieht zwar etwas anders aus, als es von den Vätern des Gedankens zunächst gedacht worden war. Ein militärischer Diktator hätte auch beim besten Willen die außerordentlich schwierige Aufgabe nicht lösen können, die ihm das Vertrauen des Volkes auferlegen wollte. So hat man gut daran getan, die Sorge für die Ernährung des Volkes zwar bei der Zivilverwaltung zu lassen, für diesen Posten aber einen Mann auszusuchen, der keine falsche Rücksichtnahme kennt, und schließlich die Macht dieses Mannes dadurch zu stärken, daß man ihm den militärischen Arm zur Durchführung seines Willens lieh. So vermied man beide Klippen; auf der einen Seite entging man der Gefahr, von einem Wirtschaftsdiktator, der ohne sorgfältige Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse drauflos dekretierte, vom Regen in die Traufe geführt zu werden, auf der andern Seite hört jetzt der unwürdige Zustand auf, daß das Reichsamt machtlos zusehen muß, wenn seine Verordnungen in den untern Instanzen als Makulatur angesehen werden. Der neue Mann handelt im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen, aber er läßt sich von Einzelregierungen seine Maßnahmen nicht mehr durchkreuzen.

Verdient deshalb auch die neue Organisation Beifall und Vertrauen, so wird der Erfolg doch wesentlich erst von dem Wirken des Mannes abhängen, den das Vertrauen des Kaisers auf diesen verantwortungsreichen Platz gestellt hat. Herr **v. Batocki**, der neue Wirtschaftsdiktator, empfiehlt sich für sein neues Amt durch seine Tätigkeit in Ostpreußen. Er hat dort eine auch für einen Oberpräsidenten ganz ungewöhnliche Aufgabe zu bewältigen gehabt; er mußte eine Provinz nicht nur verwalten, er mußte eine verwüstete und ausgeplünderte Provinz wieder aufbauen. Wir haben kein Urteil darüber, inwieweit es Batockis Verdienst ist, daß unsere östlichste Provinz ihre schwere Zeit verhältnismäßig so gut und schnell überwunden hat; sicher ist aber, daß

[illegible] Gelegenheit gehabt hat, zu sehen, was ein unglück[illegible] Verlauf der Ereignisse für das Land zu bedeuten hat, und zu zeigen, was Energie und guter Wille auch in schwierigen Verhältnissen leisten können. Herr v. Batocki war nicht Berufsoffizier, sondern Reserveoffizier und hat die normale Landratslaufbahn gemacht. Als Landrat war er Vorsitzender der Landwirtschaftskammer und wurde dann Oberpräsident. Er ist bekannt als außergewöhnlich vielseitiger, ideenreicher Beamter, energisch, aber dabei von großer Verbindlichkeit. Mag aber auch die Aufgabe in Ostpreußen schwierig gewesen sein, sie verblaßt vor dem, was Herrn v. Batocki in seinem neuen Amt erwartet. Er hat vor allem den großen Wirtschaftsplan für das dritte Erntejahr aufzustellen, der uns bisher gefehlt hat, den Plan, der ebenso den Umfang und die Art der Produktion regelt, wie die gerechte Verteilung und die angemessene Preisfestsetzung. Bis dahin aber wird Herr v. Batocki die Hände nicht in den Schoß legen können. So viele Schädlinge sind auszutilgen — wir denken z. B. an den parasitären Zwischenhandel, an den Unfug des Kettenhandels —, so manche schwierige Aufgabe ist noch halb gelöst — wie das Fleisch- und Fettproblem —, so mancher Amtsschimmel geht noch im alten Trott, daß der neue Wirtschaftsleiter von dringendster Arbeit gleich umstellt sein wird. Er wird sie nur dann bewältigen können, wenn das ganze Volk — nicht nur der Landrat und der Polizeibeamte — mit ihm arbeitet, wenn die Unlust, die sich unser gegenüber den Wirtschaftssorgen zu bemächtigen drohte, zurückgedrängt wird, wenn wir dem neuen Feldherrn Vertrauen schenken. Die letzten Wochen haben unsern Feinden unzweifelhaft die Hoffnung gestärkt, daß ihnen ihr Plan, das siegreiche Deutschland wirtschaftlich niederzuringen, doch noch glücken werde. Wir sind durch schlimme Zeiten hindurchgegangen, stecken teils noch drin. Aber die Aussichten werden täglich günstiger. Was Professor Eltzbacher vor einigen Tagen in der Kölnischen Zeitung ausgeführt [illegible]t, das war kein ruchloser Optimismus, sondern bestbegründete [illegible]hrscheinlichkeit. Der neue Mann im Reichsamt möge das [illegible]ge dazu beitragen, daß unser wirtschaftlicher Horizont noch [illegible]r werde.

Das Kriegsernährungsamt.

N Berlin, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Die Tatsache, daß der Kaiser heute den Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf und die Präsidenten der beiden preußischen Parlamente empfangen hat, erklärt sich wie auch manche andere Empfänge dieser Tage, darunter der des spanischen Botschafters Paolo de Barnabé nicht durch einen besonderen politischen Anlaß, sondern dadurch, daß der Kaiser nach langer Abwesenheit von Berlin wieder einmal hier weilt und daher das Bedürfnis hat, Persönlichkeiten zu sehen, die er sonst im Frieden bei verschiedenen Anlässen zu sehen gewohnt ist. So ist es auch aufzufassen, daß der Kaiser heute zur Frühstückstafel nicht nur den Reichskanzler, sondern auch Staatsminister und Staatssekretäre eingeladen hat und verschiedene Mitglieder des Bundesrats. Auch die sogenannten neuen Männer sollen zu den Gästen gehört haben, d. h. also der jetzt zum Staatssekretär des Innern und Generalvertreter des Reichskanzlers ernannte bisherige Schatzsekretär Dr. Helfferich, an dessen Stelle im Reichsschatzamt der bisherige Staatssekretär in Elsaß-Lothringen, Graf von Roedern tritt, und der bisherige Oberpräsident v. Batocki aus Königsberg, der an die Spitze der wahrscheinlich Kriegsernährungsamt genannten neuen Organisation für die Volksernährung treten wird.

Diese Organisation ist heute vom Bundesrat beschlossen worden. Vorher hat der Reichskanzler, nämlich gestern an Sonntag, den Parteiführern des Reichstages über Ursache, Zweck und Art der Organisation vertrauliche Mitteilungen gemacht. Es ist unter dem gegenwärtigen Reichskanzler mehr als unter irgend einem seiner Vorgänger eine — man könnte beinahe sagen — zur Regel erwachsende Uebung geworden, daß der Kanzler bei allen größeren Entschließungen nicht nur gesetzgeberischer Art, sondern auch wenn es sich um Dinge der auswärtigen Politik handelt, sich, bevor sie an den Reichstag gelangen, und wie dieser Fall zeigt, auch ehe der Bundesrat die letzten Entschlüsse faßt, vertraulich mit den Fraktionsführern der Volksvertretung auseinandersetzt. Nicht nur während des Krieges, auch schon vorher ist die Mitarbeit der Volksvertretung auf diese Weise und dementsprechend auch ihr Einfluß stark gewachsen.

Der Bundesrat hat heute Nachmittag seine Zustimmung zu der Schaffung des neuen Kriegsernährungsamtes gegeben und ebenso zu der Ermächtigung, die dem Reichskanzler zur Ausgestaltung dieses Amtes erteilt werden mußte. In dieser Ausgestaltung werden nahezu unbegrenzte Befugnisse erteilt, es wird das Verfügungsrecht über die vorhandenen Nahrungs- und Futtermittel, über die Rohstoffe und sonstigen Gegenstände, die zur Ernährung des Volkes und des Nutzviehes bestimmt sind, im weitesten Umfange gewährt. Der Reichskanzler soll auf Grund dieser Ermächtigung weiter befugt sein, für die Volksernährung und für die Erhaltung des Nutzviehbestandes alle diese Vorräte in Anspruch zu nehmen. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der staatlichen Gewalt soll der Verbrauch geregelt werden können und auch die Verteilung soll durch das ganze Reich nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen. Der Reichskanzler kann zu diesem Zwecke allgemeine Anordnungen erlassen und diese Anordnungen mit Hilfe hoher Strafen in die Tat umsetzen. Außerdem kann der Reichskanzler in dringenden Fällen und unmittelbar allen Verwaltungsbehörden ohne Vermittlung der Zentralbehörden Weisungen zugehen lassen. Kurz gesagt, der Reichskanzler hat das Verfügungsrecht über die vorhandenen Vorräte, die Anordnungsbefugnis gegenüber der Bevölkerung bezüglich des Gebrauchs und die Befugnis der Verteilung. Es ist selbstverständlich, daß der Reichskanzler in eigener Person die Durchführung dieser Anordnungen nicht übernehmen kann, und um künftighin die Lebensmittelorganisation im Deutschen Reiche straffer und einheitlicher zu gestalten, ist das neue Kriegsernährungsamt unter Leitung des Oberpräsidenten von Ostpreußen, v. Batocki, geschaffen worden, dessen Aufgaben sich nach der erwähnten Ermächtigung regeln werden. Das Kriegsernährungsamt soll außer seinem Präsidenten einen Vorstand von 7 bis 9 Mitgliedern haben. Diese Mitglieder werden aus den verschiedensten Teilen des Reiches, aus den verschiedensten Beamtengruppen und verschiedensten Berufsgruppen entnommen. Innerhalb des Vorstandes sollen sie nicht interessierte Vertreter sein, sondern es sollen zu diesem Amte nur Personen berufen werden, von denen der Reichskanzler annimmt, daß sie auf Grund ihrer Sachverständigkeit und ihrer besonderen Qualifikation kraft ihrer Persönlichkeit alles tun werden, um den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes wird alle wichtigen Fragen mit diesem Vorstand beraten, aber die Entschlüsse werden von ihm selbständig ohne Mitbestimmungsrecht dieses Vorstands gefaßt werden. Neben diesem Vorstand soll noch ein Beirat gebildet werden, in dem die verschiedensten Kriegsorganisationen durch ihre Vorsitzenden, die bisher in der Ernährungsfrage tätigen Reichsbehörden, die obersten Landesbehörden und die verbündeten Regierungen ihre Vertretung haben. Der Reichskanzler ist weiter befugt, zu diesem Beirat sachverständige Personen aus den verschiedensten Berufsschichten des Deutschen Reiches heranzuziehen; eine Grenze ist ihm nicht gezogen. Es soll dem Reichskanzler dadurch die Möglichkeit gegeben werden, möglichst viele hervorragende Persönlichkeiten dabei mitwirken zu lassen. Parlamentarier als solche werden diesem Beirat nicht angehören, aber es ist wohl möglich, daß einzelne Parlamentarier als besondere Sachverständige berufen werden.

Der auf Wunsch des Reichstag geschaffene Ernährungsbeirat, in dem alle Fraktionen des Reichstags vertreten sind, wird weiter bestehen bleiben und zwar als Beratungskörperschaft für das Reichsamt des Innern, also nicht für dieses neue Kriegsernährungsamt. Auch die Militärverwaltung wird, um eine größere Einheitlichkeit in die Verpflegung unserer Truppen und der Zivilverwaltung zu bringen, in dem Vorstand des neuen Kriegsernährungsamtes ihre Vertretung haben, und es wird auch eine direkte Verbindung durch einen höheren Offizier mit dem Hauptquartier hergestellt werden. Wie wir bereits gemeldet haben, wird ein höherer Offizier auf Grund einer kaiserlichen Kabinettsordre in den Stand gesetzt werden, die vom Kriegsernährungsamt getroffenen Anordnungen mit Befehlsgewalt an die Generalkommandeure weiter zu geben, und es ist zu hoffen, daß die bis jetzt vorhandene Zersplitterung im deutschen Wirtschaftsleben damit ihr Ende erreichen wird. Durch die Neuorganisation wird die Gesetzgebungsbefugnis des Bundesrats nicht berührt. Die Verordnungen, die der Bundesrat erlassen hat, bleiben unberührt, und die Verordnungen, die der Bundesrat weiter erlassen kann und wird, sind mit Gesetzesgewalt ausgestattet. Der Präsident des neuen Kriegsernährungsamtes hat aber, um in dringenden Fällen möglichst rasch durchgreifen zu können, die Befugnis, in Fällen, wo Verordnungen noch nicht ergangen sind, aus Eigenem Vorschriften zu erlassen. Es ist ihm nur aufgegeben, diese Vorschriften dann nachträglich dem Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen, und dieser kann sich dann darüber schlüssig werden, ob er sie billigt oder verwirft oder sie abändert.

Zweifellos bekommt der neue Präsident v. Batocki Vollmachten in einem Umfange, wie man sie in Deutschland noch niemals einer Behörde zugebilligt hat. Die einzelstaatliche Verwaltungsbehörde tritt in allen Ernährungsfragen ihre Rechte an ihn ab. Man kann ruhig sagen, es wird in allen Ernährungsfragen eine Reichsexekutive geschaffen. Es wird das, was wir so oft beklagt haben, endlich beseitigt, daß nämlich die Reichsregierung zwar Verordnungen erlassen kann, daß sie aber keinen Einfluß hat auf die Durchführung der Verordnungen. Dieser Mangel, der uns in so viele Schwierigkeiten und bedauerliche Situationen gebracht hat, wird endlich behoben.

Wenn sich der Reichskanzler und wenn sich auch die verbündeten Regierungen zu diesen tief einschneidenden Maßnahmen verstanden haben, so erklärt sich das aus dem Zwange der Verhältnisse heraus. Der Krieg hat länger gedauert, als es nach menschlichem Ermessen abzuschätzen war. Wir sind zu einer, wie wir wiederholt betont haben, belagerten Festung geworden und müssen uns nach den Grundsätzen, die für eine solche Festung gelten, ernähren. Vorräte sind genügend vorhanden, nicht im Ueberfluß, aber es reicht, wenn wir auch auf manchen Gebieten im Laufe der Zeit erheblich knapp geworden sind. Denn darüber muß man sich klar werden: wir müssen uns in diesem Kriege bei unserer Verpflegung einrichten, wir müssen sparen auch in der Ernährung. Dazu hat uns vor allem die schlechte Ernte des vorigen Jahres gezwungen und wenn auch alles dafür spricht, daß unsere bevorstehende Ernte die vorjährige nicht gute weit übertreffen wird, so darf uns das nicht dazu verführen, mit den vorhandenen Vorräten auch nur im geringsten leichtsinnig zu wirtschaften. Fest steht, daß wir mit unseren Brotgetreidevorräten reichen werden. Es wird in allernächster Zeit der schwer arbeitenden Bevölkerung eine erhöhte Brotration zugewiesen werden können. Auch die letzte Bestandsaufnahme unserer Kartoffelvorräte ist durchaus günstig gewesen. Wir wissen jetzt, daß wir mit unseren Kartoffelvorräten durchkommen werden.

Schwieriger ist es bei der Fleischernährung. Unsere Viehbestände sind namentlich durch das Bedürfnis unseres kämpfenden Heeres stark in Anspruch genommen worden. Der Schweinebestand hat sich stark reduziert, und während wir in Friedenszeiten in den besten Jahren 25 000 000 Stück Schweine hatten, hat die letzte Viehzählung ergeben, daß wir zur Zeit nur über 13 Millionen verfügen. Allerdings ist der Ferkelbestand sehr gut, sodaß wir für den Herbst mit besseren Verhältnissen rechnen können. Der Rindviehbestand hat sich der Zahl nach gut gehalten, aber zur Zeit ist nicht allzuviel schlachtreif und wir müssen uns vor allen Dingen hüten, in die Bestände des Milchviehs einzugreifen. Damit würden wir uns den größten Schaden zufügen, denn Milch brauchen wir zur Ernährung unserer Kinder und Kranken. Außerdem sind die Milchkühe unsere besten Quellen für die notwendig gebrauchten Fettmengen. Diese tatsächlichen Verhältnisse auf dem Viehmarkt zwingen uns dazu, bei der Rationierung der Fleischportionen für die nächste Zeit einen strengen Maßstab anzulegen.

Der Zweck der neuen Maßnahme, die jetzt ergriffen werden wird, ist, durch möglichste Ausschaltung aller Organisationsmängel und durch rücksichtslose Vertretung der Interessen der Allgemeinheit gegenüber Sonderwünschen die Verpflegung unseres Volkes unter Zugrundelegung der vorhandenen Vorräte so gut wie möglich zu regeln. Wenn sich jeder bewußt ist und bewußt bleibt, daß er während dieses schweren Krieges auch in der Heimat Mitkämpfer sein muß, dann können wir zuversichtlich abwarten, bis unsere tapferen Truppen uns den endgültigen Sieg auf den Schlachtfeldern erkämpft haben werden.

*

Berlin, 22. Mai. (W. B. Amtlich.) In der Sitzung des Beirats für Volksernährung vom 20. Mai wurde die Fleisch- und Kartoffelversorgung und die Frage der Oelgewinnung aus Obstkernen erörtert. Bei der Erörterung der Fleischversorgung wurde auch die Förderung des Wildabschusses in Betracht gezogen.

Das Kriegsernährungsamt.

Nun hat die deutsche Zentralstelle für Volksernährung Namen, Wirkungskreis und ihr Haupt erhalten. Man hat kein eigenes Reichssekretariat (Ministerium) geschaffen, sondern eine Reichsstelle, die unmittelbar unter dem Reichskanzler steht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" begleitet die Schöpfung mit einer halbamtlichen Begründung, die auch für uns von Interesse ist. Bei aller Zurückhaltung verrät sie doch die Umstände, die eine solche Einrichtung unerläßlich gemacht haben. Sie geht aus von den durch die Abschnürung vom Weltmarkt und durch die Mißernte vom vorigen Jahre hervorgerufenen Knappheitserscheinungen. Seit Monaten, besagt die Mitteilung, „ist die Reichsleitung im Verein mit den bundesstaatlichen Regierungen und den Organen der Selbstverwaltung bemüht, die auf den verschiedensten Gebieten entstehenden Schwierigkeiten zu bekämpfen und die fortlaufende, ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mehr und mehr zeigte sich indes, daß das System unserer bundesstaatlichen Behördenorganisationen einem vollen Gelingen der Bemühungen hindernd im Wege steht." Die eine Wurzel des Uebels ist hier bloßgelegt: Der Ernährungsdienst erfordert strenge und prompte Einheit — im Reiche aber arbeiten drei Behördenorganismen nebeneinander: die Reichs-, die Bundesstaats- und die Selbstverwaltungsämter.

Wir besitzen einen Staatsbau, der jenem des Deutschen Reiches ganz verwandt ist — sind doch die geschichtlichen Bausteine die gleichen gewesen, wie sehr auch der Baustil abweiche. Auch unser gemeinsames Wehr- und Wirtschaftsgebiet besteht aus souveränen Staaten, wenn auch nur aus zweien (Dualismus). Der Tisch, von dem wir essen sollen, ist nach den Ausgleichsgesetzen zwar einer, aber er wird von zwei Regierungsküchen bestellt. Innerhalb jedes der beiden Staaten aber sind selbstherrliche Gewalten aufgerichtet, drüben die Komitate und herüben die autonomen Kronländer und Gemeinden, und jeder Küchenjunge spielt den Koch für sich. Die Versorgung muß auf diesem Wege höchst ungleich und im ganzen allzu schleppend werden. Die „Norddeutsche Allgemeine" schildert den verwandten Zustand in Deutschland wie folgt: „Beim Erlaß der die Verteilung grundsätzlich regelnden Verordnungen, bei der Errichtung der mit Teilen der Ernährungsverwaltung betrauten besonderen Organisationen, noch mehr aber bei der Ueberwachung der Durchführung allgemeiner Vorschriften war bisher eine größere Zahl von amtlichen Stellen beteiligt, die keiner zentralen Oberleitung unterstanden und deren Zusammenwirken deshalb von gegenseitigen Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugeständnissen bedingt war. Dies tat der notwendigen Einheitlichkeit und Schnelligkeit Abbruch."

Es ist immer mißlich, wenn in der Stunde der Bedrängnis nicht sofort beigesprungen wird, sondern erst unverbindliche Vorbesprechungen, dann Vorverhandlungen, sodann die Verhandlung im allgemeinen, weiter die Einzelabmachungen und endlich der feierliche Abschluß eintreten, worauf man dazu kommt, über die ersten Schritte der Durchführung Fühlung zu nehmen . . . Es ist mißlich, wenn solche Verhandlungen mit langen gegenseitigen Vorhalten gewürzt und mit ängstlichen Vorbehalten gespickt sind; noch mißlicher, wenn man dabei auf die sinnreiche Auskunft verfällt, Zugeständnis nur gegen Zugeständnis zu tauschen und gleichsam jeden Zentner Bohnen durch ebensoviel Zentner Linsen aufzuwiegen. Diese Tauschmethode ist uns ja von der Schulbank her vertraut, auch kennen wir sie aus der Geschichte des europäischen Handels mit den Eingebornen neu erschlossener Himmelsstriche. Ungewohnt ist sie bloß innerhalb des Rahmens eines und desselben Reiches, und darum hat sich Deutschland beeilt, den Umweg der „Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugeständnisse" abzukürzen.

Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat und wird in seinen gemeinsamen Angelegenheiten durch die „verbündeten Regierungen" verwaltet, die ihren Sitz im „Bundesrat" haben. Wir haben eine österreichische und eine ungarische Regierung, aber den Begriff der „verbündeten" Regierungen kennt unser Gesetzestext nicht. Jener deutsche Bundesrat nun „ermächtigte den Reichskanzler, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt, zu errichten". Zweimal im Laufe des Krieges haben die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs der Regierung den Ausweg nahegelegt, einer auf Kriegszeit berechneten gemeinsamen Ernährungsstelle die nötigen Ermächtigungen zu geben. Wie sich herausstellt, läßt die ungarische Verfassung derlei nicht zu, wir müssen uns also auf die unumgängliche Einheit innerhalb Oesterreichs beschränken.

Welche Machtvollkommenheit erhält nun das deutsche Kriegsernährungsamt? „Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über Futtermittel und die für Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung und damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung, die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein." Die rechtliche Zuständigkeit ist also ungemein weit gezogen. „Zur Sicherung der Durchführung können Zuwiderhandlungen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen bis zu 10.000 Mark bedroht werden. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen." Die Landesbehörden unmittelbar — das heißt mit Umgehung der Einzelstaatsregierungen! Die Verordnungen des Bundesrates bleiben unberührt, in dringenden Fällen können aber — unter unverzüglicher Vorlage an den Bundesrat — abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Des Königs von Bayern oder Sachsen, des Großherzogs von Baden Regierung wird also gar nicht besonders gefragt — außer in gemeinsamer Sitzung ihrer Bevollmächtigten im Bundesrat! Ein staatsrechtlicher Vergleich mit der kaiserlich österreichischen und mit der königlich ungarischen Regierung liegt nahe, ist jedoch nutzlos, da die Verfassungsrechte hier anders gestaltet sind.

Und wie ist die Reichsstelle organisiert? „Im Kriegsernährungsamte werden bewährte Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessentengruppen — der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels, der Heeresverwaltung und der Verbraucher — mitarbeiten": mitarbeiten, das heißt nicht bloß beiraten, sondern mitverwalten. Aber die Beschlußfassung wird ausschließlich dem Vorsitzenden zustehen.

Die Entscheidung steht also einer einzigen Person zu, ganz im Sinne der uralten Regel: Beraten ist die Sache vieler, handeln die Sache des einzelnen, der die volle Verantwortung trägt. Daneben aber wird noch ein Beirat vorgesehen. „In ihm werden Vertreter der Bundesregierungen, der behördlichen Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften Sitz und Stimme haben. Die Anordnungen der militärischen Befehlshaber werden den Maßnahmen der zentralen Ernährungsbehörde angepaßt. Der aus der Mitte des Reichstages berufene Beirat für Volksernährung bleibt neben der neugeschaffenen Einrichtung bestehen. Bei dieser neuen, straff organisierten Regelung wird es möglich sein, die im Reiche greifbaren Nahrungsvorräte vollständig zu erfassen und ihre Verwertung und Verteilung ohne jede Verzögerung in der zweckmäßigsten Weise durchzuführen."

Im großen ganzen meinen wir schon, daß hier ein Muster geschaffen wurde, welches man ganz gut kopieren könnte.

Bezugspreis: in Köln 7 ℳ 50 ₰, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich.
Anzeigen 60 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 3 ℳ
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verbindlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Vertretungen im Auslande: Madrid E. Dossat, Plaza de S. Ana 9. New York E. Steiger & Co., 49 Murray Street. Rotterdam H. Nijgh & van Ditmar. Wien M. Dukes Nachf. A.-G., I., Wollzeile 16; H. Goldschmiedt, I., Wollzeile 11.

Der Stand der deutschen Volksernährung.

⚜ **Berlin**, 23. Mai. (Telegr.) Die Wirtschaftspolitische Wochenschau der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung geht, wie schon kurz in Nr. 525 gemeldet, diesmal von der Feststellung aus, daß die Berichte über den Saatenstand nach wie vor außerordentlich günstig lauten. Eine Roggenernte von so geringem Umfang wie die von 1915 haben wir seit mehr als einem Dutzend Jahre nicht mehr gehabt. Im Jahre 1915 wurden insgesamt 13 008 243 Tonnen Roggen und Weizen geerntet, im Jahre 1913 dagegen 16 878 350 Tonnen. Noch stärker als beim Brotgetreide war im Jahre 1915 der Ausfall beim Futtergetreide. Zieht man Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zusammen, so beläuft sich der Minderertrag unserer Körnerernte von 1915 gegenüber 1913 auf rund 9 Millionen Tonnen. Dabei war die Kleeernte die zweitschlechteste, der Wiesenertrag der drittschlechteste des letzten Jahrzehnts. Als Grund bezeichnet der Gewährsmann das ungewöhnlich ungünstige Wetter im Frühjahr und Sommer. Man kann dem Artikelschreiber nur zustimmen, wenn er sagt:

Trotz dieser äußersten Ungunst der Natur haben wir durchgehalten, haben wir zwar nicht jede Entbehrung, wohl aber jede Gefährdung unserer nationalen Existenz vermieden, und das ist zweifellos der schlüssigste, unwiderleglichste Beweis dafür, daß jede Hoffnung, uns durch die Erschöpfung unserer Nahrungsmittel zu besiegen, eitel und vergeblich ist. Wenn wir in einem Jahre nicht auszuhungern waren, in dem wir an den vier Hauptgetreidearten allein einen Produktionsausfall von 9 Millionen Tonnen gegenüber dem letzten normalen Friedensjahr erlitten, dann sind wir niemals auszuhungern. Das ist der frohe zuversichtliche Schluß, der sich uns schlagend und unwiderstehlich aus den an sich so unerfreulichen Ziffern der Ernteстatistik von 1915 aufdrängt.

Der Artikel schließt hieran die Frage nach dem jetzigen Stand unserer Versorgung und stellt fest:

Die straffe Regelung unserer Getreide- und Mehlversorgung sichert uns unsern rationierten Verbrauch bis zum Ende des Erntejahres, sichert uns darüber hinaus eine Reserve, die den Übergang ins neue Erntejahr auch bei unverhofften Ernteschwierigkeiten gewährleistet.

Auch unsere Kartoffelversorgung ist auf der gegenwärtigen Beschaffungs-, Verteilungs- und Rationierungsgrundlage bis zur neuen Ernte durchaus gewährleistet. Die Aufnahme vom 26. April liegt für das Reich noch nicht vor. Für Preußen hat sie einen Gesamtbestand von 92 723 804 Zentnern ergeben gegen nur 55 429 942 Zentnern am 15. Mai 1915. Von den Ende April ermittelten Vorräten geht allerdings noch ein ziemlich erheblicher Saatgutbedarf ab. Auch darf nicht übersehen werden, daß der Zugriff auf die Kartoffel wegen der Knappheit der übrigen Futtermittel groß ist und sparsamer Verbrauch daher notwendig erscheint. Wird anderseits berücksichtigt, daß das Ergebnis der Aufnahme aus technischen Gründen zweifellos hinter dem wirklichen Bestande zurückbleibt, und daß mit einer Frühkartoffelernte von mindestens 8¾ Millionen Zentnern für Preußen und mindestens 11¾ Millionen Zentnern für das Reich zu rechnen ist, so kann man das Resultat der Bestandsaufnahme nur als Bestätigung völliger und zweifelsfreier Sicherung unserer Kartoffelbedarfsdeckung deuten. An Kartoffeltrockenprodukten wurden am 26. April im ganzen Reiche Vorräte von 1 329 428 Zentnern ermittelt, eine Menge, die etwa dreimal so groß ist, als vor der Aufnahme angenommen wurde, und die für die vorgeschriebene Verwendung und Verarbeitung ohne weiteres ausreicht.

Die stärksten Wirkungen hat die vorjährige Mißernte, verbunden mit der Abschnürung der in Friedenszeiten regelmäßigen, außerordentlich großen Futtermitteleinfuhr, naturgemäß und unvermeidlich auf unsere Viehbestände geübt. Zwar ist selbstverständlich alles geschehen, um die Einfuhr an Bodenerzeugnissen zur menschlichen und tierischen Ernährung zu heben; die mit Rumänien abgeschlossenen Verträge sind ja aus frühern Mitteilungen der Presse bekannt. Die Schwierigkeiten (vor allem transporttechnischer Art), die sich rascher Abwicklung der Einfuhren in größerm Umfange entgegenstellten, sind nach Möglichkeit beseitigt worden. Die Einfuhrziffern der Zentraleinkaufsgesellschaft für Getreide, Futtermittel und Saaten zeigen deshalb eine ständige, erfreuliche Aufwärtsbewegung; während sie in den letzten Monaten 1915 noch weit unter 100 000 Tonnen monatlich betrugen, stellten sie sich beispielsweise im April 1916 auf mehr als das Doppelte dieser Menge. Insgesamt ist aber durch die Einfuhr natürlich der Minderertrag der Heimaterzeugung nur zu einem geringen Bruchteile ausgeglichen worden, von den Ausfällen an der Friedenseinfuhr ganz zu schweigen. Der ganze Winter stand deshalb im Zeichen drückender Futtermittelknappheit, und es trat ganz von selbst ein, was so häufig programmatisch gefordert wird: Die Anpassung unseres Viehbestandes an die vorhandene Futtermittelbasis.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Viehzwischenzählung vom 15. April betrug die Zahl der Schweine an diesem Tage (im ganzen Reiche) 13 303 500 Stück — gegen

Konsumenten und Produzenten im Kriege.

Von Geheim. Regierungsrat Prof. Dr. J. Reinke.

Der Anfang des Weltkrieges traf uns ohne die Vorbereitung einer wirtschaftlichen Mobilmachung. Darin wie in der Tatsache, daß vor Kriegsausbruch keine Zeit blieb, unsere Ozeandampfer in die heimischen Häfen zurückzurufen, erblicke ich einen der entscheidenden Beweisgründe dafür, daß dieser Krieg uns gegen unseren Willen aufgezwungen wurde. Die so überaus wertvollen Dampfer müssen wir vorläufig ihrem Schicksal überlassen. In bezug auf die Volksernährung aus eigener Kraft wurden die höchsten Anstrengungen gemacht mit dem erfreulichen Ergebnis, daß trotz der mangelhaften Ernte von 1914 und der schlechten Ernte von 1915 es heute unzweifelhaft feststeht, daß das deutsche Volk wirtschaftlich durchhalten wird bis über die Einbringung der Ernte von 1916 hinaus und damit bis zum Kriegsende überhaupt.

Dennoch haben wir Verbraucher in den großen Städten mit mancherlei Unbequemlichkeiten der Nahrungsbeschaffung zu kämpfen, und jeder muß an seinem Teile bei Ueberwindung dieser Schwierigkeiten helfen, so gut er kann. Auch im einzelnen wollen wir unsere Ernährung sichergestellt sehen gegen ihren Bedroher, und dieser Bedroher ist der nach den bekannten englischen Grundsätzen geführte Weltkrieg; nicht aber sind es ganze Berufsklassen im eigenen Lande, wie man unter Verkennung der engen Beziehungen zwischen Produktion, Handel und Verbrauch manchmal zu hören bekommt. Vereinzelte Uebeltäter, die sich überall und zu jeder Zeit gefunden haben, werden dem strafenden Arme der Gerechtigkeit nicht entgehen, wie auch jeder unberechtigten Spekulation, beziehungsweise Zurückhaltung von Nahrungsmitteln energisch entgegenzutreten ist.

Die wichtigste Tatsache, die der Weltkrieg in wirtschaftlicher Beziehung lehrte, ist, daß das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet imstande ist, seine Ernährung selbst zu beschaffen; sie trotz der namentlich an Futtermitteln so unzulänglichen letzten Ernte beschafft hat, und daß wir zweifellos auch über die noch bestehenden Schwierigkeiten hinwegkommen werden. Darum haben die Erzeuger der Nahrungsmittel im Lande, die Landwirte, als unsere wahren Freunde zu gelten, und wir haben alle Veranlassung, dahin zu trachten, daß bei den Maßregeln zur Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Produktion und Konsum keine Entfremdung zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern der Nahrungsmittel eintrete, wie auch dem Mittler zwischen beiden, dem Handel, sein volles Recht werden muß.

Der gesunde und vernünftige Erwerbsgeist — im Gegensatz zu wucherischen Bestrebungen jeder Art — ist nicht nur zu dulden, sondern mit allen Mitteln zu fördern, weil er für jede gedeihliche Volkswirtschaft unentbehrlich ist. Darum sollte jeder Verkümmerung des in verständigen und natürlichen Grenzen sich bewegenden Erwerbslebens entgegengetreten werden. Wir Konsumenten werden uns nur wohl befinden, wenn die produzierende Landwirtschaft und der Handel ihren legitimen Gewinn machen; denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Manchen gut gemeinten, doch etwas gewaltsamen Eingriff in den natürlichen Gang des freien Erwerbslebens haben gerade die Verbraucher in den Großstädten nachteilig zu fühlen bekommen. Darum ist es eine wichtige Aufgabe der Gegenwart, alle Mißverständnisse zwischen den verschiedenen Berufsständen unseres Volkes nach Möglichkeit zu beseitigen.

Die Förderung dieser Aufgabe hat sich ein lesenswertes Buch als Ziel gesetzt: „Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit" von Oekonomierat Dr. Hoesch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, dessen Studium ich jedermann empfehlen kann. Wenn in diesem Buche auch der Leistungen unserer Industrie und unseres Handels mit warmen Worten gedacht wird, so ist doch der größere Teil den Bestrebungen und Leistungen der deutschen Landwirtschaft gewidmet, und es werden ohne Vergrößerung einer parteipolitischen Brille die Verdienste unseres Nährstandes in einem Lichte gezeigt, das manche Unklarheiten zu zerstreuen geeignet ist.

Im einzelnen möchte ich von den Ausführungen des Verfassers ein paar Stellen hervorheben, in denen ich ihm nicht zustimme, oder wo mir Zweifel geblieben sind. Bei Schilderung der ernährungsphysiologischen Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird die Sache so dargestellt, als ob bei der Eiweiß-, bezw. Fleischernährung der Kalorienwert des Eiweiß die Hauptrolle spiele. Wäre dies richtig, so müßte Eiweiß durch Kohlenhydrat oder Fett vertreten werden können; das kann es aber nicht, sondern wir vermögen nur zu leben, wenn wir neben Kohlehydrat oder Fett auch Eiweiß genießen, weil wir letzteres nötig haben zum Ersatz der durch den Abbau und weiter durch die Tätigkeit der Nieren aus dem Körper ausgeschiedenen Stickstoffverbindungen. Hierzu gestatte ich mir noch eine Zwischenbemerkung. Das Karbamid (Harnstoff) ist als Stickstoffdünger für die Landwirtschaft so wertvoll wie Salpeter oder Ammoniak; außerdem ist die Nierenabsonderung reich an Phosphorsäure. Auf diesem Gebiete wird im Betriebe vieler Großstädte eine geradezu wahnwitzige Verschwendung mit den wertvollsten Düngemitteln getrieben. Ich machte gleich zu Beginn des Krieges in einem Artikel darauf aufmerksam, erhielt ihn aber von der betreffenden Zeitung zurückgeschickt; vermutlich, weil das darin gebrauchte Wort „Harn" ihrer Schriftleitung nicht zart genug klang. Ich habe dann die „zuständige" Stelle im Lande brieflich auf die Wichtigkeit der Sache hingewiesen, ohne daß ein Erfolg davon zu spüren gewesen wäre.

Ein anderer Punkt, auf den ich mit einem Fragezeichen eingehen möchte, ist ein Ereignis, das zu den trübsten unseres Wirtschaftslebens während des Krieges gehört: es ist das die Zwangsabschlachtung von fünfzehn Millionen Schweinen im Winter 1915, die das Doppelte einer normalen Abschlachtung betrug. Hierüber macht der Verfasser die Gutachten von fünf Berliner Professoren, einem Juristen, einem Statistiker und drei Landwirtschaftern verantwortlich. Gewiß haben jene beklagenswerten Gutachten zu den traurigsten Folgen unserer Volksernährung geführt; doch allgemein wurde damals behauptet, daß sie in gutem Glauben sich stützten auf die von den Landwirten deklarierten Kartoffelvorräte und daß diese Deklarationen zu niedrig ausgefallen wären; diese Behauptung scheint mir vom Verfasser nicht genügend entkräftet zu sein. Doch gebe ich ihm darin vollkommen recht, daß in so wichtigen Fragen niemals Theoretiker allein den Ausschlag geben dürfen, sondern daß unbedingt auch der Rat von Männern, die mitten im praktischen Leben stehen, in diesem Falle von Landwirten, in „vertrauensvoller Aussprache" zur Geltung kommen müßte. Wohl betrachtet der Theoretiker das von ihm bearbeitete Gebiet von einer höheren Warte aus; allein es entgehen ihm dabei leicht Umstände des alltäglichen Lebens, die doch auch von Wichtigkeit, ja von entscheidender Bedeutung sein können. Und gerade auf einem so komplizierten Gebiete, wie die Landwirtschaft es ist, die neben dem Körnerbau und dem Futterbau der Aufzucht von Milchkühen und von Schlachtvieh ein unendliches Maß von Geduld und Kleinarbeit widmen muß, wo Witterung und Seuchen oft die größten Anstrengungen zunichte machen, ist es notwendig, mancherlei Rücksichten, auch psychologische, zu nehmen.

Neben seiner materiellen Schädigung ist der Fall der zwangsweisen Schweineabschlachtung so bedeutsam, weil er die Gefahr in sich barg, das Vertrauen zwischen den Verbrauchern und dem Nährstande unseres Volkes zu trüben. Darum ist dringend zu wünschen, daß die von oben herab geschehene Festsetzung von Höchstpreisen diese Kluft nicht erweitert. Denn bei der ungemein schwierigen Beschaffung von Kraftfutter für die Landwirtschaft während des Krieges haben wir Konsumenten das größte Interesse daran, daß die Produktionslust auf dem Lande nicht ins Stocken gerate, was nur zu erreichen sein wird, wenn dies Gewerbe, das wie kein anderes von der Gunst vieler zufälliger Umstände abhängt, dem Betriebsleiter wie Arbeitskräfte aller Art, namentlich Pferde, jetzt durch den Krieg entzogen sind, noch einen Gewinn abwirft, der mit wenigen Ausnahmen doch nur ein bescheidener bleiben wird; Gewinne, wie sie gegenwärtig von Kriegslieferanten sowohl auf dem Felde des Handels, wie dem der Industrie erzielt werden, dürften in der Landwirtschaft überhaupt nicht vorkommen.

Die Viehzucht ist gewiß eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft; sie ist aber dauernd nur durchführbar, wenn der Viehbestand keine zu große Verminderung erfährt, wie sie z. B. durch Abschlachtung trächtiger Tiere wegen Futtermangels eintreten könnte; für die Milchversorgung der Städte sind Futtermangel wie Abschlachtung gleich verhängnisvoll. Es müssen in der Landwirtschaft so viele Nahrungsmittel erzeugt werden, wie nur immer möglich ist, und dazu muß dem Landwirt in seinem Betriebe ein gewisser Spielraum bleiben — ob er Fleisch, Eier, Speck, Milch, Käse, Gemüse, Hülsenfrüchte usw. auf den Markt bringen will und kann, das muß seine Sache sein. Die Landwirtschaft läßt sich wegen der vielen in sie hineinspielenden unsicheren Faktoren auf ihre Erzeugnisse nicht so einstellen, wie der Betrieb einer Fabrik auf eine bestimmte Ware; und gerade dadurch wächst die Interessengemeinschaft zwischen den Erzeugern der Nahrungsmittel und ihren Verbrauchern. Natürlich macht auch in der Landwirtschaft wie in der Industrie die Not erfinderisch, und man bemüht sich jetzt vor allem um Ersatzfuttermittel für die in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege aus dem Auslande bezogenen Futterstoffe; hier dürfte die Trockenhefe, deren Herstellung dem Institut für Gärungsgewerbe in Berlin gelungen ist, eine große Rolle zu spielen berufen sein.

Unser aller Schicksal während dieses Krieges ist auf Gedeih und Verderb mit dem der deutschen Landwirtschaft verknüpft; darum sollen wir für Ausschaltung aller Reibungsflächen sorgen, die den Volksorganismus hemmen oder schädigen können. Das Blühen der Landwirtschaft unter den Schwierigkeiten, die der Krieg gerade für ihren Betrieb mit sich bringt, ist ein nationales Interesse erster Ordnung. Hier liegt die Grundbedingung für unser wirtschaftliches Durchhalten im Weltkampfe. Je besser die Stimmung unserer ländlichen Bevölkerung ist, um so besser wird es auch uns Städtern ergehen. Gelingt es, die landwirtschaftliche Produktion mit allen Kräften zu fördern, so werden auch wir Konsumenten keine Not leiden. Umgekehrt haben wir leider in den Großstädten vielfach die Erfahrung gemacht, daß Erschwerungen im landwirtschaftlichen Betriebe und im Kleinhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sofort in Unbequemlichkeiten unserer eigenen Ernährung, besonders in einer Verteuerung der Ernährung, sich geltend machten.

Tägliche Rundschau

26./V.1916

Zur großstädtischen Nahrungsmittelversorgung.

Von Prof. J. Schwalbe.

Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Ministers des Innern über die Nahrungsmittelversorgung von Groß-Berlin stattgefunden haben, scheinen — seien wir vorsichtig! — endlich eine Abstellung der bisherigen Mißstände anbahnen zu sollen. Die stürmischen Gefühlsäußerungen, in denen sich die zu schweren Geduldsproben verurteilten Frauen vor den Nahrungsmittelgeschäften hier und anderswo Luft gemacht haben, haben offenbar die verantwortlichen Persönlichkeiten allmählich (!) zu der Ueberzeugung gebracht, daß es mit der bisherigen Verteilungsmethode — die den Namen einer Methode kaum verdient — nicht weiter gehen kann, wenn man stärkeren Ausschreitungen vorbeugen will. Endlich scheint man einen Kernpunkt der Mißwirtschaft erfaßt zu haben. Man sieht jetzt wohl ein, welch ein Hohn auf unsere vielgerühmte Organisationskraft es bedeutete, wenn am Schlusse jeder langatmigen behördlichen Erklärung über die Benutzung einer neuen „Karte" der beruhigende Satz in die Augen sprang: „Eine Berechtigung zum Bezug der Butter, des Fleisches usw. gewährt die Karte nicht." In der Tat, die Karte verlieh nur das Recht, sich vor dem Ladeninhaber als Nahrungsmittelbedürftiger auszuweisen; ob man nach stundenlangem Warten auch ein Viertelpfund der verlangten Ware bekam, hing von besonderen Umständen ab.

Jetzt also hat der Minister, wie es in der offiziösen Nachricht heißt, mit Nachdruck verlangt, daß die Verbraucher die ihnen durch Butter- „beziehungsweise" Fleischkarte zugewiesene Menge tatsächlich und ohne die bisherigen Schwierigkeiten erhalten. Man sollte meinen, daß diese Forderung die erste und selbstverständliche Voraussetzung bei jeder Verordnung über Nahrungsmittelverteilung hätte bilden müssen. Ob das jetzt vorgeschlagene Regelungsverfahren mit der notwendigen, aber leider zumeist vermißten Umsicht und Energie zu einem befriedigenden Ziele führen wird, werden wir hoffentlich in nicht allzu langer Zeit erfahren. Man wird es begreifen, daß nach den bisherigen Enttäuschungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung unser Vertrauen zu den behördlichen Maßnahmen stark erschüttert worden ist.

Die — gewiß von niemandem geleugnete — Schwierigkeit der Aufgaben scheint auch an solchen Amtsstellen Versager herbeizuführen, die sonst vielfach durch zweckmäßige Initiative und planmäßige Durchführung vorbildlich gewesen sind. In Charlottenburg hat man sich neulich entschlossen, eine fahrbare Stadtküche in Tätigkeit zu setzen, hat aber — nach dem Zeitungsbericht — bei dem ersten Versuch einen so stürmischen Andrang erlebt, daß man dieses Verfahren zur Speisung Minderbemittelter nach wenigen Stunden aufgegeben hat. Und demgemäß hat die Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch eine Eingabe auf Einrichtung einer fahrbaren Stadtküche abgelehnt, weil man sich dem gleichen Mißerfolg wie in Charlottenburg nicht aussetzen wollte. Ich möchte trotzdem glauben, daß diese Schlußfolgerung nicht ohne weiteres berechtigt ist und daß der Fehlschlag der Charlottenburger „Gulaschkanone" nur durch die unzulängliche Ausführung einer an sich zweckmäßigen Methode erklärt werden kann. Hätte man in Erwartung der Tausende von Bedürftigen nicht eine einzige Stadtküche mit einem Gehalt von 600 Litern, sondern sofort mehrere für die Speisung einer dreifachen Zahl in Bewegung gesetzt, so hätte das Unternehmen wohl nicht ein vorzeitiges Ende zu nehmen brauchen. Vielleicht gibt für ähnliche Versuche und für die anscheinend immer dringlicher werdende Einrichtung einer Massenspeisung überhaupt der Bericht, den der Direktor des öffentlichen Armenwesens in Hamburg Dr. Lohse vor einiger Zeit erstattet hat, eine genügende Anleitung, um Organi-

Frankfurter Zeitung 26.5.1916 35

Die Aufgaben des Ernährungsamts.

Herr v. Batocki im Reichstagsausschuß.

N Berlin, 25. Mai. (Priv.-Tel.) Die heutige Sitzung des Reichshaushaltsausschusses begann damit, daß Unterstaatssekretär von Stein die Anfrage stellte, ob der Ausschuß am Samstag tagen werde, es sei eine Sitzung des Beirates für denselben Tag in Aussicht genommen, die aber auch verschoben werden könne.

Ein volksparteilicher Abgeordneter führte aus, solange der Präsident des neuerrichteten Kriegsernährungsamtes nicht in der Kommission anwesend sein könne, scheine ihm die Idee wenig Zweck zu haben. Die Rechtslage sei doch so, daß durch das Ermächtigungsgesetz der Reichstag dem Bundesrat die Befugnis übertragen habe, von sich aus, ohne den Reichstag erst zu befragen, rechtskräftige Anordnungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu erlassen. Nun habe der Bundesrat diese Befugnisse dem Reichskanzler bezw. dem Präsidenten des neuerrichteten Amtes übertragen. In demselben Ermächtigungsgesetz habe der Reichstag sich vorbehalten, bei seiner jedesmaligen Tagung zu verlangen, daß die inzwischen ergangenen Anordnungen aufgehoben würden. Der Reichstag und die Kommission stünden also jetzt vor der Frage, ob sie mit der

Errichtung des neuen Kriegsernährungsamtes

einverstanden seien. Es sei eine juristische Frage, ob der Bundesrats überhaupt berechtigt sei, ohne weiteres seine Befugnisse weiter zu übertragen an einzelne Personen. Da aber weder in der Kommission noch im Plenum diese Frage bisher aufgeworfen worden sei, scheine der Reichstag stillschweigend mit der neuen Einrichtung einverstanden zu sein. Es erübrige sich also eine Debatte über diese Frage, die damit schon gelöst sei. Der Ausschuß und das Plenum hätten sich jetzt lediglich an den Präsidenten des neuen Amtes zu halten, denn sonst sei keine verantwortliche Person vorhanden, und deshalb sei eine Debatte über Organisation und auch über Einzelheiten eigentlich gegenstandslos, so lange der neu ernannte Herr sich der Kommission nicht vorgestellt hätte. Es müsse doch darauf hingewiesen werden, daß die gestrige Debatte wohl kaum irgend welche Förderung auf dem Gebiete der Volksversorgung habe schaffen können. Vielleicht hätte der neuernannte Präsident wesentlich zur Abkürzung, Vereinfachung und Fruchtbarmachung der Debatte beitragen können, wenn er sich gestern die Zeit genommen hätte, sich der Kommission vorzustellen und ihr sein Programm zu entwickeln, das er vorher bereits der Presse abgegeben habe. Allerdings hätte ja der Unterstaatssekretär v. Stein das, was man zwei Stunden vorher in einem Berliner Blatte hätte lesen können, in liebenswürdiger Weise der Kommission vorgetragen, aber dem Redner schien das doch nicht die richtige und der Würde des Reichstags und des Reichshaushaltsausschusses entsprechende Form einer derärtigen Mitteilung zu sein..

Es folgte noch eine längere Aussprache, deren Ergebnis der Beschluß war, Samstag zu tagen und jetzt in die Debatte einzutreten.

Ein Regierungsvertreter gab Auskunft über die ungünstige Hafer- und Gerstenernte. An Graupen stünden 80 Gramm pro Kopf und Tag zur Verfügung. Der Futtermittelbedarf der Heeresverwaltung ist bis zur nächsten Ernte gedeckt.

Ein bayerischer Zentrumsabgeordneter berichtete, daß infolge der engen Fühlung zwischen Landwirtschaft und Brauerei der bayerischen Zentralstelle für Brauereibedarf 48 Prozent des Gerstenbedarfs geliefert werden konnte. Ein Ausgleich zwischen Bayern und Norddeutschland würde unbillig gegen die Brauereien und gegen die Landwirte sein, denn die letzteren hätten Gerste geliefert in Erwartung der Rückgabe der Braucreirückstände.

Inzwischen war der Präsident des Kriegsernährungsamtes

v. Batocki

in den Saal getreten. Er wurde vom Vorsitzenden der Versammlung vorgestellt und nahm das Wort zu folgenden Ausführungen:

In den nächsten Tagen werde er nicht die Zeit erübrigen können, in der Kommission zu erscheinen, weil er begreiflicherweise mit Arbeiten überhäuft sei, zunächst um sich über dieses schwierige neue Gebiet zu orientieren. Er habe aber doch das Bedürfnis gehabt, sich der Kommission vorzustellen und in möglichst kurzen Worten auszusprechen, wie er sich die Entwicklung in seinem neuen Amte denke. Er habe sich bisher als Privatmann und auch als oberster Beamter einer Provinz mit Ernährungsfragen eingehend beschäftigt. Aber es sei doch eine ganz andere Sache, jetzt an der Spitze des Kriegsernährungsamtes zu stehen, das die Versorgung der ganzen Bevölkerung des Reiches in die Hand nehmen solle. Dazu bedürfe er einer eingehenden Orientierung und sei deshalb mit Arbeiten überhäuft. Zunächst halte er es für absolut notwendig, daß ein

besseres Zusammenarbeiten von Heeres- und Zivilverwaltung

in Bezug auf die Versorgung der Bevölkerung eintrete, und es werde sein Bestreben sein, dies möglichst herbeizuführen. Er bedauere, daß er durch die vielfachen Erörterungen in der Presse so sehr in den Vordergrund gerückt sei. Man knüpfe an seine Person vielleicht Erwartungen, die er nicht erfüllen könne, denn selbstverständlich könne er nicht auch Vorräte schaffen, die nicht vorhanden seien, und selbstverständlich sei auch die Wirkung von Eingriffen auf diesem Gebiet nicht von heute auf morgen zu spüren. Er wolle aber nicht unterlassen, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß ohne willige Mitwirkung der bundesstaatlichen Organe und Behörden nichts erreicht werden könne, und ebenso wenig, wenn nicht auch die Bevölkerung ihm ihre willige Mitwirkung zu Teil werden lasse. Wenn die von ihm zu treffenden Maßnahmen nicht von dem guten Willen jeder einzelnen behördlichen Stelle und sowohl der Konsumenten als der Produzenten getragen werde, werde er keine Erfolge erzielen können. Daß in Belgien die Volksernährung so glatt gehe, liege vielleicht daran, daß dort von vornherein die Gemeinden sich in den Dienst der Sache gestellt haben. Er werde also auch auf die willige

Mitwirkung der Gemeindeverwaltungen

angewiesen sein, um Ersprießliches zu erreichen. Hierzu sei die Zentralisation absolut notwendig, denn nur sie verbürge rasche Versorgung mit Lebensmitteln und vor allem auch eine Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Notwendig werde es auch sein, alle die ergangenen Verordnungen in übersichtlicher Weise zu sammeln, so daß diejenigen Stellen und Behörden, die sie ausführen sollen, die Möglichkeit haben, sie zu verstehen und zu kennen. Zunächst müsse natürlich für die Versorgung des Heeres gesorgt werden, erst dann könne die Zivilbevölkerung in Betracht kommen. Am schwersten werde die Versorgung der Großstädte sein, schon etwas weniger die der Mittelstädte und am leichtesten werde natürlich die der kleinen Städte und des platten Landes sein. Der Präsident will auch nicht unausgesprochen lassen, daß nicht mit harter Hand rauhe Eingriffe in die Produktion und alle Konsumgebiete am Platze seien. Man dürfe nicht vergessen, daß die Produktion nicht Selbstzweck sei, sondern nur dazu dienen müsse, die Konsumenten zu versorgen, aber man dürfe auch nicht vergessen, daß man die Produktion nicht durch rauhe Eingriffe stören dürfe. Wenn der Bauer die Kuh, die Milch geben soll, nicht ordentlich füttere, werde er vergeblich auf großen Milchertrag hoffen, und wenn er dieselbe Kuh beim Melken mit dem Schemel stoße, dann werde er auch nicht die Produktion fördern. Andererseits müßten auch die Verbraucherkreise darauf hingewiesen werden, daß den nun einmal bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen ist und daß die Verbraucher die aus diesen Verhältnissen entstandenen Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten nicht ohne weiters auf die Schuld der Produzenten schieben dürften. Selbstverständlich hänge vom

Ausfall der Ernte

die größere oder geringere Schwierigkeit der Versorgung ab. Man solle nicht vergessen, daß die schlechte Ernte von 1914 und die noch schlechtere von 1915 die Ursache all der vielen Mißstände sei, die wir heute beklagen. Der Redner wies dann auf die Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von vorgestern über die Ernteausfälle im Vergleich zu 1913 hin und schloß damit, daß er, um seine Ziele zu erreichen, wahrscheinlich Geld nötig haben werde, er bitte den Ausschuß schon jetzt, den etwaigen Anforderungen wohlwollend gegenübertreten zu wollen. Als Oberprä-

Vossische Zeitung

27. IV. 1916

Die erste Sitzung des Kriegs-Ernährungsamtes.

Amtlich durch W. T. B.

Gestern nachmittag hat die erste Vorstandssitzung des neuen Kriegsernährungsamtes stattgefunden. Zum Vorstande gehören außer dem Präsidenten von Batocki der Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium Freiherr v. Falckenhausen, der Chef des Feldeisenbahnwesens Generalmajor Gröner, der königlich bayerische Ministerialrat Edler v. Braun, der Kommerzienrat und Generalkonsul Manasse aus Stettin, der Generalsekretär Stegerwald aus Köln, Dr. Müller aus Hamburg, der Kommerzienrat Dr. M. Reusch, Gute-Hoffnungs-Hütte Oberhausen, und der Oberbürgermeister Dr. Dehne aus Plauen.

Es wurde in der Sitzung die Geschäftsordnung des neuen Amtes festgestellt und eine Reihe der dringendsten Fragen der Lebensmittelversorgung beraten. Es wurde insbesondere die Frage der Ausfuhrverbote, wie sie in den verschiedenen Bundesstaaten und Landesstellen bestehen, besprochen und eine einheitliche Behandlung dieser Angelegenheit in Angriff genommen. In den beiden nächsten Wochen werden in umfangreicher Weise Verhandlungen mit Vertretern aus dem Kreise der Landwirtschaft, der Industrie, den von Konsumentenorganisationen und vom Handel mit großen Städten stattfinden, um die Wünsche und Bedürfnisse der betreffenden Kreise kennen zu lernen. Eingehender wurde weiterhin die Frage der Massenernährung in den großen Städten beraten. Am Dienstag der nächsten Woche wird der Vorstand erneut zusammentreten.

Wir haben in der heutigen Morgenausgabe die Namen der Männer veröffentlicht, die als Mitarbeiter des Präsidenten v. Batocki in den Vorstand des Kriegsernährugnsamtes berufen worden sind. Sie entstammen, wie es der Sachlage nach geboten war, den verschiedenen Gewerbszweigen, aber auch, was anerkannt werden soll, allen Parteirichtungen. Neben dem konservativen Leiter des Amtes der Sozialdemokrat Müller und der dem Zentrum nahestehende Gewerkschaftsführer Stegerwald, ferner als Vertreter des Bürgertums Kommerzienräte Reusch und Generalkonsul Manasse, neben den Staatsbeamten auch das Oberhaupt einer Großstadt, der Oberbürgermeister Dr. Dehne. Wie es sich bei dem Charakter des Reiches als Föderativstaat von selbst versteht, sind mehrere Bundesstaaten, aber auch verschiedene Provinzen Preußens in dem Amt vertreten, so der Bayer Edler v. Braun, der Württemberger Generalmajor Gröner, der Sachse Dr. Dehne und der Hanseate Müller. Auffällig ist nur, daß Berlin übergangen worden ist.

Ueber den Lebenslauf der auf so verantwortliche Stellungen berufenen Persönlichkeiten sei folgendes bemerkt:

Die politisch interessanteste Berufung ist wohl unstreitig diejenige des Herrn Dr. August Müller aus Hamburg. Mit Dr. August Müller zieht der erste organisierte Sozialdemokrat in ein hohes Reichsamt ein. Wenn die Vorstandsmitglieder des Kriegsernährungsamts, wie wir hören, auch keine direkten Beamtenstellungen innehaben, sondern mehr Gutachter sein sollen und etwa die Stellung, die ein Aufsichtsrat bei Aktiengesellschaften hat, bekleiden sollen, so bedeutet dost die Berufung in diese hohe Reichsstelle einen völligen Bruch mit der bisherigen Ueberlieferung. So ungewöhnlich die Berufung, so ungewöhnlich ist auch die Persönlichkeit und der Entwicklungsgang Dr. Müllers. Er stammt aus kleinen Handwerkerkreisen und hatte selbst das Gärtnerhandwerk erlernt, sich aber in jungen Jahren schon selbständig wissenschaftlich fortgebildet. Er hat dann mehrere Jahre in der Schweiz studiert und an der Züricher Universität mit einer Schrift über die Arbeitersekretariate seinen Doktor gemacht. Jahrelang war er dann Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Magdeburg, die er in revisionistischem Sinne, immer hauptsächlich praktische Ziele der Gegenwartspolitik verfolgend, redigierte. Seit etwa zehn Jahren ist er im Zentralsekretariat der deutschen Konsumvereine tätig. Er gehört auch dem Vorstand der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, der Zentralstelle für die der sozialdemokratischen Partei nahestehenden Konsumvereine und ge-

Tägliche Rundschau 27. 10. 1916

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte gestern die Erörterung über die Ernährungsfragen fort.

Ein Fortschrittler glaubte, die Nachprüfung der Kartoffelvorräte werde noch einen höheren Bestand ergeben. Er wünschte verminderte Verwendung der Kartoffeln zur Verfütterung, dagegen vermehrte Verwendung zur Brotstreckung. Ein konservativer Redner erwiderte, nicht alle Sorten der Kartoffeln eigneten sich zur menschlichen Ernährung, die dazu ungeeigneten müßten zur Verfütterung freigegeben werden. Ein sozialdemokratischer Redner klagte über ungleiche Verteilung von Kartoffeln. So habe die Stadt Halle einen solchen Ueberfluß an Kartoffeln, daß die Bevölkerung zur Abnahme aufgefordert werden mußte. Zur Spiritusbereitung seien zu viel Kartoffeln verwendet worden. Er betrachte das neue, in die Hände privater Interessenten gelegte Spiritusmonopol mit staatlichen Machtmitteln mißtrauisch.

Ministerialdirektor Frhr. v. Stein erwiderte, man solle einer Stadt daraus doch keinen Vorwurf machen, wenn sie sich gut mit Kartoffeln versorgt habe; die Kartoffeln, die von den Einwohnern nicht abgenommen würden, könnten sehr wohl anderwärts untergebracht werden.

Auf die Frage, ob für technische Zwecke genügend Spiritus vorhanden sei, erwiderte ein Regierungsvertreter, durch die Erhöhung der Spirituspreise sei die Spirituserzeugung angeregt worden, so daß im April ein Ueberschuß von acht Millionen Litern zu verzeichnen war. Bis Oktober würden etwa hundert Millionen Liter in Frage kommen. Zur Spiritusbereitung würde etwa eine Million Melasse freigegeben werden, aus der etwa elf Millionen Liter gewonnen würden. So bestehe die begründete Aussicht, daß nicht nur der Heeresbedarf, sondern auch der Bedarf für technische Zwecke gedeckt werden können. Eine Freigabe des Spiritus für Trinkbranntwein sei in diesem Sommer nicht beabsichtigt. Zum Betrieb landwirtschaftlicher Motoren stehe Benzol zur Verfügung, der in großen Mengen erzeugt werde.

Ein konservativer Redner wünschte Beschränkung der Erörterungen auf die Maßnahmen, die für das Durchhalten in den Sommermonaten nötig seien. Die Spirituszentrale habe Anerkennenswertes geleistet; als Sachverständige könnten nur Interessenten in Frage kommen, die allein mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut wären. Ein nationalliberaler Redner wünschte Aufhebung der Höchstpreise für Frühkartoffeln, da bei den zu niedrig angesetzten Preisen die Frühkartoffeln nicht rechtzeitig auf den Markt kommen würden.

Sodann wurde

die Frage der Fleischversorgung

erörtert. Ein Redner der Konservativen betonte, während man hinsichtlich der Kartoffeln über den Berg sei, mache die Fleischversorgung große Schwierigkeiten. Der 19,9 Millionen betragende Rindviehbestand, ermittelt bei der Zählung am 15. April, sei inzwischen um 432 000 Stück zurückgegangen, der Schweinebestand um 23 v. H. Es ergebe sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, den Fleischverbrauch einzuschränken. Den Gefangenen werde heute noch eine höhere Ration zugeführt als der einheimischen Bevölkerung. Die Vorräte in den Magazinen und dem Handel an Konserven, Rauchfleisch usw. müßten herausgeholt werden. Das Hausschlachtungsverbot sei unzweckmäßig, weil der kleine Mann und Bauer von der Aufzucht abgehalten werde und schließlich für sich selbst nichts mehr habe. Dagegen sei nichts einzuwenden, wenn die Hausschlachtungen unter scharfe Aufsicht gestellt würden. Von der Zweckmäßigkeit der Festsetzung von Höchstpreisen für Ferkel könne er sich nicht überzeugen.

Ein nationalliberaler Redner hielt das Ergebnis der Schweinezählung für betrüblich, die Aussichten für den Herbst und Winter wenig günstig. Ein Teil der Schuld an diesem Zustande liege in der Preispolitik. Es müsse an die Bereitung von Massenkost für die breiten Volksschichten gedacht werden, dafür angeforderte Mittel müsse der Reichstag bewilligen. Die ungeheuer hohen Ferkelpreise forderten zur Festsetzung von Höchstpreisen geradezu heraus. Die Vorratsstatistik sei ungenügend, weil sie die Vorräte in den Haushaltungen nicht erfaßt. Das Hausschlachtungsverbot halte er für bedenklich. Die Fleisch- und Viehpreise seien durch den Gewinn der Zwischenhändler in die Höhe getrieben worden. Die Militärverwaltung und die Landwirtschaftskammer in Ostpreußen hätte je 3 v. H. vom Kaufwert den Einkäufern gezahlt, das sei viel zu viel.

Ein Fortschrittler wünschte, das neue Ernährungsamt solle alle Nahrungsmittel beschlagnahmen, damit nicht Private, Gemeinden, die Militärverwaltung usw. gegenseitig in Wettbewerb träten und die Preise in die Höhe treiben könnten zum Schaden des Reichs und der Bevölkerung. Für Süßwasserfische sei eine Erhöhung der Höchstpreise angezeigt, die Festsetzung von Höchstpreisen für Seefische sei aber ein zweischneidiges Schwert. Das Hausschlachtungsverbot solle aufgehoben, die Schlachtungen aber überwacht und meldepflichtig gemacht werden. Es sei Raubbau, wenn die Militärverwaltung dabei bleibe, für die Soldaten dieselbe Rindfleischration zu geben wie bisher.

Ein Regierungsvertreter äußerte sich über die

Entwicklung der Schweinehaltung.

Die Aussichten dafür seien nicht ungünstig. Die Zahl der Zuchtsauen im Alter von ½ bis zu einem Jahre in Preußen sei um 38 v. H. gestiegen, gegenüber einer Abnahme von 15 v. H. alter Sauen. Es werde also auch in Zukunft mit einer starken Zunahme der Ferkelerzeugung zu rechnen sein. Ein Hausschlachtungsverbot sei allgemein nicht ergangen. Demnächst werde in Preußen durch eine ministerielle Verordnung allgemein die Genehmigungspflicht für Hausschlachtungen angeordnet. Die Kälberaufzucht solle durch ein Verbot der Abschlachtung um die Hälfte gegen früher gefördert werden. Die Mästungsverträge würden fortgesetzt und Futtermittel nach Möglichkeit beschafft. Die Provisionsgebühren für Händler betrügen 3½ v. H. und mehr, die Kosten der Sammelstellen etwa 2 v. H.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter teilte mit, nach den ihm gewordenen Nachrichten würden Vergütungen bis zu 15 v. H. an die Händler bezahlt, viel mehr als zu Friedenszeiten; manche Händler hätten Verdienste von 7000 bis 8000 M. wöchentlich. Dagegen müsse eingeschritten werden. Für Ferkel sollten Höchstpreise von 30 bis 40 M. festgesetzt werden. Dem Kettenhandel mit Fleisch und Fleischwaren müsse entschieden entgegengetreten werden; daß durch amtliche Hemmungen Fleisch dem Verderben ausgesetzt worden sei, habe man kürzlich in Berlin erleben müssen. Allen jenen, die Lebensmittel zurückhielten, müßten unter Bestrafung die Waren ohne Entgelt abgenommen werden. Gewisse Waren sollten durch die Verbrauchsgenossenschaften an die Käufer übermittelt werden.

Ein Vertreter der Militärverwaltung sprach zunächst über die Gefangenenbeköstigung. Er teilte weiter mit, Jungvieh werde nach Möglichkeit auf die Weiden der besetzten Gebiete gebracht, Schweinemästung werde bei der Truppe stark betrieben und gefördert. Auf die Vieh- und Fleischknappheit nehme die Heeresverwaltung entsprechende Rücksicht. An Rindfleisch könne nicht gespart werden wegen Mangels an Schweinefleisch. Trotz Abminderung sei es möglich gewesen, in Kalorien ausgedrückt den bisherigen Ernährungsstand aufrechtzuerhalten. Klagen kämen immer, wie auch Küche und Verpflegung sein mögen; das Feldheer sei aber so verpflegt, daß begründete Klagen nicht vorgebracht werden könnten. Ein Regierungsvertreter sprach über die Versorgung mit Seefischen. Gegen die Preistreiberei in Fischen sei eine Organisation geschaffen, die in Verbindung mit den örtlichen Preisprüfungsstellen arbeitet.

Ein Mitglied des Zentrums wünschte die Verteuerung der Seefische durch den Zwischenhandel möglichst zu unterbinden und, wie für Süßwasserfische, Höchstpreise festzusetzen. Die Versorgung Süddeutschlands mit Fischen lasse zu wünschen übrig. Die großen Bestände an Vieh seien nicht rechtzeitig in Bewirtschaftung genommen worden. Trotz aller Warnungen sei rücksichtslos aus dem Vollen gewirtschaftet worden; als endlich durch Verordnungen Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden seien, sei bereits unberechenbarer Schaden für unsere Volkswirtschaft zugunsten Weniger eingetreten. Durch die zu starke Abschlachtung von Rindern werde die Milcherzeugung verringert. In Bayern seien in einem Vierteljahre Ochsen und Bullen um 12 v. H. zurückgegangen, mehr als in anderen Bundesstaaten; ähnlich sei es mit Schweinen. Durch Schonung der Bestände müsse hier wieder ein richtiges Verhältnis hergestellt werden. An der Front könne nicht gespart werden, wohl aber hinter der Front und bei den Gefangenen. Die Verbrauchsregelung durch Fleischkarten sei viel zu spät erfolgt. Der schwerarbeitenden Bevölkerung sollte man möglichst entgegenkommen, auch bei der Fleischversorgung

Auf

Angriffe gegen die Zentraleinkaufsgesellschaft

bemerkte ein Regierungsvertreter, daß sie gewisse Zwischenhändler zurückgewiesen habe, um die Zentralisierung auch wirklich durchzuführen und die Uebersicht über den Markt zu behalten. Von diesen Zurückgewiesenen kämen die meisten Klagen, die aus offensichtlichen Gründen vorsichtig aufgenommen werden sollten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter glaubte, daß die Uebertreibung des Zentralisierungsprinzips zu Schädigungen der Verbraucher führe. Auf dem Berliner Viehmarkt kämen mit Bezugsscheinen Durchstechereien vor. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion wünschte, daß den Feldtruppen genügend Fleisch zugeführt werde, vielleicht unter Anrechnung des in einzelnen Gebieten zum Abschuß gelangenden Wildes. Der Verkauf von Fleisch an Vorabenden fleischloser Tage solle eingestellt werden. Das Genehmigungsgebot bei Hausschlachtungen halte er für keinen Vorzug gegenüber dem jetzigen Verfahren. Höchstpreise für Ferkel jetzt nachträglich einzuführen, erscheine nicht ratsam. Bei der Heeresverwaltung werde mit dem Vieh nicht in der nötigen sorgsamen Weise vorgegangen. Hier müßten die Intendanturen entsprechende Weisungen erhalten.

Ein Regierungsvertreter bemerkte vorgebrachten Klagen gegenüber, daß die Beschlagnahme von Milchvieh und hochtragenden Kühen nicht den Absichten der Landeszentralbehörden entspreche. Es seien entsprechende Anweisungen ergangen. Das Arbeitsvieh müsse den Besitzern belassen werden.

Ein Zentrumsredner beklagte, daß nicht immer demgemäß verfahren werde. Die Konservenindustrie habe rücksichtslos Milch und trächtiges Vieh an sich gebracht und hingeschlachtet. Die Heeresverwaltung trage hierfür einen Teil der Schuld. Es müsse erwogen werden, inwieweit die Konservenbestände für die Zivilbevölkerung nutzbar gemacht werden könnten. Ueberhaupt sei es zum planmäßigen Vorgehen bei Regelung der Ernährungsfrage nötig, zu wissen, was vorhanden und was im Monat notwendig sei. Er stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der eigentliche Handel im Inland ausgeschaltet und der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher möglichst gekürzt werde. Anders lägen die Verhältnisse im Verkehr mit dem Auslande. Redner bemängelte in dieser Hinsicht die Zentral-Einkaufsgesellschaft und die Roheinkaufsstelle der Heeresverwaltung. Es werde vielleicht angezeigt sein, einen besonderen Ausschuß zur Untersuchung dieser Verhältnisse zu bilden.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärte, er habe sich mit den Einzelheiten der Zentral-Einkaufsgesellschaft noch nicht beschäftigen können. Aber bei dem Aufbau des Systems, nach dem diese Gesellschaft arbeite, habe er in seiner Eigenschaft als Leiter der Finanzverwaltung mitzuwirken Gelegenheit gehabt, und dieses System scheine ihm das richtige zu sein. Beim Einkauf von Getreide in Rumänien habe anfangs der Handel völlig freie Hand gehabt, aber trotz hoher Aufwendungen und Spesen die Versorgung Deutschlands nur in unzureichender Weise betätigen können. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft habe zweifellos eine wesentliche Besserung herbeigeführt. Die Frage der Valuta habe bei der Versorgung mit Lebensmitteln niemals eine Rolle gespielt, die Einfuhr von Lebensmitteln sei durch die Valuta-Rücksichten niemals behindert worden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter klagte über geringe Anlieferung von Schweinen nach Berlin. Händler und Landwirte steckten unter einer Decke zu ungunsten der Verbraucher. Fleischkarten könnten erst eingeführt werden, wenn man wisse, welche Menge Fleisch vorhanden sei. Die Viehhandelsverbände hätten sich bis jetzt nicht bewährt. Die verschiedenen Höchstpreise müssen in organischen Zusammenhang gebracht werden. Daß man die Bestandsaufnahme nicht auch bei wohlhabenden Familien durchgeführt habe, sei deshalb bedauerlich, weil die Vorratsstatistik dadurch unvollkommen sei. Ein nationalliberaler Abgeordneter glaubte, daß die Fleischerzeugung nach der Heuernte und Bereitstellung von Futtermitteln sich steigern werde. Die viehlose Wirtschaft müsse bekämpft, jedenfalls müßten die Besitzer zur Abgabe des Futters gezwungen werden.

Ein Regierungsvertreter äußerte sich über die Viehhandelsverbände, die nicht immer hätten erfüllen können, was man von ihnen erwartet habe, so die Beschaffung von Schlachtvieh für Berlin in ausreichender Menge. In Preußen werde die Vieh- bzw. Fleischmenge von der Zentralstelle nicht mehr an die Gemeindeverbände, sondern den Provinzen zur Verteilung an diese

Tägliche Rundschau

27. 10. 1916

Organisation in England und Deutschland.

Es liegt aus zwei Gründen im englischen Interesse, gewisse Schwierigkeiten und Mängel unserer Lebensmittelorganisation als möglichst schwarz zu schildern. Einmal soll damit der Beweis von der erlahmenden Widerstandsfähigkeit Deutschlands erbracht werden, und zwar nicht nur zur Ermunterung des englischen Volkes, sondern auch vor allem zur Beeinflussung des neutralen Auslandes. Zweitens aber soll eine Darstellung organisatorischer „Fehlschläge" in Deutschland dazu dienen, den anscheinend wachsenden Unwillen gegen die englische Organisationslosigkeit zu dämpfen oder abzuleiten. Es ist also gar nicht verwunderlich, wenn die Engländer alles tun, um die Leistungen unserer kriegswirtschaftlichen Organisation herabzusetzen. Sehr verwunderlich aber ist es, daß ein Mann wie Professor W. J. Ashley, ein angesehener Nationalökonom, seine Feder zu diesen Entstellungsversuchen hergibt. Professor Ashley hat in Friedenszeiten zu den Bewunderern Deutschlands gehört, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil er als volkswirtschaftlicher Gegner des manchesterlichen Liberalismus die Musterhaftigkeit deutscher Organisation bewunderte und als Wirtschaftshistoriker denjenigen Gelehrten in Deutschland nahestand, welche, wie Gustav v. Schmoller, die deutsche Organisationskraft auf die Traditionen des alten preußischen Beamtenstaates mitzurückführten. In einem längerem Aufsatz der „Times" vom 15. Mai 1916 versucht nun Professor Ashley nachzuweisen, daß die englische Volksernährung im Kriege so gut wie nichts zu wünschen übrig lasse, während die deutsche Nahrungsmittelversorgung infolge der Fehlschläge organisatorischer Art den bedenklichsten Zeiten entgegengehe.

Was die erste Behauptung Ashleys angeht, die er übrigens in keiner Weise durch Tatsachen zu belegen versucht, so stützt er sich vor allen Dingen auf das Argument, daß zwar die Lebensmittelpreise in England beträchtlich gestiegen seien, andere Ausgaben des Arbeiters dagegen nicht. Hier können wir ihm mit den Worten desselben Blattes, in welchem er seinen Aufsatz veröffentlicht, nämlich der „Times" vom 9. Mai, erwidern; dort hieß es nämlich: „Unendlich viele andere Waren sind teurer geworden — einzelne von ihnen haben ihren Preis in den letzten 12 Monaten verdoppelt, von der Marmelade zur Hauswäsche, vom Sodawasser bis zum Spiritus, so daß die Ausgaben einer Familie, selbst wenn man die Ersetzung vieler Waren durch solche schlechterer Qualität mit in Betracht zieht, sicherlich 10 v. H. seit letztem Herbst gestiegen sind". Was diese Entwicklung für Folgen hat, zeigt eine Angabe des „New Statesman" vom 6. Mai, wonach die Kaufkraft eines Pfunds Sterling vor zwei Jahren heute einer Kaufkraft von nur 11 Schill. 2 Pence entspricht. Für wöchentlich 5 Schill., welche der Staat den Altersrentnern gewähre, könnten diese nur noch Nahrungsmittel im damaligen Werte von 2 Schill. 11 Pence einkaufen. Wenn Professor Ashley hervorhebt, daß die Kleidung in England nicht teurer geworden sei, dabei aber völlig verschweigt, daß Brot, Mehl, Milch, Zucker, Kartoffeln, Fische und Gemüse über 100 v. H., teilweise bis zu 300 v. H. gegenüber Friedenszeiten im Preise gestiegen sind, so ist doch zu sagen, daß die ärmere Bevölkerung in der relativen Billigkeit der Bekleidung, welche Einschränkung und Sparsamkeit zuläßt, für diese Preissteigerungen überhaupt keinen Ersatz zu finden vermag, zumal da die Löhne in England auch nicht annähernd im Verhältnis zu den Nahrungsmittelpreisen gestiegen sind.

Wenn Professor Ashley hervorhebt, daß die Getreideversorgung Englands nur um ein Geringes hinter der normalen zurückbliebe, so sei es gestattet, ihn auf Seite 15 derselben Nummer der „Times", in welcher sein Artikel abgedruckt ist, zu verweisen; man könnte nämlich meinen, daß angesichts der von ihm angegebenen Ziffern der Getreideeinfuhr und Getreideernte auch die Preisverhältnisse, auf welche es doch in erster Linie den englischen Verbrauchern ankommen muß, durchaus normal sein müßten. Demgegenüber kann ein jeder aus der angegebenen Stelle der „Times" ersehen, daß heute Weizen an der Londoner Börse 60 bis 63 Schill. per Quarter (217,8 Kg.) kostet, während in der gleichen Zeit des Jahres 1913 der Preis für englischen Weizen 32 Schill. 10 Pence betrug, daß der Durchschnittspreis von Gerste in England in der am 13. Mai ablaufenden Woche 53 Schill. 5 Pence betrug gegenüber 25 Schill. 4 Pence in der gleichen Woche des Jahres 1913; ebenso haben sich, was hier

Die Ernährungsfrage im Reichshaushaltsausschuß.

N Berlin, 26. Mai. (Priv.-Tel.)

Der Reichshaushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Ernährungsfragen fort. Ein volksparteilicher Redner führte aus, daß nach der Bekanntmachung vom 15. April die Verfütterung von Kartoffeln erlaubt oder verboten werden könne. Jetzt sollte die Verfütterung verboten und alle verfügbaren Bestände der menschlichen Ernährung zugeführt eventl. zur Herstellung von Flocken oder Mehl verwandt werden.

Ein konservativer Abgeordneter erklärte, daß sich nicht alle Kartoffeln zur menschlichen Ernährung eigneten. Der Redner machte längere Ausführungen, um die Berechtigung der Preisdifferenzen zu begründen. Die Hefebrenner hätten die Hefepreise in die Höhe gesetzt, weil der Spiritus die Kosten nicht deckte. Wenn sie jetzt Preiserhöhung für Spiritus verlangten, so müßte der Hefepreis herabgesetzt werden.

Ein Sozialdemokrat klagte über die ungleichmäßige

Versorgung mit Kartoffeln.

In München z. B. sollen die Einwohner sich für sechs Wochen im Voraus versorgen. Die Gemeinden wurden aufgefordert, bis 1. Mai endgültig ihren Bedarf anzumelden. Bis jetzt wissen sie aber nicht, wieviel sie bekommen werden. Die überraschende Erhöhung der Kartoffelpreise härte Verwirrung gebracht. Es seien Kartoffeln zurückgehalten worden. Die betreffenden Kreise hatten Ahnungen, die sich wohl dadurch erklären, daß die Sachverständigen, die die Regierung beraten, zugleich Interessenten seien.

Unterstaatssekretär v. Stein betont, es seien ausreichend Kartoffeln vorhanden, aber kein Ueberfluß. Ein andeeer Regierungsvertreter führte aus, im Winter habe die Sorge bestanden, daß für die Brennereien nicht genügend Kartoffeln wegen zu starker Verfütterung vorhanden sein würden. Aus diesem Grunde erfolgte die Preiserhöhung, die den erwünschten Erfolg gehabt habe. Wir würden nicht nur den Heeresbedarf, sondern auch den der Fabriken, Apotheken, Lazarette usw. decken können, und auch für Beleuchtungszwecke werde ein erhebliches Quantum vorhanden sein. Ob Kartoffelbranntwein freigegeben werden könne, stehe nicht fest. Die vorhandenen Kartoffelbranntweinvorräte reichten zur Versorgung des Heeres aus. Ein Verfütterungsverbot für Kartoffeln sei bereits erlassen.

Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß selbstverständlich ein

fester Plan für die Spiritusverwertung

und Verteilung aufgestellt werden müsse. Die landwirtschaftlichen Motoren sollten statt mit Sprit mit Benzin geheizt werden. Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter sollten sich bereit finden, in dieser knappen Zeit auf den Genuß von Branntwein auch während der Ernte zu verzichten. Bevorzugungen oder Benachteiligungen von Außenseitern fänden nicht statt.

Ein konservativer Redner betonte, denjenigen Wirtschaften, die nichts anderes zum Füttern haben als Kartoffeln, müsse man solche lassen. Der Spiritus müsse dort verwandt werden, wo er am nötigsten sei, zuerst für das Heer und dann für die landwirtschaftlichen Motoren.

Ein nationalliberaler Abgeordneter wünschte Aufhebung der Höchstpreise für Frühkartoffeln.

Ein Sozialdemokrat verlangte eine Aenderung des Spiritusgesetzes, um die Rückstände der Zellstoffabriken nutzbar zu machen.

Ein Regierungsvertreter betonte, daß Melasse möglichst zur Spiritusbrennerei verwendet werden soll. Die Herstellung von Spiritus aus den Rückständen der Strohkraftfutterfabriken, aus Holz, weiter von Zucker aus Holz werde zum Herbste möglich sein.

Ein volksparteilicher Abgeordneter wandte sich gegen die Methode der Spirituszentrale, die Produktionskosten der einzelnen Betriebe nachzuprüfen und danach Preise zu zahlen. Man sollte lieber die Hefepreise herabsetzen. Ein Konservativer protestierte dagegen und forderte Schutz der landwirtschaftlichen Brennereien, um die Kultur der leichten Böden aufrecht zu erhalten. Ein Sozialdemokrat begrüßte es, daß die Regierung endlich daran gehe, auch andere Stoffe als Kartoffeln zur Spiritusfabrikation zu verwerten.

Die Erörterung wandte sich darauf der

Viehhaltung

zu. Der Berichterstatter teilte mit, daß der Rindviehbestand um 2.1 Prozent seit dem 1. Dezember 1915 zurückgegangen, und daß der Rückgang am größten beim Nutzvieh sei. Der Kälberbestand sei um 41 Prozent gewachsen. Bei den Schweinen ist ein Rückgang um 22 Prozent, bei den Ferkeln ein Zuwachs zu verzeichnen. Zunächst bedeutet das eine Besserung der Versorgung mit Schweinefleisch nach Verlauf von dreiviertel Jahren. Beim Rindvieh werde diese Frist noch länger dauern. Für die nächste Zukunft ist daher möglichste Einschränkung des Verbrauchs geboten. Beim Heere haben Einschränkungen stattgefunden, dagegen bei den Gefangenen nicht in dem Maße wie bei der Zivilbevölkerung. Jetzt sollten die Vorräte an Dauerwaren und Konserven verbraucht werden. Das Hausschlachtverbot wird angegriffen. Man dürfe nicht vergessen, daß der kleine Mann für das ganze Jahr einschlachte.

Ein konservativer Redner wünschte, daß das Verbot ersetzt wird durch Ueberwachung der Hausschlachtungen. Höchstpreise für Ferkel seien nicht zweckmäßig. Die Reichsfleischkarte werde, wie er fürchte, den erwarteten Erfolg nicht haben.

Ein Nationalliberaler meinte, daß der Vergleich der Bestände vom 1. Dezember 1915 und 15. April 1916 hinke. Man muß den 15. April 1915 zum Vergleich heranziehen. Wir stünden um etwa 8 Millionen ungünstiger da als vor Jahresfrist. Die Höchstpreise für Schweine trügen daran die Schuld. Mit dem Rindvieh stehe es günstiger. In nächster Zukunft würden die Vorräte knapper sein. Eine Besserung wäre herbeizuführen durch Massenspeisung und Einführung fahrbarer Küchen. Dazu sollten Mittel bewilligt werden. Schon viel früher hätte man Ferkelhöchstpreise einführen sollen. Die jetzigen Phantasiepreise wirken abschreckend auf die Aufzucht. Bei der Bestandsaufnahme müßten auch die Privathaushaltungen einbezogen werden, sonst entstehe kein richtiges Bild. Das Hausschlachtungsverbot sei verfehlt. Der Zwischenhändler und Aufkäufer habe vielfach zu viel verdient. In Ostpreußen hätten sie von der Militärverwaltung 8 Prozent und von der Landwirtschaftskammer ebensoviel erhalten also 6 Prozent, an anderen Orten jedoch 5 Prozent. An Weidegeld werde von der Militärverwaltung für Erhaltungsfutter 1.15 Mk. bezahlt pro Haupt und Tag. An anderen Orten wieder nur 38 Pfennig. Darüber wird Auskunft erbeten.

Ein volksparteilicher Abgeordneter, der dem Kaufmannsberuf angehört, war der Meinung, daß alle Nahrungsmittel, auch die aus dem Auslande, schon längst hätten beschlagnahmt werden sollen, um Preistreibereien zu verhindern. Die Z. E. G. und die Heeresverwaltung hätten einander gegenseitig die Preise getrieben. Für Wild und Fische mit Ausnahme von Seefischen sollten allgemein Höchstpreise festgesetzt werden. Man solle eine

staatliche Zuchtzentrale für Schweine

mit Prämiensystem einrichten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß für die Gegenwart die Aussichten für die Schweinezucht schlecht, für die Zukunft besser sind.

Die Zahl der Zuchtsauen ist günstig. Die jüngeren haben um 38 Prozent zugenommen. Ferkelhöchstpreise würden ungünstig wirken. Ein generelles Hausschlachtungsverbot sei nicht erlassen. In diesen Tagen werde das bestehende Verbot aufgehoben, aber die Hausschlachtungen genehmigungspflichtig gemacht werden. Dem übermäßigen Abschlachten der Kälber werde entgegengetreten werden. Die Militärbehörde habe ihre Ansprüche auf Schlachtung von Rindern bereits ermäßigt. An Provisionen für die Händler würden für Rinder 8 bis 8½ Prozent gewährt, bei Kälbern 6 bis 7 Prozent, bei Schweinen 4 bis 5 Prozent, für die Sammelstellen kommen eins bis zwei Prozent hinzu.

Ein Sozialdemokrat führte aus, daß über das Funktionieren der Viehhändlerverbände, das für die Fleischversorgung von größter Wichtigkeit sei, schwere Klagen vorliegen. Die Provisionen für die Vermittler seien vielfach zu hoch, besonders bei dem Weidevieh steigen sie bis 16 Prozent. notwendig sei eine sehr strenge Kontrolle. Aufreizend und erbitternd wirke es, daß man aus Spekulationsgründen Fleisch verderben lasse. Der sogenannte Kettenhandel spiele hierbei eine große Rolle.

Ein Zentrumsabgeordneter verlangt für den Fall der Einführung von Höchstpreisen für Süßwasserfische auch Höchstpreise für Seefische und tadelt die mangelhafte Bewirtschaftung des Fleisches. In Bayern sei der Rückgang an Vieh erheblich größer als in anderen Teilen des Reiches. Nur an Schafen sei der Zuwachs größer. Es müßte also zunächst Bayern entsprechend geschont werden. Die Kriegsgefangenen sollten ausreichend versorgt werden, aber nicht besser als unsere eigenen Arbeiter.

Ein Vertreter der Zentral-Einkaufsgesellschaft betont, es müsse der Grundsatz durchgeführt werden, daß nur ein Käufer auftrete, da sonst die Preise in die Höhe getrieben und doch keine größeren Mengen hereingebracht würden. Die Heringspreise seien allgemein gestiegen. In Norwegen sei eine Menge Heringe in festen Händen.

Der Redner der Deutschen Fraktion wünschte Verschärfung der Ueberwachung der Speisewirtschaften bei der Innehaltung der fleischlosen Tage.

General von Oven teilt mit, daß gegen Fahrlässigkeit und Rohheit bei Viehtransporten auf das schärfste eingeschritten werde

Ein Zentrumsabgeordneter erklärt, was zur Besserung der Versorgung in den zwei nächsten Monaten geschehen könne, sei beschränkt. Ganze Eisenbahnzüge von hochtragenden Kühen seien geschlachtet und in den Konservenfabriken verarbeitet worden. Der Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten müsse abgekürzt werden.

Der Staatssekretär erklärte, daß für die Zentral-Einkaufsgesellschaft Konzentration durchaus notwendig sei, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden solle; das sei durch die Erfahrungen erwiesen.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die vorhandenen Konserven zur Aufbesserung der Ernährung dienen sollen. Die Bestandserhebung über die Konserven werde etwa am 5. Juni abgeschlossen sein. Die Konserven sollten gegen vorhandene Fleischmengen angerechnet werden. Die Verdienste der Aufkäufer seien mit 8 Prozent nicht überhoch.

Ein Sozialdemokrat erklärte es für nicht rationell, bei knappem Futter zuviel Vieh zu halten. In der

Organisation des Viehhandels

stecke ein großer Fehler und zwar, weil die Verbindung zwischen Produzenten und Händlern ohne Aufsicht sei und weil die Gemeinden und die Konsumenten nicht vertreten seien. Die Viehpreise seien gegenüber den Kornpreisen zu hoch. Jeder Wirrwarr werde aufhören, sobald die Preise für Korn, Futter und Vieh in ein richtiges Verhältnis gebracht würden. Man müßte die allgemeine Fleischkarte einführen. Der Redner fragt, wie das Kriegsministerium an Wertheim Waggons von Fett liefern könne. Die Ueberspannung des Grundsatzes, den Einkauf in einer Hand zu behalten, führe zu Mißständen. Schon im Interesse ihres guten Rufes sollte die Landbevölkerung darauf bringen, daß auch bei ihr die Bestände aufgenommen würden.

Der Staatssekretär erklärte, es handle sich darum, den richtigen Weg zu finden, um möglichst viel hereinzubringen. Die Valutafrage habe nicht dazu geführt, auch nur in einem einzigen Falle die Einfuhr zu hindern oder zu verzögern.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die Schuld der mangelnden Fleischlieferung für die Großstädte nicht bei den Viehhandelsverbänden liege. Die Neuumlage für den 15. Juni bezw. den 1. Juli sei um 50 Prozent gekürzt. die aber durch Verbandschweine gedeckt werden könnten. Die Lieferung an Berlin hätte sich in der letzten Woche gebessert. Die früheren Schlachtungen gäben ein Bild des Bedarfs und würden als Unterlage der Verteilung bis in die Gemeinden benutzt. Jetzt würden den Regierungsbezirken oder Provinzen die Mengen zugewiesen, die sie dann nach dem Bedarf der einzelnen Bezirke zur Unterverteilung brächten. Außerdem verteile die Zentralstelle an Groß-Berlin, die Regierungsbezirke Oppeln, Arnsberg usw. eine kleinere Menge zur Aufbesserung.

Die Weiterberatung wurde darauf auf Samstag vormittag vertagt; vorher Feststellung des Berichts über die Kriegssteuer.

Neue Freie Presse
27./V. 1916

Die Vereinheitlichung des Lebensmittelverkehres in Oesterreich.

Von einem Fachmann.

Wien, 26. Mai.

Im Deutschen Reiche wurde ein besonderes Reichsamt für Ernährungsfragen geschaffen, das neben dem übrigen Verwaltungsapparat für die Vereinheitlichung der Approvisionierung sorgen wird. Dieser Stelle ist die Zusammenfassung aller Einrichtungen, die sich mit der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln befassen, unterstellt, und sie besitzt gleichzeitig auch das Recht der Exekutive, so daß alle Verwaltungsinstanzen ihre Anordnungen zu befolgen haben. Auch bei uns hat der Ausschuß des Komitees der Kriegsgetreideverkehrsanstalt empfohlen, eine besondere Zentralkommission für Volksernährung zu schaffen, in die neben Staatsbeamten auch sachverständige Persönlichkeiten des praktischen Wirtschaftslebens als ständige Mitglieder zu berufen wären. Es ist durchaus kein Zufall oder etwa nur der Wunsch, Einrichtungen des Deutschen Reiches nachzuahmen, die zur Stellung dieses Antrages geführt haben. In Deutschland und Oesterreich sind im Verlaufe von 23 Kriegsmonaten die gleichen Erfahrungen gemacht worden. Die Staatsverwaltungen in Deutschland und Oesterreich sind durch die Kriegsereignisse vor eine ganz neue Aufgabe gestellt worden.

Die Volksernährung, die in Friedenszeiten bei dem ungehemmten internationalen Verkehr sich durch die Tätigkeit des Handels vollziehen konnte, ist durch die Absperrung und die Unmöglichkeit, durch freie Handelstätigkeit die zur Ergänzung unseres Lebensmittelvorrates notwendigen Warenmengen aus dem Auslande zu beziehen, vor ganz neue Aufgaben gestellt worden, die vielfältiger Natur sind: Es gilt zunächst, eine Uebersicht über die im Inlande befindlichen Nahrungsmittel zu schaffen, eine Orientierung darüber zu erlangen, was zur Deckung des Bedarfes unbedingt notwendig ist, einen Verteilungsplan aufzustellen, die Verteilung zu organisieren, eventuell die Machtmittel des Staates dazu zu verwenden, Ueberschüsse aus den neutralen Staaten zu uns zu leiten, und schließlich dafür zu sorgen, daß nicht einzelne Kreise zu Lasten der konsumierenden Bevölkerung einen ungerechtfertigten Vorteil ziehen. Für diese Aufgaben mußten, wie bereits hervorgehoben, vollkommen neuartige Institutionen erst geschaffen werden, um dieselben zu erfüllen, und zahlreiche Erfahrungen gesammelt, um ein klagloses Funktionieren derselben zu ermöglichen. Man ist hiebei schrittweise vorgegangen und hat zunächst für jenes Gebiet Einrichtungen geschaffen, auf dem die Gefahr am drohendsten war, daß bei mangelnder Organisation eine Not entstehen könnte, welche durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht begründet war. So sind zunächst in Deutschland und auch bei uns Organisationen geschaffen worden, deren Aufgabe es war, die Getreidevorräte im Lande einheitlich zusammenzufassen, der Disposition einzelner zu entziehen und gleichzeitig bei Festsetzung unüberschreitbarer Höchstpreise die Verteilung durchzuführen. Die diesen Organisationen zugrunde liegende Absicht ist in beiden Reichen, sowohl in Deutschland wie in Oesterreich, bei Ueberwindung mancher auftauchenden Schwierigkeiten und vorübergehenden Stockungen auf einzelnen lokalen Gebieten vollkommen erreicht worden. Es war möglich, im ersten Kriegsjahre, in dem allerdings noch neben den Ergebnissen der Ernte 1914 Vorräte aus den Vorjahren zur Verfügung standen und zum Teil auch noch zum Kriegsbeginn ausländische Zufuhren durchgeführt werden konnten, durch einen streng geordneten Verteilungsprozeß und entsprechende Streckungsmaßnahmen den Mehl- und Brotbedarf der Bevölkerung zu decken, und auch in der laufenden Kampagne wird dieses Ziel erreicht werden.

Neue Freie Presse
30./V. 1916

Nr. 18596 Wien, Dienstag

der Erholung unserer seit vierzehn Tagen rastlos vo dringenden Truppen gewidmet sein dürfte.

Deutschlands Erfahrungen mit den Höchstpreisen.

Von **Georg Gothein.**
Mitglied des deutschen Reichstages.

Berlin, 27. Mai.

Deutschlands Erfahrungen mit den Höchstpreis können nicht als voll befriedigend bezeichnet werden. D Hoffnung, die man anfänglich hegte, damit allein ausz kommen, hat sich nicht verwirklicht. Man fing beim Br getreide damit an, freilich erst, nachdem die Preise bere eine ungewöhnliche Höhe erreicht hatten; man setzte Preise für die einzelnen Gegenden verschieden fest, und zu als Höchstpreise des Hauptortes jedes einzelnen Bezirk Da man aber weder Höchstpreise für Mehl noch für Kl festsetzte, noch solche für Futtermittel, so wurden die Höch preise umgangen; in Wirklichkeit waren es nicht einh Mindestpreise für den Produzenten. Bereits im Herbst 19 hatte ich deshalb gefordert, daß die wichtigsten Nahrun und Futtermittel in die Verwaltung des Reiches genomm würden, da mit Höchstpreisen allein nicht auszukommen Die Landwirte hielten mit dem Getreide zurück, teils v fütterten sie es, weil Futtermittel noch teurer als Brotgetre waren, teils forderten sie vom Müller die Ueberlassung Kleie, für welche ein sehr niedriger Höchstpreis festgeh war, teils verlangten sie eine exorbitante Sackmiete, t verkauften sie das Getreide nach Bezirken mit höhe Höchstpreisen; kurzum, es waren unhaltbare Zustände, nur durch Schaffung einer Reichsgetreidestelle, durch schlagnahme des zur Ernährung erforderlichen Getrei beseitigt werden konnten. Wollte man dem Konsumen den Vorteil der Höchstpreise zugute kommen lassen, so mu man schließlich auch Höchstpreise für Mehl und Brot f setzen. Erst dadurch kam dieser wirklich in den Genuß Höchstpreise, wurde die — wenn auch knappe — Versorg des Volkes mit Brot gesichert.

Noch unglücklicher erwiesen sich die Höchstpreise Kartoffeln. Im Interesse der billigen Volksernähr wurden sie im Verhältnis zu den Preisen der sonst Futtermittel zu niedrig angesetzt. Darüber hielten die La wirte zurück. Es kam dazu, daß es an einer auch nur h wegs brauchbaren Erntestatistik für Kartoffeln fehlte, darüber im Frühjahr 1915 die Angst ausbrach, die Schw könnten den Menschen alle Kartoffeln wegfressen. Nun f man gestaffelte Höchstpreise mit überaus hohen Reports jeden späteren halben Monat fest. Da zeigte sich, w kolossalen Vorräte noch vorhanden waren. Das Reich m sie übernehmen und vielfach mit großem Verlust zu Troc kartoffeln und Stärkemehl verarbeiten. Auch im näch Jahr, wo die Kartoffel feucht geerntet war, kam man Kartoffelhöchstpreisen nicht aus. Man mußte dazu überge die Landwirte zu verpflichten, einen Teil ihrer Ernte menschliche Ernährung abzugeben. Ohne den Zwang h ohne Beschlagnahme, beziehungsweise ohne das Recht d nützt kein Höchstpreis was.

Bei Zucker ging es ähnlich. Deutschland ist ei gewaltiges Zuckerexportland, daß man sich einbildete, Zuckerpreise würden gewaltig zurückgehen, wenn die fuhrmöglichkeit zum guten Teil abgeschnitten war. Das wenigstens die Meinung vieler Zuckerinteressenten und der Regierung. Ich habe bereits im Herbst 1914 dringendste davor gewarnt, bei der allgemeinen Knap an Nahrungsmitteln und dem Versuch Englands uns zuhungern, die unbegrenzte Ausfuhr dieses wich Nahrungsmittels zu gestatten. Man hat denn auch bald gesehen, daß wir den Zucker im Lande behalten und jedenfalls nur im Austausch gegen andere notwe Nahrungs- und Futtermittel hingeben mußten. Bald man zu Höchstpreisen, aber als die unglückliche Anord getroffen wurde, den Rübenbau einzuschränken, wurd Zucker auch in Deutschland knapp. Man kam mit den H Tee, Seife nur in beschränkten Mengen auf die Brotkarte abzugeben.

Auch bei Häuten, bei Leder blieb die bloße Festsetzung von Höchstpreisen ohne Erfolg. Man mußte den ganzen Handel damit organisieren.

Bei Kohle lag die Sache besonders schwierig, aber hier ist es gelungen, durch ein Zwangsgesetz für Fortdauer der Kohlensyndikate während der Kriegsdauer diese zu einer maßvollen Preispolitik zu nötigen. Das war um so eher möglich, als der preußische Fiskus und auch verschiedene andere Landesfiski selbst große Kohlenproduzenten sind.

Für Eisen hat man bisher keine Höchstpreise festgesetzt, und die Eisenpreise sind darüber in letzter Zeit bedenklich gestiegen. Man wird gewiß nicht verkennen dürfen, daß die Selbstkosten der Eisenwerke ebenfalls stark gewachsen sind, aber es wird doch zu prüfen sein, ob die jetzigen hohen Eisenpreise gerechtfertigt sind. Die hohen Dividenden fast sämtlicher Eisenwerke lassen begründete Zweifel darüber aufkommen.

Im Kleinhandel nützt kein Höchstpreis etwas, wenn der Kleinhändler nicht gezwungen ist, jedem Kunden zu verkaufen. Wenn man ihm nicht verbietet, die Abgabe einer mit Höchstpreis versehenen Ware davon abhängig zu machen, daß der Käufer gleichzeitig eine andere Ware ohne Höchstpreis nehmen muß, an welcher der Kaufmann ein glänzendes Geschäft macht. Richterliche Urteile haben neuerdings festgestellt, daß der Kaufmann nicht bloß seine alte Kundschaft befriedigen, sondern jedermann Ware abgeben muß, und daß er die Abgabe nicht an Bedingungen knüpfen darf. Das erstere ist für den Kaufmann, der sich seine alte Kundschaft erhalten will, natürlich höchst lästig. Es ist besonders schlimm bei Waren, die nicht in genügender Menge vorhanden sind, um sie selbst auf die Karte hin zu beziehen; ganz besonders schlimm für die Kreise des Mittelstandes, die nicht die Zeit haben, stundenlang vor den Läden zu warten, und die nicht die Mittel haben, sich jemanden zu mieten, der dieses zeitraubende Geschäft für sie besorgt.

Die Erfahrungen in Deutschland haben gezeigt, daß mit Höchstpreisen allein nicht auszukommen ist, daß neben ihnen her die Beschlagnahme der Ware, ihre Weiterverteilung an den Handel und die Kontingentierung des Absatzes an den einzelnen Konsumenten gehen muß. Auch da ergeben sich noch viele Mißstände, die sich aber allmählich werden beseitigen lassen. Der beste Helfer in der Not wird aber die glänzende Getreide-, Rauhfutter-, Hackfrucht- und Obsternte sein, die in kaum je dagewesener Fülle unter bisher äußerst günstigem Wetter heranreift.

Englands Erwägungen.

Von **Conrad Haußmann.**
Mitglied des deutschen Reichstages.

Berlin, 27. Mai.

Während noch die Kanonen laut das Wort führen und Oesterreich-Ungarn in siegreichem Ansturm Italien über die Grenze zurücktreibt, haben die Minister in London gedämpft zu reden begonnen. Zuerst, am 5. April 1916, Bethmann Hollweg, am 10. April Asquith und am gleichen Tage Grey in einem erst einen Monat hernach veröffentlichten Interview. Asquith, der inzwischen die Dumaabgeordneten von den Vorteilen unterhalten hat, die er ihnen in Vorderasien zuwenden will, hat das Interview von Grey im Mai durch Reuter verbreiten lassen. Zwischenhinein haben die „Westminster Gazette" und die „Nation", zwei seriöse englische Blätter, sich über die Friedensfrage nachdenklich geäußert.

Neuerlich hat Balfour die Amerikaner apostrophiert. Am 19. Mai hat Wilson die Frage der Friedensvermittlung für zeitgemäß erklärt und am 22. Mai hat Bethmann Hollweg auf Greys Interview in einem deutsch-amerikanischen Interview erwidert.

Die ministeriellen Aeußerungen häufen sich, sie respondieren und korrespondieren einander.

Worte sind im Kriege nur wichtig, wenn sie Stimmungen spiegeln oder einen Willen zu Handlungen bekunden. Daß dies in diesen englischen Stimmen und vor allem in

Österr. Volkszeitung
30./V.1916

Die Ernährung des Volkes.

Die bisher gemachten Erfahrungen haben zu dem Entschlusse geführt, alle die täglich drängender werdenden Fragen der Volksernährung der Behandlung durch eine einzelne Behörde zuzuweisen. Es wird eine Zentralstelle für Volksernährung geschaffen, in welche alle die zuständigen Ministerien ihre Vertreter schicken, und diese interministerielle Kommission wird verstärkt durch Fachleute aus allen den betreffenden Berufskreisen. Diese neue Behörde soll mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet werden hinsichtlich der Erhebung der vorhandenen Nahrungsmengen, ihrer Verteilung und Preisbildung und es leuchtet ein, daß nur durch die Zusammenfassung aller Angelegenheiten der Approvisionierung der wünschenswerte Erfolg zu erzielen sein mag.

Wie die Verhältnisse bisher beschaffen waren, das ausführlicher darstellen zu wollen, hieße alle die Umständlichkeiten und Unklarheiten unserer Verwaltung erörtern. Es hat bei den staatlichen und bei den verschiedenen autonomen Organen und auch bei den eigens gebildeten kleineren und größeren Behörden gewiß die beste Absicht geherrscht, aber schon die Vielgestaltigkeit dieser verschiedenen Stellen machte jede Uebersichtlichkeit, jede richtige Einteilung, eine gleichmäßige gerechte Ordnung unmöglich. Die Uebelstände, die sich daraus ergaben, betrafen alle Umstände der Verpflegung. Bald waren die Gebrauchsgegenstände da, bald fehlten sie, dann wurde plötzlich das erhältliche Quantum der notwendigsten Bedarfsmittel, wie Milch, Fett, Mehl, selbst Kartoffeln auf das knappste zugemessen. Dazu machten sich, trotz der Aufsicht der Behörden hinsichtlich der Preise absonderliche Willkürlichkeiten und Ungleichheiten geltend. Es mag in dieser Hinsicht auf die Fleischverpflegung hingewiesen werden, hinsichtlich welcher bis in die letzten Tage von den zuständigen Gewerben immer wieder die Klage wiederholt wurde, daß der spekulative Zwischenhandel die Zufuhren erschwert und die Preise künstlich verteuert. So haben die Erfahrungen die jede unserer Hausfrauen seit längerer Zeit in ausreichendem Maße gemacht hat, dazu geführt, alle die Fragen der Volksernährung einer einzigen Instanz, einer Zentralstelle zuzuweisen, womit zunächst der handgreifliche Vorteil verbunden ist, daß die verschiedenen Mißstände, die notwendig aus dem Wirken vieler, von einander unabhängiger Behörden entstehen müssen, beseitigt werden können, eine zuverlässige Uebersicht gewonnen wird und eine gleichmäßige gerechte Verteilung der Nahrungsmittel durchgeführt werden kann.

In Deutschland ist dieser Tage eine solche Zentralstelle geschaffen worden. Der „Ernährungsdiktator", Batocki, hat sich bereits mit einer kurzen und bündigen Erklärung in sein neues Amt eingeführt. Es ist kennzeichnend, daß man sich in Deutschland von dem neuen Ver-

Hamburger Fremdenblatt
3./11. 1916

Gegen das Viertelpfund!

(Nachdruck verboten.)

Das Viertelpfund beherrscht heute unsern Tag. Seinetwegen sind jetzt in Deutschland von morgens früh bis abends spät viel tausend und abertausend Hausfrauen unterwegs, seinetwegen werden unendlich viele Paar Stiefelsohlen, die sich auf der Jagd nach ihm abnutzen, einem unerwünscht frühen Tode überliefert, seinetwegen muß man sich in vielen Familien eine besondere Kraft halten, die zu nichts anderem Atem gewinnt, als zu der anstrengenden Hetze nach dem Viertelpfund. Ganz einerlei, welch Substantiv die nähere Erläuterung zu dieser kleinen, wichtigtuenden Größe übernimmt: ¼ Pfund Butter, ¼ Pfund Schmalz, ¼ Pfund Kaffee, ¼ Pfund Zucker, ¼ Pfund Seife, — unser ganzes Leben besteht zurzeit aus Viertelpfunden; einzig Stiefelwichse und Steinkohlen scheinen sich bisher als unabhängige Neutrale bewährt zu haben.

Es ist daher fast eine Vermessenheit, gegen den Stachel löken zu wollen — und tatsächlich werden alle Auflehnungsgelüste auch schon von vornherein von rasch begeisterten Angriffslustigen mit Vorwürfen schwersten Kalibers überschüttet werden: — „vaterländisches Interesse — patriotisches Pflichtgefühl — Sünde wider den Geist der Zeit — Hamsterneigungen — Schmarotzertum — so tönt es in lieblicher Abwechslung und unbeschwert durch ruhige Ueberlegung dem unbequem Nachdenklichen entgegen. Da dieser aber schon in Friedenszeiten mit lebhaftem Bedenken die stetig an Boden gewinnende Viertelpfundwirtschaft beobachtet hat und nun von der im Kriege plötzlich zum offiziellen Gebieter erklärten Größe befürchten muß, daß sie nach Friedensschluß ihren Geländegewinn auch in den Kreisen, die ihr durch Herkommen und äußere Lebensstellung bisher verschlossen waren, nicht wieder aufgeben wird, mögen ihre volkswirtschaftlichen Sünden und Schäden doch einmal ins helle Tagesgicht gerückt werden.

Das Viertelpfund führte in vergangenen Zeiten, bevor die Industriebevölkerung heranwuchs, bevor die Mietskasernen der Großstädte in den Himmel stiegen, ein verstecktes Dasein in Kochbüchern und Apotheken. Jeder ordentliche Haushalt, auch ein städtischer, versorgte sich immer für eine gewisse Zeit mit Vorräten aller Art. So wirtschaftete groß und klein — erst als in den Städten und Industriebezirken das „Aus der Hand in den Mund leben" begann, gingen auch die Hausfrauen dieser Kreise zu einer anderen Wirtschaftsführung über. Wer je Gelegenheit gehabt hat, in die Küchen der Arbeiterbevölkerung und des städtischen Mittelstandes hineinzusehen, muß kopfschüttelnd das Mindestmaß von Ueberlegung und Vorherbedenken beobachtet haben, das dort für die Bereitung der Mahlzeiten aufgewandt wird. Dabei findet man fast überall auf den Küchenbörten schön verzierte Steinkrüge mit verheißungsvollen Inschriften wie: Reis, Grieß, Nudeln, Zucker und so weiter. Lüftet aber eine vorwitzige Hand den Deckel, muß die Nase sich beschämt ob ihrer unangebrachten Neugierde wieder zurückziehen — gähnende Leere allüberall, und zwar nicht erst jetzt, sondern genau so schon in Friedenszeiten. So geht es nach dem Rezept des niederdeutschen Sprichwortes: „Wat man nich in de Kopp hätt, mutt man in de Föt hebben". — Dem Entschluß, eine Suppe zu kochen, folgt der Befehl an eines der Kinder: „Hol mal für 'n Groschen Suppenkraut!" Dasjenige mag sich schon einer besonders umsichtigen Mutter rühmen, die ihm zugleich auch den Einkauf eines Viertelpfundes Suppeneinlage zur Pflicht macht — meistens wird das Kind, bevor n einfaches Mittagessen aus zwei Gängen ücklich auf dem Herd brodelt, ein halb Dutzend mehr mal seine Beine die vier Treppen Hauses hinunter und herauf messen lassen n. Ist nun ein zu diesen Besorgungen be- [illegible] Hause, wird die Mutter [illegible]asche am Arm und en kleineren Kindern an der Schürze zu r ständigen, Treppenflur, Straße und merladen belebenden Einrichtung. Wird sie orgen und übermorgen dasselbe Mittagessen erstellen wollen, wird doch morgen und übermorgen genau dieselbe Lauferei losgehen wegen derselben Kleingewichtsmenge an Waren, die sie zu der Bereitung nötig hat. Daß dabei viele Waren, die nur würzende Zutaten zu Speisen darstellen, nicht einmal viertelpfundweise, sondern vielleicht nur fünf- und zehnpfennigweise eingekauft werden, ist ein weiterer Ausbau des ganzen Systems.

Man wird einwenden, daß sich diese Art der Wirtschaftsführung eben in Abhängigkeit von den städtischen Lohnzahlungsfristen der Arbeiterkreise entwickeln mußte; doch würde dieser Grund nur für einen ganz verschwindenden Teil der Bevölkerung — den ohne ein festes Arbeitsverhältnis und trotzdem mit Familienwirtschaft — der Antrieb sein. In Wirklichkeit sind aber in den letzten Jahrzehnten Kreise zu dieser Art übergegangen, die nicht nur mit wöchentlichen, sondern vierzehntägigen und monatlichen Lohnzahlungen des Haushaltsvorstandes zu rechnen hatten. Bei einigermaßen übersichtlicher Einteilung wird doch auch ein einfacher Haushalt, der allsonnabendlich sein Betriebskapital bekommt, imstande sein, Waren wie Zucker, Reis, Grieß, Grütze u. dergl., die immer wieder in kurzen Zeitabschnitten zur Verwendung kommen und die keinesfalls der Gefahr des Verderbens ausgesetzt sind, wenigstens pfundweise einzukaufen. Denn es ist wohl ohne weiteres klar, daß, ganz abgesehen von der wahrhaft unsinnigen und volkswirtschaftlich aufs schwerste zu beklagenden Zeitvergeudung, die mit dem andauernden „Einholen" verknüpft ist, auch andere Schäden mannigfacher Art damit verbunden sind. Die schon im Frieden allgemein beklagte schlechte Haushaltsführung weiter Kreise fußt auf diesem Uebel: die Hausfrau, sowieso schon durch Erziehung wenig gewöhnt, häusliche Tätigkeit mit Denken und Ueberlegen zu verbinden, schaltet auf diese Weise alle geistige Arbeit selbst für den wichtigsten Zweig des Haushalts, die Nahrungsmittelbereitung, bis auf ein Mindestmaß aus. Es läßt sich schlechterdings kaum ein noch so einfacher männlicher Beruf vorstellen, der mit so wenig Vorbereitung und so wenig Vorüberlegung auszuüben wäre, wie die Herstellung der täglichen Mahlzeiten bisher von unendlich vielen Frauen tatsächlich betrieben wurde. Daß dabei jegliche Warenkunde, wie früher doch die einfachste Hausfrau sie besaß, verloren gehen mußte, ist wohl selbstverständlich. Weder Zweckmäßigkeit und Vielseitigkeit der Verwendung noch Aufbewahrungsmöglichkeiten und -bedingungen blieben den Frauen noch bekannt.

Nur so lassen sich die vielen, zum Teil grotesken Erscheinungen bei Kriegsausbruch und während des Krieges erklären: durch Massensuggestion war diesen Hausfrauen, die bisher ausschließlich kleinste Mengen erworben und verbraucht hatten, plötzlich das Verlangen nach Vorräten eingeimpft worden — und ein wildes sinnloses Einhamstern begann. Jede glaubte besonders weise zu handeln und als gute Hausfrau zu glänzen, wenn sie alle Ecken ihres Baus mit allem Erreichbaren vollstopfte. Die Folge waren die unzähligen Aschеimer voll mietig gewordenen Mehls oder verschimmelter Brote, die man in den Straßen der Großstädte fand, war die nur als Düngemittel noch verwendbare „Dauerware", waren die in Massen erfrorenen und verfaulten Kartoffeln. Die Folge war aber auch jenes unverständige Verschwenden und Verbrauchen der eingekauften Vorräte, das sich um keine behördliche Mahnung kehrte und kaum vor strengen Verboten Halt gemacht hat. Woher sollten auch jene Hausfrauen, die bisher nie mehr Mehl im Hause hatten, als den kleinen Rest in einer verknitterten Tüte, der vom letzten Kochen übrig blieb — woher sollten jene Frauen plötzlich die geistige Fähigkeit nehmen, auszurechnen, wie weit der eingehamsterte Zentner Mehl mindestens reichen müsse? Es ist wohl nicht zu viel behauptet, daß noch nie zuvor in Deutschland so viele Kuchen in der Hausbäckerei hergestellt worden sind wie im ersten Kriegsjahr.

Daß die Behörde hier durch rechtzeitige Verordnungen, durch scharfe Kontrolle, durch Unterweisungen, die verständlicher, volkstümlicher und persönlicher gehalten sein müßten, als es die amtlichen Bekanntmachungen nun einmal sind, viel hätte steuern und verhüten können, ist sicher. Wenn sie es nicht getan hat, so muß — außer anderen, hier nicht zu erörternden Gründen — bei den leitenden Stellen über die Wirtschaftsart weitester Volkskreise völlige Unkenntnis geherrscht haben; sonst hätte man von Anfang an mit der Möglichkeit rechnen müssen, hier mit Warnungen und Mahnungen, überhaupt mit schönen Worten irgend etwas zu erreichen.

Inzwischen sind die notwendigsten Verbote und Verordnungen, so mangelhaft sie auch teilweise sein mögen, ja erlassen. Die vorhandenen Vorräte der wichtigsten Lebensmittel sind auf den Kopf der Bevölkerung zugemessen — jedermann kann für eine bestimmte Zeit nur eine bestimmte Menge Ware erwerben und muß sich danach einrichten. Nun aber herrscht das Viertelpfund über all und jeden . . . es ist kaum irgendwo möglich, den zugewiesenen Bedarf auch nur für eine Woche auf einmal einzudecken. Und damit verurteilt man also heute von Amts wegen die Allgemeinheit der Hausfrauen zu derselben kurzsichtigen Wirtschaftsführung, die schon in Friedenszeiten die Hauptursache des oft beklagten Tiefstandes der Hauswirtschaft war. Und was erreicht man damit? Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum ich, wenn ich in einer Woche 2 Pfund Zucker einkaufen darf und das auch ganz sicher tun werde, nun 8mal ein Viertelpfund holen muß statt 2 Pfund auf einmal. Wer hat einen Vorteil von dieser ganz unsinnigen Zeit- und Materialvergeudung, die sowohl den Käufer wie den Verkäufer trifft? Höchstens der Krämer, der bei vielen Waren beim Viertelpfundpreis 4mal Gelegenheit hat, um einen Pfennig nach oben abzurunden — eine Gelegenheit, die den Käufern im Laufe eines Jahres ein nettes Sümmchen ohne Gegenleistung entzieht.

Aber das kann doch eigentlich nicht der Endzweck behördlicher Maßnahmen sein. Und so muß denn aufs dringendste gefordert werden, daß eine Anweisung an die Händler erfolgt, dem Käufer auf Verlangen die ihm für eine bestimmte Zeitspanne zustehende Warenmenge auch auf einmal zu verabfolgen. Sonst kommt es unabwendbar dahin, daß auch nach Friedensschluß die unsinnige Viertelpfundwirtschaft zum Schaden der Allgemeinheit aus Gewöhnung beibehalten wird. Auch die deutschen Hausfrauen sollten aber doch eigentlich durch den Krieg hinzulernen und sich vervollkommnen, anstatt auf eine tiefere Stufe der Wirtschaftsführung herabzusinken.

Ingeborg Andresen.

Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.
Für das Inland:

monatlich . . . . K. 2.60
vierteljährig . . . . K. 7.80
halbjährig . . . . K. 15.60
ganzjährig . . . . K. 31.20

Für das Ausland:
vierteljährig . . . K. 12.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage"
monatlich . . 20 Heller mehr
vierteljährig . 40 Heller mehr

45. Jahrgang.

Neues Fest

Wer ist der Sieger?

Wie fast alle Begleiterscheinungen dieses Weltkrieges uns neue Aus- und Einblicke eröffneten, uns von einer Ueberraschung in die andere stürzten, so spitzt sich auch der Streit um das Endergebnis des Krieges zu der wunderlichen Frage zu, wer denn eigentlich gesiegt habe. Wir naiven Mitteleuropäer meinen, das könne doch nicht zweifelhaft sein. Wer den Bestand von drei Königreichen aufhebt, den russischen Bären voll schwerer Wunden in seine Steppen und Sümpfe jagt und Nordfrankreich besetzt hält, das eigene Land aber von allen Feinden gesäubert hat, der kann sich gegenüber allen Erfahrungen der Weltgeschichte als Sieger fühlen und niemand wird es anzweifeln dürfen. Dürfen? Die liebe „Entente" erlaubt sich das. Der große Kaufmann jenseits des Kanals, der alte Seeräuber John Bull kümmert sich den Teufel um die Landkarte von Mitteleuropa. Was ist ihm die? Ein Spielzeug der Kleinen. Er breitet die Weltkarte vor sich aus und frägt voll Hohn: Wo bin ich geschlagen? Welche meiner vielen Domimons habt ihr mir genommen? Wo sind die deutschen oder österreichisch-ungarischen Schiffe, die einst auf allen Meeren fuhren, weil ich es erlaubte? Und wo sind all die Spielzeuge des Deutschen Kaisers, seine überseeischen Kolonien? Alle Meere sind rein gefegt von euren Schiffen, mich habt ihr nirgends verwundet, ich aber habe eure Kolonien eingesteckt. Das ist die wahre Kriegslage in der Welt. Was eure militärischen Vorteile in dem kleinen Europa anbelangt, so werde ich euch diese schon noch versalzen. Da ich euch die ganze Welt genommen habe, glaubt ihr mit den paar Eroberungen etwas geleistet zu haben? Es wird sich zeigen, ob ihr den Verlust der ganzen Welt überwinden könnt. Ich denke, ihr werdet die kleinen mitteleuropäischen Eroberungen gerne preisgeben, wenn ihr halb verhungert und wirtschaftlich zugrunde gerichtet seid. Und früher öffne ich den Ring nicht, den ich um euch geschlossen habe. Ihr wollt die Sieger sein? Sieger in diesem Weltkrieg wird der sein, der ihn am längsten aushält.

Und so wie John Bull die Lage zeichnet, so ist sie auch. Jeder Zweifel daran wäre eine schlimme Selbsttäuschung. All unsere Siege zählen nicht, wenn wir nicht auch den letzten und stärksten erringen, den Sieg im Hinterlande, den Sieg über uns selbst. Wir haben gegenüber einer Welt von Feinden den einfachen Beweis zu erbringen, daß wir durch uns selbst leben und daß auch unser wirtschaftliches Dasein sich nicht auf die Aus- und Einfuhrziffern gründet, die unsere Handelsbilanzen ausweisen. Diese Bilanzen mögen den Wohlstand weiter Kreise mehren, sie mögen in Friedenszeiten einen gewissen Schwung in unser Leben bringen, aber es muß sich jetzt zeigen, ob wir auf sie pfeifen können, wenn es sein muß. Und wir können pfeifen. Wenn die brutale Frage so gestellt wird, ob wir wollen, daß all das vergossene Blut umsonst geopfert worden sein soll, dann müssen alle Handelsinteressen aufhören, all unsere Luxusbedürfnisse erlöschen und wir werden bei Wasser und Brot leben bis der Ring der Welttyrannei geborsten, bis das schwächste Glied in der Kette zerrissen ist. Gerade Ungarn war immer ein Land, das sich selbst genügte, sich selbst ernährte und immer noch Butter auf seinem Brot hatte. Es müßte auch diese Probe glänzend bestehen können, sollte man meinen. Und doch scheint ein Zweifel daran nicht unberechtigt zu sein. Denn es fehlt bis jetzt der starke Wille zur Zusammenhaltung aller Kräfte, es fehlt der volle Ernst, den die Lage erheischt.

Wie in so vielen Fragen, die dieser Krieg aufgeworfen, müssen wir auch in der der Lebensmittelverteilung und der systematischen Volksernährung von Deutschland lernen. Dieses glaubt nicht an einen nahen Frieden, so wie wir, die wir auf jedes läppische Gerücht horchen, es sieht sich vor für einen langen Kampf. Zu allen schon geschaffenen mustergiltigen Organisationen schafft das Deutsche Reich jetzt auch die eines Kriegsernährungsamtes und es stellt an die Spitze desselben einen seiner erprobtesten Männer des öffentlichen Dienstes als „Lebensmitteldiktator". Man ist sich im Deutschen Reich der Schwere der Zeit bewußt und man ist sicher, daß es an Lebensmitteln nicht fehlt; aber man ist auch davon überzeugt, daß die hamsternden Philisterseelen trotz aller Not stumpfsinnig auf ihren Vorräten sitzen bleiben und daß der Wucher über Leichen hinweg sein Gewerbe treiben wird, wenn nicht der Staat mit starker Hand eingreift. Und er greift ein, er hat jetzt den Schlußstein gelegt zu einem vollkommenen Staatssozialismus für Kriegsdauer. Die Preistreiberei wird unmöglich gemacht, der Wucher erschlagen, denn der Staat selber wirft sich zum Herrn aller Vorräte auf und sorgt für die gleichmäßige Verteilung zu festgesetzten Preisen im ganzen Reich. Man steht verblüfft vor solch einer Organisation und hat das Gefühl, daß der ganze Krieg gewonnen ist, sobald sie ihre Schuldigkeit tut.

Aber wo bleiben wir? Wer organisiert bei uns den wirtschaftlichen Widerstand im gleichen

Brot und Fleisch.

(Neue Sicherheiten und neue Pflichten).

Der Mai ist vorüber — die Zeit, die für die Ernährungsfrage die allerschwierigste war, ist damit zu Ende; für Mensch und Vieh liefert jetzt die Erde in wachsendem Maße wieder neue kräftige Nahrungsmittel mannigfaltiger Art. Und es ist wie eine äußere Bekundung dieser Tatsache, daß wie den tiefsten, schwierigsten Punkt überschritten haben, wenn jetzt die Reichsgetreidestelle ihrerseits erklärt: wir können die Zügel, die wir vor ein paar Monaten straff anziehen mußten, um mit unseren Vorräten an Brotgetreide bis zur neuen Ernte zu reichen, wieder etwas lockerer fassen, können der schwerarbeitenden Bevölkerung und den kinderreichen Familien wieder die Zusatzbrotkarten geben, die wir ihnen im Winter entziehen mußten. Unsere Broternährung ist bis zur neuen Ernte gesichert. Und das besagt, daß sie in den Bahnen, in denen wir seit dem Jahre 1915 wirtschaften, überhaupt für alle mögliche Kriegszeit gesichert ist: nachdem wir in diesem Jahre gereicht haben, reichen wir mit unserer Broterzeugung in jedem weiteren Kriegsjahre, denn diese Erzeugung kann nur noch besser, niemals schlechter werden als diesmal. Das ist die eindringliche Lehre der Ernteziffern, wie sie kürzlich (in den von uns im Abendblatt vom 24. vorigen Monats vollinhaltlich wiedergegebenen wichtigen Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung") amtlich bekanntgegeben worden sind. Wir haben im Jahre 1915 an Roggen und Weizen zusammen nur 13 Millionen Tonnen geerntet, nachdem die erste Kriegsernte von 1914 14⅓ Millionen Tonnen erbracht hatte, das Jahr 1913 dagegen eine Ernteſumme von 16⅞ Millionen Tonnen. Das heißt: wir haben infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse im ersten Kriegsjahre eine schwache, im zweiten Kriegsjahre eine miserable Ernte gehabt, eine Ernte, wie wir sie in Roggen so gering seit mehr als einem Dutzend Jahren nicht gehabt haben; und ebenso schlecht ist die Ernte in den anderen Körnerfrüchten gewesen: der Hafer hat nur rund 60 % der Ernte von 1913 erbracht, der Minderertrag der gesamten Körner-Ernte 1915 gegen 1913 hat 9 Millionen Tonnen betragen.

So standen wir in diesem zweiten Kriegsjahre, und wir haben gereicht, trotz alledem. Wunderbar hat sich der deutsche Kartoffelbrotgeist bewährt, selbst über eine direkte Mißernte an Brotgetreide hat er uns hinweggeholfen. Jetzt grünt und wächst auf den Feldern die neue Ernte heran. Und alle Aeußerungen der Sachkundigen stimmen darüber überein, daß diese Ernte alle Versäumnisse der beiden vorigen gutzumachen verspreche, daß uns nach den beiden mageren Jahren eine ungewöhnlich reiche Ernte heranreife. Das darf uns gegenüber der Pflicht zu sorgsamster Einhaltung der zur Wahrung unserer Brotgetreidereserven erlassenen Vorschriften natürlich keinen Augenblick leichtfertig werden lassen. Wir wollen mit der zu erhoffenden großen Ernte von 1916 erst dann rechnen, wenn sie wirklich in den Scheunen geborgen ist. Aber wir wollen froh sein, daß sie kommt, froh umsomehr, als wir jetzt bewiesen haben, daß auch eine Mißernte wie die letztjährige uns nichts anhaben kann.

Wir reichen mit Brot. Wir reichen mit den Kartoffeln. Und wir müssen mit allerEnergie und mit all dem Pflichtbewußtsein, mit dem unser Volk hinter der Front seit 22 Monaten den Aushungerungskrieg zu Schanden macht, in den nächsten Monaten des heißen Sommers den Fleischgenuß aufs äußerste einschränken, um unsere Fleischvorräte — die übrigens auch die städtische Bevölkerung in gar nicht unerheblichem Maße durch vermehrte Kaninchenzucht auffüllen könnte — für den kommenden Herbst und Winter zu ergänzen, um dann auch damit sicher und ohne Sorge zu reichen. Die erwähnte Veröffentlichung des Regierungsblattes hat auch darüber vollständige Klarheit gegeben. Seit Kriegsausbruch ist von den verschiedensten Seiten immer wieder gepredigt worden, daß die menschliche Ernährung der tierischen vorangehen müsse. Danach ist die Praxis notwendig verfahren. Die gewaltigen Viehbestände, über die wir, in großem Umfange, gestützt auf die Einfuhr ausländischer Futtermittel, bei Kriegsausbruch verfügten, sind die wichtigste Nahrungsmittelreserve gewesen, von der wir während des Krieges zehren konnten. Wir haben von ihr gezehrt, haben es um so mehr, je schlechter die letzte Ernte auch an Futtermitteln gewesen ist. Und ebenso zehrt natürlich der Bedarf des Heeres an den Viehvorräten. Das ist bei uns und in noch viel stärkerem Maße in Oesterreich-Ungarn und gar in Rußland der Fall: im Heere erhalten große Bevölkerungsteile eine viel regelmäßigere und reichlichere Fleischnahrung, als sie in ihrem bürgerlichen Dasein im Frieden gewohnt sind. Die Wirkungen zeigen die Ziffern der Viehbestandsaufnahme: die Viehbestände sind vermindert. Aber diese Ziffern zeigen zugleich auch noch das weitere; die Lücken können zu einem großen Teile leicht wieder aufgefüllt werden, wenn wir nur in diesem und in den kommenden Monaten die notwendige starke Einschränkung im Fleischverbrauch durchführen. Die Verminderungen der Gesamtzahl der vorhandenen Tiere sind nämlich garnicht überraschend groß. Wir hatten am 15. April 13.30 Millionen Schweine gegen 16.60 Millionen ein Jahr vorher, und unser Rindviehbestand war noch weniger angegriffen, es wurden am 15. April 19.87 Millionen Stück Rindvieh in Deutschland gezählt, das ist noch nicht ganz 2 Millionen weniger als am 1. Dezember 1914, wo in der Futtermittelversorgung noch beinahe normale Verhältnisse herrschten. Eine starke Verschiebung aber zeigte sich innerhab des Bestandes, sowohl bei den Schweinen wie beim Rindvieh. Die Zahl der schlachtreifen ausgewachsenen Tiere ist im Verhältnis zur Gesamtzahl erheblich kleiner, die Zahl der jungen, noch aufzuziehenden Tiere dagegen erheblich größer als gewöhnlich. Die Konsequenz ist klar. Das Vieh, das wir jetzt schlachten, bringt uns viel weniger Fleisch und Fett, als wenn wir es noch ein paar Monate auf der Weide und an den jetzt wieder reichlicher gefüllten Futtertrögen lassen. Wenn wir jetzt auf den Fleischgenuß verzichten, dann sparen wir für den Herbst und Winter nicht nur die gleichen Fleisch- und Fettmengen, die wir jetzt nicht verzehren, sondern sehr viel größere Quantitäten, weil eben dann inzwischen das Vieh sehr viel voller und fetter geworden sein wird. Das sich klar zu machen und danach zu handeln, ist selbstverständliche Pflicht jedes einzelnen: eine Pflicht gegenüber dem Heere, dessen reichliche Ernährung natürlich in erster Linie sichergestellt werden muß; eine Pflicht gegenüber der Volksgesamtheit, die wir nicht durch vorzeitiges Abschlachten unreifer Tiere künftiger erweiterter Nahrungsmittel berauben dürfen; und eine Pflicht schließlich und vor allem für unsere Verteidigung, weil wir in diesem Krieg, in dem die Gegner immer noch von unserer durch möglichst lange Kriegsdauer zu erreichenden Aushungerung träumen, nicht nur an die Bedürfnisse des nächsten Tages und der nächsten Woche, sondern weitsichtiger auch an die Bedürfnisse der später kommenden Monate denken müssen.

Der Fleischverbrauch ist in den Sommermonaten mit Leichtigkeit einzuschränken, weil die heiße Jahreszeit ohnehin das Bedürfnis nach Fleisch sehr stark herabsetzt, und weil in dieser Zeit die Natur mit Gemüse, Obst, reichlicher Milch etc. die mannigfaltigsten Ersatzstoffe liefert. Die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer durchgreifenden Beschränkung des Fleischverbrauchs der Zivilbevölkerung ist also ohne weiteres klar; sie wird von der Bevölkerung als eine selbstverständliche Pflicht anerkannt und durchgeführt werden. Und man kann nur wünschen, daß die Behörden selbst mit Energie die sich daraus ergebenden Konsequenzen ziehen. Die erste und wichtigste betrifft die Geschäftsführung der Viehandelsverbände. Diesen Verbänden sind bestimmte Bezirke zugewiesen, aus denen sie für die Versorgung des Heeres und der Zivilbevölkerung eine bestimmte Menge Vieh regelmäßig herauszuziehen haben. Vorsorge wäre hier mit größter Beschleunigung dahin zu treffen, daß die Verbände nach Deckung des Heeresbedarfs nur wirklich schlachtreifes, ausgewachsenes Vieh für die Zivilbevölkerung aus den Ställen nehmen. Ist das in der vollen Höhe des Kontingents nicht möglich, so kann eben das Kontingent nicht voll erreicht werden und nur weniger Schlachtvieh in die Städte, weniger frisches Fleisch in die Metzgerläden kommen. Das ist das eine. Das zweite, was

itung 1916 83

Tägliche Rundschau
5./VII. 1916

Das Kriegsernährungsamt und die Süddeutschen.

Die Errichtung des Kriegsernährungsamtes hat in Süddeutschland zweifellos ein gewisses Unbehagen hervorgerufen oder, richtiger gesagt, ein vorhandenes Unbehagen verstärkt. Die süddeutsche Stimmung hat nicht nur in der Presse aller Parteien Ausdruck gefunden, sondern auch an amtlichen Stellen, im Stuttgarter Rathaus sogar in recht lebhafter Form. Und wenn dies geschah, obwohl in dieser ernsten Zeit sich die Zeitungen und vollends die Behörden befleißigen, unnütze Beunruhigung zu vermeiden, so darf man mit Sicherheit darauf schließen, daß der Druck auf das Ventil sehr stark war. Solche Stimmungen dürfen nicht unbeachtet bleiben. Zwar das Reich ist wahrlich fest genug, um es vertragen zu können, daß einmal wieder ein Gegensatz zwischen Süd und Nord zutage tritt. Aber bedauerlich würde es denn doch sein, wenn die Frage der Volksernährung zu einer Wiederinstandsetzung der Mainlinie führen sollte, und sei es auch nur auf dem beschränkten Gebiete der Ernährungsfrage.

Wer als Norddeutscher den Beginn des Krieges und die Fortsetzung in Süddeutschland miterlebt hat, der hat seine helle Freude gehabt an allem, was er sah und hörte. Weggeblasen war, was etwa früher trennend zwischen Nord und Süd gestanden hatte, man kannte nur Deutsche und dachte nur an Deutschland. Dann kamen die Schwierigkeiten der Ernährung, und man sah in Bayern und Schwaben mit Besorgnis, daß halbe oder gar falsche Maßregeln vom Reich getroffen wurden, anscheinend nur deshalb, weil preußische Dienststellen Widerstand leisteten. Man drängte zu kräftigerem Vorgehen, und als man sah, daß das Reich nicht voranging, ging man seine eigenen Wege. Und das Ergebnis war, daß von all den Schwierigkeiten, unter denen Norddeutschland leidet, in Süddeutschland wenig zu spüren war.

Daß es in Süddeutschland mit Lebensmitteln besser bestellt sei als im Norden, konnte natürlich nicht verborgen bleiben. Und als man nun in Norddeutschland erfuhr, das Bayern und Württemberg Ausfuhrverbote für Molkereierzeugnisse, für Eier und Fleisch erlassen hätte, war man sehr bald mit dem Vorwurf bei der Hand, daß Süddeutschland lediglich auf den eigenen Vorteil bedacht sei. Wer aus dem Süden etwa nach Berlin kam und dort feststellte, wieviel weniger man in Württemberg wirtschaftlich zu leiden habe, der konnte alsbald zu hören bekommen: „Ja, ihr Süddeutschen hamstert in einer ganz schändlichen Art und Weise. Aber wartet nur, wenn der Lebensmitteldiktator kommt, der wird euch schon die Hamsterkammer ausleeren!“

Als nun das Kriegsernährungsamt Wirklichkeit wurde, begann man in Süddeutschland zu besorgen, daß die öffentliche Meinung Norddeutschlands den „Diktator“ dazu drängen könnte, diese Drohung wahr zu machen, und rücksichtslos in die süddeutsche Regelung der Lebensmittelversorgung einzugreifen. Und man erhob beschwörend die Stimme.

Norddeutsche mit voreingenommenem Urteil finden darin nun die Bestätigung der gegen die Süddeutschen erhobenen Vorwürfe. Man will aus den besorgten Rufen der Bayern und Württemberger die Stimme des bösen Gewissens heraushören. Um so notwendiger ist es, daß Norddeutsche, die in Süddeutschland leben, der Heimat sagen: „Ihr tut den deutschen Volksgenossen im Süden Unrecht!“

Wohl ist Süddeutschland durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung im Vorteil. Land und Stadt sind hier weniger scharf geschieden als im Norden. Der Großgrundbesitz fehlt fast gänzlich, und das Bauerntum sorgt für einen guten Viehstand; Molkereierzeugnisse und Fleisch sind reichlicher vorhanden. Dazu war Süddeutschland im vergangenen Jahre vom Wetter begünstigt. Während im Norden die Dürre zu einer Mißernte führte, hatten Bayern und Süddeutschland eine gute Mittelernte. Aber, wenn jetzt hier die Ernährung nicht nur keine wesentlichen Schwierigkeiten bereitet, sondern außerdem noch große Mengen von Lebensmitteln aller Art nach Norddeutschland ausgeführt werden können, so ist doch der Hauptgrund der, daß man hier zielbewußter und energischer in der Organisation der Versorgung vorgegangen ist.

Frankfurter Zeitung
7. VII. 1916

Richtlinien für die Lebensmittelpolitik im dritten Kriegserntejahre.

Von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann (Berlin).

Der Rückblick auf die Lebensmittelpolitik und die daraus entsprungenen Zustände der Massenernährung im ablaufenden zweiten Kriegsjahr ist so unerfreulich, daß sich alle Blicke hoffend vorwärts richten auf das dritte Wirtschaftsjahr der Kriegszeit, für das ein reicher Erntesegen greifbar ringsum heranreift. Das deutsche Volk vertraut immer wieder auf die Wunderwerke seiner Organisationsfähigkeit, und viele erhoffen von einer neuen Organisation der Verwaltung für die Lebensmittelfragen die endgültige glückliche Lösung des „wichtigsten innerpolitischen Problems".

Das Durcheinander und Widereinander der beschlußfassenden Stellen und der ausführenden Behörden, des zentralistischen Gemeinwillens und des partikularistischen Eigenwillens hat im letzten Jahre viel verfahren, und die Gebrechen der Organisation sind durch die Mängel auf dem Gebiete der Persönlichkeitsfragen noch erheblich verschärft worden. Das aber betrifft mehr die formale Seite. Gründlich helfen kann uns nur ein systematisch durchdachtes und durchgeführtes materielles Wirtschaftsprogramm, das die entscheidenden Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt.

Eine ganze Reihe derartiger materieller Wirtschaftsprogramme liegt bereits vor. Es sei hier nur auf die Vorschläge und Forderungen des Deutschen Städtetages, des sozialdemokratischen Parteivorstandes, fachkundiger Landwirte, städtischer Stellen und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hingewiesen. Meist handelt es sich allerdings nur um Teilprogramme, die gewisse Hauptkapitel der Lebensmittelpolitik: Erzeugung, Verteilung, Verbrauchsregelung, Preisregelung besonders betonen. Ueber das Wirtschaftsprogramm des Reichsamts des Innern liegen erst unbestimmte Andeutungen vor. Ein alle Kapitel umspannendes, eingehenderes Wirtschaftsprogramm hat bisher nur der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen" ausgearbeitet. Jedenfalls genügen diese vielseitigen Vorarbeiten, um sich ein klares Bild von den materiellen Leistungen und Forderungen, auf die es im neuen Wirtschaftsjahr vor allem ankommt und auf die die formale Teilorganisation unbedingt einzustellen ist, zu machen. Es lassen sich danach etwa folgende Richtlinien herausarbeiten:

I Produktionssicherung und -Steigerung.

Angesichts des Umstandes, daß wir in allem Wesentlichen auf uns selbst gestellt sind, kommt es in erster Reihe auf die planmäßige Entwicklung der heimischen Produktionsmöglichkeiten und die Sicherstellung dieser Erzeugnisse für den menschlichen Verbrauch an. Es müssen alle irgendwie brauchbaren Arbeitskräfte und Erzeugungsflächen mobil gemacht werden, und zwar „mobil gemacht" in demselben Sinne, wie alle waffenfähigen Männer durch die allgemeine Wehrpflicht für den Heeresdienst, wie alle Industriebetriebe und gewerblichen Arbeiter durch Appelle an die allgemeine Arbeitspflicht und durch Requisitionsordnungen für die Kriegsrüstungsaufgaben (in Oesterreich durch ein besonderes Arbeitsleistungsgesetz, in England durch das Munitionsgesetz) verpflichtet sind: ähnlich muß auch für die Lebensmittelgewinnung und -Sicherung, die den Kriegserfolg grade so wie der Heldentum der Waffen und die industrielle Rüstungsarbeit bedingt, der Grundsatz einer allgemeinen Nährpflicht aufgestellt werden (vgl. das ungarische Spannpflicht- und Frondienstgesetz von 1916 zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung unter Verantwortung der Gemeinden).

Den Inhabern der Lebensmittelproduktionsmittel sind zur erfolgreichen Erfüllung dieser allgemeinen Nährpflicht alle ordentlichen öffentlichen und genossenschaftlichen Hilfsmittel, Anleitungen und Belehrungen zu gewähren: Arbeitskräfte — überschüssige weibliche Kräfte aus den Städten, Kriegsgefangene, Abkommandierte —, Maschinen, künstliche Düngemittel, städtische Abfälle und Abwässer usw. sind zur Verfügung zu stellen, die Oedländereien zu erschließen, brachliegende Ackerflächen in Zwangsgemeinbewirtschaftung zu nehmen, Prämien und Auszeichnungen für Steigerung der Anbaufläche und Ernteerträge zu gewähren, die Viehzucht durch Freigabe der Wälder und Bahndämme, durch Organisierung der Laubfütterung usw. zu fördern, die Aecker gegen Wildschäden zu schützen, Getreide, Heu, Futtermittel, Obst und Gemüsetrocknungsanlagen rechtzeitig einzurichten, die wilden Nutzpflanzen systematisch zu sammeln, Sammelstellen und Lieferungsverträge für die rasche Abfuhr leicht verderblicher Erzeugnisse vorzubereiten usw.

Für die neue Ernte 1916/17 sind frühzeitige Vorkehrungen auf Grund eines überlegten Arbeitsplanes für Wintergetreide, Zuckerrüben, Oel- und Hülsenfrüchte zu treffen.

Endlich ist die Futtermittelfrage sorgsam zu regeln: Gemeinnützige Zwangsbewirtschaftung mit Beschlagnahme, Abgabepflicht je nach dem Viehbestande, rationierter Verteilung nach Viehkopfzahlen unter Auferlegung entsprechender Aufzucht- und Lieferpflichten hinsichtlich Milch, Butter, Fett, Fleisch usw. kommen hier in Frage.

II. Verwertung und Verteilung der verfügbaren Vorräte.

Leitender Grundsatz muß sein: Zuerst der Mensch, dann das Vieh! Bisher war es oft umgekehrt. Die Nährmittel, die der Mensch direkt genießen und gut ausnutzen kann, müssen für seine Ernährung sichergestellt werden, solange Knappheit besteht.. Vieh ist nur soweit zu halten, als es zur unerläßlichen Versorgung der Menschen mit Voll- und Magermilch, Butter, Käse, Fett und der notwendigen Fleischmenge für die Krieger, für Schwerarbeitende und Kranke nötig ist oder aber als Lebensmittel, die zur menschlichen Ernährung ungeeignet sind, und Abfälle zur Fütterung bereitstehen. Im Notfalle müssen wir uns mehr vegetarisch durchschlagen. Durch geeignete Futtermittelverteilung und öffentliche Aufsicht ist die Viehzucht im vorstehenden Sinne zu beeinflussen: besser wenige ausgiebige Milch- und Fettiere als viel magere, milcharme Fresser. Aehnlich wie wir uns das Brotgetreide gegen Verfütterung gesichert haben, müssen wir künftig uns z. B. auch rund 15 Millionen Tonnen Speisekartoffeln für die Ernährung der städtischen Bevölkerung und rund 5 Millionen Tonnen für Kartoffelpräparateherstellung von vornherein sichern, desgleichen das nötige Saatgut und eine ausreichende Zuckermenge (von etwa 20 Kilogramm auf den Kopf jährlich).

Die systematische Verteilung der nach Einhaltung dieser leitenden Vordersätze verfügbaren Lebensmittel muß grundsätzlich Stadt und Land gleichmäßig erfassen nach einem einheitlichen Rationierungsplan, der natürlich den wirtschaftlichen Besonderheiten halbwegs Rechnung trägt: Meldezwang und Beschlagnahme aller über den nachweislichen rationierten Eigenbedarf für eine bestimmte Frist überschießenden Vorräte und anwachsenden Erzeugnisse des Massenbedarfs. Bildung von Zwangslieferungsgenossenschaften oder Aufrichtung von Zwangslieferverträgen der Erzeugergemeinden nach Maßgabe der Zahl und Art der Ueberschußbetriebe im Orte. Als Muster können hierbei die Gemeinbewirtschaftung des Getreides, die Organisation der Viehhandelsverbände, der Butterabgabezwang der Milchliefergenossenschaften u. a. dienen.

Der räumlichen Verteilung der Lebensmittelverteilung zwischen Stadt und Land muß sich die soziale Verteilung zwischen Besser- und Minderbemittelten anschließen auf der Grundlage eines wohldurchdachten Systems von Kopfbezugskarten für die wichtigsten knappen Massennährmittel wie Brot, Mehl, Grützen usw., Hülsenfrüchte, Reis, Zucker, Butter, Käse, Fette, Fleisch, Eier, Milch, Kaffee und Ersatzmittel, Tee, ferner für Petroleum, Seife, Kleiderstoffe usw. Die Kopfkarten werden teils Berechtigungs-, teils Beschränkungs-, teils Vorzugskarten sein; die Kopfmengen können zeitweise nach dem Maße der gerade verfügbaren Vorräte abgeändert und müssen ferner durch Zusatzkarten für Schwerarbeiter, Kranke, Kinder, Mütter usw. gesteigert werden. Die Karten sind ferner teilweise als Tauschkarten auszubilden, sodaß man eine Marke statt für eine nicht erhältliche oder nicht beliebte Ware zum Bezuge einer bestimmten anderen Warenmenge verwerten kann. Ersparte Marken sind öffentlich zu vergüten. Private Lebensmittelsendungen vom Erzeuger an die Verbraucher sind bei rationierten Waren zu verbieten. Hamsterverbote sind durch Einführung von Vorratslisten der Haushaltungen wirksam zu machen. Die gemeinnützigen Massenspeisungen sind auszubauen.

Zur Durchführung dieser räumlichen und sozialen Verteilungsaufgaben ist ein auf regelmäßige statistische Erhebungen und Bestandsaufnahmen gegründetes Lebens- und Futtermittelkataster für die wichtigsten Dinge nötig, das einer zu errichtenden Reichsstelle gestattet, den Lebensbedarfsmarkt (ähnlich wie den Arbeitsmarkt) zu überblicken, die Warenverteilung planmäßig zu leiten und die bezirksweise dezentralisierte Durchführung des Verteilungsplanes, die Ausgleichung zwischen Ueberschuß- und Bedarfsgebieten wirksam zu überwachen. Die partikularistischen Ausfuhrsperren müssen natürlich fallen. Den städtischen Gemeinden aber fällt die besondere Aufgabe zu, die ihnen zugeteilten Nahrungs- und Futtermittel zum Besten ihrer Einwohner möglichst intensiv auszunutzen. Zum Beispiel durch Einrichtung eigner Verwertungsbetriebe wie Mästereien, Molkereien, Wurstfabriken, Fleisch- und Gemüsehallen, Geflügel- und Kaninchenhöfen, Dörr- und Einkochanlagen, durch Betrieb von Massenküchen und besonderer gemeinnütziger Lebensmittelbezugs- und Verteilungsstellen usw.

III. Preisregelung.

Zum Problem der richtigen sozialen Verteilung gehört schließlich die Preisregelung. Wenn die Güter des Massenbedarfes in gemeinnützige Verteilungswirtschaft genommen sind und ihre Produktion zugleich öffentlich geordnet ist, können wir uns endgültig von dem verfehlten System der hohen Lockpreise zur Anreizung der Produktion und der Lieferung einerseits und der hohen Sparpreise zur Einschränkung des Verbrauches andererseits freimachen und zu angemessenen Produktions- und Unkosten-Vergütungspreisen zurückkehren, die einen gerechten Verdienst gewährleisten, aber der spekulativen Ausbeutung den Boden entziehen. Die Rücksichten auf ausländische Zufuhrpreise fallen künftig infolge der Monopolisierung aller Auslandszufuhren durch die Zentraleinkaufsgesellschaft ebenfalls fort. Wir sind also autonom in der Preisbildung, und die neue Weide und Ernte, die überdies sehr rentabel zu werden verspricht, ist der geeignete Zeitpunkt, mit einem zielbewußten Abbau der unnatürlichen Preise von unten auf, von den Urprodukten an, vorzugehen. Namentlich sind die Preise für alle Futtermittel (übrigens auch für Düngemittel) herunterzusetzen, damit ihnen eine entsprechende Senkung der Preise für tierische Erzeugnisse wie Milch, Butter, Käse, Eier, Fleisch, Wurst usw. folgen kann. Ebenso sind die Preise für Getreide und Kartoffelpräparate, für Bier, Spiritus usw. zu ermäßigen, teilweise auch aus dem Grunde, um die übermäßige Verarbeitung der Erzeugnisse zu teuren Genußmitteln und Dauerwaren zu verringern und die Frischware dem Lebensmittelmarkte zu erhalten Die Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis ist zu verringern.

Ein wichtiges Preisregelungsmittel hat das Reich dadurch in der Hand, daß es die sämtlichen Auslandszufuhren, besonders von Futtermitteln, die es monopolistisch besorgt, sehr billig, ja unter dem Einstandspreise auf den heimischen Markt bringt, um dadurch allgemein preissenkend zu wirken. Was das Reich dabei aus eigenen Mitteln zunächst zusetzen muß, bringt es dem Säckel der öffentlichen Verwaltungen von Heer und Flotte, Staat und Gemeinden, die die größten Verbraucher sind und deshalb die größten Einkäufe auf dem heimischen Markte zu machen haben, doppelt und dreifach durch diese zielbewußte Preissenkung mittels der ausländischen Konkurrenzangebote wieder ein.

Solch kombinierter Abbau der Teuerungspreise ist aber nicht nur eine Quelle großer Ersparnisse für den Fiskus, sondern auch ein gewaltiger sozialwirtschaftlicher Gewinn für die großen Massen, für die Kriegsfürsorgeorganisationen und für die zu immer neuen Teuerungszulagen genötigten Lohngeber. Das Geld würde wieder an Kaufkraft gewinnen und das deutsche Volk in breiten Schichten wieder leichter atmen. Was das für die Steigerung unserer inneren Kraft zum Durchhalten und für die Zerbröckelung der feindländischen Aushungerungspläne, der einzigen Grundlagen ihrer Siegeshoffnungen, bedeuten würde, bedarf keiner Erörterung. Damit ist zugleich die Wichtigkeit eines derartigen systematischen Wirtschaftsplanes für unsere Lebensmittelpolitik, der im einzelnen natürlich durch eine gute Polizei gegen Wucherer- und Nahrungsmittelschwindel zu verschärfen wäre, genügend gekennzeichnet. Er ist eine unerläßliche Ergänzung zu der geplanten neuen Verwaltungsorganisation. Eine neue, klug konstruierte Maschine ist natürlich wertvoll, man muß aber auch die Schienenstränge zweckmäßig ausrichten, damit die Maschine rasch und leistungssicher zum Ziele fahren kann.

Frankfurter Zeitung
8./10.1916

Deutscher Reichstag.

Die Kriegskreditvorlage. — Graf Röderns Antrittsrede. — Ernährungsfragen.

N **Berlin**, 7. Juni. (Priv.-Tel.)

Seit vormittag 10 Uhr sitzt der Reichstag beisammen. r will, wie das oft beim Schluß einer an Zeitverschwenung nicht armen Session geschieht, nun in einer Dauersitzung lles, was ihm vor der Vertagung zu erledigen noch obliegt, eute erledigen. Ob es gelingen wird, steht dahin und läßt ch zur Stunde noch nicht sagen. Denn zur Stunde sind nige kleine Gesetze, der Etat in dritter Lesung und die neue riegskreditvorlage schon abgetan, aber die Erörterungen der rnährungsfrage, die aus dem Etat des Reichsamts s Innern als ein besonderes Kapitel abgetrennt worden nd, beschäftigen den Reichstag seit Mittag. Diese Fragen er Volksernährung und des Durchhaltens sind in vielen, ielen Kommissionssitzungen gründlich behandelt worden. Es ird eine Anzahl von Resolutionen dazu vorgeschlagen, ie gedruckt in dem großen Format der Reichstagsdrucksachen völf Seiten einnehmen und meistens darauf hinauslaufen, aß der Reichstag diese oder jene Fragen dem parlaentarischen Beirat, der jetzt dem Kriegsernähungsamt angegliedert ist, zur weiteren Beratung übergeben oll. Ueber die Sitzung dieser Kommission hat Graf estarp heute im Reichstage allein drei Stunden referiert, nd eine Debatte, deren Ende auch jetzt, wo wir diese Zeilen hreiben, noch nicht abzusehen ist, hat sich darüber entspon-en. Herr v. Batocki ist anwesend. Er wird auch spre-en. Seltsam! Ein Diktator hat man diesen Präsiden-n des Kriegsernährungsamtes genannt, als er sich in dunkn Umrissen zeigte, er hat gegen den Namen protestiert, aber ine Befugnisse gehen weit, und er ist nur dem Reichstage rantwortlich. Inzwischen aber ist dieser Mann, der zum andeln bestimmt ist, vielleicht zur Ueberraschung manr, die es sich anders gedacht haben, in die große im Kriege Macht gewachsene Maschinerie der Volksvertretung hinngeraten. Und der Diktator muß reden und Erklärunn abgeben, stundenlang in Kommissionen, muß an Deatten teilnahmen, sitzt auch jetzt im Reichstag am Bundesratsch, wo sonst Leute mit diktatorischen Befugnissen nicht sitzen. ir Wissen nicht, ob er sich's anders gedacht hatte, aber eines issen wir, ihm wird wohl sein, und auch andere werden sich ren, wenn mit dem Schluß der parlamentarischen Session n einige Monate des bloßen Handelns bevorstehen, in nen allerdings der parlamentarische Beirat ihm zur Seite eibt.

Das Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden Reichsgebiet wurde einstimmig genehmigt, ebenso das riegskontrollgesetz, und zwar hat dabei die Reerung den bemerkenswerterweise von den Konservativen sgegangenen Antrag, der das Kontrollrecht des Reichsges stark vermehrt, angenommen, sich also einverstanden erirt, daß der Reichstag Einblick in die Verträge bekommt, elche Behörden und Kriegsgesellschaften seit Kriegsbeginn Lasten der Kriegskasse für Kriegszwecke abgeschlossen ben. Es gilt, dem Kriegsgewinn und dem Kriegsucher in die Karten zu sehen.

Der Etat ist schließlich gegen die Stimmen der beiden zialdemokratischen Fraktionen angenommen worden. Der geordnete Ebert hat die ablehnende Haltung der Partei begründet, daß auch die Konservativen, die in em Kampf gegen den Reichskanzler jetzt auf die taatsfeindlichkeit der Sozialdemokraten spekulieren, aus eser Motivierung wenig Gewinn ziehen können, zumal da eich darauf die sozialdemokratische Fraktion für die neue riegskreditvorlage von 12 Milliarden stimmte, die nn mit allen, gegen die wenigen Stimmen der Sozialdemotischen Arbeitsgemeinschaft genehmigt wurde. Dr. Landsrg hat das zustimmende Votum der Sozialdemokraten gründet, indem er die Auffassung seiner Freunde von Krieg d Frieden noch einmal darlegte, sich gegen die prompte urückweisung von Friedensvermittlungen im allgemeinen andte, in deutlichen Anspielungen auf Vorgänge der letzn Zeit daran erinnerte, daß die Scheiben, die von Politin eingeschlagen werden, von den Völkern bezahlt werden üssen und als das Kriegsziel seiner Partei präsenert, „daß wir nach dem Kriege mit den anderen großen ölkern ein selbständiges politisches und wirtschaftliches eben führen wollen". Nicht für einen Krieg bis zum allmeinen Zusammenbruch setzt sich die Sozialdemokratie ein, er dafür, das Deutschland gesichert ist und sich irtschaftlich entfalten kann. Dieses Ziel ist noch nicht ericht, und daher stimmte sie für die Kriegskredite. Als der ührer der Radikalen, Herr Haase, die Ablehnung dahin gründete, daß er und seine Freunde den Imperialismus cht unterstützen wollen, und daß das Volk den Krieg nicht ill, sondern eine Verständigung, trat ihm kurz der Staatsketär Helfferich entgegen. Das deutsche Volk wird h damit abzufinden wissen, daß es Leute gäbe, die den ampf gegen die kapitalistische Gesellschaft für wichtiger halen als den Kampf gegen den äußeren Feind und bei dieser altung den englischen Imperialismus nicht zu sehen einen.

Bei dieser kurzen Beratung der Kriegskreditvorlage hat h Graf Rödern als Schatzsekretär dem Reichstage vorestellt. Ein ruhiger, verständiger Redner, der vergleiende Mitteilungen über die monatlichen Kosten des Krieges r Deutschland und seine Feinde gab, verständigerweise als en erst ins Amt Getretener sich nicht auf die Entwicklung nes finanzpolitischen Programms einließ, die Stellung des chatzsekretärs im Reiche, wie sie tatsächlich ist, dadurch kennichnete, daß dieses Amt wie kein anderes auf das fortufende Zusammenarbeiten mit dem Bundesrat, mit den nzelnen Regierungen und mit dem Reichstage angewiesen t und mit den Finanzverwaltungen der Bundesstaaten. In iesem Zusammenhang erklärte er auch ganz offen, daß ihm ber den schweren Entschluß, Helfferichs Nachfolge zu übernehmen, die günstige Lage der Reichsfinanzen, vor allem aber er Umstand hinweggeholfen habe, daß er mit seinem Amtsorgänger, der nun Vizekanzler ist, in engster dienstlicher Verbindung bleibt, sodaß die bewährte Tradition einer Finanzpolitik fortgesetzt werden könne.

Die dann einsetzende Debatte über die Ernährungsrage ist bis in die siebente Abendstunde fortgesetzt worden, ohne zu Ende zu kommen. Das Thema ist grundlos, und es läßt sich tagelang darüber sprechen, obwohl neue Gedanken unmöglich zutage treten können. Die Redner aller Parteien haben mit Recht betont, daß der Aushungerungsrieg, den unsere Feinde über uns verhängen, weil sie mit den Waffen nicht zu siegen vermögen, für alle Zeit geschiert ist, nachdem wir die schwersten Monate hinter uns haben. Entbehrungen, wie sie eine über Erwarten schlechte Kriegsernte unbedingt zur Folge haben muß, müssen freilich auch weiter getragen werden. Sie werden auch im Interesse der Sache, der es gilt, gern getragen, wenn nur die Ueberzeugung besteht, daß die allgemeine Not nicht wucherisch ausgebeutet werden kann. In dieser Beziehung ist allerdings vielfach gesündigt worden, und die Schärfe, mit der der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann dieses Thema behandelte, führte einen scharfen Zusammenstoß mit dem Staatssekretär herbei, der zugab, daß die Behörden im einzelnen Fehler begangen haben mögen, aber mit Nachdruck hervorhob, daß die Hauptschwierigkeiten unserer Lage eben natürliche Ursachen haben, und daß die Behörden den besten Willen haben, Mißstände zu beseitigen, um die Allgemeinheit zu befriedigen. Herr v. Batocki hat in dieser Beziehung die besten Absichten. Er ist, wie sich aus seinen Ausführungen ergibt, ein schwer beschäftigter Mann, der im Reichstage gewissermaßen nur seine Besuchskarte abgibt und einstweilen nur das Dringendste angeordnet hat, um die Zucker- und Kartoffelfrage in Ordnung zu bringen, im übrigen aber im Lande umherreist, um sich überall an Ort und Stelle zu orientieren, und dessen nächste Aufgabe auf ein Einvernehmen mit den süddeutschen Regierungen gerichtet ist, damit den in das gemeinsame Wirtschaftsgebiet des Reiches noch dazu in dieser gemeinsamen Leidenszeit des Krieges nicht passenden Ausfuhrverboten der Einzelstaaten ein Ziel gesetzt wird. Den Respekt vor der Volksvertretung will er dadurch bekunden, daß er, wenn nötig, die Nachtstunden zu Hilfe nehmen will, um die Debatten des Reichstages zu lesen, obwohl das nicht nötig erscheint, da er sie durch den parlamentarischen Beirat sicher noch einmal zu hören bekommen wird. Es macht aber einen guten Eindruck, und wenn Herr v. Batocki es als sein Ziel bezeichnet, auf dem Gebiete der Ernährung endlich dauernde Verhältnisse zu schaffen, die nicht von heute auf morgen wieder beendet werden müssen, so findet er auch darin Zustimmung. Man muß abwarten, was dabei herauskommt. Morgen hofft man wirklich die Debatte zu Ende zu führen. Dann steht der Vertagung bis zum Herbst nichts mehr im Wege.

*

(Schluß des Berichts aus dem Ersten Morgenblatt.)

In der Beratung des Berichts der Kommission über

die Ernährungsfrage

wird fortgefahren.

Abg. **Hoffmann**-Kaiserslautern (Soz.): Unter der Zensur gedeihen Völkerverhetzungen und Nahrungsmittelwucher am besten und deshalb muß hier Remedur einsetzen. Der Lebensmitteldiktator soll nun helfen, aber wir glauben daran nicht. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes untersteht der Kontrolle des Reichstages, und auch der Bundesrat hat seine Macht nicht aus der Hand gegeben. Fest steht, daß der Diktator kein Diktator ist, und das ist gut so, denn neben dem Reichstag ist kein Diktator möglich. Der neue Präsident soll Großgrundbesitzer und konservativer Agrarier sein, also nicht eben eine sehr große Empfehlung. Aber wir werden abwarten, was er tut. Wir begrüßen ihn jedenfalls mit offenem ehrlichem Mißtrauen, und es wird sich zeigen müssen, ob Herr Batocki den Mut findet, gegen die Produzenten vorzugehen, was seine Vorgänger unterlassen haben. Preußen und Bayern haben auch im neuen Kriegsernährungsamt die Vertretung ihrer dezentralistischen Politik. Auch die Regelung des Verhältnisses des Kriegsernährungsamtes zum Militär befriedigt uns nicht. Der Kriegsminister ist nicht nachgeordnet, sondern nebengeordnet, und auch nicht gehalten, die Anordnungen des neuen Präsidenten unbedingt zu folgen. Der Reichstag darf zwar reden, aber man hört nicht auf ihn. Wäre man dem Wunsche des Reichstages gefolgt, so wäre alles viel besser. Bis jetzt ist etwas Großes nicht geleistet worden, und auch, was über

Massenspeisungen

in den Zeitungen mitgeteilt ist, ist nicht das, was wir verlangen. Hier muß im großen Maßstabe vorgegangen werden. Bei den Massenspeisungen darf auch nicht wieder nach Klassen unterschieden werden, es könnte nichts schaden, wenn in der Volksküche die Kommerzienrätin zusammensitzen müßte mit der Arbeiterfrau. Der Klassenkampf hört von selbst auf, wenn die Klassen aufhören. (Sehr richtig!). Er hört auf, wenn Arbeiter und Junker gleich nützliche und gleich berechtigte Glieder der Gesellschaft sind. (Sehr richtig!) In den Etappen und Garnisonen wird gar häufig eine Verschwendung mit Menschen getrieben, und deshalb sollte man den Städten ihre tüchtige Beamten nicht wegnehmen. Denn die Städte haben die wichtigsten Aufgaben. Die Reichsregierung muß in die Produktion selbst eingreifen. Die Kriegsgewinne der Zuckerfabriken und Konservenfabriken sind bekannt. Die Vereinigten Pommerschen Meiereien erzielten 200 Prozent Gewinn, das ist doch ein schädlicher Wucher. Die Staatsregierung muß in der entschiedensten Weise gegen diese Geschäfte vorgehen und dem Skandal ein Ende machen. Je geringer die Vorräte, um so besser muß die Vorsorge und Organisation sein. Die Kartoffelversorgung hat ein typisches Beispiel gezeigt, wie Geld verdient wird, und wie wie man die vaterländische Gesinnung in den Hintergrund drängt. Die Strafen sind für Wucher viel zu gering. (Sehr richtig!) Nicht nur verbotener Wucher wird getrieben, sondern auch erlaubter. Es ist Wucher, wenn jetzt ein Ei 35 Pfg., ein Hering 45 Pfg. kostet. Solche Preise bedeuten die schamlose Ausbeutung der Arbeiterschaft. Die Hauptschuld daran trägt die Reichsregierung, denn sie hat mit großer Untätigkeit zugesehen. Die Gerstenverwertungsgesellschaft ist eine kapitalistische Räubergesellschaft. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie hat einen Reingewinn von 5000 Prozent gehabt. (Hört, hört!) Ist es dann genug damit getan, daß diese Gesellschaft vier Millionen oder noch mehr Kriegsanleihe zeichnen konnte? Da muß man sagen, was haben wir noch für ein Recht, über die amerikanischen Kriegslieferanten uns zu beschweren? (Sehr richtig!) Die amerikanischen Kriegslieferungen beuten wenigstens die fremden Völker aus, die Deutschen ihre eigenen Volksgenossen. (Vizepräsident Paasche bittet den Redner, solche Ausführungen zu unterlassen. Er könne das nicht zugeben. Lärm bei den Sozialdemokraten. Geyer ruft: Sie unterstützen diesen Wucher. Vizepräsident Paasche: Ich rufe den Abgeordneten Geyer zur Ordnung. Ich kann es nicht dulden, daß hier solche Kritik ausgeübt wird, und ich kann es auch nicht zulassen, daß solche Ausführungen hier gemacht werden.) Ich habe festgestellt, welche Gewinne hier gemacht werden. Die Kriegsledergesellschaft hat einen Gewinn von 17 Millionen, auf die großen Gewinne der Gerstenverwertungsgesellschaft und der Pommerschen Meierei habe ich schon hingewiesen. Ich möchte die Namen der Gründer dieser Kriegsgesellschaften kennen lernen. Auch die landwirtschaftliche Bevölkerung muß sich größere Entbehrungen auferlegen und muß in den allgemeinen Wirtschaftsplan einbezogen werden. (Zurufe rechts: Das geschieht ja!) Nein, das geschieht nicht! Die Landwirte decken zunächst ihren Bedarf, dann erst kommt die Allgemeinheit daran. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat auch in der Kommission erklärt, daß den landwirtschaftlichen Bevölkerungskreisen auch die Entbehrungen auferlegt werden müßten, und als er das tat, ist sofort von den Rechten Widerspruch gekommen. Das ist charakteristisch. Die Bauern müssen doch so verständig sein, den seit 22 Monaten schwer leidenden städtischen Volkskreisen etwas abzugeben. Die Situation ist sehr ernst. Im preußischen Abgeordnetenhause hat Herr Kreth von dem gemeinsamen Durchhalten und Zusammenhalten gesprochen, und gleich darauf hat er eine Erhöhung der Kartoffelpreise verlangt. (Hört, hört!) Das ist doch eine wahre Verhöhnung. (Lebhaftes sehr richtig.) Das sittliche Werturteil ist durch den Kapitalismus beeinträchtigt worden, da muß die Regierung eingreifen. Das freie Spiel der Kräfte muß außer Kraft gesetzt und

alles muß staatlich reguliert werden.

Für alle Produkte müssen Höchstpreise festgesetzt werden. Wir verlangen Beschlagnahme aller Nahrungsmittel zu einer gerechten Verteilung. Eine große Anzahl der wichtigsten Nahrungsmittel sind heute noch frei. In der sozialistischen Gesellschaft wäre der Wucher nicht möglich. Heute wird vielfach gesagt, die Kriegswirtschaft sei sozialistische Wirtschaft. Das stimmt nicht. Die Kriegswirtschaft hat mit unseren Anschauungen nichts zu tun. Wohl ist manches dadurch gestützt worden, was wir immer behauptet haben. Nicht nur die Regierung trägt die Schuld an dem heutigen Zustand, sondern auch die bürgerlichen Parteien sind Mitschuldige. Ein sächsischer Minister hat offen geklagt, daß mit den Preußen nicht auszukommen ist. Der sächsische Minister erklärt, gegen die Präsidialmacht sei nicht aufzukommen. Preußen herrsche und das heißt, die Junker herrschen. (Sehr richtig.) Ich weiß, daß das gegen den Burgfrieden ist, aber wer pfeift mehr auf den Burgfrieden als die Junker. (Sehr richtig.) Bei den Junkern gibt es kein Verständnis für eine Wahlrechtsreform und aus wirtschaftlichem Egoismus werden Brot und Kartoffeln verteuert. (Sehr richtig.) Ich richte an die Staatsregierung die energische Bitte, dafür zu sorgen, daß Ruhe im Lande bleibt, und das kann nur geschehen, wenn die vorhandenen Mißstände nach unserem Wunsch sofort abgestellt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich wende mich gegen die Ausführungen, als ob ich mich irgend wo zur persona grata machte. Ich weise das zurück. Der Vorredner hat erklärt, die Regierung soll für Ruhe sorgen. Mit solchen Reden, wie es der Vorredner getan hat, wird die Ruhe nicht hergestellt (lebhafte Zustimmung). Der Oberpräsident v. Batocki ist nicht anwesend, weil er zu wichtigen Sitzungen hat gehen müssen, und ich glaube die wichtige praktische Arbeit ist notwendiger als die besten Parlamentsreden, womit ich nicht sagen will, daß ich die Rede des Vorredners meine (Große Unruhen bei den Sozialdemokraten). Wir haben kein Beispiel für die Kriegsernährung. Es ist von der Regierung alles geschehen. Irgend welche Fahrlässigkeit liegt nicht vor. Die Schwierigkeiten, wie sie bestehen, die uns Entbehrungen auferlegen, beruhen keineswegs ausschließlich auf dem Mangel an Organisation. Der wohlhabende und reiche Mann lebt durchaus nicht mehr so wie vor dem Kriege (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Das kann ich Ihnen sagen, daß von meinem Tisch die Butter seit Monaten verschwunden ist. Die Maßnahmen die jetzt durchgeführt werden durch Brot- und Butterkarte und Fleischkarte, verteilen die Entbehrungen durchaus gleichmäßig. Ich behaupte, daß noch in keinem Weltkrieg die Entbehrungen so gleichmäßig verteilt worden sind. Es ist durchaus richtig, daß auf dem Lande die Dinge günstiger liegen als in den Städten, aber liegt das nicht in der Natur der Dinge? Wenn sie dem Landwirt alles nehmen, hört er auf zu produzieren, dann verhungern einfach die Städte. Das sind Rücksichten, die wir uns auferlegen müssen. Es sind eben allgemeine Rücksichten. Wenn Sie das Volk über die Verhältnisse belehren wollen, dann denken Sie an unsere Ernteverhältnisse. Wir sind über die schwierigsten Dinge hinüber. Die Zurückhaltung kann heute fallen. Der

Aushungerungsfeldzug ist gewonnen,

wenn die nächsten Wochen auch noch schwer sein werden. Bis jetzt konnten wir nicht darüber sprechen. Wenn man unserem Volk offen hätte sagen können, wie es eigentlich steht, dann wäre mancher Irrtum verhütet worden, manche Erbitterung wäre nicht aufgekommen, aber Rücksichten auf das Ausland verboten es uns. Wir verbrauchen rund 18 Millionen Tonnen Brotgetreide im Jahre, 16 Millionen produzieren wir im eigenen Lande und zwei Millionen haben wir importiert. Die Ernte hat noch keine 12 Millionen Tonnen betragen, also nur zwei Drittel unseres Bedarfs, und da ergaben sich eben Schwierigkeiten. Bei Hafer haben wir 1913 9½ Millionen Tonnen gehabt, 1914 noch keine 9 Millionen und 1915 noch nicht 6 Millionen. Dazu kam der Wegfall der gewaltigen Einfuhr. Wer will behaupten, daß Entbehrungen, wie sie heute das deutsche Volk durchmacht, überhaupt zu vermeiden waren. Auch in normalen Zeiten hätten wir bei der schlechten Futtermittelernte im vorigen Jahre eine Fleischnot gehabt. Das hat mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung nichts zu tun. Das Wetter werden Sie auch in Zukunft nicht staatlich regulieren können. Also das sind rein tatsächliche Verhältnisse, auf die wir nicht einwirken können. Was geleistet worden ist, wird in der Geschichte als eine der größten Taten anerkannt werden. Jetzt schweigen Sie. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ich werde Sie nicht zum zweiten Male provozieren, weil Sie das nicht vertragen. Ich möchte Sie bitten, bei ihrer Beurteilung dieser durch keine menschliche Macht zu ändernden Verhältnisse gebührend berücksichtigen zu wollen, nicht nur hier im Hause, sondern auch nach außen hin. Auch Sie haben daran Interesse, daß die Ruhe im Lande aufrechterhalten bleibt und daß die Bevölkerung trägt, was nicht abzuwenden ist. Was abzuwenden ist, das werden wir tun. (Lebhafter Widerspruch bei einzelnen Sozialdemokraten.) Sie würden es vielleicht besser machen, aber daß wir unser Bestes tun, das können Sie uns glauben. Wenn Sie solche Reden halten, dann nützen Sie der Ruhe und den gemeinsamen Zielen, die wir erstreben, nicht. Sie erklären, die pommerschen Molkereien hätten 200 Prozent verdient, weil sie bei 100 000 Mark eingezahltem Kapital 200 000 Mark verdient hätten. Mit diesen Behauptungen zeigen Sie ja, daß Sie von den elementarsten Verhältnissen bei solchen Gesellschaften keine Ahnung haben. Es kommt doch dabei nicht auf das eingezahlte Kapital noch auf die Anteile an, genau so wenig, wie das bei Ihren Konsumvereinen der Fall ist, sondern auf den Umsatz, den ich bei der Gesellschaft nicht genau kenne. Also wenn Sie solche Behauptungen aufstellen, ohne die Verhältnisse von allen Seiten zu prüfen, sind sie hohl und leer. Ich möchte an Sie den Appell richten, draußen der Bevölkerung eine rein objektive Schilderung zu geben, da nützen Sie dem gemeinsamen Ziel, dem auch Sie zustreben, mehr, als durch solche Reden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Hoff** (Fortschr. Vpt.): Die Abwesenheit des Herrn Batocki beweist, daß der Reichstag nicht nach Gebühr eingeschätzt wird. Weite Kreise unseres Volkes müssen Entbehrungen tragen, aber die sind unvermeidlich. Wir müssen nur verlangen, daß sie so leicht wie möglich gemacht werden. Das sind zum Teil die Folgen der natürlichen Ursachen, die der sozialdemokratische Redner nicht genügend würdigt. Die Ernte war schlecht, und der Bedarf an Nahrungsmitteln ist durch den Krieg gestiegen. Mängel der Organisation sind hinzugekommen und die geben viel Anlaß zur Kritik. Den Kriegswucher verurteile ich aufs schärfste. Er ist zeitweise merkwürdig niedrig bestraft worden. Der Landwirtschaft als solcher darf nicht der Vorwurf des Wuchers gemacht werden. Alle Maßnahmen des Reiches sind zu spät getroffen worden. Mit der Schaffung des Kriegsernährungsamtes wird endlich der Schritt zur einheitlichen Regelung der Ernährungsfragen gemacht und wir hoffen, daß sie sich bewähren werde. Wir stehen vor ein paar schweren Wochen, aber das Notwendigste muß herangeschafft werden, und wenn auch ein Eingriff in unser Kapital erfolgt.

Die Schranken der Ausfuhrverbote

müssen verschwinden. Das sind Zustände gewesen, die schon längst hätten beseitigt werden müssen. (Sehr richtig!) Es kann nicht den unteren Verwaltungsorganen freigestellt werden, aus sich solche Maßnahmen zu treffen. Darüber darf nur einheitlich geurteilt werden. Unser Heer darf nicht leiden. Aber es sind doch an vielen Stellen durch die Einkäufe des Heeres große Mißstände geschaffen worden. Die Beschaffung des Heeresbedarfs muß sichergestellt werden. Aber die Beschaffung muß einheitlich durch die Zivilverwaltung geschehen. Es muß weiter für eine angemessene Preisfestlegung der notwendigen Lebensmittel gesorgt werden. Die Höchstpreise sind viel zu spät eingesetzt. Man hat sie erst geschaffen, als die Preise in die Höhe getrieben waren. Wir haben viel zu hohe Preise, und wenn diese Preise noch weiter bestehen bleiben sollten, so haben wir nicht nur eine Auspowerung der Arbeiter, sondern auch der Beamtenschaft und des ganzen Mittelstandes. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn hier eingegriffen wird, so werden Sie ein dankbares Volk haben. Für eine weitgehende Massenspeisung sind wir bereit Mittel zu bewilligen, und wir billigen es auch, daß zu diesen Zwecke 100 000 Tonnen Brotgetreide zur Verfügung gestellt werden. Es muß nur planmäßig dabei verfahren werden. Ein Scheitern dieser Aktion würde außerordentlich unangenehm sein. Es dürfen sich hier die Polonäsen nicht wiederholen. An der Kartoffelversorgung muß man die bitterste Kritik üben. Es ist wirklich furchtbar, was hier gesündigt worden ist. (Sehr richtig!) Hier kann nur rücksichtslose Energie helfen. Der wichtigste Punkt ist der, wie wir uns für die nächste Zeit die Versorgung des deutschen Volkes denken. Der Fleischkonsum muß eingeschränkt werden. Aber auch der Brotkonsum ist doch schon wesentlich eingeschränkt, und für die Dauer ist die Knappheit von Brot und Fleisch nicht haltbar. Ich halte es für sehr viel weniger bedenklich, nach einer guten Ernte eine angemessene Erhöhung der Brotrationen vorzunehmen. Die Bestandsaufnahme für Fleisch muß auch auf die Haushaltungen ausgedehnt werden. Das ist aus Gerechtigkeitsgefühl heraus dringend notwendig. Wem es um den innerren Frieden zu tun ist, der hat doch ein dringendes Interesse daran, zu klären, wo die Fleischmengen sitzen, ganz gleich, was dabei praktisch herauskommt. Der Wildabschuß muß ganz anders organisiert werden. Wenn Sie ahnten, welche Erbitterung durch das Ueberhandnehmen des Wildes erzeugt worden ist, Sie hätten es nicht dulden können. Die Ernte muß geschützt werden. Was ist es für eine lächerliche Verhöhnung zu sagen, die Ernte würde ja geschützt. Wir können es nicht dulden, daß Rudel von Hirschen und Rehen unsere Ernte vernichten. Hier wird es sich auch zeigen, ob das Kriegsernährungsamt ernst macht. Hier kann es sich zeigen, ob man durchgreift. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn das nicht geschieht, dann können wir allerdings kein Vertrauen haben. Schon im vorigen Jahre haben wir einen Antrag eingebracht. Der preußische Landwirtschaftsminister hat es nicht für notwendig gehalten, auch nur einen Bericht über die Anordnungen einzuholen. Dabei ist der Landwirtschaftsminister von der Rechten gestützt worden. (Zuruf links: Das ist die Bauernpolitik der Konservativen!) Durch Bundesratsverfügung muß der Abschuß des Wildes einfach erzwungen werden. Man hat gesagt, man könne nicht in Privatäcker eingreifen. In der Zeit, wo unsere Söhne auf den Schlachtfeldern stehen, wo dem Bauer sein Vieh aus dem Stall gezogen wird, da werden wir doch verlangen können, daß das Wild abgeschossen werde. Da gibt es keinen Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Maßnahmen des Herrn v. Batocki

über die Freigabe des Futterzuckers für die Volksernährung billigen wir durchaus. Die menschliche Ernährung steht in erster Linie. Unsere Futtermittel haben wir unrationell verwendet. Damit muß gebrochen werden. Wir können jetzt nicht genau so viel Vieh halten wollen, wie wir es in Friedenszeiten konnten, denn dafür gefährden wir die Ernährung mit Brotgetreide. Wenn wir die richtigen Maßnahmen ergreifen, werden wir unser Ziel erreichen. Ich habe die feste Hoffnung, daß die Ernährung des deutschen Volkes sich im nächsten Jahre besser gestalten wird als jetzt. (Zustimmung.)

Leiter des Kriegsernährungsamtes **Oberpräsident v. Batocki**: Ich teile diese Hoffnung, daß wir im nächsten Erntejahr besser dastehen werden als jetzt. Ich habe mit Bedauern gehört, daß meine Abwesenheit bemängelt worden ist. Wir haben aber eine wichtige Sitzung gehabt, um die Ernährung der schwerarbeitenden Bevölkerung sicherzustellen, und ich kann auch morgen nicht hier sein, weil ich nach München fahren muß, um die Frage der Ausfuhrverbote zu regeln. (Beifall.) Ich gebe das Versprechen, wenn es nötig ist, die Nachtstunden zu Hilfe zu nehmen, um die Reden, die hier gehalten werden, zu studieren. (Große Heiterkeit.) Vom meinem Standpunkt aus bin ich spät gerufen worden. Ich bin zwar dankbar dafür, daß ich mich länger meiner Lebens-

Vossische Zeitung
8. VI. 1916

eitung. 1916
8. Juni

Das Oberschätzungsamt Groß Berlin.

Verständigung zwischen Regierung und Abgeordneten.

Nach den letzten Beschlüssen der Kommission des Abgeordnetenhauses bestand eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen der Kommission und der Regierung nur noch über einen Punkt. Nach den Wünschen der Regierung sollte dem Obervorsteher des für den Bezirk des Verbandes Groß-Berlin bestimmten Oberschätzungsamtes das Recht zustehen, jederzeit den Vorsitz in den Sitzungen der einzelnen kommunalen Schätzungsämter des Verbandes zu übernehmen. Die Kommission hat ihm jedoch nur das Recht eingeräumt, jederzeit den Sitzungen der Schätzungsämter des Verbandsbezirkes beizuwohnen. Diesen Beschluß hatte die Regierung für unannehmbar erklärt.

Um eine Verständigung herbeizuführen, war eine aus je einem Vertreter aller Fraktionen gebildete Unterkommission eingesetzt, die nunmehr unter Zustimmung der Regierung sich auf einen von dem fortschrittlichen Mitgliede gestellten Antrag geeinigt hat. Hiernach hat der Obervorsteher das Recht, in ihm wichtig erscheinenden Fällen den Vorsitz bei der Festsetzung der Schätzungen mit Stimmrecht zu führen. In den Fällen, in denen er den Vorsitz führt, soll außer den erforderlichen Schätzern auch der Vorsteher des Schätzungsamts an der Festsetzung mit Stimmrecht teilnehmen.

Der Vertreter der Regierung gab die Erklärung ab, er verkenne nicht, daß in dem Antrage immerhin die Einheitlichkeit der Schätzungsämter gewahrt wird, sie ist auch davon durchdrungen, daß es eine erhebliche Konzession an die Wünsche der Kommission bedeute, daß nur in wirklich wichtigen Fällen der Obervorsteher von dieser Befugnis Gebrauch macht. Sie sei damit einverstanden, daß er nur in wichtigen Fällen den Vorsitz übernehmen soll, lege aber Wert darauf, daß nicht die Schätzungen nachher angefochten werden oder auch nur Streitigkeiten entstehen können oder daß fort und fort Klagen der einzelnen Vorsteher der Schätzungsämter an die Beschwerdeinstanzen darüber kommen, daß der Fall der Wichtigkeit nicht vorgelegen habe. Deshalb müsse sie Gewicht darauf legen, daß der Vorsteher des Oberschätzungsamtes selbständig und ausschließlich darüber zu entscheiden hat, ob der Fall der Wichtigkeit vorliegt. Das sei durch die Fassung des Antrages gewahrt. Er allein habe darüber zu entscheiden, und insofern seien die sonst zu befürchtenden Streitigkeiten ausgeschlossen. Beim Erlaß der Ausführungsbestimmungen werde natürlich der Grundsatz des Antrags durchaus beachtet werden. Die Regierung werde darauf hinweisen, daß nur in wirklich wichtigen Fällen von dem Recht Gebrauch gemacht werden kann und daß die Wichtigkeit nicht nur aus der Größe des Objekts hervorgeht oder in der Schwierigkeit der Schätzung an sich liegt, sondern daß sie auch darin liegen kann, daß etwa der Obervorsteher die Beobachtung gemacht hat, daß die Schätzungen eines bestimmten Schätzungsamtes zu Beanstandungen Anlaß geben, sodaß er also aus Kontrollgründen von seinem Recht Gebrauch macht. Jedenfalls werde in den Ausführungsbestimmungen darauf hingewiesen, daß er nur in wirklich wichtigen Fällen den Vorsitz übernimmt und auch dann nur in einer Form, daß nichts Verletzendes für den Vorsteher in dessen Ausschaltung liegen darf. Infolgedessen werde dem Obervorsteher aufgegeben werden, schon vorher die Vorsteher des kommunalen Schätzungsamtes davon zu benachrichtigen, daß er in der und der Sitzung und in den und den Fällen den Vorsitz übernimmt. Weiter werde ihm empfohlen werden, in solchen Fällen auch schon an den Vorverhandlungen, besonders an der Ortsbesichtigung teilzunehmen, sodaß er vollständig in der Lage ist, materiell mit bestem Erfolg die Schätzung abzugeben. Dadurch daß der Vorsitzende des kommunalen Schätzungsamtes, wenn ihm der Vorsitz abgenommen wird, in dem Kollegium der Schätzer bleibt, werde ein weiteres Gefühl der Bitterkeit beseitigt, er werde das dann umso weniger als eine Zurücksetzung empfinden. Der Staatsregierung erscheine der Antrag annehmbar.

Deutscher Reichstag.

61. Sitzung, 7. Juni. (Fortsetzung.)

Nach Erledigung des Etats in dritter Lesung begann der Reichstag mit der Beratung des Berichts des Haushaltsausschusses über

Ernährungsfragen.

Graf **Westarp** berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Er schließt seinen fast dreistündigen Bericht mit der beifällig aufgenommenen Feststellung, daß der kritische Zeitpunkt überwunden und damit der Aushungerungsplan für dieses Erntejahr gescheitert ist. Damit aber ist der Plan überhaupt gescheitert, denn ungünstiger als sie in diesem Jahre lagen, können die Verhältnisse nicht mehr liegen. (Beifall.)

Abg. **Matzinger** (Ztr.): Unsere Truppen draußen sollen es wissen, daß der Ernährung wegen der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden braucht. Während die süddeutschen Ueberschußgebiete bald zu rationieren anfingen, hat man das in den Zuschußgebieten, z. B. in Norddeutschland, erst viel später getan, als die Not begann, und darum hat man hier die Butter- und Fleischpolonaisen. Die offene Aussprache ist nützlich, sie beruhigt das Volk und zeigt dem Ausland, daß die Erwartung, uns aushungern zu können, fehlschlägt. Das können wir ruhig sagen, auch im Hinblick auf die neue Ernte. (Beifall.) Hätte man unseren Wünschen gemäß schon früher eine Zentralstelle für die Volksernährung geschaffen, so hätte man viel Unangenehmes vermieden. Unsere staatsrechtlichen Bedenken gegen die Errichtung des Kriegsernährungsamtes stellen wir zurück um der Sache willen. Daß wir bei Kriegsbeginn wirtschaftlich vollkommen ungerüstet waren, beweist schlagend, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt hat. Wir wünschen die Zuziehung von Vertretern der norddeutschen Großlandwirtschaft und der süddeutschen Kleinwirtschaft zum Vorstand des Kriegsernährungsamts. Die Gerstenverwertungsgesellschaft erzielt entschieden zu hohe Gewinne. Die Z. E. G. hat sich so ziemlich bewährt, sie sollte dafür sorgen, daß die Donauwasserstraße bis in die bayerischen Umschlaghäfen verlängert wird. (Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki wohnt mit dem Präsidenten der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Michaelis der Beratung bei.) Warum sitzen die Zentralstellen alle in Berlin? Es sollte nicht alles in einer einzigen Stadt konzentriert werden. Es ist gewiß berechtigt, daß Herr v. Batocki sich in den nächsten Wochen besonders um die Konsumenten kümmern will, aber auch die Erzeugung darf nicht vergessen werden, sonst wird aus dem Ernährungsamt ein Verzehrungsamt. Unbegreifliche Fehler sind gemacht worden, man hat unbekümmert das Milch- und Jungvieh abgeschlachtet und die Konservenfabriken schrankenlos arbeiten lassen. Die sprunghaften Preisänderungen erschüttern die ganze Wirtschaft. Die Viehzählung beweist aber schon eine erfreuliche Vermehrung besonders der Schweine- und Schafbestände. Nun muß aber rationelle Bewirtschaftung getrieben werden. Die vielfosen Wirtschaften dürfen nicht zahlreicher, der zum Obsteinkochen nötige Zucker muß herangeschafft werden. Man müßte endlich den Gebrauch des Sacharins erleichtern. Das Gemüse darf nicht zu teuer werden, sonst kann der kleine Mann es nicht kaufen. Die bayerische Gerstenverwertungsgesellschaft sollte man weiter bestehen lassen. Der Süden ist schlecht gestellt mit Ersatz-Kraftfuttermitteln. Es ist unberechtigt, der Landwirtschaft vorzuwerfen, daß sie bei der Volksernährung versagt habe. Wir sind ein einig Volk im Siegeswillen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Hoffmann-Kaiserslautern** (Soz.): Für die Volksernährung wäre es besser gewesen, wenn der Burgfriede nie bestanden hätte. Unter seinem und dem Schutze der Zensur befinden sich die Kriegswucherer am besten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die vielen Zentralen und Gesellschaften haben nicht Beruhigung, sondern Erbitterung, nicht Ordnung, sondern Anarchie geschaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn ich die Wahl habe, ziehe ich der Anarchie den Diktator vor. Glücklicherweise ist der Präsident des Kriegsernährungsamts kein Diktator, sondern er untersteht der Kontrolle des Reichstags. Wir begrüßen Herrn v. Batocki

mit offenem und ehrlichem Mißtrauen

und warten seine Taten ab. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir rechnen darauf, daß er einer beutegierigen Ernährungsindustrie und einem profitgierigen Agrariertum entgegentreten wird. (Beifall b. d. Soz.) Es scheint allerdings, daß der Diktator sich jetzt schon diktieren läßt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der parlamentarische Beirat muß dem Kriegsernährungsamt organisch angegliedert und in allen Fragen gehört werden, aber nicht nach, sondern vor der Entscheidung des Präsidenten. (Beifall b. d. Soz.) Bisher hat die Regierung den Willen des Reichstags fortwährend mißachtet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Vor allem verlangen wir von dem Kriegsernährungsamt die Beseitigung aller Sperrmaßnahmen der einzelnen Bundesstaaten, Kreise und Gemeinden. Draußen kämpfen die deutschen Stämme in Not und Tod vereint, daheim aber streiten sie sich um die Nahrungsmittel. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das ist ein unerträglicher Zustand. (Lebh. Zustimmung.) Wir sind Freunde der Massenspeisung, aber man darf ihre Wirkung nicht überschätzen. Sie bedeuten eine bessere Verteilung, aber keine Vermehrung der Nahrungsmittel. Bedauerlich ist, daß auch in dieser Zeit diese Frage unter Klassengesichtspunkten beurteilt wird. Und da verlangt man von uns die Aufgabe des Klassenkampfes. Der Klassenkampf wird verschwinden, wenn die Klassen verschwinden, wenn der Junker und der Arbeiter gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft geworden sind. Gegen die Lebensmittelwucherer und Nahrungsmittelfälscher wird mit geradezu unverständlicher Milde und Nachsicht verfahren. Wird wirklich einmal eine Geldstrafe von 5000 Mark verhängt, so kann man sicher sein, daß Hunderttausende verdient sind. 35 Pfg. für ein Ei oder 45 Pfg. für einen Hering sind Wucherpreise, sind eine schamlose Ausbeutung des Volkes. (Zustimmung b. d. Soz.) Und die Regierung läßt alles geschehen, wie sie es jetzt geschehen läßt, daß das ganze Gemüse von Kapitalisten und Konservenfabriken bereits aufgekauft ist. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wie konnte die Regierung zulassen, daß die Kriegsledergesellschaft 60—70 Millionen Ueberschuß machen konnte? Das ist doch Ausbeutung allerschlimmster Art. (Stürm. Zustimmung b. d. Soz.) Man sage nicht, daß der Ueberschuß in die Reichskasse fließt. Die Kriegsgesellschaften sind gegründet worden, um auf diese Weise das Volk mit indirekten Steuern allerschlimmster Art zu belegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Noch schlimmer stehen die Dinge bei der Gerstenverwertungsgesellschaft. Sie wurde vor 7 Monaten mit 300 000 M. Aktienkapital gegründet. Sie konnte diese Summe bis heute auf 15 Millionen steigern. (Hört! Hört! b. d. Soz.) 4 Millionen wurden in Kriegsanleihe angelegt und 11 Millionen als Gewinn unter die 26 Gründer verteilt. (Stürm. Hört! Hört! b. d. Soz.) Wir verlangen die Bekanntgabe der Namen der Gründer dieser kapitalistischen Räubergesellschaft. (Große Unruhe im Hause. — Staatssekretär Dr. Helfferich schlägt in großer Erregung auf den Tisch. — Die Sozialdemokraten stimmen dem Redner stürmisch zu.) Wollen Sie bestreiten, Herr Staatssekretär, daß das eine skandalöse Wirtschaft ist? Die Vereinigten Pommerschen Meiereien haben 1915 bei einem Aktienkapital von 100 000 M. einen Kriegswuchergewinn von 200 Prozent erzielt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Woher nehmen wir noch den Mut, über die skrupellosen amerikanischen Kapitalisten zu schelten? Die beuten im Kriege fremde Völker aus, die deutschen Kapitalisten aber ihr eigenes Volk. (Stürm. Beif. b. d. Soz. — Gr. Lärm im Haus.)

Vizepräsident Dr. **Paasche:** Ich bitte, nicht solch scharfe Urteile zu fällen. (Großer Lärm b. d. Soz. — Zurufe b. d. Soz.: Sie nehmen diese Gesellschaften noch in Schutz? — Wachsende Erregung im Hause.) Ich kann nicht zulassen, daß in dieser Weise ganz allgemein von den „deutschen Kapitalisten" gesprochen wird. (Sehr richtig! b. d. bürgerl. Parteien. — Lärm und Zurufe b. d. Soz.: Schlimm genug, daß so etwas gesagt werden mußte.)

Abg. **Geyer** (Soz. Arb.): Sie unterstützen den Wucher! — Lärm b. d. bürgerl. Partein. — Zuruf rechts: Frechheit!)

Vizepräsident Dr. **Paasche:** Ich rufe den Abg. Geyer zur Ordnung. (Beifall.) Es liegt nicht im Interesse des Landes, wenn solche Reden hier gehalten werden. (Zuruf b. d. Soz.: Lassen Sie ihn nur ruhig reden!) Ich habe das Recht, den Redner darauf aufmerksam zu machen, solche Uebertreibungen im Interesse des Landes lieber zu unterlassen. (Widerspruch und Lärm b. d. Soz.) Ich werde jedenfalls eine solche Kritik nicht zulassen. Der Redner kann sich ja beschweren.

Abg. **Hoffmann** (fortfahrend): Der Kleinhändler wird wegen Ueberschreitung jeder Polizeivorschrift bestraft, diese Wuchergewinne von 200 v. H. bei den Vereinigten Pommerschen Meiereien oder 5000 v. H. bei der Gerstenverwertungsgesellschaft aber bleiben ungestraft. Kein Wunder, daß das Volk nicht mehr an Gerechtigkeit glaubt. Auf den Tischen der Reichen finden sich nach wie vor alle Leckereien, auf dem Tisch des Armen aber fehlen die Kartoffeln. Wir verlangen auch einen Ausgleich der Verhältnisse in Stadt und Land, denn das Land schwelgt nach wie vor im Ueberfluß und schöpft aus dem Vollen. (Widerspruch rechts. — Zurufe: Sie haben ja keine Ahnung.) Wir verlangen Gleichheit der Ernährung für reich und arm. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Abgeordnetenhaus hat der Abg. Kreth eine große Rede gehalten für das Durchhalten, und fünf Minuten später ist er für Erhöhung der Kartoffelpreise eingetreten. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Da hätte er sich seine patriotischen Phrasen sparen können. Wo ist übrigens Herr v. Batocki geblieben? Das Haupthindernis für eine großzügige Ernährungspolitik sind Preußen und seine Junker, die ja selbst, wie die letzten Tage gezeigt haben, auf den Burgfrieden pfeifen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Für sie bleibt alles beim alten und die Geschichte wird für sie nach dem Kriege da weiter gehen, wo sie am 4. August 1914 aufgehört hat. Wir können den Staatssekretär nur dringend bitten, strenge Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Ruhe im Lande aufrecht erhalten bleiben soll. (Beifall und Händeklatschen b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. **Helfferich:** Auch wenn ich mich wieder dem Vorwurf aussetze, mich mit meiner Rede irgendwo persona grata zu machen, muß ich auf diese Rede doch antworten. Wenn dem Vorredner am Herzen liegt, daß die Ruhe im Lande aufrecht erhalten bleibt, so war seine Rede dafür nicht das beste Mittel. (Sehr richtig! — Unruhe b. d. Soz.) Präsident v. Batocki ist mit meiner Genehmigung zu einer dringenden und wichtigen Sitzung weggegangen. Er wird sofort wieder erscheinen. Ich bedauere nicht, diese Genehmigung erteilt zu haben, weil ich glaube, daß praktische Arbeit für diesen Mann wichtiger ist als die beste Parlamentsrede. (Sehr richtig! — Unruhe und Zurufe b. d. Soz.) Womit ich übrigens nicht gesagt haben will, daß wir eben eine solche „beste Rede" gehört haben. (Lärmende Zurufe b. d. Soz.: Wir lassen uns diese fortgesetzte Zensurerteilung nicht gefallen! — Vizepräsident Dr. Paasche versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen!) Ich kann ja warten, bis die Herren ruhig sind. (Neue lärmende Unterbrechungen b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. **Paasche:** Ich habe die Herren nun schon mehrfach vergeblich gebeten, die Ruhe zu bewahren. (Zurufe b. d. Soz.: lassen uns diesen überhebenden Ton nicht mehr gefallen! — Erst nach geraumer Zeit tritt Ruhe ein.)

Staatssekretär Dr. **Helfferich** (fortf.): Der Vorredner hat von unserer Ernährungssituation ein Bild entworfen, das lediglich die Schattenseiten in den düstersten Farben malte, während das Licht ganz fehlte. Niemand wird bestreiten, daß bei der Organisation unserer Volksernährung Fehlgriffe vorgekommen seien. Eine Schule war für diese Dinge nicht vorhanden, die Schule war das Leben selbst. Niemand wird auch bestreiten, daß im einzelnen Mißbräuche, Exzesse und Bewucherungen vorgekommen sind. Von den verbündeten Regierungen ist aber alles geschehen, um solche Auswüchse hintanzuhalten oder zu beseitigen. (Widerspruch bei den Soz.). Ich muß es zurückweisen, daß irgend eine Nachlässigkeit oder Fahrlässigkeit unsererseits begangen ist. (Heftiger Widerspruch bei den Soz.). Es muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Schwierigkeiten und Entbehrungen keineswegs ausschließlich auf Mängel in der Organisation beruhen. Es ist auch nicht wahr, daß der Wohlhabende und Reiche heute noch genau so lebt wir vor dem Kriege. (Zurufe bei den Soz.: Es ist wahr!). Nein, es ist nicht richtig. Es gibt keinen wohlhabenden Mann, der ein bißchen Ehre im Leibe hat. (Lachen bei den Soz.) und der heute noch genau so lebt wie vor dem Kriege. (Sehr richtig! rechts). Von meinem Tisch z. B. ist die Butter schon seit Wochen verschwunden. (Hört! hört!). Die Brotkarte, die Butterkarte, die Fleischkarte und all die anderen Karten treffen den Wohlhabenden genau so wie den Armen. (Sehr richtig!). Noch nie in der Weltgeschichte hat in einem Kriege ein Volk solche Entbehrungen durchgemacht wie unser Volk, und noch niemals waren diese Entbehrungen in dieser Weise auch auf die Wohlhabenden verteilt wie bei uns. (Sehr richtig. — Widerspruch bei den Soz.). Widersprechen muß ich auch den Uebertreibungen über die Verhältnisse auf dem Lande. Es ist sicher richtig, daß die Dinge auf dem Lande vielfach günstiger liegen als in den Großstädten. Das liegt aber in der Natur der Dinge. Wenn man dem Landwirt, der diese Dinge herstellt, alles wegnimmt, so hört er einfach auf zu produzieren und die Großstädte müssen verhungern. (Sehr richtig! rechts). Das sind Rücksichten auf die Produzenten, die wir nehmen müssen, nicht weil uns die Produzenten als Klasse näherstehen, sondern im Interesse der Konsumenten. Wir können die Produktion nicht einfach totschlagen. (Lebhafte Zustimmung).

Der Aushungerungsplan Englands

ist endgültig gescheitert. Wir können jetzt freier sprechen als vor einigen Monaten, wo wir mit Rücksicht auf das Ausland unserem Volke noch nicht sagen konnten, wie es um unsere Ernährung stand. Hätten wir das tun können, manche Erbitterung wäre nicht aufgekommen. Wir gebrauchen an Brotgetreide jährlich rund 18 Millionen Tonnen, von denen wir 16 Millionen im eigenen Lande herstellten. Die vorjährige Ernte hat noch keine 12 Millionen Tonnen betragen. (Hört! hört!). Wir hatten also Brotgetreide nur ¾ der Menge, die uns in normalen Zeiten zur Verfügung steht. So etwas muß natürlich schärfste Wirkungen auslösen. Aehnlich liegt es mit den Futtermitteln. Die Haferernte betrug 1915 etwas über 9½ Millionen Tonnen, 1914 etwa 9 Millionen Tonnen und im vorigen Jahr noch keine 6 Millionen Tonnen, also auch nicht einmal ¾ der Menge in normalen Zeiten. Dazu kommt der Wegfall des Imports von Futtergerste aus Rußland und der fast völlige Wegfall der Einfuhr von Mais und ölhaltigen Futtermitteln. Wer will angesichts dieser Zahlen behaupten, daß die Entbehrungen, die das deutsche Volk heute durchmachen muß, vermeidlich sind? Auch die Herren auf der Linken werden, wenn sie einmal an die Regierung gelangen — ich möchte es meinerseits nicht erleben. (Heiterkeit) — an diesen Dingen nichts ändern können, denn das Wetter wird auch in Zukunft nicht geändert werden können. Nach meiner festen Ueberzeugung wird die Geschichte einst anerkennen, daß das, was wir jetzt geleistet haben, trotz mancher Mängel und Fehler zu den Großtaten zu rechnen ist. (Lebh. Zustimmung bei den bürgerl. Part.). Sehen Sie (zu den Soz.), jetzt schweigen Sie! (Stürmische Heiterkeit).

Ich kann nur den dringenden Appell an Sie richten, daß Sie auf diese durch keine menschliche Macht zu ändernden Verhältnisse bei der Darstellung der Dinge draußen im Lande Rücksicht nehmen. Das ist das einzige Mittel, um der Bevölkerung ein objektives und zutreffendes Bild von der Sachlage zu geben. Die Bevölkerung wird dann in Geduld tragen, was nicht abzuwenden ist. (Zurufe b. d. Soz.). Ich weiß nicht, ob Sie es besser machen werden. Aber daß wir unser bestes daran setzen, um die Ernährung sicherzustellen, davon sollten Sie überzeugt sein. Solche Reden erreichen das Gegenteil von dem, was das Interesse des Vaterlandes erfordert. (Zurufe b. d. Soz.: Beseitigen Sie den Wucher!). Die Ausführungen des Vorredners über die Wuchergewinne zeugten von einem geradezu elementaren Mangel an Kenntnis der wirklichen Verhältnisse. Er hat z. B. von dem Wuchergewinn der Vereinigten Pommerschen Meiereien gesprochen. Bei solchen Gesellschaften kommt es aber nicht auf die Höhe des Kapitals an, so wenig wie bei Ihren Konsumvereinen, sondern auf die Höhe des Umsatzes. Vergleichen Sie dann einmal den Umsatz mit dem Gewinn und Sie werden sehen, daß ein Wuchergewinn von 200 v. H. zwar eine nach außen recht schön klingende, aber eine innerlich unwahre und hohle Behauptung ist. Fassen Sie alle diese Dinge mit Ruhe und Objektivität auf, dann werden Sie zu einem gerechten Urteil kommen. (Beifall).

Abg. **Hoff** (Vpt.): Die Ausführungen unseres Staatssekretärs ändern nichts an der Tatsache, daß der Reichstag von der Regierung nicht so eingeschätzt werde, wie wir es dringend im Interesse der Volksernährung verlangen müssen. (Lebhafte Zustimmung links.) Im übrigen ist wohl das ganze Haus darin einig, daß wir in dem letzten Jahre eine Belastungsprobe durchgemacht haben, wie sie stärker nicht gedacht werden kann. Ich sehe auch kein Mittel zu verhindern, daß noch bis zur nächsten Ernte schwere Tage kommen. Wir müssen aber verlangen, daß alles geschieht, was in der Macht des Staates liegt, um die Entbehrungen nach Möglichkeit zu mildern. Die jetzige ungünstige Lage ist zum großen Teil auf natürliche Ursachen zurückzuführen, die Abg. Hoffmann doch nicht so gewürdigt hat, wie es der Gerechtigkeit entspricht. Das schließt natürlich nicht aus, daß auf der andern Seite auch Mängel der Organisation den bedauerlichen Zustand verstärkt haben. Leider ist es nicht gelungen, auch während des Krieges den menschlichen Eigennutz so weit zurückzudrängen, daß nicht in vielen Fällen die Kriegsverhältnisse zur Erreichung persönlicher Vorteile ausgenutzt wurden. Es gibt keinen rechtlich denkenden Mann, der nicht den Kriegswucher aufs allerschärfste verurteilt. (Sehr richtig links.) Auch wir haben kein Verständnis dafür, daß Verfehlungen gegen Verordnungen des Bundesrats durch so milde Urteile geahndet worden sind, daß sie das sittliche Empfinden des Volkes verwirren. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben in der Kommission beantragt, daß in solchen Fällen zunächst die Gerichte auf die

Einziehung des gesamten Nutzens

aus solchen unerlaubten Geschäften zu erkennen haben, um darüber hinaus ihre Strafen zu verhängen. (Sehr richtig! links.) Ich halte es aber nicht für richtig, den Vorwurf des Kriegswuchers zu verallgemeinern und ihn ganzen Ständen, wie der Landwirtschaft, ins Gesicht zu schleudern. (Beifall.) Solche Schlagwörter können großen Schaden stiften und es ist gefährlich, in dieser Zeit den Riß, der durch das Volk geht, zu erweitern. (Lebh. Zust.)

Die Mängel der behördlichen Anordnungen sind größtenteils darauf zurückzuführen, daß sie unter dem Drange des Augenblicksbedürfnisses gegeben wurden. (Sehr richtig!) Auch der bundesstaatliche Charakter des Reiches erschwert eine einheitliche Regelung der Ernährungsmaßnahmen. Wir bedauern es auch, daß die Art der Einkäufe der Militärverwaltung sehr oft verwirrend auf den Lebensmittelmarkt eingewirkt haben. Vielfach haben auch die örtlichen Behörden bei der Zuführung und Verteilung der Lebensmittel versagt. Aus allen diesen Gründen haben meine Freunde es begrüßt, daß durch die Schaffung des Kriegsernährungsamtes der erste Versuch gemacht worden ist, in die ganze Organisation der Lebensmittelverteilung Einheitlichkeit und Planmäßigkeit hineinzubringen. Wir wollen hoffen, daß die neugeschaffene Organisation die Erwartungen erfüllt, die wir daran knüpfen. Wir erwarten von dem Kriegsernährungsamt energische Maßnahmen und festes Zugreifen, um das für die menschliche Ernährung absolut notwendige unter allen Umständen heranzuschaffen. Ich habe nicht immer den Eindruck, daß dies in dem Maße geschehen ist, wie wir für nötig hielten. Die Sperrmaßnahmen der Bundesstaaten und einzelner Landesteile haben viel berechtigte Erbitterung hervorgerufen. (Sehr wahr! links.) Die unteren Organe sind dabei mit einer Willkür vorgegangen, die verhängnisvolle Folgen hatte. Diese Zustände hätten längst beseitigt werden müssen, und wir erwarten, daß sie sich nicht wiederholen. Wir sind uns darin einig, daß die Verpflegung des Heeres an erster Stelle stehen muß. Die Beschaffung der Nahrungsmittel sollte aber nicht durch die Militärbehörde, sondern durch die Zivilverwaltung geschehen. Wir erwarten auch, daß der Präsident des Kriegsernährungsamtes energisch eintreten wird für eine angemessene Preisfestsetzung bei den notwendigen Lebensmitteln. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß die unter Zwangsverhältnissen geschaffenen Lebensmittelpreise für die ganze Dauer des Krieges unantastbar sein sollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Würden diese hohen Preise besonders für die tierischen Produkte etwa noch ein Jahr aufrecht erhalten bleiben, so würde das eine Auspoverung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Beamtenschaft und des ganzen Mittelstandes bedeuten. (Erneute Zustimmung links.) Wenn hier Präsident v. Batocki energisch vorgeht, wird er sich das Vertrauen und den Dank des ganzen Volkes erwerben. (Sehr wahr!) Wir billigen den

Versuch einer weitgehenden Massenspeisung,

aber es muß dabei mit größter Umsicht vorgegangen werden, denn ein Scheitern dieser Aktion würde sehr verhängnisvoll wirken. Brotgetreide ist für die nächsten 8 Wochen genügend vorhanden. Mit den Kartoffeln liegt es schwieriger und man ist versucht zu sehr bitterer Kritik der Art, wie die reiche Kartoffelernte von der Regierung verwaltet worden ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Nötigenfalls muß ein absolutes Verfütterungsverbot für Kartoffeln erlassen werden.

Besonders wichtig ist die Frage der Fleischversorgung des Volkes in den nächsten 8 Wochen. Man kann nicht ohne weiteres die weitere Verminderung der Fleischrationen als unbedenklich bezeichnen in einer Zeit, wo die Brotration so beträchtlich vermindert ist. Ich schlage vor, daß die Bestandsaufnahme von Fleisch auch auf die einzelnen Haushaltungen ausgedehnt wird. Zu unserer Genugtuung ist Präsident v. Batocki in dieser Beziehung zu weitergehenden Maßnahmen bereit. Die Bestandsaufnahme wird auch endlich die notwendige Klarheit schaffen und den unerquicklichen Streit beenden, wo die großen Vorräte liegen. Es empfiehlt sich vielleicht, wenn Präsident v. Batocki nach dem Muster des Vorgehens eines Landrats sich in richtiger Weise an unsere ländlichen Bevölkerungskreise mit der Aufforderung wendet, freiwillig von ihren Beständen an Speck und Schinken recht viel zu Höchstpreisen abzugeben zugunsten von Massenspeisungen in besonders notleidenden Gebieten. Das würde auch zur Ueberbrückung der sozialen Gegensätze führen. (Beifall.) Wenn aber solche Maßnahmen nicht helfen sollten, dann würde ich es auch für zulässig halten, in den nächsten acht Wochen auf unsere Viehbestände zurückzugreifen.

Besonders dringend ist jedoch die Frage des Wildabschusses. In manchen Gebieten hat sich nicht einmal der normale Wildabschuß ermöglichen lassen. Wenn man mit dem Einwand kommt, der Wildschaden werde ersetzt, so ist das in der jetzigen Zeit geradezu eine Verhöhnung des Volkes. (Beifall links.) Hier ist ein Punkt, wo es sich zeigen wird, ob wir Vertrauen haben können zum Kriegsernährungsamt. Es muß sich mit der Heeresverwaltung in Verbindung setzen, um die nötigen Schützen zu beschaffen, um den

Vossische Zeitung 5. VI. 1916 105

Vossische Zeitung 9./VI. 1916

111

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung am Donnerstag, 8. Juni. Fortsetzung.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die

Ernährungsfrage

erklärt

Unterstaatssekretär Frhr. **v. Stein:** Von der Behauptung des Abg. Hoffmann, die Gerstenverwertungsgesellschaft habe bei 300 000 Mark Kapital 15 Millionen Mark Gewinn gemacht, ist nicht eine Silbe richtig. Er hat einfach die Schulden nicht berücksichtigt. Die Gesellschaft hat 10 Millionen Schulden, die restlichen 5 Millionen sind Vorschüsse und Einzahlungen, die in voller Höhe zurückzuzahlen sind. Die Gesellschafter erhalten nur 5 v. H. Verzinsung nach Maßgabe ihrer Einzahlungen. Ein Gewinn ist überhaupt nicht da. Von der „wucherischen Ausbeutung zugunsten einiger weniger" bleibt auch nicht der Schatten einer Tatsache.

Abg. **Rupp** (D. Fr.): Das Fleisch wird durch Vergütungen an Vertrauensleute und Kommissionäre stark verteuert. Namentlich

der Kettenhandel wirkt preissteigernd.

Die unerhörten Preise sind nicht mehr zu ertragen. In den Zeitungen werden dagegen noch große Lebensmittelmengen angeboten. Die Bekämpfung des Wuchers macht in der Praxis Schwierigkeiten. Die ausführenden Organe wissen selbst keinen Bescheid. Es wird zu langsam und umständlich vorgegangen, die Bestrafungen fallen zu milde aus.

Abg. **Wurm** (Soz. Arb.): Wie kann der Staatssekretär die sogenannten Regelungen der Ernährungsdinge als Großtat hinstellen? Im Volke sagt man: Burgfrie ernährt — den Agrarier. Nur die Hälfte des Brotgetreides, 6 Millionen Tonnen zu wenig, ist der menschlichen Ernährung zugeflossen. Die Strafen der Wucheragrarier sind sehr milde. In Kartoffeln hatten wir doch eine der besten Ernten. Woran liegt es, daß wir keine bekommen? (Zuruf rechts: Am Frost. Heiterkeit.) Ein Oberpräsident erklärte in der Zeitung, der Landwirt schädige sich durch Abgabe von Speisekartoffeln — es war Herr von Batocki. (Hört, hört! b. d. Soz. A.-G.) Hoffentlich liest er das nach. (Heiterkeit.) Der Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers hat unheilvoll auf den Bundesrat eingewirkt. Die Landwirte wurden sozusagen durch Prämien zur Zurückhaltung angespornt. Man regt sich schon, die Kartoffeln der neuen Ernte zu verteuern, und will 4,75 Mk. dafür haben. (Hört, hört! b. d. Soz. A.-G.) Die Schweinschlachtung war eine richtige Maßregel, sie hätte nur noch wirksamer durchgeführt werden müssen. Wir hätten mehr Fleisch, wenn weniger Vieh am Leben geblieben wäre. Jetzt haben wir mehr Vieh, als gemästet werden kann.

Wann kommt endlich eine Reichsfleischstelle?

Erst liefert man die Städte den Verbänden aus, dann schiebt man ihnen die Schuld für das Versagen der Versorgung zu. Die hohen Fleischpreise müssen endlich herabgesetzt werden. Die privaten Baumbesitzer müssen gezwungen werden, die Laubfütterung des Viehes zu ermöglichen. Der preußische Landwirtschaftsminister hat herausgefunden, daß Saatkrähen gut schmecken. (Heiterkeit b. d. Soz. Arb.) Das ist alles, was er für die Volksernährung getan hat. Er hätte lieber den Wildabschuß verfügen sollen. Wir brauchen eine Reichs-Butterkarte. Der Stadt Berlin sind die größten Schwierigkeiten in der Butterversorgung gemacht worden. Selbst das Generalkommando hat ihr nicht geholfen. (Hört! Hört! b. d. Soz. Arb.) Die Agrarier verlangen jetzt sogar eine Preiserhöhung für Milch. Dem muß sich das Kriegsernährungsamt widersetzen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.) Gegen den Obstwucher muß schleunigst eingeschritten werden, ebenso gegen die Preistreibereien beim Gemüse. Die Einführung einer Bierkarte ist notwendig, damit eine Ersparnis an Brotgetreide eintritt. Bei den wichtigsten Fragen hat man den Reichstag ausgeschaltet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Volk braucht billigere und reichlichere Lebensmittel: So darf es nicht weitergehen.

Die Aussprache schließt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Wiederaufnahme der Aussprache über die Rohstoffversorgung beschlossen.

Zunächst fallen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. **Wendorff** (Fortschr. Vpt.): Der Abg. Dr. Roesicke hat behauptet, ich hätte im Hauptausschuß ausgesprochen, die deutsche Landwirtschaft habe bei der Versorgung des deutschen Volkes während des Krieges versagt. Unverständlich ist mir, wie man mir Worte unterstellen kann, die ich nicht gesprochen habe. Ich finde kaum einen parlamentarischen Ausdruck dafür. Ich muß die Behauptung als objektiv unwahr mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Abg. Dr. **Fegter** (Fortschr. Vpt.): Die Behauptung des Abg. Roesicke, ich sei bei den Ausschußberatungen nicht zugegen gewesen, ist unrichtig. Ich habe allen Sitzungen über die Ernährungsfragen beigewohnt. Dr. Wendorff hat bei seinen rein geschichtlichen Betrachtungen über die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft den Ausdruck nicht gebraucht.

Präsident Dr. **aKempf:** Sie können nicht im Namen des Abg. Wendorff eine persönliche Bemerkung machen. (Heiterkeit.)

Abg. **Fegter** (Fortschr. Vpt.): Als ich dem Abg. Roesicke auf die Wiederholung seiner Behauptung zurief: Das ist nicht wahr!, habe ich nicht ohne weiteres behaupten wollen, daß er bewußt eine unrechte Behauptung aufrechterhalten wolle.

Abg. Dr. **Böhme** (Natl.): Bei meinen Ausführungen über die Kartoffeltrocknung durch Kleinbetriebe habe ich mich auf den Wortlaut der Verordnung gestützt.

Abg. **Hoffmann-Kaiserslautern** (Soz.): Meine Ausführungen über die Gerstenverwertungsgesellschaft stützte ich auf den auch in der „Deutschen Tageszeitung" wiedergegebenen Bericht des konservativen Abgeordneten Hoesch im Haushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses vom 2. Juni. Nachdem mir heute vor der Sitzung mitgeteilt worden ist, daß der Bericht auf

unrichtigen Voraussetzungen

beruht, nehme ich meine daraus gezogenen irrtümlichen Schlußfolgerungen zurück. (Zuruf: Den Agrariern darf niemand trauen! Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.): Die Not der Städter würdigen wir. Die vom Abg. Böhme erwähnte Verordnung fasse ich anders auf. Es tut mir leid, daß ich eine so bedeutungsvolle Persönlichkeit wie den Abg. Fegter im Ausschuß übersehen konnte. (Abg. Fegter: Alte Witze!) Ich verstehe nicht recht, warum der Abg. Dr. Wendorff so verletzt ist. Der „Vorwärts" nennt in den Berichten über die Ausschußsitzungen die Namen. Unter dem 25. Mai 1916 steht dort als Ausführung des Abg. Dr. Wendorff: Die Verstimmung wäre nicht so groß, wenn man nicht immer erzählt hätte, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Jetzt zeigt sich, wie falsch diese Behauptung ist. Das habe ich so aufgefaßt, als ob die deutsche Landwirtschaft bei den ihr gestellten Aufgaben versagt habe. (Widerspruch bei den Fortschrittlern.) Ich habe auch im Ausschuß damals sofort richtiggestellt, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht getan hat.

Abg. Dr. **Dove** (Vpt.): Den Abgeordneten Fegter habe ich nicht wegen des Ausdrucks „unwahr" zur Ordnung gerufen, da es objektive Unwahrheit gibt, die hier der Anlaß war, sondern wegen der Quantität der Worte. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Wendorff** (Vpt.): Dr. Roesicke hat positiv ausgesprochen, was ich nur negativ gesagt hatte. Jetzt hat er einen Rückzug angetreten, einen Rückzug hinter seine Auffassung.

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.): Rückzüge anzutreten bin ich nicht gewöhnt. (Widerspruch links.) Ich kann auch nicht erkennen, wie man die Worte anders als ich auffassen kann. (Zustimmung bei den Kons.) Wenn der Abg. Wendorff noch so viele Worte macht, kann er den Sinn seiner Aeußerung nicht umkehren. (Entrüstung bei den Fortschrittlern. Rufe: Unerhört!)

Abg. Dr. **Wendorff** (Vpt.): Ich verbitte mir vom Abg. Dr. Roesicke, daß er meine Worte anders auszulegen versucht, als ich sie mit klaren Worten im Ausschuß ausgesprochen habe, wofür ich alle Teilnehmer der Sitzung als Zeugen aufrufe.

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.): Lesen Sie doch das Protokoll nach. Ich gestehe Dr. Wendorff nicht zu, sich etwas zu verbitten. Ich stehe hier meinen Mann und werde äußern, was mir paßt und meine Auffassung vertreten. (Lärm bei den Fortschrittlern.)

Präsident Dr. **Kaempf:** Der Worte sind genug gewechselt. (Große Heiterkeit.)

Es folgt die

Besprechung der Lederversorgung.

Abg. Dr. **Simon** (Soz.) kritisiert eingehend die Versorgung der Schuhmacher mit Leder und vor allem die Geschäftsführung der Kriegsleder-Aktiengesellschaft.

Abg. Dr. **Werner**-Gießen (D. Fr.): Es war der größte Fehler, die ganze Lederversorgung einem Kreise von Großgerbern auszuliefern, die mit ihrer Geschäftspraxis die Interessen der Schuhmacher aufs schwerste geschädigt haben. Die Kriegsleder-A.-G. hat in der Tat unheilvoll gewirkt.

Ein **Vertreter des Kriegsministeriums** erklärt, das Kriegsministerium nehme die größte Rücksicht auf die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung. Es sei nicht zutreffend, daß Millionen von Schuhwerk unnötig auf den Bekleidungsämtern lagern. Die gute Beschuhung der Soldaten sei ebenso notwendig wie die gute Bewaffnung. (Beifall.)

Major **Kött** betont, das Kriegsministerium bekämpfe nachdrücklich wucherische Gewinne des Lederhandels. Die Kriegsleder-A.-G. habe im ganzen doch gute Arbeit geleistet. Ihr verdanke man die gute Lederversorgung des Heeres. Die Gewinne dieser Gesellschaft würden dem Reiche wieder zugeführt und seien nicht so hoch, wie vielfach angenommen werde. Die heftigen Angriffe gehen oft von Leuten aus, die nur neidisch sind, daß sie nicht ebensoviel erraffen konnten wie andere. (Beifall.)

Die Aussprache schließt.

Die bereits bekanntgegebenen Entschließungen des Ausschusses werden angenommen.

Auf Antrag des Abgeordneten Spahn (Zentr.) werden die Entschließungen zum Reichsvereinsgesetz und die Eingaben von der Tagesordnung abgesetzt.

Präsident Dr. **Kaempf** gibt von den Glückwunschdepeschen des ungarischen Abgeordnetenhauses und des ungarischen Magnatenhauses aus Anlaß des Seesieges am Skagerrak Kenntnis, ebenso von einem Danktelegramm der auf der Heimreise befindlichen türkischen Parlamentarier auf die ihnen gewidmeten telegraphischen Abschiedsgrüße.

Schlußansprache des Präsidenten.

Präsident Dr. **Kaempf:** Meine Herren, wir sind am Ende unserer Beratungen und damit am Schlusse eines denkwürdigen Beratungsabschnittes des Reichstages angelangt. Ich nenne ihn denkwürdig, weil ich weiß, daß durch die Bewilligung von Steuern, die weit über den von den verbündeten Regierungen angeforderten Betrag hinausgehen, der Reichstag dem festen Entschlusse hat Ausdruck geben wollen, auch während des Krieges die Ordnung in den Finanzen im Haushalt des Deutschen Reiches aufrechtzuerhalten. Ich nenne ihn denkwürdig, weil wir erst gestern von neuem 12 Milliarden Kredite bewilligt haben, um den gewaltigen Krieg bis zu einem siegreichen Ende zu führen.

In die Zeit des zu Ende gehenden Tagungsabschnittes fallen wichtige kriegerische Ereignisse, die, so vertrauen wir, uns dem Frieden um einen Schritt näher bringen. Kut el Amara ist gefallen, die Feste Vauz befindet sich in unseren Händen, die österreichisch-ungarischen Truppen stehen siegreich auf italienischem Boden. Den heldenmütigen Truppen und unseren Führern entbieten wir unseren Gruß und den Ausdruck unserer bewundernden Dankbarkeit. (Lebhafter Beifall.)

In die Zeit des zu Ende gehenden Tagungsabschnittes fällt auch der deutsche Seesieg am Skagerrak, der den Glauben in die Unüberwindlichkeit der englischen Flotte zerstört hat. Weltgeschichtlichen Ruhm und den heißesten Dank des Vaterlandes hat sich unsere Flotte erworben, in allen ihren Teilen, von den Matrosen bis zu ihren Führern und zu ihren Begründern. (Lebh. Beifall.) Ihnen erneut auch von dieser Stelle aus den Dank des Vaterlandes zu sagen, ist das Herzensbedürfnis jedes Deutschen. (Lebhafter Beifall.)

Hart und schwer ist der Weg zum Ziel. Die Hindernisse, die sich in den Weg stellen, sind unendlich. Aber um den Frieden zu erringen, den wir wünschen und erreichen müssen, um unbehindert unseren kulturellen Aufgaben der Zukunft gerecht werden zu können, gibt es für das deutsche Volk keine Schwierigkeit, die es nicht zu überwinden entschlossen wäre. (Beifall.)

Ein Volk kann auf geistige und wirtschaftliche Größe nur dann Anspruch erheben, wenn es ihn erwirbt in hartem Kampf durch unerschütterlichen Willen und, wenn es sein muß, auch durch Entbehrungen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben den Kampf aufgenommen und werden ihn zu Ende führen im Vertrauen auf unseren Sieg, im Vertrauen auf die glückliche Zukunft des Deutschen Reiches. (Brausender Beifall.)

Abg. **Spahn** (Zentr.):: Herr Präsident, Sie haben in der von Ihnen eben geschilderten schwierigen und aufgabenreichen Tagung die Geschäfte des Hauses mit Hingebung und Unparteilichkeit geführt. Das Haus war in der zum ersten Male vorkommenden Lage, Repräsentationspflichten auch gegenüber Abgeordneten des Auslandes, unserer Verbündeten, Bulgarien und der Türkei, zu erfüllen. Sie haben, wie wir alle anerkennen, diese Repräsentationspflicht in einer des Reichstages würdigen Weise erfüllt. (Beifall.) Im Namen des Reichstages gestatte ich mir, Ihnen für Ihre Geschäftsführung nach jeder Richtung hin unseren Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. **Kaempf** dehnt diesen Dank auf die übrigen Mitglieder des Präsidiums und den Direktor des Reichstages aus.

Staatssekretär Dr. **Helfferich** verliest die kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag

bis zum 26. September vertagt

wird.

Präsident Dr. **Kaempf** schließt die Sitzung mit einem Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland, in das die bürgerlichen Parteien dreimal einstimmen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben sich bei dem Hoch von ihren Plätzen erhoben, während die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vorher den Saal verlassen haben.

Schluß 6 Uhr.

Lebensmittelfragen im Abgeordnetenhause.

35. Sitzung. Donnerstag, 8. Juni.

Das Abgeordnetenhaus verhandelt auf Grund des Berichts des Haushaltsausschusses über

Lebensmittelfragen.

Abg. **Hoesch** (kons.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Schwer gerächt hat sich die Einschränkung des Zuckerrübenbaues, wozu noch Verfütterung von Zuckerrüben kam. Die Kommission verlangt daher, daß alle nur irgend greifbare Mengen Zucker der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. In der Kartoffelfrage erwarten wir spätestens Ende August eine vollkommene Disposition über die Spätkartoffeln hinsichtlich der Preise, der Ablieferung, der Verpflichtung zur Reservierung usw. Der notwendige Bedarf an Eßkartoffeln für das nächste Wirtschaftsjahr muß sobald wie möglich ermittelt, umgelegt und dann sichergestellt werden. Die als Speisekartoffeln angeforderten Kartoffeln dürfen auch nur als solche verwandt werden. Das kann der Osten nicht leisten, daß er auch noch den ganzen Westen mit Kartoffeln zur Schweinefütterung usw. versorgt. Der Berichterstatter bespricht dann eingehend die Fragen der Versorgung mit Hülsenfrüchten, der Viehhaltung, der organisatorischen Mitwirkung der Gemeinden, der Fetterzeugung bzw. der stärkeren Beschlagnahme der Molkereibutter. Die diesjährige Futterernte überragt die vorjährige himmelhoch. Das Kriegsernährungsamt ist von uns allen ersehnt worden, weil eine einzige Persönlichkeit notwendig erschien, damit durchgreifende Maßnahmen mit der nötigen Schnelligkeit auch wirklich durchgeführt werden. Aber auch ein mit Wunderkräften ausgestatteter Mann kann natürlich in diesen schwierigen Fragen nicht alles allein leisten. Uns sowie den eingearbeiteten Verwaltungsstellen erwächst die Pflicht, in seinem Sinne mitzuarbeiten. (Bravo!)

Mitberichterstatter Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vpt.): Wir wollen es uns und dem Volke nicht verhehlen, wir wollen es auch ohne Rücksicht auf das Ausland bekennen: die Monate Juni und Juli sind für die Ernährung des Volkes kritisch. Im feindlichen Ausland rechnet man darauf, daß sich in dieser kritischen Zeit die Gegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern, zwischen Stadt und Land, zwischen reich und arm, etwa so zuspitzen könnten, daß sich unser Volk, zum Hohne unserer Feinde, um der Ernährungsfragen willen selbst bekämpfe. Diese Hoffnung wird getäuscht werden. Was wir Ihnen in den Vorschlägen empfehlen, ist nicht eine Bevorzugung von reich, sondern von arm. Mit dieser Gesinnung und Ueberzeugung wird unser Volk diese Monate überstehen, bis die von Gott gesegnete neue Ernte jede Entbehrung beseitigen wird. (Beifall.) Die Ernährung mit Fleisch wird in den nächsten Monaten nicht erheblich groß sein dürfen. Die beste Organisation, die intelligentesten Menschen an der Spitze, können zurzeit nicht helfen. Wir brauchen jetzt Ochsen. (Heiterkeit.) Wir müssen die

Brotrate zunächst erhöhen,

für Juni und Juli. Die Rücklagen, die da herangezogen werden können, ermöglichen es, die Brotrate grundsätzlich um ein Achtel zu vermehren. Die Erhöhung der Brotrate sollte man der minderbemittelten Bevölkerung allgemein zuteil werden lassen, etwa denen, die ein Einkommen von weniger als 7000 Mk. versteuern. Ist der Betrag an Fleisch, den man Kindern geben kann, geringer, so wächst natürlich der Appetit nach Brot.

Beim Zucker ist ebenfalls eine Erhöhung der Rate empfehlenswert und durchführbar. Hier sehen Sie gleich eine erfreuliche Wirkung des Kriegsernährungsamtes. In einigen Provinzen ist die Zuckerrate von 250 auf 200 Gramm in der Woche herabgesetzt worden. Der Präsident des Ernährungsamtes, v. Batocki, hat der Bezugsvereinigung 500 000 Ztr. abgenommen. Es bedurfte also nur des Vorhandenseins einer Instanz, die den Ressort-Partikularismus der einzelnen Verwaltungszweige ausgleicht. Der Zucker wird zurzeit tatsächlich nicht für das Vieh gebraucht und kann und muß für die menschliche Ernährung verwandt werden. Vielleicht das schwierigste Gebiet ist die

Versorgung mit Butter,

mit Speisefett. Der Ausschuß schlägt Ihnen vor, daß die großen Sammelmolkereien in noch höherem Maße als bisher, dadurch, daß ihre Erzeugnisse beschlagnahmt werden, zur Fettversorgung der Bevölkerung in dichtbevölkerten Gegenden, Industriebezirken und großen Städten beitragen sollen. In diesen Tagen ist wieder eine Zentrale für die sachgemäße Verteilung der Margarine gegründet worden. Wenn auch auf diesem Gebiete nicht allzuviel zu erreichen sein wird, so wird jedenfalls der Eindruck erweckt werden, daß mit allen Kräften dahin gestrebt wird, diese Vorräte den Stellen zuzuführen, die sie am nötigsten gebrauchen. Eine

Beschlagnahme der noch vorhandenen Kartoffeln

für die menschliche Ernährung ist nicht zu vermeiden, so schwer das auch für die Landwirtschaft ist. Das Problem, ob die Kartoffeln dem Menschen oder dem Vieh gebühren, kann nur dahin gelöst werden, daß in dieser kritischen Zeit der Mensch vorgeht. Daß Lebensmittel aus Deutschland nicht ausgeführt werden dürfen, versteht sich eigentlich von selbst. Es ist geradezu unverständlich, wenn man hört, daß Spargel ausgeführt werden solle, um unsere Valuta zu heben. (Sehr richtig! rechts.) Die Geflügelzucht ist von ungeheurer Wichtigkeit, besonders für die Versorgung der Bevölkerung mit Eiern. In den Straßen der großen Städte zeigen sich jetzt die Eierschlangen — ein ganz neues Tier —, nachdem die Butterschlangen und die Fleischschlangen jetzt allmählich überwunden werden. Hier wird man der Erzeugung behilflich sein müssen. Mit wenigen tausend Tonnen Gerste läßt sich schon sehr viel tun, da ja die Mischung des Futters wesentlich auf die Erzeugung der Eier einwirkt. Dann empfiehlt der Ausschuß die Förderung der Kaninchenzucht. Für die Ziegenzucht hat die Regierung bereits eine erhebliche Summe, ich glaube über eine Million Mark, aufgewendet. Sodann wird empfohlen, den kleinen Leuten in Stadt und Land die Schweinezucht durch Beschaffung billiger Ferkel durch Beihilfen zu ermöglichen. Ich halte es für richtig, daß man an die Stelle des Hausschlachtungsverbots, das die Freude des kleinen Mannes am Großziehen von Ferkeln und Mästen von Schweinen beeinträchtigt, die Anzeige- und Genehmigungspflicht für Hausschlachtungen gesetzt hat. Auch die Heranziehung des Wildbestandes zur Ernährung der Bevölkerung wird empfohlen. Die Meinungen gingen teils dahin, durch eine entsprechende Preispolitik das Interesse der Jagdbesitzer am Abschuß von Wild zu verstärken, teils den Abschuß zwangsweise anzuordnen. Das zweite Mittel würde meiner Ansicht nach nicht dazu führen, daß das Wild auch in die Städte gelangt. Aber der Ausschuß will der Staatsregierung überlassen, die geeigneten Maßnahmen zu treffen. Verwunderlich ist, daß die angeordnete Verkürzung der Schonzeit in manchen Landesteilen überhaupt nicht beachtet worden ist.

Die Kriegsgefangenen verdinen von uns Bedauern und Teilnahme, obgleich sie unsere Feinde sind. Es mußte aber die einheimische Bevölkerung befremden, daß für die Gefangenenbeköstigung Fleischmengen vorgeschrieben waren, die unsere eigene Bevölkerung nicht erhält, auch wenn sie noch so schwer arbeiten. (Sehr richtig! links.) Allerdings muß ein Unterschied zwischen

Kölnische Zeitung 16./VI. 1916

Ist die Z.-E.-G. reformbedürftig?

Humorvoll im Ton, aber ernsthaft in der Sache hat sich der Präsident des neuen Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, als er in der verflossenen Woche zum ersten Male zum Deutschen Reichstag sprach, eine Schonzeit ausgebeten, die man verstreichen lassen müsse, ehe man über seine Tätigkeit ein Urteil fällen dürfe. Wenn man dieses Verlangen auch als berechtigt anerkennen muß, so soll in dieser Zeit doch nicht die Kritik schweigen, die einer allgemeinen Stimmung Worte gibt und die tadelt, um eine Besserung herbeizuführen. Mit nicht geringem Mißbehagen hat man vor einigen Tagen die kurze, als amtlich bezeichnete Mitteilung gelesen, nach der der Aufsichtsrat der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, also die Instanz, in der auch die Regierung ihre Vertreter sitzen hat, dem Vorstand der Gesellschaft für seine Geschäftsführung nicht nur sein Vertrauen, sondern sogar seine besondere Anerkennung ausgesprochen hat. Das fordert den Widerspruch heraus. Man kann der Z.-E.-G. völlig gerecht werden und anerkennen, daß sie eine außerordentliche Arbeit leistet, auch zugeben, daß ihre Arbeit, die der Anarchie im Aufkaufen von Lebensmitteln und einer wüsten Preistreiberei ein Ziel gesetzt hat, für unsere Volksernährung eine rettende Tat war. Man braucht auch nicht in den Chor der Händler einzustimmen, denen die Z.-E.-G. die Erwerbsquellen verstopft hat und die deshalb mit Vorurteilen beladen die Tätigkeit der Gesellschaft ansehen. Man darf endlich ruhig zugeben, daß die große Menge der Tadler nur deshalb auf die Z.-E.-G. schelten, weil sie in ihr den Sündenbock gefunden zu haben glauben, den sie für die Schwierigkeiten in der Volksernährung verantwortlich machen können. Täglich kann man z. B. hören, daß Leute der Z.-E.-G. die Schuld daran zuschieben, daß die Lebensmittel ungerecht verteilt seien, daß die eine Gegend oder die eine Stadt in Fülle habe, was die andere ganz entbehre. Damit stoßen wir so ungefähr auf das krasseste Unrecht, das der Einfuhrgesellschaft zugefügt wird; denn damit macht man ihr einen Vorwurf aus ihrer größten Tugend, deren allzu strenge Befolgung sie zu den Fehlern verleitet, die wir bedauern. Die Z.-E.-G. übertreibt den an sich durchaus gesunden Grundsatz, die Einfuhr von Lebensmitteln in einer Hand zusammenzufassen, um auf diese Weise als einziger Käufer einen heilsamen Druck auf die Preise auszuüben und anderseits die gesamte Ware gleichmäßig nach einem bestimmten Schlüssel über das ganze Land verteilen zu können.

Die ungerechten Vorwürfe gegen die Z.-E.-G. mögen nicht wenig dazu beigetragen haben, daß man sich in der Generalversammlung nun förmlich überbot, auch das anzuerkennen, was geleistet worden ist, und dabei sogar so weit ging, der Gesellschaft einen Blankokredit zu geben und ihr zu sagen, daß sie auf den bisherigen Pfaden weiterwandeln möge. Wenn die Herren der Z.-E.-G. nun in allem ihre alte Politik weitertreiben, dann können sie sich dabei auf das Vertrauensvotum der die Aufsicht führenden Personen stützen. Darin erblicken wir für die Zukunft eine große Gefahr. Auf die Gerüchte persönlicher Art, die über die Leiter der Z.-E.-G. verbreitet werden, gehen wir grundsätzlich nicht ein; halten wir uns an die Sachen.

Auch der wärmste Befürworter des Einkaufmonopols muß zugeben, daß die Politik der Z.-E.-G. vielfach falsche Bahnen gegangen ist und unsere Volksernährung häufig genug geradezu geschädigt hat. Glaubt man denn, daß unsere Stadtverwaltungen im Westen einmütig einer Gesellschaft zusetzen würden, deren Verhalten untadelig wäre? — Wir wollen die zahllosen Fälle nicht aufzählen, in denen Städte, die sich in Not befanden und denen Gelegenheit geboten war, sich aus dem neutralen Ausland mit Butter, Eiern und ähnlichem zu versorgen, die Einfuhrerlaubnis nicht erhielten oder denen die Waren, wenn sie sie schon eingeführt hatten, zu Preisen, die niedriger waren als die Einkaufspreise, beschlagnahmt wurden. Derartige Fälle wurden in diesen Tagen wieder aus Solingen, aus Schwelm und aus Gevelsberg gemeldet. Davon wollen wir aber in diesem Zusammenhang nicht sprechen, weil die Gesellschaft für ihr Verhalten immerhin gewichtige Gründe — einheitliche und gleichmäßige Verteilung — vorbringen kann und auch das formelle Recht auf ihrer Seite hat. Manche Maßnahmen der Z.-E.-G. sind uns aber bekannt geworden, bei denen sich nichts mehr zur Entschuldigung vorbringen läßt, wenn man nicht Kurzsichtigkeit und Starrsinn als Entschuldigungsgründe gelten lassen will. Der unumstößliche Beweis läßt sich führen, daß die Politik der Z.-E.-G. es fertig bringt, daß große Mengen Lebensmittel aus Deutschland ferngehalten werden und in neutrale oder gar feindliche Länder gehen. Dafür einige Beispiele: Der Inhaber einer der größten Hammelschlächtereien in Düsseldorf hat seit Kriegsbeginn aus Holland wöchentlich durchschnittlich drei Waggons erstklassige, fette Jährlinge und Hammel bezogen, bis ihm dies in den letzten Wochen von der Z.-E.-G. unter Drohung mit großen Verlusten förmlich untersagt wurde. Seitdem geht dieses erstklassige Vieh, wie man sich überzeugt hat, in die besetzten Gebiete (Brüssel, Lille u. a.); auch viele englische Agenten sind in letzter Zeit Käufer dafür. Einen noch deutlichern Beweis, daß die völlige Ausschaltung des Handels durch die Z.-E.-G. eine Schädigung des deutschen Verbrauchs bedeutet, findet man in folgendem Schreiben einer großen schweizerischen Käseausfuhrgesellschaft an einen rheinischen Abnehmer:

> Nachdem alle Bemühungen, mit der deutschen Kundschaft direkt zu verkehren, für uns erfolglos blieben, haben wir das uns zum Export zur Verfügung stehende Quantum nach andern Richtungen verwandt. Wir bedauern deshalb, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir augenblicklich nicht in der Lage sind, etwas Ware abgeben zu können.

Das stimmt mit einem Telegramm überein, das uns vorliegt und folgende Worte enthält: „Nord-Holland weigert weitere Lieferung an Zentrale." Auch die Preispolitik der Z.-E.-G. verdient nicht das uneingeschränkte Lob, das ihr in der Vorstandssitzung ausgesprochen worden ist. Die Gesellschaft hat zwar das Bestreben, durch ihren einheitlichen Einkauf und ihren gemeinnützigen Vertrieb die Preise niedrig zu halten; uns sind aber viele Beispiele bekannt, daß Händler dieselbe Ware billiger in den Verkehr bringen können, als es die Z.-E.-G. tut. Noch vor wenigen Wochen konnte ein Osnabrücker Käsehändler Gouda-Käse zu 1,64 ℳ an den Kleinhandel geben, während die Z.-E.-G. damals denselben Käse mit 2,14 ℳ in den Handel brachte. Eine niederrheinische Einfuhrfirma will sich verpflichten, denselben Käse in beliebigen Mengen zu beschaffen, und zwar 3000 bis 4000 ℳ für den Waggon billiger, als ihn die Z.-E.-G. heute liefert; eine Einfuhrerlaubnis wird ihr aber so wenig wie irgendeiner andern erteilt. Während aber die Monopolgesellschaft so auf der einen Seite, offenbar weil sie zu umständlich und zu teuer arbeitet, trotz heißen Bemühens die Preise im allgemeinen nicht sonderlich drücken kann, verfährt sie anderseits in der Preisbewilligung häufig äußerst kleinlich und läßt große Geschäfte an kleinen Unterschieden scheitern. Ein Koblenzer Händler, der der Z.-E.-G. vor einigen Tagen 1200 Zentner des jetzt so selten gewordenen schwedischen Specks anbot, erhielt die Antwort, das Angebot käme nur in Betracht, wenn der Verkäufer billiger liefern könne als der Einkäufer der Z.-E.-G. in Stockholm. Damit war das Geschäft von vornherein aussichtslos. Man teilt uns weiter mit, daß der Z.-E.-G. vor wenigen Wochen ein Angebot der Dansk Andels Aegerport Kopenhagen über 1000 Kisten Eier vorlag zu 165 Kronen die Kiste. Das Geschäft zerschlug sich, weil die Berliner Herren auf dem kleinlichen Standpunkt verharrten, nur 163 Kronen für die Kiste bewilligen zu wollen. Sie begründeten ihren Standpunkt damit, daß sie zu diesem Preise in Dänemark kaufen könnten und nicht gewillt seien, irgendeiner Firma mehr zu bewilligen. Daß die genannte Firma in Kopenhagen wegen ihrer besonders sorgfältig ausgewählten Eier bekannt ist und sich daraus schon der geringfügige Preisunterschied rechtfertigte, focht sie nicht an. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die Z.-E.-G., die sich in der Vorstandssitzung so übermäßig loben lassen mußte, nicht die „Nase im Winde" hat, wie man in Händlerkreisen sagt, nicht die Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse besitzt, die jetzt so dringend nötig ist und die dem Handel so hervorragend eignet. Anfang März bot eine bekannte Händlerfirma in Berlin 40 000 Tonnen Norweger Vollheringe „Sloefulls" zu 108 ℳ die Tonne cif Lübeck an, wurde aber abgewiesen mit der Erklärung, die Z.-E.-G. habe ihren Bedarf gedeckt. Die Herren wurden darauf aufmerksam gemacht, daß infolge der damals von England angekündigten verschärften Blockade die englischen Agenten die Preise in Norwegen in die Höhe trieben und alles aufkauften, um die Ausfuhr nach Deutschland zu verhindern. Die Gesellschaft ließ sich durch diese Hinweise in ihrer ablehnenden Haltung nicht beeinflussen; drei Wochen später aber kostete die Tonne „Sloefulls" schon 60 ℳ die Tonne mehr.

Wir wollen die Beispiele, die uns noch in großer Zahl zur Verfügung stehen, nicht häufen. Aber schon nach den wenigen Proben wird man das Erstaunen darüber begreifen, daß der Gesellschaft restlos Vertrauen und Anerkennung ausgesprochen wurde und sie aufgefordert wurde, im alten Sinne weiterzuarbeiten. Von Herrn v. Batocki, der mit der Übernahme seines Amtes auch die Aufsicht über die Z.-E.-G. erhalten hat, hoffen wir, daß ihn das Vertrauensvotum des Aufsichtsrats nicht davon abhalten wird, die Geschäftsführung der Gesellschaft gründlich zu ändern. Wir müssen uns dabei entschieden den Wünschen entgegenstemmen, nun die Einfuhrgesellschaft als solche aufzulösen. Damit käme man vom Regen in die Traufe. Würde die Einfuhr von Lebensmitteln wieder ohne Einschränkung dem freien Handel freigegeben, so würden wir vielleicht mehr Lebensmittel erhalten als in diesem Zustande des Monopols. Die Reichen und Wohlhabenden würden der Sorgen enthoben sein; in die Gegenden, die einen bewährten Handelsstand mit alten Verbindungen besitzen, würde die Einfuhr reichlich sein. Aber das mühsam zustandegekommene Werk einer gleichmäßigen, auch die minderbemittelten Leute und die vom Verkehr benachteiligten Gegenden berücksichtigenden Verteilung der eingeführten Lebensmittel wäre gefährdet, wenn die Zentralisierung wegfiele und der Handel über die eingeführten Waren frei verfügen könnte. Aus diesem Grunde muß das Einfuhrmonopol aufrechterhalten bleiben; wenn auch vielleicht zweckmäßigerweise die Gesellschaft, die das Monopol ausübt, dezentralisiert wird, damit die besondern Interessen und Verhältnisse der verschiedenen Reichsteile besser berücksichtigt werden können. Damit wäre aber noch nicht viel gewonnen. Der entscheidende Schritt zur Besserung wäre erst getan, wenn man die bisher brachliegende Kraft des freien Handels methodisch in das Einfuhrgeschäft einbezöge. Wir haben gesehen, daß diese grundsätzliche Ausschaltung der freien Tätigkeit des Handels — der sich nun einmal nicht zu Handlangerdiensten von der Gesellschaft gebrauchen läßt — zu den schwersten Übelständen für unsere Volksernährung führt. Große Mengen von Lebensmitteln werden nur auf dem Wege über den Handel zu uns kommen, einmal weil die Vertreter der Z.-E.-G. sie nicht aufspüren, sodann, weil viele neutrale Ausfuhrleute den Verkehr mit der Berliner Gesellschaft grundsätzlich ablehnen. Große Mengen sind uns auf diese Weise schon verlorengegangen und werden uns weiter entgehen, wenn mit der alten Praxis nicht aufgeräumt wird. Wir wiederholen deshalb nochmals unsern Vorschlag, besonders vertrauenswürdigen Fachhändlern die Möglichkeit der Einfuhrtätigkeit zu geben. Was sie herbeischaffen, unterliegt einer Anzeigepflicht, damit der Z.-E.-G. der Überblick über die ganze Einfuhr erhalten bleibt. Von den eingeführten Mengen sollen die Händler die Hälfte ohne Gewinn an die Gemeindeverwaltungen abgeben, die diese Waren wieder an die Minderbemittelten vertreiben. Die andere Hälfte wird von den Händlern dem freien Verkehr zugeführt, wobei wiederum besonderes Augenmerk auf die Preisbildung zu lenken ist. Höchstpreise für diese Waren sind nicht zu empfehlen, weil sie zu Mindestpreisen würden und weil sie das ohnehin schwere Geschäft erschweren würden. Wohl aber müßten von vornherein Maßregeln ergriffen werden, daß diese Waren ohne überflüssige Zwischeninstanzen möglichst rasch an den Verbraucher kämen. Auf diese Weise hätte man auch die Möglichkeit, da, wo übermäßige Preissteigerungen versucht würden, gleich mit der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 einzuschreiten. Die Notwendigkeit, unsere Einfuhr an Lebensmitteln zu steigern, läßt sich gerade in diesen Wochen nicht mehr leugnen. Dazu aber ist eine Reform der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft erste Vorbedingung. Sie ist notwendig, dringend notwendig.